

2020

band 8, heft 1/2

www.zeitschrift-suburban.de

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Urbane Kleingärten im
Fokus von Stadtentwicklung
Nicola Thomas

„Wuchernde Stadt“ und
„gezähmte Wildnis“
Katharina Kapitzka, Sabine Hofmeister

Abfall, Stadt, Natur
Xenia Kokoula

Poor Doors in Erlangen
*Klaus Geiselhart, Carolin Eisemann,
Fabian Feick, Stefan Kammerbauer*

Verkörpernte Politische
Ökologien des e/Essens
Anke Strüver

Das Anthropozän der
(post-)politischen Stadt
Friederike Landau, Alexandra Toland

Städte des Globalen Südens
im Fokus von Klima- und
Entwicklungsfinanz
Monika Grubbauer, Hanna Hilbrandt

debatte

Wohnen in der Klimakrise
*Lisa Vollmer und Boris Michel mit
Kommentaren von Andreas Koch,
Lukas Häfner, Anton Brokow-Loga,
Miriam Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin Großmann,
Sören Weißermel, Rainer Wehrhahn,
Klaus Geiselhart, Bernhard Hohmann,
Thomas Höflehner, Andrea Jany und
Marc Amann*

magazin

Urbane Landwirtschaft
Ulrich Hüpke

Tier-Mensch-Regime im
Habitat Großstadt
*Annette Voigt, Thomas E. Hauck,
Stefanie Hennecke, Wiebke Reinert*

Über den Tod von Adel B.
während eines Polizei-
einsatzes in Essen-Altendorf
Moritz Rinn, Jan Wehrheim, Lena Wiese

rezensionen

themenschwerpunkt
Die Natur der Stadt

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2020, Band 8, Heft 1/2
ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Redaktionskoordination

Michael Keizers

Heftkoordination für diese Ausgabe

Nina Gribat, Nina Schuster

Autor_innen dieser Ausgabe

Marc Amann, Anton Brokow-Loga, Carolin Eisemann, Fabian Feick, Klaus Geiselhart, Katrin Großmann, Monika Grubbauer, Lukas Häfner, Ulrich Häpke, Thomas E. Hauck, Stefanie Hennecke, Hanna Hilbrandt, Thomas Höflehner, Sabine Hofmeister, Bernhard Hohmann, Andrea Jany, Stefan Kammerbauer, Katharina Kapitza, Andreas Koch, Xenia Kokoula, Friederike Landau, Boris Michel, Michael Mießner, Manfred Miosga, Matthias Naumann, Miriam Neßler, Lucas Pohl, Wiebke Reinert, Moritz Rinn, Nina Schuster, Stefan Staehle, Anke Strüver, Nicola Thomas, Alexandra Toland, Annette Voigt, Lisa Vollmer, Rainer Wehrhahn, Jan Wehrheim, Sören Weißermel, Lena Wiese

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch joscha@textfriseur.org, Jan-Paul Roth, janpaul.roth@gmx.de (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Laura Calbet i Elias

Förderung

s u b \ u r b a n wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich
Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h., alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden zwei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n, zweitens der Weitergabe unter den gleichen rechtlichen Bedingungen, d.h. derselben Lizenz wie das Original (CC BY-SA 4.0). In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de.

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt „Die Natur der Stadt. Urbane politische Ökologien“

	Editorial	5
Aufsätze	Urbane Kleingärten im Fokus von Stadtentwicklung. Übersetzungen eines mehrschichtigen Stadtraumes <i>Nicola Thomas</i>	11
	„Wuchernde Stadt“ und „gezähmte Wildnis“. Sozial-ökologische Perspektiven auf die Inszenierung von „neuer Wildnis“ im Natur-Park Schöneberger Südgelände <i>Katharina Kapitzka, Sabine Hofmeister</i>	35
	Abfall, Stadt, Natur. Systemische Interaktionen in der urbanen Abseite <i>Xenia Kokoula</i>	55
	Poor Doors in Erlangen. Umweltbezogene Mikrosegregation unter Bedingungen der Reurbanisierung <i>Klaus Geiselhart, Carolin Eisemann, Fabian Feick, Stefan Kammerbauer</i>	77
	Urbane Metabolismen. Verkörperte Politische Ökologien des e/Essens <i>Anke Strüver</i>	99
	Luft sehen, sprechen, schützen. Das Anthropozän der (post-)politischen Stadt <i>Friederike Landau, Alexandra Toland</i>	117
	Städte des Globalen Südens im Fokus von Klima- und Entwicklungsfinanz. Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung <i>Monika Grubbauer, Hanna Hilbrandt</i>	137
Debatte	Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte <i>Lisa Vollmer, Boris Michel</i>	163
	Stadtökologie statt Ökologie <i>Andreas Koch</i>	167
	Common Ground <i>Lukas Häfner</i>	177
	Eine Frage der Flächengerechtigkeit! <i>Anton Brokow-Loga, Miriam Neßler</i>	183
	Nachhaltiges Wohnen auf dem Dorf? <i>Matthias Naumann, Michael Mießner</i>	193
	Gebäude-Energieeffizienz als Katalysator residentieller Segregation <i>Katrin Großmann</i>	199
	Klimagerechtes Wohnen? <i>Sören Weißermel, Rainer Wehrhahn</i>	211
	Münchens sozial-ökologische Stadtentwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit <i>Klaus Geiselhart</i>	219
	Dachgärten im Geschosswohnbau <i>Bernhard Hohmann, Thomas Höflechner, Andrea Jany</i>	229
	Mehr als Baugruppe und alternatives Wohnprojekt <i>Marc Amann</i>	237

SCHWERPUNKT

Magazin

Urbane Landwirtschaft im Ruhrgebiet. Verdrängung und kreative Resistenz
Ulrich Häpke 243

Wilde Urbaniten. Tier-Mensch-Regime im Habitat Großstadt
Annette Voigt, Thomas E. Hauck, Stefanie Hennecke, Wiebke Reinert 253

Kein Einzelfall. Über den Tod von Adel B., der während eines Polizeieinsatzes
in Essen-Altendorf erschossen wurde 263
Moritz Rinn, Jan Wehrheim, Lena Wiese

Rezensionen

„mind grabbing und ästhetische Gentrifizierung“
Stefan Staehle 277

Können Kommunen das Klima retten?
Manfred Miosga 282

Für eine Geographie des (Post-)Politischen
Lucas Pohl 287

Rückkehr nach Rostock.
Zusammengelesen mit Didier Éribon (2016 [2009]): Rückkehr nach Reims
Nina Schuster 293

Editorial

Liebe Leser_innen,

die Natur ist in der Stadt präsent – schon immer, nicht erst neuerdings. Im Dualismus ‚Natur‘/ ‚Gesellschaft‘, als Widerpart des Städtischen konstruiert, wird ihr häufig eine von außen hereinbrechende, durch Menschen nur schwer beherrschbare eigene Kraft und Dynamik zugeschrieben. Mit unserem Themenschwerpunkt „Die Natur der Stadt. Urbane politische Ökologien“ intervenieren wir in die Debatte um diesen Dualismus. Eine solche Intervention ist von hoher Aktualität.

Während wir diese Zeilen schreiben, befinden wir uns inmitten der multiplen Coronakrise. Der unsichtbare Virus ist allgegenwärtig, beherrscht unser Denken, unser Reden, unser Tun und Handeln. Wir sind im Ausnahmezustand. Fast überall gibt es Ausgangssperren, viele Grundrechte sind außer Kraft gesetzt. Der Virus hat sich in einem urbanen Kontext dichter Interaktion menschlicher und nicht-menschlicher Akteure entwickelt und fordert die Gesellschaften weltweit heraus. Die Prognosen sind düster, städtisches Leben wurde binnen kürzester Zeit radikal epidemiologischen Vorgaben und Programmen unterworfen.

Expert_innen betonen, das neuartige Corona-Virus sei ein ‚Naturprodukt‘, das von Fledermäusen an von Menschen konsumierte Tiere weitergegeben wurde. Der Evolutionsbiologe und Phylogeograph Rob Wallace[1] argumentiert dagegen, dass auch Jagd und Verkauf von Wildtierfleisch längst in einem gesellschaftlichen Kontext stattfinden, der von industrieller Landwirtschaft und einer damit einhergehenden Verknappung biodiverser Lebensräume geprägt ist. Dies führe einerseits zu immer intensiveren Kontakten zwischen ehemals voneinander geschiedenen Spezies und reduziere zugleich genetisch gewachsene Immunschränken zwischen ihnen. Statt einer aus ‚der Natur‘ in ‚die Gesellschaft‘ hereinbrechenden Kraft scheint es sich auch bei der Covid-19-Pandemie um komplexe Beziehungsgeflechte zu handeln, die je nach theoretischer Rahmung als gesellschaftliche Naturverhältnisse[2] oder als ‚mehr-als-menschliche Geographien‘ verstanden werden können. In jedem Fall erweisen sich unter dem Eindruck von Covid-19 einmal mehr

‚entgesellschaftete‘ Verständnisse von Natur ebenso wie anthropozentrische Konzepte von Gesellschaft als ungeeignet für die Analyse ökologischer Fragen.

Dabei kommt der Frage nach der ‚Natur der Stadt‘ eine hohe Relevanz zu, kann dem Städtischen doch eine besondere Rolle in der Ökologie der Gegenwart beigemessen werden. Neben der Covid-19-Pandemie, die ohne die stark urbanisierte Region Wuhan ebenso wie ohne globale Städtenetzwerke nicht möglich gewesen wäre, gilt dies auch im Zusammenhang mit den Diskussionen um Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltgerechtigkeit, die zunehmend städtische Fragen und Urbanisierung adressieren. Städte gelten dabei einerseits als besonders gefährdete Orte angesichts extremer Wetterereignisse und steigender Meeresspiegel, mit denen sie umgehen müssen. Andererseits wird Städten eine besondere Bedeutung bei der Adressierung jener Krisen zugeschrieben.

Smart-City-Projekte stellen mit ihren technologischen beziehungsweise technokratischen Versprechen in Aussicht, einen effizienten Einsatz natürlicher Ressourcen zu erreichen. Dabei wird auch mit Momenten eines ‚grünen Kapitalismus‘ geflirtet, verknüpft mit manchmal romantisierenden Imaginationen einer grünen und urbanen Stadt. Denn das Grüne und als ‚Natur‘ Konstruierte gilt – abgesehen von Seuchen und sogenannten ‚Schädlingen‘ – auch als das Begehrteste und Angenehme, Entspannung versprechende. Es ist in Städten eher rar, ungleich verteilt und nur in Nischen wie Gärten und Parks oder in den Stadtrand siedlungen ‚im Grünen‘ zu finden. Stadtpolitik und -verwaltung beschäftigen sich seit jeher mit der ‚Natur‘ in der Stadt und jüngst nehmen die emanzipatorischen Bewegungen in diesem Themenfeld wieder zu, zum Beispiel in De-Growth-Debatten, Urban Gardening-Projekten und den Recht auf Stadt-Bewegungen.

Die Erklärungsversuche für das, worin die gegenwärtige Krise besteht, woher der Virus kommt und wie damit umzugehen ist, wie das alles einzuordnen ist und was daraus entstehen könnte, stehen noch ganz am Anfang. Kritische Perspektiven auf die aktuelle Gemengelage zu formulieren, ist nicht nur nicht einfach, sondern auch aus sehr unterschiedlichen Richtungen möglich. Die Ungewissheit der zukünftigen Entwicklung war wohl noch nie so greifbar. Daher ist es auch so schwer, Haltungen zu entwickeln, zu sortieren, in eine plausible Anordnung zu bringen und Positionen einzunehmen. Wir möchten der Covid-19-Krisenreflexion in unseren nächsten Heften Raum geben und freuen uns auf die Einreichung von Beiträgen.

Für den Themenschwerpunkt „Die Natur der Stadt. Urbane politische Ökologien“ in unserer aktuellen Ausgabe von sub\urban haben wir zahlreiche Beiträge gewinnen können, die gleichzeitig eine ökologische Perspektive einnehmen *und* die damit verbundenen gesellschaftstheoretischen Fragen stellen, oft aus feministischer Perspektive und verbunden mit einer Kritik an Kapitalismus, Neoliberalismus und dem damit einhergehenden Primat der Ökonomie vor sozialen und ökologischen Aspekten und darüber hinaus mit einer generelleren Kritik an der Dichotomisierung von ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘. Nicht zuletzt geht es dabei auch um Fragen nach Klimagerechtigkeit und Gesundheit im Zusammenhang mit sozialen Differenzen und globaler sowie städtischer sozialer Ungleichheit und um Möglichkeiten einer solidarischen politischen Ökologie des Städtischen. Auch beim Thema

Covid-19, das unsere Debatten aller Voraussicht nach noch auf lange Zeit begleiten wird, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass eine kritische Stadtforschung über eine technokratisch geführte Diskussion der Ökologie hinausgehen muss. Denn standen zu Beginn der Epidemie noch Fragen städtischer Dichte und Mobilität im Zusammenhang mit der Übertragungsgeschwindigkeit des Virus im Vordergrund stadt- und raumbezogener Debatten, so werden im weiteren Verlauf verstärkt auch Verwerfungen in der Reproduktion des städtischen Lebens und ökonomische Aspekte sowie Effekte liberaler oder autoritärer Technologien des Regierens und Fragen rund um unterschiedliche Betroffenheit und Solidarität diskutiert.

Zu den Beiträgen aus dem Themenschwerpunkt: Nicola Thomas analysiert und vergleicht in ihrem Beitrag „Urbane Kleingärten im Fokus von Stadtentwicklung: Übersetzungen eines mehrschichtigen Stadtraumes“ zwei Protestbewegungen gegen Wohnungsbauprojekte auf Kleingartenflächen in Hamburg und Basel. Aufbauend auf sozialwissenschaftlichen Theorien zu Aushandlungsprozessen von Wertordnungen bei Umweltkonflikten liegt ihr Fokus auf einer Untersuchung der Übersetzungsprozesse von persönlichen Raumbezügen in politische *Issues*.

Im Aufsatz von Katharina Kapitza und Sabine Hofmeister „Wuchernde Stadt‘ und ‚gezähmte Wildnis‘: Sozial-ökologische Perspektiven auf die Inszenierung von ‚Wildnis‘ im Natur-Park Schöneberger Südgelände“ geht es um eine sozial-ökologische Perspektive auf das Konzept der ‚Wildnis‘. Die Autorinnen fragen, ob und inwiefern ‚neue Wildnisse‘ in der Stadt als offene sozial-ökologische Räume aufgefasst werden können, durch die Trennungen aufgebrochen werden, wodurch sie möglicherweise zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Die urbanen ‚Abseiten‘ städtischer Ränder als hybride Landschaften, die eine klare Trennung von Natur und Kultur verunmöglichen, nimmt Xenia Kokoula in ihrem Text „Abfall, Stadt, Natur. Systemische Interaktionen in der urbanen Abseite“ in den Blick. Am Beispiel infrastruktureller Arrangements, politischer Entscheidungs- und Planungsprozesse sowie lokaler Akteure rund um die Mülldeponie Fyli an der Peripherie Athens zeigt der Text eindrücklich, dass es weniger die oft diskutierte Unsichtbarkeit funktionierender Infrastruktur ist, die moderne Städte charakterisiert, als vielmehr soziale Selektivität und ungleiche Geographie.

Eine ähnliche Perspektive findet sich im Aufsatz von Klaus Geiselhart, Carolin Eisemann, Fabian Feick und Stefan Kammerbauer mit dem Titel: „Poor Doors in Erlangen. Umweltbezogene Mikroseggregation unter Bedingungen der Reurbanisierung“. Sie zeigen, wie in zwei Wohnquartieren in Erlangen umweltbezogene Mikroseggregation geschaffen wird, bei der gesundheitliche Risiken ungleich verteilt werden. So werden Umweltbelastungen gezielt den ärmeren Bewohner_innengruppen zugemutet, während Umweltressourcen den Wohlhabenden zugutekommen.

Anke Strüver beschäftigt sich in ihrem Beitrag „Urbane Metabolismen – Verkörperte Politische Ökologien des e/Essens“ am Beispiel von Narrationen über ‚gutes Essen‘ mit einer urbanen politischen Ökologie des Essens. Aufbauend auf feministischen Diskussionen und transkorporeale Ansätze im *new materialism* plädiert der Text nicht nur dafür, Essen als biosoziale Prozesse zu fassen, sondern argumentiert auch dafür, Stadt und Ökologie

gerade auch auf der Mikroebene alltäglicher Routinen und Praktiken zu betrachten.

Friederike Landau und Alexandra Toland gehen in ihrem Aufsatz „Luft sehen, sprechen, schützen – das Anthropozän der (post-)politischen Stadt“ künstlerisch-aktivistischen Auseinandersetzungen mit der These vom Anthropozän nach. Am Beispiel von drei Projekten, die sich in sehr unterschiedlicher Weise mit urbaner Luftverschmutzung und der Frage nach Luft als öffentlichem Gut beschäftigen, zeigen sie Versuche der Repolitisierung des vielfach im Modus postpolitischer Sachzwänge geführten Umweltdiskurses.

Monika Grubbauer und Hanna Hilbrandt entwerfen in ihrem Beitrag „Städte des Globalen Südens im Fokus von Klima- und Entwicklungsfinanz: Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung“ eine Forschungsagenda, um das Verhältnis von Finanzialisierung, Klima-, Entwicklungs- und Stadtpolitik zu bearbeiten. Sie diskutieren darin nicht nur die zunehmende Finanzialisierung der Bereiche Klimapolitik und Entwicklungspolitik, sondern erörtern auch die stadtpolitischen Folgen, die mit der Verankerung der Stadt „als Akteur, Objekt und Ort in/von klima- und entwicklungspolitischen Interventionen“ verbunden sind. Damit werden Diskussionsstränge zusammengefügt, die in den deutschsprachigen Stadtforschungsdebatten noch wenig präsent sind und die – wie auch die zunehmende Diskussion um das Stadt-Land-Verhältnis zeigt – auf eine Verknüpfung unterschiedlicher disziplinärer Forschungsbezüge drängen.

Nur am Rande und in Bezug auf unser Editorial des vorigen Hefts möchten wir darauf hinweisen, dass von diesen sieben tollen Aufsätzen sechs von Wissenschaftlerinnen* verfasst wurden; dies ist ein kleiner Rekord in unserer Zeitschrift.

Die Debatte widmet sich dem Zusammenhang von sozialer und ökologischer Wohnungsfrage. Einem offenen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen von Lisa Vollmer und Boris Michel sind erfreulich viele Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen nachgekommen. Andreas Koch verweist darauf, dass die ökologische Frage nur im Rahmen einer politischen Ökologie zu verstehen ist, die die Kommodifizierung des Wohnens und die Dominanz bürgerlicher Wohnideale gleichermaßen konzeptualisiert. Lukas Häfner beschäftigt sich mit der Flächeninanspruchnahme als ökologischem Aspekt der Wohnungsfrage, der eng mit Einkommenshöhen und Wohnformen und damit sozialen Aspekten der Wohnungsfrage zusammenhängt. Auch Anton Brokow-Loga und Miriam Neßler stellen die Frage nach Flächengerechtigkeit als Frage der Verteilung von Wohnflächen. Michael Mießner und Michael Naumann zeigen, dass sich die Wohnungsfrage nicht nur in der Stadt stellt, sondern auch auf dem Land. Sie schlagen daher mögliche Themen einer kritischen Landforschung vor. Katrin Großmann erläutert, wie das ökologische Instrument der energetischen Modernisierung in seiner Ausgestaltung in Deutschland zu residentieller Segregation beiträgt. Sören Weißermel und Rainer Wehrhahn zeigen am Beispiel des einkommensschwachen Stadtteils Gaarden in Kiel die Konfliktfelder, die durch eine stadtpolitisch motivierte, aber privatwirtschaftlich umzusetzende energetische Sanierung entstehen. Klaus Geiselhart beschreibt anhand von konkreten Neubauprojekten in München einige Versuche, soziale und ökologische Ansprüche an das

Wohnen zu integrieren. Bernhard Hohmann, Thomas Höflehner und Andrea Jany diskutieren ein Projekt, das unterschiedliche Akteure der Stadt Graz zusammenbringt, um Dachgärten als Gegenmittel zu Flächenversiegelung und Flächenkonkurrenz auf Wohngebäuden, aber auch für Gemeinschaftszwecke zu realisieren. Schließlich stellt Marc Amann das geplante Wohnprojekt „Neustart Tübingen“ vor, in dem eine ganze Nachbarschaft entstehen soll, die sozialen und ökologischen Idealen des Wohnens verpflichtet ist. So ist eine breite Palette unterschiedlicher Aspekte der ökologisch und sozial gedachten Wohnungsfrage zusammengekommen. Wir freuen uns darauf, diese Aspekte in künftigen Ausgaben zu ergänzen und in einer Replik zusammen zu binden. Weitere Einreichungen sind also herzlich willkommen.

In seinem Magazinbeitrag „Urbane Landwirtschaft im Ruhrgebiet: Verdrängung und kreative Resistenz“ argumentiert Ulrich Höpke, dass urbane Landwirtschaft heute, entgegen andersartiger Behauptungen in Teilen der Stadtforschungsliteratur und der Belletristik, noch immer eine wichtige Rolle in der Stadt spielt. Anhand des Ruhrgebiets illustriert er nicht nur die andauernde Relevanz, sondern auch die Transformation urbaner Landwirtschaft seit der Industrialisierung. Diese Transformation ist durch Verdrängung und kreative Resistenz gekennzeichnet.

Annette Voigt, Thomas E. Hauck, Stefanie Hennecke und Wiebke Reinert diskutieren in ihrem Magazinbeitrag „Tier-Mensch-Regime im Habitat Großstadt“ die rechtlich-administrative und räumlich-planende Regulation des Vorkommens wildlebender Tiere im urbanen Raum. Sie unterscheiden dabei zwischen den Regimes der Hygiene, der Jagd und des Naturschutzes, die sich in der gegenwärtigen räumlichen Planungspraxis hin zu einem offensiv-gestaltenden Umgangs mit Tieren verändern.

Im Rezensionsteil widmen sich unsere Autor_innen drei Büchern zum Themenschwerpunkt. In seiner Rezension zu Erik Swyngedouws *Promises of the Political: Insurgent Cities in a Post-Political Environment* (2018) erörtert Lucas Pohl, welche Potenziale in einer Dekonstruktion von post-politischen Diskursen – hier anhand der Beispiele Nachhaltigkeit und Klimawandel – für die Re-Politisierung der Stadt(-forschung) stecken. Den Widersprüchen des Urban Gardenings zwischen kritischer Praxis der Raumaneignung und neoliberaler Stadtpolitik widmet sich der von Stefan Staehle rezensierte Sammelband *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten* (2017), herausgegeben von Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andrea*s Exner. Manfred Miosga bespricht in seiner Rezension die Monografie von Cindy Sturm: *Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis* (2019), die die Einwirkung klimapolitischer Diskurse auf die kommunale Ebene in Dresden und Münster analysiert und vergleicht.

Zudem gibt es zwei kurze Beiträge im offenen Teil des neuen Heftes: Den Magazinbeitrag von Moritz Rinn, Jan Wehrheim und Lena Wiese „Kein Einzelfall. Über den Tod von Adel B., der während eines Polizeieinsatzes in Essen-Altendorf erschossen wurde“ haben wir aus aktuellem Anlass bereits vorab veröffentlicht. Es ist ein Bericht über den Tod eines Bewohners des Stadtteils, in dem die Autor_innen forschen, durch die Polizei. Zugleich ist es der Versuch, sich als Forschende dagegen zu positionieren und diesem

Skandal Aufmerksamkeit zukommen zu lassen durch die Möglichkeit der Artikulation in unserer Zeitschrift für kritische Stadtforschung.

In ihrer Rezension von Steffen Maus *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (2019) zieht Nina Schuster Parallelen zwischen diesem vielbeachteten Buch und Didier Éribons *Rückkehr nach Reims* (2016): In beiden kehren Wissenschaftler an die Orte ihrer Kindheit und Jugend zurück, um davon ausgehend gesellschaftspolitische Analysen anzustellen.

Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unseren Autor_innen, unseren Lektoren und unserem Setzer wieder so ein wunderbares, dickes Doppelheft in die Welt schicken können und freuen uns auf die daran anschließenden kritischen Diskussionen in Wissenschaft und Praxis.

Alles Gute und eine inspirierende Lektüre wünscht
die s u b \ u r b a n -Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer

Endnoten

- [1] Siehe hierzu: Pabst, Yaak / Wallace, Rob (2020): Coronavirus: „Die Agrarindustrie würde Millionen Tote riskieren.“ In: *marx21* 11.3.2020. <https://www.marx21.de/coronavirus-gefahren-ursachen-loesungen/> (letzter Zugriff am 18.03.2020) und Wallace, Rob (2016): *Big Farms Make Big Flu. Dispatches on Influenza, Agribusiness, and the Nature of Science*. New York: Monthly Review Press.
- [2] Dieser Begriff wurde in der politischen Ökologie in Auseinandersetzung mit Theodor W. Adorno entwickelt. Siehe dazu Becker, Egon / Hummel, Diana / Jahn, Thomas (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*. In: Matthias Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*, Band 8. Wiesbaden: VS, 75-96.

Urbane Kleingärten im Fokus von Stadtentwicklung

Übersetzungen eines mehrschichtigen Stadtraumes

Nicola Thomas

Kleingärten in verdichteten europäischen Städten sind zunehmend Druck ausgesetzt, ihre Existenz und ihr Nutzungsrecht gegenüber alternativen Ansprüchen zu legitimieren. Als Problem wird dabei artikuliert, dass sich die Kleingartenareale auf städtischem Boden befinden und damit ein grünes Allgemeingut darstellen, allerdings nur von einer begrenzten Anzahl von Pächter_innen genutzt werden. Damit wird eine private Nutzung auf öffentlichem Land postuliert. Aufbauend auf einer qualitativen Untersuchung zu Kleingartenumnutzungen in Hamburg und Basel und dem Wertordnungskonzept des Soziologen Laurent Thévenot, argumentiert der Aufsatz für die Begrenztheit dieser Sichtweise. Stattdessen werden Kleingärten als spezifischer grüner Stadtraum, der zwischen privaten und öffentlichen Grenzbeziehungen zu verorten ist und vielfältige Bezüge erlaubt, konzeptualisiert. Der Artikel folgert, dass Planungskonflikte um Kleingärten Ausdruck der Übersetzungen von persönlichen Raumbezügen in ein politisches issue sind und als Verhandlungen eines mehrschichtigen Raumes als commons zu verstehen sind.

*Ersteinreichung: 24. Mai 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.*

1. Einleitung: Urbane Kleingärten in verdichtenden europäischen Städten

Dieser Artikel handelt von urbanen Kleingärten im Kontext von europäischer Stadtentwicklung. Kleingärten werden in wachsenden Großstädten dort gegenwärtig als eine der letzten größeren urbanen Landreserven im öffentlichen Besitz verhandelt, auf denen neue Stadtentwicklungsprojekte realisiert werden könnten. So auch in den Städten Hamburg und Basel, wo in den letzten zehn Jahren neue großräumige Wohnprojekte auf Kleingartenarealen geplant wurden. Gegen diese städtischen Pläne organisierte sich allerdings ausgehend von den persönlich betroffenen Kleingärtner_innen ein starker Widerstand, sodass auf die Veröffentlichung der Umgestaltungspläne mehrjährige Aushandlungsprozesse folgten. Im Rahmen dieser Prozesse wurden die beiden betroffenen Kleingartenflächen und der an sie herangetragene Nutzungsbedarf sowohl von Befürworter_innen der geplanten Wohnprojekte als auch von Kleingartenbefürworter_innen zu einem öffentlich diskutierten politischen Thema gemacht: Persönliche Anliegen und Interessen wurden in öffentliche *issues* übersetzt und Fragen von sozialer und ökologischer Solidarität diskutiert. Stadtplanung steht hier in Anlehnung an die Soziologin

Susan Leigh Star (1995) für eine Bewertung und Reihung von Prioritäten: Ihr liegt unter anderem die Beantwortung der Frage zugrunde, was eine erstrebenswerte Stadt auszeichnet, in welche Richtungen sich eine Stadt entwickeln soll und wie zwischen konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein Ausgleich gefunden werden kann. Bei den untersuchten Kleingärten wurde die Neubewertung und erwünschte Neureihung von Prioritäten problematisiert, was der vorliegende Artikel näher beleuchtet. Er geht dabei folgender Frage nach: Wie wurden in den Aushandlungsprozessen um eine Kleingartenumgestaltung persönliche Anliegen und Bedarfe in ein öffentliches, politisches Thema übersetzt und wie konnte damit zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen eine Form von Äquivalenz, also eine scheinbare Gleichheit zwischen den Ansprüchen, hergestellt werden?

Diese Fragestellung ist von den theoretischen Überlegungen von Laurent Thévenot und Kolleg_innen zur Pluralität von grünen *commons* (vgl. Thévenot 2012; Thévenot/Moody/Lafaye 2000) geleitet. Für den Artikel sind dabei vor allem die Prozesse der Werteübersetzung bei Umweltkonflikten und der Gebrauch von Quantifikationen als sogenannte ‚stabile Referenten‘ bei einer Kompromissfindung relevant. Anschließend wird, aufbauend auf bestehender Fachliteratur zu Kleingärten, deren Mehrschichtigkeit und ihr ambivalentes Verhältnis zur Stadtplanung beschrieben. Kleingärten sind in den letzten zwanzig Jahren vermehrt als soziale und ökologische Katalysatoren untersucht und ihr oftmals ungesicherter stadtplanerischer Status thematisiert worden. Wissenschaftliche Untersuchungen, welche die Art und Weise der Transformationsprozesse von Kleingärten im Detail erforschen und nach den Folgen des Veränderungsdruckes fragen, fehlen allerdings. Zu diesen Fragen liefert der Artikel durch die qualitative Untersuchung von zwei empirischen Konfliktfällen in Hamburg und Basel einen wichtigen Beitrag. Beide untersuchten Kleingartenareale kennzeichnet, dass eine städtische Verdichtungspolitik großen Umnutzungsdruck auf die Areale ausübte, betroffene Kleingärtner_innen allerdings durch unterschiedliche Übersetzungsstrategien ihre Anliegen in die Planungsprozesse einbringen konnten.

Der Aufbau des Aufsatzes folgt den hier in der Einleitung skizzierten Dimensionen: Kapitel 2 und 3 stellen wissenschaftliche Debatten zu urbanen Kleingärten und das Wertordnungskonzept von Thévenot et al. in Verbindung mit Verhandlungen von Umweltkonflikten vor. In Kapitel 4 und 5 werden die empirischen Konfliktfälle erörtert, diese in Kapitel 6 und 7 vergleichend analysiert und darauf aufbauend die Übersetzungstypologien ‚grüne Übersetzungen‘ und ‚soziale Übersetzungen‘ entwickelt. Der Aufsatz endet schließlich mit der Diskussion der Frage, wieso es für eine solidarische Stadtplanung wichtig ist, die Frage nach der Übersetzung zu stellen, also die Frage, welche Ansprüche und Bedarfe an städtisches Grün in ein öffentliches kollektives Thema übersetzt werden, und von wem.

2. Pluralität von grünen commons: Umweltkonflikte als Dispute um Wertordnungen

Green commons[1], also grüne Gemeinschaftsflächen, kennzeichnen laut dem französischen Soziologen Laurent Thévenot aufgrund ihrer unterschiedlichen *orders of worth*, also Wertordnungen[2], eine Vielfalt von möglichen

Raumbezügen und Raumpraktiken. Diese analysiert er, gemeinsam mit Michael Moody und Claudette Lafaye (2000), in einer Untersuchung zu amerikanischen und französischen Umweltkonflikten. In beiden Ländern sollten in ländlichen Gebieten große Infrastrukturprojekte – ein Tunnelbau im französischen Aspetal, ein Wasserkraftwerk auf dem nordamerikanischen Clavey River – realisiert werden, was großen Widerstand innerhalb der lokalen Bevölkerung und unter Umweltaktivist_innen hervorrief. Den Verlauf und die Aushandlung dieser Konflikte analysierend, beschreiben Thévenot/Moody/Lafaye (2000) diese als einen Disput darüber, welche Bewertungsform der Naturflächen höher gewichtet werden soll. Dabei verweisen sie auf die Konzepte von Boltanski/Thévenot (1999), welche zwischen folgenden Wertordnungen unterscheiden: zwischen dem Marktwert, basierend auf dem assoziierten finanziellen Preis, dem Industriewert, basierend auf technischer und planerischer Effizienz, dem Gemeinschaftswert, basierend auf Solidarität und kollektiver Wohlfahrt, dem Lokalwert, basierend auf Vertrauen, dem Kreativitätswert, basierend auf der kreativen Inspiration, dem Meinungswert, der auf Popularität aufbaut, und dem Grünwert, der ökologische Nachhaltigkeit als Basis hat. Umweltkonflikte seien im Kern oft Konflikte um die Prioritätenreihung dieser unterschiedlichen Werte und der damit verbundenen Nutzungsart, welche jeweils auf unterschiedlichen Rechtfertigungsgrundlagen basierten: „Each order of worth offers a different basis for justification and involves a different mode of evaluating what is good for a common humanity“ (Thévenot/Moody/Lafaye 2000: 236). Jede Wertordnung würde den Konfliktfall unterschiedlich rahmen und deuten; diese Rahmungen dienen zur Interpretation und Kategorisierung von Konflikten. Für den vorliegenden Fall von Kleingärtenkonflikten ist die lokale Stadtentwicklungsprogrammatik als Rahmung von zentraler Bedeutung, da diese als planerisches Deutungsmuster angibt, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln und auf welche Bedürfnisse reagiert werden soll.

Laut Boltanski/Thévenot (1999) stehen bei einer Wertordnung, die auf dem Gemeinschaftswert basiert, das kollektive Interesse, Solidarität und Gleichheit im Vordergrund. Beim Grünwert hingegen gehe man davon aus, dass eine Gesellschaft von ökologischer Nachhaltigkeit profitieren würde, und daher Fragen des Naturschutzes, Ressourcenumgangs und veränderte Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt Priorität haben sollten (Thévenot/Moody/Lafaye 2000: 257).

Mit Thévenot et al. gedacht gibt es also bei Konflikten um die Verteilung und Nutzung von öffentlichen Grünflächen nicht die eine, moralisch richtige Entscheidung. Vielmehr fokussieren die Autor_innen darauf, wie Akteursstrategien, unterstützende Programmatiken und Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten sich darauf auswirken, dass sich eine Wertordnung als allgemein anerkannter richtiger Entschluss durchsetzen kann und wie bei Planungskonflikten Verhandlungsmacht hergestellt wird. Eng verbunden mit der Pluralität der Wertordnungen von Natur ist dabei die Pluralität von Naturbezügen. Damit ist gemeint:

„[P]lurality of ways people engage with their surroundings for kinds of goods which differ in their scope, from bodily and personal attachments to inhabited and familiarly used places, up to commitments to public

causes which are worthwhile for the common good, or even more comprehensive global issues dealing with the future of the whole planet.“ (Thévenot 2012: 2 f.)

Die Bezüge zur eigenen Umwelt und Natur seien oft sehr persönlich und intim in ihrem Ursprung. Sollen diese intimen Naturbezüge als Thema des öffentlichen Interesses verhandelt werden, weil wie im vorliegenden Fall das privat hochgeschätzte Kleingartengebiet aufgrund von Bebauungsplänen bedroht ist, brauche es eine Übersetzung dieser Bezüge, um die Wertigkeit auch für Außenstehende nachvollziehbar zu machen. In diesen Übersetzungsprozessen werden verschiedene, ausgewählte Argumente und Werte zusammengebracht, um aus dem intimen Bezug ein „commons“ (Thévenot 2012: 7), also ein gemeinschaftliches und politisches Thema zu machen.

Gelingt diese Übersetzung und damit eine Politisierung von unterschiedlichen Nutzungsinteressen, stellt sich die Frage, wie es zu einer Bewertung kommt. Bei der Frage, was als Urteil im allgemein höheren Interesse gesehen wird, spielt die politische und gesellschaftliche Rahmung eines Konfliktes laut Boltanski/Thévenot (1999) eine wichtige Rolle und damit verbunden die Frage, was gesellschaftlich überhaupt als ‚allgemeines Interesse‘ gilt. Wie unterschiedlich diese Rahmungen sein können, zeigen die Autoren anhand eines Vergleichs der politischen Programmatiken von Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika: Während in Frankreich die Frage nach Solidarität und allgemeinem Interesse nicht zwingend von der Zahl der Befürworter_innen abhängt, greift bei dieser Frage in den Vereinigten Staaten das Argument einer zahlenmäßigen Mehrheit viel stärker. Bei einer Urteilsfindung würde aber nicht nur die spezifische politische Rahmung wirksam sein, sondern auch ‚stabile Referenten‘ herangezogen werden, um den Konflikt einer Prüfung und Bewertung zu unterziehen. Dies können Standardisierungen sein, also messbare Statistiken und Zahlen wie beispielsweise eine Bezifferung von ökologischer Vielfalt, welche die umkämpften Werte in messbare Eigenschaften zu übersetzen versprechen, um damit eine Entscheidung basierend auf quantitativen Werten treffen zu können. Diese Art der Urteilsfindung folgt laut Thévenot (2012: 2) einer industriellen Wertordnung, nämlich dem assoziierten Streben nach einer technisch messbaren Effizienz. Andere, wie der Soziologe Nikolas Rose (1991) und der Politikwissenschaftler Nick Turnbull (2006), verweisen auf die politische Natur dieser stabilen Referenten[3], indem sie beispielsweise statistische Erhebungen als Instrumente politischer Steuerung analysieren (vgl. Rose 1991), welche den Gegenstand oder die Personengruppen, die gesteuert werden sollen, erst als solche zahlenmäßig erkennbar und dadurch formbar machten und daher bei der Herstellung eines „policy problems“ (Turnbull 2006) zentral seien.

Auch bei Umweltkonflikten wird auf diese stabilen Referenten als Argumentationsgrundlage für die erwünschte Nutzungsart zurückgegriffen und das ‚allgemein höhere Interesse‘ mit Zahlen belegt. Kommt es also zu Planungskonflikten wie einer Kleingartenumgestaltung, ist für Gegner_innen der neuen Pläne ein Übersetzen der eigenen Interessen in eine politische Sprache, das Auswählen der richtigen Argumente, das Herstellen einer Äquivalenz und das Reagieren auf stabile Referenten notwendig (vgl. Thévenot 2009), wie in

den folgenden Abschnitten anhand empirischer Fälle ausführlicher dargestellt wird. Zunächst sollen aber durch Verweise auf die Fachliteratur Kleingärten als eine spezifische Form von Stadtnatur erörtert werden.

3. Urbane Kleingärten: privater Rückzugsort im öffentlichen Besitz

„Der Garten ist die kleinste Parzelle der Welt und darauf ist er die Totalität der Welt“, schreibt Michel Foucault (1992: 42). Für ihn sind Gärten eine der ältesten Formen von Heterotopien, wo widersprüchliche Platzierungen und übereinander gelagerte Bedeutungen stattfinden, ein zugleich partikularer wie universeller Ort. Dieser Artikel handelt von einer spezifischen Form von Gärten, auf welche diese Mehrschichtigkeit besonders gut zutrifft, nämlich Kleingärten. Laut dem deutschen Kleingartengesetz (BKleingG 1983) sind damit Orte gemeint, welche zur „nichterwerbsmässige[n], gärtnerische[n] Nutzung, insbesondere zur Gewinnung von Gartenbauerzeugnissen für den Eigenbedarf, und zur Erholung“ dienen. Weiteres gesetzlich erwähntes Charakteristikum ist die spezifische zivilgesellschaftliche Organisationsform, da Kleingärten von Vereinen verwaltet und die Parzellen von den Vereinsmitgliedern gepachtet werden.

Kleingärten bewegen sich dabei zwischen Grenzziehungen und Kategorien von privat und öffentlich beziehungsweise Arbeit und Freizeit. Für die Landschaftsarchitektin Annette Freytag (2010) sind Kleingärten Orte, die in Zeiten von Optimierungsdruck einen Rückzug innerhalb der Gesellschaft erlauben. Dennoch sind Kleingärten nicht als losgelöst von der politischen Sphäre zu verstehen. Denn sie befinden sich häufig im Besitz der jeweiligen Gemeinde, welche durch das Verpachten des Landes die Gartennutzung erst ermöglicht und als Planungsinstanz deren planerischen Status und damit die räumliche Bewertung – beispielsweise als Dauerkleingarten oder als ungesicherte Entwicklungsfläche – definiert. Die beiden Stadtforscher David Crouch und Colin Ward beschreiben die Mehrschichtigkeit folgendermaßen: „The allotment fails to conform to the leisure industry’s concept of passive leisure, and, in the wider landscape, to the ideal of private, individualized space, provided, constructed and clearly demarcated in the form of the house-and-garden.“ (Crouch/Ward 1988: 272)

Als grüner Versorgungs- und Erholungsort für die industriellen Arbeiterklassen waren Kleingärten in ihrer Entstehungsgeschichte eng mit grüner Disziplinierung verbunden. So zeichnet beispielsweise Caitlin DeSilvey (2003: 442) nach, wie Kleingärten in Edinburgh im 19. Jahrhundert eine Möglichkeit für die industriellen Arbeitgeber_innen jener Zeit darstellten, ihren Arbeiter_innen Zugang zu Natur als Austausch für den Erhalt ihrer Arbeitsressource zu gewähren. Laura Lawson (2004: 165) beschreibt am Beispiel von amerikanischen Kleingärten den Gebrauch von Gärten als staatliches sozial-reformerisches Instrument, mittels derer „economic resiliency, teaching desirable social behaviours, revisioning urban neighbourhoods“ ermöglicht wird. Als solches sind Kleingärten eben auch Orte von staatlicher Regulierungspraxis, welche laut Hanna Hilbrandt (2017) allerdings nicht als getrennt oder *top-down* praktiziert und separiert von der Alltagswelt von Kleingärtner_innen zu verstehen ist.

Kleingärten sind Orte, wo die „mundane material practice of gardening“ (Tilley 2008: 220) mitten in der Stadt und häufig in der Nähe der eigenen Wohnung stattfinden kann. Aber sie sind weit mehr als Orte zur Realisierung von Gartenpraktiken, denn sie besitzen eine symbolische Bedeutung als stilisierter Rückzugsort, verbunden mit dem Versprechen einer „imaginary psychological escape route from urbanized modernity“, wie der Archäologe und Anthropologe Christopher Tilley (2008: 245) schreibt.[4] Wie dieses Rückzugsversprechen auch politisch gedacht und in neue nationale Gesellschaftsutopien übersetzt werden kann, zeigt das 1920 publizierte Werk *Der soziale Garten. Das grüne Manifest* des deutschen Landschaftsarchitekten Leberecht Migge, der darin eine neue deutsche Stadt- und Gesellschaftsordnung basierend auf Kleingärten und Kleingärtenpraktiken skizzierte. Als einer der ersten, der den Begriff ‚grün‘ als politischen Begriff benutzte (vgl. Haney 2007), betrachtete er Gärten und landwirtschaftliche Selbstversorgung als Möglichkeit, sich von den sozialen und wirtschaftlichen Problemen eines kapitalistischen Regimes zu befreien und entwickelte die Vision von Deutschland als einer Nation von Kleingärtenstädten. Diese neuen Kleingärtenstädte imaginierte er als Orte von gemeinschaftlicher und effizienter Agrarproduktion, in der für Erholung und Differenz allerdings wenig Raum blieb. So sollte laut Haney (2007) der Gebrauch von Technologien eine maximale landwirtschaftliche Ausschöpfung garantieren und damit keine Grünfläche ungenutzt belassen werden, und nur Familien mit Kindern, die also Bevölkerungswachstum repräsentierten, waren in seiner Stadt- und Gesellschaftsvision willkommen.

Diese Verweise auf mögliche politische Symboliken von Kleingärten zeigen, dass Kleingärten verschiedene Lesarten und Zugänge zulassen. So verweisen auch Crouch/Ward (1988: 273) auf die flexible Fähigkeit von Kleingärten, trotz unterschiedlicher Designs, Parzellengrundrissen und Infrastrukturanlagen letztendlich immer jene Landschaftsform zu bleiben, auf der eine Vielfalt an Aktivitäten, Beziehungen und Begegnungen stattfinden könne.

In Bezug auf das Verhältnis von amerikanischen Kleingärten und Stadtplanung schreibt Lawson (2004: 153): „[T]here has always been ambiguity regarding the garden’s status as a public good.“ Denn einerseits würden ihre ökologischen und sozialen Zwecke und die vielfältigen Vorteile von Kleingärtennutzungen für Individuen, Kollektive und Städte erkannt, diese allerdings nicht in langfristigen Stadtplanungsstrategien mitberücksichtigt und gesichert.[5] Um die Ursache des ambivalenten Verhältnisses zwischen Kleingärten und Stadtplanung besser zu verstehen, hilft es, Kleingärten in ihrem jeweiligen urbanen und politischen Kontext zu denken. In mediterranen Städten sind beispielsweise im Rahmen der Weltfinanzkrise der 2010er Jahre viele neue Kleingärten entstanden, da sie von politischen Akteuren als günstiges und aktivierendes Hilfsprogramm für Personen und Stadtbereiche erkannt wurden, weswegen ihnen neue Flächen zugestanden wurden (vgl. Seguí/Maćkiewicz/Rosol 2017; Kois/Casadevante/Morán 2015). In europäischen, aufgewerteten Städten hingegen stehen Kleingärten häufig unter Verdrängungsdruck und in Konkurrenz zu anderen Nutzungsformen (vgl. Spilková/Vágner 2016). Angesichts dieser Veränderungen betonen Aktivist_innen und einige Kleingartenforschende die Notwendigkeit, die

Kleingartennutzung gegen Umnutzungspläne zu verteidigen und schlagen verschiedene Wege vor:

1. die Verbindung zu ökologischen Nachhaltigkeitsdiskursen und die Betonung ihrer Funktion als *commons* (vgl. Colding et al. 2013);
2. das Anlegen von Datensätzen, um die Nachfrage mit konkreten Zahlen belegen zu können (vgl. Crouch/Ward 1988);
3. die Bildung von Koalitionen von Stadtaktivist_innen und Naturschutzgruppen, um mit einer breiteren politischen Lobbystimme zu sprechen (vgl. Spilková/ Vágner 2016).

Den genannten Strategien ist gemeinsam, dass sie Hilfswege zur Übersetzung der Kleingartennutzung in ein öffentliches *issue* und zur Herstellung einer größeren Bedarfsgruppe sind. Diese Übersetzung der persönlichen Interessen und Anliegen für eine größere Allgemeinheit gestaltet sich nämlich schwierig[6], wie DeSilvey (2003: 461) mit der folgenden Beobachtung illustriert: Während einer Planungsanhörung gefragt, wie in Bezug auf ein von Umnutzung betroffenes Areal die gesellschaftlichen Vorteile einer Kleingartennutzung messbar und damit belegbar machen könnten, antwortet der befragte Kleingärtner: „I answer that by asking you to measure me: I have been happy for 60 years.“

4. Hamburg: „Grünstadt, jetzt!“[7] und der Erhalt der grünen Stadtlung

Befassten sich die beiden theoriegeleiteten Kapitel 2 und 3 mit der politischen und planerischen Relevanz von städtischen Grünräumen und ihrer mehrschichtigen Wertordnungen, soll im hier folgenden Kapitel 4 der empirische Konfliktfall in Hamburg vorgestellt und diskutiert werden. Beide Konfliktfälle in Hamburg und Basel basieren auf einer qualitativen Studie, für die Planungsdokumente, 15 leitfadengestützte Interviews (60 bis 120 Minuten Länge) mit Aktivist_innen, Kleingärtner_innen, involvierten Akteuren aus Politik und Verwaltung und städtischen Kleingartenvertretern, sowie Teilnahmen an Vereinstreffen und Feldgespräche kodiert und ausgewertet wurden. Methodologisch folgt die Untersuchung dem Grounded-Theory-Paradigma



Abb. 1 Eine der verbleibenden Kleingartenparzellen im Hamburger Stadtteil Barmbek (Quelle: Eigenes Foto)



Abb. 2 Kartenausschnitt des geplanten Bebauungsprojektes (Quelle: Fa. scheu-vens+wachten/ EGL-Entwicklung und Gestaltung von Landschaft GmbH/ Runge+Küchler)

nach Glaser/Strauss (2017), welches für eine Entwicklung eigener theoretischer Konzeptualisierungen aus dem empirischen Datenmaterial heraus eintritt.

Der Einstieg in den Fall führt in das Jahr 2012 zurück, als in Hamburg Pläne für die Errichtung eines neuen großflächigen Wohnprojektes veröffentlicht wurden. Dieses war aus einem städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerb hervorgegangen und beruhte auf dem städtischen Rahmenplan. In diesem Plan war im Hamburger Stadtteil Barmbek die Errichtung eines neuen Wohnquartiers mit etwa 1.400 Wohnungen auf einer 39 Hektar großen Fläche und unterteilt in zehn Baufelder vorgesehen (vgl. Bezirksamt Hamburg-Nord 2012). Das Problem dabei war: Die Planungsfläche war zwar im Besitz der Stadt Hamburg, allerdings seit den 1940er Jahren vom städtischen Kleingartenverband – dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg – an zwei Kleingartenvereine verpachtet worden, welche die insgesamt 330 Parzellen an Personen weiterverpachtet hatten, einige davon mit Wohnrecht. Die neue Planungsfläche war seit Jahrzehnten von Pächter_innen als Kleingärten umsorgt und als privater Rückzugsort geschätzt worden, besaß allerdings keinen planungsrechtlich gesicherten Status.[8] Zwar waren zwischen den Baufeldern Grünflächen (vgl. Abbildung 2) vorgesehen, allerdings sollten diese neu angelegt und die bestehenden

Kleingärten und darauf befindliche Bäume und Pflanzungen grobenteils entfernt werden. Die persönliche Verbindung der Kleingärtner_innen mit der Fläche war eine intime und persönliche, und der Plan wurde daher von vielen als städtischer Eingriff in einen als privat verstandenen Raum erlebt.

Mit dem Landesbund der Gartenfreunde in Hamburg gibt es eine Organisation, welche die 33.000 städtischen Pächter_innen vertritt. Der Verbund formuliert das Ziel, „die Kleingärten in der Stadt zu erhalten und ihre zukünftige Entwicklung in die langfristige Raumordnung zu integrieren“ (Landesbund der Gartenfreunde Hamburg 2019). Mit den Überbauungsplänen konfrontiert, nahm der Verbundsvorsteher laut Eigenaussage eine „Verweigerungshaltung“ ein und lehnte eine angebotene Planungsmitarbeit ab (vgl. Interview mit Leiter des Landesbundes der Gartenfreunde Hamburg 2017). Ein ähnliches Vorgehen verfolgten auch die Vereinsvorsitzenden[9] – das Areal war in zwei Vereine aufgeteilt –, sodass sich angesichts eines fehlenden, von oben organisierten Protests eine kleine Anzahl von Kleingärtner_innen zusammenschloss. Diese setzten sich laut Aussage von Klaus (2017), einer wichtigen Figur der gegründeten Protestgruppe „Grünstadt, jetzt!“, zu ihren „Höchstzeiten“ aus 15 bis 20 Personen zusammen. Folgender Protokollausschnitt gibt Einblick in ein solches Treffen der Protestgruppierung, welches zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem ein teilweiser Verbleib bereits erkämpft worden war:

„[...] In der Mitte des Vereinshauses steht ein großer Tisch, darauf stehen Tee und Kaffee. An dem Treffen nehmen elf Leute teil, vier Männer, sieben Frauen, die meisten sind über 60 Jahre alt, schätze ich. An dem Tischende sitzen zwei Männer, der Vorstand und sein Vertreter, wie ich bald erfahre. Klaus, den Vorsitzenden, schätze ich auf etwa 70 Jahre, später erfahre ich, dass er Umweltwissenschaftler ist. Klaus wird im Laufe des Abends die meisten Fragen beantworten und mir die politische und ökologische Relevanz ihres Falles ausführlich und mit emotionaler Dringlichkeit beschreiben; sein Vertreter ergänzt mit Infos über ihr strategisches Vorgehen und Wissen über Verwaltungsabläufe. [...] Auf die Frage nach der Verbindung mit ihren Gärten erzählt Klaus, dass der Garten schon seiner Großmutter gehört hatte und er ganze Sommer seiner Kindheit dort verbracht habe; es sei einer der wenigen Orte gewesen, wo er sich sicher gefühlt habe.“ (Hamburg, 29.5.2016)

Die anwesenden Personen hatten zwei wichtige Gemeinsamkeiten, nämlich die *räumliche Lage* ihrer Kleingärten und den *sozialen Hintergrund*, welche zusammen als Übersetzungsgrundlage genutzt wurden. Denn die Gärten der Mitglieder der Protestgruppierung lagen mehrheitlich in jenen Arealbereichen, in denen auch im neuen Wohnprojekt Grünflächen sein sollten, es also keine direkte Baukonkurrenz gab. Weiterhin einte die Kleingärtner_innen ein gemeinsamer sozialer Hintergrund; viele von ihnen waren hochrangige Verwaltungsangestellte gewesen und verfügten über ein politisches Partizipationsverständnis: nämlich über das wahrgenommene Recht, auch außerhalb der Verbandsstrukturen und ohne Unterstützung der restlichen, von ihnen in Gesprächen als apolitisch dargestellten Kleingärtner_innen ihre persönliche Betroffenheit und Anliegen in ein städtisches *issue* zu übersetzen.

4.1. *Politischer Aktivismus als Übersetzungsarbeit: Kleingärten als politisches issue*

Auf die Frage, wie „Grünstadt, jetzt!“ die geplante Überbauung zu verhindern versuchte, gab Klaus Einblick in die strategischen Überlegungen der Gruppierung. Es sei ihm nämlich klar gewesen, dass Personen in anderen Hamburger Bezirken sich nicht für einen Kleingartenerhalt in Barmbek einsetzen würden. Die Gruppierung setzte daher auf eine Übersetzung ihrer Anliegen in ein politisches *issue*, indem sie die stadtweite Bedeutung der Kleingärten darlegen wollte und mittels gesammelter Unterschriften eine Bezirksabstimmung über die An- oder Abnahme des Bebauungsplans erzwingen wollte, wofür sie jenseits der offiziellen Verbandsstruktur für ihr Anliegen eine Öffentlichkeit herzustellen versuchte.[10]

Kleingärten in Hamburg stehen aufgrund der hohen Wohnraumnachfrage und eines 2011 abgeschlossenen (und 2016 verlängerten) Vertrages zwischen Senat (der Hamburger Landesregierung) und Bezirken, welcher die Errichtung von mindestens 10.000 neuen Wohnungen pro Jahr als Ziel formulierte (vgl. Vertrag für Hamburg 2016), unter großem Druck.

Im Wissen um die hohe gesamtstädtische Wohnraumnachfrage und den daraus resultierenden Überbauungsdruck des Areals versuchte „Grünstadt, jetzt!“ die von ihr erwünschte Prioritätenreihung – Gartennutzung vor Wohnraumnutzung – mittels einer ökologischen Wertordnung zu rechtfertigen. Denn wo das Versprechen auf 1.400 günstige neue Wohnungen als stabiler Referent Autorität ausdrückt, braucht es ein entsprechendes öffentliches Gegengewicht und Gegenargument. So versuchte sie anhand folgender Strategien, die Imagination des Areals als *green commons* zu verbreiten, um eine Form der Äquivalenz zwischen den beiden Anliegen herzustellen:

1. Darstellung der Kleingärten als Lungen- und Kühlungsfunktion für die Gesamtstadt;
2. Darstellung der Kleingärten als ökologisch diverser Stadtraum.

Ersteres, nämlich die Darstellung des Gartenareals als grüne Stadtlunge, geschah, indem historische Verweise mit naturwissenschaftlichen Daten zusammengebracht wurden. Dies konnte ich bei einer öffentlichen Veranstaltung zu urbaner Natur im Kampnagel-Theater im Juni 2018 in Hamburg beobachten, zu der Klaus als Sprecher eingeladen war. Er betonte die Wichtigkeit von Kleingärten; zum einen, indem er auf den Hamburger Stadtentwicklungsplan des damaligen Stadtplaners Fritz Schumacher von 1919 verwies, der Grün- und Frischluftschneisen zwischen Wohngebieten geplant hatte. Indem er die Kleingärten in diesen historisch-stadtplanerischen Bezug setzte, erhielten sie eine entsprechende Bedeutung. Zum anderen verwies er auf stadtklimatische Messungen anhand einer eingefärbten Klimakarte von Hamburg. Darauf war die dicht bebaute Innenstadt rot eingefärbt, während im Gegensatz dazu das Kleingartenareal in der Nähe des Stadtparks als grüne Fläche eine sichere Atmungszone suggerierte.

Als ökologisch wertvoller Stadtraum wurden Kleingärten dargestellt, indem im realen Raum – entlang von öffentlichen Arealwegen und auf Bäumen, Zäunen, Lampenpfosten –, aber auch im virtuellen Raum auf der eigenen Protestwebseite, Fotos der im Areal gesichteten Tierarten, Bäume,



Abb. 3 und 4 Argumente für die erwünschte ökologische Wertordnung (Quelle: Eigene Fotos)

Pflanzen aufgehängt beziehungsweise veröffentlicht wurden (siehe Abbildungen 3 und 4). Mit Sätzen wie: „Ich darf hier nicht länger wohnen“ wurde der erwarteten Verdrängung dieser Lebewesen eine Stimme gegeben, wurden sie als politische Akteure einbezogen und wurde die ökologische Bedeutung des Areals in den Vordergrund gestellt. Durch Rückgriff auf die Fotos und Botschaften wurde das Argument aufgebaut, dass die Wachstums- und Existenzbedürfnisse der Natur vor den Bedürfnissen von Menschen für Wohnraum einzuordnen sind.[11]

4.2. Urteilsfindung, Rückübersetzung von öffentlichen zu privaten Gärten

Die von „Grünstadt, jetzt!“ eingereichte Initiative für eine Bezirksabstimmung des Bebauungsplans wurde vom Bezirk mittels einer Evokation für ungültig erklärt und aufgehoben. Aufgrund der politischen Struktur von Hamburg als Stadtstaat kann der Senat, also die Landesregierung, bei wichtigen Vorhaben die Entscheidungsbefugnisse vom Bezirk auf die Senatsebene heben, wodurch eine Bezirksabstimmung nicht mehr durchführbar ist. Als Kompromiss wurde allerdings eingeräumt, dass die innerhalb der neuen Grünzone gelegenen Kleingärten bleiben können, diese allerdings verdichtet werden, um die Zahl von 40 auf 165 Parzellen zu erhöhen.[12] Diese im Bebauungsplan als Dauerkleingärten gesicherten neuen Kleingärten sind im stadteigenen Besitz und werden vom Landesbund der Gartenfreunde an den neu gegründeten Verein verpachtet. Da die Mehrheit der ehemaligen Vereinsmitglieder und dessen Vorstand ihren Kleingarten aufgegeben hatten und die Vereinsstruktur aufgelöst worden war, ging aus der Protestgruppierung die neue Vereinsstruktur mit Klaus als offiziellem und für die Gartenvergabe zuständigem Vereinsvorstand hervor. Folgender Beobachtungsausschnitt eines Vereinstreffens im Mai 2016 illustriert, wie die formal an einer Warteliste orientierten Vergaberegulungen neu ausgelegt wurden und politisches Engagement mit privilegierter Ressourcenzuteilung rückübersetzt und belohnt wird:

„Dieselbe Frau schiebt später Klaus, der etwa nach 40 Minuten dazu stößt [weil er vor dem Vereinstreffen Kleingärteninteressenten freie Gärten gezeigt hatte, Anm. d. A.], einen Zettel mit Adresse und Kontaktmöglichkeiten ihrer Tochter hin. Es geht darum, dass sie ihrer Tochter nach ein bis zwei Jahren den neuen, im Moment von ihr gepachteten Garten überschreiben möchte und dies bereits jetzt in die Wege leiten

möchte. Klaus ist bereits informiert, meint, dass er die Tochter bereits auf einer Art stillen Warteliste platziert habe und daher den Zettel nicht brauche. Der Schwiegersohn pachtet den Garten, der neben dem jetzigen Garten der Frau liegt. [...] Auch diskutiert wird über die Gartenvergabe der neuen Gärten. Klaus möchte die Plätze den Unterstützer_innen der Initiative zuerst anbieten und fragt, ob damit alle einverstanden sind (sie sind es).“ (Hamburg, 29.5.2016)

Nach der Übertragung der Kleingärten in den Bebauungsplan ist eine Rückübersetzung^[13] des öffentlichen, politisierten Gartenareals zu privaten Gärten geschehen, die nun von einem neuen Verein – der aus „Grünstadt, jetzt!“ hervorging – verwaltet wird. Fragen, wie die Zuteilung zu den neu geschaffenen Parzellen zu geschehen habe und was mit den Spendengeldern, welche über die eigene Protestwebseite beworben und von Unterstützer_innen gespendet wurden, geschehen solle, illustrieren diese Rückübersetzung. An einer Vereinsversammlung wurde gemeinsam diskutiert, wofür die verbleibenden etwa 1.000 Euro Spendengelder verwendet werden sollten: zum Aufbau neuer Zäune, als Spende für einen Naturschutzverein oder zur Finanzierung für ein Fest für alle Unterstützer_innen der Initiative. Damit bilden die Vergabevorschläge die Vielschichtigkeit des Raumes ab: der Zaun als Symbol für den abgegrenzten privaten Raum, die Spende als Grünraum, das Fest für die Unterstützer_innen als politischen Raum.

In Hamburg rückte also eine kleine Gruppe von Kleingärtner_innen mit ihrer Übersetzung den grünen Wert der Stadtfläche in den Vordergrund, um damit Argumente für den Verbleib ihrer *eigenen* Gärten vorzubringen. Im folgenden Fall, in Basel, verfolgten die Kleingartenaktivist_innen eine andere Strategie.

5. Basel: Vereinswesen als repräsentative Verhandlungsmacht

In Basel beginnt die öffentliche Diskussion um die Frage, welche Rolle Kleingärten in einer verdichteten Stadt haben beziehungsweise haben sollten und deren Verhandlung als *commons*, mit der Veröffentlichung des neuen sogenannten Zonenplans im Jahr 2009. Im Rahmen der Überarbeitung des städtischen Zonenplans, welcher die zulässige Art der Landnutzung bestimmt und alle 15 bis 25 Jahre neu aufgestellt wird (vgl. Planungsamt Basel 2019), sollten drei der insgesamt 33 städtischen Kleingartenareale als neue Bebauungsflächen planerisch zonierte und umgestaltet werden. Davon wären etwa 1.100 Kleingärten – rund 40 Prozent der im Stadtgebiet von Basel liegenden Kleingärten – direkt betroffen gewesen. Auch hier übte ein Wohnungsbauprogramm^[14] als Zielsetzung mit stabilen Referenten Druck aus. Gegen die geplante Überbauung formierte sich eine Protestbewegung, welche aus dem existierenden Vereinswesen hervorging.

Kleingärten in Basel kennzeichnet eine hierarchische paternalistische Vereinsorganisationsform (vgl. Thomas/Oehler/Drilling 2016), welche die Beziehungen und Verantwortlichkeiten regelt: Die von der Mehrheit gewählten Vereinsvorstände repräsentieren die einzelnen Pächter_innen, agieren damit als Übersetzer_innen des Kollektivs. Die Anliegen der 33 städtischen Vereinsvorsteher_innen wiederum werden von dem Vorsteher des

Abb. 5 Aufnahme einer Kleingartenparzelle im Kleingartenverein Dreispitz mit geplanter Räumung 2020 (Quelle: Eigenes Foto)



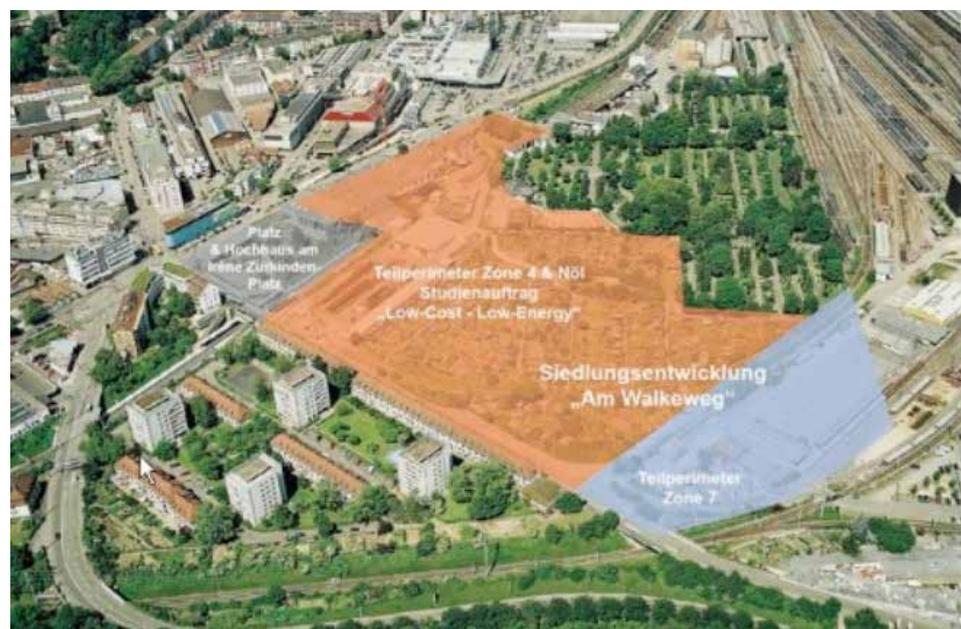
Zentralverbandes, der als Vertreter der etwa 13.000 Kleingärtner_innen agiert, in eine kollektive Stimme übersetzt. In Gesprächen mit politischen und planerischen Akteuren begegnete mir wiederholt die Aussage, Kleingärtner_innen wären Wähler_innenstimmen und daher müsse man sich zwangsläufig mit ihnen auseinandersetzen.

Der ehemalige Vorsteher des städtischen Verbandes, Rudolf, beschrieb im Gespräch sein basisdemokratisches Rollenverständnis folgendermaßen:

„[A]ls ich Präsident war in meinem Verein, hatte ich immer gesagt: Ich bin Präsident, ich muss das machen, was meine 160 Pächter sagen. Wenn die sagen, du musst das umkippen, dann muss ich das machen im Namen vom Verein. Wenn ich selbst noch dahinterstehen kann, dann ist das recht, und wenn nicht, dann muss ich es halt trotzdem machen.“

Dieses Zitat illustriert das Verständnis und die gegenseitige Rollenzuteilung zwischen dem Vereinskollektiv – den Pächter_innen – und dem Kollektivvertreter, das auf dem Verständnis eines *civic worth* (vgl. Boltanski/Thévenot 1999) beruht, also der Priorisierung der kollektiven Interessen vor den Einzelinteressen, prinzipieller Solidarität und einer Gleichheit von Mitgliedern und demokratisch gewählten Repräsentant_innen.

Abb. 6 Geplante Siedlungsentwicklung „Am Walkeweg“ (Quelle: Bau- und Verkehrsdepartement Basel)



Die Bekämpfung der Umzonung folgte diesen Prinzipien des *civic worth*: So wurde ein eigenes Initiativkomitee gegründet mit dem Vorsteher des Zentralverbands als Sprecher und Leiter des Komitees. Ziel war, die erforderlichen 3.000 Unterschriften zu sammeln, um eine stadtweite Abstimmung gegen die geplante Kleingartenumgestaltung zu erzwingen (vgl. Staatskanzlei Basel 2019).

Initiativen sind in der basisdemokratischen Schweiz eine häufig genutzte zivilgesellschaftliche Möglichkeit der Auseinandersetzung mit Politik und Planung, daher wissen politische Akteure damit umzugehen. Nach der Gründung des Initiativkomitees wurde der Vorsitzende (Kleingärtner Rudolf) und dessen politischer Unterstützer (ein Politiker aus der rechtspopulistischen Schweizer Parteienlandschaft) zu Verhandlungen mit dem politischen Vorsteher des städtischen Bauministeriums und dem Planzeichner eingeladen. Ziel der Verhandlungen war es, einen Kompromiss auszuhandeln und damit die Abstimmung zu verhindern. Denn erst ein Jahr zuvor war eine ebenfalls geplante Umnutzung einer städtischen Grünfläche von einer knappen Mehrheit abgelehnt worden; es galt aus Sicht des Baudepartements eine Wiederholung zu verhindern.

Die Macht dieses Komitees konstituierte sich über die vertretene Zahl der Kleingärtner_innen und die finanziellen Ressourcen des Zentralverbandes. Zwar verstand auch der Vorsteher Rudolf die ineinandergreifende Argumentation der Kleingärtenproblematik und fasste diese mit den Worten zusammen: „Es ist keine Nachfrage mehr da.[15] Es braucht keine Eigenversorger mehr, die sollen nicht so blöd tun. Die sind privilegiert. Die haben einen Zaun um sich und das ist öffentlicher Grund und Boden. Da könnte man Millionen verdienen“. Allerdings stellte Rudolf die Richtigkeit und Rahmung dieser Argumente nicht in Frage. Anders als in Hamburg, wo öffentliche Diskussionen angestoßen und neuen Bezugsgruppen hergestellt wurden, wurde in Basel innerhalb der Verbandsstruktur und unter den rund 13.000 Mitgliedern mit Verweis auf das gemeinsame Kleingartenanliegen und die Solidarität mobilisiert.

5.1. Urteilsfindung, Rückübersetzung zu privaten Gärten

In der Schweiz gibt es, anders als in Deutschland, kein nationales Kleingartengesetz. Stattdessen wird der Umgang mit Umnutzungen auf Landesebene (in der Schweiz: Kantonal Ebene) geregelt, im Kanton Basel-Stadt zum Protestzeitpunkt durch eine Familiengartenordnung. Diese Familiengartenordnung ermöglichte eine Umnutzung von Kleingärten, ohne für die betroffenen Kleingärtner_innen Ersatzgärten bereitstellen zu müssen. Im Wissen um die rechtliche Lage war der offizielle Vertreter Rudolf in den Verhandlungen bemüht, die Zahl der verlorenen Parzellen im Ganzen so klein wie möglich zu halten. Schließlich stimmte er einem Kompromiss zu, nämlich der Halbierung jener Kleingärten, die umgenutzt werden sollten. Bei einer stadtweiten Abstimmung im Mai 2011[16] wurde dieser Kompromiss von einer knappen Mehrheit angenommen; dies resultierte 2016 in der Einführung eines neuen Basler Kleingartengesetzes, welches für 80 Prozent der im Kanton Basel-Stadt liegenden Kleingärten eine speziell gesicherte Dauerkleingartenzone ausspricht. Neu ist auch, dass bei einer Auflösung von Gärten „aus

überwiegend öffentlichen Interessen“ (Gesetz über Freizeitgärten 2013) den betroffenen Pächter_innen nun ein Ersatzgarten angeboten werden muss.

Somit hatte der angenommene Kompromiss zur Folge, dass bis zu 20 Prozent der städtischen Kleingärten als Bauland ausgewiesen werden können. Wie aber soll diese Zahl umgesetzt werden, wie die Lasten zwischen den drei von den Plänen betroffenen Arealen verteilt werden? Hier kam der finanzielle und planerische ‚Wert‘ als Baugrundstück zum Tragen. Denn vor allem eines der drei Gebiete, das Dreispitz Areal, befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem neuen städtischen Prestigeprojekt und gilt als besonders attraktives Bauland. Als Arrangement zwischen dem städtischen Bauminister und dem Kleingartenvertreter Rudolf versprach ersterer daher, dass, sollte dieses Areal ihrer Auflösung zustimmen, die anderen beiden, größeren Areale fast vollständig erhalten werden würden. Dabei wurden also die verschiedenen Wertordnungen gegeneinander ausgespielt: der Marktwert, der für den Bauminister im Vordergrund stand, im Austausch gegen den *civic worth*, also den Gemeinschaftswert, der für den Vertreter Rudolf im Vordergrund stand. Vertreter_innen des umkämpften Areals erzählten mir im Gespräch, dass sie um den Druck auf ihrem Areal wussten und sich angesichts der unsicheren Zukunft bereit zeigten, ihrer Auflösung zuzustimmen, um die beiden anderen, größeren Areale zu schützen. Die Aufteilung der Planungslasten erfolgte nach dem Prinzip des *civic worth*, indem das vom Marktwert her wertvollere, aber flächen- und zahlenmäßig wesentlich kleinere Dreispitz Areal seiner Umnutzung zustimmte, um dadurch eine höhere Anzahl an Parzellen erhalten zu können. Dabei spielte auch die spezifische nachbarschaftliche Rahmung des Areals und das damit verbundene Wissen um den Nutzungsdruck bei der Entscheidung eine Rolle. Rudolf betonte im Gespräch, dass die Entscheidung für die Lastenaufteilung – „ein grausamer Deal“, wie er es beschrieb – von den betroffenen Vereinsvorstehern selbst getroffen wurde und wies im Wissen um die schwere Signifikanz dieser Entscheidung die eigene Verantwortung zurück.

Dieses Ergebnis, das aus den politischen Verhandlungen hervorgegangen war, wanderte allerdings nach der stadtweiten Abstimmung vom politischen Bereich in den Verwaltungsbereich weiter, welcher gegenwärtig die von der wahlberechtigten Basler Bevölkerung angenommene Zahl „20 Prozent umnutzungsfähige Kleingärten“ in Pläne übersetzen muss. Wo im Abstimmungswahlkampf konkrete Versprechungen über eine Lastenaufteilung gemacht wurden und diese mit einer Zahl und damit einem stabilen Referenten fixiert wurden, wird diese aktuell in eine technokratische Verwaltungspraxis übersetzt. Hier zeigt sich die Relativität der quantitativen Aussagen: Ein zentraler involvierter Verwaltungsakteur[17] berichtete im Gespräch von der Schwierigkeit, diese Zahl in einen Plan zu übersetzen. Denn die erforderlichen Wissensgrundlagen für die Identifizierung der 100 Prozent, nämlich vorhandene Zahlen zu der Größe der städtischen Kleingärten und Messgrundlagen und genaue geografische und zeitliche Grenzziehungen, würden schlichtweg fehlen. Bei der Übersetzung der politisch ausgehandelten und abgestimmten Zahl „20 Prozent umnutzungsfähige Kleingärten“ (und der damit verbundenen Verlustaufteilung) in ein technisches und planerisches Regelwerk können daher persönliche Vorstellungen, welche Art von Kleingärten als wertvoll und schützenswert gelten und welche nicht, die

Übersetzung in einen Planentwurf beeinflussen. Dies wurde im Gespräch deutlich, wo der interviewte Akteur offen von „guten Stücken“ sprach, charakterisiert durch eine hohe Biodiversität und Ähnlichkeit mit neuen Gemeinschaftsgärten; Kleingärten mit Verweis auf deren Nähe zu verkehrsintensiven Straßen, dem Vorhandensein von „Betonhäusern“ und „Personen mit Kopftüchern“ im Zusammenhang mit Problematisierungen und Interventionsbedarf erwähnt.[18] Hier kommt eine Bewertung zum Vorschein, die Flächen nach ihrem ökologischen Wert beurteilt und gleichzeitig rassistische Vorurteile mobilisiert, um städtische Bereiche abzuwerten. Die imaginierten Gärten mit einer hohen Biodiversität entsprechen der ökologisch orientierten Gartenpraxis und dem Ordnungsverständnis der neuen urbanen Mittelschicht. Mit dieser Einteilung und Bewertung der Gärten in gut und schlecht entlang ökologischer Kriterien ist auch eine soziale Einteilung verbunden und die Folgerung liegt nahe, dass Kleingartenareale mit einem hohen Anteil an ärmeren oder rassifizierten Personen längerfristig als Teil der 20 Prozent in einen Planentwurf übersetzt werden – um somit nach einer parlamentarischen Annahme als Entwicklungsfläche in der Zukunft umgenutzt werden zu können und damit ihre Existenzgrundlage verlieren.

6. Vergleich: Politische Kleingärten in Basel und Hamburg

Vergleichende Forschung ermöglicht es, die Dynamik des untersuchten Phänomens weiter, nämlich über eine Fall- und Stadtspezifität hinausgehend, fassen zu können (vgl. Robinson 2011). Wenn wir die beiden Konfliktfälle in Hamburg und Basel miteinander vergleichen, fällt auf, dass die Bedingungen und Konfliktrahmungen aufgrund stabiler Referenten ähnlich sind. So waren in beiden Städten Wohnbaustrategien mit quantitativen Zielvorgaben wirksam, deren Druck sich auf solche städtischen Grünflächen auswirkt, die nicht mittels einer speziellen Zone in den Flächennutzungsplänen gesichert sind. Die zwei in diesem Aufsatz vorgestellten Kleingartenareale eint, dass sie als zukünftige Entwicklungszonen ausgewiesen wurden und die Kleingartennutzung als temporärer Status galt. Auch ihre Lage in sich wandelnden Arbeiterquartieren ist ähnlich. Zusammen ergeben diese Bedingungen eine schwierige Ausgangslage für die Kleingärten, da die urbane Aufwertung und neue Wohnbauprogramme auf der einen und die fehlende Sicherheit als Entwicklungszone auf der anderen Seite zusammen als mächtige Einflussfaktoren wirken.

Ähnlichkeiten gibt es auch bezüglich der organisierten Protesthandlungen. Sowohl in Hamburg als auch in Basel wurden Unterschriften für ein Referendum – in Hamburg auf Bezirksebene, in Basel auf gesamtstädtischer Ebene – gesammelt mit dem Ziel, eine größere Zahl an Stimmberechtigten über die Bebauungspläne abstimmen zu lassen. In beiden Städten wurden politische Prozesse angestoßen mit dem Ziel, aus der Überbauung beziehungsweise dem Kleingartenverlust ein politisches Thema zu machen und eine Mehrheit für die eigene Prioritätensetzung – Gärten vor Wohnungen – zu gewinnen.

Allerdings unterscheiden sich beide Fälle darin, wer die Protesthandlungen organisierte und anführte, und infolgedessen auch darin, welche Argumentationssprache verwendet wurde. Aufbauend auf den vorgestellten Ergebnissen

wurden zwei neue Übersetzungstypologien konzeptualisiert: der Typ der *sozialen Übersetzung* und der Typ der *grünen Übersetzung*.

In Basel folgten die Protesthandlungen dem Typ der *sozialen Übersetzung*. Hier waren es demokratisch gewählte Kleingartenvertreter_innen, die den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereine, städtischer Verband) vorstanden und ihre Aufgabe darin sahen, die Interessen ihrer Mitglieder gebündelt zu vertreten. Diese Vertreter_innen sahen die persönliche Betroffenheit, welche mit einem Gartenverlust verbunden ist, blieben aber auf der Ebene der Kleingartenbetroffenen und übersetzten diese nicht in andere Wertigkeitsformen, die möglicherweise eine größere Bezugsgruppe angesprochen und mobilisiert hätten. Ihre Macht konstituierte sich aus den Vereinsressourcen: Das Geld für die Mobilisierung und den Referendumswahlkampf kam aus den eigenen Vereinstöpfen, die Einheitlichkeit ihrer Stimme und die repräsentierte hohe Zahl der Kleingärtner_innen im Hintergrund fungierten als machtvoll gebündelte Partikularinteressen.

Anders im Fall Hamburg, wo „Grünstadt, jetzt!“ dem Typ der *grünen Übersetzung* folgte. Hier waren es nicht gewählte Gartenvertreter_innen, die sich organisierten, sondern einzelne, persönlich betroffene Kleingärtner_innen. Diese teilten neben ihrem sozialen Hintergrund auch ein dezidiertes Verständnis von politischer Partizipation, das auf dem wahrgenommenen Recht gründete, bei Stadtentwicklungsfragen persönliche Anliegen artikulieren und einbringen zu können. Sie betonten dabei den ökologischen Wert und die Bedeutung des Areals angesichts klimatischer Veränderungen für die Stadt Hamburg. Die Engagierten konnten, anders als im Fall Basel, nicht auf eine politische Vertretung durch Vereins- oder Verbandsvorstandende aufbauen. Daher stellen sie mit „Grünstadt, jetzt!“ im Laufe ihres Protestes eine neue Art von Betroffenenegruppe her und bauten ein Protestnetzwerk mit anderen Gruppierungen und Unterstützer_innen auf.

In beiden Fällen war den Projektbefürworter_innen daran gelegen, eine politische Abstimmung zu verhindern, was die Interventionskraft eines Referendums verdeutlicht: in Basel, wo die Protestvertreter_innen zu Kompromissverhandlungen eingeladen wurden, und in Hamburg, wo die Projektverantwortlichkeiten von Bezirksebene auf die Landesebene gehoben wurden. Schlussendlich lenkten in beiden Fällen involvierte Stakeholder aus Politik und Planung ein, indem *mehr* Kleingärten als in den Planungen vorgesehen erhalten wurden. Eine zentrale Frage dabei ist, wie der Verlust aufgeteilt wurde. In Basel wurden zu diesem Zweck mit den Vereinsvertreter_innen und deren politischen Unterstützer_innen Verhandlungen geführt. Aktuell ist ein zentraler Verwaltungsakteur zuständig, die Übersetzung in Pläne zu gestalten, und bewertet erhaltungswürdige Gärten nach ökologischen, sozialen und räumlichen Kriterien, orientiert an den Praktiken und der Ästhetik einer neuen urbanen Mittelschicht. In Hamburg muss die Frage anders gestellt werden: Hier geht es nicht um die Frage, wie der Verlust aufgeteilt wird, da die erhaltenen Gärten durch die Grünzone im Bebauungsplan vorgegeben waren, sondern darum, wie der Zugang zu den neu geschaffenen Gärten aufgeteilt wird. Dabei sind die Protestmitglieder Schlüsselfiguren, die dafür sorgen, dass dem *eigenen* sozialen und aktivistischen Netzwerk bevorzugt Zugang ermöglicht wird. Als Folge einer

persönlichen und finanziellen Protestunterstützung mag dies verständlich sein. Es stellt sich allerdings die Frage, wie gerecht eine solche Zugangsverteilung ist und welche neue Ressourcenzuteilung zum nun dauerhaft gesicherten Kleingartenland eine politische Teilhabe mit sich bringt.

7. Schluss: Mehrschichtige Kleingärten zwischen sozialen und grünen Übersetzungen

Der vorliegende Artikel analysierte anhand von zwei empirischen Konfliktfällen von Kleingartenumnutzungen in Hamburg und Basel, wie Kleingärten im Kontext von Stadtplanungsprozessen problematisiert und als *commons* verhandelt werden. Die Diskussion der theoretischen Überlegungen von Laurent Thévenot et al. zu Aushandlungsprozessen von Wertordnungen bei Umweltkonflikten und der Verweis auf wissenschaftliche Untersuchungen, welche das ambivalente Verhältnis zwischen Kleingärten und Stadtplanung behandeln, skizzierten ein Bild von kontinuierlich verhandelten Grünflächen. Auf diesem Verständnis aufbauend wurde anschließend anhand der Analyse und Konzeptualisierung von empirischem Datenmaterial zu beiden Fällen gezeigt, dass eine erfolgreiche Politisierung von Planungskonflikten nach einer ressourcenintensiven Übersetzung von eigenen Anliegen verlangt.

Zwei neue Übersetzungstypologien wurden konzeptualisiert: einerseits die *soziale Übersetzung*, welche auf dem traditionellen Kleingartenvereinswesen und demokratisch gewählten Vorständen basiert und den *civic worth* in den Vordergrund stellt, der den existierenden gemeinschaftlichen und solidarischen Wert betont und den Blick auf die existierenden Nutzer_innen und deren sozialen Hintergrund lenkt. Dieser wurde andererseits die *grüne Übersetzung* gegenübergestellt, welche unabhängig vom traditionellen Vereinswesen mit Interessent_innen neue Netzwerke der Einflussnahme aufbaut, dabei den *green worth*, also den ökologischen Wert der Kleingärten betont, den Blick weg von den menschlichen Nutzer_innen und stattdessen hin zur Ökologie und tierischen Artenvielfalt lenkt, um eine größere Anspruchsgruppe herzustellen, dabei aber die eigenen Interessen verschleiert.

Beide Fälle illustrieren, wie die Mehrschichtigkeit von Kleingärten bei Planungskonflikten in unterschiedliche Argumente übersetzt werden kann, dabei aber jeweils andere Voraussetzungen erfordern. Eine hergestellte Äquivalenz über den Gemeinschaftswert, wie im Basler Fall skizziert, basierte auf einem Vereinswesen mit einer solidarischen, zahlenmäßig großen Anzahl an Kleingärtner_innen. Der Fall Hamburg wiederum zeigte, wie der Grünwert eine argumentative Auseinandersetzung mit den Planungsgrundlagen, dem Wohnungsprogramm und dem Umweltschutz als stabile Referenten und mit dem Aufbau und in-Verbindung-setzen von neuen Bezugsgruppen erfordert, also auch von jenen, die gar keine Kleingärtner_innen sind.

Der Artikel hat des Weiteren untersucht, was mit den Übersetzungen nach der Kompromissfindung und Konfliktbeilegung geschieht. Er argumentiert für die Wichtigkeit, bei Planungskonflikten danach zu fragen, erstens welche *Argumente* für eine neue Prioritätenreihung – eigene Anliegen vor anderen – gebraucht werden, und zweitens wie politische und planerische Entschlüsse einer neuen Prioritätenreihung *on the ground* umgesetzt, also wie assoziierte *Lasten* und *Privilegien* anschließend verteilt werden.

Zusammengefasst hat der Artikel am Beispiel der Aushandlungen um Kleingärten in Hamburg und Basel den Übersetzungsprozess als notwendigen Schritt für eine erfolgreiche Politisierung von existierenden beziehungsweise geplanten Raumumnutzungen analysiert. Eine Übersetzung der persönlichen Betroffenheit in ein politisches Thema mit erweiterten Betroffenenengruppen beruht dabei auf mehreren Voraussetzungen: Es bedarf eines Kollektivs mit designierten Repräsentant_innen, finanzielle Ressourcen für juristische Unterstützung, einer Auseinandersetzung mit den argumentativen Grundlagen der Pläne und dahinterstehender Wertordnungen, sowie deren Problematisierung. Schließlich muss Äquivalenz zwischen verschiedenen Wertordnungen hergestellt und eine neue Prioritätenreihung vertreten werden.

Die Politisierung von Planungsvorhaben verlangt nach einer Übersetzung der eigenen Naturbezüge und damit verbundener Nutzungsinteressen in ein *issue* von allgemeinem, höher gewichtetem Interesse. Dies verweist auf jene, die keine Übersetzungsressourcen zur Verfügung haben, also weder eine repräsentative Vereinsmacht noch eine ökologische Argumentationsmacht aktivieren können. Es sollte daher nicht nur gefragt werden, wie Wertordnungen von urbanen Grünräumen gegenwärtig neu verhandelt werden und welche Bedarfe dahinter stecken, sondern auch, wessen Stimmen bei einer Neuordnung von Prioritäten erfolgreich eigene Bedarfe und Anliegen durchsetzen können und wessen nicht, um dies im Hinblick auf eine *solidarische* urbane Grünraumplanung besser berücksichtigen zu können.

Endnoten

- [1] Das Konzept der ‚commons‘ wurde ursprünglich für gemeinschaftlich genutzte Weideflächen in Dorfgemeinschaften verwendet. Dies waren Flächen, zu denen eine größere Allgemeinheit aufgrund der hohen gemeinschaftlichen Wichtigkeit der Landnutzung Zutritt und Zugangsrechte besitzt (vgl. Rose 1986). In diesem Aufsatz wird mit Verweis auf Laurent Thévenot (2012) der Begriff der *commons* benutzt, um zu beschreiben, wie bei Planungskonflikten um Kleingärten verschiedene Argumente und Werte zusammenbracht werden, um aus dem meist intimen Bezug ein gemeinschaftliches und politisches Thema zu machen. Mehr zum Verständnis von urbanen Grünflächen als *commons* siehe auch Colding et al. 2013 und Kunnig/Rosol/Exner 2017.
- [2] Unter ‚Wert‘ wird in diesem Artikel in Anlehnung an John Dewey (1922) die Vorstellung von etwas Wünschenswertem für eine Gemeinschaft verstanden; in einer Gesellschaft können unterschiedliche Werte und damit Vorstellungen von gesellschaftlich Wünschenswertem nebeneinander existieren. Wertordnungen liegen spezifische Werte zugrunde und führen zu jeweils unterschiedlichen Arten der Bewertung und Rechtfertigung dessen, was als gesellschaftlich wünschenswert gilt, beispielsweise der Konflikt zwischen Naturschutz aus ökologischen Gründen und einer Naturverwertung aus wirtschaftlichen Gründen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die umstrittene Praktik des Kohleabbaus. Aus ökologischer Sicht ist dies aufgrund der damit verbundenen Umweltschädigung im allgemeinem Interesse zu vermeiden; gleichzeitig bedeutet diese Abbaupraxis die wirtschaftliche Grundlage für jene im Kohleabbau tätigen Menschen, welche bei einem Verbot ihre Arbeitsgrundlage verlieren würden.
- [3] Zahlen haben laut Espeland/Stevens (2008: 408) eine Autorität und spezifische Ästhetik, denn sie drückten „clarity and parsimony“ aus, indem sie aus Partikularitäten und Differenz eine Konvergenz und Vergleichbarkeit herstellten, und laut Miller (2001) eine qualitative Welt in quantitative Informationen übersetzten. Allerdings würden Zahlen die dahinterstehende übersetzte Varianz und den Prozess der Zahlenproduktion verbergen, wie man auch am Beispiel von Plänen in der Stadt- und Regionalplanung erkennen

- kann. Denn diese berufen sich bei der Übertragung bzw. Übersetzung von räumlichen Zielsetzungen in städtische Masterpläne und Zonenpläne auf vorgeschaltete Prozesse von Zahlenbeschaffungen, beispielsweise Nachfragestudien, Testplanungen und Prognosen, die eine scheinbar objektive Grundlage für die erwünschten Rauminterventionen liefern.
- [4] Tilley (2008) analysierte auch den politischen Ideengehalt von Kleingärten und zeigte am Beispiel von schwedischen und englischen Kleingärten, wie *everyday nationalism* neben und durch Gartenarbeit konstruiert wird.
- [5] Dies liege laut Lawson (2004: 165) daran, dass Kleingärten aus planerischer Sicht als „public catalyst but private resource“ wahrgenommen und eingeordnet würden, da der Anbau und Konsum der Gartenprodukte als private Aktivität stattfindet, das zur Verfügung gestellte Land allerdings rechtlich gesehen öffentliches Land sei. Es ist diese Mehrdeutigkeit, die DeSilvey (2003: 333) dazu veranlasst, Kleingärten als ‚dritte Orte‘ zu bezeichnen, die jenseits der Kategorien von privat und öffentlich bzw. Freizeit und Arbeit zu denken sind.
- [6] Diese Schwierigkeit der Übersetzung scheint vor allem klassische Kleingärten zu betreffen, weniger stark die in den letzten Jahren entstandenen neuen Formen städtischen Gärtnerns als Gemeinschaftsgärten. Diese werden in wissenschaftlichen Untersuchungen gerne mit *commons*, mit Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und einem politischen Bewusstsein und mit planerischer Teilhabe in Verbindung gebracht (siehe z. B. Certoma 2011; Firth/Maye/Pearson 2011; Kunning/Rosol/Exner 2017; Tappert/Klöti/Drilling 2018).
- [7] Alle im Artikel genannten Namen von Interviewpersonen und Initiativbezeichnungen wurden geändert.
- [8] In Deutschland unterscheidet das Bundeskleingartengesetz (vgl. BKleingG 1983) zwischen stadtplanerisch festgelegten Dauerkleingärten und Kleingärten ohne Planungsschutz. Bei Dauerkleingärten muss bei einer vorgesehenen Umnutzung – welche planungsrechtlich mit einem angenommenen Bebauungsplan abgesichert werden muss – geeignetes Ersatzland bereitgestellt werden. In Hamburg gab es bereits vor der Einführung des Bundeskleingartengesetzes mit dem sogenannten ‚10.000er Vertrag‘ seit 1967 eine gleichwertige Regelung (vgl. Eckpunktepapier Anschlussregelung zum 10.000 Vertrag, o. J.). Das untersuchte Areal (im Besitz der Stadt Hamburg) und die zwei sich darauf befindenden Vereine galten allerdings nicht als Dauerkleingärten und hatten damit keinen Anspruch auf Ersatzgärten.
- [9] Über die Motive kann an dieser Stelle nur spekuliert werden: Möglicherweise wurde die Überbauung wegen der Projektgröße als unausweichlich interpretiert; die Protestgruppierung vermutete auch politische Verbindungen als Ursache. So wurde angenommen, dass zentrale politische Akteure die Wichtigkeit des Projektes betont und damit einen Protest verhindert hätten, denn sowohl Bezirksbürgermeister als auch Verbandsvorsteher gehören der sozialdemokratischen Partei an. Möglicherweise versuchten die Vereinsvorstände aber auch über andere, für die neue Protestgruppe nicht zugängliche und daher auch nicht wahrnehmbare Wege Einfluss zu nehmen, beispielsweise durch die Verhandlung höherer Abfindungen. Leider war es mir nicht möglich, mit den Vereinsvorsitzenden persönlich zu sprechen, denn trotz mehrerer telefonischer Interviewanfragen mit dem ehemaligen Vereinsvorsteher lehnte dieser ein Gespräch wiederholt mit dem Hinweis ab, er sei nicht mehr als Vereinsvorsteher tätig und „möchte niemanden in die Pfanne hauen“.
- [10] Dies geschah mittels verschiedener Maßnahmen: indem die Gruppe sich mit bestehenden lokalen und stadtplanungskritischen Bewegungen im aktivistischen und universitären Umfeld vernetzte, über eine eigens eingerichtete Webseite Unterstützungsgelder sammelte, mit Medien Kontakt aufnahm und bei Planungsinformationsanlässen gezielte kritische Wortmeldungen platzierte. Diese Formen von Übersetzungsarbeit verlangen nach Wissensbeständen über die planerischen und rechtlichen Grundlagen der Überbauung sowie der Verhandlung von Kleingärten im Bundesnaturschutzgesetz, um zu verstehen, mit welchen Wertordnungen, Argumenten und Instrumenten ein alternativer Nutzungsanspruch artikuliert wird. Diese Wissensbestände haben sich die Protestmitglieder, vor allem der informelle Organisator und Sprecher Klaus, in detaillierter Recherchearbeit über mehrere Wochen angeeignet; dies gibt einen Hinweis auf die hohen zeitlichen und kulturellen Ressourcen und Wissensbestände (beispielsweise eine Sichtung und Bewertung der Pläne, Möglichkeiten und Zeitfenster der Einspruchsmöglichkeiten), die eine Übersetzung erfordert.

- [11] Diese Prioritätenreihung begegnete mir während meiner Aufenthalte häufig. Angesprochen auf die Bedeutung des Areals und der Kleingärten erzählte mir Kleingärtnerin Barbara beispielsweise von ihrer Faszination für die „riesigen, alten Bäume“ auf dem Areal, für deren Erhalt sich „Grünstadt, jetzt!“ intensiv eingesetzt hat. Sie erwähnte, dass diese Bäume in der Gartenpraxis durchaus mit Nachteilen wie Schattenwurf und Laubabwurf verbunden sind, betonte allerdings die Notwendigkeit, die Wachstumsbedürfnisse der Bäume vor etwaigen konkurrierenden menschlichen Raumnutzungsbedürfnissen zu reihen.
- [12] Dieses Vorhaben einer Verkleinerung der Kleingartenfläche, aber der gleichzeitigen Parzellenverdichtung, um eine gleich hohe Parzellenzahl wie vor der Teilüberbauung zu ermöglichen, gilt aktuell vom Landesbund für Gartenfreunde in Hamburg als Zukunftsmodell, um bei Nutzungskonflikten einen Kompromiss anzustreben (vgl. Interview mit Vorsteher des Landesbund für Gartenfreunde in Hamburg 2017). Dieses Vorgehen hat aber auch zur Folge, dass durch Verweise auf die gleichbleibende Parzellenzahl die tatsächlich verlorene Gartenfläche verschleiert werden kann.
- [13] Die Rückübersetzung wurde mir auch deutlich bewusst, als ich den Garten von Kleingärtnerin Barbara einige Monate nach unserem in Fußnote 11 beschriebenen Gespräch besuchte. Neue Pächter_innen hatten die neu zugeschnittenen Parzellen um sie herum bezogen und waren mit einer Parzellenbegrünung beschäftigt. Im Nachbargarten stand ein neu gepflanzter Baum. Barbara zeigte auf den Baum und erklärte, sie habe den Nachbarn gesagt, dass dieser kleingehalten und beschnitten werden müsse, sie habe nämlich ausreichend Schatten und brauche Licht in ihrem Garten. Diese vorgeschlagene Prioritätenreihung widerspricht ihrer früheren Aussage und zeigt auf, wie das Kleingartenareal nach dessen planungsrechtlicher Sicherung von einem politischen *issue* wieder zu einem privaten Anliegen rückübersetzt wird, wobei die eigenen Raumbedürfnisse in den Vordergrund gerückt werden.
- [14] Das Wohnungsbauprogramm ‚Logis Bâle‘ hatte das Ziel, im Kanton Basel-Stadt zwischen 2000 und 2010 5.000 neue Wohneinheiten zu errichten (vgl. Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2011). Aufgrund seiner unmittelbaren Grenzlage zu Frankreich und Deutschland und der politischen Trennung des Kantons Basel-Stadt von der umgebenden Agglomeration (dem Kanton Basel-Land) gilt Basel als dicht bebauter Kanton mit wenig frei verfügbaren Entwicklungsflächen, weswegen Kleingärtenland attraktives Entwicklungsland ist.
- [15] Gemeint ist, dass keine Nachfrage nach den Kleingärten in Basel mehr vorhanden sei. Im Abstimmungswahlkampf wurde nämlich von den Befürworter_innen einer Umnutzung ein Rückgang der Nachfrage postuliert, da die Zahl der Personen auf der *Warteliste* abgenommen hatte. Diesen postulierten Nachfragerückgang bezeichnete einige Jahre danach ein zentraler Verwaltungsakteur im Interview mit mir als falsch, da sich dieser auf veraltete Zahlen bezogen hatte.
- [16] Trotz der mehrmonatigen Verhandlungen und einem ausgearbeiteten Kompromiss kam es schlussendlich doch zu einer stadtweiten Abstimmung. Dies lag daran, dass der hinzugezogene Politiker und Teil des Initiativkomitees, der ebenfalls bei den Verhandlungen anwesend war, sich nach den Verhandlungen überraschend aus politisch-strategischen Überlegungen gegen den Kompromiss stellte und den Erhalt aller Kleingärten forderte. Dies führte zur Spaltung innerhalb des Komitees und dazu, dass die Initiative nicht zurückgezogen wurde und es zu einer stadtweiten Abstimmung kam.
- [17] Dieses zweistündige Interview wurde auf expliziten Wunsch der Person nicht auf Tonband aufgenommen, wodurch sich vermutlich der sehr offene Gesprächston erklärt. Der Gesprächsinhalt wurde während dieser Zeit mitnotiert und unmittelbar im Anschluss an das Gespräch ein Gesprächsprotokoll verfasst. Um die Anonymität der interviewten Person zu garantieren, werden hier das genaue Aufgabengebiet und die berufliche Funktion nicht erwähnt.
- [18] Im Gespräch erwähnte der Akteur ein spezifisches Areal, das er als besonders problematisch imaginierte. Als Problem wurde dabei die hohe Parzellenanzahl, die damit verbundene größere Anonymität und Schwierigkeit einer Verwaltungskontrolle angeführt. Der Akteur erörterte auch Überlegungen, das Areal durch verschiedene Maßnahmen, unter anderem einer Aufteilung in kleinere Areale, Herstellung von mehr Sichtbarkeit durch öffentliche Wegführungen und durch soziale Kontrolle mehr Ordnung nach der erwünschten Verwaltungslogik zu etablieren. Dieses Beispiel illustriert die

verschiedenen Sichtweisen und assoziierten Werte von Kleingärten, lässt jedoch offen, wie die Kleingärtner_innen in dem erwähnten Areal dieses selbst erleben, ob sie die Vielzahl an Parzellen und Anonymität möglicherweise durchaus als positiv und als einen Freiraum erleben.

Autor_innen

Nicola Thomas ist Stadtsoziologin und forscht aktuell im Rahmen ihrer Dissertation zu Transformationsprozessen von urbanen Kleingärten in Europa. Ihre Schwerpunkte sind urbane Grünräume, städtische Beteiligungskulturen und qualitative Forschungsmethoden. nicola.thomas@hcu-hamburg.de

Literatur

- Bezirk Hamburg Nord (2012): Rahmenplanung, Bürgerbeteiligung und Ergebnisse des städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerbs.
- Bezirksamt Hamburg Nord (2018): Wohnbauprogramm.
- Boltanski, Luc / Thévenot, Laurent (1999): The sociology of critical capacity. In: *European journal of social theory* 2/3, 359-377.
- Boltanski, Luc / Thévenot, Laurent (2006): *On justification. Economies of worth*. Princeton: Princeton University Press.
- Bundeskleingartengesetz (BKleingG) (1983): <https://www.gesetze-im-internet.de/bkleingg/BJNR002100983.html> (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Certome, Chiara (2011): Critical urban gardening as a post-environmentalist practice. In: *Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability* 16/10, 977-987.
- Colding, Johan / Barthel, Stephan / Bendt, Pim / Snep, Robbert / Van der Knaap, Wim / Ernston, Henrik (2013): Urban green commons: Insights on urban common property systems. In: *Global Environmental Change* 23/5, 1039-1051.
- Crouch, David / Ward, Colin (1988): *The allotment: its landscape and culture*. London: Faber and Faber.
- DeSilvey, Caitlin (2003): Cultivated histories in a Scottish allotment garden. In: *cultural geographies* 10/4, 442-468.
- Dewey, John (1922): Valuation and experimental knowledge. *The Philosophical Review* 31/4, 325-351.
- Eckpunkt paper Anschlussregelung zum 10.000er Vertrag (o. J.): http://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetRessource100/GetRessource100.svc/573c6e4c-26d6-4a87-9677-3a771efofa28/Akte_FB4.7.30.001-000_0017.pdf (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Espeland, Wendy Nelson / Stevens, Mitchell L. (2008): A sociology of quantification. In: *European Journal of Sociology / Archives Européennes de Sociologie* 49/3, 401-436.
- Firth, Chris / Maye, Damian / Pearson, David (2011): Developing „community“ in community gardens. In: *Local environment: The International Journal of Justice and Sustainability* 16/6, 555-568.
- Foucault, Michel (1992): Andere Räume. In: Karlheinz Barck / Peter Gente / Heidi Paris / Stefan Richter (Hg.), *Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*. Leipzig: Reclam, 34-46.
- Freytag, Anette (2010): Der Garten – Streben nach Glück und Erkenntnis. In: *Anthos* 49/1, 4-10.
- Gesetz über Freizeitgärten (2013): https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/911.900/versions/2609 (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Glaser, Barney G. / Strauss, Anselm L. (2017): *Discovery of grounded theory: Strategies for qualitative research*. London/New York: Routledge.
- Haney, David H. (2007): Leberecht Migge's „Green Manifesto“. Envisioning a Revolution of Gardens. In: *Landscape Journal* 26/2, 201-218.

- Hilbrandt, Hanna (2019): Everyday urbanism and the everyday state. Negotiating habitat in allotment gardens in Berlin. In: *Urban Studies* 56/2, 352-367.
- Kois, José Luis / Casadevante, Fernández / Morán, Nerea (2015): *Raíces en el asfalto: pasado, presente y futuro de la agricultura urbana*. Madrid: Libros en Acción.
- Kumnig, Sarah / Rosol, Marit / Exner, Andreas (Hg.) (2017): *Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript.
- Landesbund der Gartenfreunde Hamburg (2019): <https://www.gartenfreunde-hh.de/ueberuns/> (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Law, John / Williams, Rob J. (1982): Putting facts together: A study of scientific persuasion. In: *Social studies of science* 12/4, 535-558.
- Lawson, Laura (2004): The planner in the garden: A historical view into the relationship between planning and community gardens. In: *Journal of Planning History* 3/2, 151-176.
- Migge, Leberecht (1920): *Der soziale Garten. Das grüne Manifest*. Jena: Eugen Diederichs.
- Miller, Peter (2001): Governing by numbers: Why calculative practices matter. In: *Social research* 68/2, 379-396.
- Planungsamt Basel (2019): <https://www.planungsamt.bs.ch/planungsgrundlagen-konzepte/nutzungsplaene/zonenplan.html> (letzter Zugriff am 22.5.2019).
- Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt (2011): *Neue Wohnungen für Basel. 10 Jahre Logis Bâle*. https://www.bs.ch/dam/jcr:f19c74d4-a0a8-430f-babc-40d1a89716b0/Logis_Bale_Schlussbericht_2011.pdf (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt (2016): https://www.entwicklung.bs.ch/dam/jcr:cof2099f-762f-435d-93a2-3de63157a88b/KSTE-BS_Urbane_AgriKultur_Aktualisierte_Version_2016.pdf (letzter Zugriff am 20.11.2019).
- Robinson, Jennifer (2011): Cities in a World of Cities: The Comparative Gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/1, 1-23.
- Rose, Carol (1986): The Comedy of the Commons: Custom, Commerce, and Inherently Public Property. *The University of Chicago Law Review* 53/710, 711-782.
- Rose, Nikolas (1991): Governing by numbers: Figuring out democracy. In: *Accounting, organizations and society* 16/7, 673-692.
- Seguí, Ana Espinosa / Maćkiewicz, Barbara / Rosol, Marit (2017): From Leisure to Necessity: Urban Allotments in Alicante Province, Spain in Times of Crisis. In: *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies* 16/2, 267-205.
- Shore, Chris / Wright, Susan (2015): Governing by numbers: Audit culture, rankings and the new world order. In: *Social Anthropology* 23/1, 22-28.
- Spilková, Jana / Vágner, Jiří (2016): The loss of land devoted to allotment gardening: The context of the contrasting pressures of urban planning, public and private interests in Prague, Czechia. In: *Land Use Policy* 52, 232-239.
- Staatskanzlei Basel (2019): <https://www.staatskanzlei.bs.ch/politische-rechte/initiativen.html> (letzter Zugriff am 22.5.2019).
- Star, Susan Leigh (Hg.) (1995): *Ecologies of knowledge: work, and politics in science and technology*. New York: State University of New York Press.
- Tappert, Simone / Klöti, Tanja / Drilling, Matthias (2018): Contested urban green spaces in the compact city: The (re-)negotiation of urban gardening in Swiss cities. In: *Landscape and urban planning* 170, 69-78.
- Thévenot, Laurent (2009): Governing Life by Standards: A View from Engagements. In: *Social Studies of Science* 39/5, 793-813.
- Thévenot, Laurent (2012): At-testing, pro-testing, con-testing. New perspective on politics, oppression and critique raised by environmental concern. https://www.academia.edu/8072295/At-Testing_Pro-Testing_Con-Testing_New_perspective_on_politics_oppression_and_critique_raised_by_environmental_concern (letzter Zugriff am 25.03.2020).
- Thévenot, Laurent / Moody, Michael / Lafaye, Claudette (2000): Forms of valuing nature: arguments and modes of justification in French and American environmental disputes. In: Michèle Lamont / Laurent Thévenot (Hg.), *Rethinking comparative cultural sociology: Repertoires of evaluation in France and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Thomas, Nicola / Oehler, Patrick / Drilling, Matthias (2016): The Power of the Many. The fight for allotment gardens in Basel, Switzerland. In: *The Nordic Journal for Architectural Research* 28/3, 97-117.

- Tilley, Christopher (2008): From the English cottage garden to the Swedish allotment: Banal nationalism and the concept of the garden. In: Home Cultures 5/2, 219-249.
- Turnbull, Nick (2006): How should we theorise public policy? Problem solving and problematcity. In: Policy and Society 25/2, 3-22.
- Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau (2016): <https://www.hamburg.de/contentblob/3460004/2b4f64de80bb7f534a0e4c78d8a1b81b/data/vertrag-fuer-hamburg.pdf> (letzter Zugriff am 20.11.2019).

Interviewquellen, eigene empirische Forschung

- Interview mit Barbara, Kleingärtnerin Hamburg (2017).
- Interview mit Klaus, Vorstand „Grünstadt, jetzt!“ und neuer Vereinsvorstand Hamburg (2017).
- Interview mit Rudolf, ehemaliger Leiter des Zentralverbandes der Familiengartenvereine Basel (2017).
- Interview mit leitendem Verwaltungsakteur Basel (2019).
- Interview mit dem Vorsteher des Landesbund für Gartenfreunde in Hamburg (2017).

Urban Allotment Gardens in the focus of City Planning. Translations of a multilayered city space.

Allotment gardens in densifying European cities are increasingly under pressure to legitimize their existence and spatial use in response to alternative spatial claims being made. In this process, allotment gardens are being discussed as existing on publicly owned land and constituting a green commons while at the same time being accessible for a very limited number of users only. Thereby the claim is made that it constitutes private land use on public land. This paper argues for the need to expand this view by analyzing two contested cases of allotment garden redevelopment in Hamburg and Basel. For this matter, qualitative interviews with activists, planners and association representatives and observations from association meetings were analyzed. Based on this empirical material and the orders of worth concept from French sociologist Laurent Thévenot, allotment gardens are conceptualized as multilayered green urban spaces that are located between public and private spatial boundaries and allow for varied attachments. The paper concludes that planning conflicts surrounding allotment gardens are an expression of personal spatial attachments which are translated into a public issue and represent the negotiations of a multilayered green urban space as a common good.

„Wuchernde Stadt“ und „gezähmte Wildnis“

Sozial-ökologische Perspektiven auf die Inszenierung von ‚neuer Wildnis‘ im Natur-Park Schöneberger Südgelände

**Katharina Kapitza
Sabine Hofmeister**

Aus sozial-ökologischer Perspektive kann ‚neue Wildnis‘ als Ausdruck dynamischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf Basis materialer Hybridität von Natur und Gesellschaft gelesen werden; zugleich wird hiermit das Trennungsverhältnis zwischen diesen beiden Polen über die Gegenwart hinaus in zukünftige, werdende ‚Natur/en‘ diskursiv verlängert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern ‚neue Wildnisse‘ in der Stadt als sozial-ökologische, offene Räume aufgefasst werden können, in denen Trennungsstrukturen aufgebrochen werden können und ein Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung geleistet werden kann. Wir nähern uns dieser Fragestellung auf Grundlage einer qualitativen Interviewstudie von Naturverständnissen und Naturschutzbegründungen in Bezug auf den Natur-Park Schöneberger Südgelände in Berlin. Die Ergebnisse zeigen, dass ‚wilde‘ und offene Naturentwicklung im Südgelände zwar auf einem Teil der Flächen stattfinden kann, der Fokus des Naturschutzes jedoch auf der Konservierung der als hybrid inszenierten ‚Wildnis‘ liegt. Das Gegensatzverhältnis zwischen den Sphären Gesellschaft und ‚Natur‘ wird oft nur scheinbar aufgebrochen, stattdessen wird an vielen Stellen das jeweils ‚Andere‘ inszeniert. Am Beispiel des Südgeländes lässt sich jedoch auch zeigen, dass ‚neue Wildnisse‘ in der Stadt mithin zur (normativen) Verständigung über gesellschaftliche Naturverhältnisse und deren Transformation einladen und somit als Möglichkeitsräume für künftige nachhaltige Entwicklungsprozesse sichtbar und offen bleiben können.

*Ersteinreichung: 15. April 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.*

„Mithin ist Natur kein physikalischer Ort, den man besuchen kann, ebenso kein Schatz, der sich einzäunen oder horten läßt, auch keine Wesensheit [sic!], die gerettet oder der Gewalt angetan würde. (...) Sie ist nicht das ‚Andere‘, das Ursprung, Ergänzung und Dienstleistung verspricht. Die Natur ist weder Mutter noch Amme noch Sklavin und insofern weder Matrix noch Ressource noch Werkzeug für die Reproduktion des Menschen/Mannes.“

(Haraway 1995a: 13)

1. Einleitung: ‚Wildnis‘ und ‚Stadt‘ – (wie) passt das zusammen?

Derzeit beginnen im Rahmen spätkapitalistischer Neoliberalisierungsprozesse die Städte (wieder) zu ‚wuchern‘[1]: Die Nachfrage nach (Wohn-)

Raum steigt, die Bodenpreise explodieren und Strategien der (Nach-) Verdichtung werden nötig. Dabei geraten innerstädtische Freiflächen zunehmend unter Druck. Dies gilt einerseits für ‚wilde‘ Brachflächen, die im „Spannungsfeld zwischen Naturschutz und (baulicher) Wiedernutzung“ stehen (Hansen et al. 2012). Andererseits sind Flächen davon betroffen, die als Naturschutz- bzw. Landschaftsschutzgebiete Nutzungsrestriktionen unterliegen und deren Status immer wieder neu legitimiert werden muss. Welche städtischen Räume und ‚Natur/en‘[2] aus welchen Gründen eines besonderen Schutzes bedürfen, von Bebauung und Versiegelung verschont bleiben und/oder sich ‚frei‘ von anthropogenen Einflüssen und Regulierungen entwickeln dürfen, muss vor diesem Hintergrund immer wieder (neu) diskutiert und ausgehandelt werden.

Seit den 1990er Jahren haben ‚wilde‘ Stadtnaturen und ‚neue‘ Wildnisse[3] als interdisziplinärer Untersuchungsgegenstand[4] im internationalen Diskurs zunehmend an Bedeutung gewonnen. Kulturwissenschaftliche und historische Arbeiten zeigen, dass ‚Wildnis‘ schon immer ein kulturelles Phänomen gewesen und historisch einem Bedeutungswandel unterlegen ist (Cronon 1996; Vicenzotti/Trepl 2009). Das Konzept der Wildnis verweist dabei auf ein Gegenmodell zur hegemonialen Ordnung der Gesellschaft (Kirchhoff/Trepl 2009). Mit der diskursiven Gleichsetzung des ökologischen Werts von ‚alter‘ und ‚neuer‘ Wildnis (u. a. Kowarik 2017) hat ein Wandel der sozialen und kulturellen Bedeutungszuschreibungen auf ‚Stadtnatur/en‘ im Sinne einer Ästhetisierung und Inszenierung von Industriebrachen eingesetzt (Hauser 2001; Jorgensen/Keenen 2012; Gandy 2019). Aus der Perspektive des Naturschutzes rückt die Forderung nach dem Schutz „wilder Stadtnatur“ (Deutsche Umwelthilfe 2014: 13) dabei immer deutlicher in den Fokus: ob zum Erhalt urbaner biologischer Vielfalt (Kowarik 2011), zur Erholungsnutzung und als Naturerfahrungsraum (Schemel/Reidl/Blinkert 2005) oder als Ausgleichs- und Experimentierraum in Zeiten des Klimawandels (Mathey et al. 2011) beziehungsweise in Bezug auf Neobiota (Olischläger/Kowarik 2011).

Mit Blick auf Schrumpfungsprozesse (Rink 2009) und Prozesse von „green gentrification“ (Checker 2011; Rosa/Lindner 2017) werden in der Forschung zunehmend Ambivalenzen in den Zuschreibungen auf Stadtwildnis deutlich. Diese werfen explizit die Frage nach ‚neuer‘ Wildnis als Freiraum auf (u. a. Gandy 2012; Hofmeister 2010) und diskutieren die soziale Teilhabe daran unter anderem im Kontext von Prozessen des Ausschlusses aufgrund von Ethnisierung (Stoetzer 2014, 2018). Doch obgleich die konstitutive Abgrenzung zwischen ‚Natur‘ und Kultur beziehungsweise Stadt materiell in Auflösung begriffen ist[5], wird sie in symbolischer und kultureller Hinsicht tatsächlich immer wirksamer: Auch Stadtökologie und Naturschutz im urbanen Raum nehmen ‚Wildnis‘ als einen Begriff in Anspruch, der wie kein anderer aufgeladen ist mit ‚Natur‘ und ‚Natürlichkeit‘ als dem *Anderen* von Gesellschaft und Sozialem. Die Forderungen nach Wildnisschutz bewegen sich daher – nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf urbane ‚Wildnis‘ – auf unsicherem Boden, nämlich in einem enorm kontroversen politischen Aushandlungsraum. Darin geht es um die Grenzen zwischen Kultur/Gesellschaft versus ‚Natur‘, zwischen ‚Eigenem‘ und ‚Fremdem‘, zwischen ‚natürlich‘ und ‚künstlich‘ und nicht zuletzt auch zwischen ‚Wildem‘ und

‚Zivilisiertem‘. Wo immer die in der Trennungsstruktur zwischen Natur und Kultur/Gesellschaft verankerten *kulturellen* Denkmuster und die symbolischen Einschreibungen in den Wildnisbegriff nicht ausreichend reflektiert und transparent werden, wird es daher schwieriger werden, den Schutz (urbaner) ‚Wildnisgebiete‘ und der ‚Wildnisentwicklung‘ zu legitimieren.

Mit Blick auf eine *nachhaltige* Entwicklung des urbanen Raumes wird es unerlässlich sein, Freiflächen in der Stadt als sozial-ökologische Aushandlungs- und Freiräume zu ermöglichen: sie zu erhalten, zu entwickeln und zu schaffen. Doch dafür braucht es einerseits gerade die politische Aushandlung darüber, ob und wie sich Natur und Gesellschaft physisch und materiell in diesen Räumen verbinden. Andererseits wird an Kontroversen um Freiflächen in der Stadt auch deutlich, dass und wie sich das Trennungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur kulturell symbolisch auf historisch spezifische Weise realisiert. Bedarf es daher vielleicht gerade solcher besonderen Räume – Räume, an denen erfahrbar wird, wie sich gesellschaftliche Naturverhältnisse im jeweiligen Spannungsverhältnis zwischen Materiellem und Diskursivem darstellen und beide Dimensionen miteinander vermittelt sind –, wenn man sich auf den Weg in eine nachhaltigere und herrschaftsärmere Gesellschaft aufmachen will (vgl. dazu auch Hofmeister 2008, 2010)? Dies wirft zugleich die Frage auf, ob und wie durch die (naturschutzfachlichen) Debatten zu ‚neuer Wildnis‘ dichotome Hierarchisierungen in Frage gestellt, aufgebrochen oder aber gefestigt werden. Vor diesem Hintergrund verorten wir unsere Untersuchung im sozial-ökologischen Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (u. a. Becker/Jahn 2006b) und verbinden dies mit Erkenntnissen einer genderorientierten Nachhaltigkeitsforschung (dazu u. a. Hofmeister/Katz/Mölders 2013) (Kapitel 2). Diskutiert werden diese Fragen exemplarisch an einem Schutzgebiet, das die Bezeichnungen ‚neue Wildnis‘ und ‚Stadtwildnis‘ stadtoökologisch fundiert beanspruchen und sich auf eine Geschichte als ein sehr spezifischer Aushandlungsraum für die ökologische Stadtentwicklung berufen darf: das Schöneberger Südgelände in Berlin[6] (Kapitel 3). Aufgrund der historisch-politischen, kulturellen sowie ökologischen Entwicklungen kommt Berlin im Kontext der Forschung zu Stadtnatur und ‚neuer‘ Wildnis eine besondere Rolle zu. Hier hatte sich die ‚Stadtökologie‘ als (neuer) Zweig der wissenschaftlichen Ökologie etabliert. Zugleich hatte aber auch eine spezifische Wahrnehmung, Planung und Unterschutzstellung von Stadtnatur in Berlin entstehen können (u. a. Lachmund 2003; Sukopp 2008). Dies ist insbesondere für den Natur-Park Schöneberger Südgelände gut untersucht (u. a. Fery 2004; Langer 2012; Lachmund 2016). Auf Basis unserer Ergebnisse diskutieren wir, inwiefern Aushandlungsprozesse über gesellschaftliche Naturverhältnisse in Naturschutzkonzepten, -rationalitäten und -praktiken im Südgelände Ausdruck finden. Darüber hinaus fragen wir danach, ob und wie diese in gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Schutz versus Nutzung, um Seinlassen versus Eingreifen und in Fürsorge für ‚Natur/en‘ eingelassen sind (Kapitel 4).

2. Verortung: ‚Neue Wildnis‘ als sozial-ökologische Besonderheit

Wir nähern uns der Beantwortung dieser Frage, indem wir im Folgenden ‚Wildnis‘ – genauer: Räume, die als ‚wild‘ wahrgenommen und als solche gesellschaftlich wertgeschätzt werden – im Kontext sozial-ökologischer Krisenkonzepte zu verstehen suchen (u. a. Becker/Jahn 2006a). ‚Wildnis‘ als Ausdruck und empirische Besonderheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Jahn/Wehling 1998; Becker/Jahn 2006b) materialisiert sich in Räumen (Mölders 2017; Levin-Keitel/Lelong/Thaler 2017). Auf dieser Grundlage sind unsere Überlegungen zu ‚neuer Wildnis‘ normativ am Leitbild der nachhaltigen Raum- und Stadtentwicklung orientiert. Wir fassen ‚Nachhaltigkeit‘ als ein macht- und herrschaftskritisches Konzept auf: Eine nachhaltige Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Entwicklungsziele integrativ aufeinander bezogen werden (BMU o. J.). Konzeptionell und politisch zielt das Leitbild nachhaltiger Raum- und Stadtentwicklung auf eine Gesellschaft, die ihre Lebens- und Wirtschaftsweise „(re)produktiv“ zu gestalten versteht (Biesecker/Hofmeister 2015). Nachhaltige *Raumentwicklung* meint daher eine Entwicklung, in der Raum als Einheit von Wirtschaftsraum, sozial-kulturellem und ökologischem Lebensraum verstanden wird. Als solcher wird er durch gesellschaftliches Handeln kontinuierlich (wieder-)hergestellt und erneuert. Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist als normativ in einem kritischen Nachhaltigkeitsverständnis verankertes (Jahn/Wehling 1998: 87 ff.) aus zwei Gründen für unsere Überlegungen weitreichend: zum einen, weil sich hierin Natur-Mensch-Gesellschafts-Beziehungen materiell-physisch als ein unauflösbarer Zusammenhang und *zugleich* symbolisch-kulturell als spezifisches Trennungsverhältnis begreifen lassen (ebd.: 84); zum anderen, weil sich in diesem Zugang sozial- und kulturwissenschaftliche Überlegungen zu ‚Stadtwildnis‘ mit naturwissenschaftlich-ökologischen Aspekten auf eine Weise zusammendenken lassen, die sowohl naturalistische als auch sozial-konstruktivistische Reduktionen konsequent vermeidet.

In dieser Perspektive zeigt sich im Blick auf ‚Wildnis‘ und insbesondere auf ‚neue Wildnis‘, dass und wie sich im Raum Gesellschaft-Natur-Beziehungen *materialisieren* – sowohl im Blick auf Vorgefundenes als auch im Hinblick auf künftige räumliche Strukturen, Elemente und Qualitäten. Zugleich wird deutlich, dass und wie sich durch die *kulturelle* Wahrnehmung von Räumen als ‚wilde‘ Räume und deren gesellschaftliche Bewertung ein historisch besonderer, hierarchisch strukturierter Trennungsakt vollzieht, in dem ‚Natur/en‘ als das *Andere* von Gesellschaft und Kultur konstruiert werden. Doch inwiefern sind Schutz- und Fürsorgekalküle in diesen doppelseitigen Prozess der Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Naturverhältnisse eingelassen? Und (wie) kommt dieser Prozess in gesellschaftlichen Praktiken des Schützens zum Ausdruck?

Wenn wir ‚Wildnis‘ in der Orientierung am Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als ein sozial-ökologisches Phänomen lesen (ebd.: 82 ff.), wird deutlich, dass und wie materiale *und* symbolisch-kulturelle Dimension in der Relation Mensch/Gesellschaft-Natur in einem Wandel begriffen sind. Mehr noch: Sichtbar wird, dass sich in diesem Transformationsprozess beide

Dimensionen weiter voneinander zu lösen beginnen. Was der Begriff ‚Wildnis‘ in *symbolischer* Dimension spiegelt – die ‚ursprüngliche‘, nicht verfügte und nicht verfügbare Natur als Andere zu Gesellschaft/Kultur, als „Gegenwelt“ (Kirchhoff/Trepl 2009: 43 ff.) –, scheint in *materialer* Hinsicht durch die Entwicklung der Industriemoderne hindurch verloren gegangen. Stattdessen sind jenseits des Trennungsverhältnisses Natur versus Gesellschaft/Kultur Hybride entstanden, in die das Spannungsverhältnis zwischen den Polen direkt eingeschrieben ist, zum Beispiel, wenn sie als ‚StadtLandschaft‘, ‚StadtNatur‘ oder ‚StadtWildnis‘ angesprochen werden. ‚Stadt‘ und ‚Wildnis‘, bislang Gegensätze in der Beschreibung der materialen Welt, waren und sind metaphorisch verbunden in der Sichtweise auf ‚wuchernde Städte‘ oder den ‚Großstadtdschungel‘ (vgl. Vicenzotti 2011). Um die Relation und wechselseitige Durchdringung von Stadt und Wildnis besser zu verstehen, gilt es daher, beide Dimensionen in den Blick zu nehmen und in ihrer Widerständigkeit und Widersprüchlichkeit aufeinander zu beziehen. Die Betrachtung von ‚neuer Wildnis‘ als sozial-ökologisches Phänomen erfordert und ermöglicht also zum einen die Zusammenführung verschiedener gesellschafts-, geistes- und naturwissenschaftlicher Perspektiven; zum anderen ist dieser Zugang normativ angelegt, was zugleich eine Annäherung an die Frage nach den Potenzialen sogenannter ‚Wildniskonzepte‘ für eine sozial-ökologische Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Prozess der Nachhaltigkeitstransformation ermöglichen könnte.

Indem wir geschlechtliche Einschreibungen mit Gesellschafts-Natur-Beziehungen verbinden, nehmen wir eine macht- und herrschaftskritische Perspektive ein. Im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden Natur- und Geschlechterverhältnisse als ein Zusammenhang betrachtet, der nicht voneinander trennbar ist (Schultz/Hummel/Hayn 2006). Diese Verbindung hat sich auch für kritische Analysen von Naturschutz und ‚Wildnis‘ als fruchtbar und weitreichend erwiesen (Weber 2007). Indem im Naturschutzdiskurs die geschlechtlichen Konnotationen des Wildnisbegriffs sichtbar gemacht, dekonstruiert und in der Verschränkung zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen untersucht werden (ebd.; vgl. auch Mann 2002, 2011; Termeer 2005), werden Hierarchisierungsprozesse sichtbar und kritisierbar. Zugleich ermöglicht die Genderperspektive zu verstehen, ob und wie dichotome Trennungsstrukturen zwischen ‚Natur‘ und Kultur/Zivilisation (Stadt), Nutzen und Schützen von (Natur-)Räumen (vgl. dazu u. a. Katz/Mölders 2013) sowie Bewahren und Zulassen von ‚wilder‘ (Natur-)Entwicklung in die Konzeptualisierung von (neuer) ‚Wildnis‘ eingehen. Im Blick auf geschlechtliche Einschreibungen werden zudem Hierarchisierungsakte sichtbar gemacht, die über die Kategorie Geschlecht im eigentlichen Sinn schon hinausweisen: zum Beispiel mittels Praktiken des ‚othering‘, also des (epistemischen) Trennens des *Anderen* vom Eigenen – sei es im Blick auf die Dichotomisierungen zwischen Nutz- und Schutzräumen oder auch zwischen ‚Natur/en‘ wie in der Unterscheidung zwischen ‚heimischen‘ und ‚fremden‘ Tier- und Pflanzenarten (Eser 1999).[7]

‚StadtNatur‘ ist allerdings nicht nur Ergebnis von gesellschaftlicher Transformation, sondern zugleich im Blick auf ihre künftige Entwicklung auch Teil derselben. In der ‚neuen Wildnis‘ sind es ‚Natur/en‘, die (über-)formen, (über-)wuchern, verdrängen und leugnen, was Gesellschaft und

Ökonomie an Naturprodukten hinterlassen haben. Diese kulturelle Umdeutung gesellschaftlicher Naturbeziehungen könnte symbolisch auch als ‚Emanzipationsprozess‘ einer Natur gedeutet werden, die sich aus dem Status des erniedrigten, substanziell ausgehöhlten und ausgebeuteten Objekts sozioökonomischer Entwicklung befreit und sich den Status eines Natursubjekts verschafft hat – sich also zurückzuerobert beginnt, was ihr einmal eigen war. In dieser Lesart ist ‚Wildnis‘ nicht mehr das Gelände, in dem der Mensch/Mann dominiert, sondern es sind die aus der gesellschaftlichen Transformation hervorgegangenen hybriden ‚Naturen‘ als Produkte gesellschaftlicher Entwicklung, die nun als Gegenüber wahrgenommen werden. In dieser Idee von einer ‚neuen Wildnis‘ dürfen sich jene eigensinnigen und eigenmächtigen Hybridnaturen tummeln, sie werden sein gelassen – sogar dann noch, wenn sie sich anschicken sollten, die tradierten hierarchischen Ordnungen zwischen Menschen/Gesellschaft und Natur umzukehren. Die Vorstellung von einer ‚emanzipierten‘ Natur und von einer sich künftig realisierenden Emanzipationsgeschichte der ‚Natur/en‘ würde auch den wechselseitigen Konstitutionszusammenhang zwischen ‚Natur‘ und ‚Geschlecht‘ neu konfigurieren: Denn durch die Konstruktion einer wilden, hybriden ‚Natur‘, deren Merkmale – Aktivität, Prozesshaftigkeit, Selbstregulationsfähigkeit, Eigendynamik, ‚Eigensinn‘ – den Objektstatus selbiger in Frage stellen, werden zugleich die traditionellen Geschlechtskodierungen irritiert oder gar aufgehoben (Weber 2007: 70 ff.).

Hiervon ausgehend stellt sich die Frage nach den in Schutzkonzepten eingelassenen Macht- und Herrschaftsmomenten auf grundsätzliche Weise neu. Im Blick auf die kulturell symbolische Dimension gesellschaftlicher Naturverhältnisse wird sich das sozial weiblich konnotierte ‚Naturobjekt‘ seiner Subjekthaftigkeit bewusst und beginnt, sich aus seiner tradierten passiven Rolle herauszulösen und sich etwas zu nehmen, das ihm ‚gehört‘: die materiale, physische, körperliche Seite der Stadt. Dies gelingt allerdings nur insoweit, wie diese aus der ökonomischen Verwertung entlassen scheint und als ‚ökologisch‘ wertvoll geschätzt wird. Im Blick auf die materiell-physischen Naturverhältnisse wird daher entscheidend, ob die mit der Idee der Wildnis und dem Konzept des Prozessschutzes verbundenen Versprechungen, ‚Natur‘ Natur sein zu lassen, auf Interventionen zu verzichten und eine ‚freie‘ Naturentwicklung zu ermöglichen, gerade auch innerhalb des Fürsorge- und Schutzparadigmas eingelöst werden (können).

3. ‚Neue Wildnis‘ in der Stadt?

Das Schöneberger Südgelände in Berlin

Im Folgenden analysieren wir das Verhältnis von ‚Wildnis‘ und Stadt und die darin eingelassenen Trennungsstrukturen und Machtverhältnisse auf Grundlage einer empirischen Untersuchung von Natur- und Wildnisverständnissen sowie Naturschutzbegründungen in Bezug auf den Naturpark Schöneberger Südgelände in Berlin. Es handelt sich dabei um einen Raum, der für die Zuschreibungen auf und Untersuchung von ‚wilder‘ Stadtnatur aus verschiedenen disziplinären Perspektiven eine besondere Bedeutung einnimmt, denn der Eröffnung des Geländes als ‚Naturpark‘ war ein jahrzehntelanger historischer Transformationsprozess der

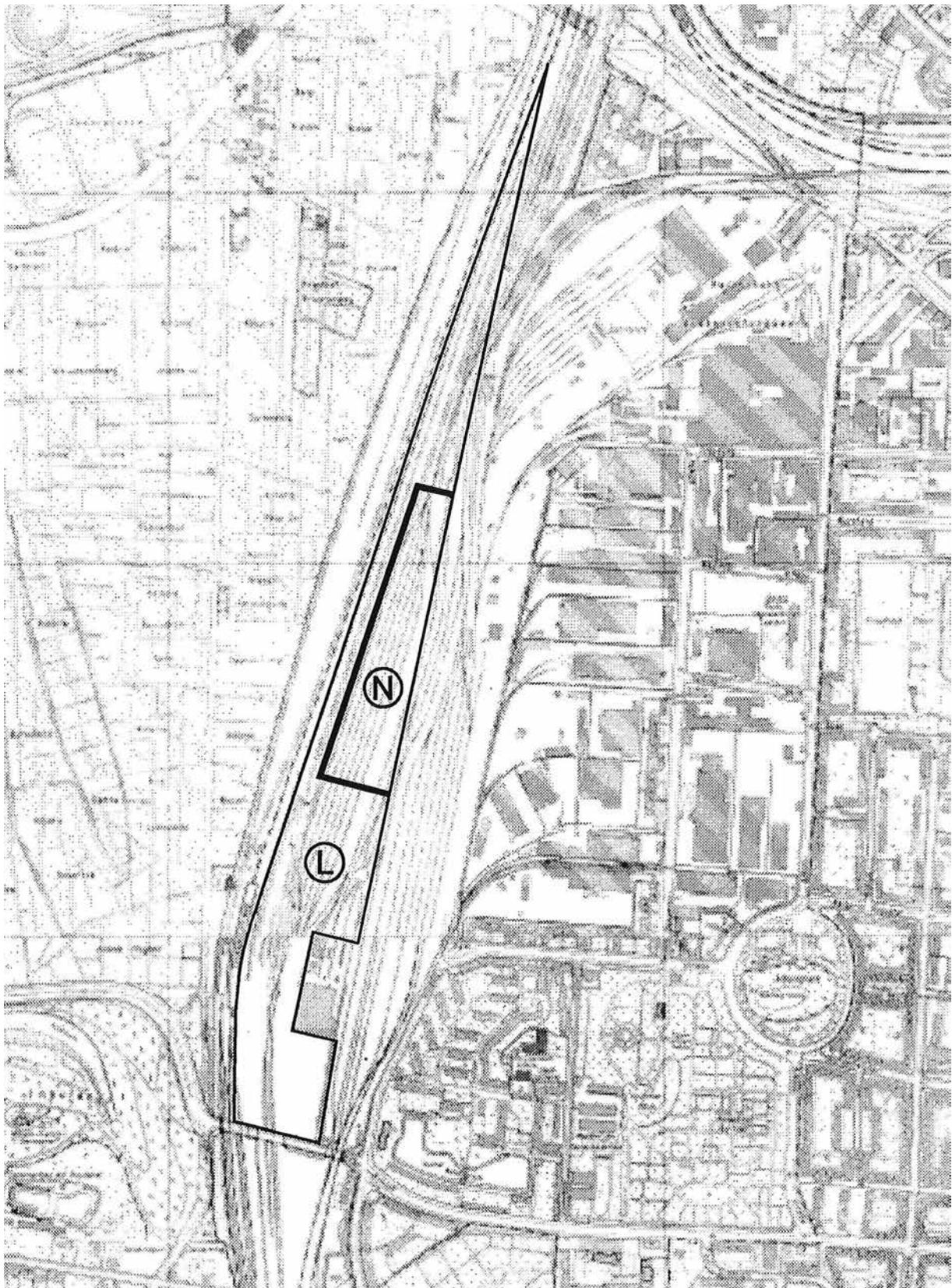


Abb. 1 Lage und Abgrenzung des Naturschutzgebietes (N) und des Landschaftsschutzgebietes (L) Schöneberger Südgelände (Quelle: planland 2000: 3).

Bedeutungszuschreibungen auf Stadtbrachen und städtische ‚Wildnis‘ in (West-)Berlin vorausgegangen (vgl. Lachmund 2016).

Bis in die 1950er Jahre hinein war das Südgelände als Rangierbahnhof genutzt worden; die politische Teilung Berlins hatte anschließend zu einer schrittweisen Einstellung des Bahnverkehrs geführt (planland 2000: 22 f.). Unter diesen Rahmenbedingungen konnten sich auf der entstandenen Bahnbrache neue Ökosysteme ‚wild‘ und weitgehend frei von direkten menschlichen

Einflüssen entwickeln. Neben dem ‚urwüchsigen‘ Wald, der heute etwa zwei Drittel der Vegetationsfläche ausmacht, gehören ruderale Hochstaudenfluren, Halbtrockenrasen sowie Sand-Trockenrasen zum ökologischen Inventar des Gebiets (ebd.:11 ff.). Der Natur-Park umfasst 16,7 Hektar und gliedert sich in zwei verschiedene Schutzgebietskategorien, wobei 12,8 Hektar auf das Landschaftsschutzgebiet und 3,9 Hektar auf das im zentralen Bereich des Geländes gelegene Naturschutzgebiet entfallen (vgl. Abb. 1). Ziel des Parkkonzeptes ist es, den Schutz von Biodiversität durch die Konservierung der Offenflächen mit ungestörter Wildnisentwicklung auf den Gehölzflächen zu *verbinden* und beides mit einer Erholungsnutzung in der Stadt zusammen zu denken (ebd.: 23). Neben der historischen Bedeutung des Südgeländes für die Rolle von ‚Stadtwildnis‘ in Berlin ist es gerade diese (postulierte) Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit von Landschafts- und Naturschutz sowie Erholungs- und Freizeitnutzung auf engem innerstädtischem Raum, die das Schöneberger Südgelände relevant für die Untersuchung von Natur- und Wildnisverständnissen in der Stadt macht.

Die durchgeführte Fallstudie basiert auf zehn leitfadengestützten Interviews mit Praxisakteur*innen, Wissenschaftler*innen und Entscheidungsträger*innen, die durch ihre verschiedenen Hintergründe und Tätigkeitsfelder eine große Vielfalt an Perspektiven auf das Südgelände widerspiegeln (Bogner/Littig/Menz 2002) (vgl. Tab. 1).[8] Die Auswahl der Interviewpartner*innen erfolgte in einem gestuften Verfahren aus direkter Recherche über Internetpräsenzen und Vorschläge der Interviewpartner*innen selbst (Kruse 2015: 250 ff.). Die Interviews fanden zwischen November 2017 und Januar 2019 an verschiedenen Orten in Berlin, unter anderem im Natur-Park Schöneberger Südgelände, statt und wurden anonymisiert.[9] Die Auswertung der Interviews erfolgte anhand einer Rekonstruktionsanalyse (ebd.: 361 ff.).[10][11] Ziel der Analyse war es, dichotome Trennungsstrukturen zwischen Natur und Gesellschaft, ‚Wildnis‘ und Stadt sowie Bewahren und Zulassen von (Natur-)Räumen mit Blick auf inhärente Hierarchien und Machtverhältnisse kritisch zu analysieren. Aus dieser macht- und herrschaftskritischen Perspektive versuchen wir im Folgenden, die Frage zu klären, ob und wie im Schöneberger Südgelände Konzepte ‚neuer Wildnis‘ tatsächlich

Tab 1 Zuordnung der Interviewpartner*innen nach Tätigkeitsfeldern und Perspektiven auf Wildnis. Die Namen der Interviewpartner*innen wurden anonymisiert, die Interviews fortlaufend nummeriert (I1-I10).

Abb. 2 ‚Neue Wildnis‘ im Natur-Park Schöneberger Südgelände (Quelle: Katharina Kapitzka).

Tätigkeitsfelder	
Praxisakteur*innen[a]	I1, I2, I6, I8
Entscheidungsträger*innen[b]	I3, I4, I5
Wissenschaftler*innen[c]	I7, I9, I10
Perspektiven auf Wildnis	
naturschutzfachlich	I1, I3, I5
landschaftsplanerisch	I2, I4, I9
stadtoökologisch-botanisch	I7, I10
kulturell	I6, I8

[a] umfasst Personen, die konkrete naturschutzfachliche Pflegemaßnahmen im Natur-Park durchführen, Führungen zu vielfältigen Themenschwerpunkten anbieten und/oder an der künstlerischen Gestaltung des Südgeländes mitwirken

[b] umfasst Personen, die Leitungsfunktionen in Bezug auf den Natur-Park ausüben und/oder für die Senatsverwaltung naturschutzfachliche Entscheidungen in Bezug auf den Natur-Park treffen

[c] umfasst Personen, die sich wissenschaftlich, v.a. aus ökologischer Perspektive die Entwicklung des Natur-Parks begleiten oder begleitet haben (z.B. Kartierungen, Monitoring, etc.)



dazu beitragen können, dichotome Trennungsstrukturen aufzubrechen und ‚Natur/en‘ in der Stadt als sozial-ökologisch offene Räume gestaltbar werden zu lassen.

3.1. ‚Neue Wildnis‘ zwischen dichotomer Trennung und Hybridität

Auffällig ist, dass ‚Wildnis‘ für die Interviewpartner*innen mit ambivalenten, zum Teil gegensätzlichen Bedeutungen aufgeladen ist, wobei im jeweiligen Verständnis von ‚Wildnis‘ immer auch die dichotome Trennung von Natur und Kultur, Schutz und Nutzen, Eingreifen und Zulassen verhandelt wird. Die historische Naturentwicklung wird als im Wesentlichen ungestört von direkten anthropogenen Einflüssen beschrieben und ‚Wildnis‘ dichotom als das ‚Andere‘ zur Gesellschaft konstruiert. Nur durch die Trennung von Natur und Gesellschaft, durch die Nicht-Nutzung, durch das ‚Vergessen‘ des Geländes konnte sich Natur ‚frei‘ entwickeln und ‚Wildnis‘ mitten in der Stadt entstehen:

„Ja, das ist hier eine ganz besondere Geschichte am Naturpark, weil die Natur hier wirklich über zwanzig, dreißig Jahre machen konnte, was sie wollte. Sie war nicht gestört von irgendwelchen menschlichen Einflüssen. [...] Das hängt also damit zusammen, dass es eben ‚out of limits‘ war, das heißt, es war ein mehr oder weniger vergessenes Gelände.“ (I1: 415-417, 1003-1007)

Andererseits wird darauf verwiesen, dass sich ‚wilde‘ Natur im Südgelände eben nur durch den Schutz vor Nutzung, durch Betretungsverbote und die Kontrolle des Wachstums, das heißt keineswegs ‚frei‘, sondern, in Abhängigkeit zur Gesellschaft entwickeln konnte. ‚Wildnis‘ im Südgelände kann also sowohl als Produkt dichotomer Trennung von Natur und Gesellschaft sowie von Schutz und Nutzung als auch als (Mit-)Produkt gesellschaftspolitischer Prozesse, von Macht und Kontrolle und somit als vergesellschaftete Natur beschrieben werden (Abb. 2). Gleichzeitig kann ‚Wildnis‘ als Bedrohung bestehender gesellschaftlicher Naturverhältnisse gesehen und als Widerspruch zu den ästhetischen Vorstellungen und Wertesystemen, die mit ‚gepflegter‘ Natur verbunden sind, interpretiert werden. ‚Wilde‘ Naturentwicklung provoziert Vorstellungen von geordneter Natur und kann mithin als unordentlich und ungepflegt, als Verlust von Kontrolle, als Bedrohung gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien, als Verwahrlosung wahrgenommen werden: „Man wird den Dingen gar nicht Herr. Ich weiß nicht, was es denn immer ist. Lianen, Schlingpflanzen und, und, und...“ (I6: 433-435). Wenn Natur Natur sein gelassen wird, verschiebt sich das Machtverhältnis zwischen Gesellschaft und Natur in Richtung der letzteren. Vielleicht wird Wildnisentwicklung auch deshalb von einigen Interviewpartner*innen gegenüber dem gepflegten Teil des Südgeländes abgewertet, nicht ernst oder gar nicht erst wahrgenommen. ‚Wildnis‘ ist hier „Laissez-faire“ oder ein Teil des Natur-Parks, „wo eben überhaupt nichts passiert“ (I1: 620; 608). Während die gepflegte Natur, die Trockenwiesen, das Hybride aus Natur, Kultur und Technik, als das ‚Besondere‘ wahrgenommen wird, wird das Waldgebiet, in dem ‚ungestörte‘ Naturentwicklung stattfinden kann, als das ‚Gewöhnliche‘ dargestellt: „Das ist immer das Paradoxe, was ich auch in den

Führungen immer wieder sehe. Im Naturschutzgebiet, da haben die Leute das Gefühl: ‚Ja, da kann die Natur wachsen.‘ Dabei wird da am intensivsten bei uns gepflegt.“ (I1: 610-614) Durch die Konservierung des Hybriden im Südgelände entsteht also insbesondere dort der Eindruck von ‚Wildnis‘ bzw. ‚Verwilderung‘, wo intensive konservierende Pflegemaßnahmen zum Erhalt des „Wildnischarakter[s]“ (I3: 344) durchgeführt werden.

Doch nicht nur das Verhältnis von Wildnisentwicklung zu konservierenden Pflegemaßnahmen im Südgelände, sondern auch das Verhältnis von ‚Wildnis‘ und Stadt bleibt ambivalent. Einerseits steht ‚Wildnis‘ in Konkurrenz zum „anwachsenden Berlin“ (I3: 805) und zur „wuchernden“ Stadt (I3: 177). Mit wachsendem Nutzungsdruck, steigender Bebauung und (Nach-)Verdichtung in der Stadt wird es schwerer, Grünflächen zu erhalten. ‚Neue Wildnisse‘ in der Stadt sind durch diese Prozesse besonders gefährdet und gelten zunehmend als bedroht, denn „Wildnis ist das, was wahrscheinlich als erstes hops geht“ (I5: 818 f.). Andererseits erweist sich ‚Wildnis‘ in der Stadt als durchaus ‚produktiv‘, nämlich dann, wenn Naturschutz mit einer großen Vielfalt an kulturellen (Freizeit-)Angeboten um Aufmerksamkeit, Relevanz und damit nicht zuletzt um finanzielle Zuwendung konkurriert:

„Wildnis ist wichtig in der Stadt, [...] da hat man so einen kleinen Aufmerksamkeits-Kick mit drin, weil dieser Kampf um Aufmerksamkeit ist gerade in großen Städten natürlich für Naturschutzthemen wirklich tödlich. Es gibt so viele Angebote [...] und dann ist Wildnis plötzlich so: *Aha, Wildnis!* Dann kriegt man auch Leute, die man sonst nicht kriegt.“ (I1: 246-258)

‚Wildnis‘ wird im Schöneberger Südgelände in diesem „Kampf um Aufmerksamkeit“ zum Konkurrenzvorteil: Der Seltenheitswert von ‚wilder‘ Natur in der Stadt wird in der Außenwirkung des Südgeländes als ‚das Besondere‘ inszeniert, während innerhalb des Südgeländes Wildnisentwicklung als ‚das Gewöhnliche‘ abgewertet und – zum Schutz von Biodiversität – auf vielen Flächen zurückgedrängt wird.

3.2. *Zähmung der ‚neuen Wildnis‘ als Inszenierung des Hybriden*

Nach der Wiedervereinigung 1990 waren die Gründe, welche die Nutzungsbeschränkung des Schöneberger Südgeländes politisch determiniert hatten, obsolet. Mit dem Beschluss der Realisierung des Natur-Parks wurde es deshalb notwendig, das bisher dichotome Verhältnis von Natur und Gesellschaft, Schutz und Nutzung im Südgelände neu zu bestimmen. Der strenge Schutz einer von Gesellschaft getrennten Natur, ein Ausschluss der Menschen aus dem Südgelände war – auch aufgrund der Konkurrenz zur ‚wachsenden‘ Stadt – weder angestrebt noch zu rechtfertigen:

„Die Grundsatzforderung war: Wir wollen betretbares Gelände daraus machen, wir wollen also kein Naturschutzgebiet erhalten, wo ein Zaun drum rum ist. [...] In den ersten Gutachten [...], da war der wertvollere Bereich durch hohe Zäune abgegrenzt und da haben wir immer gesagt, das kann es nicht sein. In der Stadt, mit S-Bahnanschluss.“ (I7: 193-200)

Die auf der Bahnbrache entstandene ‚neue Wildnis‘ musste, wollte man sie für Bewohner*innen der Stadt nutzbar machen, ‚gezähmt‘, die Dichotomie zwischen Schutz und Nutzung innerhalb des Südgeländes aufgebrochen werden. Dabei stand einerseits die Sicherheit der Besucher*innen, also der Schutz des Menschen *vor* der ‚Wildnis‘ im Fokus: „Alle Sachen, [von denen] [...] eine Sicherheitsgefährdung ausgeht, oder dass da ein Baum umfällt, ein Ast runterfällt, sind abgesperrt und meistens sind diese Bäume auch dann beseitigt worden.“ (I3: 300-303) Andererseits wird die ‚Wildnis‘ im Südgelände auf bestimmten Flächen gezähmt, um die Artenvielfalt des Südgeländes zu erhalten: „Wenn wir hier der Wildnis freien Lauf lassen würden, würde sich die Biodiversität schon [...] deshalb reduzieren, weil die offenen Flächen verloren gehen.“ (I2: 224-227) Wildnisentwicklung wird somit als direkte Konkurrenz zu Biodiversität gelesen und insbesondere auf den Flächen, wo die Naturentwicklung im Widerspruch zum Erhalt der Offenflächen und der Trockenwiese steht, zurückgedrängt. Durch die Pflegemaßnahmen tritt so an die Stelle unkontrollierter, dynamischer Naturentwicklung der Erhalt eines bestimmten (Natur-)Zustands. Dieser Zustand des Südgeländes wird aber eben nicht dichotom, sondern hybrid – als spezifische Mischung aus Natur, Kunst und Technik, als besondere ‚Eigenart‘ des Geländes – akzeptiert und konstruiert. Aus diesem Grund wird nicht nur Natur, es werden gleichermaßen auch Relikte anthropogener Nutzung konserviert:

„Wir haben darüber hinaus dann diese ganzen Signalmasten, die Drehscheibe, alles auch nur konserviert, das heißt Rostschutzfarbe ran, alte Hölzer rausgenommen, also wir haben einfach die Eisenbahntechnik wieder sichtbar gemacht und vor dem Verfall versucht zu erhalten.“
(I2: 739-743)

Die Konservierung des Hybriden verläuft demnach in beide Richtungen der einst dichotom gedachten Pole ‚Natur‘ und ‚Kultur‘: Während Naturentwicklung unterbrochen wird, um die Vielfalt von Arten und Strukturen im Südgelände zu schützen, wird gleichzeitig versucht, die Spuren, die Kultur und Gesellschaft in der ‚Natur‘ hinterlassen haben, sichtbar zu machen und/oder zu erhalten: „Und das Interessante hier [...] für mich war im Rahmen der Erschließung, [...] dass man sagt, wir wollen das Gelände so, wie es sich im Grunde genommen 1980 dargestellt hat, versuchen zu konservieren.“ (I2: 59-64) Im Rahmen der Erschließung wurde das Südgelände als historisch hybrid akzeptiert, aber als statisch interpretiert und inszeniert. Das ‚ursprüngliche‘, schützenswerte gesellschaftliche Naturverhältnis ist nun dasjenige, das sich zum Zeitpunkt der Erschließung des Geländes gezeigt hat. Auffällig bleibt, dass der politische Aushandlungsprozess um die Art und Weise des Schutzes von ‚Natur/en‘ im Südgelände mit der Unterschutzstellung jedoch zum Stillstand gekommen zu sein scheint und sich Debatten darum, welche ‚Natur/en‘ geschützt werden sollen, als herrschaftsförmig darstellen. So kritisiert eine*r der Interviewpartner*innen den amtlichen Naturschutz, der die Naturschutzpflege im Südgelände bestimme und dabei kaum Interesse an Bürgerbeteiligung zeige: „Aber in dem Moment, in dem sie endlich die Unterschutzstellung hatten, da haben sie gesagt, sie reden mit gar keinem mehr drüber jetzt, was Naturschutz ist, das bestimmen sie in dieser Stadt.“ (I7: 383-386)

Die Zählung von ‚Wildnis‘ im Südgelände beschränkt sich jedoch nicht nur auf das Zurückdrängen unerwünschter ‚wilder‘ Naturentwicklung, sondern wird darüber hinaus auch auf die Zählung menschlichen Verhaltens zum Schutz vor Nutzung, aber auch vor sozialer ‚Verwilderung‘[12] – unter anderem Vandalismus, Müllentsorgung oder Anbringen von Graffitis außerhalb der erlaubten Flächen – übertragen. Dabei wird die Nutzung des Südgeländes durch Besucher*innen in bestimmten Gebieten eingeschränkt, – zum Beispiel ist das Sprühen von Graffitis zu bestimmten Zeiten auf bestimmten Flächen erlaubt (Abb. 3) –, in anderen Bereichen ist die Nutzung vollständig ausgeschlossen. Das Verlassen der Wege ist auf den Flächen des Naturschutzgebiets strikt untersagt[13], der Ausschluss der Besucher*innen aus dem Landschaftsschutzgebiet wird durch direkte Ansprache und Information der Besucher*innen – unter anderem durch die Ausstellungen im Gelände – diskursiv hergestellt:

„Im Landschaftsschutzgebiet darf der Mensch ja eigentlich frei rumlaufen. Das heißt, er dürfte sich mit einer Picknickdecke auf die Rasenfläche legen. Das wollen wir hier nach Möglichkeit nicht, weil [...] die Bodenbrüter, die wissen nicht: Aha, hier ist Naturschutzgebiet, da ist Landschaftsschutzgebiet. Deshalb versuchen wir möglichst die Menschen da raus zu halten.“ (I2: 281-290)

Indem die historisch hybride ‚Wildnis‘ im Schöneberger Südgelände als ‚prozesshaft‘ konserviert wird, werden die dichotomen Trennungen zwischen den Sphären Natur und Gesellschaft nur scheinbar aufgelöst und stattdessen gegenwärtig an vielen Stellen getrennt und als das jeweils ‚Andere‘ inszeniert. Diese symbolische Trennung materialisiert sich unter anderem im sogenannten Steg, der im Südgelände als Weg auf den ehemaligen Bahngleisen angelegt ist und die Besucher*innen – getrennt von der sie umgebenden Natur – durch den Natur-Park leitet: „Wenn wir durch das Naturschutzgebiet gehen, gehen wir auf diesem Steg, [...] eine[r] begehbar[e] Skulptur. Man geht ein paar Zentimeter über dem Erdboden, man geht auf den alten Gleisen, aber man berührt den Boden nicht. Der ist den Käfern und Gräsern vorbehalten.“ (I4: 359-363) Der Steg schafft dabei Distanz, aber gleichzeitig auch Nähe zur Natur. Aus dieser bewusst erfahrenen Trennung zwischen Natur und Kultur soll eine größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung gegenüber einer als ‚das Andere‘ inszenierten Natur



Abb. 3 Tälchenweg mit Graffitis im Schöneberger Südgelände (Quelle: Katharina Kapitza).

entstehen. Gesellschaftliche Naturverhältnisse im Südgelände werden als hybrid konserviert und dabei insbesondere als Mittel der Kontrastierung eingesetzt, um das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft als Differenz sichtbar bzw. erfahrbar zu machen und zu erhalten.

4. ‚Neue Wildnisse‘ als normative Aushandlungsräume zukünftiger ‚Natur/en‘?

‚Neue Wildnisse‘ können als Ausdruck dynamischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf Basis materialer Hybridität von Natur und Kultur/Gesellschaft gelesen werden, in der zugleich in kulturell symbolischer Dimension das Gegensatzverhältnis zwischen diesen beiden Polen über die Gegenwart hinaus in zukünftige, werdende ‚Natur/en‘, verlängert wird. Eben jener doppelte Verweis auf die dichotome Trennung von Natur und Gesellschaft wird durch die Leitideen in der Schutz-Konzeption des Natur-Parks Schöneberger Südgelände unterstrichen: Einerseits wird das Südgelände als historisch gewordener und als ‚wild‘ inszenierter, hybrider Raum – als NaturKulturHybrid – konserviert. Durch den Erhalt der Offenflächen, der jungen Sukzessionsstadien sowie der Technikrelikte wird so der historische Zustand der ehemaligen Gleisanlagen des Südgeländes als „Natur hinter uns“ (Hofmeister 2010: 80) weiterhin sichtbar gehalten. Würde hier tatsächlich eine Wildnisentwicklung zugelassen, wären die Spuren anthropogener Nutzungen – inklusive einer bestimmten Ausprägung von Biodiversität – materiell-physisch in Auflösung begriffen und würden nach und nach „von der Natur vereinnahmt“ (Loidl-Reisch 1992: 78). Andererseits finden genau diese Prozesse ‚ungestörter‘ Wildnisentwicklung auf den Gehölzflächen im Südgelände statt. Es wirkt, als könne dort eine Transformation anthropogen stark überformter und intensiv ge- und vernutzter Natur zurückfinden in ihren scheinbar ‚unberührten‘ Zustand. Im Südgelände wird ‚Wildnis‘ mithin gleichzeitig als das ‚Anderere‘ zu Stadt, Kultur und/oder Technik inszeniert. Auch Lachmund (2016: 444) unterstreicht, dass das Gegensatzverhältnis von Natur und Stadt im Südgelände nicht aufgehoben wird, sondern „gerade aus ihrer räumlichen Gegenüberstellung an Qualität gewinnt“. Es habe ein Prozess der „Ästhetisierung der Ruderalnatur“ (ebd.: 443) stattgefunden, in dessen Folge „das Thema der spontanen Naturentwicklung auf Brachen in einem ästhetischen Rahmen inszeniert“ (ebd. 447) worden sei.

Materiell-physisch sind jegliche ‚Natur/en‘ im Südgelände – sowohl die ‚wilden Naturen‘ als auch die konservierte ‚Natur‘ – (längst) hybrid; symbolisch werden jedoch verschiedene Deutungsmuster wirksam. Die auf dichotomer Trennung von Natur und Gesellschaft beruhende Konzeption von Wildnis birgt dabei die Gefahr, „die Täuschung, dass es sich bei ‚Wildnis‘ um eine (noch) existierende und/oder wiederherstellbare Realnatur handeln könnte“ (Hofmeister 2010: 79), aufrecht zu erhalten bzw. zu reproduzieren. Die gleichzeitig stattfindende, jedoch räumlich getrennte Konservierung des Hybriden im Südgelände hält dabei jedoch eine Vielzahl an verschiedenen Möglichkeiten der Entwicklung und Gestaltung zukünftiger ‚Natur/en‘ – auch im Hinblick auf Schutz und/oder Nutzung – offen. Der Natur-Park Schöneberger Südgelände wird so als ein ‚anderer‘ Raum erschlossen, in dem „das Erfahren von Vielfältigem und Widersprüchlichem“ (ebd.) ermöglicht

wird und Verweise auf vergangene wie auch auf künftige gesellschaftliche Naturverhältnisse sichtbar werden. In Hinblick auf die dichotome Trennung zwischen Natur und Gesellschaft kann das Schöneberger Südgelände deshalb durchaus als „Illusions-, Kompensations- und [...] Reflexions[-raum] über Gesellschafts-Natur-Beziehungen“ (ebd.: 80) gelesen werden, zumindest aber als ein Raum, in dem die Möglichkeiten verschiedener zukünftiger ‚Natur/en‘ aufscheinen und somit auch Möglichkeitsräume für künftige nachhaltige Entwicklungsprozesse sichtbar und offen bleiben.

‚Neue Wildnisse‘, wie sie beispielsweise im Natur-Park Schöneberger Südgelände erlebbar werden, laden mithin zum Nachdenken und zur (normativen) Verständigung über gesellschaftliche Naturverhältnisse und deren Transformation ein. Sie können dann als visionäre Kategorie wirken, wenn sie gesellschaftliche Aushandlungsprozesse darüber provozieren, welche ‚Natur/en‘ wir wollen und welche Regulierungsformen gesellschaftlicher Naturverhältnisse sich als nachhaltig erweisen. Im Schöneberger Südgelände hat diese normative Aushandlung insbesondere in der Auseinandersetzung um den Schutz des Geländes vor erneuter Bebauung bzw. (Wieder-) Inbetriebnahme sowie in der Phase der Konzeption und Erschließung des Südgeländes stattgefunden. Unter der Beteiligung von Politik, Naturschutz, Wissenschaft sowie Bürgerinitiative(n) wurden die Debatten darum, was ‚Natur‘ ist und/oder sein kann – bzw. rechtlich sein darf –, gesellschaftlich ausgehandelt, zum Beispiel, wie Wildnisgebiete in der Stadt für die Bewohner*innen zur Erholung und zu Bildungszwecken nutzbar gemacht werden und trotzdem der Schutz von ‚Natur/en‘ sichergestellt werden kann. In diesem politischen Aushandlungsprozess wurden vielfältige ökologische, ökonomische, kulturelle und soziale Funktionen des Südgeländes stark gemacht, integriert und zusammen gedacht. Er kann mithin als Prozess nachhaltiger Entwicklung, des Aufbrechens von Dichotomien sowie der sozial-ökologischen Gestaltung von ‚Natur/en‘ verstanden werden. Lachmund (2016: 445) versteht den Prozess der Unterschutzstellung des Südgeländes als Dynamik sozialer Aneignung, bei der die Frage nach dem Ausmaß der Organisation und Gestaltung gestellt und gleichzeitig die Integration ökologischer und sozialer Aspekte angestrebt wurde. Somit sei der Natur-Park einerseits ein Produkt „spontan vollzogener Naturentwicklung“, aber auch „materielles Produkt sozialer Definitionskämpfe“ (ebd. 445 f.); eine Deutung, die durchaus als sozial-ökologische gelesen werden kann.

Mit der Unterschutzstellung und der Eröffnung des Schöneberger Südgeländes als Natur-Park scheint der Prozess der normativen Aushandlung jedoch zum Stillstand gekommen zu sein: Heute steht der Natur-Park modellhaft eher für eine Momentaufnahme dessen, was das Ergebnis von gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen sein kann. Doch wie kam es zu diesem Stillstand? Zeichnet ein oftmals zu konservierend gefasster oder ein zu sehr auf ästhetische und landschaftsplanerische Aspekte fokussierter Naturschutz dafür verantwortlich? Gandy (2019: 151) verweist darauf, dass ‚Wildnis‘ in der Stadt vor allem als Mittel ästhetischer und ökologischer Gestaltung diene und Konzepte und Verfahren wie das der „zeitlichen Schweben“ oder der „stillgelegten Zeit“ als „Intervention zum Erhalt der artenreichen Frühphasen ökologischer Sukzession“ zu verstehen seien. Auch Rink (2009: 381) beschreibt, dass ‚Wildnis‘ bzw. ‚Verwilderung‘

von Landschaftsplaner*innen in erster Linie als ein Design-Ansatz verstanden wird, der die Lenkung bzw. Steuerung von Sukzession und Spontanvegetation einschließt. Auch das Südgelände ist im Rahmen der Ästhetisierung von ‚Wildnis‘ in der Stadt „zum Objekt ökologischer Planung und landschaftsarchitektonischer Gestaltung“ geworden (Lachmund 2016: 437). Naturschutz sollte – mit Blick auf ‚Stadtwildnis‘ – zukünftig jedoch weniger als ästhetischer Gestaltungs-, sondern stärker als politischer Aushandlungsprozess begriffen werden, der nicht auf das Erstarren von Naturentwicklung und das Konservieren von ‚Natur‘, sondern auf Naturdynamik und Veränderung von ‚Natur/en‘ fokussiert. Gleichzeitig darf nicht in den Hintergrund treten, dass die Unterschutzstellung von ‚Natur‘ in der Stadt durch institutionellen Naturschutz oftmals die einzige (rechtliche) Möglichkeit darstellt, um Grünflächen und ‚Wildnisse‘ einer Verwertungslogik, zum Beispiel durch Bebauung, zu entziehen. Zu strikte institutionelle Naturschutzvorgaben können jedoch zu einem Erstarren der Aushandlung, des Neu- und Weiterdenkens von ‚Natur/en‘ führen.

Untersuchungen zur Nutzung von Stadtnatur – unter anderem in Berlin – haben gezeigt, dass Formalisierungen und Regulierungen der Nutzungen von Parks bestimmte, zum Beispiel ethnisierte oder klassenspezifische Ausschlüsse herstellen und damit zu Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozessen beitragen können (Stoetzer 2014, Checker 2011). Auch Lachmund (2016: 449) warnt vor der Vereinnahmung ‚neuer Wildnisse‘ in der Stadt durch Gentrifizierungsprozesse, indem er für die Unterschutzstellung von Brachflächen in Berlin diagnostiziert, dass diese „ihre ursprüngliche Konnotation mit städtischer Verwahrlosung abgestreift und [...] zu positiven Landmarken geworden [sind], die auf die umgebenden Viertel ausstrahlen und sie damit zu potentiellen Trägern der Gentrifizierung werden lassen“. Aus sozial-ökologischer Perspektive gilt es daher zu fragen, welche Ausschlüsse durch Restriktionen und Regulierungen der Nutzung im Südgelände – auch und gerade unbeabsichtigt – (re-)produziert werden und inwiefern das Schutz- und Nutzungskonzept des Natur-Parks Prozesse der Gentrifizierung und Verdrängung in der direkten Umgebung, aber auch im Rahmen größerer neoliberaler städtischer Entwicklungsprozesse in Berlin, vorantreibt. Wenn ‚neue Wildnisse‘ als sozial-ökologische Räume im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Wirkung entfalten sollen, dürfen Regulierungen ‚wilder‘ Natur/en nicht Komplizinnen derjenigen Prozesse werden, die (neue) Verdrängungen und Marginalisierungen erzeugen und somit (sozial) ungerechte Verhältnisse stärken. Denn ‚neue Wildnisse‘ werden erst dort zu sozial-ökologischen Räumen, wo das (anscheinend) Unverfügbare erfahren und „auf Restriktionen und Gängelungen verzichtet werden darf“ (Hofmeister 2010: 80).

5. Fazit

Was können ‚neue Wildnisse‘ also leisten, wenn wir sie als sozial-ökologische und kulturelle Phänomene begreifen? Kann ‚Wildnis‘ in der Stadt zu nachhaltiger Entwicklung beitragen? Aus sozial-ökologischer Perspektive können ‚neue Wildnisse‘ dann als *offene* Räume aufgefasst werden, wenn ihre Entwicklungen nicht direkt gesteuert und ihre Nutzungen nicht bewusst,

planvoll oder intentional gestaltet werden (ebd.: 80). Diese Offenheit „für alle Formen hybrider Ent- und Verwicklungen zwischen Natur und Gesellschaft“ (ebd.) ist im Südgelände jedoch nur eingeschränkt anzutreffen. Stattdessen finden wir – mehr oder weniger starke – Kontrolle über und Eingriffe in anthropogene Nutzungen von ‚Natur/en‘ sowie ‚natürliche‘ Prozesse vor: Während auf den konservierend geschützten Offenflächen ‚wilde‘ Naturentwicklung zurückgedrängt wird, kann diese auf den Gehölzflächen zwar stattfinden, die Nutzung des Natur-Parks durch die ‚Besucher*innen‘ und/oder Graffiti-Künstler*innen unterliegt dabei jedoch strengen räumlichen und zeitlichen Regulierungen und Restriktionen. Als Experimentierraum für eine nachhaltige Entwicklung – also eine, die offen ist für nicht gesteuerte soziale und kulturelle Prozesse – kann das Südgelände nur eingeschränkt gelesen werden. Obwohl ökologische, soziale, ökonomische und kulturelle Funktionen des Südgeländes in vielfältiger Ausprägung und zum Teil in integrativen Strukturen ausgebildet sind, finden offene Entwicklungen in den genannten Bereichen nur eingeschränkt, gesteuert und wenig aufeinander bezogen statt. Vielmehr steht der Natur-Park modellhaft für das Ergebnis einer gesellschaftspolitischen und normativen Aushandlung darüber, welche ‚Naturen‘ in der Stadt erhalten und gestaltet werden sollen bzw. können. Für die Entwicklung künftiger, vorsorgender und nachhaltiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse dürfen solche Aushandlungsprozesse jedoch nicht zum Stillstand kommen. Zukünftig gilt es zu klären, inwiefern auch kleinräumigere und temporäre ‚neue Wildnisse‘, zum Beispiel städtische Brachflächen und Räume der Zwischennutzungen ohne Schutzstatus, jenseits eines konservierenden Naturschutzes als sozial-ökologisch offene Räume im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und gestaltet werden können.

Endnoten

- [1] Vicenzotti/Trepl (2009) zeigen auf, dass die Metapher der ‚Wildnis‘ im Zuge konservativer Kulturkritik bereits im 19. Jahrhundert auf die Stadt übertragen und z. T. mit sozial-darwinistischen Konnotationen und Bildern aufgeladen wurde. Die Stadt als ‚Wildnis‘ wird in dieser Lesart als unnatürlich, triebhaft und böse abgewertet. Neuere Übertragungen beschreiben Städte u. a. als ‚wuchernd‘ oder als ‚Großstadtdschungel‘.
- [2] Wir sprechen von ‚Natur/en‘ im Plural und vertreten damit ein Verständnis, das sich gegen die Möglichkeit einer eindeutigen Bestimmung außermenschlicher Natur richtet. ‚Natur/en‘ sind materiell verändert und diskursiv verhandelt und können keine Orientierung für richtiges oder gutes gesellschaftliches Handeln sein.
- [3] In Abgrenzung zu ‚alter Wildnis‘ beziehen wir uns mit diesem Begriff auf (städtische) Brachflächen, d. h. auf die nicht regulierte Entwicklung von (zweiter) ‚Natur‘ auf anthropogen überformten Böden (vgl. Kowarik 2017).
- [4] Feministische Forscher*innen haben die dualistische Trennung zwischen Subjekt/Objekt in den (Natur-)Wissenschaften kritisiert und aufzuweichen versucht (Merchant 1994; Haraway 1995b). Diese Entwicklungen schreiben sich immer weiter fort. So existieren posthumanistische Ansätze, die ‚Natur/en‘ – Tieren, Pflanzen, Organismen und Landschaften – als (bewusst) gestaltende und partizipierende Akteur*innen wahrnehmen und ihnen Expertise und z. T. politische Verhandlungsmacht zuschreiben. Vgl. dazu beispielsweise Lorimer/ Driessen (2019) oder Lachmund (2016).
- [5] Mit den Debatten um das „Anthropozän“ (Crutzen 2002) und vor dem Hintergrund, dass die Folgen des anthropogen verursachten Klimawandels inzwischen spürbar werden, setzt sich diese Erkenntnis zunehmend auch allgemein durch.

- [6] Die Autorinnen vertreten das Teilprojekt ‚Neue Wildnis‘ im Forschungsverbund ‚Caring for natures – Geschlechterperspektiven auf (Vor)Sorge im Umgang mit ‚Natur/en‘‘ in der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg. Das Vorhaben wird im Rahmen des Schwerpunkts ‚Geschlecht – Macht – Wissen‘ des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gefördert und gemeinsam mit der Leibniz Universität Hannover unter der Leitung von Prof. Dr. Tanja Mölders realisiert.
- [7] Diese Dichotomisierungs- und Hierarchisierungsprozesse analytisch intersektional miteinander zu verschränken – und darin Erkenntnisse der Geschlechterforschung mit postkolonialen Theorien zu verbinden (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015), wäre im Blick auf ‚neue Wildnis‘ als sozial-ökologisches Phänomen eine lohnenswerte Forschungsaufgabe.
- [8] Da die Interviews auf Handlungsorientierungen, Handlungsrationalitäten und Praktiken in Bezug auf ‚Wildnis‘ und Naturschutz im Untersuchungsgebiet und mithin auf die (direkte) Gestaltung ‚wilder‘ Natur/en fokussieren, haben wir – auch wenn die Ergebnisse einer solchen Studie für die Frage nach der Nutzung sozial-ökologisch offener Räume eine wichtige Ergänzung zur vorliegenden Untersuchung darstellen könnten – davon abgesehen, auch Nutzer*innen des Natur-Parks zu befragen.
- [9] Die Interviewpartner*innen wurden bspw. über ihre beruflichen Funktionskontexte hinaus zu ihren biographischen Motivationen befragt und dazu aufgefordert, sich im Spannungsfeld zwischen Eingreifen und Zulassen im Kontext der Naturgestaltung im Südgelände zu positionieren. Die Anonymisierung ermöglichte somit einerseits persönliche, andererseits kritische Äußerungen der Befragten, die im Rahmen personalisierter Interviews nicht hinreichend gegeben gewesen wären. Für eine Zuordnung der Interviewpartner*innen nach Tätigkeitsfeldern sowie ihrer jeweiligen Perspektiven auf Wildnis siehe Tabelle 1.
- [10] Grundlage der Analyse stellt die Annahme dar, dass in den Interviews keine objektive Wahrheit über ‚die Natur‘ im Südgelände generiert, sondern die Sinn- und Relevanzsysteme der Interviewpartner*innen, das heißt Zuschreibungen auf ‚Natur‘ und anhängende Wertvorstellungen, rekonstruiert und interpretiert werden können.
- [11] Besonderer Dank gebührt Nele Buchholz, Amélie Klöffler und Anne Stein für die Transkription der Interviews, ihre wertvolle Mitarbeit in der Analysegruppe sowie die kritische Durchsicht des Manuskripts.
- [12] Loidl-Reisch (1992: 12) verweist darauf, dass der Begriff ‚Verwilderung‘ durchaus auch im sozialen Kontext verwendet wird, um einen ‚Verfall der Sitten‘ (ebd.) zu beschreiben.
- [13] Die Regelungen, die hier geltend gemacht werden, ergeben sich direkt aus dem rechtlichen Schutzstatus der Flächen (§5 NSchGVO1999/1).

Autor_innen

Katharina Kapitza ist Nachhaltigkeitswissenschaftlerin mit den Forschungsschwerpunkten Geschlechterforschung, Neobiota, Naturschutz und Rechtsextremismus.
kapitza@leuphana.de

Sabine Hofmeister ist Umweltplanerin mit den Forschungsschwerpunkten Nachhaltige Raumentwicklung, Soziale Ökologie, Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit.
hofmeister@leuphana.de

Literatur

- Becker, Egon / Jahn, Thomas (2006a): Krisendiskurse. In: Egon Becker / Thomas Jahn (Hg.), Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main/New York: Campus, 54-89.
- Becker, Egon / Jahn, Thomas (Hg.) (2006b): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main/New York: Campus.

- Biesecker, Adelheid / Hofmeister, Sabine (2015): (Re)Produktivität als ein sozial-ökologisches ‚Brückenkonzept‘. In: Christine Katz / Sebastian Heilmann / Anja Thiem / Katharina Moths / Lea Koch / Sabine Hofmeister (Hg.), *Nachhaltigkeit anders denken*. Wiesbaden: Springer VS.
- BMU (Hg.) (o.J.): *Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro*. Bonn: Dokumente Agenda 21.
- Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (2002): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Castro Varela, María do Mar / Dhawan, Nikita (Hg.) (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript.
- Checker, Melissa (2011): Wiped Out by the „Greenwave“. *Environmental Gentrification and the Paradoxical Politics of Urban Sustainability*. In: *City & Society* 23/2, 210-229.
- Cronon, William (1996): The trouble with wilderness. Or, getting back to the wrong nature. In: *Environmental History* 1/1, 7-28.
- Crutzen, Paul J. (2002): Geology of Mankind. In: *Nature* 415/6867, 23.
- Deutsche Umwelthilfe (2014): *Städte und wilde Natur in neuer Beziehung. Ein Plädoyer für eine wildere Stadtnatur*. https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Kommunaler_Umweltschutz/Plaedoyer-fuer-wildere-Stadtnatur.pdf (letzter Zugriff am 11.11.2019).
- Eser, Uta (1999): *Der Naturschutz und das Fremde. Ökologische und normative Grundlagen der Umweltethik*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Fery, Thekla (2004): *Von der Restfläche zur neuen Landschaft – Das Schöneberger Südgelände in Berlin*. Berlin: Technische Universität.
- Gandy, Matthew (2012): Queer ecology: nature, sexuality, and heterotopic alliances. In: *Environmental Planning* 30, 727-747.
- Gandy, Matthew (2019): Marginalia: Ästhetik, Ökologie und städtisches Brachland. In: Friederike Gesing / Michi Knecht / Roswitha Lohse (Hg.), *NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien*. Bielefeld: transcript: 139-171.
- Hansen, Rieke / Heidebach, Martin / Kuchler, Ferdinand / Pauleit, Stephan (2012): *Brachflächen im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und (baulicher) Wiedernutzung*. BfN-Skripten 324. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.
- Haraway, Donna Jeanne (1995a): *Monströse Versprechen. Coyote-Geschichten zu Feminismus und Technowissenschaft*. Hamburg: Argument.
- Haraway, Donna Jeanne (1995b): *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hofmeister, Sabine (2008): Verwildernde Naturverhältnisse. Versuch über drei Formen der Wildnis. In: *Das Argument* 279, 813-826.
- Hofmeister, Sabine (2010): Wildnisgebiete – Möglichkeitsräume für nachhaltige Entwicklung? Potentiale von Wildnis für einen integrativen Zugang zur nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Ursula Schuster (Hg.), *Wildnis zwischen Natur und Kultur. Perspektiven und Handlungsfelder für den Naturschutz*. Laufen an der Salzach: ANL, 73-82.
- Hofmeister, Sabine / Katz, Christine / Mölders, Tanja (Hg.) (2013): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Opladen: Barbara Budrich.
- Jahn, Thomas / Wehling, Peter (1998): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts*. In: Karl-Werner Brand (Hg.), *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, 75-93.
- Katz, Christine / Mölders, Tanja (2013): Schutz, Nutzung und nachhaltige Gestaltung. Geschlechteraspekte im Umgang mit Natur. In: Sabine Hofmeister / Christine Katz / Tanja Mölders (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Opladen: Barbara Budrich, 269-285.
- Kirchhoff, Thomas / Trepl, Ludwig (2009): *Vieldeutige Natur. Landschaft, Wildnis und Ökosystem als kulturgeschichtliche Phänomene*. Bielefeld: transcript.
- Kowarik, Ingo (2011): Novel urban ecosystems, biodiversity, and conservation. In: *Environmental Pollution* 159, 1974-1983.
- Kowarik, Ingo (2017): *Stadtnatur und Wildnis. Stadtnatur, Wildnis, Ökosystementwicklung*. In: *Geographische Rundschau* 5, 12-17.
- Kruse, Jan (2015): *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Weinheim u. a.: Beltz Juventa.

- Lachmund, Jens (2003): Exploring the city of the rubble. Botanical fieldwork in bombed cities in Germany after World War II. In: *Osiris* 2/18, 234-254.
- Lachmund, Jens (2016): Ruderale Räume. Ökologie, Politik und die Natur der Stadt. In: Herbert Kalthoff / Torsten Cress / Tobias Röhl (Hg.), *Materialität. Herausforderungen für die Sozial- und Kulturwissenschaften*. Paderborn: Wilhelm Fink, 435-453.
- Langer, Andreas (2012): Pure urban nature. Natur-Park Südgelände, Berlin. In: Anna Jorgensen / Richard Keenan (Hg.), *Urban wildscapes*. London: Routledge, 152-159.
- Levin-Keitel, Meike / Lelong, Bettina / Thaler, Thomas (2017): Zur Darstellung von Macht in der räumlichen Planung – Potenziale und Grenzen der Methode der systemischen Aufstellung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75/1, 31-44.
- Loidl-Reisch, Cordula (1992): Der Hang zur Verwilderung. Die Anziehungskraft der Verwilderung und ihre Bedeutung als Träger illusionistischer Freirauminszenierungen. Wien: Picus.
- Lorimer, Jamie / Driessen, Clemens (2019): Wilde Experimente in den Oostvaardsplassen. Zur Neubestimmung des Umweltschutzes im Anthropozän. In: Friederike Gesing / Michi Knecht / Roswitha Lohse (Hg.), *NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien*. Bielefeld: Transcript: 105-138.
- Mann, Renate (2002): Weibliche Wildnis und wilde Weiblichkeit. In: Verein FluMiNuT (Hg.), *Wissen_schaf(f)t Widerstand. Dokumentation des 27. Kongresses von Frauen in Naturwissenschaft und Technik*. Wien: Milena: 264-269.
- Mann, Renate (2011): Gezähmt, wild und unerreichbar. Typische Gedankenbilder über Frauen und Natur. In: ANL / Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.), *Landschaftsökologie. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Laufener Spezialbeiträge 2011. Laufen/Salzach: ANL*, 36-40.
- Mathey, Juliane / Rößler, Stefanie / Lehmann, Iris / Bräuer, Anne / Goldberg, Valerie / Kurbjuhn, Cornelia / Westbeld, Anna (2011): Noch wärmer, noch trockener? Stadtnatur und Freiraumstrukturen im Klimawandel. Abschlussbericht zum F+E-Vorhaben (FKZ 3508 821 800). Naturschutz und Biologische Vielfalt 111. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.
- Merchant, Carolyn (1994): Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft. München: Beck.
- Mölders, Tanja (2017): Gesellschaftliche Raumverhältnisse. Ein Forschungsprogramm zu den Verbindungen von ‚Natur‘, ‚Raum‘ und ‚Geschlecht‘. In: Corinna Onnen / Susanne Rode-Breymann (Hg.), *Zum Selbstverständnis der Gender Studies. Methoden – Methodologien – theoretische Diskussionen und empirische Übersetzungen*. Opladen: Barbara Budrich, 85-105.
- Olschläger, Jörg / Kowarik, Ingo (2011): Gebietsfremde Arten. Störung oder Bestandteil der Naturdynamik von Wildnisgebieten? In: *Natur und Landschaft* 86/3, 101-104.
- planland (2000): Schöneberger Südgelände. Pflege- und Entwicklungsplan. Planungsgruppe Landschaftsentwicklung unter Mitarbeit von Ingo Kowarik. Auftraggeber: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin.
- Rink, Dieter (2009): Wilderness: the nature of urban shrinkage? The debate on urban restructuring and restoration in Eastern Germany. In: *Nature and Culture* 4/3, 275-292.
- Rosa, Brian / Lindner, Cristoph (2017): From elevated railway to urban park. In: Christoph Lindner / Brian Rosa (Hg.), *Deconstructing the High Line. Postindustrial urbanism and the rise of the elevated park*. New Brunswick u. a.: Rutgers University Press, 1-20.
- Schemel, Hans-Joachim / Reidl, Konrad / Blinkert, Baldo (2005): Naturerfahrungsräume im besiedelten Bereich. Ergebnisse eines interdisziplinären Forschungsprojekts. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 37/1, 5-13.
- Schultz, Irmgard / Hummel, Diana / Hayn, Doris (2006): Geschlechterverhältnisse. In: Egon Becker / Thomas Jahn (Hg.), *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 224-235.
- Stoetzer, Bettina (2014): „Wild Barbecuing“. Urban Citizenship and the Politics of Transnationality in Berlin's Tiergarten. In: Jeffrey M. Diefendorf / Janet Ward (Hg.), *Transnationalism and the German city*. New York: Palgrave Macmillan, 73-86.
- Stoetzer, Bettina (2018): Ruderal Ecologies: Rethinking Nature, Migration, and the Urban Landscape in Berlin. In: *Cultural Anthropology* 33/2, 295-323.
- Sukopp, Herbert (2008): On the Early History of Urban Ecology in Europe. In: John M. Marzluff (Hg.), *Urban ecology. An international perspective on the interaction between humans and nature*. New York: Springer, 79-97.

- Termeer, Marcus (Hg.) (2005): Verkörperungen des Waldes. Eine Körper-, Geschlechter- und Herrschaftsgeschichte. Bielefeld: transcript.
- Vicenzotti, Vera (2011): Der „Zwischenstadt“-Diskurs. Eine Analyse zwischen Wildnis, Kulturlandschaft und Stadt. Bielefeld: transcript.
- Vicenzotti, Vera / Trepl, Ludwig (2009): City as wilderness: The wilderness metaphor from Wilhelm Heinrich Riehl to contemporary urban designers. In: Landscape Research 34/4, 379-396.
- Weber, Ivana (2007): Die Natur des Naturschutzes. Wie Naturkonzepte und Geschlechtskategorierungen das Schützenswerte bestimmen. München: oekom.

‘Rampant cities’ and ‘tamed wilderness’. Social-ecological perspectives on staging ‘urban wilderness’ in Natur-Park Schöneberger Südgelände.

From a social-ecological perspective, ‘urban wilderness’ can be conceptualized as an expression of societal relations to nature that is dynamic and based on material hybridity of nature and society. However, the dichotomy between these two poles is being extended beyond present conditions into prospective and emerging ‘nature/s’ through discourse. The question arises if and to what extent concepts of ‘urban wilderness’ can be understood as social-ecological and open spaces breaking up dichotomous structures and contributing to sustainable development in cities. We approach this research question based on a qualitative interview study investigating conceptions of nature and reasons for nature conservation concerning ‘Natur-Park Schöneberger Südgelände’ in Berlin. Results show that in some areas of the Südgelände the woodlands are developing in an undisturbed manner based on nature’s own dynamics. Notably, the main focus of nature conservation is on staging and conserving ‘wilderness’ as hybrid. Thus, dichotomous structures between society and nature seem to be permeable but are rather confirmed as contrasting ‘others’. Nevertheless, the Südgelände can be seen as an example for ‘urban wilderness’ as a starting point for (normative) negotiations about societal relations to nature and their transformation and can therefore remain visible and open as potential space for future sustainable development processes.

Abfall, Stadt, Natur

Systemische Interaktionen in der urbanen Abseite

Xenia Kokoula

Der nordwestliche Rand der Metropolregion Athen wird bestimmt durch die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, eine (teils noch informelle) Siedlungsstruktur und soziale Zusammensetzung sowie deren vielfältige Zusammenhänge und Verknüpfungen mit kulturell geprägten Vorstellungen von Schmutz und (Un-)Ordnung. Räumlich wie sinnlich dominiert die Mülldeponie Fyli, eine der größten Europas. Der Abfall in seinen vielen Facetten (als Stoffstrom, Ressource, Verschmutzung) trägt eine entscheidende soziokulturelle und ökonomische Bedeutung für die in diesem Aufsatz betrachteten Prozesse der Raumproduktion. Ausgehend vom Abfallkreislauf wird der analytische Blick um die Schnittstellen, Verknüpfungen und systemischen Interaktionen mit weiteren Strömen und Prozessen (Energie, Wasser und Verkehrsinfrastruktur) erweitert. Die Verflechtung von urban-natürlichen Systemen, die am Beispiel von Fyli sichtbar wird, stellt das dem planerischen Diskurs zugrunde liegende binäre Denken von Natur und Kultur in Frage. In der urbanen Abseite der Metropolregion Athen scheint eins der zentralen Versprechen der Stadtplanung, nämlich das Zähmen, Verdrängen und schließlich Überholen der Natur, an seine Grenzen zu stoßen.

Ersteinreichung: 2. Mai 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020

An English abstract can be found at the end of the document.

Einführung

Am nordwestlichen Rand der Metropolregion Athen, abgetrennt durch die Autobahn Attiki Odos und verborgen durch die umgrenzenden Berge, abgezaunt und unzugänglich, liegt die Mülldeponie Fyli, eine der größten Europas. Ein direkter Blick in die aktive Deponiezelle ist fast ausschließlich ArbeiterInnen des formellen und informellen Entsorgungssektors und nur in Ausnahmefällen ForscherInnen und StudentInnen möglich (Abb. 1). So erlebten wir Studierende und Lehrende[1] die Deponie als optisch, akustisch und olfaktorisch überwältigend. Hier wurden unsere akademischen Debatten über die diskursive Konstruktion des „Mülls der Gesellschaft“ (Keller 2009) um eine gewaltige materielle Dimension ergänzt. Hier wurde eine „Schnittstellen-Topographie“ separater Realitäten der Moderne“ (Loenhart 2011:146) sichtbar, wo „Vorstellungen der klaren Abgrenzung zwischen kulturellem Handlungsraum und natürlichem Ökosystem für immer außer Kraft gesetzt“ (ebd.) werden. Die Fragilität der hygienischen Stadt als planerisches Leitbild, ideologisches Konstrukt und materielles Artefakt (Gandy 2005) und der damit einhergehenden sozial-räumlichen Ordnung wurde anschaulich und erlebbar.



Abb. 1 Der Blick in die aktive Deponiezelle, Mai 2014 (Quelle: eigenes Foto)

Kurz nach dem hier geschilderten Besuch der Mülldeponie wurde im Mai 2014 die Sechste Architekturbiennale in Rotterdam mit dem Titel „Urban by Nature“ eröffnet. Im Hinblick auf die fortschreitende planetare Urbanisierung beziehungsweise auf das Anthropozän wurde dort für ein Neudenken des Naturbegriffs und des planerischen Umgangs mit Stadt und Landschaft plädiert (Sijmons 2014). Die in diesem Aufsatz vorgestellte Fallstudie zum nordwestlichen Stadtrand Athens bezieht sich nicht nur konzeptionell auf die Ausstellungsthematik, sondern ergänzt die theoretische Debatte durch eine Analyse mit einem interdisziplinären, transsektoralen und multiskalaren Ansatz. Dieser nimmt nicht nur die Siedlung mit ihren Teilbereichen in den Blick, sondern darüber hinaus den regionalen und territorialen Maßstab. Hierfür werden unterschiedliche Quellen genutzt: Technisch-infrastrukturelle Studien, wissenschaftliche Publikationen aus unterschiedlichen Disziplinen, Presseberichte, ExpertInneninterviews und Gespräche mit den lokalen Akteuren. Vor Ort durchgeführte Aufnahmen und Kartierungen fließen in dichte Beschreibungen des Fallbeispiels ein. Sowohl in der direkten Umgebung der Deponie als auch auf der gesamtstädtischen Ebene wird zunächst der Abfallkreislauf rekonstruiert. Darüber hinaus werden weitere Stoffströme (Energie, Wasser und Verkehr) sowie die Siedlungsstruktur unter Berücksichtigung sozioökonomischer Aspekte dargelegt. Diese Ströme in und durch den Stadtraum haben eine aktive Rolle in stadtweiten Prozessen der Raumproduktion und produzieren nach Erik Swyngedouw (2006: 20) „the urban as a continuously changing socio-ecological landscape“.

Unter Einbeziehung von theoretischen Positionen (u. a. zu ‚urbanem Metabolismus‘ und ‚Städten im Anthropozän‘) wird gezeigt, dass der bisherige planerische Umgang mit der Mülldeponie und den damit zusammenhängenden Stoffströmen, räumlichen Strukturen und sozialen Praktiken von einem Naturverständnis ausgeht, das nicht mehr greift. In der urbanen Abseite[2] entsteht eine hybride Landschaft, welche die klare Trennung von Natur und Kultur in Frage stellt. Dies erfordert ein Neudenken des planerischen Umgangs sowie ein kritisches Hinterfragen der anhaltenden, im Diskurs und in der Praxis tief verwurzelten Leitbilder und Dichotomien.

Unsichtbare Stoffwechselprozesse und die Produktion von Stadt und Natur

Detlev Ipsen beschreibt die moderne Stadt als eine „unsichtbare Stadt“ (1998: 17). Ihre Funktion und Erscheinungsform sind von kritischen Infrastrukturen abhängig, die aber verborgen bleiben. Unsichtbarkeit ist dabei keine inhärente Qualität der Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen, sondern das Ergebnis eines weitgehenden planerischen, technischen und gesellschaftlichen Prozesses, der auf mehreren Ebenen wirkt. Auf einer materiell-physischen Ebene ist das Unsichtbarmachen auch wortwörtlich zu verstehen: Es bezieht sich etwa auf die unterirdische Verlegung von Trinkwasser und Abwasserleitungen (vgl. Gandy 2005; Frank 2004) oder das Unterbringen der technischen Anlagen an peripheren oder außerstädtischen, randständigen (Nicht-)Orten. Das Unsichtbarmachen ist aber auch ein diskursiver Prozess. Stephen Graham und Simon Marvin explizieren die dominante Erzählung von Infrastrukturen als Gemeingut, das allen BürgerInnen in gleichem Maß zur Verfügung steht: „Street, power, water, waste or communications networks are usually imagined to deliver broadly similar, essential, services to (virtually) everyone at similar cost across cities and regions, most often on a monopolistic basis.“ (Graham/Marvin 2001: 8) Durch diese vereinheitlichende Erzählung wird die tatsächlich *ungleiche* geographische Verteilung und räumliche Manifestation der Infrastruktur wiederum unsichtbar gemacht und gerät aus dem Blickfeld der raumbezogenen Disziplinen (ebd.).

Laut Undine Giseke (2018) hat der Prozess des Unsichtbarmachens noch eine weitere Dimension: Seit dem 19. Jahrhundert verschwinden sowohl Infrastrukturen als auch Prozesse, wie z. B. der Wasserkreislauf und die Lebensmittelproduktion, aus dem Stadtbild. Sie verlagern sich fortlaufend in eine diskursiv wie materiell neu konfigurierte natürliche Sphäre, die durch technische Systeme beherrscht werden soll. Dadurch verstärken sich die Unterscheidungen zwischen Natur und Kultur, Stadt und Land. Auch Susanne Hauser (1992) spricht von der Zivilisierung der modernen Stadt im Sinne einer Grenzziehung beziehungsweise einer Neudefinition der Bereiche Natur und Kultur. Es gehe um die „Etablierung einer neuen Stadtgrenze, der Grenze zwischen dem ‚kulturierten‘ Bereich der Industriegesellschaft und dem, was sie kontrolliert in ein Außerhalb ihrer Kultur verlegt“ (Hauser 1992: 294) und somit verschwinden lässt.

Das Unsichtbarmachen von Stoffwechselprozessen ist also das Ergebnis eines bewussten und andauernden planerischen und politischen Prozesses. Dieser hat zu einem Verständnis von Natur als fernes und oft idealisiertes Außerhalb maßgeblich beigetragen: ein Außerhalb, das alles aufnimmt, dessen die Stadt sich entledigen will, und alles zur Verfügung stellt, was die Stadt braucht. Mit zunehmender Urbanisierung schrumpft auch dieses Außerhalb: „The ‚somewhere else‘ that used to exist in abundance as a reservoir of problem solutions is getting scarce, and we are being forced to bid farewell to traditional ‚somewhere-else planning‘.“ (Sijmons 2014: 16)

Die Mülldeponie Fyli ist genau so ein Außerhalb: ein physischer Ort mit einem massiven materiellen Ausmaß und einer ebenso gewaltigen diskursiven Dimension, wo das Unerwünschte und Wertlose, der ‚Müll der Gesellschaft‘ verschwinden soll. Im Folgenden wird zunächst der Untersuchungsort mit

seinen spezifischen Besonderheiten näher beschrieben. Die Rolle des Abfallkreislaufs und der weiteren, überregionalen Infrastrukturen und Stoffflüsse in den Prozessen der Raumproduktion wird erörtert. Abschließend werden die oben genannten theoretischen Positionen in Zusammenhang mit dem konkreten Ort gebracht und dadurch das auf Grenzziehungen und Dichotomien basierende planerische Denken hinterfragt.

Urbane Abseite: Zefyri, Ano Liosia, Fyli

Athen ist nicht ein Ort, sondern mehrere. Das attische Becken, jene ausgedehnte verstädterte Landschaft, die im alltäglichen Sprachgebrauch meistens als Athen[3] bezeichnet wird, besteht aus mehreren administrativen Einheiten. Die kommunalen Grenzen, die nach mehreren Verwaltungsreformen immer wieder neu gezogen wurden, sind als Identifikations- und Orientierungspunkte wenig brauchbar. Die Grenzen von Athen im Alltagsverständnis sind unscharf und beweglich. Orte der Peripherie wie die um die Mülldeponie Fyli befindlichen Ano Liosia, Zefyri und Fyli sind sowohl Teile von Athen als auch eigenständige Orte mit ihren spezifischen morphologischen und demographischen Merkmalen. So ist zum Beispiel die aus einem früheren Dorfkern erwachsene Gemeinde Fyli ländlich beziehungsweise landwirtschaftlich geprägt; hier war seit dem Mittelalter die albanisch-sprachige Minderheit *Arvanites*[4] ansässig (Pappas 2014). Der Name ‚Ano Liosia‘ deutet auf eine Erweiterung des im Süden gelegenen kleinstädtischen Vorortes Ilion[5] hin. Zefyri ist in medialen Darstellungen vor allem durch die ansässige Roma-Gemeinde und für Kleinkriminalität bekannt (Rougheri 1999). Die drei Orte wurden nach der letzten Verwaltungsreform im Jahr 2010 zur Stadtgemeinde Fyli zusammengeführt.

Eine zunehmende Besiedlung und Urbanisierung des Stadtrandes um die Mülldeponie fand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Teil des ungeplanten oder ad hoc geplanten, rasanten Stadtwachstums Athens statt. Durch das Fehlen eines nationalen Kataster- beziehungsweise Forstkatasterwerkes war seit der Gründung des griechischen Staates 1830 bis ins 20. Jahrhundert hinein die illegale Besetzung insbesondere des noch günstigen, peri-urbanen Landes eine gängige Praxis. Chtouris et al. (1993) beschreiben folgende Phasen in der peripheren Stadtentwicklung: Landbesetzung; Aufteilung und Verkauf des Landes von GroßgrundbesitzerInnen an private Personen oder BodenspekulantInnen; Bauen ohne Genehmigung; nachträgliche Legalisierung und infrastrukturelle Ausstattung:

„Ergebnis dieses Transformationsprozesses sind in jedem Fall relativ kleine, den Gewinnerwartungen der Privatplaner und den finanziellen Mitteln der Käufer angemessene Grundstücke, und ein öffentlicher Raum, der hauptsächlich aus schmalen Straßen besteht, um diese zu erreichen.“ (ebd.: 92)

Informelle Wohnbauten wurden meist auf legal erworbenen Grundstücken errichtet, allerdings ohne Baugenehmigung; in vielen Fällen wäre die Ausstellung einer solchen ohnehin nicht möglich gewesen, da der Flächennutzungsplan keine Wohnnutzung erlaubte. Insbesondere für den

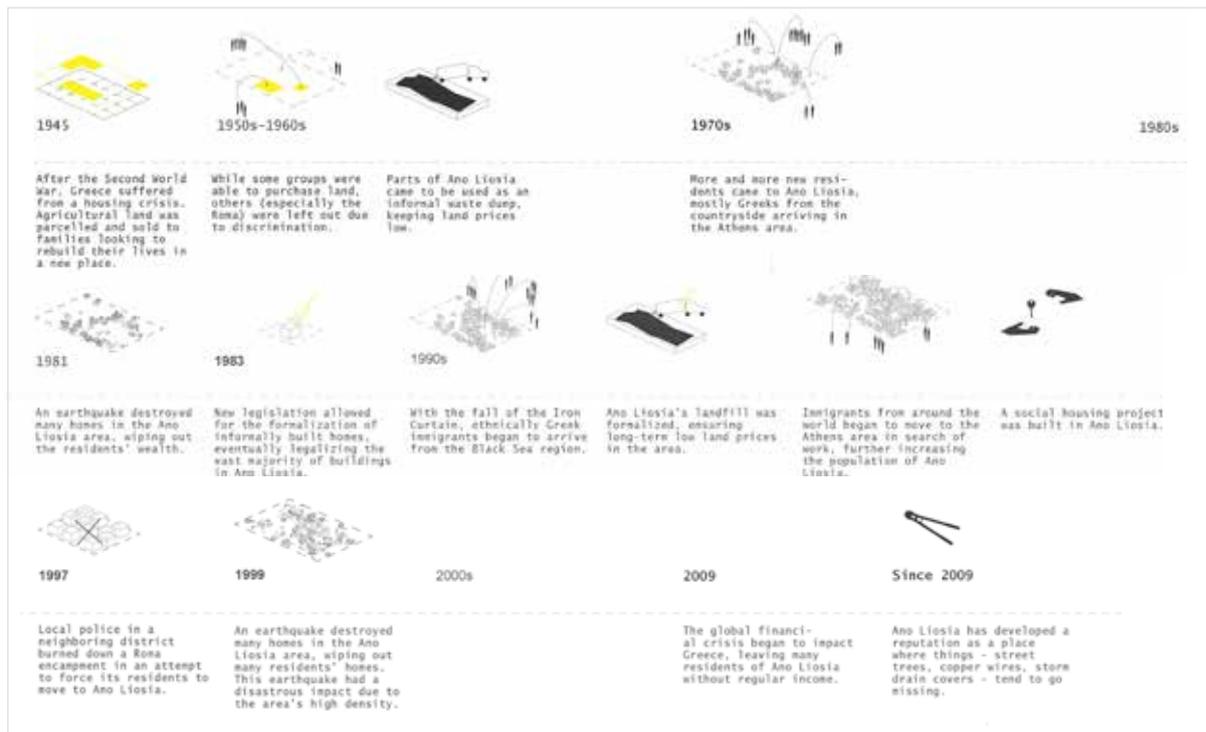
industriell geprägten Westen Athens bot dieser Produktionsmodus günstigen Wohnraum für Arbeitskräfte, (Binnen-)MigrantInnen und andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen und wurde deshalb durch die Politik geduldet oder sogar begünstigt (Hastaoglou et al. 1987).

Parallel zur Entstehung der ersten zusammenhängenden informellen Wohngebiete wurden bereits in den 1950er Jahren illegale Müllhalden (Drogkari/Kotaki 2016) und ab 1965 die nur rudimentär ausgestattete Müllhalde Ano Liosia (Pappas 2014) betrieben. Hier wurden neben Siedlungsabfällen auch hochgiftige Sonderabfälle wie zum Beispiel Krankenhausabfälle entsorgt. Ein Drainagesystem, welches das Eindringen von Sickerwasser in den Boden verhindert, wurde erst mit dem Bau der Deponie 1994-1999 umgesetzt (ENVITEC o. J.). Nach der Aufgabe weiterer formeller und informeller Müllhalden im Großraum Athen nahm die Deponie Ano Liosia sämtliche Siedlungsabfälle der Metropolregion sowie den Klärschlamm aus der ebenfalls 1994 gebauten Abwasserkläranlage Psyttaleia auf (Kelessidis 2010). Die Umweltbelastung, die räumliche Nähe und die Assoziation mit der Müllhalde haben eine Aufwertung des nun vorstädtischen Ortes verhindert und die Bodenpreise blieben niedrig. Weitere räumlich prägnante Infrastrukturen mit hohem Platzbedarf wurden ausgebaut, wie zum Beispiel eine Schrotthalde für ausgemusterte öffentliche Fahrzeuge 1970, der Trinkwasserkanal aus dem Mornos-Stausee 1981, ein Busbetriebshof 1985 und der westliche Teil der Autobahn Attiki Odos 2003 (Pappas 2014). Nach der Sanierung der mehrfach erweiterten Mülldeponie Ano Liosia ist die direkt anschließende Mülldeponie Fyli seit 2008 in Betrieb. Sie beinhaltet eine Verbrennungsanlage für Krankenhausabfälle, eine inaktive Anlage für die Behandlung von Deponiesickerwasser, eine Recycling- und Kompostierungsanlage und eine Biogasproduktionsanlage (ebd.). Sie ist nach wie vor die einzige aktive Entsorgungsstätte der Metropolregion (Dalakoglou/Kallianos 2014).

Aus stadtmorphologischer Sicht fällt hier der Kontrast zwischen grobkörnigen Infrastrukturräumen und feinkörnigen Wohngebieten auf. Im Gegensatz zu den permanenten, raumintensiven Infrastrukturen fungieren Wohnbereiche zwischen Dauerhaftigkeit und Vergänglichkeit, bedroht von

Abb. 2 Containerbau in Ano Liosia, Mai 2014 (Quelle: eigenes Foto)





planerischen Eingriffen und Naturkatastrophen. Seit den 1990er Jahren finden Zwangsräumungen von Roma-Lagern statt (Rougheri o. J.). Naturkatastrophen, vor allem die Erdbeben 1981 und 1999 und die regelmäßigen Überflutungen im Bereich Kato Limni und Zefyri, haben die ohnehin schlechte Bausubstanz stark beschädigt. Die benachteiligte soziale Lage und die prekäre Arbeitssituation der BewohnerInnen sowie die vergleichsweise niedrigen Bodenwerte haben den Wiederaufbau erschwert. Temporäre Notunterkünfte in Form von Containern wurden jahrelang bewohnt und sind teilweise noch in die städtische Struktur integriert, zum Beispiel als Nebenbauten (Abb. 2). Funktional und morphologisch abgekoppelt vom gewachsenen Stadtgefüge und in unmittelbarer Nähe der Mülldeponie wurde 2001 das soziale Wohnungsbauprojekt Gennimata mit 273 Einheiten fertiggestellt, welche jedoch an StadtbürgerInnen aus der gesamten Metropolregion verlost wurden (Drogkari/Kotaki 2016). So wurde die lokale Wohnungsnot kaum berücksichtigt. Maßgeblich für die Stabilisierung der Wohnverhältnisse der BewohnerInnen und die Aufwertung der Bausubstanz waren vielmehr die mit dem umfangreichen Gesetz von 1983 initiierten und sich bis heute fortsetzenden Legalisierungsprozesse. Zwischen Prekarität und Verfestigung, im Schatten einer Mülldeponie, die eigentlich schon seit Jahren hätte verlagert werden sollen, entsteht bis heute eine vielfältige, von Abfallströmen durchkreuzte urbane Abseite (Abb. 3).

Der Abfallkreislauf, oder: der Müll wächst uns über den Kopf

Neben der materiellen hat der Abfallkreislauf diskursive, ökonomische, mediale aber auch symbolische und affektive Dimensionen. Mit dem Begriff „fiktive Parallellandschaften“ kommentiert Sonja Windmüller (2004: 218) die mediale Verbildlichung der gewaltigen Müllmengen, die eine moderne Stadt produziert. Zwar wird der Abfall aus der privaten und öffentlichen Sphäre meistens schnell, reibungslos und hygienisch beseitigt. Jedoch wird

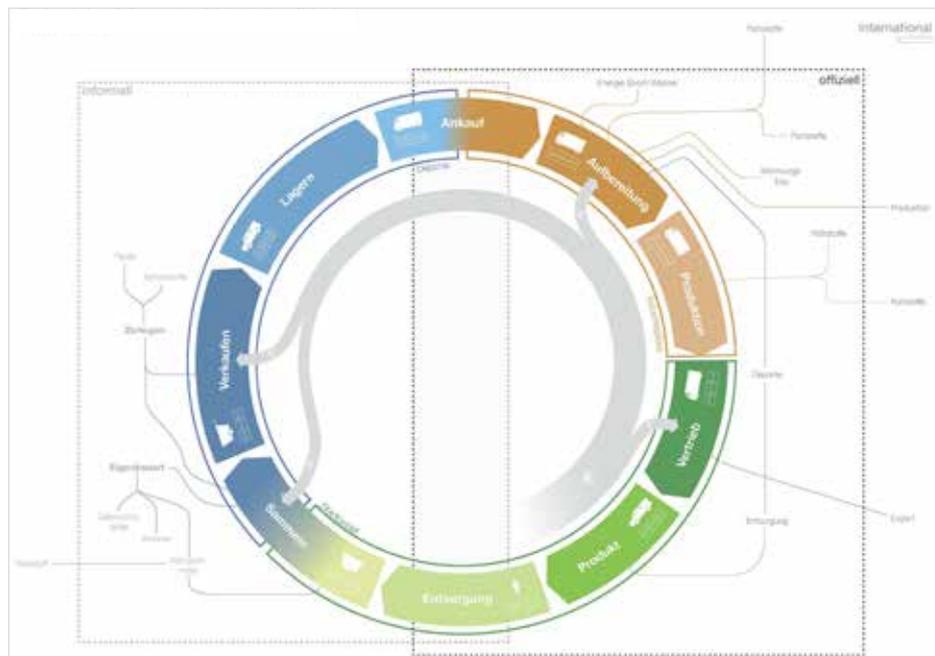
Abb. 3 Schematische Entwicklungsgeschichte der Siedlungsstruktur Ano Liosia (Quelle: Kate Bitz/Julia Lösing, TU Berlin, 2014)

er mittels der graphischen oder schriftlichen Übersetzung in Bildern von Müllbergen, Müllmassen oder Müllarchitekturen[6] wieder anschaulich: „[D]er selbstproduzierte Müll ist den Menschen auf den Leib gerückt. Er hat sich ins Blickfeld gedrängt und wird in seiner Massivität früher oder später Auswirkungen auf die Lebensqualität [...] zeigen.“ (ebd.: 219) In der medialen und kollektiven Imagination werden also StadtbewohnerInnen als konsumierende und produzierende, verkörperte Individuen angesprochen, deren kollektives Verhalten lebensgefährliche Konsequenzen nach sich zieht; der Müll droht ‚uns zu ersticken‘. Eine differenzierte Analyse des Abfallkreislaufs macht allerdings seine ungleichmäßige räumliche Verteilung deutlich; wer wo seine negativen Wirkungen am eigenen Leib erfährt, hängt mit sozialer Ungleichheit zusammen.

Auch in der öffentlichen Debatte in Athen werden die großen Müllmengen als bedrohlich dargestellt. Hierfür werden außerordentliche und unerwartete Störungen im Entsorgungssystem verantwortlich gemacht: Streiks seitens der Angestellten im Entsorgungssektor (Kathimerini 2011a, 2013), extreme Wetterereignisse (CNN Greece 2018) oder Betriebsmängel und Fehler in der Mülldeponie Fyli (Kathimerini 2011b; To Vima 2013; Ta Nea 2018) führen zu Zusammenbrüchen der Entsorgungsinfrastruktur und lassen die ‚fiktiven Parallellandschaften‘ des Mülls in Straßen und Freiräumen real werden. Doch die Häufigkeit, sogar Regelmäßigkeit dieser Störungen deutet auf eine systemische Fragilität hin (vgl. Kallianos 2018).

Der offizielle Abfallkreislauf basiert auf einem überschaubaren Konzept: Siedlungsabfälle werden im Haushalt getrennt, wenn auch mit einer relativ hohen Fehlerquote. Jede Stadtgemeinde und jeder Bezirk der Metropolregion hat eine eigene Entsorgungsabteilung einschließlich Personal und Infrastruktur (Mülltonnen, Fahrzeuge) und ist dafür zuständig, die Siedlungsabfälle nach Fyli zu transportieren, wo sie gegen eine Gebühr abgenommen werden. In Fyli werden Wertstoffe in die Sortierungs- und Recyclinganlage gegeben und Reststoffe in der Deponie gelagert. Dass die Kapazität der aktiven Deponiezelle nicht mit den Müllmengen der Hauptstadt mithalten kann, ist ein chronisches Problem, jedoch scheitern Planungen für weitere

Abb. 4 Diagrammatische Darstellung des informellen und offiziellen Abfallkreislaufs (Quelle: Lucas Hövelmann/Andreas König, TU Berlin, 2014)



Entsorgungsstätten an politischen Spannungen und dem Widerstand der jeweils betroffenen Bevölkerung.

Dieser Kreislauf überlagert und überschneidet sich mit einem weiteren, wenig dokumentierten und seitens der zentralen Planungsbehörden nicht berücksichtigten informellen Abfallkreislauf (Abb. 4)[7]. Daran sind etwa 25.000 bis 50.000 Personen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beteiligt (Roma, MigrantInnen, muslimische GriechInnen, in Armut lebende GriechInnen, aber auch Angehörige der Mittelschicht), die eine Vielfalt von Tätigkeiten ausüben (Scheinberg et al. 2016). Sammel- und Verwertungspraktiken, Hierarchien und Rollen verlaufen dabei oft entlang ethnischer oder geschlechtsspezifischer Trennungslinien. Müllsammler[8] durchsuchen die in den Stadtgebieten stehenden Mülltonnen auf Gegenstände mit Wiederverkaufswert[9] oder holen sie direkt bei den Haushalten ab. Die informellen Müllarbeiter sind laut der umfangreichen Dokumentation von Hristos Karakepelis (2011) hauptsächlich Migranten und Roma-Männer, die mit ihren improvisierten Fahrzeugen durch Athen fahren. Anders als die ZwischenhändlerInnen, an die sie Wertstoffe weiterverkaufen, operieren informelle Müllsammler in einer rechtlichen Grauzone und unter prekären Arbeitsbedingungen. Informelle Schrottsammler klagen über unfaire Behandlung seitens der ZwischenhändlerInnen: „The prices vary from day to day. Copper pays 4€ today, it might pay 3€ tomorrow. They do whatever they like! They weigh my load, and though I know it's 500 kilos, they say it's 200. I keep my mouth shut. I need the money.“ (ebd.)

Ein Teil der informellen Entsorgungs- und Wiederverwertungsarbeit ist ausdrücklich illegal und findet direkt in den Wohngebieten der Müllsammler statt: in Westattika, Zefyri und Ano Liosia oder sogar in der Mülldeponie selbst. So verbrennen laut Medienberichten beispielsweise Roma Kabel zur Gewinnung des Kupfers (vgl. Karanatsi 2010), eine besonders gesundheits- und umweltschädliche Tätigkeit, die eine hohe Brandgefahr für die anliegenden Wohngebiete mit sich bringt. Es gibt jedoch keine konkreten Daten und kaum eine unabhängige Dokumentation. Eine weitere, höchst gefährliche Tätigkeit an der untersten Stufe der informellen Entsorgungshierarchie ist das Suchen nach Wertstoffen direkt auf der Müllkippe, was schon zu tödlichen Unfällen geführt hat (Dalakoglou/Kallianos 2014).

Der informelle und der formelle Abfallkreislauf koexistieren und überlagern sich, jedoch nicht ohne Spannungen und Konfliktpunkte (vgl. Scheinberg et al. 2016). Nach dem Sortieren, Reparieren und Zerlegen von gesammelten Gegenständen verkaufen die informellen Müllsammler Wertstoffe an ZwischenhändlerInnen und entsorgen Reste. ZwischenhändlerInnen (Schrotthandel, Wohnungsauflosungshandel usw.) lagern und verkaufen Wertstoffe an die weiterverarbeitende Industrie, zum Beispiel an die Stahlindustrie (Karakepelis 2011). Auf diese Weise werden die dem formellen Kreislauf entnommenen Gegenstände wieder Teil desselben; der formelle und informelle Entsorgungssektor sind miteinander verzahnt. Doch mit der voranschreitenden Harmonisierung mit den EU-Zielvorgaben und EU-Richtlinien wächst auch die Konkurrenz zwischen den Sektoren. Recyclingunternehmen beklagen sich über das Verschwinden von Wertstoffen. Informelle Müllsammler, die von ZwischenhändlerInnen abhängig sind, befürchten den Verlust ihrer Existenzgrundlage (vgl. Scheinberg et al. 2016).

In der öffentlichen Debatte werden vor allem die ökologischen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Entsorgung problematisiert. Seitens der regionalen und staatlichen Behörden werden entsprechende organisatorisch-technische Lösungen vorgeschlagen, wie zum Beispiel die Verlegung der Mülldeponie und das Ausbauen der Kapazitäten von Recycling- und Biogasanlagen in der Peripherie (vgl. Bambilis 2012), die jedoch zu Kollisionen mit dem sozialen und räumlichen Kontext führen. Während die Notwendigkeit für neue Entsorgungsinfrastrukturen allgemein anerkannt wird, ist die Frage nach dem Standort im wahrsten Sinne des Wortes hart umkämpft (Botetzagias/Karamichas 2009). Demonstrationen gegen die geplante Mülldeponie in der südöstlich gelegenen Gemeinde Keratea 2010 und 2011 wurden unter unverhältnismäßiger polizeilicher Gewaltanwendung aufgelöst (Dalakoglou/Kallianos 2014); bis heute ist der Deponiebau noch nicht fertiggestellt. Im Wunsch der BewohnerInnen, die Entsorgungsinfrastruktur vom eigenen Zuhause und vom eigenen Stadtgebiet fernzuhalten, spiegeln sich verschiedene Ängste wider: Mit Begriffen wie ‚Degradierung‘ oder ‚Verheerung‘ werden die Angst vor Umweltbelastung und die vor einer Wertminderung des Bodeneigentums zusammengeführt. In der diskursiven und affektiven Konstitution dieser Ängste geht es um die bedrohliche und überwältigende fiktive Parallellandschaft des Abfalls, die gewisse Körper mehr gefährdet als andere. Es geht um die Angst vor einer ‚intime(n) Nähe zum Müll anderer Menschen‘ (Davis 2007: 145), die ‚das Spiegelbild einer tiefgreifenden sozialen Spaltung‘ (ebd.) ist.

Konflikte und Fehlplanungen hängen mit der kulturell bedingten Assoziation des Abfalls mit Schmutz, Unordnung und gesellschaftlichen Ausschlussprozessen unmittelbar zusammen (vgl. Bampilis 2012). Wenn die fiktiven Parallellandschaften des Mülls in die Öffentlichkeit drängen, real und erfahrbar werden, verspricht die Planung, sie wieder verschwinden zu lassen und durch neue Infrastrukturen und neue Grenzziehungen unsichtbar zu machen. Dass es um einen Kreislauf von Wert- und Reststoffen geht, der sich an konkreten Orten manifestiert und den ganzen Stadtraum umfasst, wird dabei nicht berücksichtigt. Auch der hier beschriebene informelle Abfallkreislauf und sein Konkurrenzkampf mit dem Recyclingsektor um Wertstoffe findet in der Unsichtbarkeit statt. Somit bleibt die Bedeutung des informellen Abfallkreislaufes im konkreten sozial-räumlichen Kontext – als Ressource, Einkommensquelle und Strategie für die Abfall-, Emissions- und Kostenminderung[10] – verkannt. Ebenso wird ignoriert, dass der Abfallkreislauf kontextbezogen ist und mit weiteren kritischen städtischen Infrastrukturen zusammenhängt.

Müll, Energie, Wasser, Verkehr: systemische Interaktionen

Die wenigen wissenschaftlichen Analysen mit räumlich-planerischem Schwerpunkt in Fyli erkennen zwar die maßgebliche Bedeutung des Abfallkreislaufs in den Prozessen der Raumproduktion, lassen aber drei weitere überregionale Infrastrukturen außer Acht (siehe die hier zitierten Arbeiten Dalakoglou/Kallianos 2014; Pappas 2014; Drogkari/Kottaki 2016; Kallianos 2018). Abfall ist die prägnanteste, weil sensorisch dominante Infrastruktur. Weniger präsent in der Wahrnehmung der durch sie geprägten



Abb. 5 Die Hochspannungsleitung in Ano Liosia Mai 2014 (Quelle: eigenes Foto)

Orte, jedoch ebenfalls aktiv in Prozessen der Raumproduktion, sind die Infrastrukturen der Energie- und Wasserversorgung sowie die mautpflichtige Autobahn Attiki Odos. Ähnlich wie die Entsorgung sind diese drei weiteren Infrastrukturen überregional und fungieren an der Schnittstelle von übergeordneten technischen urban-natürlichen Systemen. Um die nordwestliche urbane Abseite Athens als eine komplexe und dynamische sozial-ökologische Landschaft zu begreifen, ist es daher notwendig, die Ströme der Energie, des Wassers und des Verkehrs transsektoral in ihren Zusammenhängen und Verbindungen zu betrachten.

Die Hochspannungsleitung, die sich über das Siedlungsgebiet Ano Liosia in Richtung Südosten erstreckt (Abb. 5), ist Teil des 1973 ausgebauten nationalen Energienetzwerkes (PPC 2010). Sie verbindet die Kraftwerke in der Braunkohleregion Ptolemaida im Norden mit der Metropolregion Athen, die mehr als ein Drittel der griechischen Gesamtbevölkerung und den Großteil der Industrie beheimatet und als größte Energiekonsumentin des Landes gilt. Die Hochspannungsleitung wird über das Parnitha-Gebirge und den Stadtteil Ano Liosia in das Umspannwerk in Acharnes geführt. Von dort aus erfolgt die Versorgung der Hauptstadt durch unterirdische Leitungen.

Auch diese überregionale Infrastruktur, die direkt über die Siedlung verläuft, wird als Belastung[11] empfunden: optisch, akustisch, aber vor allem affektiv. Damit sind hauptsächlich zwei Ängste verbunden: erstens die vor den mutmaßlichen gesundheitlichen Risiken wegen des magnetischen Feldes und zweitens die Angst vor der vermutlich erhöhten Brandgefahr während der heißen und trockenen Sommermonate[12]. Waldbrände in den Bergen wirken nicht nur negativ auf das Mikroklima, sondern gehören zu den wichtigsten Ursachen von Bodenerosion. Durch die Entfernung der schützenden Vegetation steigt wiederum das Überschwemmungsrisiko in den topographisch tiefergelegenen Orten wie Zefyri. Energieversorgung, Entsorgung, Wasserkreislauf und Topografie sind somit mehrfach miteinander verknüpft.



Abb. 6 Der Wasserkanal in Ano Liosia Mai 2014 (Quelle: eigenes Foto)

Die Interaktion zwischen Wohngebiet und Energieversorgung ist ebenfalls komplex und lässt sich nicht auf eine einseitige Dienstleistung reduzieren. Ähnlich wie große Teile des Landes, insbesondere Siedlungen mit niedrigem Einkommen, schlechter Bausubstanz und fehlendem Erdgasnetzanschluss[13], ist auch Fyli von Energiearmut betroffen. Dies soll im Kontext der hier beschriebenen Prozesse des informellen Stadtwachstums betrachtet werden. 2011 wurde in Griechenland eine neue einheitliche Grundsteuer eingeführt. Um Steuerhinterziehung zu vermeiden, wird dieser Betrag auf die Stromrechnung aufgeschlagen. Der Stromversorger (staatliche Energiegesellschaft, kurz PPC) wurde so damit beauftragt, die Grundsteuer einzusammeln (vgl. Dagoumas/Kitsios 2014). In den nachträglich legalisierten informellen Siedlungen der Metropolregion wurden die LandbesetzerInnen zu EigentümerInnen und somit zur Zahlung der Grundsteuer verpflichtet. Zusammen mit den steigenden Strompreisen und sinkenden Einkommen seit der Finanzkrise 2009 hat dies dazu geführt, dass PPC den Strom in zahlungsunfähigen und verschuldeten Haushalten abgestellt hat (vgl. Balourdos 2014). Die Legalisierung, die einen Weg zur Konsolidierung und Stabilisierung der Wohnverhältnisse dargestellt hat, führt somit erneut zu Prekarität.

Ähnlich wie das rasante Wachstum der Metropolregion fand auch der Ausbau der Wasserversorgung vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts improvisiert und ad hoc statt: „Illegal settlements would initially develop their own illegal water networks. These would eventually be connected to the main water supply system, as part of a client-based deal that also legalized them.“ (Kaika 2005: 134) Der wachsende Wasserkonsum zusammen mit der chronischen Wasserknappheit im attischen Becken brachten regelmäßig die Kapazitäten des bestehenden Versorgungssystems an ihre Grenzen: „Athens was about to ‚die of thirst‘.“ (Kaika 2006: 161) Weitere natürliche Ressourcen wurden in immer größeren Entfernungen gesucht: 1931 im Nordosten der Attika-Region mit dem Marathon-Stausee; 1956 in



Abb. 7 Räumliche Überlagerung Hochspannungsleitung und Wasserkanal, Mai 2014 (Quelle: eigenes Foto)

der Böötien-Region und dem Yliki-See; in Westgriechenland mit dem 1981 errichteten Damm und Stausee Mornos und dem 2001 errichteten Stausee Evinos sowie dem Verbindungskanal Mornos-Evinos (EYDAP o. J.). Eine teils offene Wasserleitung (Abb. 6) bringt Trinkwasser aus dem 250 Kilometer westlich gelegenen Mornos-Stausee durch den nördlichen Siedlungsrand von Ano Liosia in die Wasseraufbereitungsanlage in Acharnes. Von dort aus wird die Hauptstadt unterirdisch versorgt. Somit ist die Wasserversorgung neben der Energieversorgung und der Entsorgung eine weitere kritische Infrastruktur der Metropolregion, die sich räumlich am nordwestlichen Stadtrand manifestiert (Abb. 7).

Maria Kaika (2005) beschreibt am Beispiel der Wasserversorgung Athens, wie sich aus dem Stadt/Natur-Dualismus die räumliche Ordnung der modernen Stadt etablierte. Der Wasserkreislauf manifestiert sich an konkreten Orten: Es sind die aus der Stadt verbannten Dämme und Stauseen, die im städtischen Boden verborgenen Leitungen und die Nasszellen im modernen Haus. So entstehen unterschiedliche räumliche Hüllen („space envelopes“) auf den drei Maßstabsebenen des Haushalts, der Stadt und der Natur. Um diese drei Sphären auseinander zu halten, muss der Wasserkreislauf unsichtbar bleiben:

„Baring the flow of water between the natural, the urban, and the domestic sphere reveals that nature and the city are not separate entities or autonomous ‚space envelopes‘, but hybrids, neither purely human-made nor purely natural; outcomes of the same socio-spatial process of the urbanization of nature.“ (Kaika 2005: 5)

Auch die räumliche Organisation der Energieversorgung und der Entsorgungsinfrastruktur folgt dem Muster der getrennten räumlichen Sphären. Außerhalb der Stadtgrenze, in einem natürlichen ‚Außerhalb‘, werden massive Anlagen gebaut – Dämme und Stauseen, Kohlekraftwerke, Mülldeponien –, welche die Probleme der Ver- und Entsorgung der wachsenden Metropole endgültig zu lösen versprechen. Doch diese Grenze verschiebt sich im Laufe der Zeit, und das natürliche ‚Draußen‘ muss in immer größeren Entfernungen konstruiert werden. Am Beispiel der Mülldeponie erfolgt diese Grenzverschiebung in der Vertikalen: Alte Deponiezellen werden stillgelegt und renaturiert, direkt angrenzend werden neue Zellen immer tiefer angelegt. Bei diesem Prozess des wiederholten Unsichtbarmachens entstehen aber auch Übergangsorte: Hier finden sich die Ströme des Abfalls, der Energie und des Wassers nicht zufällig

nebeneinander, sondern sie sind gemeinsam und in ihrer Interaktion als Teil des gesamten Raumproduktionsprozesses zu verstehen.

Im 21. Jahrhundert findet ein Wandel im Modus der peripheren Stadtentwicklung statt. Anstelle des von Chtouris et al. (1993) beschriebenen kleinmaßstäblichen, improvisierten und informellen Siedlungswachstums, bei dem die Siedlungen erst nachträglich an die Infrastrukturnetzwerke angeschlossen wurden, wird nun Infrastruktur zum Treiber zentral koordinierter Planung (vgl. Leontidou et al. 2007). Anlass für die ambitionierten und langfristig angelegten infrastrukturellen Planungen sind die Olympischen Spiele 2004. Der Fokus dabei liegt auf einer zeitgemäßen Verkehrsinfrastruktur, die das dichte Stadtzentrum umgeht und periphere Orte verbindet (ebd.). Vor diesem Hintergrund wird 2004 die private und mautpflichtige Ringautobahn Attiki Odos eröffnet, angepriesen als überfällige Modernisierung zur Aufwertung der Peripherie (vgl. Gefou-Madianou 2014). Im Nordwesten zerschneidet die Attiki Odos die kleinteilige Siedlungsstruktur von Zefyri und Ano Liosia, um das westlich gelegene Industriegebiet und den Gewerbehafen von Elefsina zu erschließen. Räumlich betrachtet hat die Attiki Odos eine horizontale und eine vertikale Dimension. Die sechsspurige Ringstraße ist als horizontale Trennung wahrnehmbar. Sie ist schwer zu überqueren und die direkt anliegenden Freiräume sind mit Lärm und Emissionen belastet. Mit dieser horizontalen räumlichen Trennung geht soziale Segregation einher: Im nördlichen Teil von Zefyri wohnt überwiegend die Roma-Gemeinde, während der Bereich südlich der Autobahn sozial durchmischt ist. Bevölkerungsgruppen, deren Existenzgrundlage von der Verkehrsinfrastruktur abhängig ist, wie zum Beispiel ArbeiterInnen im informellen Entsorgungssektor, können sich die Autobahn in der Regel nicht leisten und sind auf das Netzwerk von Nebenstraßen angewiesen.

Die Verkehrs- und Entsorgungsinfrastrukturen interagieren nicht nur miteinander, sondern auch mit dem natürlichen Element des Bodens. Während der Bauarbeiten für die Attiki Odos wurden an mehreren Stellen archäologische Ausgrabungen mit zahlreichen wertvollen Funden durchgeführt (Miles 2015). In ihrer Untersuchung der Abfallströme analysieren Dimitris Dalakoglou und Yannis Kallianos die materielle und diskursive Konstitution eines verseuchten, „toten Bodens“ [14] (2014: 27). Durch die mehrjährige Nutzung des Ortes als informelle Müllhalde und die verspätete Einführung von Bodenschutzmaßnahmen wird von einer hohen Schadstoffbelastung auch innerhalb des Wohngebietes ausgegangen. [15] Die in der Vergangenheit weit verbreitete Entsorgung von Krankenhausabfällen und Klärschlamm in der Mülldeponie ist allgemein bekannt. Dies trägt zur diskursiven Konstruktion eines gefährlichen, verschmutzten, sogar krebserregenden (ebd.) Bodens bei. Der Boden erhält durch diskursive und materielle Prozesse vielfältige und widersprüchliche Bedeutungen. Er hat eine doppelte Funktion: als Speicher von Wertvollem und Wertlosem, von archäologischen Schätzen und verseuchendem Abfall. In Anlehnung an Aleida Assmann (1999: 383) kann der Boden damit als Archiv betrachtet werden und unterliegt einem Sortierungsprozess. Zwischen dem Wertvollen und Wertlosen wird eine kulturell bedingte Grenze gezogen, es werden Entscheidungen über das Erinnern und Vergessen und über das Sichtbar- und Unsichtbarmachen getroffen.

Nach Leontidou et al. (2007) ist die Verwobenheit der kleinteiligen, teils noch informellen Siedlungsstruktur mit den überregionalen Stoffströmen der Ver- und Entsorgung auf die wechselseitige, symbiotische Beziehung zwischen Informalität und Infrastruktur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen:

„Semi-squatters first followed infrastructure, and then attracted it. They settled as close as possible to roads, electricity posts and water pipes, and ‚stole‘ from them if they could. Otherwise, they were served by trucks bringing water to the community, by petrol lamps and fireplaces. Infrastructure arrived much later, if at all, long after piecemeal ex-post-facto ‚legalisation‘ integrated some communities into the city plan.“
(Leontidou et al. 2007: 75)

Das durch Olivenbäume und Weinberge geprägte idyllische Landschaftsbild ist nicht das, was die Menschen in die Peripherie zieht. Erste Anzeichen einer angehenden Verstädterung und die Möglichkeit, an bestehende Infrastrukturnetzwerke anzuschließen, waren vielmehr die Beweggründe für die periphere Stadtentwicklung.

Das Beispiel von Fyli ist in dieser Hinsicht einzigartig, denn kaum eine andere Infrastruktur ruft derart negative Konnotationen hervor wie die Entsorgung. Bodenwerte sind generell niedriger in der Umgebung einer Mülldeponie (vgl. Nelson et al. 1992; Reichert et al. 1992), was einerseits das informelle Bauen, andererseits die Ansiedlung weiterer Infrastrukturen mit hohem Platzbedarf begünstigt. Werden diese Infrastrukturen ebenfalls als belastend empfunden, wie im Fall der Hochspannungsleitung, potenziert sich die negative Wirkung auf die Bodenwerte. Infrastrukturen, die mit Modernisierung und Fortschritt assoziiert sind, wie die Attiki Odos, sind wiederum für die BewohnerInnen von Fyli nur bedingt zugänglich. Gemeinsam sind die Infrastrukturen von Abfall, Wasser, Energie und Verkehr als aktive Kräfte in den Prozessen der Raumproduktion zu betrachten. Aus ihrem Beziehungsgeflecht entstehen komplexe Stadt/Natur/Technik-Hybride in der urbanen Abseite.

Stoffwechselprozesse neu denken

Planungen vor Ort setzen in der Regel die so oft versprochene Schließung und Sanierung der Deponie voraus (wie z. B. Pappas 2014). Die lokale Bedeutung des Abfallkreislaufs als Einkommensquelle für einen Teil der Bevölkerung und die Integration von Abfall als Ressource in das städtische Alltagsleben (vgl. Millar 2018) werden dabei verkannt. Stattdessen wird die Mülldeponie als Ursache sozialer und ökologischer Probleme betrachtet, die mittels technisch-infrastrukturellen Lösungen beseitigt werden sollen. Die hier angestrebte holistische Betrachtung der systemischen Zusammenhänge zwischen dem Abfallkreislauf und den weiteren urban-natürlichen Stoffwechselprozessen ist der erste Ansatzpunkt für ein längst überfälliges planerisches Neudenken. In Anlehnung an aktuelle (landschafts-)architektonische und planerische Diskurse, werden im Folgenden die Ansätze des *Splintering Urbanism*, des *urbanen Metabolismus* und des *Anthropozäns* kurz erläutert und auf das Fallbeispiel bezogen.

Mit dem Konzept des *Splintering Urbanism* plädieren Stephen Graham und Simon Marvin (2001; sowie Graham 2010) für eine kritische Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen und Stadtentwicklungsprozessen. Sie identifizieren Krisen, Störungen und Zusammenbrüche als mögliche Momente der Sichtbarmachung von verborgenen Infrastrukturnetzwerken:

„The unexpected absence of functioning infrastructure works to underline the very (albeit useless) presence of the vast stretched-out system that usually remains so invisible. When they have become stable and taken for granted, interruptions in power, clean water supplies, the arrival of fresh food, [...] or the means of shifting waste and sewerage away from teeming cities, immediately work to make the vast complexes of infrastructure on which urbanites continually rely starkly visible – if only until normal services are resumed.“ (Graham 2010: 18)

Die Abfall-, Wasser- und Energieinfrastrukturen der Metropolregion Athen scheinen fragiler zu sein als es den europäischen Normen entsprechen würde. Zusammenbrüche, Ausfälle und Störungen – Energieengpässe, Wasserknappheit und die immer wieder angekündigte Ausschöpfung der Kapazität der Mülldeponie – werden in der Öffentlichkeit erlebt und diskutiert. Durch die mediale Konstruktion einer Krisenlandschaft am nordwestlichen Athener Stadtrand kommt auch den übergeordneten sozial-ökologischen Prozessen eine erhöhte Aufmerksamkeit zu. Doch damit die Planung an die öffentliche Diskussion effektiv anknüpfen kann, ist es notwendig, diese Fragilität nicht als Ausnahmezustand, sondern als Kernmerkmal des Entsorgungssystems anzuerkennen (vgl. Dalakoglou/Kallianos 2014). Die Fragilität verschärft sich seit der Finanzkrise 2009 durch die ausgeprägte neoliberale Politik, die von Griechenlands Gläubigern (dem Internationalen Währungsfonds, der EU und der Europäischen Zentralbank) durchgesetzt wurde (ebd.). Die damit verbundene erhöhte Sichtbarkeit von metabolischen Systemen unterstützt auch den aufkommenden konzeptionellen Wandel in aktuellen planerischen Debatten (u. a. zum ‚urbanen Metabolismus‘ und zur ‚Stadt im Anthropozän‘).

Mithilfe des Konzepts des *Urbanen Metabolismus* werden unter anderem netzwerkgestützte Infrastrukturen erkundet – nicht nur in den Momenten ihres Zusammenbruchs, sondern gemeinsam mit weiteren Stoffströmen und Stoffwechselprozessen im Kontext der lokalen räumlichen Gegebenheiten. Für das Planen und Entwerfen komplexer Stadtnaturen ist dies aus mehreren Gründen relevant. Dem Ansatz liegt ein Raumverständnis zugrunde, das auf Dynamik und Veränderung, auf dem Fließen von Strömen und Abwickeln von Prozessen basiert. Darüber hinaus wird eine transsektorale beziehungsweise transdisziplinäre Herangehensweise angestrebt, welche technische Lösungen in den lokalen Kontext einbindet. Auch im Hinblick auf Maßstab und Umfang erweitert sich der Fokus über die Stadt hinaus, „interweaving a multiplicity of sites“ (Ibanez/Katsikis 2014: 8). Ein solcher Paradigmenwechsel würde am Beispiel vom Athener Stadtrand eine holistische Planung der Ströme des Abfalls und nicht nur der neuen Deponie mit sich bringen – eine Planung, welche das lokale Wissen, die Praktiken und Strategien der AkteurInnen berücksichtigt und auf mehreren Maßstabsebenen wirken könnte.

Auch im Rahmen der *Anthropozän*-Debatte, insbesondere an der Schnittstelle zur (Landschafts-)Architektur (siehe Sijmons 2014), wird das hier beschriebene Verknüpfen von Orten über verschiedene zeitliche und räumliche Maßstäbe thematisiert. Der Begriff weist auf die tiefgreifende transformative Wirkung von menschlichen Aktivitäten hin, die nun mit geologischen Kräften vergleichbar sind. Daraus folgt, dass Orte, die bisher als autonom betrachtet und entweder der städtischen oder der natürlichen Sphäre zugeordnet wurden, näher zusammenrücken; die Sinnhaftigkeit ihrer Trennung wird in Frage gestellt. Als Beispiel sei der anthropogene Klimawandel und seine Auswirkungen auf die hier beschriebenen urban-natürlichen Prozesse genannt. Die Ströme des Wassers, der Energie und des Abfalls sind keine vollkommen geschlossenen, technisch gesteuerten Kreisläufe, sondern befinden sich in einem dynamischen Austausch miteinander und mit weiteren metabolischen Prozessen. Es gibt zum Beispiel kausale Zusammenhänge zwischen Dürreperioden und Wasser- und Energieknappheit. Gleichzeitig erhöht sich dabei das Brandrisiko und die damit einhergehende Bodenerosion. Bei Starkregenereignissen sind wiederum Überflutungen und das Eindringen von Schadstoffen aus der Deponie in das natürliche Gewässersystem zu erwarten. Im Rahmen der peripheren Verstädterung erweitern sich auch die versiegelten Flächen. Das hat möglicherweise schwerwiegende Konsequenzen in beiden Extremwetter-szenarien, Dürre und Niederschlag. In Abbildung 8 werden diese Austausch- und Verknüpfungsprozesse dargestellt. In diesem Sinne kann die urbane Abseite als eine „Baustelle des Anthropozäns“ (Renn 2017: 16) konzipiert werden; daran kann ein neues Planungsparadigma ansetzen.

Neben den hier geschilderten theoretischen und empirischen Grundlagen wäre die konkrete Erfahrung seitens der BewohnerInnen der urbanen Abseite und ihr situiertes Wissen zentral für einen holistischen planerischen Ansatz. Bedingt durch das informelle Stadtwachstum befindet sich ihre private Sphäre, das eigene Zuhause, genau an dem Ort, an dem das verborgene städtische Ver- und Entsorgungssystem wieder sichtbar wird. Der nordwestliche Stadtrand Athens wird hier als Übergangzone oder Schwelle betrachtet. Die unterirdischen Wasser- und Stromleitungen, die unsichtbaren Entsorgungswege und -praktiken tauchen in Fyli wieder auf, um dann in die natürliche Sphäre – in die Mülldeponie, die Braunkohleregion, die Stauseen – übergeleitet zu werden. Die drei Sphären oder räumlichen Hüllen (Kaika 2005) – das Haus, die Stadt und die Natur – rücken näher zusammen. Für die ForscherIn sind die Erkundung vor Ort, die direkte körperliche Präsenz und der Austausch mit den lokalen AkteurInnen unerlässlich. BewohnerInnen von Fyli besitzen dagegen ein intimes Wissen über Stoffwechselprozesse; diese werden durch die Nähe, die unmittelbare Sinneserfahrung und ihre aktive Teilhabe sichtbar.

Fazit

Ausgehend vom Abfallkreislauf am Athener Stadtrand wurden hier die sichtbaren und unsichtbaren Dimensionen des urbanen Raums aufgeschlüsselt. Diese Dimensionen sind heterogen und vielfältig, jedoch eng miteinander verknüpft: infrastrukturelle Anlagen und politische

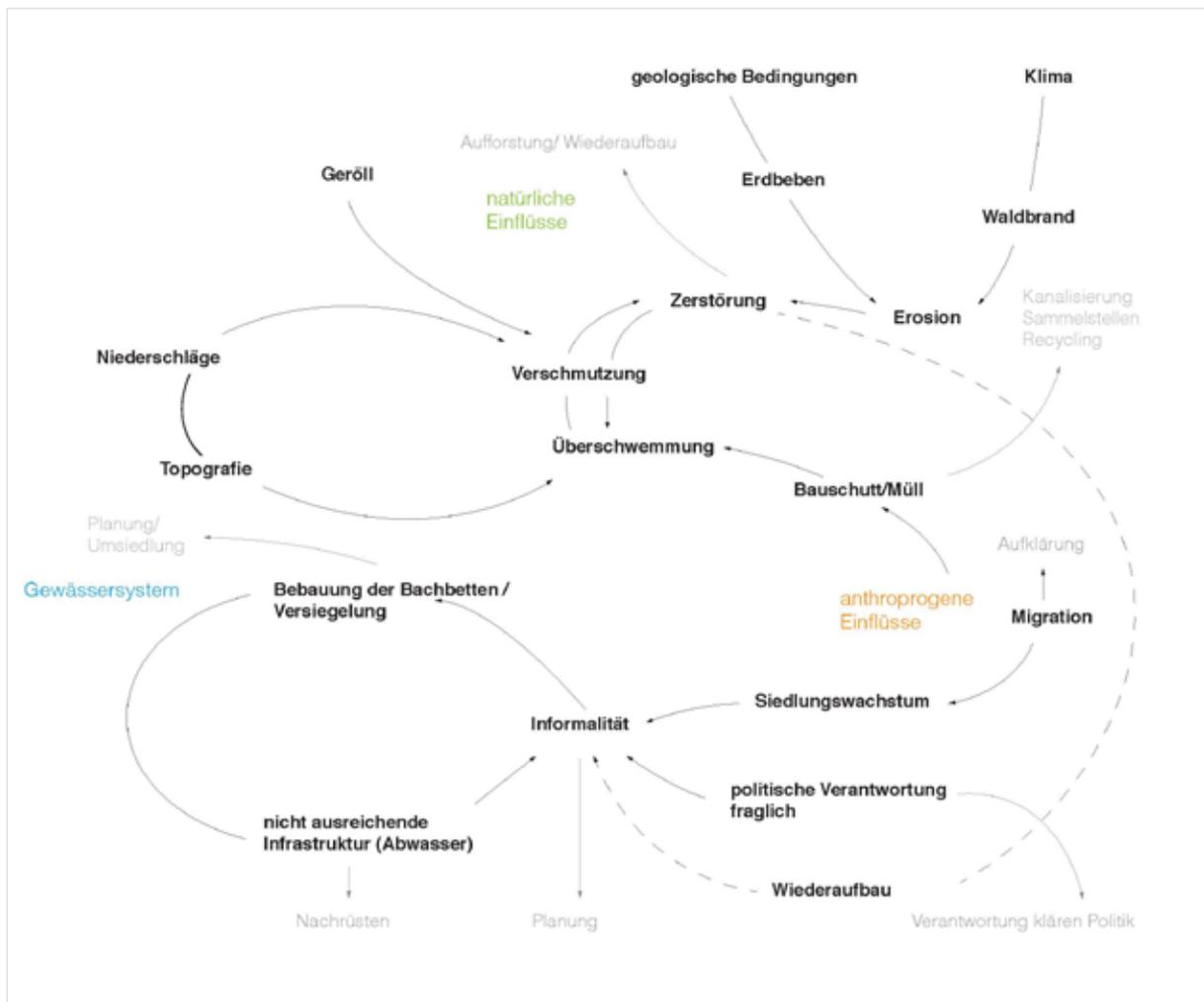


Abb. 8 Diagrammatische Darstellung des natürlichen Gewässersystems (Quelle: Hanna Hiller/Dirk Peters, TU Berlin, 2014)

Entscheidungsprozesse, handelnde Akteure und Kapitalströme, ökologische Systeme und Bodeneigentumsverhältnisse, Krisendiskurse und Naturbilder, aber auch vieles mehr. Ziel dieses Beitrags ist es, zu einem kritischen Nachdenken über die urbane Abseite anzuregen, das zu alternativen Entwurfs- und Planungsansätzen führen kann.

Der detaillierte transsektorale und kritische Blick auf die Raumproduktionsprozesse macht deutlich, dass der bisherige planerische Umgang mit diesem hochkomplexen Ort an seine Grenzen stößt. Die Planung hat den Anspruch auf eine fließende und umfassende Ver- und Entsorgung in der Hauptstadt erhoben und moderne technische Anlagen gebaut, um diese zu gewährleisten. Rücken solche Infrastrukturen zu nah an die Stadt und die öffentliche Wahrnehmung heran, müssen sie immer weiter nach außen verlegt werden: Das Ziel ist dabei, dass die Trennung von Stadt und einer davon unberührten natürlichen Sphäre erhalten bleibt. Doch genau an den Schnittstellen, Schwellen und Übergängen entsteht eine hybride, durch den Müll der Gesellschaft geprägte Landschaft oder eher: ein Stadt/Natur/Technik-Hybrid. Diese hybride Landschaft macht deutlich, dass der Modernisierungsprozess nicht unendlich erweiterbar sein kann. Damit scheint auch eines der zentralen Versprechen der Stadtplanung, nämlich das Kontrollieren, Verdrängen und schließlich Überholen der Natur, obsolet zu werden.

Dieser Artikel wurde durch die DFG und den Open-Access-Publikationsfonds der TU Berlin gefördert.

Endnoten

- [1] Diese Analyse erfolgte im Rahmen des Master Studios „Landfills“ im Institut für Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung der TU Berlin 2014.
- [2] In Anlehnung an Susanne Hauser wird mit dem Begriff „Abseite“ der Bereich von „ignorierten Dingen und Räumen“ beschrieben, der aus dem Stadtbild systematisch verdrängt wird (Hauser 2001: 57).
- [3] Die Stadtgemeinde Athen umfasst nur das dichtbebaute Zentrum, im Alltagsverständnis erstreckt sich Athen jedoch viel weiter bis ans Meer und in die Berge (üblicherweise zwischen dem Saronischen Golf im Süden, dem Parnitha Gebirge im Norden und Elefsina im Westen); je nach Kontext kann Athen sogar mit der Region Attika gleichgesetzt werden.
- [4] Es gibt keine offiziellen Daten zu ethnischen Minderheiten, da bei den Volkszählungen nur die Staatsangehörigkeit und nicht die ethnische Zugehörigkeit abgefragt wird. Die vorhandenen Daten für die griechischen StaatsbürgerInnen aus den Roma- und Arvanites-Minderheiten basieren auf Schätzungen der lokalen und regionalen Behörden sowie von Nichtregierungsorganisationen wie des *Greek Helsinki Monitor*.
- [5] Ano bedeutet ‚ober-‘ und Liosia ist die umgangssprachliche Variante des Namen Ilion.
- [6] In zahlreichen Beispielen werden Müllmengen umgerechnet und mit intuitiv vertrauten räumlichen Maßen verglichen, wie z. B. mit öffentlichen Plätzen („den Marienplatz auffüllen“), Eisenbahnwaggons, Schiffen und Monumenten („die Höhe des Berliner Funkturms“) (Windmüller 2004: 217 f.).
- [7] Zur Verschränkung vom formellen und informellen Sektor siehe auch Köberlein 2003; im griechischen Kontext Bambilis 2012.
- [8] Die Müllsammler sind fast ausschließlich männlich, deswegen wird hier bewusst auf das Gendern verzichtet.
- [9] Diese können wiederverwendbare Gegenstände (*re-usable*) oder recyclingfähige Stoffe (*recyclable*, vor allem Altmetall, Elektroschrott, Papier und Karton) sein (siehe auch Scheinberg et al. 2016).
- [10] Scheinberg et al. (2016: 822): „This form of work keeps many tons of waste out of landfills, saves cities and households money, reduces greenhouse gas formation, and supports millions of families worldwide.“
- [11] Die Hochspannungsleitung wird in der ohnehin spärlichen Literatur kaum berücksichtigt. Dass es um eine Belastung geht, wird sowohl in Gesprächen vor Ort als auch in der öffentlichen Diskussion zur Verlegung oder unterirdischen Führung der Leitung deutlich.
- [12] Der verheerende Waldbrand in Parnitha 2007 nördlich der Siedlung Ano Liosia wurde ursprünglich auf die Hochspannungsleitung zurückgeführt. Die Feuerwehr sprach dagegen von Brandstiftung (Griechische Feuerwehr 2007). Jedoch besteht auch heute noch der Verdacht, die Hochspannungsleitung könnte den Brand (mit-)verursacht haben.
- [13] Diese Kriterien werden in der Studie von Vatavali/Hadjikonstantinou (2016) zur ungleichen geographischen Verteilung der Energiearmut genannt. Generell zum Phänomen in Griechenland siehe Korovesi et al. 2017.
- [14] Der Begriff ‚toter Boden‘ bezieht sich auf den Friedhof Ano Liosia, der sich unmittelbar bei der alten Müllhalde befindet. Im verseuchten Boden ist die für die Verwesung von Leichen notwendige Fauna und Flora nicht vorhanden.
- [15] In den Nachfragen bei den PlanerInnen im Bezirk Fyli im Rahmen von 2014 durchgeführten Experteninterviews wird dies allerdings nicht bestätigt; aufgrund der Topografie würden sich Schadstoffe in der Deponie selbst sowie südwestlich davon konzentrieren; die Wohngebiete seien davon wenig betroffen. Auch in der Literatur werden keine klinischen oder demografischen Indikationen genannt.

Autor_innen

Xenia Kokoula ist Architektin. Sie arbeitet an der Schnittstelle von (Landschafts-)Architektur und Urban Design/Städtebau zu den Schwerpunkten urbane Transformationsprozesse, Raumproduktion sowie Raum und Geschlecht.
xenia.kokoula@mailbox.tu-berlin.de

Literatur

- Assmann, Aleida (1999): Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München: C.H. Beck.
- Balourdos, Dionysis (2014): Effects of the economic crisis on poverty in Greece. In: Nikos Petropoulos / George Tsobanoglou (Hg.), *The Debt Crisis in the Eurozone: Social Impacts*. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing, 109-154.
- Bampilis, Tryfon (2012): Waste in Greece. In: Carl A. Zimring / William L. Rathje (Hg.), *Encyclopedia of consumption and waste: the social science of garbage*. Thousand Oaks: Sage, 328-330.
- Botetzagias, Iosif / Karamichas, John (2009): Grassroots mobilisations against waste disposal sites in Greece. In: *Environmental Politics* 18/6, 939-959.
- Chtouris, Sotiris / Heidenreich, Elisabeth / Ipsen, Detlev (1993): *Von der Wildnis zum urbanen Raum: Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel Athen*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- CNN Greece (2018): Τα Σκουπίδια «πνίγουν» την Αθήνα. CNN Greece, 19.6.2018.
- Dagoumas, Athanasios/ Kitsios, Fotis (2014): Assessing the impact of the economic crisis on energy poverty in Greece. In: *Sustainable Cities and Society* 13, 267-278.
- Dalakoglou, Dimitris / Kallianos, Yannis (2014): Infrastructural Flows, Interruptions and Stasis in Athens of the Crisis. In: Jaya Klara Brekke / Dimitris Dalakoglou / Christos Filippidis / Antonis Vradis (Hg.), *Crisis-Scapes Athens and Beyond*. Athen, 23-32.
- Davis, Mike (2011): *Planet der Slums*. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Drogkari, Zacharoula / Kotaki, Dimitra (2016): *Η εργατική κατοικία στην Ελλάδα. Η περίπτωση του οικισμού Γ. Γεννηματά II στα Άνω Λιόσια*. Diplomarbeit, Patras: Universität Patras.
- ENVITEC (o. J.): XYTA Δυτικής Αττικής. <http://www.envitec.gr/index.php/el/projects.html?categoryid=15> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- EYDAP (o. J.): Water Sources. <https://www.eydap.gr/TheCompany/Water/WaterSources/> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Frank, Susanne (2004): Die Disziplinierung der weiblichen Körper. Kanalisation und Prostitution in der Großstadtentwicklung des 19. Jahrhunderts. In: Ulrich Bröckling (Hg.), *Vernunft – Entwicklung – Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne*. München: Wilhelm Fink, 167-184.
- Gandy, Matthew (2005): Das Wasser, die Moderne und der Niedergang der bakteriologischen Stadt. In: *Leviathan* 33/4, 522-543.
- Gefou-Madianou, Dimitra (2014): Messogia, the New „Eleftherios Venizelos Airport“ and „Attiki Odos“ or the Double Marginalization of Messogia. In: Jaya Klara Brekke / Dimitris Dalakoglou / Christos Filippidis / Vradis, Antonis (Hg.), *Crisis-Scapes Athens and Beyond*. Athen, 18-22.
- Giseke, Undine (2018): The City in Anthropocene – Multiple Porosities. In: Sophie Wolfrum / Heiner Stengel / Florian Kurbasik / Norbert Kling / Dona, Sofia / Mumm, Imke / Zöhrer, Christian (Hg.), *Porous City. From Metaphor to Urban Agenda*. Basel: Birkhäuser, 200-204.
- Graham, Stephen (2010): When infrastructures fail. In: Stephen Graham (Hg.), *Disrupted cities: when infrastructure fails*. London/New York: Routledge, 1-26.
- Graham, Stephen / Marvin, Simon (2001): *Splintering urbanism: Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition*. London/New York: Routledge.
- Griechische Feuerwehr (2007): Pressebericht vom 4.7.2007. https://www.fireservice.gr/el/archive-news/-/asset_publisher/5SSh6dqtZAOP/content/04-07-2007-deltiotypou?inheritRedirect=false (letzter Zugriff am 19.4.2019).

- Hastoglou, Vithleem / Hadjimichalis Costis / Kalogirou, Nicos / Papamichos, Nicos (1987): Urbanisation, Crisis and Urban Policy in Greece. In: *Antipode* 19/2, 154-177.
- Hauser, Susanne (1992): Reinlichkeit, Ordnung, Schönheit. Zur Diskussion über Kanalisation im 19. Jahrhundert. In: *Die alte Stadt: Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung* 19, 292-312.
- Hauser, Susanne (2001): *Metamorphosen des Abfalls: Konzepte für alte Industrieareale*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Ibanez, Daniel / Katsikis, Nikos (Hg.) (2014): *New Geographies 6: Grounding Metabolism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Ipsen, Detlev (1998): Stadt, Städter und der Umgang mit Natur. In: Detlev Ipsen / Georg Cichorowski / Engelbert Schramm (Hg.), *Wasserkultur: Beiträge zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung*. Berlin: Analytics, 17-21.
- Kaika, Maria (2005): *City of flows: modernity, nature, and the city*. London/New York: Routledge.
- Kaika, Maria (2006): The political ecology of water scarcity. The 1989-1991 Athenian drought. In: Nik Heynen / Maria Kaika / Erik Swyngedouw (Hg.), *In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*. London/New York: Routledge, 150-164.
- Kallianos, Yannis (2018): Infrastructural disorder: The politics of disruption, contingency, and normalcy in waste infrastructures in Athens, *Environment and Planning D: Society and Space*, 36/4, 758-775.
- Karanatsi, Elena (2010): Η Ανθρωπογεωγραφία των Τσιγγάνων στην Αττική In: *Kathimerini*, 2.6.2010.
- Raw Material (2011): Hristos Karakepelis (Regie), Hristos Karakepelis/Natasha Segou (Drehbuch). Griechenland: CL Productions (Originaltitel: Πρώτη Ύλη).
- Kelessidis, Alexandros (2010): Διερεύνηση των Μεθόδων Επεξεργασίας και Τελικής Διάθεσης της Ύλης στις Χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Diplomarbeit, Patras: Hellenic Open University.
- Kathimerini (2011a): Σκουπίδια «πνίγουν» Αθήνα, Θεσσαλονίκη. In: *Kathimerini*, 30.6.2011.
- Kathimerini (2011b): Σε δυσλειτουργία ο ΧΥΤΑ Φυλής, σκουπίδια πνίγουν την Αθήνα. In: *Kathimerini*, 30.11.2011.
- Kathimerini (2013): Τα σκουπίδια θα «πνιξουν» πάλι την Αθήνα. In: *Kathimerini*, 17.9.2013.
- Keller, Reiner (2009): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen: Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich. Wiesbaden: VS.
- Köberlein, Michael (2003): *Living from Waste: Livelihoods of the Actors involved in Delhi's Informal Waste Recycling Economy*. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik.
- Korovesi, Alice / Touloupaki, Eleftheria / Chrysogelos, Nikos / Metaxa, Kyriaki (2017): *Ενεργειακή Φτώχεια στην Ελλάδα Σήμερα*. Bericht. Thessaloniki: Heinrich Böll Stiftung.
- Leontidou, Lila / Afouxenidis, Alex / Kourliouros, Elias / Marmaras, Emmanuel (2007): Infrastructure-related Urban Sprawl: Mega-events and Hybrid Peri-urban Landscapes in Southern Europe. In: Chris Couch / Lila Leontidou / Gerhard Petschel-Held (Hg.), *Urban Sprawl in Europe. Landscapes, Land-Use Change & Policy*. Oxford: Blackwell, 71-101.
- Loenhardt, Klaus K. (2011): Superfast Jellyfish. Matter, Agency and Emergent Properties of Landscape. In: *GAM Architecture Magazine* 7, 142-159.
- Miles, Margaret M. (2015): *Autopsy in Athens: Recent Archaeological Research on Athens and Attica*. Oxford: Oxbow Books.
- Millar, Kathleen (2018): *Reclaiming the Discarded. Life and Labor on Rio's Garbage Dump*. Durham: Duke University Press.
- Nelson, Arthur C. / Genereux, John / Genereux, Michelle (1992): Price Effects of Landfills on House Values. In: *Land Economics* 68/4, 359-365.
- Pappas, Vasileios (2014): Αποτύπωση και Ερευνητική Ποσοτικοποίηση της Υφιστάμενης Κατάστασης στα όρια του Δήμου Φυλής. Forschungsbericht. Patras: Universität Patras.
- PPC (2010): Μεταφορά. <https://www.dei.gr/images/deh%20metafora.pdf> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Reichert, Allan K. / Small, Michael / Mohanty, Sunil (1992): The Impact of Landfills on Residential Property Values. In: *Journal of Real Estate Research* 7, 297-314.
- Renn, Jürgen (2017): Auf den Baustellen des Anthropozäns. In: Andres Lepik (Hg.), *Draußen: Landschaftsarchitektur auf globalem Terrain*. Berlin: Hatje Cantz Verlag, 16-19.

- Rougheri, Christina (1999): Aliens of Gypsy Descent: Romani Images in the Greek Press. European Roma Rights Centre. <http://www.errc.org/roma-rights-journal/aliens-of-gypsy-descent-romani-images-in-the-greek-press> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Rougheri, Christina (o. J.): Expel First: Housing policy for Roma in Greece, European Roma Rights Centre. <http://www.errc.org/roma-rights-journal/expel-first-housing-policy-for-roma-in-greece> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Scheinberg, Anne / Nesić, Jelena / Savain, Rachel / Luppi, Pietro / Sinnott, Portia / Petean, Flaviu / Pop, Flaviu (2016): From collision to collaboration – Integrating informal recyclers and re-use operators in Europe: A review. In: Waste Management & Research 34/9, 820-839.
- Sijmons, Dirk (2014): Waking up in the Anthropocene. In: George Brugmans / Jolanda Stein (Hg.), IABR 2014 – Urban by Nature. Rotterdam: IABR, 13-20.
- Swyngedouw, Erik (2006): Metabolic Urbanization. The making of cyborg cities. In: Nik Heynen / Maria Kaika / Erik Swyngedouw (Hg.), In the nature of cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism. London/New York: Routledge, 20-39.
- Vatavali, Fereniki / Hadjikonstantinou, Evaggelia (2016): Ενεργειακή Φτώχεια. Athens Social Atlas. <https://www.athenssocialatlas.gr/άρθρο/ενεργειακή-φτώχεια/> (letzter Zugriff am 19.4.2019).
- Ta Nea (2018): Η Αθήνα «πνίγεται» στα σκουπίδια - 2.500 τόνοι μένουν καθημερινά στους δρόμους. In: Ta Nea, 19.6.2018.
- To Vima (2013): Σκουπίδια πνίγουν γειτονιές της Αθήνας. In: To Vima, 3.1.2013
- Windmüller, Sonja (2004): Die Kehrseite der Dinge: Müll, Abfall, Wegwerfen als kulturwissenschaftliches Problem. Münster: Lit-Verlag.

Waste, City, Nature. Systemic Interaction at the Urban Fringe.

The north-west fringe of the Athens metropolitan area is characterized by the supply and disposal infrastructure, the (partly informal) settlement structure and social makeup, as well as their various connections and interactions with cultural notions of dirt and (dis-)order. The landfill Fyli, one of the largest in Europe, dominates the space and the senses. Waste in its many facets (seen as a material flow, a resource or a source of pollution) is of crucial economic and social importance and plays a decisive role in the local processes of production of space. Starting with the flow of waste we broaden the analytical scope to include links, interactions and interfaces with further material flows (energy, water, transport). This analysis makes visible an intertwining of urban-natural systems and as a result questions the binary thinking of nature and culture which underlies much of contemporary planning discourse. In places such as the urban fringe of the Athens metropolitan area, the promise of planning to tame, drive out and eliminate nature seems to reach its limits.

Poor Doors in Erlangen

Umweltbezogene Mikrosegregation unter Bedingungen der Reurbanisierung

**Klaus Geiselhart, Carolin Eisemann,
Fabian Feick, Stefan Kammerbauer**

In der sich im Zuge der Reurbanisierung verschärfenden Konkurrenz um städtische Ressourcen gestalten sich Prozesse der Segregation zunehmend kleinräumiger. Eine Fallstudie in Erlangen zeigt, wie bei den Planungen eines Quartiers im Röthelheimpark und der Rathenausiedlung bevorzugte Wohnlagen geschaffen werden, nicht zuletzt durch die Einrichtung benachteiligter Wohnlagen. Es entstehen Phänomene einer Mikrosegregation auf Quartiersebene, die über die gängigen Methoden statistischer Messung kaum noch empirisch zu erfassen sind. Die besondere Brisanz erhält das Thema durch die Tatsache, dass hierbei gesundheitliche Risiken ungleich verteilt werden, denn Umweltbelastungen werden gezielt den ärmeren Bewohner_innengruppen zugemutet, während Umweltressourcen den Wohlhabenden zugutekommen.

*Ersteinreichung: 31. März 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.*

Einleitung: „Die atmen die Abgase für uns weg.“

Derzeit lässt sich eine zunehmende sozialräumliche Polarisierung der Städte feststellen (Helbrecht 2009; Brake 2011; Häußermann 2012). Dabei werden insbesondere unqualifizierte Arbeiter_innen und bildungsferne Schichten sukzessive abgehängt (Kronauer 2002). Die Profiteur_innen dieses Wandels verlassen die unterprivilegierten Quartiere, wodurch es zu einer stärkeren Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen kommt – die Segregation der Städte nimmt zu (u. a. Helbig/Jähnen 2018). Die zunehmende soziale Ungleichheit überlagert sich zudem mit einem Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung (Häußermann 2012). Die Objektförderung wurde zu Gunsten der Subjektförderung, also der sozialstaatlichen Unterstützung bedürftiger Personen mit Wohngeld, reduziert. Während die einen dies kritisch als indirekte Subventionierung von Wohnungseigentümer_innen betrachten (Häußermann 2012), beschwören die anderen Schreckensszenarien langsame Verelendung benachteiligter Quartiere, welcher nur mittels einer Aufwertung durch private Investor_innen begegnet werden könne (Lojewski 2013). Demnach haben Immobilienbesitzer_innen ein besonderes Interesse an der Aufwertung von Quartieren, denn eine soziale Profilierung des Wohngebietes bewirkt auch eine Aufwertung ihrer Immobilien auf dem Wohnungsmarkt. In dieser Auffassung ist Gentrifizierung ein probater Motor

der Stadt- und Quartiersentwicklung, mit dem positiven Nebeneffekt, dass durch Zuzug finanzstarker Bewohner_innen in vormals marginalisierte Stadtgebiete gleichzeitig auch soziale Mischung gefördert und Segregation reduziert wird. Zudem finden, dieser Auffassung entsprechend, Gentrifizierungsprozesse meist nur relativ punktuell statt, weswegen sich auch kaum Verdrängungseffekte für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ergeben. Dieser Einschätzung widersprechen Befunde von Verdrängung und unfreiwilliger Segregation, also des Umzuges von Geringverdiener_innen wegen mangelnder Wahlmöglichkeit des Wohnstandortes, verursacht durch die Bedingungen des Wohnungsmarktes (u. a. Häußermann 2012; Helbrecht 2016).

Prozesse der Reurbanisierung, wie Gentrifizierung, Nachverdichtung und Aufwertung innenstadtnaher Gebiete machen den städtischen Raum zusehends knapper und bewirken eine verschärfte Konkurrenz um städtische Ressourcen (Brake 2011). Segregation stellt sich im Zuge der sozioökonomischen Polarisierung uneindeutig, zunehmend dynamischer und kleinräumiger dar. Quartiersbewohner_innenschaften erleben widerstrebende Tendenzen der Durchmischung und Verdrängung. Stadtverwaltungen fördern bewusst soziale Mischung, um negative Folgen von Segregation (‘Quartiereffekte’) zu verringern und der Entstehung ‚sozialer Brennpunkte‘ Einhalt zu gebieten (Faßmann/Franz 2005; Harlander 2012), wie das derzeit in Deutschland, Frankreich und Polen für einige Großwohnsiedlungen beschrieben werden kann (Brailich et al. 2008). Es gilt, eine ‚Ghettoisierung‘ bestimmter Bevölkerungsgruppen zu verhindern, wie sie insbesondere für afroamerikanische Bevölkerungsgruppen in den USA beschrieben wurde (z. B. Massey/Denton 1993). Es zeigt sich aber, dass soziale Mischung nicht auch automatisch zu einer sozialen Durchmischung im Sinne eines interaktiven Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen untereinander führt (Faßmann/Franz 2015; Lees 2008; Bacqué/Fijalkow 2012). Räumliche Nähe allein bewirkt keine lebendigen Nachbarschaften.

Indes kann soziale Trennung durch Architektur gezielt auf ganz kleinem Raum hergestellt werden, beispielsweise mittels des in Manhattan, Brooklyn oder London entstandenen Phänomens der *poor doors* (Meubrink 2016). Gemeint sind separate Eingänge zu Wohnungen mit erschwinglichen Mieten in den unteren Etagen von Luxustowern: Diejenigen, die es sich leisten können, treten in einen hochwertigen Eingangsbereich mit Lobby und Portier ein, um von dort zu den hochpreisigen Wohnungen in den oberen Etagen zu gelangen – auf den niedriger gelegenen Wohnebenen hingegen leben die Armen, die eine schmucklose ‚Hintertüre‘ auf der Rückseite des Gebäudes benutzen müssen, um zu ihren Wohnungen zu gelangen. Die Verkehrswege und Aufenthaltsbereiche der Bewohner_innengruppen sind streng voneinander getrennt. Eine Durchmischung ist nicht gewollt. Die unteren Etagen sind weniger attraktiv und werden schlechter ausgestattet. Die Bauträger_innen erhalten durch die Errichtung von Sozialwohnungen Steuervergünstigungen, bessere Zinsen und die Erlaubnis, höher und größer zu bauen.

Derartige Phänomene kleinräumiger Segregation werden in tagesaktuellen Medien teils scharf kritisiert (Pitzke 2014; Licea 2016) und haben damit im angloamerikanischen Sprachraum öffentliche Diskussionen entfacht (z. B. NYU Furman Center 2015). Die Debatten entzündeten sich an der Frage, ob die Zahl der Eingänge wichtiger sei als die Qualität der entstehenden

Wohnungen, schließlich seien wesentlich schlechtere Quartiere bekannt. Sei es für ärmere Bevölkerungsgruppen nicht auch ein Vorteil, in eine gehobene Nachbarschaft ziehen zu können und würden Städte durch gemischte Nachbarschaften letztlich nicht auch gerechter werden? Diese Debatte erinnert sehr an die oben skizzierte deutschsprachige Debatte um soziale Mischung und Gentrifizierung. *Poor doors* allerdings scheinen in Deutschland unvorstellbar oder werden zumindest nicht diskutiert.

Im Folgenden wollen wir anhand zweier innenstadtnaher Nachbarschaften in Erlangen zeigen, dass auch hier ähnliche Segregationsprozesse stattfinden. Das qualitative Vorgehen dieser Fallstudie erlaubt es, ein zentrales Merkmal zu identifizieren, anhand dessen bevorzugte von benachteiligten Wohnlagen unterschieden werden, welches in der englischsprachigen Debatte zu *poor doors* bisher aber keine Rolle zu spielen scheint. Wir werden zeigen, wie sich in beiden Fällen, bei der Nachverdichtung in der Rathenau ebenso wie bei der Planung eines neuen Quartiers im Röthelheimpark, die festgestellte Mikrosegregation auf Quartiersebene als eine Frage der Umweltgerechtigkeit darstellt. Umweltbedingte Belastungen und Umweltressourcen werden nicht gleichmäßig auf alle Bewohner_innen verteilt. Für die Qualität eines Wohnstandortes spielt vor allem die Lage bezüglich viel genutzter Verkehrsachsen sowie zu Grünflächen eine entscheidende Rolle. Wir werden zeigen, wie die Belastungen und Ressourcen dabei durch gezielte Planung der Wohneinheiten graduell entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bewohner_innen verteilt werden. Vielfach werden Sozialwohnungen als Riegel entlang besonders belasteter Achsen errichtet und dienen quasi als Schutzschild. „Die atmen die Abgase für uns weg“, wurde hierzu von einem unserer Interviewpartner_innen kommentiert. Eine besondere Brisanz erhält die Thematik dadurch, dass mit dieser Art der Segregation erhebliche Gesundheitsgefährdungen einhergehen. Ferner wird deutlich werden, dass die beschriebenen Prozesse so kleinräumig sind, dass sie mit gängigen statistischen Verfahren kaum darstellbar sind, wodurch die schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen für systematische Erhebungen quasi unsichtbar sind. Aufgrund dieser statistischen Unsichtbarkeit der hier beschriebenen Segregation und der Tatsache, dass sie sich an Umweltbedingungen ausrichtet, sprechen wir von einer *umweltbezogenen Mikrosegregation*.

1. Methoden

Als qualitative Fallstudie erhebt diese Untersuchung nicht den Anspruch, die hier aufgezeigten Prozesse als allgemeingültige Prinzipien zu behaupten. Vielmehr geht es darum, am konkreten Beispiel aufzuzeigen, anhand welcher Prozesse sich Strukturen der Ungleichheit ausbilden. Untersucht wurden die einstmals von Siemens für Mitarbeiter_innen errichtete Rathenausiedlung, die in Teilen aktuell nachverdichtet wird, und eine vollkommen neu geplante und gebaute Nachbarschaft im Stadtteil Röthelheimpark. Die Quartiere wurden mit einem jeweils leicht angepassten Methodenset untersucht. Zu Beginn wurden Sozialraumbegehungen durchgeführt – im Röthelheimpark ohne Schlüsselpersonen, in der Rathenausiedlung mit den ehemaligen Leitern der GBW-Mietergemeinschaft. Ziel war die Erhebung räumlicher und sozialer Strukturen der Untersuchungsgebiete, der jeweiligen Wohnbebauung und

des Charakters der zur Verfügung stehenden Wohneinheiten. Ausgewertet wurden die Sozialraumbegehungen anhand photographischer Aufnahmen, Skizzen und Notizen. Einen wesentlichen Teil der Untersuchung bildeten zwölf qualitative Interviews mit unterschiedlichen Akteuren. Es kamen Expert_inneninterviews und Interviews mit Bewohner_innen zum Einsatz, die in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) ausgewertet wurden. Zu den Expert_innen zählten Fachkundige aus der Erlanger Stadtplanung, Politiker_innen sowie Mitarbeiter_innen sozialer Verbände (Bürgertreff, Kirche). Dadurch konnten die Aussagen der Expert_innen den Aussagen der betroffenen Bewohner_innen gegenübergestellt werden. Ergänzend wurden Informations- und Bürgerbeteiligungsveranstaltungen besucht und die Debatten um die jeweiligen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen wurden mittels Internet- und Zeitungsrecherchen nachgezeichnet. In der Rathenausiedlung bestand zudem die Möglichkeit, an Bürger_innensprechstunden teilzunehmen sowie an Veranstaltungen, die von der örtlichen Mieter_innengemeinschaft organisiert wurden. Besuche der Auftaktveranstaltung des städtischen Projektes „Bezahlbarer Wohnraum – Lebenswerte Stadt“ am 16.03.2018 sowie der Fachtagung „Gesundheit und Stadtplanung“ am 25.07.2018 lieferten gehaltvolle Hinweise zur Kontextualisierung der Teilstudien.

2. Umweltgerechtigkeit, Gesundheit und Segregation

Ebenso wie der Begriff ‚*poor doors*‘ stammt auch ‚Umweltgerechtigkeit‘ (*environmental justice*) aus dem Amerikanischen. Geprägt wurde der Begriff während der politischen Auseinandersetzungen um den Bau einer Mülldeponie in einem kleinen Ort in North Carolina zu Beginn der 1980er Jahre. Dort lebten rund ein Drittel *African Americans*, die dem Vorhaben Widerstand entgegenbrachten. Zwar wurde die Mülldeponie trotzdem gebaut, doch griff die Bürgerrechtsbewegung die Thematik auf nationaler Ebene auf und verknüpfte sie mit Fragen des Umweltschutzes. Neu war die Erkenntnis, dass Umweltrisiken auch innerhalb hochindustrialisierter und demokratisch verfasster Länder ungleich verteilt sein können. Heute stellt sich Umweltgerechtigkeit für die Geographie als ein sozial relevanter Ansatz zur Analyse lokalisierter Mensch-Umweltbeziehungen dar (Flitner 2003).

Allgemein gesprochen beschreibt Umweltgerechtigkeit Fragen zur sozialen und räumlichen Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen. Gabriele Bolte et al. (2012: 23) zufolge reicht der Begriff „von einem Verständnis von Umwelt als Risiko über die Nutzungschancen von Umwelt als Ressource bis hin zur gerechten beziehungsweise ungerechten Verteilung der Vor- und Nachteile, die aus der Umweltnutzung hervorgehen“. In Städten stellt sich die Frage der Umweltgerechtigkeit vor allem in Bezug auf Belastungen von Böden, Wasser und Luft. Von Bedeutung für einen Wohnstandort ist demnach die Qualität der ihn umgebenden Umweltbedingungen. Die Hauptfaktoren hierbei sind im positiven Sinne die Nähe und der Zugang zu urbanen Erholungsräumen wie Grünräumen oder Gewässern und im negativen Sinne eine Nähe zu den meist linienförmigen Belastungen entlang der Verkehrsachsen durch Lärm und Abgase (Bolte et al. 2012). Sogenannten *environmental goods* stehen *environmental bads* gegenüber.

Eine besondere Brisanz erhalten Fragen der Umweltgerechtigkeit unseres Erachtens aber erst durch eine Berücksichtigung von Gesundheit, also in Anbetracht der Tatsache, dass Umweltbedingungen sowohl gesundheitsverletzende wie auch gesundheitsfördernde Wirkungen entfalten können. Allgemeiner wird unter Umweltgerechtigkeit demnach die Zusammenführung der Faktoren soziale Lage, Umwelt und Gesundheit verstanden (vgl. Böhme/Bunge/Preuß 2016: 141). Es geht also nicht nur um eine Ungleichverteilung von Besitz und Komfort, sondern um die Zumutung verminderter Lebensqualität, gesundheitlicher Risiken und umweltbedingter Krankheiten. In diesem Sinne sollen hier relevante umweltbedingte gesundheitliche Auswirkungen kurz dargestellt werden.

2.1. Umweltbedingte Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit

Grünanlagen und Gewässer, sogenannte *environmental goods*, stellen eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität, Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung dar und besitzen gesundheitsförderliche Potenziale (Claßen/Heiler/Brei 2012; Kowarik/Bartz/Brenck 2016). Stadtgrün und Stadtblau fördern die *physische Gesundheit* indem sie *Ökosystemleistungen* übernehmen: Naturnahe Bereiche, Grünanlagen, aber auch einfache Grünstreifen verbessern das Stadtklima, fördern den Klimaschutz, sorgen für saubere Luft, mindern Lärm und sichern die Funktionsfähigkeit von Böden und Gewässern. Zudem fördern sie die physische Gesundheit dadurch, dass sie als *Bewegungsräume* fungieren (Kistemann/Völker/Lengen 2010; Kowarik/Bartz/Brenck 2016). Darüber hinaus hat die grün-blaue Infrastruktur allein durch ihre Präsenz schon positive *psycho-physische Einflüsse*: Sie wirkt stressreduzierend, blutdrucksenkend, konzentrationssteigernd und erholsam. Insgesamt steigert Stadtgrün das Wohlbefinden und wirkt damit präventiv bezüglich psychischer Erkrankungen (Claßen/Heiler/Brei 2012; Kowarik/Bartz/Brenck 2016). Nicht zuletzt sind Stadtgrün und Stadtblau von *sozialer Bedeutung*: Als öffentliche, frei zugängliche Begegnungsräume ermöglichen sie eine soziale Durchmischung unterschiedlicher Gruppen und fördern damit Wohlbefinden und soziale Integration.

Wie schon angedeutet, stehen diesen *environmental goods* auch *environmental bads* gegenüber: Der Mensch belastet die Umwelt erheblich, sodass Boden, Wasser und Atmosphäre enorme Schäden davontragen. Zu den Bodenbelastungen anthropogenen Ursprungs zählen beispielsweise die Verunreinigung durch Schadstoffe und die Flächenversiegelung. Altlasten beziehungsweise altlastenverdächtige Flächen spielen dabei eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wird Wasser durch Abwässer oder Verschmutzung (Industrie, Landwirtschaft, Erdöl, Plastikmüll etc.) beeinträchtigt – auch die Luftqualität kann durch diese Einflussfaktoren mit Schadstoffen belastet werden.

Gesundheitlich relevant sind aber auch Lärmemissionen. Dabei ist der Straßenverkehrslärm in deutschen Städten als Hauptlärmquelle einzustufen. Neben den Langzeitfolgen wie Gehörschäden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Arteriosklerose oder Bluthochdruck wirkt sich Lärmbelastung auch negativ in Form von Stress und Schlafstörungen aus (Umweltbundesamt 2015, 2017).

Als weitere gesundheitliche Belastungen gelten Verunreinigungen der Luft: Wesentlich sind Stickstoffdioxid NO₂ und Feinstaub PM₁₀ sowie PM_{2,5}. Viele

Städte sind aufgrund hoher Emissionen einer starken Luftschadstoffbelastung ausgesetzt, wobei die höchsten NO₂- und Feinstaubkonzentrationen ganz klar an viel befahrenen Straßen festzustellen sind (Umweltbundesamt 2018b). Gesundheitsgefahren treten durch das ätzende Reizgas NO₂ vor allem in Form von geschädigtem Schleimhautgewebe und Reizungen der Augen auf. Besonders betroffen sind Menschen mit vorgeschädigten Atemwegen und Allergien. Zudem führt eine erhöhte NO₂-Konzentration zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Bei Feinstaub ist die gesundheitsschädigende Wirkung von der Größe und Eindringtiefe der Partikel abhängig. Es kommt zu Schleimhautreizungen, lokalen Entzündungen im Rachen, der Luftröhre und den Bronchien. Ebenso verursacht Feinstaub eine erhöhte Thrombosenneigung oder wirkt sich auf die Herzfrequenzvariabilität aus (Umweltbundesamt 2018a).

2.2. Die Messbarkeit umweltbezogener Segregation

Dahlgren und Whitehead (1992) haben die hier genannten und weitere lebensweltliche Determinanten von Gesundheit für die WHO systematisiert. Ihr Modell wurde von Barton und Grant (2006: 253) zu einer *health map* für Lebensräume weiterentwickelt, die es ermöglicht, psychische, soziale und kulturelle Determinanten von Gesundheit auf kleinräumiger Ebene zu betrachten. Beide Modelle finden heute in der regionalen Planung von Gesundheit Anwendung (Claßen/Mekel 2016; LZG.NRW 2016). Bei kleinräumiger Betrachtung wird deutlich, dass die genannten Umweltbelastungen und Umweltressourcen in städtischen Gebieten häufig räumlich und sozial ungleich verteilt sind und regional unterschiedliche Qualitäten aufweisen können (Claßen/Heiler/Brei 2012) und es stellt sich die Frage, inwiefern eine *soziale umweltbezogene Segregation* stattfindet.

Klassischerweise wird unter ‚Segregation‘ die Konzentration von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichen Teilräumen der Stadt verstanden. *Soziale Segregation* bezeichnet entsprechend eine räumliche Trennung von Arm und Reich (Farwick 2012; Helbig/Jähnen 2018). Dabei präsentierte sich Segregation zu Zeiten der Chicagoer Schule noch als Prozess der Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in weitgehend homogenen Zonen oder Sektoren. Entsprechend wurden Analysen auf Stadtteil-, *census tract*- oder Postleitzahlenebene lange Zeit als ein probates Mittel angesehen, derartige Konzentrationsprozesse abzubilden. Auch heute wird mittels klassischer Sozialraumanalysen oder indikatorenorientierter Sozialberichterstattung (Aehnelt 2011) versucht, Sozialraumstrukturen in diesen Maßstäben zu evaluieren. Zwar wird auch auf diesen Ebenen eine Zunahme der Segregation festgestellt (Helbig/Jähnen 2018), doch gibt es auch Hinweise auf Differenzierungen innerhalb solcher Einheiten. So stellen beispielsweise Kabisch et al. (2018) im Falle von Leipzig-Grünau, einer Großwohnsiedlung, die sich über fünf Ortsteile erstreckt, fest, dass sich diese Ortsteile trotz homogener Gebäudekubatur in demographischer, sozialstruktureller Hinsicht sowie bezüglich des Images unterscheiden. Darüber hinaus zeigen sich noch kleinräumigere Differenzierungen innerhalb dieser Ortsteile. All diese Differenzierungen lassen sich, so die Autor_innen, auf langfristige Dynamiken des Wohnungsmarktes, kleinräumige Ausschöpfungen von

Entwicklungspotenzial bestimmter Lagevorteile, damit verbundene Imagekampagnen und daraus entsprechend resultierende kleinräumige Milieubildungsprozesse zurückführen. Dabei seien insbesondere die kleinsträumigen Differenzierungen besonders hilfreich, „um Veränderungen und Herausforderungen identifizieren zu können“ (Kabisch et al. 2018: 140).

Je kleinräumiger Daten erfasst und aggregiert werden, desto besser können auch Ungleichheiten abgebildet und Nachbarschaftseffekte identifiziert werden (Goebel/Hoppe 2015: 26 ff.). Diesem Anspruch stehen aber oftmals Probleme bezüglich der Datenverfügbarkeit im Wege. Methodisch kann dieser Problematik Rechnung getragen werden, indem dort, wo keine kleinräumigen Daten vorliegen, mittels eines Homogenitätsindex das Maß der den Untersuchungseinheiten inhärenten Ungleichheiten dargestellt wird (Zehner 2004). Akkurater aber ist es, wenn die statistischen Ämter der Städte ihre statistischen Einheiten den lebensweltlichen Gegebenheiten anpassen und damit aussagekräftigere Daten zur Verfügung stellen. So wurde im Land Berlin, um ein substanzielles Umweltgerechtigkeitsmonitoring zu ermöglichen, die amtliche Statistik auf 447 Planungsräume, sogenannte *lebensweltlich orientierte Räume* (LOR), umgestellt (Bömermann/Jahn/Nelius 2006; Klimeczek 2014). Dabei wurden unter anderem Gebiete gleicher Gebäudekubatur von denen mit anderen Bebauungsarten getrennt, wie etwa Großwohnsiedlungen von Einfamilienhaussiedlungen, die bisher vielfach in einer statistischen Einheit verbunden waren. Hierdurch werden die unterschiedlichen Realitäten in den Quartieren besser statistisch abgebildet.

Nun muss aber gesehen werden, dass Leipzig-Grünau für 85.000 Einwohner geplant war und heute dort etwa 42.000 leben. Auch die Berliner LORs sind mit rund 7.500 Einwohner_innen (Bömermann et al. 2006: 369) deutlich größer als unsere Untersuchungsgebiete. Wir betrachten im Folgenden Nachbarschaften innerhalb von Stadtteilen, die als Ganze nur 6.368 Wohnberechtigte im Röthelheimpark und 7.337 im Anger (hier liegt die Rathenausiedlung) aufweisen (Stadt Erlangen 2019). Die betrachteten Nachbarschaften sind noch einmal deutlich kleiner. Teilweise beziehen wir uns in der Untersuchung auch auf einzelne Gebäudezeilen. Ist die Datenverfügbarkeit auf kleinräumiger Ebene schon schwierig, weil die Städte bei der Bereitstellung sehr zurückhaltend sind (Goebel/Hoppe 2015: 23 ff.), so ist sie in unserem Falle nahezu unmöglich. Da sich manche unserer Bezugseinheiten tendenziell auf sehr wenige Individuen beschränken, wären datenschutzrechtliche Probleme vorgezeichnet.

2.3. Soziale Mischung, Segregation und politische Steuerung

Aber Segregation ist nicht allein ein statisches Phänomen. „In einer dynamischen Betrachtung werden unter Segregation Prozesse der räumlichen Differenzierung, Sortierung und Separierung gefasst.“ (Farwick 2012: 381) Die Herausbildung homogener ortsbezogener Milieus ist aber kein natürlicher Prozess, sondern Ausdruck sozialer Verhältnisse (Belina 2011). Um eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, fördern deutsche Städte deswegen soziale Mischung. Harlander (2012) beschreibt vielfältige Maßnahmen, die Städte ergreifen, um eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, einige davon auch, „obwohl

sie strenggenommen diskriminierend sind“ (ebd.: 52). In den Stadtteilen soll eine vielfältige Bewohner_innenschaft unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter oder Behinderung leben. Das soll die Lebensqualität für alle Stadtbewohner_innen in gleichem Maße gewährleisten – „Soziale Mischung erscheint als Ideal“ (Faßmann/Franz 2005: 195).

Segregation gilt also in der Regel als ein nach Möglichkeit zu vermeidender Prozess. Als Schreckgespenst werden oftmals sogenannte Nachbarschafts- oder Quartiereffekte beschworen (Bürkner 2011; Häußermann 2012; Dangschat 2017). Demnach bilden sich lokale Milieus, die eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Es wird davon ausgegangen, dass ein heruntergekommenes Wohnviertel mit schlechtem Image nicht nur das Verhalten seiner Bewohner_innenschaft prägt, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, massiv einschränkt, wodurch Armut sozusagen ‚vererbt‘ wird. Dabei wird aber häufig vernachlässigt, dass lokale Milieus auch eine Ressource der Lebensbewältigung darstellen können (Häußermann 2012; Cheshire 2012). In diesem Sinne werden auf theoretischer Ebene Intersektionalitätsperspektiven vorgeschlagen, die sich der Heterogenität von Lebenslagen und Lebenschancen in den Stadtteilen und Nachbarschaften zuwenden (Bürkner 2011). Auch führt *soziale Mischung* keineswegs automatisch dazu, dass sich die verschiedenen Bewohner_innengruppen einer Nachbarschaft auch alltagsweltlich begegnen und austauschen, es also auch zu *sozialer Durchmischung* kommt (Faßmann/Franz 2005; Lees 2008; Bacqué/Fijalkow 2012). So stellt ein sozial gemischtes Quartier auch keine Lösung für Armutsproblematiken, Ausgrenzung und Diskriminierung dar (Harlander/Kuhn 2012). Politische Versprechungen, wonach Gentrifizierungsprozesse soziale Mischung bewirken, seien, so Loretta Lees (2008), eher kosmetischer Natur, denn diese Prozesse verliefen naturgemäß in Richtung Segregation und Polarisierung. Auch Ilse Helbrecht (2009) erkennt ein Streben von Mittelstandsbewohner_innen gentrifizierter Nachbarschaften zur Herausbildung homogener Enklaven und sieht dadurch die Hoffnung enttäuscht, mit der Reurbanisierung in der Wissensgesellschaft könne es zu einer offeneren und integrativen Stadtgesellschaft kommen. Im Zuge der Reurbanisierung bildet sich Klaus Brake (2011) zufolge eine „tendenziell aggressive Konkurrenz“ um die Aneignung des Städtischen heraus, „mit einem eher egoistischen Verhältnis dazu, wem die Stadt gehört“ (ebd.: 88).

Eine gängige städtebauliche Maßnahme zur Förderung sozialer Mischung, sowohl in Großbritannien als auch Deutschland, ist die Auflage bei größeren Bauprojekten und der Neu- und Umgestaltung von Stadtteilen, einen bestimmten Anteil an Sozialwohnungen zu schaffen (Faßmann/Franz 2005: 195). Nun ist es aber naheliegend, dass Bauträger_innen Ausstattung und Lage preisgünstiger Wohnungen bewusst und nach ökonomischen Gesichtspunkten gestalten. Im Falle der *poor doors* – diese lassen sich auch als das Ergebnis derartiger städtischer Wohnungspolitik betrachten (Meubrink 2016) – werden bewusst sehr kleinräumige Ungleichverteilungen etabliert, ohne dass soziale Durchmischung überhaupt angestrebt wird. Dabei ist bisher kaum wissenschaftlich reflektiert, an welchen Bedingungen und Kriterien sich derart kleinräumige Differenzierungen schließlich ausrichten. Die vorliegende Untersuchung spürt derartigen Prozessen in zwei Quartieren nach.



Abb. 1 Luftbild der Nachverdichtung in der Rathenausiedlung (Foto: Jan Gemeinholzer)

3. Nachverdichtung in der Rathenau

Die Rathenausiedlung – wie die Bewohner_innen ihr Quartier nennen – liegt im Süden Erlangens zwischen der Nürnberger Straße, der Stintzingstraße und der Paul-Gossen-Straße. In den 1960er Jahren wurde sie vom Siemens-Konzern als klassische Arbeitersiedlung, mit den für die 60er bis 70er Jahre typischen dreigeschossigen Zeilenbauten mit Satteldach, errichtet (Abbildung 1). Die großzügige Anlage bot weite Freiflächen zwischen den Häusern, welche vor den Nachverdichtungsarbeiten durch einen losen Baumbestand aus damals recht alten Bäumen gekennzeichnet war. In einem Interview wurde auch von einer „Siedlung im Wald“ gesprochen (Interview Mitarbeiter_in Stadtplanung Erlangen, 24.05.2018). Die Freiflächen boten, neben mehreren Spielplätzen, Platz für zahlreiche weitere Aufenthalts- und Sitzmöglichkeiten zugunsten unterschiedlicher Altersklassen und Bedürfnisse (Interview Bewohner_innen Rathenau 1, 27.06.2018).

3.1. Planungsprozess der Rathenausiedlung

Nachdem ein Teil dieses Quartiers im Frühjahr 2009 an die GBW-Gruppe (heute Dawonia) veräußert wurde, entschied diese, den Bestand der erworbenen Liegenschaften einer Nachverdichtung zu unterziehen. 2015 initiierte sie einen Architektenwettbewerb, nachdem im Frühjahr desselben Jahres ein Anwohner_innen-Workshop und mehrere Voruntersuchungen stattgefunden hatten. Nach den Bebauungsplanverfahren (2016-2017) und den Baugenehmigungen (2017-2018) wurde 2018 mit den ersten Baumaßnahmen begonnen. Das Projekt soll 2021 abgeschlossen sein. Die GBW-Gruppe versprach eine energetische und altersgerechte Modernisierung der Bestandswohnungen, ohne eine Kernsanierung vorzunehmen. Das Quartier sollte im Ganzen aufgewertet werden. Laut damaligem Internetauftritt der GBW sollten in etwa 300 bis 400 neue Wohneinheiten durch Aufstockung und Neubau geschaffen werden (GBW o. J.a). Bei einer Mieter_inneninformationsveranstaltung im April 2018 war hingegen von einer

„Nachverdichtung durch Neubauten mit mehr als 640 Wohneinheiten“ die Rede (GBW 2018: 6). Damit hatte sich die Zahl der geplanten Wohnungen gegenüber der öffentlichen Bekanntgabe nahezu verdoppelt. Die Bewohner_innen der Rathenausiedlung befürchten aber eine noch höhere Zahl an Neubauwohnungen. Grund hierfür ist unter anderem ein Zeitungsartikel aus den Erlanger Nachrichten. Dort wird im Februar 2018 der frühere Bereichsleiter der Projektentwicklung der GBW zitiert, wonach nun mit dem Bau von 950 Wohnungen begonnen werden solle (vgl. Erlanger Nachrichten 10.02.2018).

Teilweise werden die neuen Wohnungen in sieben Punkthäusern Platz finden. Bei diesem Gebäudetyp liegen die Wohnungen ringförmig um einen innenliegenden Treppenhaukern, wodurch sich in vorliegenden Fällen ein quadratischer Grundriss ergibt. Dem Bebauungsplan kann entnommen werden, dass diese Bauwerke die Größe der meisten bestehenden Häuser im Quartier überschreiten. Tatsächlich wirken sie im Verhältnis zum Altbestand eher wuchtig (Abbildung 1) und, wie die Anwohner_innen nicht müde werden zu erwähnen, „fehl am Platz“ (Interview Bewohner_innen Rathenau 1 und 2, 27.06.2018 und 29.06.2018). In der Mitte des Quartiers (Abbildung 2: Signatur C) entstehen drei fünfstöckige Punktbauten mit jeweils 13 Wohneinheiten, entlang der Nürnberger Straße fünf siebengeschossige Bauten mit je 28 Wohnungen. Weitere Wohnungen entstehen in zusätzlichen Zeilenbauten (Abbildung 2: Signatur A, B, D), von denen einige, wie im Folgenden beschrieben, dem „Schallschutz“ dienen sollen.

3.2. Wohnblöcke als Schallschutzmaßnahme

Fast schon zynisch wirkt auf die Bewohner_innen, dass die GBW als Maßnahmen zur Aufwertung des Quartiers „Schallschutzmaßnahmen in Teilbereichen durch zusätzliche Bebauung“ vorsieht (GBW o. J.a). Damit ist der Bau der Wohnblöcke gemeint, die entlang der beiden vielbefahrenen Straßen entstehen sollen (Abbildung 2: Signatur A und B). Zwei im Bebauungsplan Nr. 345 als „Schallschutzriegel“ (Stadt Erlangen 2018) bezeichnete Bauten sollen die dahinterliegenden Wohnlagen von der Belastung durch die Nürnberger Straße und die staugefährdete Kreuzung Nürnberger Straße, Gebbertstraße und Paul-Gossen-Straße abschirmen. In diesen Wohnungen werden 75 Sozialwohnungen entstehen (GBW 2018). Im Süden werden zur besseren Abschirmung der vierspurigen Paul-Gossen-Straße sogar drei giebelständige Wohnblocks abgerissen und etwas weiter nördlich neu errichtet, damit zur Straße hin ein traufständiger Wohnblock Platz findet. Da die Stadt bei Stadtentwicklungsprojekten nach den EOF-Richtlinien 25 Prozent geförderte Wohnungen vorschreibt, fehlen bei 640 Neubauwohnungen etwa 85 weitere geförderte Wohneinheiten. Die Bewohner_innen sind davon überzeugt, dass diese in diesem zweiten „Schallschutzriegel“ entlang der Paul-Gossen-Straße geschaffen werden (Interview Bewohner_innen Rathenau 2, 29.06.2018). Ihrer Ansicht nach werden die geförderten Wohnungen zur Profitmaximierung als Schall- und Dreckschutz an den Hauptverkehrsstraßen errichtet. Die Punktbauten in der Mitte des Quartiers, abseits von Lärm und Dreck, stellen hingegen die privilegierten Wohnlagen dar, wodurch sich hier, so die Vermutung der Bewohner_innen, höhere Mietpreise erzielen lassen.

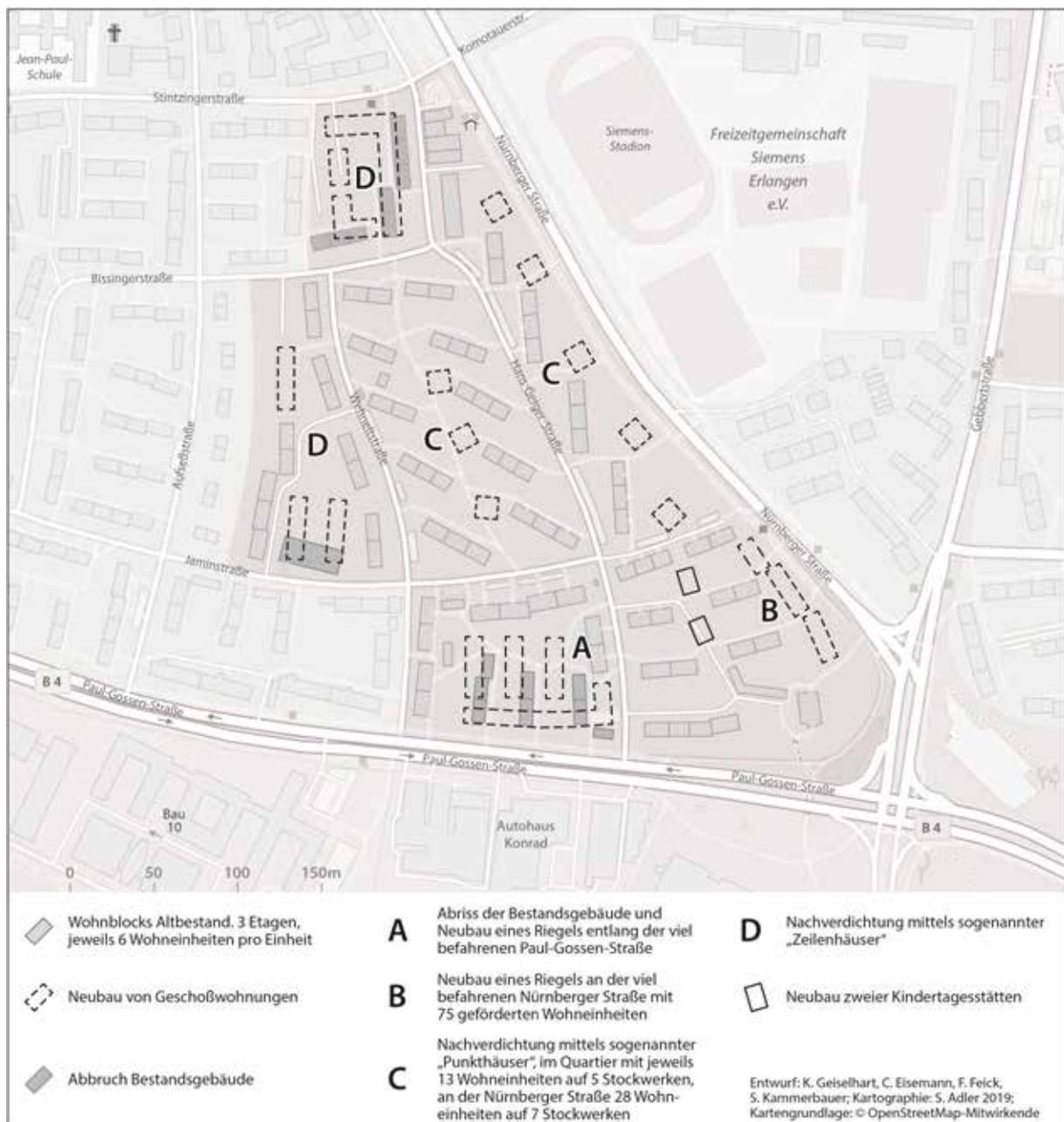


Abb. 2 Veränderungen im Wohnbaubestand im Zuge der Nachverdichtung der Ratheausiedlung (Quelle: Eigene Darstellung, Kartographie: Stephan Adler)

Die Stadtplanung dementiert diese Auffassung auch keineswegs: „Geförderter Wohnungsbau findet aus wirtschaftlichen Gründen häufig an verkehrsbelasteten Straßen statt. Dieser darf bestimmte Preise nicht übersteigen, da Grund und Boden auch seinen Preis hat.“ (Interview Mitarbeiter_in Stadtplanung Erlangen, 24.05.2018) Die daraus resultierende gesundheitliche Belastung der Bewohner_innen von Sozialwohnungen wird von der Planung augenscheinlich geduldet oder gar vorgesehen.

3.3. Informationspolitik und Effekte der Nachverdichtung

Leider kann hier aus Platzgründen nur kurz auf das taktische Vorgehen der GWB, die im Übrigen zu keinem persönlichen Gespräch bereit war, eingegangen werden. Für das Areal, in dem die Nachverdichtung stattfindet, wurde der Phantasiename *Jaminpark* erfunden und in der Werbung ein *Wohnen im Park* versprochen. Der Name suggeriert weite Grünanlagen, wird aber von den Bewohner_innen angesichts der vielen Baumfällungen als

Hohn empfunden. Es mussten über 1.000 Bäume gefällt werden (Erlanger Nachrichten 10.02.2018). Dem Quartier war einstmals eine Einzigartigkeit bezüglich der Flora und Fauna zugesprochen worden. „Für ein bebautes Gebiet ist sie sogar einmalig! [...] Teilweise fand man hier auch bedrohte Tierarten.“ (Interview Bewohner_innen Rathenau 2, 29.06.2018) Vertreter_innen der Stadtplanung verteidigen diese Maßnahmen als unumgänglich und ökologisch verträglich mit dem Hinweis auf Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere die Pflanzung neuer Bäume.

Bezüglich der Sozialverträglichkeit der Maßnahmen äußerte die GBW: „Wir planen eine sozialverträgliche Modernisierung. U. a. heißt das: Keiner der betroffenen Mieter wird sein gewohntes Wohnumfeld verlassen müssen, weil er/sie sich eine Modernisierungsumlage nicht leisten kann.“ (GBW o. J.b) Erfahrungsgemäß aber erwarten die Bewohner_innen des Quartiers durchaus Mieterhöhungen, denn nach energetischer Sanierung können 2,60 Euro pro Quadratmeter mehr verlangt werden, wodurch manche Mieter_innen mit 60 Prozent höheren Mieten rechnen müssten (Interview GBW Mietergemeinschaft, 27.06.2018; Interview Bewohner_innen Rathenau 2, 29.06.2018). Schon früher habe es Mieterhöhungen der GBW gegeben, welche aber teilweise zurückgenommen werden mussten, als Bewohner_innen diese zur Kontrolle an den Deutschen Mieterbund weitergaben. Die GBW habe sich dann auf Systemfehler berufen, diese angeblichen Fehler aber keineswegs für alle Mieter_innen korrigiert. „Die GBW vertritt die Meinung, dass Mieterhöhungen nur zurückgenommen werden müssen, wenn sich die Mieter beschweren und Hilfe suchen.“ (Interview GBW Mietergemeinschaft, 27.06.2018)

Die GBW-Gruppe scheint intensiv an einer Steigerung der Mieteinnahmen interessiert zu sein. In diesem Zusammenhang ist es naheliegend, dass die entstehende Mikrosegregation durchaus erwünscht ist, um in den privilegierten Lagen auch höhere Mieten verlangen zu können. Im Folgenden, zweiten Beispiel wird zudem deutlich, dass sich bei gezielter Neubebauung eines kompletten Quartiers umweltbezogene Mikrosegregation noch deutlich differenzierter anhand der Gebäudekubatur ablesen lässt.

4. Schaffung privilegierter Wohnlagen im Röthelheimpark

Das zweite Untersuchungsgebiet liegt im Erlanger Stadtteil Röthelheimpark und befindet sich im Osten der Stadt Erlangen. Der Stadtteil wurde von 1997 bis 2014 entwickelt, wobei der von uns betrachtete Raumausschnitt komplett neu als Wohngebiet entwickelt wurde.

4.1. Planungsprozess Röthelheimpark

Bevor 1997 mit den Planungen für einen neuen Stadtteil begonnen wurde, befand sich auf dem 151 Hektar großen Gelände ein US-amerikanischer Militärstützpunkt, der 1993 aufgegeben wurde. Im Jahr 1994 erwarb die Stadt Erlangen das Gebiet und wies zunächst ein 25 Hektar großes Naturschutzgebiet aus. Für den restlichen Teil des Grundstückes lobte die Stadt einen städtebaulichen Wettbewerb aus, den 1995 ein Münchner Planungsbüro gewann. Mit Baubeginn 1997 war es das Ziel, ein „urbanes innenstadtnahes Wohnen

in familien- und kinderfreundlichem Umfeld mit kurzen Wegen zu Grünbereichen, Infrastrukturen und Arbeitsplätzen“ zu ermöglichen (Stadt Erlangen 2011: 30). Konzepte wie „Stadt der kurzen Wege“, „kompakte Stadt“ (Nutzungsmischung aus Wohnen, Gemeinbedarfseinrichtungen, Gewerbe, Büros, Dienstleistungen, Handel und Einrichtungen der Universität) und „autofreie Stadt“ (Tiefgaragen) sollten realisiert werden (Stadt Erlangen 2011: 30 ff.).

Der ursprüngliche Entwurf sah Wohnraum für rund 9.000 Einwohner_innen vor, wurde jedoch im Planungsprozess deutlich auf zunächst 6.000 und später auf 3.500 reduziert (Stadt Erlangen 2001). Dabei blieb die Grundstruktur des Planes erhalten, jedoch wurde die Bebauungshöhe der Gebäude reduziert, im Nord-Westen wurde der Siemens AG ein Areal zur Verfügung gestellt und im Südosten – dies ist das von uns untersuchte Gebiet – wurden große Teile des geplanten Geschosswohnungsbaus durch Reihen- beziehungsweise Einfamilienhäuser, einen Baumarkt und ein Bekleidungsgeschäft ersetzt.

4.2. „Bauen nach Investorenlage“

Die Reduktion des Wohnraums sei aus Sicht der Vertreter_innen der Stadtplanung beziehungsweise der mit der Koordinierung beauftragten Projektgruppe Röthelheimpark alternativlos gewesen. Es hätte von Seiten der Investor_innen kaum Interesse gegeben, in Geschosswohnungsbau zu investieren, „weder in Eigentumswohnungen, schon gar nicht erst in Mietwohnungen“ (Interview Mitarbeiter_in der Stadtplanung 2, 19.04.2018). Es habe auch keinen Bedarf an neuem Wohnraum für 9.000 Einwohner_innen in fast ausschließlich Geschosswohnungsbau gegeben (Interview Mitglied Projektgruppe Röthelheimpark: 28.04.2018). Ein Mitglied des Stadtrates beteuert hingegen, der Wohnraum sei keinesfalls aufgrund fehlender Nachfrage reduziert worden und bezichtigt den damaligen Stadtrat „Bauen nach Investorenlage“ betrieben zu haben. Die Stadt sei „grundsätzlich zurückgewichen, wenn ein Investor etwas Anderes wollte. Dann wurden auch keine allzu großen Diskussionen geführt.“ (Interview Mitglied Stadtrat, 26.06.2018) Der Stadtrat habe sich nicht an den Bedürfnissen der Bewohner_innen, sondern an denen der Investor_innen orientiert. Der Bedarf an Wohnungen sei durchaus hoch gewesen, denn es habe seit dem Ende der 1970er Jahre noch nie genügend Wohnungen in Erlangen gegeben.

Diese Aussage bestätigt sich in einem Bericht des Amtes für Statistik der Stadt Erlangen (1990: 1). Dieser weist für die späten 1980er Jahre eine mangelnde Wohnraumentwicklung aus und prognostiziert für die darauffolgenden Jahre eine zu erwartende Zunahme des Arbeitsplatzangebotes mit entsprechendem, damit einhergehendem Wohnungsbedarf. Dass bei der damaligen Wohnungspolitik aber nur „ein Teil der zusätzlich Beschäftigten mit ihren Familien eine Wohnung im Stadtgebiet beziehen können“, schien bei den „geplanten Wohnbauformen (Einfamilien- oder Mehrfamilienhäuser)“ schon absehbar gewesen zu sein. Tatsächlich wies Erlangen schon lange vor den anderen Großstädten der Umgebung (Nürnberg, Fürth) sehr hohe Mietpreise auf. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Nachfrage nach mehr Wohnraum auch im Röthelheimpark durchaus vorhanden gewesen wäre.



Abb. 3 Luftbild des untersuchten Quartiers im Röthelheimpark (Foto: Jan Gemeinholzer)

Unsere Interviewpartnerin betont, dass der Wohnraum nicht zuletzt verknappt worden sei, um den Stadtteil für eine zahlungskräftige Klientel attraktiv zu machen (Interview Mitglied Stadtrat, 26.06.2018). Als kreisfreie Stadt verfügt Erlangen nur über ein sehr begrenztes Stadtgebiet. Es habe die Sorge bestanden, dass die wohlhabende Bevölkerung aufs Land zieht, die Pendlerströme zunehmen und die Einkommenssteuer in die Umlandkommunen abfließt. Die ‚Leistungsträger_innen‘ sollten in der Stadt gehalten werden. In dieses Bild passt nicht zuletzt auch die ortsnahe Ansiedlung der *Franconian International School*, einer exklusiven Privatschule mit Eliteanspruch (Abbildung 4). Von Seiten der Planung wurde auch keineswegs bestritten, dass soziale Mischung hier gar nicht angestrebt wurde. Es sei darüber nachzudenken, „ob ich jetzt dauernd in jeder Ecke der Stadt irgendwie die Durchmischung haben will?“ (Interview Mitglied Projektgruppe Röthelheimpark, 28.04.2018). Man könne in Erlangen auch überhaupt nicht von sozialen Brennpunkten sprechen. Zwar gäbe es segregierte Bereiche und es sei „schon die ärmere Bevölkerung, die da wohnt. Bloß es ist alles verhältnismäßig klein von der Größenordnung und Fläche.“ (ebd.) Im Vergleich mit sozialen Brennpunkten in Städten wie Berlin – „wo sich dann wirklich alles sozial Schwächere ballt“ (ebd.) – sei das zu vernachlässigen. Als interessante Randnotiz erscheint in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Erlangen von einer aktuellen Studie als die am stärksten segregierte westdeutsche Stadt ausgewiesen wird (Helbig/Jähnen 2018: 30).

4.3. Verteilung umweltbedingter Belastungen

In diesem bewusst für eine zahlungskräftige Klientel entworfenen Quartier lässt sich nun eine differenzierte, graduelle Verteilung der umweltbedingten Belastungen und Ressourcen nach finanzieller Leistungsfähigkeit erkennen (Abbildung 3 u. 4). Insbesondere die Belastungen durch den Straßenverkehr wurden im Röthelheimpark gezielt verteilt. Die Allee am Röthelheimpark dient als einzige Durchfahrtsstraße durch den Stadtteil und ist entsprechend stark befahren. Entlang dieser Allee und der nach Osten hin das untersuchte Quartier begrenzenden Kurt-Schumacher-Straße kommt es aufgrund von Pendlerströmen zu erheblichen Verkehrsbelastungen. Dort, wo sich diese beiden Straßen kreuzen und eine Ampelanlage zu Stauungen und

entsprechenden Lärm- und Abgasbelastungen führt, steht ein L-förmiger Bau mit geförderten Wohnungen, der effektiv die Belastung dieser Kreuzungen für die dahinter liegenden Bauten mindert (Abbildung 4: Signatur D). Ebenso wurden entlang der Allee am Röthelheimpark mehrgeschossige Bauten errichtet, die das südlich gelegene Quartier von Lärm und Abgasen abschirmen (Abbildung 4: Signatur B). Um die verkehrsbedingten Lärmbelastungen zu reduzieren, wurden hier nach Angaben der Stadtplanung die Wohnräume von der Hauptstraße weg nach Süden orientiert (Interview Mitarbeiter_in Stadtplanung, 19.04.2018). Von den Anwohner_innen selbst wird die schalldämmende Wirkung dieser Grundrissorientierung jedoch nur bedingt bestätigt (Gruppeninterview Bewohner_innen Röthelheimpark, 26.06.2018).



Abb. 4 Wohngebäudestruktur eines Quartiers im Röthelheimpark (Quelle: Eigene Darstellung, Kartographie: Stephan Adler)

Diese Bebauung mit Geschosswohnungen wurde entlang der Straßen fortgesetzt, die den Zugangsverkehr des Quartiers aufnehmen (Abbildung 4: Signatur B). Die Willy-Brand-Straße im Westen und die Ludwig-Erhard-Straße im Osten begrenzen das sogenannte ‚Kanzlerkarree‘, welches durch diese randständige Bebauung kaum Umweltbelastungen durch Verkehr ausgesetzt ist (Abbildung 3). „Die atmen die Abgase für uns weg“ (Gruppeninterview Bewohner_innen Röthelheimpark, 26.06.2018). So stellt das Kanzlerkarree eine künstlich geschaffene Nische dar, die einen privilegierten Bereich für Reihenhäuser und exklusive moderne Stadteigenheimarchitektur schafft (Abbildung 4: Signatur Ak).

4.4. Verteilung von Umweltressourcen

Eine Besonderheit des Quartiers ist die Anbindung an eine weiträumige Grünachse in Nord-Süd-Richtung. In Form eines Keils durchzieht sie den Stadtteil Röthelheimpark (Abbildung 4: Signatur C). An der Ostseite wird dieser Grünkeil begleitet von einer kleinen Allee, die im Norden direkt auf den Georg-Marshall-Platz zuläuft, den zentralen Campus der gesamten Anlage des Stadtteils. Im Süden setzt sich der Grünkeil in ein Naturschutzgebiet fort, wodurch eine Grünachse entsteht, die den Anwohner_innen Möglichkeiten zur Naherholung bietet. Sie dient auch als Frischluftschneise und wird von den Bewohner_innen als wohltuend empfunden (Gruppeninterview Bewohner_innen Röthelheimpark, 26.06.2018).

Westlich und östlich dieses Grünkeils befinden sich weitere Reihenhäuserzeilen (Abbildung 4: Signatur A). Die Lagen dieser Reihenhäuser sind dadurch gekennzeichnet, dass hier durchaus mit gewissen Belastungen durch Freizeitaktivitäten zu rechnen ist. Speziell der im Grünkeil in Nord-Süd-Richtung verlaufende Fuß- und Radweg stellt eine Quelle möglicher Beeinträchtigungen dar. Es kann von einem Zustrom der Nutzung von Norden her ausgegangen werden. Im Plan lässt sich gut erkennen, wie dieser Weg anfangs von Geschosswohnungen und später von Reihenhäusern flankiert wird, deren Grundstücksgrößen mit abnehmender Belastung nach Süden hin zunehmen. Dies kann als Indikator für die zunehmende Exklusivität der Wohnlage gelesen werden.

Deutlich privilegiert aber ist die Lage der Einfamilienhäuser südlich des Kanzlerkarrees (Abbildung 4: Signatur E). Schon bei der Planung muss klar gewesen sein, dass diese Wohnlagen bei diesen Grundstücksgrößen, den Erlanger Grundstückspreisen und der vorgesehenen Bebauungsstruktur nur besonders betuchten Personen vorbehalten sein würden. Dieser Bereich wird im Norden durch eine zusätzliche Zeile aus Reihenhäusern (A) vom Zufahrtsverkehr in der Thomas-Dehler-Straße und nach Osten hin durch einen künstlich zu diesem Zweck aufgeschüttetem Hügel (F) von den Verkehrsbelastungen der Kurt-Schumacher-Straße abgeschirmt. Selbige Funktion übernehmen der Baumarkt und das Bekleidungsgeschäft. Von Süden her ist hingegen kaum mit Belastung zu rechnen. Hier befindet sich angrenzend das schon erwähnte Naturschutzgebiet. Außerdem wurde hier ein Streifen mit altem Baumbestand naturnah belassen – es drängt sich der Eindruck auf, dass die südlichsten Grundstücke zusätzlich vor neugierigen Blicken geschützt werden sollten.

5. Fazit

Die vorliegenden Beispiele zeigen, dass sich Umweltbelastungen und Umweltressourcen ungleichmäßig auf die Bewohner_innen der untersuchten Nachbarschaften verteilen. Sie werden durch die Planung der Gebäudestrukturen graduell entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bewohner_innen verteilt: Dort, wo zwar eine Nähe zu Grünanlagen gegeben ist, aber mit vielen Spaziergänger_innen oder auch Lärm durch Freizeitaktivitäten zu rechnen ist, wird eine weniger exklusive Bebauung auf kleineren Grundstücken geplant als dort, wo Wohnlagen an eher ruhigen, naturnahen Flächen liegen und wirkungsvoll gegen belastende Umwelteinflüsse abgeschirmt sind. Der städtischen Auflage, Sozialwohnungen zu schaffen, um soziale Mischung zu gewährleisten, wird nachgekommen, indem geförderte Wohneinheiten in den durch Lärm und Abgase am meisten belasteten Lagen errichtet werden. Dadurch wird eine gegen Umweltbelastungen abschirmende Funktion für die dahinter liegenden Wohneinheiten erreicht. Die *poor doors* liegen in Erlangen an viel befahrenen Kreuzungen und Straßen.

Unsystematische Beobachtungen der Autor_innen legen nahe, dass derartige umweltbezogene Mikrosegregation auch anderenorts zu beobachten ist, doch steht eine methodisch strukturierte Abschätzung der Reichweite dieses Phänomens noch aus. Insbesondere wäre es interessant, die Situation in angloamerikanischen Städten zu betrachten, wo Umweltfaktoren in der Debatte um *poor doors* bisher keine Rolle spielen.

Die hier beschriebene Form der umweltbezogenen Mikrosegregation findet innerhalb der Quartiere auf Gebäudezeilenebene statt und ist damit so kleinräumig, dass sie sich nicht mittels gängiger Sozialraumanalysen erschließt. Sie produziert bei steigender Ungleichheit statistisch nivellierende Effekte, denn in Gebieten mit statushohen Bewohner_innen drückt sie die Kennzahlen, während die statusniederen Gebiete (statistisch) angehoben werden. Selbst neuere Konzepte des Umweltgerechtigkeitsmonitoring, wie etwa die Restrukturierung räumlicher Statistik mittels *lebensweltlich orientierter Räume* (LOR) (Bömermann/Jahn/Nelius 2006), können diese Mikrosegregation nur unzureichend erfassen. Dieser Unsichtbarkeit könnte nur mit der Entwicklung angemessener Erhebungsinstrumente begegnet werden.

Michael Flitner (2003) zufolge sollte Umweltgerechtigkeit nicht allein unter dem Aspekt der *Verteilungsgerechtigkeit* behandelt werden: Wenn nur gefragt werde, wer wie vielen Belastungen ausgesetzt sei und wer auf wie viele Ressourcen zurückgreifen könne, dann gerieten die eigentlich politischen Fragen von *Anerkennungsgerechtigkeit* aus dem Blick. In dieser auf Axel Honneths (1994) Begriff *gesellschaftlicher Anerkennung* Bezug nehmenden Perspektive geht es um Fragen der kulturellen Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen, also um die Frage danach, auf welcher Vorstellungs- und Wertebasis umweltbezogene Ungleichverteilungen hergestellt werden. In vorliegendem Fall zeigt sich, dass das Recht, sich gute Lebensbedingungen zu erkaufen, ebenso wenig in Frage gestellt wird wie die Rechtmäßigkeit der Investor_inneninteressen. Die interviewten Protagonist_innen der betrachteten Stadtentwicklungsprojekte standen offen zu der ungleichen

Verteilung von Umweltressourcen und Umweltbelastungen. Sie waren damit implizit der Auffassung, dass man denjenigen, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, und denjenigen, die durch Sozialleistungen von der öffentlichen Hand unterstützt werden, durchaus mehr Umweltbelastungen zumuten könne. Beachtet man aber, dass mit diesen Belastungen tatsächlich handfeste gesundheitliche Gefahren verbunden sind, dann erscheinen die Verhältnisse als ernst zu nehmende Diskriminierung. Offensichtlich wird es als gerechtfertigt empfunden, dass ärmere Bevölkerungsgruppen mehr Gesundheitsrisiken in Kauf nehmen müssen als wohlhabende.

Die einkommensorientierten Ungleichheiten zeichneten sich schon in den städtebaulichen Planungen differenziert ab. Zudem wurden im Zuge der Planungs- und Baumaßnahmen ursprünglich freiwillige Zugeständnisse und städtische Beschränkungen bezüglich des Naturschutzes sowie der sozialen Nachhaltigkeit sukzessive aufgeweicht. Umweltbedingungen wurden gezielt nach finanzieller Leistungsfähigkeit verteilt. Die Beispiele haben gezeigt, wie Euphemismen („Wohnen im Park“, „Baumersatz“) eingesetzt werden, um die Planungen in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Sobald einmal bestimmte Hürden genommen sind (Bürgerbeteiligungsverfahren, wichtige Stadtratsbeschlüsse etc.), wird im Laufe der Planungen und Umsetzungen auch von den einstmals kommunizierten Strategien und Zielen abgewichen (Zahl der Wohneinheiten, Geschosswohnungsbau ersetzt durch Einfamilienhäuser). Um zu vermeiden, dass der Anspruch auf Umweltgerechtigkeit derart klammheimlich in den Wirren der Planungs- und Umsetzungsprozesse versandet, halten Böhme, Dilger und Quilling (2018) ein integriertes Verwaltungshandeln für notwendig. Darunter verstehen sie ein ressortübergreifendes, gemeinsames Handeln aller raumplanerischen, sozialen, wirtschaftlichen sowie gesundheitsfördernden Verwaltungsbereiche einer Stadt. Zudem sei ein angemessenes Monitoring zur Kontrolle der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen unumgänglich. Umweltgerechtigkeit muss ihres Erachtens fest im politischen Willen und den Verwaltungsstrukturen verankert werden. Darüber hinaus bedarf es des aufmerksamen kritischen Blickes einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

Dieser Artikel wurde durch den Open Access Publikationsfonds der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gefördert.

Autor_innen

Klaus Geiselhart ist Geograph mit den Arbeitsschwerpunkten Geographische Gesundheitsforschung und Urban Studies.
klaus.geiselhart@fau.de

Carolin Eisemann ist Kulturgeographin und Angestellte in einem Ingenieurbüro mit den Arbeitsschwerpunkten Stadtentwicklung und Stadtplanung.
c.eisemann@gmx.de

Fabian Feick ist Kulturgeograph mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklung und Stadtplanung.
fabian.feick@fau.de

Stefan Kammerbauer ist Kulturgeograph mit dem Schwerpunkt Stadtentwicklung und Stadtforschung.
stefan.kammerbauer@freenet.de

Literatur

- Aehnelt, Reinhard (2011): Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten. In: Walter Hanesch (Hg.), Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: Springer, 63-79.
- Bacqué, Marie-Hélène / Fijalkow, Yankel (2012): Social mix as the aim of controlled gentrification process: the example of the Goutte d'Or district in Paris. In: Gary Bridge / Tim Butler / Loretta Lees (Hg.), Mixed Communities – Gentrification by stealth? Bristol: The Policy Press, 115-132.
- Barton, Hugh / Grant, Marcus (2006): A health map for the local human habitat. In: The Journal for the Royal Society for the Promotion of Health 126/6, 252-253.
- Belina, Bernd / Gestring, Norbert / Müller, Wolfgang / Sträter, Detlev (2011): Einleitung. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.), Urbane Differenzen – Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-13.
- Böhme, Christa / Bunge, Christiane / Preuß, Thomas (2016): Umweltgerechtigkeit in der Stadt – zur integrierten Betrachtung von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis. In: Umweltpsychologie 20/2, 137-157.
- Böhme, Christa / Dilger, Ulrich / Quilling, Eike (2018): Integriertes Verwaltungshandeln für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. In: Sabine Baumgart / Heike Köckler / Anne Ritzinger / Andrea Rüdiger (Hg.), Planung für gesundheitsfördernde Städte. Hannover: ARL, 135-144.
- Böhme, Christa / Preuß, Thomas / Bunzel, Arno / Reimann, Bettina / Seidel-Schulze, Antje / Landua, Detlef (2005): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Bömermann, Hartmut / Jahn, Susanne / Nelius, Kurt (2006): Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“. In: Berliner Statistik Monatsschrift 8/6, 366-372. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/download/BerlinerStatistiko608.pdf (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Bolte, Gabriele / Bunge, Christiane. / Hornbeck, Claudia / Köckler, Heike / Mielck, Andreas (2012): Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Eine Einführung in die Thematik und Zielsetzung dieses Buches. In: Gabriele Bolte / Christiane Bunge / Claudia Hornbeck / Heike Köckler / Andreas Mielck (Hg.), Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit – Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern: Huber, 15-38.
- Brailich, Adam / Germes, Mélina / Schirmel, Henning / Glasze, Georg / Pütz, Robert (2008): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. In: Europa Regional 16/3, 113-128.

- Brake, Klaus (2011): „Reurbanisierung“ – janusköpfiger Paradigmenwechsel, wissensintensive Ökonomie und neuartige Inwertsetzung städtischer Strukturen. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.), *Urbane Differenzen – Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 69-96.
- Bürkner, Hansjoachim (2011): Sozialräumliche Disparitäten und soziale Mischung. Aktuelle Diskurslinien in Forschung und gesellschaftlicher Praxis. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.), *Urbane Differenzen – Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 16-42.
- Cheshire, Paul (2012): Social mix and urban policy. In: Gary Bridge / Tim Butler / Loretta Lees (Hg.), *Mixed Communities – Gentrification by stealth?* Bristol: The Policy Press, 17-33.
- Claßen, Thomas / Heiler, Angela / Brei, Björn (2012): Urbane Grünräume und gesundheitliche Chancengleichheit – längst nicht alles im „grünen Bereich“. In: Gabriele Bolte / Christiane Bunge / Claudia Hornbeck / Heike Köckler / Andreas Mielck (Hg.), *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit – Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Huber, 113-123.
- Claßen, Thomas / Mekel, Odile (2016): Fachplan Gesundheit – ein neues Konzept für eine nachhaltige, gesundheitsförderliche Kommunalentwicklung. In: *Public Health Forum* 24/4, 275-277.
- Dahlgren, Göran / Whitehead, Margaret (1992): Policies and strategies to promote equity in health. http://whqlibdoc.who.int/euro/-1993/EUR_ICP_RPD414%282%29.pdf (letzter Zugriff am 06.05.2017).
- Dangschat, Jens S. (2017): Armut und Stadterneuerung – zwei Seiten einer Medaille? In: Uwe Altrock / Ronald Kunze (Hg.), *Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016*. Wiesbaden: Springer, 13-35.
- Erlanger Nachrichten (2018): Streit über Nachverdichtung: Bäume fallen in Erlangen. <http://www.nordbayern.de/region/erlangen/streit-uber-nachverdichtung-baume-fallen-in-erlangen-1.7214908?rssPage=RXJsYW5nZW4> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Farwick, Andreas (2012): Segregation. In: Frank Eckhardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 381-420.
- Faßmann, Heinz / Franz, Yvonne (2015): Soziale Mischung und soziale Durchmischung. Ein gesellschaftspolitisches Ideal zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Judith Fritz / Nino Tomaschek (Hg.), *Die Stadt der Zukunft. Aktuelle Trends und zukünftige Herausforderungen*. Münster u. a.: Waxmann, 193-207.
- Flitner, Michael (2003): Umweltgerechtigkeit. Ein neuer Ansatz der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung. In: Peter Meusburger / Thomas Schwan (Hg.), *Humanökologie. Ansätze zur Überwindung der Natur-Kultur-Dichotomie*. Stuttgart: Steiner, 139-160.
- GBW (2018): Quartier Jaminpark. Mieterinformationsveranstaltung am 24.04.2018. https://www.gbw-gruppe.de/pdf/quartier-erlangen/180424_mieterveranstaltung-erlangen.pdf (letzter Zugriff am 21.11.2018).
- GBW (o. J.a): Quartier Erlangen – Das Projekt. <https://www.gbw-gruppe.de/projekte/erlangen/quartier-jaminpark/projekt> (letzter Zugriff am 21.11.2018).
- GBW (o. J.b): Unser Quartier hat einen neuen Namen. <https://www.gbw-gruppe.de/projekte/erlangen/quartier-jaminpar> (letzter Zugriff am 21.11.2018).
- Goebel, Jan / Hoppe, Lukas (2015): Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. In: *Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung*. Berlin.
- Häußermann, Hartmut (2012): Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation. In: Ernst-Ulrich Huster / Jürgen Boeckh / Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.), *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: Springer VS, 336-349.
- Harlander, Tilman (2012): Einmischung – wie deutsche Städte die soziale Mischung fördern. In: *Stadtbauwelt* 196/48, 51-61.
- Harlander, Tilman / Kuhn, Gerd (2012): Segregation und Mischung in Europa. In: *Stadtbauwelt* 196/48, 17-27.
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stephanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Helbrecht, Ilse (2009): „Stadt der Enklaven“? Neue Herausforderungen für Städte in der globalen Wissensgesellschaft. In: *Neues Archiv für Niedersachsen* 2, 2-17.
- Helbrecht, Ilse (2016): Gentrification und Verdrängung. In: Ilse Helbrecht (Hg.), *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld: transcript, 9-16.

- Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kabisch, Sigrun / Ueberham, Maximilian / Söding, Max (2018): Dynamiken der Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau aus Bewohnersicht in der Langzeitperspektive. In: Uwe Altröck / Nico Grunze / Sigrun Kabisch (Hg.), Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen. Wiesbaden: Springer, 119-143.
- Kistemann, Thomas / Völker, Sebastian / Lengen, Charis (2010): Stadtblau – Die gesundheitliche Bedeutung von Gewässern im urbanen Raum. In: NUA (Natur- und Umweltschutz Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hg.), Die Bedeutung von Stadtgrün für die Gesundheit. Recklinghausen: NUA, 61-66.
- Klimeczek, Heinz-Josef (2014): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin – Zur methodischen Entwicklung des zweistufigen Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitorings. In: UMID (Umwelt und Mensch - Informationsdienst) 2, 16-22. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umweltgerechtigkeit_im_land_berlin_16-22.pdf (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Kowarik, Ingo / Bartz, Robert / Brenck, Miriam (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt – Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Berlin, Leipzig: Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ.
- Kronauer, Martin (2002): Die neue soziale Frage: Armut und Ausgrenzung in der Großstadt heute. In: Uwe-Jens Walther (Hg.), Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Wiesbaden: VS, 45-55.
- Lees, Loretta (2008): Gentrification and Social Mixing: Towards an Inclusive Urban Renaissance? In: Urban Studies 45/12, 2449-2470
- Licea, Melkorka (2016): 'Poor door' tenants of luxury tower reveal the financial apartheid within. In: New York Post, 17.01.2016. <https://nypost.com/2016/01/17/poor-door-tenants-reveal-luxury-towers-financial-apartheid/> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- von Lojewski, Hilmar (2013): Zum Verhältnis von sozialer Durchmischung, Segregation und Gentrifizierung. In: vhw FWS 4, 175-179.
- LZG.NRW (Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen) (2016): Leitfaden Gesunde Stadt. Hinweise für Stellungnahmen zur Stadtentwicklung aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst. https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/service/Pub/2016_druckfrisch/lzg-nrw_leitfaden_gesunde_stadt_2016.pdf (letzter Zugriff am 06.05.2017).
- Massey, Douglas S. / Denton, Nancy A. (1993): American Apartheid. Segregation and the Making of the Underclass. Cambridge: Harvard University Press.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz.
- Meubrink, Yuca (2016): Segregation durch Architektur als Produkt Londoner Wohnungspolitik. In: Frank Othengrafen / Brigitta Schmidt-Lauber / Christine Hannemann / Jörg Pohlan / Frank Roost (Hg.), Jahrbuch StadtRegion: Planbarkeiten. Herausforderungen und Dynamiken der räumlichen Planung. Opladen: Barbara Budrich, 152-166.
- Millian, Peter (2009): Siemens-Wohnungen haben einen neuen Vermieter. <http://www.nordbayern.de/region/erlangen/siemens-wohnungen-haben-neue-vermieter-1.661992> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- NYU Furman Center (2015): Discussion 12: The Poor Door Debate. <https://furmancenter.org/research/iri/discussions/the-poor-door-debate> (letzter Zugriff: 31.07.2019).
- Pitzke, Mark (2014): Luxusbauten in New York. Arme müssen durch die Hintertür. In: Spiegel Online, 30.10.2014. <http://www.spiegel.de/forum/wirtschaft/luxusbauten-new-york-arme-muessen-durch-die-hintertuer-thread-178774-1.html> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Stadt Erlangen (1990): Statistik aktuell: Gesamtprognose Erlangen 1990-2005. https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/statistik/30S_B_MB_1990_12-11.pdf (letzter Zugriff am 13.08.2019).
- Stadt Erlangen (2011): Der Röthelheimpark. Vom Militärgelände zum Vorzeigestadtteil – eine Erfolgsgeschichte. https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/030_leben_in_er/dokumente/roethelheimpark/RHP_DerRoethelheimpark-2011.pdf (letzter Zugriff am 30.03.2019).
- Stadt Erlangen (2018): Bebauungsplan Nr. 345. https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1619/3544_read-33125 (letzter Zugriff am 23.03.2020)
- Stadt Erlangen (2019): Kleinräumige Sozialstruktur der Stadt Erlangen 2018. https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/statistik/13-4_B_2019_1.pdf (letzter Zugriff am 06.08.2019).

- Umweltbundesamt (2015): Stressreaktion und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/stressreaktionen-herz-kreislauf-erkrankungen#textpart-1> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Umweltbundesamt (2017): Straßenverkehrslärm. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrslaerm/strassenverkehrslaerm#textpart-1> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Umweltbundesamt (2018a): Feinstaub-Belastung. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/feinstaub-belastung> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Umweltbundesamt (2018b): Stickstoffdioxid-Belastung. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/stickstoffdioxid-belastung> (letzter Zugriff am 31.03.2019).
- Zehner, Klaus (2004): Sozialräumliche Segregation in London. Ein methodischer Ansatz zur Messung sozialer Disparitäten in einer Global City. In: Raumforschung und Raumordnung 62, 4-5, 301-308.

Poor Doors in Erlangen. Environment-related microsegregation under conditions of reurbanisation

As competition for urban resources intensifies as a result of reurbanisation, segregation processes are becoming increasingly small-scale. A case study in Erlangen shows how planning in the district of Röthelheimpark and Rathenausiedlung creates preferred residential locations, not least due to the establishment of disadvantaged sites. There are phenomena of micro segregation at neighbourhood level which can hardly be empirically recorded using conventional methods of statistical measurement. The topic is particularly explosive due to the fact that health risks are unequally distributed, because environmental pollution is specifically imposed on poorer groups of residents, while environmental resources benefit the wealthy.

Urbane Metabolismen

Verkörperte Politische Ökologien des e/Essens

Anke Strüver

Essen (als Nahrungsmittel) und essen (als Tätigkeit) sind in urbanen Kontexten des Globalen Nordens im Laufe der letzten Dekade zu gesellschaftspolitisch relevanten sowie wissenschaftlich zunehmend beachteten Themen geworden, die als Bestandteile routinierter Alltagspraktiken auf gesellschaftliche und biosozial verkörperte Ungerechtigkeiten verweisen. Aufbauend auf Sapanas Doshis Vorschlägen für eine „embodied urban political ecology“ stellt dieser Beitrag den menschlichen Körper in den Mittelpunkt, um Gesundheits- und Umweltgerechtigkeit anhand des sozio-ökonomisch und -kulturell beeinflussten Zugangs zu gutem Essen sowie der biosozialen Materialisierungsprozesse von essen zu adressieren.

Ersteinreichung: 23. Juli 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung:

Essen und essen als urbane Mensch-Umwelt-Beziehungen

Essen (als Produkt) und essen (als Praktik) sind in urbanen Kontexten des Globalen Nordens im Laufe der letzten Dekade zu gesellschaftspolitisch relevanten sowie wissenschaftlich anerkannten Themen geworden (siehe bspw. Morgan 2015; Sonnino 2016; Goodman 2016; siehe auch Tornaghi 2014, 2017 für kritische Zugänge). Essen und essen verweisen zugleich auf routinisierte – und damit im Alltagsgeschehen oftmals unreflektierte – Praktiken auf der räumlichen wie sozialen Mikroebene (del Casino 2015; Evans 2018; Krüger/Strüver 2018; Warde 2013, 2014, 2016). Ausgehend von dem Zitat „Das, was man in den Körper *reintut* und dabei der Umwelt *antut*“ aus einem Sample von narrativen Interviews zum Thema ‚gutes Essen‘, rückt dieser Beitrag Essen und essen als Elemente von Routinepraktiken und als Bestandteile urbaner Mensch-Umwelt-Beziehungen in den Mittelpunkt. Dafür werden konzeptionelle Überlegungen aus den Kontexten der feministischen und der Urbanen Politischen Ökologie sowie der *Feminist New Materialisms* zu biosozialen Verkörperungsprozessen und sozialökologischen Stoffwechselprozessen auf der mikropolitischen Ebene adaptiert und als Ausgangspunkte für die Verschränkungen von Stadt und Ökologie jenseits der aktuell dominanten Wachstums- und technologiefixierten Diskurse zur nachhaltigen Stadtentwicklung diskutiert (vgl. Swyngedouw 2015; Kaika 2017).

Aufbauend auf Sapana Doshis Vorschlägen für eine „Embodied urban political ecology“ (2017) und der „Political ecology of the body“ von Julie Guthman (2012; siehe auch Guthman/Mansfield 2013 sowie Hayes-Conroy/Hayes-Conroy 2013, 2015) wird der menschliche Körper in den Mittelpunkt gestellt, um neben dem sozioökonomisch und -kulturell beeinflussten Zugang zu ‚gutem Essen‘ vor allem die Materialisierungsprozesse von e/Essen[1] zu adressieren. Dies beinhaltet eine Auseinandersetzung damit, wie gesellschaftliche Umweltverhältnisse biosozial verkörpert werden (vgl. Alaimo 2010, 2016; Frost 2016). Dem voran gestellt ist jedoch zunächst eine kurze Auseinandersetzung mit dem Metabolismus-Begriff der Urbanen Politischen Ökologie, da er im weiteren Verlauf dieses Beitrages zwar für die Stoffwechselprozesse zwischen Gesellschaft und Natur beziehungsweise Umwelt angewandt wird, dabei jedoch enger gefasst wird als im Gebrauch der Politischen Ökonomie und Ökologie, nämlich als Stoff-Wechsel zwischen Mensch und Umwelt im wörtlichen und damit im posthumanen Sinne, ohne strukturelle und diskursive Einflüsse auf Essen und essen zu ignorieren. In diesem Denkhorizont umfassen Verkörperungsprozesse also auch die Stoffwechselprozesse, in denen gesellschaftliche Verhältnisse und Diskurse sowie Umweltverhältnisse ‚verdaut‘ werden (Landecker 2011; siehe auch Mol 2008).

Am konkreten Beispiel der Narrationen über ‚gutes Essen‘ lässt sich Stoff-Wechsel thematisieren als stoffliche Umwandlung der Praktiken und Produkte von e/Essen. Weitergeführt wird dadurch die politökonomisch ausgerichtete Urbane Politische Ökologie konzeptionell wie analytisch um Fragen des Zugangs zu ‚gutem Essen‘ und um biosozialen Stoff-Wechsel. In Abschnitt 5 wird dies exemplarisch auf der Grundlage von narrativen Interviews in zwei deutschen Großstädten thematisiert. Dafür wurde in den Interviews sowohl auf die (Eigen-)Definitionen von ‚gutem Essen‘ im jeweiligen sozialräumlichen Kontext innerhalb einer Stadt (z. B. frisch, regional oder fair produziert, schnell, günstig, gesund, vegetarisch/vegan, biologisch-organisch und/oder lokal verfügbar) als auch auf das *Tun* des essens (z. B. als Notwendigkeit, als Routinepraktik oder als Lust oder Frust) eingegangen.

Ziel der Untersuchung war und ist nicht der Vergleich zwischen Städten oder ihren Bewohner*innen. Das empirische Beispiel dient hier zuvorderst der Illustration und zum Anstoßen einer Diskussion eines Mehrwerts des konzeptionellen Ansatzes Verkörperter Urbaner Politischer Ökologien unter den zunehmend ungerechten sozialen und ökologischen Bedingungen im Kapitalozän und Anthropozän (Haraway 2016: 30 ff.). Konkret geht es im Kontext dieses Beitrags erstens darum, die Auseinandersetzungen mit dem sozioökonomisch und -kulturell beeinflussten Zugang zu ‚gutem Essen‘ (siehe bspw. Augustin 2014) um die materielle Ko-Produktion von Körpern und urbaner Umwelt im Sinne biosozialer Verkörperungen beziehungsweise transkörperlicher Relationen zu erweitern. Essen und essen als biosoziale Prozesse zu fokussieren, beinhaltet zweitens die Möglichkeit, die abstrakten ontoepistemologischen Überlegungen zur Auflösung der Dualismen von Kultur und Natur sowie von Mensch und Umwelt von beispielsweise Donna Haraway (2016) und Karen Barad (2015) anhand eines Alltagbeispiels (e/Essen) gesellschaftstheoretisch und sozial-ökologisch zu explizieren. Drittens macht das Beispiel es methodologisch und methodisch erforderlich,

sich auf das Experimentieren mit *more-than-human* und *more-than representational* Methodologien einzulassen, die eher Relationen fokussieren als Fakten präsentieren.

2. Urbane Politische Ökologien

Seit der Jahrtausendwende wurde immer stärker auf die Leerstellen in der Auseinandersetzung mit lokalen sozialökologischen Perspektiven in urbanen Räumen hingewiesen. Heynen et al. (2006) haben daraufhin ein Manifest für eine Urbane Politische Ökologie (UPE) skizziert, das soziale und ökologische Gerechtigkeitsfragen mit den Prinzipien der kapitalistischen Stadtentwicklung konfrontiert. Dafür greifen sie unter anderem Marx' Metapher des Metabolismus auf, um die Beziehungen zwischen Kultur und Natur, zwischen Mensch und Umwelt als Stoffwechsel zu adressieren, als „change of matter [that] [...] simultaneously implies circulation, exchange *and* transformation of material elements“ (Swyngedouw 2006: 26; Herv. i. O.).

Das Manifest betont die Wechselwirkungen zwischen sozialer und ökologischer Umwelt als metabolische Prozesse unter expliziter Berücksichtigung der Frage gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Heynen et al. 2006: 11 ff.). In zahlreichen empirischen wie konzeptionellen Aus- und Weiterführungen dieser UPE wurde unter anderem der *Greening*-Anspruch der dominanten Nachhaltigkeitsdiskurse kritisiert, die eher technologieorientiert und -optimistisch als grundsätzlich kapitalismus- und gesellschaftskritisch funktionieren und die zwar mehr Grün („Natur“) in der Stadt einfordern, aber eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Kommodifizierung von (urbaner) Natur vernachlässigen (Kaika/Swyngedouw 2011; Swyngedouw/Kaika 2014): „[S]ustainability' became the empty signifier that referred generically to the phantasmagoric vision of a world in which people, the economy and the environment could happily and lovingly interact in mutually supportive, cohesive, and historically reproducible manners, mediated by increasingly 'smart' technologies that would benignly micro-engineer the delicate balance between humans and nature.“ (Swyngedouw/Kaika 2014: 467).[2]

Von der UPE eingefordert wird daher eine erweiterte Betrachtung von Ressourcen- und Umweltgerechtigkeit einerseits und des sozialen wie ökologischen räumlichen Kontexts auf der lokalen Ebene andererseits – ohne die globale Dimension des übermäßigen und ungleich verteilten Ressourcenverbrauchs durch städtisches Leben und städtisches Wachstum aus den Augen zu verlieren. Im Fokus steht somit die Politisierung von urbaner Natur im Sinne ihrer sozioökonomischen Kommodifizierung und ihrer Potentiale für eine sozialökologische Transformation, einschließlich eines Verständnisses von Metabolismus, in dem „the matter of matter becomes an active moment in the political-ecological transformations that shape planetary urbanization“ (Swyngedouw 2015: 612).

Der UPE-Anspruch „to re-nature the city“ und „to re-nature urban studies“ (Kaika/Swyngedouw 2011) hat trotz der Stoffwechsel-Metapher bislang urbane Ernährung im globalen Norden weitgehend ignoriert (vgl. Galt 2013). Dies wird im vorliegenden Beitrag in dem Sinne aufgegriffen, e/Essen als Thema des Urbanen stärker einzuführen und entlang einer neuen Perspektive zu diskutieren. Denn auch in den Food Studies wird anerkannt,

dass „the ways in which food is accessed, produced, and consumed in cities are entangled in the socionatural production of urban space at different scales (...): body, home, city, and beyond“ (Shillington 2013: 104; siehe auch Morgan 2015; Sonnino 2016). Vor diesem Hintergrund fokussiert der Beitrag die Verkörperungen der Verschränkungen zwischen Gesellschaftlichem und Ökologischem und stellt expliziter die Frage „*how matter comes to matter*“ (Barad 2003; Hervorh. A.S.).

3. Feministische Politische Ökologien und Posthumane Materialisierung

Während die (neo-)marxistische UPE gesellschaftliche Strukturen und Ungleichheiten fokussiert, schlagen feministische Ansätze aus dem Kontext der *New Materialisms* und der Verkörperungen (U)PE vor, sozial- beziehungsweise stadträumliche Gerechtigkeiten erstens intersektional und zweitens noch stärker ökologisch (bzw. biosozial und sozialökologisch) zu thematisieren – und damit einhergehend den Körper- sowie den Stoffwechselbegriff viel konkreter zu adressieren.

Feministische Politische Ökologien berücksichtigen Geschlechterverhältnisse in Relation zur ökologischen Umwelt auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (Elmhirst 2015). Umwelt wird dabei, ausgehend vom etablierten feministischen Fokus auf sozialstrukturelle, kulturelle und diskursive Dimensionen, zurückgeführt auf ökologische Umwelt als materielles Substrat, das mit Lebewesen in einer Wechselbeziehung steht. Im Unterschied zur klassischen und auch zur Urbanen Politischen Ökologie werden zudem vor allem die Wechselwirkungen zwischen ‚Natur‘ und ‚Kultur‘ als Teil von Verkörperungsdynamiken in den Blick genommen (vgl. Hawkins et al. 2011). Voraussetzung dafür ist ein Überkommen der ontologischen Grenzen zwischen Natur und Kultur, Umwelt und Mensch, eine posthumane relationale Ontologie, wie sie im *Feminist New Materialism* entwickelt worden ist (vgl. Alaimo/Hekman 2008; Alaimo 2016; Barad 2003, 2007; Frost 2016; Haraway 2008; siehe auch Heynen 2018). Dadurch wird das Naturverständnis erweitert und es geht nicht nur um gesellschaftlich konstruierte Naturvorstellungen und gesellschaftliche Naturverhältnisse beziehungsweise Ressourcen(aus-)nutzungen, sondern auch um Natur als Materialität, die in den Körpern von Lebewesen aktiv ist. Am konkreten Fall der Ernährung umfasst das die menschliche Aktivität des *essens* (Praktik) *und* die Aktivität des *Essens* (Materialität) im Körper – ohne normierende Ernährungsdiskurse und gesellschaftliche Machtverhältnisse zu ignorieren. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dann die Erweiterung der Frage nach der Inkorporierung gesellschaftlicher Strukturen und Diskurse um Verkörperungen ökologischer und sozioökonomischer Umweltverhältnisse.

Um die Auseinandersetzung mit der Materialität gesellschaftlicher Umweltverhältnisse voranzutreiben und stofflich-materielle Prozesse in sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen einzubeziehen, eignen sich Haraways radikal-relationale Konzeption von *Naturecultures* (v. a. 2008, 2016; siehe auch 1995, 2000) und Barads Ansatz der *Posthumanist Performativities* (v. a. 2003, 2007, 2010; auch 2012, 2015) als gesellschafts- und erkenntnistheoretische sowie ontologische Grundlagen. Beide Autorinnen sind in

der feministischen Naturwissenschafts- und Gesellschaftskritik verortet und haben wichtige Überlegungen für die (*Feminist*) *New Materialisms* geliefert. Beide Ansätze eint zudem die Absicht, Denaturalisierungs- mit Dekulturalisierungsstrategien zusammenzubringen, um jenseits von biologischen Determinismen oder kulturellen Essentialismen die *response-ability* (Haraway 2016: 115) und Intra-aktivität (Barad 2015) zwischen Sozial-Diskursivem und Biologisch-Materiellem als transkörperliche Relationen sowie als biosoziale Verkörperung offenzulegen. Verkörperung wird dann nicht nur durch gesellschaftliche Strukturen und Diskurse, individuelle Wahrnehmungen und Praktiken konstituiert. Vielmehr sind auch materielle Prozesse einflussreich, die durch Intra-Aktionen zwischen Natur und Kultur, zwischen Biologischem und Sozialem den menschlichen Körper produzieren.

Die Debatten der *Feminist New Materialisms* haben eine Konzeption von menschlichen Körpern als gleichzeitig diskursiv konstituierte, politisch umkämpfte und materielle Orte eingeführt – die also zugleich durch die sozialen und ökologischen Verhältnisse produziert werden. Dennoch werden diese Debatten im Kontext der UPE bislang theoretisch wie empirisch (zu) selten berücksichtigt (siehe Bauriedl 2016 für eine konzeptionelle Übersicht). Sapana Doshi (2017: 126f) hat fünf Vorschläge für eine Verkörperte Urbane Politische Ökologie formuliert, die einige der aktuellen feministischen Ansätze zusammenführt und die hier – zum Teil neu sortiert – kurz umrissen werden:

1. (5) Körper sind die Orte, an denen politische Subjekte geformt werden. Diese Feststellung war und ist zentraler Bestandteil der feministischen Argumentation zur Körperkonstitution (vgl. Strüver 2012).
2. Fragen der sozialen Reproduktion sind wesentlicher Bestandteil urbaner politischer Ökologien. Ohne die oft vernachlässigten und lästigen, schmutzigen und körperlichen Elemente sozialer Reproduktionsarbeiten mitzudenken, können kapitalistische Stadtentwicklungsprozesse nicht umfassend kritisiert werden (vgl. Federici 2015; Schuster/Höhne 2017).
3. Machtverhältnisse sind relational und intersektional. Es bedarf eines Fokus darauf, wie vergeschlechtlichte, rassifizierte und sozioökonomisch strukturierte Machtverhältnisse *räumlich* operieren und wie verschiedene Marginalisierungs- und Exklusionsmechanismen je nach räumlichem Kontext unterschiedlich erfahren und wahrgenommen werden (vgl. Mollett/Faria 2013, 2018).
4. Affekte und Emotionen sind Teil der materiellen Verkörperung von Subjekten. Sie lassen sich viszeral und im Zusammenwirken mit diskursiven und strukturbedingten Verkörperungen adressieren: „how visceral experiences – a relational field of emotion and corporeality – connect with structural and discursive spheres“ (Doshi 2017: 127 f.; s.u.).
5. (1) ‚Metabolismus‘ ist nicht nur metaphorisch interessant, sondern auch als verkörperte Politik relevant: Der Begriff setzt sozioökologische Produktions- und Konsummuster sowie Ressourcenverbrauch in direkte Beziehung zur Intimität machtgeladener Verkörperungen.

Für gesellschaftstheoretische wie -praktische Überlegungen zur biosozialen Materialität von Verkörperungen betonen Hayes-Conroy/Hayes-Conroy (2013, 2015) das Viszerale als Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen und Diskurse, um zu analysieren, wie das Sozioökonomische und -kulturelle sich

biologisch materialisieren (siehe auch Guthman 2012; Guthman/Mansfield 2013). Sie skizzieren eine *Political Ecology of the Body* (PEB), die am konkreten Beispiel der Ernährung unter anderem analysiert, inwiefern ‚gutes Essen‘ gleichzeitig sozial, materiell und emotional ist und daher im Rahmen einer posthumanen relationalen Ontologie auch weiterhin sozioökonomische Strukturen und kulturelle Diskurse berücksichtigt werden müssen. In ihren eigenen empirischen Forschungen (Hayes-Conroy/Hayes-Conroy 2013, 2015) arbeiten sie heraus, dass beispielsweise die lokale Nahrungsmittelverfügbarkeit das Gefühl für ‚gutes Essen‘ beeinflusst, genauso wie soziokulturelle Gewohnheiten und gesellschaftliche Diskurse über gesunde und/oder nachhaltige Lebensmittel. Sie schlussfolgern, dass der Aspekt des Zugangs – jenseits der üblichen Konzentration auf Angebot und Nachfrage – stärker einbezogen werden müsse.[3]

Eine Verkörperte Politische Ökologie bringt strukturelle Ungleichheiten mit dem (Zugang zu) Wissen über ‚gutes Essen‘, viszeral-emotionalen Erfahrungen und biosozialen Mechanismen als posthumane beziehungsweise transkorporeale Intra-aktivitäten zusammen (Hayes-Conroy/Hayes-Conroy 2015: 662 f.; siehe auch Mol 2008, 2009): Sie ist in der Schnittmenge dieser drei Dimensionen angesiedelt, da beispielsweise der räumliche und sozioökonomische Zugang und der soziokulturelle Kontext das Erleben von Geschmack, aber auch die biosozialen Materialitäten beeinflussen kann. Zudem haben familiäre Alltagsroutinen und Wissenskontexte Einfluss darauf, was als ‚lecker‘, als gesund oder leicht verfügbar, was als ‚gutes Essen‘ gilt.

4. Verkörperungs- und Stoffwechselprozesse

Die Verkörperung von ökologischer Umwelt als transkörperliche Relationen lässt die sozioökonomischen Umweltverhältnisse sowie Diskurse, die als Rassismen, Klassismen und Sexismen wirken, nicht außer Acht. Sie bedarf als Analyseperspektive gleichwohl der Auflösung der epistemologischen und ontologischen Grenzen zwischen Ökologischem und Gesellschaftlichem, Natur und Kultur, Umwelt und Körper – und einer posthuman gerahmten Definition von Wechselwirkungen und Stoffwechselprozessen. Mensch-Umwelt-Beziehungen werden somit zu Naturkultur-Wechsel-Wirkungen (Haraway 2016); sie basieren auf materiell-diskursiven Verschränkungen, auf intra-aktiven Praktiken zwischen Mensch und Umwelt (Barad 2015; Alaimo 2016). Megan Warin (2015) hat vor diesem Hintergrund eine bio-soziale Perspektive auf Verkörperungen anhand der Verschränkungen von biologischer Materialität, sozioökonomischer Realität und Ernährungsbeziehungsweise Gesundheitsdiskursen am Beispiel von Ernährung und Körpergewicht skizziert. Einmal mehr wird dafür die Auflösung der epistemologischen und ontologisch fundierten Trennung und akademischen Arbeitsteilung zwischen biomedizinischer, naturwissenschaftlicher Forschung und sozial- beziehungsweise kulturwissenschaftlichen Ansätzen gefordert, um relationales Denken stärker auf die Relationen und Intra-aktionen zwischen Sozialem und Biologischem – auf Grenzbeziehungen statt auf Grenzziehungen – anwenden zu können.

Abstrakter spricht Jamie Lorimer (2017) von Mensch-Umwelt-Beziehungen als *more-than-human* oder *multispecies* Ontologie und von einem

‚probiotic turn‘, der die Gesundheit der Menschen mit der der ökologischen Umwelt auf Basis einer gemeinsamen sozialökologischen Ontologie zusammenbringt (siehe auch Haraway 2008, 2016 sowie Gesing et al. 2018; Romero et al. 2017; Strüver 2019). In einer solchen posthumanen Rahmung wird die konstruktivistische Frage nach der soziokulturellen Wirkmächtigkeit biologischer Unterschiede um eine biosozial-materielle Frage nach den biologisch-verkörpernten Effekten sozioökonomischer und -kultureller Ungerechtigkeiten ergänzt (Marquardt/Strüver 2018). Diese Erweiterung berücksichtigt, dass die Ursachen für den unterschiedlichen Zugang zu und das Wissen über ‚gutes Essen‘ auf sozioökonomische und -kulturelle Ungleichheiten zurückgehen, deren Folgen aber auch biophysische sind. Dies wird am Beispiel der Praktiken und Materialitäten von ‚gutem Essen‘ kurz illustriert.

5. Transkorporeale Intra-Aktivitäten: Essen und essen

Sich auf Essen und essen als urbane Mensch-Umwelt-Beziehungen und als Teil einer verkörpernten Politischen Ökologie zu konzentrieren umfasst neben dem sozioökonomisch und -kulturell beeinflussten Zugang zu ‚gutem Essen‘ die biosoziale Materialisierung von e/Essen. Da in deutschen Großstädten die Nahversorgung mit Lebensmitteln in Wohnungsnähe als gut und gesichert gilt (siehe bspw. Anders 2015; Augustin 2014), beziehen sich Unterschiede im räumlichen Zugang eher auf die Art des Angebots und die Auswahl (d. h. welcher Supermarkt und/oder Discounter) als über Segregationsmuster durch sogenannte *food deserts* wie in den USA (für eine kritische Reflektion, siehe Shannon 2014). Nicht zuletzt deswegen spielen die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen von ‚gutem Essen‘ eine Rolle.

Um e/Essen als zentralen Bestandteil von Mensch-Umwelt-Beziehungen im biosozialen Sinne zu adressieren, dient das nachfolgende empirische Beispiel dem Anstoßen einer Diskussion zu Verkörpernten Urbanen Politischen Ökologien unter sozial und ökologisch ungerechten Umweltbedingungen. Es besteht zum einen aus der inhaltsanalytischen Zusammenfassung von 29 ‚Eat-Along‘-Interviews in Hamburg und Berlin zum Thema ‚gutes Essen‘ (in Anlehnung an Carpiano 2009). Im Kontext dieses Beitrages hat das Beispiel zum anderen zum Ziel, die (Selbst-)Wahrnehmung des sozioökonomisch und -kulturell beeinflussten Zugangs zu ‚gutem Essen‘ um biosoziale Verkörperungen im Sinne transkörperlicher Umweltrelationen als postdualistische Konzepte zu erweitern.

Die Interviews sind im Kontext des Forschungsprojekts „Relationale Geographien der Ernährung im Spannungsfeld zwischen Privatsache und Politikum“ entstanden.[4] Sie wurden zwischen 2016 und 2018 in Hamburg und Berlin geführt, zunächst auf Basis der digitalen Mitschnitte transkribiert und als Teil einer strukturierten Qualitativen Inhaltsanalyse deduktiv kodiert und ausgewertet (vgl. Mayring 2014).[5] Das Kategoriensystem umfasst unter anderem (1) Definitionen von ‚gutem‘ Essen (u. a. gesund, günstig, lecker, regional, ökologischer Anbau, leicht verfügbar im Sinne von zeitlicher oder räumlicher Erreichbarkeit, fair produziert etc.) und (2) Aspekte des Alltagslebens, die ‚gutes Essen‘ befördern oder behindern (bspw. familiäre und kulturelle Gewohnheiten, finanzielle (Un-)Möglichkeiten,

Mobilitätsroutinen, Verantwortungsbewusstsein – für die soziale oder ökologische Umwelt, die eigene Gesundheit oder die der Familie –, Lust- und Frust-Food etc.)[6]. Für diesen Beitrag zur Verkörperten Politischen Ökologie in Anlehnung an Guthman (2012), Hayes-Conroy/Hayes-Conroy (2013, 2015) und auch Mol (2002, 2008, 2009) fand zudem eine zusätzliche ‚Anhörung‘ des Interviewmaterials statt, um auf biosoziale Materialisierungen als Teil von mikropolitischen Mensch-Umwelt-Relationen zu fokussieren (s. u.). Das heißt, mit rückwirkendem Blick auf die Interviews ist im Kontext dieses Aufsatzes insbesondere von Interesse, ob und wie biosoziale (und damit relationale) Phänomene wie Verkörperungen durch Routinepraktiken des essens thematisiert und wahrgenommen werden.

5.1. *Räumlicher, soziokultureller und ökonomischer Zugang zu ‚gutem Essen‘*

Den Einstieg in die Interviews bildete die erzählgenerierende Frage nach ‚gutem Essen‘ (Produkt) im eigenen sozialräumlichen Kontext. Im weiteren Verlauf konzentrierten sich die Gespräche vor allem auf die Routinepraktiken des essens, zum Beispiel als alltägliche Notwendigkeit, als fixes Familienritual, aus Geselligkeit, als Teil der personalen Identität. Dies beinhaltete oftmals direkt Widersprüche zur Einstiegsfrage zur Charakterisierung von ‚gutem Essen‘ als Produkt. Dadurch wird deutlich, dass erstens gutes Essen leichter zu definieren als zu praktizieren ist und dass zweitens häufig zwischen allgemeinen Ansprüchen und eigenem Alltagsleben unterschieden wird. Alle Interviewten betonen, wie sehr ihre Essenspraxis mit den eigenen Idealen beziehungsweise Definitionen von ‚gutem Essen‘ kollidiert. Die Gründe dafür finden sie sowohl in Aspekten der räumlichen Rahmenbedingungen (Angebot und Auswahlmöglichkeiten in räumlicher Nähe zu Wohnung oder Arbeit; oftmals auch in Kombination mit ‚nah und schnell‘), als auch in den zeitlichen und räumlichen Alltagsroutinen (z. B. Familie, Arbeit, Freizeit) sowie individueller Lust (und Frust) am e/Essen.

Der räumliche Zugang hat eine große Bedeutung und die Interviewten erzählen, dass ihre alltägliche Ernährung stark durch das lokale Angebot an und in Supermärkten, Discountern und Biomärkten bestimmt wird, wie etwa: „Für zu Hause geh ich meistens im REWE einkaufen; das hängt aber auch damit zusammen, dass es in der Nähe ist. Aber eigentlich bin ich ein EDEKA-Käufer, weil dort find‘ ich das Gemüse von der Qualität ein bisschen besser“ (HH 24). Noch konkreter berichtet ein Rentner in Hamburg (HH 19): „Am wichtigsten ist die Nähe, dass ich da zu Fuß hinkomme. Lieber jeden Tag zum Penny als einmal die Woche mit dem Bus zum Einkaufszentrum, wo es die größere Auswahl gibt.“

Finanzielle (Un-)Möglichkeiten sind thematisch in allen geführten Interviews präsent – und zwar ohne diesbezügliche Fragen/Nachfragen. Auffällig ist dabei, dass finanzielle Machbarkeiten gleichermaßen von Prekarierten wie von Gutsituierten angesprochen werden – und dass finanzielle Aspekte jenseits von eindeutiger Einschränkung oder Ermöglichung als allgegenwärtig, quasi selbstverständlich akzeptiert werden. Die Bereitschaft, für (gutes) Essen angemessen zu bezahlen ist daher ambivalent, oft sogar innerhalb einer Person: „Gut ist das, was günstig ist. Ja, das klingt wie in

der Werbung, ist aber so. ... Obwohl ... gesund ist das wohl nicht, dass ich immer auf den Preis achten muss.“ (HH 16) Es finden sich aber auch direkte Bezüge auf finanzielle Einschränkungen, die diese selbstverständlich in direkte Beziehung zu räumlicher Nähe und Qualität („frisch“) setzen: „Wenn es schnell gehen muss, geh ich bei uns um die Ecke zu NETTO, obwohl ich NETTO hasse, weil das immer so vollgestopft ist und man gar kein Überblick hat; wirklich nur wenn’s schnell gehen muss und ich keine Lust hab zu LIDL zu fahren. Aber sonst bin ich mit LIDL, mit dem Angebot und den Preisen sehr zufrieden. Und Fleisch hol ich vom Türken um die Ecke, weil das einfach täglich frisch ist.“ (B 26)

Ein anderer Punkt sind familiäre und kulturelle Bezüge, die das e/Essen beeinflussen, und die sich in drei Aspekte differenzieren lassen: (1) „Ich hab türkische Wurzeln, das prägt, *was* ich esse und *mit wem* ich esse. Essen ist ein Familiending“ (B 3) und (2) „Hauptsache, es ist für die Kinder gut“ (ebd.). Ganz anders sind hingegen (3) „ich bin Nachkriegskind, ich weiß mir immer zu helfen“ (HH 22) und „früher bei uns auf dem Land war das nie Thema: Du guckst, was da ist und das kommt auf den Tisch; wenn nichts da ist, also wenig, musst du improvisieren. Ich hab das irgendwie verinnerlicht: Ich hab Spaß am Improvisieren, das ist viel erfüllender als noch spät abends zum Rewe zu gehen... [lacht wegen ‚erfüllend‘] ... geht es um Auffüllen oder Erfüllen? Ich glaube, heutzutage verwechseln viele Auffüllen mit Erfüllen ... und deswegen wird auch so viel verschwendet.“ (HH 20)

In der Gesamtanalyse wird deutlich – trotz und zugleich aufgrund des explorativen Charakters –, dass insgesamt ‚gutes Essen‘ gleichermaßen und gleichzeitig sozioökonomisch wie kulturell, materiell und emotional-viszeral sein kann und dass sowohl die leichte Verfügbarkeit beispielsweise im Sinne von räumlicher Nähe oder schneller Lieferung beziehungsweise Zubereitung, unhinterfragte Alltagsroutinen, aber auch spontaner Appetit (v. a. ausgelöst durch Essensdüfte und Werbung u. ä.) in hohem Maße ausschlaggebend für die konkrete Lebensmittelwahl und -konsumption sind.

5.2. *Diffraction als subtile Version von Reflexion*

Eine posthuman inspirierte Analyse der Routinepraktiken des e/Essens vor dem Hintergrund der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt beziehungsweise Kultur und Natur basiert auf der Aktivität des essens (als Teil menschlicher Praktiken) und der Aktivität des Essens (als ‚Ding‘, als nicht-menschliche Materialität) – beide Aktivitäten sind in ihrer Intra-Aktivität elementar für Verkörperungsprozesse. Eine derartige Analyse bedarf auch einer posthumanen Methodologie, die die Kriterien quantitativer und qualitativer Methoden hinterfragt. Sie ist als Weiterführung kritischer Forschung zu Ungleichheiten einzuordnen, die den Aspekt der Gerechtigkeit gleichermaßen mikro-politisch wie planetarisch adressiert (vgl. Ulmer 2017; Braidotti 2019). Zugleich beinhaltet der Anspruch auf posthumane Relationalitäten die Schwierigkeit, humanistische und (post-)strukturalistische Ansprüche auf Verantwortung, Veränderung und Gerechtigkeit beizubehalten: „more-than-critical methodologies are needed for a more-than human world“ (Ulmer 2017: 834). Dies führt zu mehreren Erweiterungen, erstens des Verantwortungs- und Gerechtigkeitsanspruches

auf das Mehr-als-Menschliche des Lebens (z. B. Pflanzen, Tiere, Böden, Wasser), zweitens des Fokus auf biosoziale Intra-Aktionen, auf mehr-als-menschliche Verkörperungsprozesse, und drittens des dezentrierten Subjekts. Viele Autorinnen der *Feminist New Materialisms* greifen hier erneut (bzw. immer noch) auf Haraways Konzept des Situiereten Wissens (1995) zurück, um gleichzeitig kritisch wie ‚unvollständig‘ zu forschen – ‚partiell‘ gilt hier als das positive Andere von ‚universell‘ –, und um das Beforschte als offenen sozialen wie materiellen Prozess zu akzeptieren (siehe auch Alaimo 2016; Barad 2007, 2014; Braidotti 2019 sowie Fox/Aldred 2018; Lenz Taguchi/Palmer 2013). Als Teil des Konzepts des Situiereten Wissens hatte Haraway bereits früh das Positionieren gegenüber dem Reflektieren eingeführt (1992, 1995, 1997), da Letzteres an der Suche nach dem „really real“ (1997: 16) festhält – und scheitert. Sie schlägt ‚Diffraktion als subtile Version von Reflexion‘ vor – als Methode eines kritisch situiereten Bewusstseins, das sich vor allem auf das relationale Wesen von Grenz(be)ziehungen konzentriert – und dies auch im Sinne einer Sorge um Gerechtigkeit praktiziert (ebd., siehe auch Haraway 2016). Darauf aufbauend basiert für Barad (2007: 72, 86 ff.) situieretes Wissen auf dem dreigeteilten Arrangement von Forschenden, Forschungsobjekten und Forschungsrepräsentationen (z. B. Interviewmitschnitten), das heißt die Forschenden sind nicht Außenstehende, sondern Teil der Relationen und Reflexionen – und Diffractionen werden zu mehr-als-repräsentationalen, performativen Werkzeugen, die Wissen, Denken, Messen und Beobachten als intra-aktive Praktiken in Abgrenzung zum Auffinden von Fakten konzeptionalisieren.[7]

Diffraktion als performative Praktik in der Wissensproduktion kann für den Umgang mit Interviews bedeuten, dass weniger die transkribierten Texte als Kodier- und Interpretationsgrundlage berücksichtigt werden müssen und mehr ein Einfühlen in die Forschungssituation gefordert ist. In Anlehnung an Hillevi Lenz Taguchi (2012; sowie konkret Barad 2007: 89 und Bozalek/Zembylas 2017: 119 f.) werden daher für Diffraktion als subtile Reflexion im zweiten hier präsentierten Analyseschritt nur die Interviews berücksichtigt, die von anderen Mitgliedern des Forschungsteams geführt wurden; zudem wurden anstatt einer Verwendung der Text-Transkriptionen die Originaldateien angehört. Dies stellt auch den Versuch dar, den Anthropozentrismus qualitativen empirischen Arbeitens zumindest im Hinblick auf rational-kognitive und phänomenologische Ansätze zu hinterfragen und für eine Hinwendung zu verkörperten Methoden zu plädieren, die gleichwohl das Denken nicht ignorieren, sondern die Forschungssubjekte als „embodied, embrained, relational, affective“ (Braidotti 2019: 51) akzeptieren. Das heißt, abgelehnt wird der Anspruch auf eine logozentristische und universalistische Wissensproduktion. Ersetzt wird er durch eine Situierung, die als *embodied and embrained* viel mehr als eine reine Subjektivierung darstellt; Denken ist nicht individuell und subjektiv, sondern im epistemologischen wie ontologischen Sinne ‚weltlich‘ (Alaimo 2014; Braidotti 2019).

5.3. Biosoziale Verkörperungen durch e/Essen

In den Erzählungen zu ‚gutem Essen‘ wird dieses häufig mit gesunder Ernährung gleichgesetzt, oder mit Attributen beschrieben, die gemeinhin als

gesund gelten. Gemeinsamer Nenner dieser Attribute ist ‚frisch‘ – individuell wird darunter frisches Gemüse, frisches Fleisch oder auch einfach ‚frisch zubereitet‘ verstanden. Gutes Essen kann aber auch das sein, was für wenig Geld beziehungsweise mit wenig Zeitaufwand satt macht, oder Essen, das auf Weglassen oder Vermeiden basiert, etwa: „Dieser Hype ist ja auch erst gekommen mit laktosefrei und glutenfrei usw. Der Frei-Hype und die ganzen Ersatzprodukte ... und die Menschen kaufen es, weil sie sagen okay, das ist gesund!“ (HH 24) Bei all diesen Auslegungen wird Verantwortung primär für den eigenen Körper übernommen. Aussagen wie die folgenden stellen dagegen rare Ausnahmen dar: „Als Konsument hat man auch Verantwortung gegenüber der Umwelt und den Verkäufern oder Verkaufsstrukturen. [...] Ich glaube auch, dass Bio-Lebensmittel größtenteils vielleicht gar nicht so viel besser für mich sind, aber unter vernünftigeren Produktionsbedingungen entstanden sind.“ (HH 19) Noch viel stärker betont dies HH 3, indem sie „das [kritisiert], was man in den Körper reintut und dabei der Umwelt antut“ und dadurch implizit auf die Wechselwirkungen zwischen menschlichen Körpern und ökologischer Umwelt im Sinne biosozialer Verkörperungen beziehungsweise transkörperlicher Relationen verweist. Ein Veganer aus Hamburg (HH 17) interpretiert sich und sein Leben in diesem Wissenskontext genau andersherum: „Ich lebe vegan, fair und günstig, da ich containern gehe. Das ist mir eine gerechtere Welt wert, auch wenn es vielleicht nicht immer das Gesundeste für mich ist.“

Direkt thematisiert wird das Biosoziale zudem in Aussagen wie diesen: „Eigentlich bin ich so eingestellt, dass ich versuche mich immer gesund zu ernähren; aber wenns denn knapp ist, dann guckt man okay, wie geht das jetzt noch zu vereinbaren und da muss ich Abstriche machen. Aber das Schlimme ist halt, dass man dann auch die Nachteile direkt spürt, wenn man wirklich schlechteres und verarbeitetes Essen isst.“ (HH 24) Ähnlich – auch im Hinblick auf den Stoffwechsel – beschreibt es B 26: „Es sei denn, wir sind faul und bestellen Essen, das machen wir sehr ... zu viel. Also für die 30 Euro Jumbopizza mit den 20.000 Zutaten hätte ich auch für 30 Euro zwei Wochen Grundnahrungsmittel kaufen können. Der Müll, den hast du dann gegessen; fühlst dich zwar voll und träge und denkst oha toll, du bist satt. Nach zwei Stunden hast du aber wieder Hunger, weil da wirklich nur Schrott drin ist. Und am nächsten Tag hast du erst mal schön [lacht] auf der Toilette zu tun.“ Eine weitere Dimension transkörperlicher Relationen wird hingegen in Aussagen wie diesen offenbar: „Der [Obstbauer] ist komplett bekleidet mit weißer Kleidung und hat Atemschutz und pflückt den Apfel und schmeißt ihn in den Pott und dann wird das gewaschen und verkauft und dann heißt es, oha aus der Region, oha, das ist aber bestimmt gesund?“ (B 26) Und wiederum genau andersherum beschreibt es HH 28: „Ich finde regional manchmal sogar wichtiger als Bio, so dass es halt irgendwie aus der Ecke kommt und dass ich drauf achte. Ich hab irgendwie das Gefühl, dass es mich dann mehr mit dem Essen verbindet.“ Im zweiten Analyseschritt mit dem Fokus auf transkörperliche Relationen und biosoziale Intra-Aktivitäten deutet sich – ungeachtet des experimentellen Charakters – an, dass die Reflexionen über die Routinepraktik essen dieses als gleichermaßen gesellschaftlich und körperlich, kulturell und materiell-stofflich wahrnimmt.

6. Verkörperte Politische Ökologien in der Stadt

„How to feed cities [in the Global North] in a just, sustainable and culturally appropriate manner in the face of looming climate change, widening inequality and burgeoning hunger is one of the quintessential challenges of the 21st century.“ (Morgan 2015: 1390) Die hier präsentierte ontoepistemologische Diskussion und die empirische Illustration zu urbanen Metabolismen des e/Essens ermöglichen erstens, die Kultur-Natur- und Mensch-Umwelt-Dualismen aufzubrechen und stattdessen ein radikal-relationales und posthumanes Denken anzuwenden; zweitens, e/Essen als Elemente urbaner transkorporealer Mensch-Umwelt-Beziehungen zu fokussieren und damit Stadt und Ökologie auf der Mikroebene von Routinepraktiken theoretisch wie praktisch enger zusammen zu bringen; und drittens, eine Diskussion zur Verkörperten Politischen Ökologie anzustoßen, die sich auch auf transkörperliche Umweltrelationen und biosoziale Verkörperungen konzentriert.

Die aus der feministischen UPE und den *New Materialisms* abgeleiteten Überlegungen zu biosozialen Verkörperungen und sozialökologischen Stoffwechselprozessen erlauben, *more-than-human* Verschränkungen auf der Mikroebene zu fokussieren und neben Fragen des sozioökonomischen und -kulturellen Zugangs zu ‚gutem Essen‘ den Begriff des Stoff-*Wechsels* wörtlicher zu nehmen: als „change of matter“ (Swyngedouw 2006: 26). Essen und essen als biosoziale Prozesse zu thematisieren bietet damit eine Perspektive, um die Verschränkungen von Körpern und Umwelt als transkörperliche Relationen zu adressieren. Das heißt, Stoffwechsel ist auch als Verkörperungsprozess relevant, da ‚gutes Essen‘ gleichzeitig sozial, materiell und emotional ist – und beispielsweise das lokale Angebot das Gefühl für ‚gutes Essen‘ genauso beeinflusst wie Gesundheits- und Nachhaltigkeitsdiskurse und alltägliche Routinen.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse des empirischen Beispiels zu ‚gutem Essen‘ macht zudem deutlich, dass in den Selbstwahrnehmungen und -beschreibungen von ‚gutem Essen‘ Verweise auf die sozialräumlichen und soziokulturellen Kontexte sowie die Ambivalenzen zwischen gesund und günstig, schnell und lecker dominieren. Neben soziokulturellen Gewohnheiten ist vor allem der räumliche Zugang (im Sinne von Nähe) bedeutend für die Wahl des Essens – und zwar bedeutender als der Preis oder die Angebotsqualität und -vielfalt. Wenn es um den Preis geht, wird dieser in Beziehung zum eigenen (gesunden) Körper gesetzt und die verkörperte Gesundheit spielt auch im wechselseitigen Verhältnis zur ‚Gesundheit‘ der ökologischen Umweltbedingungen eine Rolle. Diese Verschränkungen zwischen sozialer, verkörperter und ökologischer Umwelt werden eher selten und implizit als Stoff-Wechsel, als transkörperliche Relation thematisiert: Als hybride Verkörperung von Naturkultur (Hybrid hier in Weiterführung von Swyngedouw 2015) von e/Essen, als Wechselwirkungen zwischen ‚Natur‘ und ‚Kultur‘. Insbesondere der zweite Analyseschritt hat ermöglicht, die transkörperliche Relationen zu fokussieren und die Verschränkungen zwischen Körper und Umwelt in beide ‚Richtungen‘ zu explizieren, als „[d]as, was man in den Körper *reintut* und dabei der Umwelt *antut*“ (s.o.) beziehungsweise als das, was man aus der (vergifteten) Umwelt als Essen (Apfel) in den Körper reintut und damit dem Körper antut.

Wissenschaftliche Voraussetzung dafür ist als ontologische Dimension die Anerkennung der *response-ability* zwischen Natur und Kultur beziehungsweise die Untrennbarkeit von Naturkultur. Wie Doshi (2017) betont, ist Metabolismus genau dadurch nicht nur metaphorisch wichtig, sondern vor allem als verkörperte Politik interessant, da der Begriff als Prozess sozioökonomisch und -kulturell gerahmte Konsummuster und Routinepraktiken in direkte Wechselwirkung zur biosozialen Verkörperung unterschiedlicher Menschen setzt. Das heißt, im posthumanen Sinne ist Metabolismus ein Prozess, der auf den dynamischen Verschränkungen zwischen allgemein-stofflicher und körperlich-stofflicher Materie basiert und in dem Gesellschaftsstrukturen, kulturelle Diskurse und ökologische Umwelten ‚verdaut‘ und biologisch transformiert werden. In diesem Verständnis wird gleichzeitig berücksichtigt, dass beziehungsweise inwiefern die Lebensmittel-Umgebungen sozioökonomisch produziert sind – als Wissenskontexte sowie als räumliche Kontexte in der Stadt. Ernährung als sozial- und umwelt-beeinflussten Prozess des essens (Praktik) von Essen (Produkt) zu adressieren verweist also darauf, dass e/Essen weit einflussreicher auf den Körper ist als die reine Nährstoffaufnahme und -verarbeitung: Beim essen werden gesellschaftliche Strukturen und Diskurse sowie die soziale und ökologische Umwelten im wahrsten Sinne des Wortes verdaut, also ver-stoff-wechselt. In der Übertragung von Barads Natur-Umschreibung auf Essen sind Lebensmittel also „weder ein leeres Blatt für das freie Spiel sozialer [und diskursiver] Einschreibungen, noch irgendeine vermittelt vorhandene, transparent gegebene „Dingheit“ (Barad 2015: 61). Essen und essen sind vielmehr „vital materialisms“ (Goodman 2016) und ultimative Naturkultur, sie sind als *Lebens-Mittel* und *Lebens-Mittel* zu konzipieren und die biosozialen Stoffwechselprozesse des essens verweisen auf die Frage, wie menschliche Materie (Körper) und stoffliche Materie (Essen) im Prozess des Essens verschränkt sind beziehungsweise intra-agieren (Barad 2015). Der von Stacy Alaimo eingeführte Begriff der „transcorporeality“ hilft dabei als „recognition not just that everything is interconnected but that humans are the very stuff of the emergent, material world“ (Alaimo 2010: 20). Ein gesellschaftstheoretisch reflektierter und praktizierter Fokus auf e/Essen bietet damit aussichtsreiche Möglichkeiten, verkörperte politische Ökologien und transkorporeale Umweltbeziehungen offensiver als Elemente des Urbanen zu adressieren.

Dieser Artikel wird durch Mittel im Forschungsprojekt „Relationale Geographien der Ernährung im Spannungsfeld zwischen Privatsache und Politikum“ der Fritz Thyssen Stiftung gefördert.

Endnoten

- [1] Zur Unterscheidung zwischen essen als Praktik und Essen als Produkt werden im Titel und im Text auch Substantivierungen klein geschrieben.
- [2] Zugespitzt findet sich diese Technologiefixierung in den aktuellen Smart-City-Nachhaltigkeitsvisionen (siehe Swyngedouw 2015; Kaika 2017; Bauriedl/Strüver 2018; Evans et al. 2019).

- [3] Sie illustrieren dies mit Beispielen aus der Zeit nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima, Bürgerkriegssituationen in Kolumbien und Schulgärten in den USA (Hayes-Conroy/Hayes-Conroy 2013, 2015; siehe auch Morgan 2015).
- [4] Gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung 2016 bis 2020.
- [5] Die Interviewpartner*innen wurden in und vor Supermärkten, Lebensmittel-Discountern und Biomärkten sowie in Cafés und Fast Food Restaurants angesprochen und dann zu einem ‚Eat-along-Interview‘ in ein Café eingeladen. Diese Interviewart wurde gewählt, um essen und Essen nicht nur als Routine zu thematisieren, sondern um anhand des Produkts und der Praxis des e/Essens die Narration zu stimulieren (vgl. Wenzl et al. 2019 für ähnliche Überlegungen aus einer gleichwohl strenger an Praktiken orientierten Perspektive).
- [6] Interviewzitate dienen dabei als Ankerzitate.
- [7] In ähnlicher Weise hat auch Mol (2002) eine Praxeographie entwickelt, um zu untersuchen, wie Phänomene (in ihrem Fall Krankheit) in Praktiken entstehen. Solche Phänomene sind damit keine ontologischen Entitäten, sondern entstehen im Zusammenwirken von menschlichen Körpern, medizinischen Instrumenten und gesellschaftlichen Diskursen.

Autor_innen

Anke Strüver ist Humangeographin. Sie arbeitet mit dem Fokus auf die städtische Mikroebene zu Verkörperungen, Gesundheit, aktiver Mobilität, Ernährung und Digitalisierung im Kontext von Nachhaltigkeit.

anke.struever@uni-graz.at

Literatur

- Alaimo, Stacy (2010): *Bodily Natures: Science, Environment, and the Material Self*. Bloomington: Indiana University Press.
- Alaimo, Stacy (2014): Thinking as the Stuff of the World. In: *O-Zone: A Journal of Object-Oriented Studies* 1, 13-21.
- Alaimo, Stacy (2016): *Exposed: Environmental Politics and Pleasures in Posthuman Times*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Alaimo, Stacy / Hekman, Susan (Hg.) (2008): *Material Feminisms*. Bloomington: Indiana University Press.
- Anders, Sascha (2015): Lebensmitteldiscounter und Supermarkt. Untersuchung zu Verkehrseffekten, Einzugsgebieten, Vorlieben der Kunden und zum Genehmigungsprozess vor dem Hintergrund der Regelungen des § 11 Abs. 3 BauNVO. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73/3, 219-232.
- Augustin, Hanna (2014): *Stadt, Ernährung und soziale Ungleichheit: Zur Übertragbarkeit des food desert-Konzeptes auf den deutschen Kontext*. Bremen: Universität Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit.
- Barad, Karen (2003): Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 28/3, 801-831.
- Barad, Karen (2007): *Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning*. Durham: Duke University Press.
- Barad, Karen (2010): Quantum Entanglements and Hauntological Relations of Inheritance: Dis/continuities, SpaceTime Enfoldings, and Justice-to-Come. In: *Derrida Today* 3/2, 240-268.
- Barad, Karen (2012): *Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken*. Berlin: Suhrkamp.
- Barad, Karen (2014): *Diffractioning Diffraction: Cutting Together-Apart*. In: *parallax* 20/3, 168-187.
- Barad, Karen (2015): *Verschränkungen*. Berlin: Merve Verlag.

- Bauriedl, Sybille (2016): Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen. In: *Geographica Helvetica* 71/4, 341-351.
- Bauriedl, Sybille / Strüver, Anke (Hg.) (2018): *Smart City – kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: transcript.
- Bozalek, Vivienne / Zembylas, Michalinos (2017): Diffraction or reflection? Sketching the contours of two methodologies in educational research. In: *International Journal of Qualitative Studies in Education* 30/2, 111-127.
- Braidotti, Rosa (2019): A Theoretical Framework for the Critical Posthumanities. In: *Theory, Culture and Society* 36/6, 31-61.
- Carpiano, Richard (2009): Come take a walk with me: The Go Along interview as a novel method for studying the implications of place for health and well-being. In: *Health & Place* 15/1, 263-272.
- Del Casino, Vincent J. (2015): Social geography I. In: *Progress in Human Geography* 39/6, 800-808.
- Doshi, Sapana (2017): Embodied urban political ecology: five propositions. In: *Area* 49/1, 125-128.
- Elmhirst, Rebecca (2015): Feminist political ecology. In: Tom Perreault / Gavin Bridge / James McCarthy (Hg.): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. London: Routledge, 519-530.
- Evans, David (2018): Rethinking material cultures of sustainability: Commodity consumption, cultural biographies and following the thing. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 43/1, 110-121.
- Evans, James / Karvonen, Andrew / Luque-Ayala, Andres / Martin, Chris / McCormic, Kes / Raven, Rob / Voytenko Plagan, Yuliya (2019): Smart and sustainable cities? Pipedreams, practicalities and possibilities. In: *Local Environment* 24/7, 557-564.
- Federici, Silvia (2015): *Aufstand aus der Küche*. Münster: edition assemblage.
- Fox, Nick J. / Alldred, Pam (2018): Mixed methods, materialism and the micropolitics of the research-assemblage. In: *International Journal of Social Research Methodology* 21/2, 191-204.
- Frost, Samantha (2016): *Biocultural Creatures: Toward A New Theory of the Human*. Durham: Duke University Press.
- Galt, Ryan (2013): Placing Food Systems in First World Political Ecology: A Review and Research Agenda. In: *Geography Compass* 7/9, 637-658.
- Gesing, Friederike / Amelang, Katrin / Flitner, Michael / Knecht, Michi (2018): *Naturen-Kulturen-Forschung – Eine Einleitung*. In: Dies. (Hg.): *NaturenKulturen: Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien*. Bielefeld: transcript, S. 17-50.
- Goodman, Michael K. (2016): Food geographies I: Relational foodscapes and the busy-ness of being more-than-food. In: *Progress in Human Geography* 40/2, 257-266.
- Guthman, Julie (2012): Opening Up the Black Box of the Body in Geographical Obesity Research: Toward a Critical Political Ecology of Fat. In: *Annals of the AAG* 102/5, 951-957.
- Guthman, Julie / Mansfield, Becky (2013): The implications of environmental epigenetics: A new direction for geographic inquiry on health, space, and nature-society relations. In: *Progress in Human Geography* 37/4, 486-504.
- Haraway, Donna (1992): Promises of Monster: A Regenerative Politics for Inappropriate/d Others. In: Lawrence Grossberg / Cary Nelson, / Paula A. Treichler (Hg.), *Cultural Studies*. London: Routledge, 295-336.
- Haraway, Donna (1995): *Die Neuerfindung der Natur*. Frankfurt am Main: Campus.
- Haraway, Donna (1997): *Modest_Witness@Second_Millennium.FemaleMan©_Meets_On_coMouse™: Feminism and Technoscience*. London: Routledge.
- Haraway, Donna (2000): *How Like a Leaf. An Interview with Thyrza Goodeve*. New York: Routledge.
- Haraway, Donna (2008): *When Species Meet*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Haraway, Donna (2016): *Staying with the Trouble: Making Kin in the Chthulucene*. Durham: Duke University Press.
- Hawkins, Roberta / Ojeda, Diana / Asher, Kiran / Baptiste, Brigitte / Harris, Leila / Mollett, Sharlene / Nightingale, Andrea / Rocheleau, Dianne / Seager, Joni / Sultana, Farhana (2011), A Discussion. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 29/2, 237-253.

- Hayes-Conroy, Jessica / Hayes-Conroy, Allison (2013): Veggies and visceralities: A political ecology of food and feeling. In: *Emotion, Space and Society* 6, 81-90.
- Hayes-Conroy, Allison / Hayes-Conroy, Jessica (2015): Political ecology of the body: a visceral approach. In: Raymond L. Bryant (Hg.), *The international handbook of political ecology*. Cheltenham (UK) u. a.: Edward Elgar Publishing, 659-672.
- Heynen, Nik / Kaika, Maria / Swyngedouw, Erik (Hg.) (2006): *In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*. London: Routledge.
- Heynen, Nik (2018): Urban political ecology III: The feminist and queer century. In: *Progress in Human Geography* 42/3, 446-452.
- Kaika, Maria (2017): „Don't call me resilient again!": the New Urban Agenda as immunology ... or ... what happens when communities refuse to be vaccinated with „smart cities“ and indicators. In: *Environment and Urbanization* 29/1, 89-102.
- Kaika, Maria / Swyngedouw, Erik (2011): The Urbanization of Nature: Great Promises, Impasse, and New Beginnings. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.), *The New Blackwell Companion to the City*. Oxford: Blackwell, 96-107.
- Krüger, Timmo / Strüver, Anke (2018): Narrative der ‚guten Ernährung‘: Ernährungsidentitäten und die Aneignung öffentlicher Nachhaltigkeitsdiskurse durch Konsument*innen. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 62/3-4, 217-232.
- Landecker, Hannah (2011): Food as exposure: Nutritional epigenetics and the new metabolism. In: *BioSocieties* 6/2, 167-194.
- Lenz Taguchi, Hillevi (2012): A diffractive and Deleuzian approach to analyzing interview data. In: *Feminist Theory* 13/3, 265-281.
- Lenz Taguchi, Hillevi / Palmer, Anna (2013): A more „livable“ school? A diffractive analysis of the performative enactments of girls' ill-/well-being with(in) school environments. In: *Gender and Education* 25/6, 671-687.
- Lorimer, Jamie (2017): Probiotic Environmentalities: Rewilding with Wolves and Worms. In: *Theory, Culture & Society* 34/4, 27-48.
- Marquardt, Nadine / Strüver, Anke (2018): Körper. Machtgeladene Intra-aktionen zwischen Biologischem und Sozialem. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.), *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 38-59.
- Mayring, Philip (2014): *Qualitative content analysis: Theoretical Foundation, Basic Procedures and Software Solution*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaar-395173> (letzter Zugriff am 11.3.2020).
- Mol, Annemarie (2002): *The Body Multiple: Ontology in Medical Practice*. Durham: Duke University Press.
- Mol, Annemarie (2008): I Eat an Apple: On Theorizing Subjectivities. In: *Subjectivity* 22, 28-37.
- Mol, Annemarie (2009): GOOD TASTE: The embodied normativity of the consumer-citizen. In: *Journal of Cultural Economy* 2/3, 269-283.
- Mollett, Sharlene / Faria, Caroline (2013): Messing with gender in feminist political ecology. In: *Geoforum* 45, 116-125.
- Mollett, Sharlene / Faria, Caroline (2018): The spatialities of intersectional thinking: fashioning feminist geographic futures. In: *Gender, Place & Culture* 25/4, 565-577.
- Morgan, Kevin (2015): Nourishing the city: The rise of the urban food question in the Global North. In: *Urban Studies* 52/8, 1379-1394.
- Romero, Adam / Guthman, Julie / Galt, Ryan / Huber, Matt / Mansfield, Becky / Sawyer, Suzana (2017): Chemical Geographies. In: *GeoHumanities* 3/1, 158-177.
- Schuster, Nina / Höhne, Stefan (2017): Stadt der Reproduktion. Einführung in den Themenschwerpunkt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5/3, 9-22.
- Shillington, Laura (2013): Right to food, right to the city: Household urban agriculture, and socionatural metabolism in Managua, Nicaragua. In: *Geoforum* 44, 103-111.
- Shannon, Jerry (2014): Food deserts: Governing obesity in the neoliberal city. In: *Progress in Human Geography* 38/2, 248-266.
- Sonnino, Roberta (2016): The new geography of food security: exploring the potential of urban food strategies. In: *The Geographical Journal* 182/2, 190-200.
- Strüver, Anke (2012): Fit oder fett – Körperkult(-ur) und die Erforschung der Interdependenzen sozialer und räumlicher Kategorisierungen. In: *Geographische Zeitschrift* 100/1, 17-33.

- Strüver, Anke (2019): Von der Inkorporierung und Verkörperung des Sozialen zur Somatisierung der Umwelt: Posthumanistische Überlegungen zum biosozialen Subjekt. In: *Geographica Helvetica* 74/2, 223-233.
- Swyngedouw, Erik (2006): Metabolic urbanization: the making of cyborg cities. In: Nik Heynen / Maria Kaika / Erik Swyngedouw (Hg.), *In the Nature of Cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism*. London: Routledge, 20-40.
- Swyngedouw Erik (2015) Urbanization and environmental futures. In: Tom Perreault / Gavin Bridge / James McCarthy (Hg.): *The Routledge Handbook of Political Ecology*. London: Routledge, 609-619.
- Swyngedouw, Erik / Kaika, Maria (2014): Urban Political Ecology. Great Promises, Deadlock... and New Beginnings? In: *Documents d'Anàlisi Geogràfica* 60/3, 459-481.
- Tornaghi, Chiara (2014): Critical geography of urban agriculture. In: *Progress in Human Geography* 38/4, 551-567.
- Tornaghi, Chiara (2017): Urban Agriculture in the Food-Disabling City: (Re)defining Urban Food Justice, Reimagining a Politics of Empowerment. In: *Antipode* 49/3, 781-801.
- Ulmer, Jasmine B. (2017): Posthumanism as research methodology: Inquiry in the Anthropocene. In: *International Journal of Qualitative Studies in Education* 30/9, 832-848.
- Warde, Alan (2013): What sort of practice is eating? In: Elizabeth Shove / Nicola Spurling (Hg.), *Sustainable Practices: Social theory and climate change*. New York/London: Routledge, 17-30.
- Warde, Alan (2014): After taste: Culture, consumption and theories of practice. In: *Journal of Consumer Culture* 14/3, 279-303.
- Warde, Alan (2016): *The practice of eating*. Cambridge: Polity Press.
- Warin, Megan (2015): Material Feminism, Obesity Science and the Limits of Discursive Critique. In: *Body & Society* 21/4, 48-76.
- Wenzl, Christine / Cosima, Werner / Molitor, Katharina / Hornung, Madlen / Rominger, Sarah / Faller, Fabian (2019): Soziale Praktiken in der Forschungspraxis: Empirisch forschen mit Schatzkis site ontology. In: Susann Schäfer / Jonathan Everts (Hg.), *Handbuch Praktiken und Raum: Humangeographie nach dem Practice Turn*. Bielefeld: transcript, 341-360.

Urban Metabolisms: Embodied Political Ecologies of Food

Within the last decade, food (as product) and food consumption (as practice) have become increasingly acknowledged as relevant topics in urban spaces of the Global North, both in terms of social relevance and academic recognition. Food and food choices are integral to everyday routines and refer to social and embodied biosocial injustices. Building on Sapana Doshi's proposals for an "embodied urban political ecology", this article focuses on the human body and embodiment in order to address transcorporeal relations between city and ecology through socio-economically and culturally influenced access to good food and the biosocial materialization processes of food consumption.

Luft sehen, sprechen, schützen

Das Anthropozän der (post-)politischen Stadt

Friederike Landau
Alexandra Toland

Der Beitrag verbindet die Diskussion um die postpolitische Stadt mit der zunehmenden wissenschaftlichen und aktivistischen Auseinandersetzung mit dem Anthropozän, ein Konzept, das die ökologischen und sozialpolitischen Implikationen menschlichen Handelns auf die Erdoberfläche beschreibt. Anhand von drei ausgewählten Fallstudien erkunden wir, wie die spezifisch anthropogene, also menschengemachte, Krise urbaner Luftverschmutzung in künstlerischen Positionen problematisiert wird. Im Kontext des potenziellen Vormarschs von Postpolitik besprechen wir, wie der ambivalente Diskurs des Anthropozäns einerseits Depolitisierung begünstigt und andererseits neue Möglichkeiten für die Repolitisierung globaler Umweltherausforderungen ermöglicht.

Ersteinreichung: 28. März 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.

Anthropozän als (Post-)Politikum

Ein Mann mit Pferdeschwanz, Mitte 30, läuft im Abendlicht durch die Straßen von Beijing. Er hält einen handelsüblichen Staubsaugerschlauch in der Hand, mit ernster Miene, aber auch ein bisschen triumphierend. Hinter sich zieht er einen selbstgebauten Wagen, auf dem der Staubsauger thront. Das Gesicht hinter einer Atemmaske verborgen, saugt der Mann Smogpartikel auf, die täglich in Städten umherschwirren und sich auf Gegenständen, Oberflächen, Haut und in den Lungen ablagern. Der Kampf, den der chinesische Konzeptkünstler Nut Brother 2015 mit seiner Aktion „Project Dust“ anstößt, scheint kaum zu gewinnen zu sein – Mensch gegen menschengemachte Auswüchse industrieller Produktion, Ressourcenausbeutung, immer weiter fortschreitende Urbanisierung. In Nut Brothers Performance wird mit mikropolitischen Gesten eine symbolische Provokation zum Kontrollverlust des Menschen über den Planeten gezeigt. Er weckt mit seiner Kunst gleichzeitig Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, was die Zukunft urbaner Lebensräume angeht.

Im folgenden Beitrag bringen wir die zunehmende wissenschaftliche und aktivistische Auseinandersetzung mit dem urbanen Anthropozän^[1] (Derickson/MacKinnon 2015; Estok/Chou 2017; Karaliotas/Bettini 2016) mit der Diskussion um die postpolitische Stadt zusammen (Landau/Roskamm 2018; Michel/Roskamm 2013; Swyngedouw 2009). Anhand von drei

ausgewählten Fallstudien erkunden wir, wie die spezifisch anthropogene Krise urbaner Luftverschmutzung in künstlerischen Positionen problematisiert wird. Wir untersuchen die künstlerisch-gestalterischen Praktiken der Vermittlung und Kommunikation von Umweltherausforderungen im Hinblick auf das Potenzial, neue Formationen des Politischen zu eröffnen. Hierbei konzentrieren wir uns insbesondere auf die von den aktivistischen Künstler*innen angestrebten affektiven und sensorischen Zugänge, wie in der oben beschriebenen Arbeit, um Ausmaß und Konsequenzen menschengemachter Luftverschmutzung erfahrbar zu machen. Wir schließen an bestehende Forschungen über die Rolle von Künstler*innen und Aktivist*innen im Kontext von Umweltgerechtigkeit an (Cauter et al. 2011; Landau/Toland im. Ersch.; McKee 2017) und leisten einen Beitrag zum Verständnis, wie Künstler*innen und Designer*innen sich im oder vielmehr gegen das Anthropozän positionieren (Davis/Turpin 2015; Demos 2017). Wir begreifen das Anthropozän als ambivalenten Diskurs, der einerseits Depolitisierung begünstigt und andererseits neue Möglichkeiten für die Repolitisierung von globalen Umweltherausforderungen eröffnet.

Wir diskutieren die Gesellschaftsdiagnosen des Anthropozäns und der Postpolitik, also des Verschwindens, des Endes oder des Tods der Politik (Swyngedouw 2009), als ineinander verschränkte Diskurse, die Praktiken und Bewusstsein für Umwelthandeln und -aktivismus beeinflussen. Entgegen der Annahme, dass sich postpolitische Regierungstechniken nahezu unaufhaltsam ausbreiten, verstehen wir die Postpolitik-Diagnose nicht als apokalyptisches Ende einer Diskussion, sondern als Ausgangspunkt der Erkundung, was an ebendieser Debatte politisch sein könnte oder sollte. Unser Ziel ist es, den Diskurs über Postpolitik zu (re-)politisieren (Jessop 2014). Der Diskussion der politisierenden Effekte von künstlerischem Umweltaktivismus liegt ein Verständnis von Politik zugrunde, welches auf der Differenz zwischen ‚Politik‘ und ‚dem Politischen‘ aufbaut (Marchart 2010; Mouffe 2005). Im engeren Sinne verstehen wir Politik als institutionalisierte und routinisierte Verfahrens- und Verhaltensweisen. Im postpolitischen Kontext läuft die Politik Gefahr, „das offene, störende, nicht festgelegte und verändernde Moment abzuschaffen“ (Michel/Roskamm 2013: 9; Swyngedouw 2011). Im postpolitischen Regime wird das Politische unterdrückt oder ausgeschlossen, obwohl die Widerspenstigkeit und Konflikthaftigkeit des Politischen eigentlich unauslöschlich sind. In anderen Worten: Das Politische, oder Dimensionen von Konflikt, Antagonismus oder Agonismus, sind grundlegend und notwendig für die Konstitution von Objekten wie Gesellschaft, Politik oder Natur und werden durch die Beschränkung technokratischer Management-Rationalitäten auf ein Auswählen zwischen mehr oder weniger gleichen Optionen verschleiert (Marchart 2013).

Im Folgenden untersuchen wir künstlerische Positionen im Hinblick auf ihre vielschichtigen Möglichkeiten, neue Formationen zwischen Politik und dem Politischen zu artikulieren, oder das Politische durch künstlerische Aktionen zu repolitisieren. In Bezug zum kontroversen Diskurs des Anthropozäns wollen wir aufzeigen, dass dieser Diskurs Depolitisierung nicht notwendigerweise vertieft (Swyngedouw/Ernstson 2018), sondern dass trotz – und gerade *wegen* – der Ambivalenz und Mehrdeutigkeit des Anthropozän-Diskurses Möglichkeiten erschlossen werden können, um das Politische neu

zu denken (Kaika/Swyngedouw 2014). In der spezifischen Verknüpfung der angeblich postpolitischen Stadt mit anthropogenen Auswirkungen auf deren ‚Natur‘ hinterfragen wir einerseits die Dominanz unternehmerischer, meist neoliberaler Ansätze städtischer Steuerung sowie die menschengemachten Unterscheidungen zwischen Natur und Kultur/Stadt (Demos 2009). Zugleich diskutieren wir künstlerische Interventionen als (Ver-)Handlungsräume für die Problematisierung und Affizierung sowie auch die Entwicklung von Lösungsansätzen gegen den sich planetarisch ausbreitenden Zustand anthropogener Umweltzerstörung (Ruddick 2015).

Kunst gegen das Anthropozän – affektive Assemblagen

Wir betrachten Kunst und Politik sowie das Politische nicht als voneinander getrennte Sphären, die sich separat behandeln oder erfahren lassen könnten, sondern verstehen sie als unausweichlich miteinander verbundene Bereiche von Bedeutungen, Gefühlen und Macht (Mouffe 2005). Ohne Kunst per se emanzipatorische Kraft zuzuschreiben, begreifen wir künstlerische Produktion als grundlegend politisch und antagonistisch. Auch wenn das Verhältnis zwischen Kunst und Aktivismus in der zeitgenössischen Kunstgeschichte (Bishop 2010; Kester 1998; Scott 2014), Kulturosoziologie (Hieber/Möbius 2011), Kulturgeographie (Buser et al. 2013), urbaner Ethnographie (Juris/Khasnabish 2013), sozialer Bewegungsforschung (Hollands/Vail 2012) und Kulturpolitik (Landau 2019; Woddis 2005) kontrovers diskutiert bleibt, entfaltet der kursorische Überblick von drei Beispielen die Bandbreite des künstlerisch-aktivistischen Engagements im oder gegen das Anthropozän.

Seit 2013 beschäftigt sich das Berliner *Haus der Kulturen der Welt* (HKW) mit dem Anthropozän in unzähligen Ausstellungen, Panel-Diskussionen, Film- und Performance-Projekten[2]; auch verschiedene Kinofilme[3] und Museumsausstellungen[4] thematisierten in letzter Zeit das Anthropozän mehr oder weniger explizit in der Kunstwelt. Heather Davis‘ und Etienne Turpins Sammelband *Art in the Anthropocene – Encounters Among Aesthetics, Politics, Environments and Epistemologies* (2015) sowie die vom HKW herausgegebene dreibändige Reihe namens *Textures of the Anthropocene: Grain Vapor Ray* (Klingan et al. 2014) bieten bis dato transdisziplinäre, eklektische Essay-Sammlungen, die sowohl zeitgenössische künstlerische Projekte über das Anthropozän vorstellen als auch den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in eine reflexive Diskussion von Kunst- und Architekturtheorie und -praxis einbetten. Die Potenziale künstlerischer Medien wurden auch im Kontext von Klimaforschung bereits besprochen (Klößner et al. 2014; Renn/Scherer 2017). Jürgen Renn, Direktor am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, hält den Begriff des Anthropozäns für hilfreich, da er „unser Verständnis des Verhältnisses von Kultur und Natur in eine Blickperspektive bringt, und dass wir uns [hier] auf geologische Erkenntnisse beziehen können, das gibt auch der menschlichen Geschichte eine neue Dimension, denn hier verwebt sich die menschliche Geschichte mit der Erdgeschichte“ (Renn/Karkowsky 2018). Im Sinne dieser Möglichkeiten, neue Dimensionen von Geschichte und Gegenwart zu erfahren, auch sinnlich zu erfahren, diskutieren wir künstlerischen Aktivismus gegen das Anthropozän als politisierende Praxis.

Im Wissen um die Kritik der potenziellen Ästhetisierung des Anthropozän-Diskurses durch Kunst (Falb 2015; Rowan 2015) geht es uns nicht vorrangig um eine Besprechung spektakularisierender, Distanz einnehmender, rein visueller Repräsentationen des Anthropozäns (Demos 2017; Falb 2015). Stattdessen fokussieren wir uns auf interdisziplinäre, multi-mediale und multi-sensorische künstlerische und gestalterische Positionen, die das Anthropozän als Ansammlung oder Assemblage heterogener materieller, diskursiver und affektiver Infrastrukturen und Atmosphären be- und aufgreifen (Bignall 2010; Reestorff 2015; Street 2012).[5] Uns geht es in der Analyse der Fallstudien um die Erzeugung und das Sicht- und Fühlbarmachen von Hoffnungen, Gefühlen, Bildern und Imaginationen als Ausformungen des Politischen und der Anthropozän-Assemblage, die die künstlerischen und gestalterischen Interventionen hervorrufen können. Kathryn Yusoff und Jennifer Gabrys verstehen Imaginationen als vielschichtige „Wege des Sehens, Fühlens, Denkens und Träumens der Formation von Wissen, welche Bedingungen materieller Interventionen *in* und politische Sensibilitäten *von* der Welt erschaffen werden können“ (2011: 516, Übers. d. A., Herv. im Orig.). Ihrem Verständnis folgend, begreifen wir politische Subjekte und Objekte, die neue Zukunftsvisionen aufbauen, als epistemologisch und affektiv miteinander verwoben. Das heißt, neue Vorstellungen von und über mögliche und wünschenswerte Zukünfte entstehen, indem Beziehungen und Bedeutungen von Mensch, Umwelt, Natur, Kultur und Stadt radikal neu geordnet werden.

Im Zuge des ‚affektiven Turns‘ in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften gewinnen körperliche, sensorische und emotionale Dimensionen für Macht- und Gesellschaftsanalysen an Bedeutung (Gregg/Seigworth 2011). Wir verstehen Affekte als trans-individuelle und materiell-diskursive Kräfte und, in Anlehnung an Spinoza, als Fähigkeiten von Körpern, Macht oder Aktivität anderer Körper zu erhöhen oder zu verringern. Emotionen können als individuelle oder persönlich gefühlte Wahrnehmungen verstanden werden.[6] Es ist für uns weniger relevant, *welche Art* von Affekten oder Emotionen (z. B. Angst, Scham, Freude, Empathie, Hoffnung, Panik etc.) konkret hervorgerufen werden, oder ob diese Affizierung ‚effektiv‘ ist (wie auch immer mensch das messen könnte), sondern darum, Implikationen des Affizierens und Affiziertwerdens durch das Anthropozän sowohl in affektiven Assemblagen als auch in künstlerisch-gestalterischen Interventionen zu identifizieren (siehe Mohr/Landau 2017).[7]

Die affektive Assemblage dient als methodologische Orientierung für die Beachtung menschlicher, nicht-menschlicher, materieller, diskursiver, technischer und körperlicher Bestandteile vielstimmiger Anordnungen, die variable Fähigkeiten aufweisen, zu affizieren und affiziert zu werden. Reestorff (2015: 202) hebt hervor, dass sowohl die Komponenten als auch die Assemblage als Ganze sich durch verschiedene Kapazitäten von ‚agency‘ verändern können. Reestorff definiert Assemblage-Bestandteile in Anlehnung an Manuel Castells und Manuel de Landa als

„[...] sowohl materiell als auch rein expressiv. In einer Assemblage spielen sinnliche Eindrücke eine wichtige Rolle und nicht nur visuelle, aurale, olfaktorische und taktile, sondern auch die Vielfalt der

Leidenschaften, von Stolz und Erniedrigung bis zu Liebe und Hass, besitzen ihre eigene singuläre Individualität.“ (ebd.: 210, Übers. d. A.)

Der Assemblage-Ansatz ermöglicht eine Betrachtung von künstlerischen Aktionen über das Kunstobjekt, -produkt oder -ding hinaus und markiert den Kunstgegenstand nicht als alleinigen Auslöser der Affizierung durch ‚die‘ Kunst. Stattdessen steht die Ausstrahlung oder Transmission affektiver Atmosphären im Vordergrund, die ästhetische Objekte oder künstlerische Interventionen als prozessuale, politische und vernetzte Materialitäten konstituieren kann (Anderson 2009: 79).

Public Smog – das noch ungefühlte Anthropozän

Die amerikanische Künstlerin Amy Balkin wendet sich in ihrem Projekt „Public Smog“ [8] (2004 bis heute) der Idee eines Saubere-Luft-Parks zu (*clean air park*). Die Aktion hat keinen konkreten Anfang, kein Ende und keinen Performance-Charakter, sondern besteht im Wesentlichen aus der Ankündigung der Eröffnung und dem theoretischen Erfahren sauberer(er) Luft. Zunächst rief Balkin 2004 ein solches Konstrukt im kalifornischen South Coast Air Quality Management District aus und weitete die Zonen anschließend auf die Europäische Union (2007) und Kamerun (2009) aus. Zur Eröffnung der Saubere-Luft-Parks erwarb Balkin in international regulierten Emissionsmärkten Ausgleichspapiere, um diese Emissionsrechte *nicht* auszunutzen, sondern im übertragenen Sinne als saubere Luft der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Balkin macht durch den kommerziellen Akt des Entzugs von Anteilsscheinen auf die umweltschädlichen Industrien aufmerksam, die Luft auf dem Wege des Lufthandels durch ihre Produktion legal und mit Erlaubnis verpesten (Balkin 2012; Yusoff/Gabrys 2011). Durch den Kauf und die Nichtinanspruchnahme von Emissionspapieren, also die Inversion der eigentlichen Funktion der Emissionspapiere, eröffnet Balkin einen gedanklich-politischen und quasi-physischen Raum und den Diskurs um ein Recht auf saubere Luft, um die Kommodifizierung von Luft zu kritisieren (vgl. Abb. 1). Ihre Motivation für das Projekt beschreibt Balkin folgendermaßen:

„Für mich war dieser Emissionshandel eine Art von Landnahme (*land grabbing*) in der Atmosphäre. Das war es, was mich motiviert hat; nicht nur, diese Landnahme zu repräsentieren, sondern auch sie zu verstehen und zu intervenieren, wenn auch auf einem sehr geringen Level. Ich wollte verstehen, wie das funktioniert, und dann die gleichen Mechanismen verwenden, von denen ich dachte, dass sie etwas zum Zuspitzen (der Situation) beitragen.“ (AB 2018[9])

Der angesprochene Widerstand gegen die Landnahme, oder eher ‚Luftnahme‘, spiegelt Balkins Verständnis von Luft als öffentlichem Luftraum oder gemeinschaftlichem Gut wider. Die Anspielung auf die Verwendung ‚gleicher Mechanismen‘ wie die des internationalen Luftemissionshandels verweist auf die Herausforderung der Grenzen zwischen Politik und dem Politischen beziehungsweise deren Re-Interpretation. Balkin kollektiviert die Eigentümer*innenschaft guter Luft und politisiert so den Kauf oder

die Käuflichkeit von Luft, die eigentlich Eigentum von ‚allen‘ ist oder sein sollte. Einerseits appelliert Balkin so an ‚alle‘ als gemeinschaftlich betroffene Subjekte von Luftverschmutzung. Statt einer Totalisierung von ‚allen‘ zeigt Balkins Projekt jedoch andererseits auch die stark ungleiche Verteilung der Verursachung sowie die asymmetrische Betroffenheit von den Konsequenzen des Anthropozäns auf (siehe Derickson/MacKinnon 2015). Damit schließt sich Balkin wiederum der queer-feministischen Kritik am Konzept des Anthropozäns an, welches ‚den Menschen‘ oft als universales Subjekt behandelt und unterschiedlich gelagerte Ausbeutungs- und Leidensverhältnisse im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Sexualität, Ethnizität und sozioökonomisches Kapital vereinheitlicht (Davis/Todd 2017; Haraway 2016), sodass man bei ihrem Projekt auch von einer Kritik am Kapitalozän (Haraway/Kenney 2015; Moore 2016) sprechen könnte. Balkin zeigt, dass luftverschmutzende Industrien wie Öl- und Kohleextraktion oder bleiverarbeitende Gewerbe einen wesentlich höheren Anteil an der Verschmutzung haben als individuelle Nutzer*innen der Atmosphäre. Auch wenn die von Balkin erworbenen Emissionsscheine einem David*-gegen-Goliath*-Verhältnis ähneln, gelingt der Künstlerin ein Eingriff in den kommerziellen Handel mit Luftemissionen. Dieser fordert durch die verkehrte Nutzung ihrer erworbenen Rechte zur Luftverschmutzung die institutionalisierten Strukturen der Verschmutzungspolitik heraus. Balkin agiert zwar als Individuum, handelt und appelliert aber an eine abstrakte Öffentlichkeit, der die Künstlerin ihre Saubere-Luft-Parks zur Verfügung stellen möchte. Dennoch reicht Balkins Appell und auch ihr eigenes Engagement weit über einen symbolischen Akt hinaus; die Projekt-Website von „Public Smog“ versammelt verschiedene internationale aktivistische Vereinigungen, die sich mit künstlerischen oder legalen Mitteln gegen die Kommodifizierung des Luftraums engagieren.

Die feldübergreifende Reichweite und internationale Rezeption der Initiative wurden 2012 noch verdeutlicht, als Balkin als Teilnehmerin der *documenta 13* eingeladen wurde. In einer öffentlichkeitswirksamen Aktion versuchte sie, die Erdatmosphäre als (immaterielles) Weltkulturerbe zu etablieren. Hierzu rief sie Besucher*innen der *documenta 13* auf, vorgefertigte Postkarten zu unterzeichnen, die in drängendem Duktus auf die Notwendigkeit hinweisen, die Erdatmosphäre nachhaltig zu schützen. Balkin präsentiert einen Auszug der Postkarte, „dem öffentlichen Interesse folgend, die Atmosphäre für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu schützen, und in Anerkennung, dass ihre Bewahrung die Pflicht der internationalen Gemeinschaft ist“ (2015: 341).

Im Zuge der *documenta*-Aktion versandte Balkin über 50.000 Postkarten an den damaligen deutschen Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), der sich des Anliegens jedoch nicht annahm. 186 weitere Staatsoberhäupter von Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen wurden kontaktiert – außer von der Bildungs-, Frauen und Kulturministerin des Königreichs Tonga, einem südpazifischen Inselstaat, der stark von anthropogenen Klimaproblemen betroffen ist, erhielt die Künstlerin jedoch keine Antwort von Politiker*innen (Balkin 2015: 345).

Die Assemblage von „Public Smog“ besteht sowohl aus materiellen als auch diskursiven Bestandteilen: Das Projekt umfasst die bürokratischen,

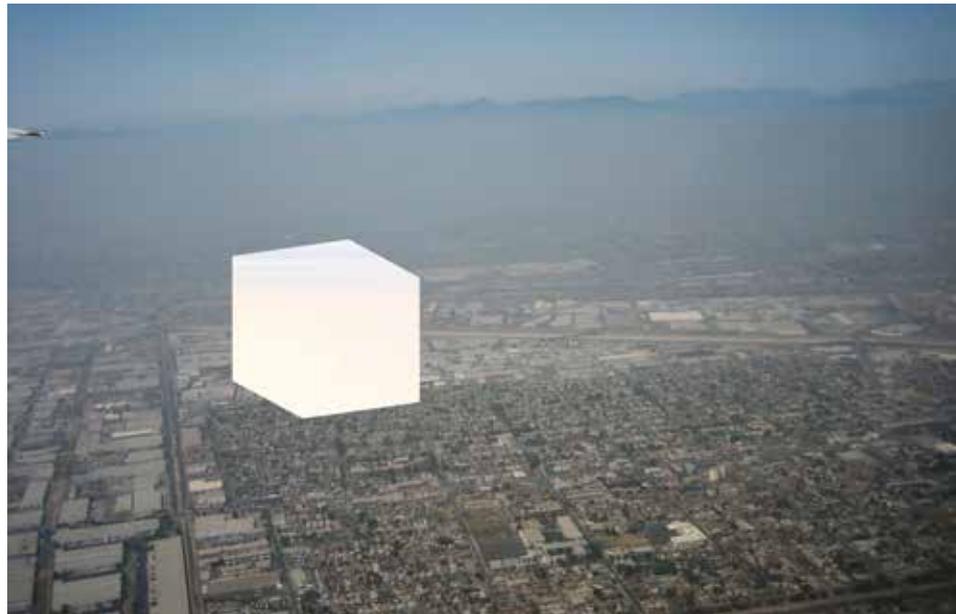


Abb. 1 Clean-Air-Park (Quelle: Amy Balkin[10])

legalen und finanziellen Tätigkeiten des Emissionsanteilerwerbs, die fiktiven Bildbearbeitungen, die die Größe des Areals gekaufter sauberer Luft anzeigen sollen (vgl. Abb. 1), eine Plakatkampagne im öffentlichen Raum in Kamerun sowie die stetig wachsende technische Infrastruktur der Projekt-Website und Balkins fortdauerndes Engagement, über das Projekt zu sprechen und zu schreiben. Am wenigstens greifbar bleiben wohl die Eindrücke und Reaktionen, die beim Publikum erzeugt werden. Anders ausgedrückt, sind vielleicht die Eindrücke, die beim Publikum *nichts* Konkretes erzeugen, am eindrucklichsten. Nicht nur die Frage, wen oder was das Publikum des Projekts eigentlich umfasst, erweist sich als kompliziert (die Vögel, die über den weniger verschmutzten Luftraum fliegen? Anwohner*innen unter dem gedachten weißen Kubus sauberer Luft in Kalifornien oder der EU? Wo genau ist die saubere Luft zu spüren, zu schmecken, zu riechen?), sondern auch die Frage, wie, wo, wann und in welchem Kontext dieses diffuse Publikum von dem mehrteiligen Projekt erfährt.

Ob im Ausstellungskontext der *documenta 13*, online oder durch ein Plakat am Straßenrand in den ausgewählten Städten oder fernab davon, Balkins Saubere-Luft-Parks evozieren die theoretisch körperlich erfahrbaren Vorteile sauberer Luft, ohne sie tatsächlich jedoch körperlich erfahrbar zu machen oder einzulösen. Obwohl Balkin umgerechnet Emissionsrechte für etwa 24 Kilogramm potenziell zu verschmutzende oder aber als sauber zu erhaltende Luft erwarb, bleibt der direkte sinnliche Reiz beziehungsweise die Affizierung in Suspension. Wichtiger erscheint es, einen Wunsch, eine Sehnsucht, ein Bedürfnis, ein Verlangen oder die schiere Vorstellung von besserer Luft überhaupt zu aktivieren. Anders gesagt: Die konkrete Intervention in den Bereich der Emissionspolitik macht die Politik als unvollständigen Bereich des umkämpften Feldes des Politischen sichtbar und konfrontiert die politisch voneinander abgegrenzten Sphären von emissionshandelnden Expert*innen und zivilgesellschaftlichen (künstlerischen) Aktivist*innen miteinander. Auf sinnlicher, körperlicher Ebene spürt man das zurückgehaltene Luftvolumen vielleicht nicht, die Aktion ruft aber eventuell dazu auf, es spüren zu *wollen*. Mit dem nun bereits 15 Jahre andauernden „Public-Smog“-Projekt spannt Balkin ein Terrain des Politischen auf, das mehr umfasst als nur

technokratische Emissionshandelspolitik, und bringt so die Vorherrschaft der Politik ins Wanken. Was nun? Darauf gibt Balkins Initiative keine konkrete Antwort. Das weitgefaste Publikum bleibt gegebenenfalls aktiviert und latent affiziert zurück. Für zukünftige Aktionen, wie beispielsweise das Wiederaufleben der Kampagne zur Eintragung der Erdatmosphäre in das Weltkulturerbe-Register, muss sich die Gemeinschaft des Politischen wieder neu formieren und zusammenschließen.

Balkins visualisierte, textuelle, gedankliche Intervention in Form der Ausrufung Sauberer-Luft-Parks versucht, die Dringlichkeit der ‚unsichtbaren‘ Problematik von Abgasbelastung auf lokalpolitische und globale Agenden zu setzen, und problematisiert performativ die Präsenz unsauberer Luft. Die Aktion zögert eine mögliche Affizierung durch tatsächlich geatmete bessere Luft hinaus, und weckt durch ebendieses Hinauszögern Bedürfnisse nach dieser besseren Luft. Durch Unterwanderung des dominanten Systems globaler Umweltpolitik, welches im internationalen Emissionshandel institutionalisiert ist, destabilisiert Balkin flüchtig die dominante Politik und fordert die Rückkehr des Politischen mit einer affektiven Utopie ein. Für die Annäherung an diese vielleicht nicht allzu utopische Utopie sucht Balkin Mitstreiter*innen, die sie durch ihr Projekt auf verschiedenen Wegen anspricht. Die affektive Utopie ist rückgebunden an eine gegenseitige Informierung von Wissenschaft, Politik und Kunst, und kann eine neue „Poesie von Wissensproduktion“ (AB 2018) vorantreiben. Diese Poesie verknüpft quantitative, evidenzbasierte Kriterien der Wissensvermittlung über Luftverschmutzung mit affektiven Zugängen oder Vorstellungen über die Zukunft. Balkin betreibt *‘futures’*, ein Anreißer, Machen, Vorstellen anderer Zukünfte (Yusoff/Gaybrs 2011). So entsteht eine daten- und faktengestützte sowie affektive Assemblage, um Auswirkungen des Anthropozäns nicht nur kennen-, sondern auch (fast) fühlen zu lernen. Zudem destabilisiert Balkin den globalen Nachhaltigkeitskonsens, der mithilfe apokalyptischer Ökologien der Angst (Davis 1999) kaum Alternativen zum Emissionshandel bietet. Balkins Irritation des bestehenden Systems legt die konfliktreichen Ursprünge der Kommodifizierung von Luft(-verschmutzung) als handelbare Ware frei. Sie bringt das Politische gerade durch diese Offenlegung des Antagonismus zwischen guter Luft und dessen Konstruktion als von Einzelinteressen gehandelte, verkäufliche Materie zum Vorschein. Schwelt der Konflikt (wieder) an der Oberfläche, im Alltag, in den Köpfen der Menschen, ist die Postpolitik zugunsten des Politischen zumindest zeitweise verdrängt.

Project Dust – das steinharte Anthropozän

100 Tage lang sammelte der chinesische Performance-Künstler Nut Brother in „Project Dust“ im Jahre 2015 Feinstaubpartikel auf Beijings Straßen mit einem handelsüblichen Staubsauger auf (vgl. Abb. 2). Anschließend goss er die Smogpartikel unter Hinzugabe von Lehm zu einem Backstein zusammen. Die unleugbare Präsenz und Materialität von Smog in der Form eines Backsteins (vgl. Abb. 3) verdeutlicht Nut Brother mit fast banalen Ausdrucksmitteln wie einem gewöhnlichen Haushaltsstaubsauger. Mögen auch geringe Ressourcen zur Umsetzung des Projekts ein Grund für die technisch simple Ausstattung von „Project Dust“ sein, liegt in dieser kongenialen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann diese Abbildung leider nicht angezeigt werden.



Abb. 2 Project Dust
(Quelle: Berke 2015)

Abb. 3 Project Dust
(Quelle: Ho 2015)

Vorgehensweise jedoch auch eine Ironie, die zur Problematisierung und Bekämpfung anthropogener Umweltzerstörung beiträgt. Im Gegensatz zu Verfechter*innen der These des „guten Anthropozäns“ (Bennett et al. 2016), die auf technologiebasierte Innovationen und Entwicklungen zur ‚Behebung‘ des Anthropozäns setzen, greift Nut Brother zu einfachen Mitteln wie dem Staubsauger, um Luftverschmutzung zu dokumentieren. Nut Brother scheint dem fortschrittsorientierten Rahmen des ‚guten‘ Anthropozäns ein wenig Wind aus den Segeln zu saugen beziehungsweise die Hoffnung auf Besserung und gegebenenfalls auch Bewältigung anthropogen verursachter Umweltkatastrophen etwas zu dämpfen.

Das ‚gute‘ Anthropozän ähnelt dem Diskurs der Postpolitik. Die beiden Ansätze vereint, dass die Konflikthaftigkeit und Streitbarkeit von Lösungen anthropogener Umweltprobleme durch den Glauben an den erreichbaren ‚Erfolg‘ und die abschließende ‚Lösung‘ anthropogener Probleme durch Technologie ausgehebelt werden. Das ‚gute‘ Anthropozän sei durch smarte und flexible Technologien oder ein ‚richtiges‘ Verständnis von Wissenschaft, menschlicher Kreativität und Innovationsfähigkeit geprägt und zu etablieren, so die Verfechter*innen.[11] Ob Nut Brother nun diese Technologiegläubigkeit ad absurdum führen wollte oder nicht – sein unermüdlicher Streifzug durch Beijing als vereinzelter Spaziergänger*innen unterstreicht fast sentimental, dass ‚wir‘ Menschen dem Anthropozän doch mehr ausgeliefert sind als jeder Glaube an technologische Innovation uns vermuten lässt.

Die Schwierigkeit der Sichtbarmachung von Smogbelastung wird von Nut Brother jedoch nicht nur visualisiert und physisch festgehalten, sondern auch performt: Nut Brothers persönliche Präsenz im Beijinger Stadtraum und der Einsatz des eigenen Körpers im öffentlichen Raum evozierte laut Nut Brothers Erzählungen teils ungeplante Irritationen und Nachfragen von Tourist*innen, lokalen Bewohner*innen und auch Sicherheitspersonal vor öffentlichen Gebäuden und Sehenswürdigkeiten. Diese temporäre körperliche Investition schätzt Nut Brother als notwendig für die politische Wiederaneignung des öffentlichen Raums ein: „Öffentliche Themen erfordern den öffentlichen Raum zur Diskussion, aber in China schrumpft der öffentliche Raum extrem [...]. Zurzeit hoffe ich, dass die Kunst ein öffentlicher Platz ist.“ (NB 2019[12])

Somit sieht Nut Brother gerade in seinem ungefragten Auftreten beziehungsweise Eingriff in den öffentlichen Raum eine Möglichkeit, das Politische mit einem künstlerischen Akt zurückzubringen. Weiterhin erachtet Nut Brother eine gefühlsbetonte Ansprache und Einbeziehung des Publikums als wesentlich für die Wirksamkeit seiner Arbeiten: „Das Publikum soll seine Gedanken, Emotionen, Wünsche und Erinnerungen in diese Arbeit einfließen lassen, die mitschwingen und [die Arbeit] in

Verlegenheit geraten lassen.“ (NB 2019) Das Affektive spielt also sowohl für die Produktion als auch Rezeption der Luft-Problematik eine Rolle. Das Publikum, welches im Kontext der Performance eher zufällig, ungeplant und vielleicht sogar ungewollt zum Publikum *gemacht* wird, erscheint ähnlich wie bei Amy Balkins Arbeit nicht so wichtig. Wichtiger erscheint, *dass* es eine Aktivierung und Bewusstseins-schaffung für die gefährlichen Auswirkungen von Smog gibt oder geben kann. Kurz gesagt, die Affizierung steht vor einem eindeutigen Effekt (im Sinne von Ziel) der Performance. Die Reaktionen oder Gefühle, die die künstlerische Aktion anstößt, bleiben letztlich außerhalb des Wirkungskreises des Künstlers selbst.

Entsprechend umfassten Reaktionen auf Nut Brothers Arbeit aus Lehm und Feinstaubpartikeln auch Spott und ironische wortwörtliche Übertragen der Stein-Metapher in den Alltag chinesischer Mitbürger*innen. Nut Brother berichtet:

„Die Leute sagten: ‚Wow, jeden Tag. Es gibt Ziegelsteine zum Essen. Meine Mutter hat keine Angst mehr, dass ich Hunger habe.‘ Sie sagten: ‚Ich kann mir nicht leisten, ein Haus zu kaufen; ich kann selbst Ziegelsteine dazu schaffen, um ein Haus zu bauen.‘ In Beijing gibt es Zehntausende von Ziegelsteinen.“ (NB 2019)

Das Angebot, den Smog-Backstein für 1.600 US-Dollar (ca. 1.400 Euro) zu verkaufen, lehnte Nut Brother mit der Begründung ab, das Ziel der Aktion sei nicht Profitgenerierung, sondern das Anstoßen eines Bewusstseinswandels. Generell machen weder der Backstein noch das performative Sammeln von Smogpartikeln allein die Kunst Nut Brothers aus. Und vielleicht ist das, was Nut Brother tut, auch gar keine Kunst, sondern eine politisch bewusst angewandte Ästhetik. Wie bei Balkin steht das vielgliedrige Zusammenspiel materieller, symbolischer, affektiver und auch kommunikativer Komponenten im Vordergrund; schließlich wurde Nut Brothers Aktion in einer Vielzahl internationaler Zeitungen, vom britischen *Guardian* (Phillips 2015) bis hin zur *New York Times* besprochen (Buckley/Wu 2015). Die Assemblage spricht auf mehreren Ebenen affektiv an, sie schafft Atmosphären eher als Objekte.

Nut Brother verortet sein Schaffen explizit als politisch, denn „in China ist es schwer zu sagen, welche Aspekte meiner Arbeit nicht politisch sind“ (NB 2019). Die Negativabgrenzung im Sinne von: ‚Es ist politisch, weil es *nicht* nicht politisch ist‘, rekuriert auf ein umfassendes Verständnis des Politischen im Sinne der oben angesprochenen Gegner*innen des Postpolitischen. Darüber hinaus weist Nut Brother auf die scharfe Kriminalisierung vonseiten der chinesischen Regierung hin, die Kunst-Aktivist*innen mit „Terrorist*innen“ gleichsetze, was eine „sehr interessante Metapher“, aber auch „seltene Ehre“ zugleich sei (NB 2019). Offen spricht er von Luftverschmutzung als Problem ‚für alle‘ und kritisiert die Verwehrung oder den Verlust des ‚Rechts‘ auf frische Luft (NB 2019). Nut Brother macht das Ausmaß der anthropogenen ‚Airpocalypse‘ (Phillips 2015) als konkrete Tatsache sichtbar, ‚concrete‘ bedeutet schließlich auch Beton im Englischen. Zudem kollektiviert Nut Brother, ähnlich wie Balkin, die Betroffenheit von anthropogener Luftverschmutzung durch die Ansprache eines nicht weiter differenzierten, betroffenen ‚wir‘. Das eindrückliche Objekt des Backsteins vergegenwärtigt die Spuren des Menschen in der Stadt als harte ‚matter

of fact, also als wissenschaftliche und evidenzbasierte Tatsache. Über die rein wissenschaftliche Dokumentation von Emissionslevels hinaus übermitteln Assemblage-Bausteine wie der Smog-Backstein jedoch zugleich ein affektives Potenzial als *matter of concern*, wie Erik Swyngedouw (2010: 218) in Anlehnung an Bruno Latour aufzeigt. Die oben anklingende Sorge über die Steine, die sich aus Smog bilden lassen und in unsere Lungen eindringen können, mobilisieren die Materialität des Smogs als Bollwerk gegen den postpolitischen Versuch, Klimawandel und Luftverschmutzung als unwiderrufbare Tatsachen zu zementieren. Anders gesagt, der Backstein als Manufakt verdeutlicht als Inbegriff menschengemachter Klimaverschmutzung gleichzeitig *matters of fact* und *matters of concern*.

Nut Brothers Backstein entlarvt die anthropogenen Ursachen urbaner Luftverschmutzung – stellt sie als Ding dar, das da ist wegen ‚uns‘ – und (re-)aktiviert so die politische Verantwortung des Menschen für Umweltverschmutzung (Jasanoff 2010; Swyngedouw/Ernstson 2018). Im weiteren Sinne wirkt die Performance an der „Expansion und Pluralisierung kollektiver Verständnisse über die Desaster des Anthropozäns“ mit (Davis/Todd 2017: 772, Übers. d. A.). Eingebettet in die lokalen und internationalen, spontanen und feuilletonistischen Reaktionen, Kritiken und Kommentare setzt Nut Brothers subtile Kritik an den Institutionen der Politik im engeren Sinne (chinesische Luftregulierungsbehörden, Regierungsinstitutionen und Industrieakteur*innen) beziehungsweise deren nicht ausreichendem Engagement gegen die menschengemachte Luftbelastung an. Die Kritik an ‚der‘ Politik dringt so fast lautlos aus dem Bereich des Politischen auch in die Sphäre der Politik hinein, indem sie die alleinige Regierung von Luft und Luftverschmutzung durch die Behörden in Frage stellt. Die Politik meistert die Krise nicht ausreichend, die Überbleibsel und Konsequenzen der nachlässigen technokratischen Verwaltung der Smog-Krise wiegen schließlich schwer in Nut Brothers Hand. Andererseits fordert Nut Brother die eigenständige Wirkmächtigkeit des Politisch-Künstlerischen ein. Wenn auch mit anderen Methoden als Balkin (welche bis auf die Ebene internationaler Gremien der Vereinten Nationen Aufmerksamkeit erregte), bringt Nut Brother mit den einfachsten Mitteln die Verschmutzung auf den Tisch. Jede*r Beijinger*in könnte es ihm mit geringem Aufwand gleichtun und ebenso steinharte Tatsachen schaffen. Dringt diese erschreckend-erweckende Realität durch, sodass der Backstein als Werkzeug ephemeren Widerstandes turbulente Emotionen wie Wut, Unbehagen, Ungläubigkeit, Panik, Angst und Selbstermächtigung hervorrufen kann, liegt es in den Händen jede*r Einzelnen, den Backstein im Kampf gegen das Anthropozän einzusetzen.

Smog Free Project – das käufliche Anthropozän

Das „Smog Free Project“ [13] (2013-2017) des niederländischen Designers Daan Roosegaarde und seines Design-Studios will saubere Luft als attraktives Gut für nachhaltigkeitsbewusste Konsument*innen ansprechen. Als Teil dieses Vorhabens wurde 2013 zunächst der weltgrößte Luftreiniger, der sieben Meter hohe „Smog Free Tower“, als Pilotversion in Rotterdam installiert, welcher es den Menschen ermöglichen soll, „saubere Luft umsonst zu atmen“ (ebd.). Der Tower wird von Roosegaarde als „eine lokale Lösung für saubere

Luft“ dargestellt (ebd.). Der Verweis auf das ‚kostenlose‘ Nutzen sauberer Luft, die durch den „Smog Free Tower“ mithilfe eines Ionisierungsverfahrens bereitgestellt wird, bringt im Gegensatz zu den zwei vorherigen Projekten ein Verständnis von Luft als Ware zum Vorschein, wogegen sich insbesondere Amy Balkin explizit auflehnt. Als urbane Innovationen präsentiert, entstanden neben dem „Smog Free Tower“, der mittlerweile auch temporär in Polen und China aufgestellt worden ist, weitere „Smog-Free“-Produkte wie der „Smog Free Ring“ beziehungsweise „Smog Free Manschetten“ und das „Smog Free Bike“ mit einem integrierten Luftfilter, welches in Kooperation mit der größten chinesischen Bike-Sharing-Firma ofo angeboten wird. Roosegaards Werk ist eine Assemblage der besonderen Art, schließlich kombiniert sie nicht nur diskursive und materielle Komponenten, sondern auch kommerzielle und öffentlich frei zugängliche Bestandteile miteinander. Roosegaards thematische „Mission für saubere Luft“ (Schlick 2019) zieht sich durch die Produkt-Reihe sowie extern finanzierte Projekte wie den „Smog Free Tower“. Für jeden Geschmack soll etwas dabei sein.

Im Gegensatz zu Nut Brothers Backstein, der dank der unvorhergesehenen internationalen Aufmerksamkeit zum begehrten Objekt und zur potenziellen Ware aufstieg (und trotzdem nicht verkauft wurde), bilden bei Roosegaarde die städtischen Smogpartikel den nicht wegzudenkenden Hauptbestandteil für seine „Smog-Free“-Produktreihe. Der Verkaufspreis der Objekte von je 250 Euro (der „Smog-Free“-Ring wird auf der Website als potenzieller Verlobungsring angepriesen) soll in einem ‚alternativen‘ Emissionshandel im Gegenzug 10.000 Kubikmeter saubere Luft für die Allgemeinheit erkaufen (vgl. Abb. 4). Im Gegensatz zu Balkins Imitation oder Umwertung des Emissionshandels auf internationaler Ebene wendet Roosegaarde das ökonomische Prinzip des Kaufens und Verkaufens sauberer Luft auf sein eigenes gestalterisches Schaffen an und reproduziert oder erweitert gar die Kommodifizierung von Luft, wenn auch gegebenenfalls nicht so von ihm intendiert.

Weiterhin präsentiert Roosegaarde sein Werk als lokale „Lösung für das Problem anthropogener Luftverschmutzung“ und es wird auch in Zeitschriften (Schlick 2019) und in Architektur- und Design-Diskursen als Lösungsbringer beschrieben.[15] Hier scheint Roosegaards (implizite) Sympathie mit dem ‚guten‘ Anthropozän durch. Saubere Luft wird als erstrebenswertes Gut positioniert und mithilfe der ‚richtigen‘ technologischen Innovationen aus



Abb. 4 „Smog-Free“-Ring (Quelle: Studio Roosegaarde[14])

Roosegaardes Schmiede massenfähig verbreitbar und konsumierbar. Durch die Herstellung und den Vertrieb von „Smog-Free“-Produkten stellt Roosegaarde die Möglichkeit in Aussicht oder nährt den Glauben daran, dass das Anthropozän mittels technologischer Innovationen partiell behebbar sei. Gleichzeitig produziert dieses Denken jedoch auch eine Ko-Abhängigkeit zwischen der fortwährenden Verschmutzung und dem Erschaffen neuer Konsumprodukte.

Mit diesem techno-optimistischen Ansatz des ‚guten‘ Anthropozäns, der ressourcenoptimierende Verfahren als Lösung in den Vordergrund stellt, ergeben sich eigentlich neue politische Fragen und Herausforderungen, die verhandelt werden müssen. Im Sinne des postpolitischen Diskurses scheint Roosegaardes Ansatz jedoch die ‚Lösungen‘, die die „Smog-Free“-Produkte anbieten, eher als abschließende Lösung für das Problem einzuordnen, anstatt auf das eigentlich nicht abzuschließende Dilemma des Politischen beziehungsweise des Anthropozäns zu verweisen. Anders gesagt: Obwohl technologische Innovationen natürlich hilfreich zum Rückbau von Ressourcenzerstörung sein können, addieren sich all diese Anpassungs- oder Verbesserungsbemühungen gegen das Anthropozän nicht zu einem finalen Abschluss des Problems. Das Problem bleibt, und muss ebenso wie seine Lösungen stets neu verhandelt werden.

Während der Techno-Optimismus mancher Anthropozän-Denker*innen, die technologischen Fortschritt als ausreichende und heilbringende Auflösung für die mannigfaltigen Konsequenzen des Anthropozäns halten, depolitisiert wirken kann (Hamilton 2014; Rowan 2015), wären ein Techno-Pessimismus oder andere Fundamentalkritiken *gegen* technologische (oder wissenschaftliche) Annäherungen zur Analyse anthropogener Umweltproblemlösung natürlich nicht minder gefährlich. Rory Rowan (2015) skizziert in diesem Zusammenhang überzeugend einen ‚linken Optimismus‘, der das immense Ausmaß des Anthropozäns mit einer politischen Auseinandersetzung über geo-soziale Zukünfte verknüpft. Dieser linke Optimismus könnte dazu anleiten oder affizieren, die notwendigerweise konfliktgeladenen Konturen jeglicher Technologien nicht aus den Augen zu verlieren.

Es bleibt fraglich, ob diese Einstellung bei Roosegaardes selbstsicherem Glauben, durch ‚smarte‘ Produktentwicklungen anthropogenen Krisen Einhalt gebieten zu können, diesen linken Optimismus unterstützt. Problematisch an Roosegaardes Projekt ist somit nicht, *dass* Technologie als Komponente zur ‚Behebung‘ des Anthropozäns betrachtet wird (wie auch immer diese dann aussehen würde – eine Welt voller „Smog Free Towers“?), sondern, dass die „Smog-Free“-Maßnahmen nicht als kontingent, umstritten und partiell, sondern als lösungsbringende Produkte im schlimmsten Fall die ‚Mission für saubere Luft‘ depolitisieren. Roosegaardes begehrenswerte Produkte affizieren – sie sind schön, glatt, edel, gut für die Umwelt. Statt Unbehagen und vielleicht ein Gefühl von Machtlosigkeit gegen die globale Luftkrise zu empfinden, lehnt mensch sich gegebenenfalls nach dem Kauf der „Smog-Free“-Produkte mit Genugtuung zurück. Wer nicht wenig Geld für bessere Luft ausgegeben hat, hat vielleicht das Gefühl, den Dienst für die Allgemeinheit damit schon getan zu haben; und was Schönes für den privaten Lifestyle gab es noch mit dazu. Das schwächt die Suche nach Lösungen, die über das existierende kapitalistische System hinausgehen, eventuell ab

(Neimanis et al. 2015; Swyngedouw 2010). Somit verspielt Roosegaarde nicht nur die Kritik am konsumorientierten und kommodifizierten Umgang mit Luft, sondern glättet dem techno-optimistischen, postpolitischen Regime mit Feel-good-Produkten das Gesicht.

Ausblick: Das Politische im Anthropozän offenhalten

Im Spannungsfeld des öffentlichen und privat(isiert)en Gutes ‚guter‘ Luft verweisen die Projekte verschiedentlich auf die radikale Interdependenz und gemeinsame Verantwortung für die Steuerung von Luft. Die vielseitigen Aufrufe und Affizierungen der aktivistischen Künstler*innen sprechen diffuse Publika als Betroffene, Mitverursacher*innen, Konsument*innen und mögliche zukünftige Allianzpartner*innen urbaner Luftverschmutzung an. Die Projekte zeigen nicht nur fantasievolle Strategien zum Umgang mit der Problematik von urbanem Smog auf, sondern aktivieren auch eine Vielzahl von Gefühlen, Gegenständen, Bildern, Gedanken und Politiken für die Aushandlung von Zukünften der sozialökologischen Transformation in verschmutzten Städten. Ästhetische und kreative Zugänge zu komplexen Problemen können in Ergänzung zu wissenschaftlichen Daten und Fakten affektives Wissen mobilisieren (Ingrim 2011). Wir haben gezeigt, dass die Projekte von divergierenden Grundannahmen über Luft als Gut ausgehen: Nut Brother und Amy Balkin sehen Luft eher als öffentliches, unteilbares Gut, Roosegaarde eher als zu verkaufende und zu verarbeitende Ressource.

Mit ihren künstlerisch-gestalterisch-performativen Praktiken und Produkten evozieren die Ansätze vielfältige affektive Reaktionen wie Angst, Depression, Entmutigung, Scham, Betroffenheit, Empathie, Wut, Sorge, Hoffnung, Demut bis hin zu Konsumententscheidungen oder politischen Aktionen. Mittels kreativer Aneignungen von bestehenden Institutionen und Normen der Politik entstehen neue Verbindungen zwischen Politik und dem Politischen (zum Beispiel ungebetene Kritik, neue Allianzen, Unterwanderung existierender Systeme, neue Warenkreisläufe durch/gegen Luftverschmutzung etc.). Umgehungs- und Anfechtungsstrategien, wie sie in Amy Balkins „Public Smog“ und Nut Brothers Performance „Project Dust“ deutlich werden, fordern die angebliche Omnipräsenz der Postpolitik heraus. Die ephemeren, temporären, zeit- und ressourcengebundenen Formen der politischen Mobilisierung gehen in ihrer Transmission von Affekten über eindeutige Bedeutungen und Intentionen hinaus (Kølvraa 2015) und machen doch deutlich, dass die affektiven Assemblagen materielle, diskursive, lokale und globale Aspekte des Anthropozäns miteinander in Zusammenhänge bringen. Das affektive Feedback, oder *feelback*, welches diese affektiven Assemblagen durch Installationen, Objekte, Orte, gedankliche Projektionen, Protest-Aktionen, Wertgegenstände und spontane oder überlegte Äußerungen und Reaktionen potentiell hervorrufen (können), widerstrebt bewusst und anhaltend der Einordnung in gute oder schlechte Emotionen. Es schwingt vielmehr in affektiver Ambivalenz, was sich für wen gut oder schlecht anfühlt, sowie in der Ambivalenz zwischen Handeln und Fühlen.

Die drei vorgestellten mikropolitischen Interventionen individualisieren, kollektivieren, lokalisieren, globalisieren, materialisieren, diversifizieren, spekulieren, mobilisieren, kommodifizieren und kritisieren den Begriff und

die Ära des Anthropozäns. Die Aktionen betreffen sowohl lokalspezifische Problemlagen urbaner Luftverschmutzung als auch skalenübergreifende Ebenen des Phänomens Luft; sie verknüpfen lokale und globale Probleme zu globalen Kategorien von temporärer Sichtbarkeit, Sagbarkeit und Darstellbarkeit des Anthropozäns (Ruddick 2015: 1118). In der Neuordnung räumlicher und affektiver Register wird das Anthropozän in seiner Heterogenität und radikalen Interdependenz erfahr- und fühlbar.

In Rückkopplung an die Wechselwirkung zwischen Postpolitik und Anthropozän zeigen die Projekte unterschiedliche Umgangsweisen mit den Möglichkeiten politischer Macht, Gegenmacht, Ermächtigung oder Machtlosigkeit auf. Mag man beim Kauf von Roosegaards Produkten einen Moment von individuellem Erfolg oder temporärer Rückeroberung der eigenen Handlungsmacht verspüren und der Überzeugung sein, die Welt mit dem Kauf eines schönen Objektes ein bisschen besser gemacht zu haben, schwankt Balkin zwischen konkreten Handlungsaufforderungen und spekulativen Vorschlägen für bessere Luft. Nut Brother gibt keine Handlungsanleitung, was nach dem Erleben seiner Performance zu tun sei. Dieser nonverbale Appell kann jedoch gerade durch seine Offenheit vielleicht eine Vielzahl vorübergehender Antworten auf das Problem namens Anthropozän geben. Somit würde die Vormachtstellung von Verantwortlichen des angeblich alternativlosen Ist-Zustandes des Anthropozäns, die unter Umständen auch von der Nicht-Regulierung der Luftkrise profitieren, hinterfragt. Bleibt das Politische, zum Beispiel in den Formen von aktivistischer Selbstorganisation, Protesten, Allianzen dauerhaft und notwendigerweise umstritten, öffnet sich ein (Ver-)Handlungsraum, der eine politische Richtung oder einen Kurs eher erstreitet als einen Konsens. Die Projekte erinnern uns mit unterschiedlichen Mitteln daran, dass die Grenzen zwischen Natur, Kultur und Kommerz ebenso wie jene zwischen Mensch und nicht-menschlichen Akteur*innen konstruiert und kontingent sind. Sie alle sind sowohl Subjekte und Objekte von Aushandlungsprozessen, die nicht in Konsensmaschinen verfeuert oder ausgeschlossen werden sollten, sondern gerade in ihrer Konflikthaftigkeit Eingang ins Politische finden könnten. Durch das Offenbleiben der politischen Differenz zwischen Politik und dem Politischen würden die antagonistische Bedeutung und der folglich ebenfalls umstrittene Umgang mit dem öffentlichen Gut Luft erhalten bleiben – und das Politische wäre vielleicht doch (noch) nicht ausgestorben.

Die Bauhaus-Universität Weimar unterstützt die Publikation dieses Beitrags durch eine institutionelle Vereinbarung zur Finanzierung von Publikationsgebühren.

Endnoten

- [1] Der Ausruf des Anthropozäns im Jahr 2000 erhob den Menschen zu einer geologischen Instanz, die das Erdsystem nachhaltig verändert und Massenaussterben einschließlich menschlicher Kollateralschäden impliziert (Crutzen/Schwägerl 2011; Crutzen/Stoermer 2000).
- [2] https://www.hkw.de/de/programm/themen/das_anthropozaen_am_hkw/das_anthropozaen_am_hkw_start.php (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- [3] <https://theanthropocene.org/film/> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- [4] <https://www.nhm-wien.ac.at/dahinschmelzen> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- [5] Angesichts der multi-sensorischen Belastung/Erfahrung der Stadt (Howes/Classen 2014; Low/Kalekin-Fishman 2018) möchten wir über das latente Primat des Visuellen beziehungsweise über ‚visuelle Verschmutzung‘ (z. B. in Form von aktiver und passiver Werbung durch Bildschirme, Poster, Graffiti, Einschränkungen von Sichtachsen durch Bebauung oder den Verlust der Nacht durch Beleuchtung im Vordergrund, vgl. Portella 2016) in der städtischen Wahrnehmung hinausgehen. Gerade weil auch in der Problematisierung des Anthropozäns viel auf visuelle Medien wie Fotografie oder Film zurückgegriffen wird (Mirzoeff 2014; Nixon 2014) und damit Anthropozän als vorrangig visuelles Phänomen verstärkt werden könnte, fokussiert sich unsere Auswahl künstlerischer und gestalterischer Positionen auf installative, performative und objektbasierte Arbeiten, ohne jedoch die damit einhergehende Visualität der Projekte zu missachten. Weiterhin begrenzt sich die Fallauswahl auf künstlerisch-gestalterische Positionen, die sich spezifisch mit urbaner Luft, Luftverschmutzung, Staub und Smog beschäftigen.
- [6] In der andauernden Kontroverse über die Wechselwirkungen und Unterschiede zwischen Affekt und Emotion, insbesondere im Hinblick auf Affekt als eingeschrieben in Körperlichkeit und/oder Materialität, sowie die Debatte, ob Affekt prä-kognitiv zu betrachten sei, verweisen wir auf die Schwierigkeit, Affekte ohne individuelle emotionale und verkörperlichte Wahrnehmungen analytisch zu erschließen (Hemmings 2005; Leys 2011). Wir fokussieren uns also auf die Mobilisierung von Affekten im weiteren Sinne als „Agent*innen für sozialen Wandel“ (Fox/Alldred 2017: 13), ohne diese streng nach Affekt oder Emotion zu unterscheiden (siehe auch Ahmed 2014: 97; Hemmings 2005; Wetherell 2012). Weiterhin nehmen wir keine Wertung oder Einordnung von affektiven Implikationen als gerichtet, wie zum Beispiel positiv oder negativ, gut oder schlecht, vor.
- [7] In Bezug auf affektive Methodologien verstehen wir empirisches Material als ‚verkörperlichte Daten‘ (*embodied data*), die entweder ‚emisch‘ vom affizierten Körper selbst oder ‚etisch‘ von einer externen Beobachter*in produziert werden (Knudsen/Stage 2015: 8). Angesichts unserer Nicht-Teilnahme beziehungsweise unseres Nicht-Erlebens der Projekte folgt unsere Analyse ‚etisch‘. Das heißt, unsere eigenen affektiven Wahrnehmungen der künstlerischen Interventionen koproduzieren diese als affektive Assemblagen; die Assemblagen selbst gehen über singuläre oder materiell einzugrenzende Kunstobjekte hinaus. Die Datenauswertung umfasst Interviews mit Amy Balkin (AB) und Nut Brother (NB) sowie Dokumentationen der Performances, Presse- und Theorietexte. Eine Interviewanfrage an Daan Roosegaarde wurde höflich abgelehnt mit der Begründung, dass es sich um ein abgeschlossenes Projekt handele und der Fokus derzeit auf aktuellen Projekten liege.
- [8] <http://www.publicsmog.org/> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- [9] Amy Balkin, online Interview, Berlin, 2.1.2019.
- [10] <http://twenty-nine.fibrejournal.org/fcj-219-the-sensed-smog-smart-ubiquitous-cities-and-the-sensorial-body/> (letzter Zugriff am 20.12.2018).
- [11] <https://goodanthropocenes.net/definitions-of-a-good-anthropocene/> (letzter Zugriff am 23.3.2020).
- [12] Nut Brother, online Interview, Berlin, 7.2.2019. Alle folgenden Zitate von Nut Brother stammen aus diesem Interview, im Folgenden gekennzeichnet als NB 2019.
- [13] <https://www.studioroosegaard.net/project/smog-free-tower> (letzter Zugriff am 24.3.2020).
- [14] <https://www.studioroosegaard.net/project/smog-free-ring> (letzter Zugriff am 23.3.2020).
- [15] <https://awards.mediaarchitecture.org/mab18/projects/> (letzter Zugriff am 23.3.2020).

Autor_innen

Friederike Landau, Stadtsoziologin und politische Theoretikerin, interessiert sich für Formen künstlerischen Aktivismus im Spannungsfeld zwischen Politik und dem Politischen.
friederike.landau@metropolitanstudies.de

Alexandra Toland, bildende Künstlerin und Landschaftsplanerin, arbeitet zu Dialogen zwischen Bodenwissenschaftler*innen und Künstler*innen sowie in ihrer eigenen künstlerischen Arbeit mit Staub.
alexandra.toland@uni-weimar.de

Literatur

- Ahmed, Sara (2014): Affect/Emotion: Orientation Matters. A conversation with Sigrid Schmitz and Sara Ahmed. In: *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien* 20/2, 97-108.
- Anderson, Ben (2009): Affective atmospheres. In: *Emotion, Space and Society* 2/2, 77-81.
- Balkin, Amy (2012): Public Smog (2004-ongoing). In: *Tecnoscienza – Italian Journal of Science and Technology Studies* 2/3, 1-4.
- Balkin, Amy (2015): Public Smog – A project by Amy Balkin. In: Etienne Turpin / Heather Davis Heather (Hg.), *Art in the Anthropocene: Encounters Among Aesthetics, Politics, Environments and Epistemologies*. London: Open Humanities Press, 341-347.
- Bennett, Elena M. et al. (2016): Bright spots. Seeds of a good Anthropocene. In: *Frontiers in Ecology and the Environment* 14/8, 441-448.
- Berke, Jeremy (2015): Beijing's air pollution is so bad a man made a ‚smog brick‘ out of it. In: *Business Insider*, 1.12.2015. <https://www.businessinsider.com/beijing-air-pollution-inspires-man-to-make-a-smog-brick-2015-12?r=DE&IR=T> (letzter Zugriff am 23.3.2020).
- Bignall, Simone (2010): Affect and Assemblage: Ethics beyond Enjoyment. In: Simone Bignall / Paul Patton (Hg.), *Deleuze and the Postcolonial*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 78-102.
- Bishop, Claire (Hg.) (2010): *Participation*. London: Whitechapel.
- Buckley, Chris; Wu, Adam (2015): Amid Smog Wave, an Artist Molds a Potent Symbol of Beijing's Pollution. In: *New York Times*, 1.12.2015. <https://www.nytimes.com/2015/12/02/world/asia/beijing-smog-air-pollution-artist-brick.html> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Buser, Michael / Bonura, Carlo / Fannin, Maria / Boyer, Kate (2013): Cultural activism and the politics of place-making. In: *City* 17/5, 606-627.
- De Cauter, Lieven / de Roo, Ruben / Vanhaesebrouck, Karel (2011): *Art and activism in the age of globalization*. New York: NAi Publishing.
- Crutzen, Paul / Schwägerl, Christian (2011): Living in the Anthropocene: Toward a New Global Ethos. In: *Yale Environment* 360, 24.1.2011. https://e360.yale.edu/features/living_in_the_anthropocene_toward_a_new_global_ethos (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Crutzen, Paul / Stoermer, Eugene (2000): The „Anthropocene.“ In: *Global Change Newsletter* 41, 17-18.
- Davis, Heather / Todd, Zoe (2017): On the Importance of a Date, or, Decolonizing the Anthropocene. In: *Critical Geographies* 16/4, 761-780.
- Davis, Heather / Turpin, Etienne (2015): *Art in the Anthropocene: Encounters Among Aesthetics, Politics, Environments and Epistemologies*. o. O.: Open Humanities Press.
- Davis, Mike (1999): *Ecology of Fear. Los Angeles and the Imagination of Disaster*. New York: Vintage Books.
- Demos, Thomas J. (2009): *The Politics of Sustainability: Contemporary Art and Ecology*. In: Barbican Art Gallery (Hg.), *Radical Nature. Art and Architecture for a Changing Planet 1969-2009*. Köln: Walther König, 16-30.
- Demos, Thomas J. (2017): *Against the anthropocene. Visual Culture and Environment Today*. Santa Monica: Sternberg Press.
- Derickson, Kate Driscoll / MacKinnon, Danny (2015): Toward an Interim Politics of Resourcefulness for the Anthropocene. In: *Annals of the Association of American Geographers* 105/2, 304-312.

- Estok, Simon C. / Chou, Shiuuhuah Serena (2017): The City and the Anthropocene. In: *Concentric: Literary and Cultural Studies* 43/1, 3-11.
- Falb, Daniel (2015): Epistemologies of Art in the Anthropocene. In: Christoph Behnke / Cornelia Kastelan / Valérie Knoll (Hg.), *Art in the Periphery of the Center*. Berlin: Sternberg Press, 302-317.
- Fox, Nicholas J. / Alldred, Pam (2017): *Sociology and the New Materialism. Theory, Research, Action*. Los Angeles u. a.: Sage.
- Gregg, Melissa / Seigworth, Gregory J. (2011): *The affect theory reader*. North Carolina: Duke University Press.
- Hamilton, Clive (2014): The New Environmentalism Will Lead Us to Disaster. So-called ecopragmatists say we can have a „good Anthropocene“. They're dead wrong. In: *Scientific American* 19.6.2014. <https://www.scientificamerican.com/article/the-new-environmentalism-will-lead-us-to-disaster> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Haraway, Donna Jeanne (2016): *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene. (Experimental Futures: Technological Lives, Scientific Arts, Anthropological Voices)*. Durham: Duke University Press.
- Haraway, Donna Jeanne / Kenney, Martha (2015): Anthropocene, Capitalocene, Chthulucene. In: Etienne Turpin / Heather Davis (Hg.), *Art in the Anthropocene: Encounters Among Aesthetics, Politics, Environments and Epistemologies*. London: Open Humanities Press, 255-270.
- Hemmings, Clare (2005): Invoking Affect. In: *Cultural Studies* 19/5, 548-567.
- Hieber, Lutz / Möbius, Stephan (2011): *Ästhetisierung des Sozialen. Reklame, Kunst und Politik im Zeitalter visueller Medien*. München: Beck.
- Ho, Victoria (2015): Chinese artist creates a brick from Beijing's smog that he vacuumed. In: *Mashable*, 1.12.2015. <https://mashable.com/2015/12/01/beijing-smog-brick/?europa=true> (letzter Zugriff am 23.3.2020).
- Hollands, Robert / Vail, John (2012): The art of social movement. Cultural opportunity, mobilisation, and framing in the early formation of the Amber Collective. In: *Poetics* 40/1, 22-43.
- Howes, David / Classen, Constance (2014): *Ways of Sensing. Understanding the senses in society*. London: Routledge.
- Ingrim, Mrill (2011): Eliciting a response through art. In: *Nature Climate Change* 1, 133-134.
- Jasanoff, Sheila (2010): A New Climate for Society. In: *Theory, Culture & Society* 27/2-3, 233-253.
- Jessop, Bob (2014): Repoliticising depoliticisation. Theoretical preliminaries on some responses to the American fiscal and Eurozone debt crises. In: *policy & politics* 42/2, 207-223.
- Juris, Jeffrey S. / Khasnabish, Alex (2013): *Insurgent Encounters. Transnational Activism, Ethnography, and the Political*. Durham/London: Duke University Press.
- Kaika, Maria / Swyngedouw, Erik (2014): Radical urban political-ecological imaginaries Planetary urbanization and politicizing nature. In: *Eurozine* 2014.
- Karaliotas, Lazaros / Bettini, Giovanni (2016): Urban resilience, the local and the politics of the Anthropocene: reflections on the future of the urban environment. In: Kevin Archer / Kris Bezdecny (Hg.), *Handbook of Cities and the Environment*. Northampton: Edward Elgar Publishing, 1-17.
- Kester, Grant H. (Hg.) (1998): *Art, Activism, and Oppositionality. Essays from Afterimage*. Durham: Duke University Press.
- Klingan, Katrin / Sepahvand, Ashkan / Rosol, Christoph / Scherer, Bernd M. (Hg.) (2015): *Textures of the Anthropocene. Grain, Vapor, Ray*. Berlin: Haus der Kulturen der Welt.
- Klößner, Christian / Hertwich, Edgar / Borner, Jochen / Zienert, Martina / Kintisch, Eli / Jury, Sam / Buckham, D. / Swimm, J. / Stern, P.C. / Huybers, Peter (2014): Klimakunst als Kommunikationsmittel? CLIMART – Ein Projekt, das Potenziale und Grenzen auslotet. In: *Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung*. http://kmgne.de/wp-content/uploads/2014/10/2014_Climart_Klimakunst.pdf (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Knudsen, Britta Timm / Stage, Carsten (Hg.) (2015): *Affective Methodologies. Developing Cultural Research Strategies for the Study of Affect*. London: Palgrave Macmillan.
- Kølvraa, Christoffer (2015): Affect, Provocation, and Far Right Rhetoric. In: Britta Timm Knudsen / Carsten Stage (Hg.), *Affective Methodologies*. London: Palgrave Macmillan, 183-201.

- Landau, Friederike (2019): *Agonistic Articulations in the ‚Creative‘ City. On New Actors and Activism in Berlin’s Cultural Politics*. London/New York: Routledge.
- Landau, Friederike / Roskamm, Nikolai (2018): [Un]settling the City. In: *engagee – Rebel Cities, Radical Democracy* 6/7, 73-77.
- Landau, Friederike / Toland, Alexandra (im Ersch.): *Sensing the Injustice of Dust: Exploring Activist Artistic Approaches to Politicize Air Pollution*.
- Leys, Ruth (2011): *The Turn to Affect. A Critique*. In: *Critical Inquiry* 37/3, 434-472.
- Low, Kelvin E. Y. / Kalekin-Fishman, Devorah (Hg.) (2018): *Senses in Cities. Experiences of Urban Settings*. London/New York: Routledge.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2013): *Das unmögliche Objekt: Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- McKee, Yates (2017): *Strike Art. Contemporary Art and the Post-Occupy Condition*. London/New York: Verso.
- Michel, Boris / Roskamm, Nikolai (2013): *Einführung – Die ‚postpolitische Stadt‘*. In: *sub\urban* 1/2, 9-16.
- Mirzoeff, Nicholas (2014): *Visualizing the Anthropocene*. In: *Public Culture* 26/2, 213-232.
- Mohr, Henning / Landau, Friederike (2017): *Interventionen als kreative Praxisform: Die Suche nach Neuheit als gesellschaftliches Phänomen*, In: Julia-Lena Reinermann / Friederike Behr (Hg.), *Experimentalstadt*. Wiesbaden: Springer VS, 59-79.
- Moore, Jason W. (2016): *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*. St. Paul: KAIROS Press.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the political (Thinking in Action)*. London/New York: Routledge.
- Neimanis, Astrida / Åsberg, Cecili / Hedrén, Johan (2015): *Four Problems, Four Directions for Environmental Humanities: Toward Critical Posthumanities for the Anthropocene*. In: *Ethics and the Environment* 20/1, 67-97.
- Nixon, Rob (2014): *The Great Acceleration and the Great Divergence: Vulnerability in the Anthropocene*. In: *MLA Professional*, März 2014. <https://profession.mla.org/the-great-acceleration-and-the-great-divergence-vulnerability-in-the-anthropocene> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Phillips, Tom (2015): *China’s vacuum-cleaner artist turning Beijing’s smog into bricks*. In: *The Guardian*, 1.12.2015. <https://www.theguardian.com/world/2015/dec/01/chinese-vacuum-cleaner-artist-turning-beijings-smog-into-bricks> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Portella, Adriana (2016): *Visual Pollution. Advertising, Signage and Environmental Quality*. London/New York: Routledge.
- Reestorff, Camilla M. (2015): *From Artwork to Net-Work: Affective Effects of Political Art*. In: Britta Timm Knudsen / Carsten Stage (Hg.), *Affective Methodologies*. London: Palgrave Macmillan, 201-222.
- Renn, Jürgen / Scherer, Bernd (Hg.) (2017): *Das Anthropozän. Zum Stand der Dinge*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Renn, Jürgen / Karkowsky, Stephan (2018): *Ein Massensterben, das der Mensch zu verantworten hat*. In: *Deutschlandfunk Kultur*, 23.7.2018. https://www.deutschlandfunkkultur.de/anthropozoen-und-biodiversitaet-ein-massensterben-das-der.1008.de.html?dram:article_id=423565 (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Rowan, Rory (2015): *Extinction as Usual? Geo-Social Futures and Left Optimism*. In: *e-flux*, 31.7.2015. <http://supercommunity.e-flux.com/texts/extinction-as-usual-geo-social-futures-and-left-optimism> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Ruddick, Sue (2015): *Situating the Anthropocene. Planetary urbanization and the anthropological machine*. In: *Urban Geography* 36/8, 1113-1130.
- Schlick, Leonie (2019): *Großes Problem, smarte Lösung: Smog Free Tower*. In: *Capital*, 8.7.2019. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/grosses-problem-smarte-loesung-smog-free-tower> (letzter Zugriff am 20.3.2020).
- Scott, Emily Eliza (2014): *Field Effects: Invisible-5’s Illumination of Peripheral Geographies*. In: *Art Journal* 69/4, 38-47.
- Street, Alice (2012): *Affective Infrastructure*. In: *Space and Culture* 15/1, 44-56.
- Swyngedouw, Erik (2009): *The Antinomies of the Postpolitical City. In Search of a Democratic Politics of Environmental Production*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.

- Swyngedouw, Erik (2010): Apocalypse Forever? In: Theory, Culture & Society 27/2-3, 213-232.
- Swyngedouw, Erik (2011): Interrogating post-democratization. Reclaiming egalitarian political spaces. In: Political Geography 30/7, 370-380.
- Swyngedouw, Erik / Ernstson, Henrik (2018): Interrupting the Anthro-obScene: Immuno-biopolitics and Depoliticizing Ontologies in the Anthropocene. In: Theory, Culture & Society 35/6, 3-30.
- Wetherell, Margaret (2012): Affect and Emotion. A New Social Science Understanding. London u. a.: Sage.
- Woddis, Jane (2005): Spear-Carriers or Speaking Parts? Arts Practitioners in the Cultural Policy Process. Warwick: University of Warwick, Centre for Cultural Policy Studies.
- Yusoff, Kathryn / Gabrys, Jennifer (2011): Climate change and the imagination. In: Advanced Review 2, 516-536.

Seeing, smelling, saving air.

The Anthropocene of the (post)political city

This article discusses the post-political city within an increasing academic and activist debate about the Anthropocene, which describes the ecological and socio-political implications of human action on the earth's surface. Based on three empirical case studies, we explore how the specifically anthropogenic (i.e., human-made) crisis of urban air pollution is problematized in artistic projects. In the context of the acclaimed rise of postpolitics, we discuss, on the one hand, how the ambivalent discourse of the Anthropocene era favors depoliticization, and, on the other hand, how it opens up new possibilities for the repoliticization of global environmental challenges.

Städte des Globalen Südens im Fokus von Klima- und Entwicklungsfinanz

Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung

Monika Grubbauer
Hanna Hilbrandt

Dieser Aufsatz untersucht die Verschiebung von Finanzialisierungsprozessen unter dem Vorzeichen von klima- und entwicklungspolitischen Agenden auf das Terrain der Stadt. Mit der Fokussierung von Finanzmärkten auf ökologisch nachhaltige Projekte sowie deren Involvierung in entwicklungspolitische Handlungsstrategien hat sich das Engagement von Finanzmärkten nicht nur sektoral, sondern auch geographisch verbreitet und vertieft. Die globale Governance von Klima- und Entwicklungspolitik zielt verstärkt auf Städte in sogenannten „emerging markets“. Die damit einhergehenden organisatorischen, diskursiven und regulativen Verschiebungen werden in kritischen Teilen der Wirtschaftsgeographie (Bracking 2015a; Ouma/Johnson/Bigger 2018), der Entwicklungsforschung (Mader 2017; Mawdsley 2018) und der Nachhaltigkeitsforschung (Asiyanbi 2017) randständig auch ihrer städtischen Dimension diskutiert. Die neue Bedeutung der Stadt als Akteur, Objekt und Ort von klima- und entwicklungspolitischen Interventionen, die auf Vertiefung und Ausweitung von Kapitalflüssen aufbauen, ist jedoch in gegenwärtigen stadtpolitischen und Stadtforschungsdebatten noch nicht ausreichend erfasst.

Ziel unseres Beitrags ist es, die beschriebenen Entwicklungen nachzuzeichnen und ihre Wirkung im Kontext finanziellierter Stadtentwicklungsdynamiken herauszuarbeiten. Theoretisch nehmen wir Bezug auf Ansätze der politischen Ökonomie und politischen Ökologie, um zu beleuchten, inwiefern die Verknüpfung von klima- und entwicklungspolitischen Agenden auf dem Terrain der Stadt Prozesse der Reregulierung, Disziplinierung und Entpolitisierung befördert. Abschließend leiten wir daraus eine Agenda für zukünftige Forschung ab.

Ersteinreichung: 12. August 2019; Veröffentlichung online: 24. April 2020
An English abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Spätestens seit der globalen Finanzkrise von 2008 argumentieren breite Teile der Politik und der Finanzwirtschaft, dass drängende Problemlagen in Bezug auf Klimawandel und Armutsbekämpfung ohne die weitergehende Einbeziehung der Finanzmärkte nicht zu bewältigen seien.[1] In der Folge beobachtet die kritische Forschung zwei zunehmend verschränkte Entwicklungen: Zum einen die verstärkte Fokussierung von Finanzmärkten auf ökologisch nachhaltige Projekte; zum anderen deren Involvierung in entwicklungspolitische Strategien. Im Zuge beider Entwicklungen hat sich das Engagement von Finanzmärkten nicht nur sektoral, sondern auch geographisch verbreitet und vertieft. Beide Entwicklungen zielen insbesondere auf sogenannte ‚emerging markets‘, Niedrig und Mittlereinkommensländer, die als Wachstumsmärkte

gelten (Carroll/Jarvis 2015). Dabei geraten insbesondere die Städte in den Fokus einer finanzierten Klima- und Entwicklungspolitik. Dieser Artikel untersucht, wie sich die gegenwärtige Neuausrichtung von globalen klima- und entwicklungspolitischen Handlungsfeldern auf dem Terrain der Stadt manifestiert, welche Konsequenzen sich abzeichnen und welcher Forschungsbedarf sich daraus für die kritische Stadtforschung ergibt.

Die Relevanz verstärkter Urbanisierungsprozesse sowie deren Herausforderungen und Chancen für die Klima- und Entwicklungspolitik sind weitgehend unumstritten (McGuirk/Bulkeley/Dowling 2016). Konsens globaler politischer Programme ist, dass gegenwärtige Klima- und Entwicklungskrisen in Städten zu lösen seien – vor allem in Städten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas (UNEP 2013; Intergovernmental Panel on Climate Change 2014). Das 2015 verabschiedete urbane Ziel der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung und die Neue Urbane Agenda 2016 (United Nations 2016) werden auch wissenschaftlich weit rezipiert (Barnett/Parnell 2016, 2018; Caprotti et al. 2017; Satterthwaite 2017; Pieterse/Parnell/Haysom 2018). Demgegenüber weniger diskutiert werden die Bemühungen, Finanzmärkte wesentlich in die Umsetzung dieser Ziele einzubeziehen. Dabei sind die globalen Anstrengungen hinter dieser Agenda enorm: Schon vor Verabschiedung der *Sustainable Development Goals* (SDGs) hat die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (United Nations 2015) die Weichen für eine stärker finanzmarktorientierte Ausrichtung der Entwicklungspolitik gestellt. Aber auch die SDGs setzen in wesentlichen Punkten auf die Finanzwirtschaft (Mader 2017: 462; Weber 2017; Mitlin/Colenbrander/Satterthwaite 2018). Chancen und Möglichkeiten von Finanzmärkten in diesen Bereichen sind längst in Details ausbuchstabiert (Stern 2007; UNEP 2011; Zadek 2013).

Wir zeigen in diesem Artikel, wie sich die Verschneidung von globalen klima- und entwicklungspolitischen Agenden im städtischen Kontext exemplarisch manifestiert und argumentieren, dass die Verschränkung beider finanzpolitischer Handlungsfelder und ihre Fokussierung auf städtische Kontexte auch in der wissenschaftlichen Reflexion ein stärkeres Zusammendenken verschiedener disziplinärer Felder und Debatten erfordert. Wir bauen hierfür auf kritischen Debatten um die Finanzialisierung von Klima- und Entwicklungspolitik in Teilen der Wirtschaftsgeographie (Bracking 2015b; Ouma/Johnson/Bigger 2018), der Entwicklungsforschung (Mader 2017; Mawdsley 2018) und der Nachhaltigkeitsforschung (Asiyanbi 2017) auf. Dabei benennt die Literatur drei wesentliche Effekte der beschriebenen Entwicklungen, die fruchtbare Anknüpfungspunkte für die Stadtforschung bieten: Zu diesen Effekten gehört, erstens, ein erhöhter politischer Druck auf Nationalstaaten und Kommunen, den notwendigen regulatorischen Rahmen bereit zu stellen, wobei Städte als ‚Partnerinnen‘ eingebunden werden und die städtische Ebene vielfach als Testfall für weitergehende Reregulierungsprozesse dient (Roy 2010; Weber 2017). Damit einher geht, zweitens, die Disziplinierung von individuellem und staatlichem Handeln auf kommunaler Ebene durch die Ausrichtung an normativen Entwicklungszielen mit einer Vielzahl neuer Instrumente zur Bewertung kommunaler Projekte und Programme (Kopnina 2016; Briant Carant 2017; Weber 2017; Spann 2017). Die dritte Konsequenz der ‚Urbanisierung‘ von finanziellierter Klima- und Entwicklungspolitik besteht in der Depolitisierung

der öffentlichen und fachlichen Debatten durch die Verschiebung von politischen Konflikten in den Bereich technischer Fragestellungen und die Umgehung demokratiepolitischer Prozesse (Rosol/Béal/Mössner 2017; Besedovsky 2018; Long/Rice 2018).

Im Anschluss an diese Debatten stellen wir die These auf, dass die Fokussierung von Klima- und Entwicklungsfinanz auf urbane Räume kommunale Akteure vor neue Herausforderungen stellt und sich deutliche Auswirkungen auf Stadtentwicklungsprozesse abzeichnen. Gleichzeitig konstatieren wir, dass gegenwärtige stadtpolitische und stadtforschungsbezogene Debatten die neue Bedeutung der Stadt als Akteur, Objekt und Ort in/von klima- und entwicklungspolitischen Interventionen, die auf Finanzmarktinklusivierung und der globalen Ausweitung von Kapitalflüssen aufbauen, noch nicht ausreichend erfassen. Um kritische Debatten der genannten Themen für die Stadtforschung zu erschließen und daraus eine Agenda für zukünftige Forschung abzuleiten, baut dieser Artikel auf einem ausführlichen Überblick über die relevante Literatur in Disziplinen und Zeitschriften auf, die bislang nur wenig in den *Urban Studies* und insbesondere innerhalb der deutschsprachigen Stadtforschung rezipiert wurden. Dies wird ergänzt durch empirische Befunde, die wir aus laufenden beziehungsweise gerade abgeschlossenen Forschungsprojekten ziehen. Dabei handelt es sich um Projekte zu neuen Instrumenten der Mikrofinanzierung in Mexiko (Grubbauer i. E.), zu grünen Kommunalanleihen (Hilbrandt/Grubbauer 2020) sowie zur *City Creditworthiness Initiative* der Weltbank (Grubbauer/Hilbrandt i. E.). Im Rahmen dieser Forschungsprojekte wurden Interviews mit Expert*innen in Entwicklungszusammenarbeit, Lokalbürokratie und Finanzwirtschaft durchgeführt, auf die wir uns in diesem Artikel punktuell beziehen.

Im Folgenden bilden wir zunächst die disziplinspezifischen Literaturdiskussionen zur Finanzialisierung von Klima und Entwicklung ab und reflektieren die neue Bedeutung von Städten des globalen Südens in diesen Entwicklungen. Zweitens diskutieren wir, wie diese Neuausrichtung globaler Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden im Hinblick auf Prozesse der Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung theoretisiert werden könnte. Drittens skizzieren wir eine Agenda für theoretische und empirische Erweiterungen der (deutschsprachigen) kritischen Stadtforschung im Bereich dieser Themenfelder.

2. Städte des Südens im Fokus von Klima- und Entwicklungsfinanz

Spätestens seit der Verabschiedung der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung (United Nations 2015) beobachten Autor*innen, wie ein breiter Konsens über die Bedeutung ökologischer Nachhaltigkeit durch immer weitere Kreise privater und politischer Akteure getragen und für finanzwirtschaftliche Agenden nutzbar gemacht wird (Rosol/Béal/Mössner 2017; Sullivan 2017). Auch in der Entwicklungsforschung beobachten kritische Autoren*innen, dass die klassische Partnerschaftszusammenarbeit durch eine neue Agenda ersetzt wird, in deren Zentrum das Konzept der *financial inclusion* steht, welches die Ausweitung von profitorientierten Finanzdiensten als Lösung für die Bekämpfung von Armut propagiert (Soederberg 2013; Carroll/

Jarvis 2015; Mader 2017). Die fortschreitende Urbanisierung von Armut mit wachsenden Zahlen von Stadtbewohnenden, die keinen Zugang zu formellen Arbeitsmärkten und angemessener sozialer und infrastruktureller Versorgung haben (Parnell/Pieterse 2010), sowie die Erkenntnis, dass Städte 60 bis 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs und 75 Prozent der CO₂-Emissionen verursachen (UNEP 2011: 20), machen vor allem die schnell wachsenden Städte des globalen Südens zum zentralen Interventionsfeld finanzialisierter Klima- und Entwicklungspolitik (Pieterse 2011: 309).

Das neue Aufgabenverständnis der Rolle des Finanzmarktes im Hinblick auf Klima und Entwicklung beruht auch auf einer neuen Konzeptionierung der Rolle der Stadt und städtischer Verantwortung. Klimapolitik wird vermehrt auch auf städtische Räume bezogen und Stadtentwicklung damit ein wichtiges Handlungsfeld für *Global Climate Finance* (GCF, Entwicklungsfinanzierung, die im Einklang mit den Grundsätzen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) steht). Das zeigt sich an einer Reihe gut dotierter Programme, die darauf abzielen, Städte eng in die Lösung der Klimakrise einzubinden und ihnen hierbei zentrale Rollen zuzuweisen. Exemplarisch sind hier die von der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) geförderte Initiative *FeliCity* oder die Aktivitäten des Städtetzwerks C40 im Rahmen der *Climate Leadership Initiative* und der *Cities Finance Facility*. Auch die neue Verantwortung des Finanzmarktes in der Armutsbekämpfung richtet sich nicht mehr ‚nur‘, wie in der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, auf ländliche Räume; vielmehr verschiebt finanzielle Inklusion Ideen und Diskurse und damit implizit auch Fragen der Verantwortung in Richtung Stadt. Dabei verändert sich neben der Problematisierung der Stadt als Verursacherin von Risiken und zentralem Ort der Intervention auch die Vorstellung der Möglichkeiten und Rollen von Städten in der Lösung dieser Krisen. Auch hier sind die oben genannten Aktivitäten von C40 exemplarisch: Städte des Südens sind darin nicht länger nur als Orte der Bekämpfung von Klimakrisen und Armut konzipiert, sondern auch Innovatorinnen im Sinne von Best Practice-Beispielen.

Dieses Kapitel beschreibt zentrale Entwicklungen, durch die sich Ideen verändern, Akteure an Macht gewinnen und Instrumente geschaffen werden, um ökologische Nachhaltigkeit und Entwicklungsziele im modernen Finanzmarktkapitalismus zu integrieren. Zum einen beobachten kritische Autoren*innen die Entstehung neuer Märkte durch die profitorientierte Verwertung ‚ökologischer Nachhaltigkeit‘ durch die Finanzindustrie (Engels 2007; Pollard et al. 2008; Bracking 2012a; Fairbairn 2014; Feist/Fuchs 2014; Dempsey/Suarez 2016; Asiyambi 2017; Christophers 2018). Zum anderen verweisen aktuelle Debatten in der Entwicklungsforschung auf eine stärkere Durchdringung von entwicklungspolitischen Agenden mit Logiken, Instrumenten und Akteuren der Finanzindustrie (Weber 2004; Roy 2010; Jones 2012; Aitken 2013; Bond 2013; Carroll/Jarvis 2015; Isakson 2015; Mader 2015; Bracking 2016; Alami 2018; Harrison 2019). Wir zeigen im Folgenden auf, welche neuen Akteurskonstellationen und Neuerungen in den Politikinstrumenten mit dieser Neuausrichtung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden auf globaler Ebene einhergehen und arbeiten im Anschluss daran heraus, wie die Stadt in diesen Prozessen – als zentraler

Akteur, als Objekt der Intervention und als Ort der Profitgenerierung – an Bedeutung gewinnt.

2.1. *Neue Finanzakteure und Finanzinstrumente globaler Klima- und Entwicklungspolitik*

Die finanzmarktorientierte Neuausrichtung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden geht mit neuen Aufgaben für öffentliche und privatwirtschaftliche Akteure sowie der Neu-etablierung von Akteuren und der Neugründung von Netzwerken einher, baut aber auch auf der Einführung neuer Regulierungs- und Steuerungsinstrumente auf. Zusammen hat dies weitgehende Verschiebungen von Begriffsdefinitionen und letztlich auch Machtverhältnissen zur Folge.

In der *green economy*, die ökologische Modernisierung und Umweltinnovationen mit wirtschaftlichem Wachstum verbinden soll (Umweltbundesamt 2017), und konkret in den Projekten der *GFC*, gehören zu den neuen Akteuren Investor*innen, Verbände und Interessensvertretungen, Thinktanks, internationale Regierungsorganisationen, Klima-(I)NGOs, Verifizierungs- und Normenorganisationen, Expert*innen und viele mehr. Ähnliches lässt sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit beobachten. Neben multilateralen Entwicklungsorganisationen, Wohltätigkeits-einrichtungen und Stiftungen rücken Akteure in den Vordergrund, die keinen wohlfahrtsstaatlichen Auftrag haben, etwa Kreditgeber und Kreditkartenunternehmen, große Banken, Unternehmensberatungen, Technologiefirmen, Mobilfunkanbieter und andere Akteure der Geschäftswelt. In beiden Politikfeldern verändern sich die Abläufe und Strukturen bestehender Entwicklungsorganisationen, vor allem solcher, die (neuerdings) als Finanzintermediäre fungieren. Dabei beobachtet die Literatur, wie Selbstverständnis und Aufgabenverteilung zwischen Weltbank, NGOs und staatlichen Akteuren vor allem im Globalen Süden stärker aneinanderrücken (Duffy 2006). Staatliche Akteure schaffen nicht länger nur die regulativen Rahmenbedingungen von Investitionen, vielmehr arbeiten Staat und (Finanz-)Wirtschaft gemeinsam an der Mobilisierung von (internationalem) Finanzkapital. So fördert beispielsweise das Programm des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem Namen *develoPPP.de* das Engagement von Investor*innen in den Bereichen, wo das Ministerium ‚entwicklungspolitischen Handlungsbedarf‘ sieht.

Die Finanzialisierung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden erfordert ein anspruchsvolles *financial engineering* und hat eine Reihe neuerer ‚nachhaltiger‘ Technologien und Produkte hervorgebracht. Im Bereich der *green economy* gehören zu den neueren Finanzierungsmechanismen grüne Kommunalanleihen (Hilbrandt/Grubbauer 2020), *clean development mechanisms*, also Mechanismen zur Treibhausgasreduktion (Bracking 2015a), CO₂-Emissionsrechte (Engels 2007; MacKenzie 2009; McAfee 2016), Katastrophenanleihen (sogenannte ‚*cat-bonds*‘) (Johnson 2013) oder REDD+-Mechanismen (Pasgaard 2015). Auch die Umsetzung der *Financial-Inclusion-Agenda* geht mit der Entwicklung neuer Finanzinstrumente einher, die sich in Teilen mit den zuvor genannten überschneiden. Beispielsweise arbeitet die Entwicklungspolitik in den

Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt mit Katastrophenanleihen, *Ebola* oder *vaccine bonds* (Anleihen für die Finanzierung von Impfprogrammen), *diaspora bonds* (Anleihen, die sich besonders an im Ausland lebende Staatsangehörige richten, die Mittel auch in Krisenfällen ggf. nicht abziehen) oder *index-based agricultural insurance*, index-basierten Versicherungsfinanzmechanismen, die von Weltbank, Oxfam, UN und der Grameen Foundation propagiert werden, um klimabedingte Risiken von Ernteausfällen für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Ländern des Südens zu mildern (Isakson 2015).

Mit den Veränderungen der Akteurslandschaft und der Politikinstrumente wandeln sich auch die grundlegenden Narrative über Klima und Entwicklung. Das wird insbesondere in der Neubenennung einer Reihe von Schlüsselbegriffen und einer Neubewertung von Orten und Räumen deutlich. Die begrifflichen Verschiebungen manifestieren sich in der Umbenennung von Entwicklungshilfe (*foreign aid*) in *development finance*, oder von Entwicklungsländern in *emerging markets* – Begriffe, die, wie Mader (2016) schreibt, die Wachstumsorientierung der entwicklungspolitischen Diskurse normalisieren. Es lässt sich auch erkennen, dass entwicklungspolitische Programme durch die Neuausrichtung der Förderstrukturen der Geberländer inhaltliche Veränderungen erfahren. Während der Fokus entwicklungspolitischer Programme noch vor zehn Jahren stark auf Governance und Dezentralisierung lag, kommen heute die größten Mittel aus ‚Klimatöpfen‘. Für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bedeutet dies, dass die Klimarelevanz aller Aktivitäten verstärkt belegbar und sichtbar gemacht werden muss (Interview 1).[2]

Gleichzeitig verändern sich auch Ideen über bestimmte Orte und deren Rolle in der Weltökonomie. Ehemalige Peripherien werden zu risikoreichen *frontiers* – Grenträumen potentiell profitabler Investitionen (Mawdsley 2018), während Armutsbekämpfung zu Armutsmanagement oder zu „*client welfare*“ wird (Mader 2017: 472). Zudem verweist die Literatur auf Veränderungen in der Bedeutung verschiedener Maßstabebenen (Bulkeley 2005; Pieterse/Parnell/Haysom 2018). Die Entwicklungsindustrie verbindet Mikro- und Makroebene durch den Anschluss geringverdienender Haushalte an die globale Finanzindustrie beziehungsweise die Integration von Mikrofinanz in globale Kapitalzirkulation (Roy 2010; Young 2010a, b). Mawdsley betont hierbei die Bedeutung von intermediären Akteuren, die zwischen diesen Ebenen verhandeln, etwa Aktienhändler*innen, Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsfirmen, aber auch lokale Multiplikator*innen, die die Rückzahlung von Mikrokrediten überwachen (Mawdsley 2018: 270). Auch Klimaprojekte verbinden Mikro- und Makroebene auf neue Weise, indem städtische Kommunen und Haushalte durch verändertes (Konsum-) Verhalten entscheidend zum Erreichen von Klimazielen beitragen sollen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass dem Finanzsektor Mitverantwortung für die Lösung der globalen ökologischen und entwicklungspolitischen Krise zugewiesen wird. Gleichzeitig verspricht dessen Engagement Wachstum und Profit (Besedovsky 2018: 25). Die historische Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel und die Zentralität des Verursacherprinzips, nach dem umweltrechtliche Verantwortlichkeit für Verunreinigungen dem Verursacher zugeschrieben wird, werden in

Folge negiert. Laut Bracking (2015b) wird Verantwortung stattdessen an verantwortungsvolle Investitionen in ‚nachhaltige‘ Geldanlagen der *green economy* geknüpft. Fragen danach, wie Märkte Ungleichheiten und Risiken generieren und auf Basis welcher Bedingungen Marktinklusioin diese überwinden könnte, blendet die politische Debatte weitgehend aus (Carroll et al. 2019).

2.2. Relevanz für die Stadtentwicklung

Städte des globalen Südens gewinnen in sich verändernden Multilevel-Governance-Beziehungen in drei Aspekten an Bedeutung: als *Akteure* (als politische Institution und Stakeholder), *Objekte* (der Investition in die physisch-materiellen Infrastrukturen und Ökosysteme der Stadt) und als *Orte* (als institutionelle und räumliche Einheit) von und für klima- und entwicklungspolitische Interventionen und Investitionen.

Erstens werden Städte in sich wandelnden Akteurslandschaften wichtige Stakeholder und als solche auch aktiv als Partnerinnen angesprochen. Dabei wirken Städte zum einen als global-politische Akteure (Oosterlynck et al. 2019) auf internationaler Ebene mit. Dieser Bedeutungsgewinn hat sich zuletzt in der Verhandlung eines spezifischen städtischen UN-Nachhaltigkeitsziels (SDG11) gezeigt. Wie Barnett und Parnell (2018: 29) schreiben, konnten Städte in diesem Prozess aktiv ihre Interessen vertreten: „[T]he campaign for an Urban SDG involved the concerted mobilization of networks of local government and urban and regional planning, such as ICLEI (Local Government for Sustainability) and UCLG (United Cities and Local Governments), partnering with UN-level organisations such as Cities Alliance.“ In Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken und städtischen Interessensvertretungen belegt die Durchsetzung eines städtischen Ziels die kollektive Handlungsmacht der städtischen Ebene. Aber auch die wachsende Macht einzelner, besonders globaler Städte in sogenannter „*paradiplomacy*“ (Setzer 2017: 504) wurde zuletzt auch in Klimafragen betont (Barber 2013). In diesen Kontexten tragen städtische Akteure selber aktiv zur Durchsetzung von Finanzialisierungsprozessen bei.

Zum anderen werden auch Sekundärstädte zunehmend als Partnerinnen globaler Klima- und Entwicklungsfinanz adressiert. An den Strategien der Weltbank und anderer entwicklungspolitischer Akteure – etwa der GIZ – lässt sich dies deutlich ablesen. Projekte wie die *City Creditworthiness Initiative* der Weltbank, industriepolitische Aktivitäten der UNIDO oder die *Breathe Better Bond Initiative* der IFC (*International Finance Corporation*, einer zur Weltbank gehörigen Entwicklungsbank) zielen darauf ab, Kommunen einzubinden und gleichzeitig deren Bedarfe im Hinblick auf konkrete Projekte und mögliche Finanzierungsmodelle abzufragen (Grubbauer/Hilbrandt i. E.). Damit einher gehen die Schulung städtischer Mitarbeiter*innen, das Bereitstellen von Wissen und Ressourcen und die Vernetzung der städtischen Akteure untereinander. Als Akteure erlangen Städte des globalen Südens jedoch auch durch die zunehmende Vernetzung durch Partnerschaftsnetzwerke – etwa ICLEI, 100 Resilient Cities, C40 – Sichtbarkeit und Bedeutung. Auch in diesen Initiativen ist das Anliegen zentral, Wissen zu verbreiten und Städte im Aufbau von Finanzinfrastruktur

wesentlich zu unterstützen (Fünfgeld 2015). Aufseiten der Städte ergeben sich für die Verwaltungen aufwendige Lernprozesse, für die Ressourcen und politischer Wille mobilisiert werden müssen (Interview 1).

Zweitens erlangen Städte als *Objekte* Bedeutung, da physisch-materielle Infrastrukturen und städtische Ökosysteme verstärkt für Investitionen der globalen Klima- und Entwicklungsfinanz geöffnet werden. Die notwendigen Finanzinstrumente zur Erschließung von Stadtnatur sind in anderen Ökosystemen schon erprobt – etwa in der Finanzialisierung von Wäldern (To et al. 2012), Umweltschutz (Sullivan 2013), Land und Agrarwirtschaft (Ouma 2014, 2016) und Wasser (Reis 2017). Jedoch bezieht sich die Debatte um GCF nur randständig auf Stadtklima und Stadtnatur und spiegelt damit traditionelle Trennungen im Verständnis von Stadt und Natur (Heynen/Kaika/Swyngedouw 2005). Ähnliches lässt sich in Entwicklungsdebatten konstatieren. Trotz einer dichten, kritischen Debatte um Finanzinklusion wird die zunehmende Verstädterung von Entwicklungsfragen nur mit Ausnahmen reflektiert. Die Fokussierung auf Städte des Südens als Objekte für die Anwendung von Finanzinstrumenten, die Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitiken im Hinblick auf Interessen des Nordens eng miteinander verschränkt, verweist auch auf ein Nord-Süd-Verhältnis, das historische Abhängigkeitsverhältnisse fortschreibt.

Der Handel mit Emissionsminderungsgutschriften baut darauf, Investitionen in die Ressourcen der Länder des globalen Südens zu ermöglichen. Entsprechend sind die in *Policy*-Kreisen viel zitierten ‚Investitionshemmnisse‘ ein zentraler Fokus aktueller Entwicklungsagenden (Scherer/Kramer 2019). So sollen etwa die mangelnde Verfügbarkeit von ausreichend gut vorbereiteten Projekten, höhere Investitionsrisiken und daher geringes Vertrauen in diese Märkte sowie deren begrenzte Kreditwürdigkeit durch entsprechende Instrumente überwunden werden. Zu solchen Politiken der Risikominimierung zählt auch die Mischfinanzierung von Projekten mit öffentlichen Zuschüssen, sogenanntes ‚*blending*‘. Dabei verbessern staatlich finanzierte Zuschüsse Finanzierungsbedingungen und steigern die Rentabilität von Projekten, um privatwirtschaftliche Investitionen auch in sogenannten ‚*least developed countries*‘ zu fördern (UNCDF 2018). Städtische Infrastrukturprojekte im Globalen Süden stellen hier ein zentrales Investitionsfeld dar.

Drittens sind Städte als *Orte* von Investitionen und Interventionen angesprochen, in denen ‚nachhaltige‘ Technologien und Produkte und neue finanztechnische Instrumente implementiert werden. Dies richtet sich zunehmend auch auf Bereiche der Stadtentwicklung und weist insbesondere den Stadtverwaltungen eine neue Rolle als Finanzintermediäre und Partnerinnen von Finanzmarktakteuren zu. Dabei geht es nicht nur darum, dass Initiativen beispielsweise mit Mikrokrediten im informellen Wohnungsbau spezifische Problemlagen von städtischen Haushalten adressieren (Grubbauer i. E.). Vielmehr lässt sich beobachten, dass die subnationale Ebene auch die Funktionen übernimmt, mit Instrumenten zu experimentieren, um politische Interventionen oder praktische Engagements auszuarbeiten und zu testen. So gewinnen beispielsweise grüne Kommunalanleihen nicht nur an Bedeutung, um städtische Infrastruktur- und Bauprojekte zu initiieren. Die Stadt hat hier auch eine Vorreiterfunktion in der Emittierung dieser Anleihen. Städtische

Emissionen erlauben es der nationalen Börse, technische und institutionelle Infrastrukturen zu etablieren, und potentiellen Investoren, Erfahrungen mit diesen Instrumenten zu sammeln (Interview 2).[3]

Zwar unterscheiden sich die neuen Produkte im Hinblick auf ihre finanztechnischen Details, gemeinsam ist ihnen aber, dass sie verschiedene Bereiche ökologischer und gesellschaftlicher Entwicklung marktförmig verwertbar machen, ohne dass die Wirksamkeit der Instrumente (langfristig) abgesichert ist. Dabei erschließt der Finanzsektor beispielsweise extreme Treibhausgas-Emissionen oder Wetterverhältnisse als Handelsgüter (Giamporcaro 2011: 121). Der CO₂-Emissionshandel macht Profit mit Emissionsminderungsgutschriften, also mit Rechten, Treibhausgase zu emittieren, oder Gutschriften, die dadurch erworben werden, dass diese Gase nicht emittiert wurden (MacKenzie 2006). Entsprechend können beispielsweise grün zertifizierte Produkte Profite generieren, ohne dass deren Wert für die Bekämpfung des Klimawandels tatsächlich ermittelt, garantiert oder ein sogenannter ‚green default‘ geahndet werden könnte (Interview 2). Expert*innen aus der Praxis berichten zwar, dass aktuell mit einer Vielzahl von Nachhaltigkeitszertifizierungen experimentiert wird; die langfristigen Folgen von Projekten, die mit Geldern von Geberländern im Rahmen von Klimaprogrammen finanziert werden, bleiben jedoch weiterhin außerhalb des Betrachtungshorizontes (Interview 1).

Welche Möglichkeiten sich mit dem Fokus auf Städte des Südens als Akteure, Objekte und Orte von klima- und entwicklungspolitischen Investitionen für welche Städte eröffnen, bleibt zu untersuchen. Ob der damit verbundene Zuwachs an Ressourcen und (indirekter) Mitsprache dem Verantwortungsgewinn entspricht, ist eine offene Frage. Bereits jetzt konstatieren Autor*innen die mangelnde Beteiligung der Zivilgesellschaft an den besprochenen Entwicklungen beziehungsweise die zwiespältige Involvierung und Kooptierung von Aktivist*innen (Bracking 2015b). Um Fragen nach Machtverschiebungen und aus diesen folgende Ungleichheitsdynamiken zu erfassen, stellen wir im Folgenden Reregulierungs-, Disziplinierungs- und Depolitisierungsprozesse in den Vordergrund.

3. Folgen und Probleme: Reregulierungs-, Disziplinierungs- und Depolitisierungsprozesse

Aus der Verschneidung von globalen klima- und entwicklungspolitischen Agenden im städtischen Kontext ergeben sich für Städte des globalen Südens folgenschwere Veränderungen. Im Besonderen zeichnen sich Prozesse der Reregulierung lokalstaatlicher Rahmenbedingungen, der Disziplinierung von Stadtregierungen und der Depolitisierung von klima- und entwicklungspolitischen Debatten ab. Dieses Kapitel bietet Ansatzpunkte, diese Prozesse zu fassen und zu theoretisieren.

3.1. Reregulierungsprozesse

Die Finanzialisierung von Klima- und Entwicklungspolitik hat politischen Druck auf Nationalstaaten und Kommunen aufgebaut, die notwendigen Rahmenbedingungen zur Implementierung dieser Agenda bereitzustellen.

Neben der Bereitstellung funktionierender materieller, technischer und institutioneller Infrastrukturen für Finanztransaktionen von Unternehmen und Haushalten ist die Umsetzung von *Climate-Finance-* und *Financial-Inclusion-*Agenden daher mit regulatorischen Eingriffen verknüpft, die Investitionen in klima- und entwicklungsbezogene Projekte in Ländern des Südens ermöglichen und fördern und so neue Märkte erschließen sollen.

Die für diese Aktivitäten notwendigen Reregulierungsprozesse stellen nationalstaatliche Souveränität zum einen durch die Übernahme einheitlicher globaler Normen in Frage. Zum anderen tragen sie aber auch dazu bei, bestehende verbindliche Normen zu unterlaufen und auszuhebeln (Bracking 2012b; Stark 2019). Dabei verschieben sich die Einflussbereiche nationalstaatlicher regulativer Intervention, privatwirtschaftlicher, rechtlich nicht bindender Normen und Standards und transnationaler Gesetzgebung; mit welcher Konsequenz dies geschieht, wird in der Literatur unterschiedlich diskutiert.

Die Weltbank nimmt in diesen Reregulierungsprozessen maßgeblich über drei zentrale Hebel Einfluss auf die Schuldnerländer: Sie interveniert über die kreditbasierte Finanzierung von Maßnahmen, zuletzt vor allem großer Infrastrukturprojekte, über Auflagen in Bezug auf die nationale Gesetzgebung zu Umwelt, Ressourcen und Eigentumsrechten sowie über Empfehlungen für entsprechende institutionelle Reformen. Goldman zeigt, wie diese drei Formen der Intervention verknüpft sind: „[T]he development of fixed capital infrastructure (in this case, a joint-ventured hydroelectric facility) requires laws that establish certain property rights, which can only occur through the restructuring of state institutions“ (2001: 507). Soederberg (2013) betont die zentrale Rolle von marktbasierter Formen der Regulierung in der Ausweitung der *Financial-Inclusion*-Agenda. Sie argumentiert, dass rechtlich nicht bindendes *soft law* Einzelpersonen und Märkte durch seine informelle und ermessensabhängige Anwendung vor nationalstaatlicher Regulierung schützt und politisch sensible Bereiche der öffentlichen Anhörung und Verantwortung entzieht. Bracking unterstreicht demgegenüber insbesondere das Zusammenspiel von Nationalregierungen und Privatwirtschaft in der interessensgeleiteten Gestaltung der UN-Klimarahmenkonvention. Private Investmentfonds sieht sie als zentrale Knotenpunkte im Sinne einer „regulatory capture by powerful governments, corporates and the carbon trading industry, collectively organised within the institutional nodes of financialised private equity funds“ (Bracking 2015b: 296). Die Rolle von Nationalstaaten in diesen Reregulierungsprozessen ist demnach widersprüchlich und umstritten, in jedem Fall aber hinsichtlich der Bedeutung und des Einflusses einzelner Staaten geographisch ungleich verteilt (Ouma/Johnson/Bigger 2018: 505).

Die als Folge dieser Reregulierungs- und Vermarktlichungsprozesse entstehenden Standards und Zertifizierungssysteme sind widersprüchlich und die Existenz von Standards impliziert nicht notwendigerweise Standardisierung (Loconto/Busch 2010; Botzem/Dobusch 2012). Einerseits bestätigen Studien, dass die Kommodifizierung von Risiken weitreichende Reregulierungsprozesse erfordert (MacKenzie 2006; Giamporcaro 2011): Vermarktlichungsprozesse erfordern ein „making things the same“ (MacKenzie 2009: 440) und damit eine weitreichende Standardisierung von Produkten, die

Rechtssicherheit auf internationalen Märkten herstellen soll. Dies geht mit der Entwicklung von kalkulativen Logiken einher, die vorgeben, soziale und ökologische Risiken so in Investitionsentscheidungen zu übersetzen, dass sie Prinzipien von Profitmaximierung und sozial-ökologischer Verantwortung integrieren (Giamporcaro 2011: 122). Die wichtigsten Beispiele für Rating-systeme, bezogen auf klima- und entwicklungspolitische Ziele, sind heute das *Global Impact Investing Reporting System (GIIRS)*, *Standard IRIS*, *Global Impact Investing Network (GIIN)* und *United Nation's Principles for Responsible Investment*. Andererseits ist die Wirksamkeit dieser Standards sehr unterschiedlich; vielfach konkurrieren unterschiedliche Standards um Aufmerksamkeit, Reichweite und Wirksamkeit (MacKenzie 2009; Ponte/Cheyns 2013; Fortin 2018). Dazu kommt, dass globale und nationale Normen und Standards durch „portals of exception“ (Bracking 2016: 9) auch systematisch ausgehebelt werden. Dies nimmt, wie Bracking argumentiert, im Kontext der politischen Ökonomie vieler afrikanischer Länder Formen einer „commercialisation of sovereignty“ (ebd.: 11) an, in der lokale Eliten gemeinsam mit internationalen Investor*innen eine dem öffentlichen Interesse verpflichtete Rechtsprechung systematisch unterlaufen.

Für Städte stehen weitreichende Konsequenzen durch die beschriebenen Reregulierungsprozesse und den damit verbundenen Wandel von staatlicher Souveränität in Aussicht; einige werden bereits umgesetzt. Zum einen müssen Städte diese Prozesse mittragen und nationalstaatliche Veränderungen auf der kommunalen Ebene umsetzen. Bewertungsmaßstäbe und Indikatoren werden dabei oftmals von der nationalstaatlichen Ebene übernommen. Konkret sind Städte und Gemeinden dafür verantwortlich, förderfähige Projekte vorzubereiten und umzusetzen, und zwar so, dass Fördergelder gemäß den regulatorischen Vorgaben in Anspruch genommen werden können (siehe zum Beispiel die von der GIZ geförderte Initiative *FeliCity*, die zum Ziel hat, Kompetenzen der Kommunen in der Projektentwicklung und bei der Inanspruchnahme internationaler Finanzmittel zu stärken, siehe GIZ 2019). Vielfach geht damit einher, dass Städte gefordert sind, konsequente Entwicklungspläne aufzustellen, in die einzelne Projekte und damit auch Investitionen auf lange Zeit eingebettet werden, um Risiken für Finanzmarktakteure weiter zu minimieren. Zum anderen geraten Städte in den Fokus von Bemühungen, den nationalstaatlichen Rechtsrahmen durch Formen von *soft laws* gezielt zu umgehen. Das wird unterstützt durch ein sich herausbildendes Bewusstsein für die Bedeutung und potenzielle Reichweite städtischer Governance (Stren 2014; Obeng-Odoom 2017). Die Fokussierung auf die städtische Ebene als Hebel, um Reregulierungsprozesse in Gang zu setzen, spiegelt sich auch in den vielfältigen Initiativen von internationalen Entwicklungsinstitutionen, Städte als ‚Partnerinnen‘ einzubinden.

3.2. Disziplinierungsprozesse

Der Bedeutungsgewinn von Städten im Kontext finanzialisierter Klima- und Entwicklungspolitik wirft Fragen nach der Disziplinierung von Stadtregierungen auf. Die beschriebene Ausrichtung des Handelns staatlicher Akteure und Haushalte an normativen Entwicklungszielen baut auf ‚Wahrheiten‘ über ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung (Kopnina 2016; Briant

Carant 2017; Spann 2017; Weber 2017). Die SDGs geben hierfür seit 2015 den Deutungsrahmen vor. Dazu kommen die 2016 auf der Habitat-III-Konferenz verabschiedete *New Urban Agenda* (NUA) (Caprotti et al. 2017) sowie im deutschen Kontext die Empfehlungen des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) zur nachhaltigen Transformation der Städte (Hesse 2018). In der kritischen Debatte um globale Nachhaltigkeitsagenden werden die SDGs und andere Schlüsseldokumente und Rahmenpapiere als politische Konstrukte im Hinblick auf „ihnen zu Grunde liegende epistemologische, hegemoniale und polit-ökonomische Annahmen“ (Gabay/Ilcan 2017: 337, Übers. d. A.) hinterfragt. Hervorgehoben wird in dieser Debatte die Verschiebung normativer Annahmen über Fortschritt und Entwicklung und deren Messbarkeit: „The SDGs lay out a post-millennium vision, presenting a radical shift in the normative position of governments on what constitutes universal human rights, where development should focus and how ‘progress’ will be measured.“ (Pieterse/Parnell/Haysom 2018: 3) Darauf aufbauend stellt sich die Frage, wie sich individuelles und institutionelles Handeln durch die Ausrichtung an diesen Annahmen und daraus abgeleiteten Entwicklungszielen verändert.

Auf der Ebene von Individuen und Haushalten wird kritisch reflektiert, dass die Einführung neuer Finanzinstrumente mit weitreichenden Disziplinierungslogiken einhergeht. Für Mikrofinanzinstrumente gibt es diese Kritik schon seit langem, da die Vergabe von Mikrokrediten in Ermangelung anderer Sicherheiten an verhaltensbezogene Auflagen gebunden ist: Sparverhalten, Investitionsentscheidungen, Konsumverhalten und Haushaltsführung werden normiert und mit Regeln versehen, mit in Folge erhöhter Verantwortung und Belastung von Frauen im Haushalt (Rankin 2013; Kar/Schuster 2016; Price 2019). Aber auch für andere Bereiche der Entwicklungspolitik, wie beispielsweise die Familienplanung, wird argumentiert, dass neue Formen der Ökonomisierung mit normativen Vorstellungen von Reproduktion einhergehen, wie Murphy (2017) am Beispiel der *Invest-in-a-Girl*-Programme in Bangladesch deutlich macht. Im Rahmen der *Financial-Inclusion*-Agenda kommt es zu einer Ausweitung derartiger Disziplinierungslogiken: Haushalte sollen nicht nur als Kleinunternehmen rational wirtschaften, sondern Finanzdienstleistungen in allen Bereichen des Lebens beanspruchen und dabei lernen, Risiken entsprechend abzuschätzen, wie Mader argumentiert: „People must show even more responsible and calculative behaviours than before: planning for and reacting to opportunities, needs, crises, setbacks, and so on, by making the right financial choices.“ (Mader 2017: 465) Ganz ähnliche Mechanismen gibt es auch in den Auflagen für GCF-Investitionen, wenn beispielsweise Kleinbauern und -bäuerinnen in der Auswahl ihrer Bepflanzung reglementiert werden, um Risikokalkulationen für Investor*innen gerecht zu werden (Goldman 2001; Borrás et al. 2016).

Auch auf institutioneller und gesamtgesellschaftlicher Ebene werden Mechanismen der Disziplinierung deutlich. Insbesondere die ressourcenreichen und ökologisch diversen Länder des globalen Südens kommen hierbei in den Fokus einer sich verändernden ‚Art des Regierens‘ im Foucault’schen Sinn. Wie Goldman argumentiert, verpflichten die neuen Nachhaltigkeitsdiskurse sie moralisch zur Beteiligung an Umweltleistungen und öffnen gleichzeitig ihre Territorien durch entsprechende ‚rights regimes‘ für neue

Formen der Vermessung, Kontrolle, Zertifizierung und Standardisierung (Goldman 2001: 499). Diese diskursiven Setzungen und regulatorischen Eingriffe verändern das Verhältnis von Subjekten und Umwelt grundlegend; vorausgesetzt werden nun Reflexivität und Handlungsfähigkeit, „knowing‘ and ‚clarifying‘ one’s relationship to nature and the environment as mediated through new institutions“ (ebd.: 501). Entwicklungsorganisationen werden weitgehend dem neuen Paradigma verpflichtet und sind aktiv beteiligt, dafür den institutionellen und materiellen Rahmen zu schaffen. Disziplinierung kommt hierbei nicht nur ideologisch zum Tragen, sondern auch operativ durch die Implementierung neuer risikominimierender Managementansätze (Carroll/Jarvis 2014: 535).

Auch hinsichtlich der beschriebenen Formen der Disziplinierung von individuellem und institutionellem Handeln stellt sich die Relevanz für Städte als sehr hoch dar. So sind städtische Behörden wichtige Partner*innen in den transdisziplinären Förderformaten der internationalen Entwicklungsorganisationen und der Europäischen Union und passen ihre Strukturen an Förderbedingungen und Themen der Ausschreibungen an. Zudem entfalten neue Formen des Ratings und der Zertifizierung von Städten im Hinblick auf ihre Kreditwürdigkeit Wirkung, die weit über die bisherigen Städterankings, die typischerweise vor allem Image und Attraktivität von Städten in der Außendarstellung verbessern sollen, hinausgeht. Exemplarisch kann die *City Creditworthiness Initiative* der Weltbank genannt werden, die in Kooperation mit IFC, C40, Rockefeller Foundation und anderen Entwicklungsbanken durchgeführt wird. Diese Initiative schult Mitarbeiter*innen städtischer Behörden in 300 Städten in Niedrig- und Mitteleinkommensländern darin, die ‚*core creditworthiness challenges*‘ der jeweiligen Städte – zentrale Herausforderungen auf dem Weg zur Erzielung von Kreditwürdigkeit – zu erkennen und zu überwinden. Damit sollen die ‚*financial performance*‘ der kommunalen Haushalte verbessert und Zugriff auf Mittel privater Investor*innen zur Finanzierung von ‚*climate-smart infrastructure and services*‘ gesichert werden (World Bank 2019). Es stellt sich die Frage, ob und welche Konsequenzen derartige Schulungen und Evaluationen, daraus abgeleitete Aktions- und Finanzpläne sowie neue Anforderungen der Zertifizierung nach globalen Standards in der realen Planungs- und Entwicklungspraxis haben.

3.3. Depolitisierungsprozesse

Die Verknüpfung städtischer Problemlagen mit den Logiken finanzmarktbasierter Klima- und Entwicklungspolitik führt vielfach zu einer Depolitisierung der Debatte. Zweifelsohne kommt es gerade im Bereich der Klimapolitik verstärkt zu politischen Protesten und zivilgesellschaftlichem Engagement. Die Rolle von Aktivist*innen wird in der Literatur jedoch kritisch diskutiert: Obwohl zivilgesellschaftliche Akteure kleine, repräsentative Gewinne verbuchen können, zieht beispielsweise Bracking den Schluss, dass sie als Teil von diesem Prozess „einer vertieften Praxis spätkapitalistischer Regierungsführung [*advanced liberal governance*] unterworfen werden“ (2015b: 281, Übers. d. A.). Neben solchen Prozessen der Kooptierung zeigt sich eine Depolitisierung von klima- und entwicklungspolitischen Fragen einerseits in der Verschiebung von politischen Konflikten in den Bereich technischer

Fragestellungen; andererseits werden durch die Verschiebung von Klima- und Entwicklungsfinanz auf das Terrain der Stadt demokratiepolitische Prozesse auf der Ebene des Nationalstaats umgangen.

Erstens hat die Finanzialisierung von Klima- und Entwicklungspolitik Debatten in Richtung technischer Fragen verschoben (Besedovsky 2018) und massiv ausgeweitet. Wie Rosol et al. schreiben, hat der Begriff der Nachhaltigkeit, ob ökologisch oder sozial, sein kritisches Potential weitgehend eingebüßt: „Inzwischen werden sogar die deutsche Automobilproduktion, kanadische Ölpipelines in Alberta und Kernkraftwerke weltweit mit dem Hinweis auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz politisch gerechtfertigt.“ (Rosol/Béal/Mössner 2017: 1711, Übers. d. A.) Innerhalb des postpolitischen Regimes von nachhaltiger Governance dient der Fokus auf technische Detailfragen der globalen Klima- und Entwicklungsfinanzierung, beispielsweise rund um Emissionsreduktion und -handel, dazu, grundsätzliche politische Fragen auszublenden. Zivilgesellschaftliche Akteure hatten maßgeblich Anteil an der Entstehung der ersten globalen Nachhaltigkeitsnormen und -standards. Viele dieser Organisationen waren explizit dem Gedanken verpflichtet, die Beteiligung benachteiligter und betroffener Gruppen zu ermöglichen (Fortin 2018). Die heute relevanten Standardisierungsorganisationen, zum Beispiel das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), sehen sich nicht als politische Akteure, prägen politische Prozesse jedoch wirkmächtig (Loconto/Fouilleux 2013). Deren scheinbarer Fokus auf technische Lösungen erlaubt es, Ansprüche an Transparenz und Beteiligung weitestgehend auszublenden.

Ein zweiter Aspekt der Depolitisierung der Debatte um Klima- und Entwicklungsfinanzierung besteht in der Verlagerung politischer Prozesse auf das Terrain der Stadt. Dabei werden politische Entscheidungen und Verantwortung auf die lokalstaatliche Ebene delegiert. Manche Formen der Reregulierung, insbesondere durch rechtlich nicht bindende Standards und Normen, lassen sich auf dieser Ebene leichter realisieren; dazu kommt, dass angesichts von instabilen und teils dysfunktionalen politischen Systemen auf nationaler Ebene Städte des globalen Südens attraktive und vielfach handlungsfähigere Partner*innen darstellen. Die Verlagerung von klima- und entwicklungspolitischen Strategien vom Nationalstaat in die Stadt geht jedoch mit den oben beschriebenen Vermarktlichungsprozessen einher, in denen sich ‚Marktrationalität‘ als zentrales Paradigma einschreibt (Carroll et al. 2019). Vielfach lassen fehlende Einnahmequellen in Verbindung mit Austeritätspolitiken Städten gar keine andere Wahl, als sich diesem Paradigma unterzuordnen und Finanzmarktakteure einzubinden. Carroll argumentiert, dass sich die vertieften Marktaktivitäten in der Entwicklungspolitik letzten Endes auch auf staatliche Strukturen auswirken. Das bleibt jedoch oft unerkannt und jenseits politischer Debatten. So hätte der IFC eine Schlüsselrolle „in deepening market activity *around* the state, while simultaneously fomenting shifts *in* the state that are seen as conducive to ‚ideally-conceived‘ patterns of capital accumulation“ (Carroll 2012: 379, Herv. i. O.).

Abschließend stellt sich das Problem der Überprüfbarkeit der Effekte finanztechnischer Innovationen im Bereich von Klimaschutz und Armutsbekämpfung. Trotz der weitreichenden Öffnung der globalen klima- und entwicklungspolitischen Handlungsfelder für die Beteiligung des Finanzsektors

sind die tatsächlich erzielten Lösungen und Verbesserungen oft ernüchternd. An vielen Stellen drängt sich der Befund auf, dass die Hinwendung finanziellierter Klima- und Entwicklungspolitik zur Stadt (noch) nicht zur Lösung von Problemen beiträgt. Dennoch erfordert die Ausrichtung von Inhalten, behördlicher Praxis und institutionellen Strukturen an den neuen klima- und entwicklungspolitischen Agenden Zeit, Ressourcen und Expertise, die von möglicherweise wirkungsvolleren Projekten abgezogen werden. Das Framing von *green investment* als ‚Spektakel‘ lenkt davon ab, dass die technischen Mechanismen, die mit der *green economy* verbunden sind, im Hinblick auf tatsächliche Fortschritte durch ‚grüne‘ Produkte kaum überprüfbar sind. Dazu kommt, dass die klima- und entwicklungsbezogenen Effekte für die Realisierung von Profiten nicht entscheidend sind. Obwohl Finanzmarktakteure Kontrolle über Investitionen erlangen, die Natur- und Umweltfragen betreffen, ist der daraus zu gewinnende Profit nicht ursächlich mit einem angemessenen Umstieg auf eine ökologisch nachhaltige Produktion und eine veränderte materielle Praxis verknüpft. Verschärft wird dies vielfach durch fehlende Transparenz; manche Maßnahmen werden einfach nicht umgesetzt, ohne dass dies Konsequenzen hätte (Bracking 2015a: 2353). Die Frage, welche neuen Hierarchien und Ausschlussmechanismen bei dieser Selektion zum Tragen kommen und wie sich diese mit bestehenden Machtgefällen zwischen Norden und Süden verschneiden, diskutieren wir im Fazit.

4. Forschungsagenda und Fazit

Trotz der Relevanz der aufgezeigten Entwicklungen steht eine kritische Debatte und Theoretisierung der Verschiebung von Finanzialisierungsprozessen unter dem Vorzeichen von klima- und entwicklungspolitischen Zielen auf das Terrain der Stadt vor allem in der deutschsprachigen Stadtforschung weiterhin aus. Mit diesem Aufsatz haben wir Brücken zu einer klima- und entwicklungspolitischen Literatur gebaut, die Finanzialisierungsprozesse in den Blick nimmt, um diese für den Ausbau bestehender Ansätze der Stadtforschung fruchtbar zu machen. Ziel war es einerseits, die klima- und entwicklungspolitischen Fragestellungen zu ‚urbanisieren‘ und andererseits, Stadtforschungsthemen noch stärker an die Analyse der Wechselwirkungen zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Faktoren im globalen Kapitalismus (Moore 2015; Brand/Wissen 2018; Patel/Moore 2018) anzuschließen, um Städte als zentrale Orte zu konzeptionalisieren, an denen finanzialisierte Klima- und Entwicklungspolitik ‚gemacht‘ wird.

Für eine systematische Verknüpfung dieser Themenfelder bieten Debatten um nachhaltige Stadtforschung und städtische Governance wichtige Anknüpfungspunkte. Diese liegen im Bereich der theoriegeleiteten Debatten um nachhaltige Stadtentwicklung (Jong et al. 2015; McGuirk/Bulkeley/Dowling 2016; Wachsmuth/Cohen/Angelo 2016; Rosol/Béal/Mössner 2017; Wachsmuth/Angelo 2018; Hajer/Versteeg 2019) und einer wachsenden Literatur zur Finanzialisierung städtischer Haushalte (Kirkpatrick 2016; Lauer mann 2018; O’Brien/Pike 2018; Waldron 2018; Pike et al. 2019). Dazu kommen Theorieansätze, die den Zusammenhang von globalem Kapitalismus, Urbanisierung und der Inwertsetzung von Land, Natur und Ressourcen thematisieren (Geisler/Makki 2013; Li 2014; Arboleda 2015; Moore 2015;

Knuth 2016; Dell'Angelo et al. 2017). Wichtige empirische Anknüpfungspunkte für eine entsprechende Theoretisierung finden sich in Debatten um die Nachhaltigkeit einzelner Bauprojekte (Theurillat/Crevoisier 2013; Knuth 2016), ökologische Bewertungssysteme (Moore/Wilson 2009), Nachhaltigkeit als globales Wettbewerbsfeld (Jong et al. 2015; Rosol/Béal/Mössner 2017; Wachsmuth/Angelo 2018) und um die aktuelle Wachstumsagenda durch die Entwicklung neuer ‚ökologischer‘ Technologien (Gibbs/Krueger/Macleod 2013; Kitchin 2014; Caprotti/Springer/Harmer 2015; Datta 2015; Barthel 2016; Levenda 2019). Tendenziell verbleiben diese Debatten jedoch im Kontext abgegrenzter Stadtforschungsthemen und bilden die in diesem Aufsatz thematisierten Verschiebungen nicht im Kontext weiterer polit-ökonomischer Dynamiken ab. In diesem Fazit entwerfen wir eine empirische Forschungsagenda, die Forschungsbereiche der Stadtforschung stärker an Debatten um die Finanzialisierung von klima- und entwicklungspolitischen Agenden anschließt. Zudem skizzieren wir, wie eine theoretische Rahmung für diese empirischen Felder, die die beschriebenen Reregulierungs-, Disziplinierungs- und Depolitisierungsprozesse in Betracht zieht, aussehen könnte.

4.1. *Empirische und theoretische Herausforderungen für die Stadtforschung*

Der Bedeutungsgewinn von Städten als Akteure, Objekte und Orte finanzmarktbasierter klima- und entwicklungspolitischer Strategien hat – wie in Kapitel 3 diskutiert – wichtige Konsequenzen im Hinblick auf Fragen der Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung.

Erstens werfen die Verschiebungen im Hinblick auf die *Einflussbereiche transnationaler, nationalstaatlicher und privater beziehungsweise marktbasierter Regulierung* und daraus resultierende Anforderungen an Städte wichtige Fragen auf. Empirisch zu untersuchen ist, wie Städte auf nationalstaatliche Vorgaben für Bewertungsmaßstäbe und Indikatoren reagieren, wie dies in Entwicklungsplänen und lokalen Projekten umgesetzt wird und welche Anpassungen im Hinblick auf Behördenstrukturen, Projektabwicklungen und politische Entscheidungsprozesse vorgenommen werden. Daran anschließend stellt sich die Frage, in welcher Weise und mit welchen Konsequenzen Städte in ihren Verwaltungen entsprechende Kapazitäten aufbauen (müssen), um nicht nur die Beantragung, Gewinnung und Implementierung von Projekten zu gewährleisten, sondern auch die Erfolge in Bezug auf Emissionsreduktion und Klimaanpassungsmaßnahmen nachweisbar und messbar zu machen. Dazu kommt die Frage nach der lokalen Varianz in der Implementierung der regulativen Vorgaben aufgrund von Übersetzungsprozessen zwischen internationaler, nationaler und lokaler Ebene oder auch aufgrund von Bemühungen, den nationalstaatlichen Rechtsrahmen gezielt zu unterlaufen und die städtische Ebene als Hebel zu nutzen, um Reregulierungsprozesse in Gang zu setzen und in einem institutionell und räumlich klar abgegrenzten Rahmen neue Finanzinstrumente zu testen.

Zweitens ergeben sich wichtige Fragen im Hinblick auf die *Disziplinierung von individuellem und institutionellem Handeln*, die empirisch noch weitgehend unerforscht sind. Diese betreffen die Wechselwirkungen zwischen

neuen Formen des Ratings von Städten und der Zertifizierung städtischer Projekte auf der einen Seite und dem Handeln von Individuen und Institutionen auf der anderen Seite. Zu untersuchen ist, wie die Diskurse, die bei der Verschiebung klima- und entwicklungspolitischer Strategien auf das Terrain der Stadt wirksam werden, sich in Handlungs- und Disziplinierungslogiken manifestieren und in welcher Weise dies Alltagspraktiken in Institutionen und Haushalten verändert. Derartige akteursbezogene Forschungen könnten auch die bestehenden kritischen klima- und entwicklungspolitischen Forschungen bereichern, die sich vielfach auf *policy*- und diskursanalytische Verfahren beschränken und die Wirkmächtigkeit von Ideen und Diskursen oft nicht belegen können. Empirisch offen ist, an welcher Stelle und auf welcher Basis die Veränderungen von Managementpraktiken und Behördenstrukturen als positiv oder negativ zu bewerten sind. Dies betrifft insbesondere die Anpassung an Förderbedingungen und inhaltliche Setzungen von Ausschreibungen, mit denen sich Städte um Fördergelder bei internationalen Entwicklungsorganisationen und (supra-)staatlichen Institutionen bewerben. Wie die Projektgebundenheit der Wissenschaftsförderung die Zeithorizonte und Logiken behördlichen Handelns verändert, ist weitgehend unerforscht.

Das dritte thematische Feld für empirische Forschung ergibt sich aus den oben skizzierten *Depolitisierungsprozessen*. Im Zentrum steht hierbei die Frage, wie die neue Verantwortung von (manchen) Städten des globalen Südens und der Zuwachs finanzieller Ressourcen gleichzeitig mit Zwängen einhergeht, die politische Entscheidungsprozesse und demokratische Beteiligung einschränken. Eine offene Frage ist daher nicht nur, wie effektiv Klima- und Entwicklungsfinanz darin sind, Verbesserungen im Kontext der Klimakrise und Armutsbekämpfung zu erzielen und was die Konsequenzen eines Scheiterns in ökologischer oder sozialer Hinsicht wären; vielmehr stellt sich auch die Frage, wie der Raum für Kritik und Alternativen durch die hier beschriebenen Finanzialisierungsprozesse eingeschränkt wird. Eine entsprechende Forschungsagenda erfordert es, Wirksamkeit beziehungsweise Wirkungslosigkeit von Interventionen empirisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu skandalisieren. Eine weitere wichtige Frage betrifft die Möglichkeiten der Mitsprache und Mitgestaltung für Städte als Partnerinnen in Projekten und Netzwerken mit internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen. Die neuen klima- und entwicklungspolitischen Investitionen in Städten sind hoch selektiv. Entscheidungen darüber, welche Investitionen mit welchen Zielgruppen und an welchen Orten priorisiert werden, sind weder transparent noch werden sie politisch diskutiert oder legitimiert. Empirisch wäre daher nicht nur zu untersuchen, welche Städte in welche Netzwerke eingebunden sind und wie dies neue Hierarchien zwischen Städten und Regionen schafft, sondern auch, wie Selektionsmechanismen gerechtfertigt oder depolitisiert werden. Hier wäre Forschung insbesondere jenseits der ‚*emerging markets*‘ wichtig, in Niedrigeinkommensländern mit Metropolen, die nicht in internationale Netzwerke und Partnerschaften eingebunden sind.

4.2. Fazit

Dieser Artikel hat skizziert, wie sich die Finanzialisierung von klima- und entwicklungspolitischen Agenden vermehrt in der Stadt manifestiert. Wir

haben argumentiert, dass diese Verschiebung für die interdisziplinären *Urban Studies* dringende Fragen aufwirft, die vor allem die deutschsprachige Stadtforschung bislang nicht angemessen reflektiert. Unser Vorschlag ist, diese Verschiebungen vor allem in Hinblick auf Prozesse der Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung zu untersuchen. Dieses Fazit verweist auf aus diesen Prozessen erwachsende Ungleichheitsdynamiken und entsprechend auf die Dringlichkeit und politische Relevanz der hier skizzierten Forschungsagenda. Abschließend heben wir die zentrale Rolle der interdisziplinären *Urban Studies* in der Beforschung dieser Agenda hervor.

Der zu beobachtende Fokus auf finanzialisierte Ansätze zur Lösung städtischer Herausforderungen im Bereich der Klima- und Entwicklungspolitik wirft dringende Fragen nach lokalen und globalen Ungleichheitsdynamiken auf. Auf lokaler Ebene führen Prozesse der Reregulierung, Disziplinierung und Depolitisierung zu einer Reihe sozio-materieller Veränderungen, die hier nur angerissen werden können: Wie beschrieben stehen die tatsächlichen Effekte der so finanzierten Klimaprojekte in Frage (Bond 2019; Hilbrandt/Grubbauer 2020). Darüber hinaus beschreiben Stadtforscher*innen, wie Verdrängungen oder Umsiedlungen in der Folge von (ineffizienten) Klimaprojekten Ungleichheit verschärfen (Checker 2011). Entsprechend besteht für Silver (2017) die Brutalität des Klimawandels nicht nur in der sich entfaltenden sozial-ökologischen Krise, sondern auch in den Infrastrukturmaßnahmen, die im Namen von Klimaemissionsprojekten durchgeführt werden. Fragen der demokratischen Beteiligung unterrepräsentierter und vom Klimawandel vielerorts am stärksten betroffener Bevölkerungsgruppen werden in der Planung dieser Projekte vielfach außer Acht gelassen (Bulkeley et al. 2015; Fairstein 2015; Long/Rice 2018).

Auf globaler Ebene verschärfen die hier beschriebenen Entwicklungen Ungleichheitsdynamiken, vor allem entlang von Nord-Süd-Beziehungen. Zentral sind dabei Fragen nach der Wertigkeit von Wissensbeständen. Angesichts der Tendenz zur Erhebung metrischer, quantitativer Datenbestände nach Standards, die häufig in US-Amerika und Europa formuliert werden, und der Marginalisierung lokaler Wissensbestände – oft des globalen Südens – ist zu hinterfragen, zu welchem Zweck, nach welchen Grundannahmen und mit welchen Methoden wessen Wissen erhoben und welches Wissen produziert wird. Zudem stellen sich Fragen nach der Ungleichheit zwischen Städten. Schließlich bleibt die Auswahl an Städten, die als ‚Partnerinnen‘ für internationale Entwicklungsorganisationen an Bedeutung gewinnen, mehr oder weniger beschränkt. Obschon diese Städte an Mitsprache beim internationalen *agenda setting* gewinnen, fungieren sie auch als ‚testbed‘ (Testballon) für die Übersetzung globaler Agenden auf die lokale Maßstabsebene. Dass hierbei ausgeschlossene Städte, die möglicherweise von ‚klassischen‘ Formen der Entwicklungszusammenarbeit profitieren konnten, nun „off the map“ (Robinson 2002) rücken, legt nahe, dass dieser Selektionsprozess globale Ungleichheitsverhältnisse weiter verschärft.

Obwohl die *Urban Studies* als interdisziplinäres Feld zentrale Forschungsperspektiven auf die beschriebenen Agenden verbinden, ergeben sich aus den Folgen der beschriebenen Veränderungen wesentliche Bedarfe nach einem *Dialog* zwischen angewandten und kritisch-theoretischen Feldern der Stadtforschung. Es lassen sich sowohl die mangelnde theoretische Fundierung

spezialisierter, praxisorientierter Felder als auch die fehlende Rezeption realer politischer Entwicklungen und empirischer Zusammenhänge in der Theorieentwicklung konstatieren (Bunnell 2018; Grubbauer/Shaw 2018). Eine gemeinsame Untersuchung der politischen und der praxisbezogenen Fragen erfordert eine theoretische Öffnung angewandter Praxisfelder und eine Erschließung empirischen Wissens für die kritische Stadtforschung. Da es fraglich ist, ob kritische Stimmen jenseits des *Policy*-Mainstreams derzeit in Debatten um Klima- und Entwicklungsfinanzialisierung Gehör finden, bedarf eine entsprechende Agenda zudem neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen *Wissenschaft und Politik*. Aktuelle Erfahrungen in der Zusammenarbeit am *research-policy interface* (Patel et al. 2015; Mitlin/Bartlett 2018; Pieterse/Parnell/Haysom 2018) verweisen sowohl auf die Möglichkeiten gegenseitigen Lernens als auch auf die Herausforderungen, die solchen Initiativen innewohnen (Lemanski 2018, Oldfield 2018), etwa entgegengesetzte Erwartungen an Zeithorizonte und Karriereanforderungen. Zentral wäre es nicht nur, Vereinnahmungen zu vermeiden, sondern auch entsprechend gewonnene Erkenntnisse, die über Beratung und gegenseitiges Voneinander-Lernen hinausgehen, in Politikdiskussionen einzubringen.

Da die hier vorgeschlagene Agenda soziale Ungleichheitsdynamiken zum Ausgangspunkt macht, bedarf es schließlich auch einer Auseinandersetzung mit der postkolonialen Kritik an Wissenshierarchien in den *Urban Studies*. Die andauernde Aufgabenverteilung der Stadtforschung, in der Theoriearbeit noch immer im globalen Norden geleistet wird und Theorien aus dem Süden beziehungsweise die weitreichenden Erfahrungen Forschender in Städten des globalen Südens vor allem im angloamerikanischen Publikationsraum kaum rezipiert werden, ist breit kritisiert worden. Dennoch sind wichtige Entwicklungen in Städten des globalen Südens weiterhin in einem ‚Entwicklungsdiskurs‘ gefangen: Sie werden in den Zeitschriften dieser Themenbereiche publiziert und entsprechend in der internationalen Stadtforschungsdebatte nicht angemessen theoretisiert. Entwicklungen auch in südlichen Städten jenseits von ‚Entwicklungsdiskursen‘ zu verstehen und in die Analyse einzu beziehen, ist nicht nur ein Gebot einer sich als ‚global‘ verstehenden Stadtforschung, sondern auch eine wichtige Voraussetzung, um verschärfte globale Ungleichheitsdynamiken adäquat zu erforschen.

Endnoten

- [1] Die Arbeit, die dieser Publikation zugrunde liegt, wurde zum Teil durch das Programm P.R.I.M.E des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.
- [2] Berlin, 17.1.2020, GIZ.
- [3] Mexiko Stadt, 24.7.2019, HR Rating.

Autor_innen

Monika Grubbauer ist Professorin für Geschichte und Theorie der Stadt. Sie forscht zu urbanen Transformationsprozessen mit Fokus auf die Rolle von Architektur, Planung und Bauwirtschaft.

monika.grubbauer@hcu-hamburg.de

Hanna Hilbrandt ist Stadtgeographin und Architektin. Sie arbeitet zu Informalität, Wohnungspolitik, städtischer Governance und Finanzialisierung.

hanna.hilbrandt@geo.uzh.ch

Literatur

Aitken, Rob (2013): The Financialization of Micro-Credit. In: *Development and Change* 44/3, 473-499.

Alami, Ilias (2018): Money Power of Capital and Production of 'New State Spaces': A View from the Global South. In: *New Political Economy* 23/4, 512-529.

Arboleda, Martín (2015): Spaces of Extraction, Metropolitan Explosions: Planetary Urbanization and the Commodity Boom in Latin America. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 96-112.

Asiyanbi, Adeniyi P. (2017): Financialisation in the green economy: Material connections, markets-in-the-making and Foucauldian organising actions. In: *Environment and Planning A* 50/3, 531-548.

Barber, Benjamin (2013): *If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities*. New Haven: Yale University Press.

Barnett, Clive / Parnell, Susan (2016): Ideas, implementation and indicators. Epistemologies of the post-2015 urban agenda. In: *Environment and Urbanization* 28/1, 87-98.

Barnett, Clive / Parnell, Susan (2018): Spatial rationalities and the possibilities for planning in the New Urban Agenda for Sustainable Development. In: Gautam Bhan / Smita Srinivas / Vanessa Watson (Hg.), *The Routledge Companion to Planning in the Global South*. London/New York: Routledge, 25-36.

Barthel, Pierre-Arnaud (2016): Morocco in the era of eco-urbanism. Building a critical and operational research on an emerging practice in Africa. In: *Smart and Sustainable Built Environment* 5/3, 272-288.

Besedovsky, Natalia (2018): Finanzialisierung von Nachhaltigkeit. In: Sighard Neckel / Moritz Boddenberg / Martina Hasenfratz / Timo Wiegand / Natalia Besedovsky / Sarah Miriam Pritz (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit – Umrisse eines Forschungsprogramms*. Bielefeld: transcript, 25-40.

Bond, Patrick (2013): Debt, Uneven Development and Capitalist Crisis in South Africa: from Moody's macroeconomic monitoring to Marikana microfinance mashonisas. In: *Third World Quarterly* 34/4, 569-592.

Bond, Patrick (2019): Contradictory time horizons of Durban energy piping in an era of looming climate chaos. In: *City* 23/4-5, 631-645.

Borras, Saturnino M. / Franco, Jennifer C. / Isakson, S. Ryan / Levidow, Les / Vervest, Pietje (2016): The rise of flex crops and commodities: implications for research. In: *The Journal of Peasant Studies* 43/1, 93-115.

Botzem, Sebastian / Dobusch, Leonhard (2012): Standardization Cycles: A Process Perspective on the Formation and Diffusion of Transnational Standards. In: *Organization Studies* 33/5-6, 737-762.

Bracking, Sarah (2012a): How do Investors Value Environmental Harm/Care? Private Equity Funds, Development Finance Institutions and the Partial Financialization of Nature-based Industries. In: *Development and Change* 43/1, 271-293.

Bracking, Sarah (2012b): Secrecy jurisdictions and economic development in Africa: the role of sovereign spaces of exception in producing private wealth and public poverty. In: *Economy and Society* 41/4, 615-637.

Bracking, Sarah (2015a): Performativity in the Green Economy. How far does climate finance create a fictive economy? In: *Third World Quarterly* 36/12, 2337-2357.

Bracking, Sarah (2015b): The Anti-Politics of Climate Finance. The Creation and Performativity of the Green Climate Fund. In: *Antipode* 47/2, 281-302.

- Bracking, Sarah (2016): *The Financialisation of Power. How Financiers Rule Africa*. London/ New York: Routledge.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2014): The financialisation of nature as crisis strategy. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 2, 16-45.
- Briant Carant, Jane (2017): Unheard voices: a critical discourse analysis of the Millennium Development Goals' evolution into the Sustainable Development Goals. In: *Third World Quarterly* 38/1, 16-41.
- Bulkeley, Harriet (2005): Reconfiguring environmental governance: Towards a politics of scales and networks. In: *Political Geography* 24/8, 875-902.
- Bulkeley, Harriet / Castán Broto, Vanesa / Edwards, Gareth A. S. (2015): *An Urban Politics of Climate Change. Experimentation and the Governing of Socio-Technical Transitions*. London/New York: Routledge.
- Caprotti, Federico / Cowley, Robert / Datta, Ayona / Broto, Vanesa Castán / Gao, Eleanor / Georgeson, Lucien / Herrick, Clare / Odendaal, Nancy / Joss, Simon (2017): The New Urban Agenda. Key opportunities and challenges for policy and practice. In: *Urban Research & Practice* 10/3, 367-378.
- Caprotti, Federico / Springer, Cecilia / Harmer, Nichola (2015): „Eco“ For Whom? Envisioning Eco-urbanism in the Sino-Singapore Tianjin Eco-city, China. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/3, 495-517.
- Carroll, Toby (2012): Working On, Through and Around the State: The Deep Marketisation of Development in the Asia-Pacific. In: *Journal of Contemporary Asia* 42/3, 378-404.
- Carroll, Toby / Gonzalez-Vicente, Ruben / Jarvis, Darryl S. L. (2019): Capital, conflict and convergence: a political understanding of neoliberalism and its relationship to capitalist transformation. In: *Globalizations* 16/6, 778-803.
- Carroll, Toby / Jarvis, Darryl S. L. (2014): Introduction: Financialisation and Development in Asia under Late Capitalism. In: *Asian Studies Review* 38/4, 533-543.
- Carroll, Toby / Jarvis, Darryl S. L. (2015): The New Politics of Development: Citizens, Civil Society, and the Evolution of Neoliberal Development Policy. In: *Globalizations* 12/3, 281-304.
- Checker, Melissa (2011): Wiped Out by the „Greenwave“: Environmental Gentrification and the Paradoxical Politics of Urban Sustainability. In: *City & Society* 23/2, 210-229.
- Christophers, Brett (2018): Risking value theory in the political economy of finance and nature. In: *Progress in Human Geography* 42/3, 330-349.
- Datta, Ayona (2015): New urban utopias of postcolonial India: „Entrepreneurial urbanization“ in Dholera smart city, Gujarat. In: *Dialogues in Human Geography* 5/1, 3-22.
- Dell'Angelo, Jampel / D'Odorico, Paolo / Rulli, Maria Cristina / Marchand, Philippe (2017): The Tragedy of the Grabbed Commons: Coercion and Dispossession in the Global Land Rush. In: *World Development* 92, 1-12.
- Dempsey, Jessica / Suarez, Daniel Chiu (2016): Arrested Development? The Promises and Paradoxes of „Selling Nature to Save It“. In: *Annals of the American Association of Geographers* 106/3, 653-671.
- Duffy, Rosaleen (2006): Non-governmental organisations and governance states: The impact of transnational environmental management networks in Madagascar. In: *Environmental Politics* 15/5, 731-749.
- Engels, Anita (2007): Market creation and transnational rule-making: The case of CO₂ emissions trading. In: Marie-Laure Djelic / Kerstin Sahlin-Andersson (Hg.), *Transnational governance: Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press, 329-348.
- Fainstein, Susan (2015): Resilience and Justice. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 39/1, 157-167.
- Fairbairn, Madeleine (2014): „Like gold with yield“: evolving intersections between farmland and finance. In: *The Journal of Peasant Studies* 41/5, 777-795.
- Feist, Marian / Fuchs, Doris (2014): Was heißt hier nachhaltig? In: Marcel Heires / Andreas Nölke (Hg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden: Springer VS, 225-240.
- Fortin, Elizabeth (2018): Repoliticising multi-stakeholder standards processes: the Roundtable on Sustainable Biomaterials' standards and certification scheme. In: *The Journal of Peasant Studies* 45/4, 805-824.
- Fünfgeld, Hartmut (2015): Facilitating local climate change adaptation through transnational municipal networks. In: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 12, 67-73.

- Gabay, Clive / Ilcan, Suzan (2017): Leaving No-one Behind? The Politics of Destination in the 2030 Sustainable Development Goals. In: *Globalizations* 14/3, 337-342.
- Geisler, Charles / Makki, Fouad (2013): People, Power, and Land: New Enclosures on a Global Scale. In: *Rural Sociology* 79/1, 28-33.
- Giamporcaro, Stéphanie (2011): Sustainable and responsible investment in emerging markets: integrating environmental risks in the South African investment industry. In: *Journal of Sustainable Finance & Investment* 1/2, 121-137.
- Gibbs, David / Krueger, Rob / Macleod, Gordon (2013): Grappling with Smart City Politics in an Era of Market Triumphalism. In: *Urban Studies* 50/11, 2151-2157.
- GIZ (2019): Financing Energy for Low-carbon Investment – Cities Advisory Facility (FELICITY). <https://www.giz.de/de/weltweit/52753.html> (letzter Zugriff am 4.8.2019).
- Goldman, Michael (2001): Constructing an environmental state: Eco-governmentality and other transnational practices of a 'green' world bank. In: *Social Problems* 48/4, 499-523.
- Grubbauer, Monika (i. E.): Assisted self-help housing in Mexico: advocacy, (micro)finance and the making of markets. In: *International Journal for Urban and Regional Research*.
- Grubbauer, Monika / Hilbrandt, Hanna (i. E.): Urban shifts in the financialization of development: Learning to become creditworthy. In: Ève Chiapello / Anita Engels / Eduardo Gresse (Hg.), *Financialisations of Development: Global Games and Local Experiments*. London/New York: Routledge.
- Grubbauer, Monika / Shaw, Kate (Hg.) (2018): *Across Theory and Practice: Thinking through Urban Research*. Berlin: Jovis.
- Hajer, Maarten / Versteeg, Wytse (2019): Imagining the post-fossil city: why is it so difficult to think of new possible worlds? In: *Territory, Politics, Governance* 7/2, 122-134.
- Harrison, Graham (2019): Authoritarian neoliberalism and capitalist transformation in Africa: all pain, no gain. In: *Globalizations* 16/3, 274-288.
- Hesse, Markus (2018): Mobilising knowledge at the science-policy interface: „Humanity on the Move“. In: Monika Grubbauer / Kate Shaw (Hg.), *Across Theory and Practice: Thinking Through Urban Research*. Berlin: Jovis, 60-67.
- Heynen, Nik / Kaika, Maria / Swyngedouw, Erik (2005): *In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*. Florence: Taylor and Francis.
- Hilbrandt, Hanna / Grubbauer, Monika (2020): Standards and SSOs in the contested widening and deepening of financial markets: The arrival of Green Municipal Bonds in Mexico City. In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, Onlinefassung. <https://doi.org/10.1177/0308518X20909391>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): *Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/AR5_SYR_FINAL_Front_matters.pdf (letzter Zugriff am 4.8.2019).
- Isakson, S. Ryan (2015): Derivatives for Development? Small-Farmer Vulnerability and the Financialization of Climate Risk Management. In: *Journal of Agrarian Change* 15/4, 569-580.
- Johnson, Leigh (2013): Catastrophe bonds and financial risk: Securing capital and rule through contingency. In: *Geoforum* 45, 30-40.
- Jones, Branwen Gruffydd (2012): „Bankable Slums“: the global politics of slum upgrading. In: *Third World Quarterly* 33/5, 769-789.
- Jong, Martin de / Joss, Simon / Schraven, Daan / Zhan, Changjie / Weijnen, Margot (2015): Sustainable-smart-resilient-low carbon-eco-knowledge cities; making sense of a multitude of concepts promoting sustainable urbanization. In: *Journal of Cleaner Production* 109, 25-38.
- Kar, Sohini / Schuster, Caroline (2016): Comparative projects and the limits of choice: ethnography and microfinance in India and Paraguay. In: *Journal of Cultural Economy* 9/4, 347-363.
- Kirkpatrick, L. Owen (2016): The New Urban Fiscal Crisis. In: *Politics & Society* 44/1, 45-80.
- Kitchin, Rob (2014): The real-time city? Big data and smart urbanism. In: *GeoJournal* 79/1, 1-14.
- Knuth, Sarah (2016): Seeing Green in San Francisco: City as Resource Frontier. In: *Antipode* 48/3, 626-644.
- Kopnina, Helen (2016): The victims of unsustainability: a challenge to sustainable development goals. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 23/2, 113-121.

- Lauer mann, John (2018): Municipal statecraft. In: *Progress in Human Geography* 42/2, 205-224.
- Lemanski, Charlotte (2018): Connecting research and policy: Individual and institutional triumphs and trials. In: Monika Grubbauer / Kate Shaw (Hg.), *Across Theory and Practice: Thinking through Urban Research*. Berlin: Jovis, 78-87.
- Levenda, Anthony M. (2019): Thinking critically about smart city experimentation: entrepreneurialism and responsabilization in urban living labs. In: *Local Environment* 63/4, 1-15.
- Li, Tania Murray (2014): What is land? Assembling a resource for global investment. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 39/4, 589-602.
- Loconto, Allison / Busch, Lawrence (2010): Standards, techno-economic networks, and playing fields: Performing the global market economy. In: *Review of International Political Economy* 17/3, 507-536.
- Loconto, Allison / Fouilleux, Eve (2013): Politics of private regulation: ISEAL and the shaping of transnational sustainability governance. In: *Regulation & Governance* 8/2, 166-185.
- Long, Joshua / Rice, Jennifer (2018): From sustainable urbanism to climate urbanism. In: *Urban Studies* 56/5, 992-1008.
- MacKenzie, Donald (2006): *An Engine not a Camera. How Financial Models Shape Markets*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- MacKenzie, Donald (2009): Making things the same: Gases, emission rights and the politics of carbon markets. In: *Accounting, Organizations and Society* 34/3-4, 440-455.
- Mader, Philip (2015): *The Political Economy of Microfinance: Financializing Poverty*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Mader, Philip (2016): Card Crusaders, Cash Infidels and the Holy Grails of Digital Financial Inclusion. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 9/2, 50-81.
- Mader, Philip (2017): Contesting Financial Inclusion. In: *Development and Change* 49/2, 461-483.
- Mawdsley, Emma (2018): Development geography II: Financialization. In: *Progress in Human Geography* 42/2, 264-274.
- McAfee, Kathleen (2016): Green economy and carbon markets for conservation and development: a critical view. In: *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 16/3, 333-353.
- McGuirk, Pauline / Bulkeley, Harriet / Dowling, Robyn (2016): Configuring Urban Carbon Governance: Insights from Sydney, Australia. In: *Annals of the American Association of Geographers* 106/1, 145-166.
- Mitlin, Diana / Bartlett, Sheridan (2018): Editorial: Co-production – key ideas. In: *Environment and Urbanization* 30/2, 355-366.
- Mitlin, Diana / Colenbrander, Sarah / Satterthwaite, David (2018): Editorial: Finance for community-led local, city and national development. In: *Environment and Urbanization* 30/1, 3-14.
- Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the Web of Life: Ecology and the Accumulation of Capital*. London/New York: Verso.
- Moore, Steven A. / Wilson, Barbara B. (2009): Contested Construction of Green Building Codes in North America. The Case of the Alley Flat Initiative. In: *Urban Studies* 46/12, 2617-2641.
- Murphy, Michelle (2017): *The Economization of Life*. Durham: Duke University Press.
- Obeng-Odoom, Franklin (2017): Urban Governance in Africa Today: Reframing, Experiences, and Lessons. In: *Growth and Change* 48/1, 4-21.
- O'Brien, Peter / Pike, Andy (2018): „Deal or no deal?“ Governing urban infrastructure funding and financing in the UK City Deals. In: *Urban Studies* 48/1, 1448-1476.
- Oldfield, Sophie (2018): In everyday city struggles: Collaborative research and its inspirations. In: Monika Grubbauer / Kate Shaw (Hg.), *Across Theory and Practice: Thinking through Urban Research*. Berlin: Jovis, 223-231.
- Oosterlynck, Stijn / Beeckmans, Luce / Bassens, David / Derudder, Ben / Segaert, Barbara / Braeckmans, Luc (Hg.) (2019): *The City as a Global Political Actor*. London/New York: Routledge.
- Ouma, Stefan (2014): Situating global finance in the Land Rush Debate. A critical review. In: *Geoforum* 57, 162-166.

- Ouma, Stefan (2016): From financialization to operations of capital: Historicizing and disentangling the finance-farmland-nexus. In: *Geoforum* 72, 82-93.
- Ouma, Stefan / Johnson, Leigh / Bigger, Patrick (2018): Rethinking the financialization of „nature“. In: *Environment and Planning A* 50/3, 500-511.
- Parnell, Susan / Pieterse, Edgar (2010): The „Right to the City“: Institutional Imperatives of a Developmental State. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34/1, 146-162.
- Pasgaard, Maya (2015): Lost in translation? How project actors shape REDD+ policy and outcomes in Cambodia. In: *Asia Pacific Viewpoint* 56/1, 111-127.
- Patel, Raj / Moore, Jason W. (2018): *A History of the World in Seven Cheap Things. A Guide to Capitalism, Nature, and the Future of the Planet*. London/New York: Verso.
- Patel, Zarina / Greyling, Saskia / Parnell, Susan / Pirie, Gordon (2015): Co-producing urban knowledge: experimenting with alternatives to 'best practice' for Cape Town, South Africa. In: *International Development Planning Review* 37/2, 187-203.
- Pieterse, Edgar (2011): Recasting Urban Sustainability in the South. In: *Development* 54/3, 309-316.
- Pieterse, Edgar / Parnell, Susan / Haysom, Gareth (2018): African dreams: locating urban infrastructure in the 2030 sustainable developmental agenda. In: *Area Development and Policy* 3/2, 149-169.
- Pike, Andy / O'Brien, Peter / Strickland, Tom / Thrower, Graham / Tomaney, John (2019): *Financialising City Statecraft and Infrastructure*. Cheltenham UK u. a.: Edward Elgar Publishing.
- Pollard, Jane S. / Oldfield, Jonathan / Randalls, Samuel / Thornes, John E. (2008): Firm finances, weather derivatives and geography. In: *Geoforum* 39/2, 616-624.
- Ponte, Stefano / Cheyns, Emmanuelle (2013): Voluntary standards, expert knowledge and the governance of sustainability networks. *Global Networks* 13/4, 459-477.
- Price, Sophia (2019): The risks and incentives of disciplinary neoliberal feminism: the case of microfinance. In: *International Feminist Journal of Politics* 21/1, 67-88.
- Rankin, Katharine N. (2013): A critical geography of poverty finance. In: *Third World Quarterly* 34/4, 547-568.
- Reis, Nadine (2017): Finance Capital and the Water Crisis: Insights from Mexico. In: *Globalizations* 14/6, 976-990.
- Richardson, Tim / Cashmore, Matthew (2011): Power, knowledge and environmental assessment: the World Bank's pursuit of „good governance“. In: *Journal of Political Power* 4/1, 105-125.
- Robinson, Jennifer (2002): Global and world cities: A view from off the map. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26/3, 531-554.
- Rosol, Marit / Béal, Vincent / Mössner, Samuel (2017): Greenest cities? The (post-)politics of new urban environmental regimes. In: *Environment and Planning A* 49/8, 1710-1718.
- Roy, Ananya (2010): *Poverty Capital, Microfinance and the Making of Development*. London/New York: Routledge.
- Satterthwaite, David (2017): Successful, safe and sustainable cities: towards a New Urban Agenda. In: *Commonwealth Journal of Local Governance* 19, 3-18.
- Scherer, Nora / Kramer, Anja Nina (2019): Blending 2.0: Mobilisierung privaten Kapitals auch in armen Ländern? https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2019_04_17_EK_Blending_Mobilisierung_privaten_Kapitals_DE.pdf (letzter Zugriff am 5.5.2019).
- Setzer, Joana (2017): How Subnational Governments are Rescaling Environmental Governance: The Case of the Brazilian State of São Paulo. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 19/5, 503-519.
- Silver, Jonathan (2017): The climate crisis, carbon capital and urbanisation: An urban political ecology of low-carbon restructuring in Mbale. In: *Environment and Planning A* 49/7, 1477-1499.
- Soederberg, Susanne (2013): Universalising Financial Inclusion and the Securitisation of Development. In: *Third World Quarterly* 34/4, 593-612.
- Spann, Michael (2017): Politics of Poverty: The Post-2015 Sustainable Development Goals and the Business of Agriculture. In: *Globalizations* 14/3, 360-378.
- Stark, Johanna (2019): *Law for Sale: A Philosophical Critique of Regulatory Competition*. Oxford: Oxford University Press.

- Stern, Nicholas (2007): *The Economics of Climate Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stren, Richard (2014): Urban Service Delivery in Africa and the Role of International Assistance. In: *Development Policy Review* 32/1, 19-37.
- Sullivan, Sian (2013): Banking Nature? The Spectacular Financialisation of Environmental Conservation. In: *Antipode* 45/1, 198-217.
- Sullivan, Sian (2017): Making nature investable: from legibility to leverageability in fabricating „nature“ as „natural capital“. In: *Science and Technology Studies* 31/3, 47-76.
- Theurillat, Thierry / Crevoisier, Olivier (2013): The Sustainability of a Financialized Urban Megaproject. The Case of Sihlcity in Zurich. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/6, 2052-2073.
- To, Phuc Xuan / Dressler, Wolfram H. / Mahanty, Sango / Pham, Thu Thuy / Zingerli, Claudia (2012): The Prospects for Payment for Ecosystem Services (PES) in Vietnam: A Look at Three Payment Schemes. In: *Human Ecology: an Interdisciplinary Journal* 40/2, 237-249.
- Umweltbundesamt (2017): *Übergang in eine Green Economy: Systemische Hemmnisse und praktische Lösungsansätze*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-11-21_uib_02-2017_green-economy_v2.pdf (letzter Zugriff am 7.8.2019).
- UNCDF (2018): *Blended Finance in the Least Developed Countries. The State of Blended Finance*. <https://www.uncdf.org/article/4220/blended-finance-in-ldcs-report> (letzter Zugriff am 18.7.2019).
- UNEP (2011): *Towards a green economy: pathways to sustainable development and poverty eradication – A synthesis for policy makers*. <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=400&nr=126&menu=35> (letzter Zugriff am 4.8.2019).
- UNEP (2013): *City-level decoupling: urban resource flows and the governance of infrastructure transitions*. http://www.unep.org/resourcepanel/portals/24102/pdfs/Cities-Full_Report.pdf (letzter Zugriff am 4.8.2019).
- United Nations (2015): *Addis Abeba Action Agenda*. <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=400&nr=2051&menu=35> (letzter Zugriff am 9.8.2019).
- United Nations (2016): *New Urban Agenda. Deutsche Übersetzung*. <http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-German.pdf> (letzter Zugriff am 24.3.2020).
- Wachsmuth, David / Angelo, Hillary (2018): Green and Gray: New Ideologies of Nature in Urban Sustainability Policy. In: *Annals of the American Association of Geographers* 108/4, 1038-1056.
- Wachsmuth, David / Cohen, Daniel Aldana / Angelo, Hillary (2016): Expand the frontiers of urban sustainability. In: *Nature* 536/7617, 391-393.
- Waldron, Richard (2018): Capitalizing on the State: The political economy of Real Estate Investment Trusts and the „Resolution“ of the crisis. In: *Geoforum* 90, 206-218.
- Weber, Heloise (2004): The „New Economy“ and Social Risk: Banking on the Poor? In: *Review of International Political Economy* 11/2, 356-386.
- Weber, Heloise (2017): Politics of „Leaving No One Behind“: Contesting the 2030 Sustainable Development Goals Agenda. In: *Globalizations* 14/3, 399-414.
- World Bank (2019): *City Creditworthiness Initiative: A Partnership to Deliver Municipal Finance* <https://www.worldbank.org/en/topic/urbandevelopment/brief/city-creditworthiness-initiative> (letzter Zugriff am 9.8.2019).
- Young, Stephen (2010a): Gender, Mobility and the Financialisation of Development. In: *Geopolitics* 15/3, 606-627.
- Young, Stephen (2010b): The „Moral Hazards“ of Microfinance: Restructuring Rural Credit in India. In: *Antipode* 42/1, 201-223.
- Zadek, Simon (2013): *Greening financial reform*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/integrating-the-green-growth-imperative-and-financial-market-reform-by-simon-zadek?barrier=accesspaylog> (letzter Zugriff am 4.8.2019).

Southern cities in the context of climate- and development finance. Reregulation, disciplining and depoliticization.

This paper examines how shifts in climate and development finance and related global action agendas become manifest at the urban scale. In recent years, the increasing focus of financial markets on environmentally sustainable projects has gone hand in hand with their heightened engagement in global development strategies. These entangled shifts have widened the scope of financial market activity, in terms of economic sectors but also geographically, particularly as global climate and development policies are increasingly targeting cities in so called „emerging markets“. Parts of economic geography (Bracking 2015a; Ouma/Johnson/Bigger 2018), development studies (Mader 2017; Mawdsley 2018), and environmental studies (Asiyanbi 2017; Bigger 2018) have critically discussed the related organizational, discursive, and regulatory shifts. Yet these literatures have only paid marginal attention to their urban dimension. Concomitantly, urban research has not sufficiently reflected the new relevance of Southern cities as actors, objects, and sites of intervention for climate and development agendas, which build on the deepening and expansion of global capital flows.

Our aim in this paper is to trace relevant dynamics in climate and development finance and to analyse their effects on cities and urban development. Theoretically, this paper builds on political economy and political ecology perspectives to show how the increasing entanglement of climate and development finance on the terrain of the city advances processes of reregulation, disciplining, and depoliticisation. Our conclusion proposes an agenda for future research.

Wohnen in der Klimakrise

Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte

Lisa Vollmer
Boris Michel

Die Verbindung der sozialen und der ökologischen Frage ist eine der zentralen Herausforderungen linker Politik und kritisch-engagierter Wissenschaft heute. Dafür, wie wenig das bisher gelingt, sind die öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen um die Wohnungsfrage gute Beispiele. Dieser Aufruf ist eine Einladung an den kollektiven Wissensschatz aus Wissenschaft und Aktivismus, die unterschiedlichen Aspekte der ökologischen Wohnungsfrage, die bisher stark fragmentiert behandelt werden, in einzelnen Beiträgen weiter auszuführen und auf ihren strukturellen Zusammenhang mit der sozialen Wohnungsfrage hin zu beleuchten.

Die Verbindung der sozialen und der ökologischen Frage ist eine der zentralen Herausforderungen linker Politik und kritisch-engagierter Wissenschaft heute. Dafür, wie wenig das bisher gelingt, sind die öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen um die Wohnungsfrage gute Beispiele. Auch in s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung haben wir uns bisher vorwiegend mit den sozialen Implikationen einer neoliberalen Umstrukturierung von Wohnungspolitik sowie sozialen Forderungen wohnungspolitischer sozialer Bewegungen und Stadtregierungen beschäftigt. Stadtökologische Arbeiten sind in der Welt der Stadtforschung nicht nur insgesamt unterrepräsentiert, sondern meist auch mehr an Fragen von Freiraumgestaltung und Urban Gardening interessiert als an der sozialen Frage im Allgemeinen und der Wohnungsfrage im Besonderen.

Zudem fällt auf, dass die sozialen und die ökologischen Dimensionen der Wohnungsfrage oft gegeneinander diskutiert werden, wie zum Beispiel bei der Modernisierungsumlage. Diese wird entweder als notwendiges politisches Instrument zur Energieeinsparung gesehen oder als Mechanismus zur Mieterhöhung und Verdrängung. So warnte kürzlich der Klimaschutzrat Berlin davor, mit dem Mietendeckel die Energieeinsparung im Mietwohnungsbereich abzuwürgen, und entzog damit einer sozialpolitischen Intervention mit ökologischen Argumenten die Legitimation (Berliner Klimaschutzrat 2019). Wird die zusammenhängende Relevanz der sozialen und der ökologischen Dimensionen der Wohnungsfrage anerkannt, wird letztere doch häufig als ersterer nachgelagertes, technisch zu lösendes Problem betrachtet. Dafür ist der Beitrag „A Green New Deal for Housing“ von Daniel Aldana Cohen in der *The-Jacobin*-Ausgabe zum Wohnen ein gutes

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2
Seiten 163-166
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v8i1/2.552

Lisa Vollmer, Boris Michel
,Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage'

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höfleher,
Andrea Jany und Marc Amann

Beispiel (Cohen 2019). Er fordert darin den Bau von zehn Millionen öffentlichen ‚no-carbon homes‘ in den USA und reduziert damit die ökologische Wohnungsfrage zu einer Frage der richtigen Baumaterialien und Konstruktion. Auf der anderen Seite wird ‚ökologisches Wohnen‘ häufig auf eine Frage der (individuellen oder gesellschaftlich bedingten) Verhaltensweisen von Bürger*innen reduziert (z. B. Gestring/Mayer/Siebel 1996). Dabei fallen allerdings die strukturellen Bedingungen sozialer Ungleichheit, die die Wohnungsfrage beherbergt, unter den Tisch. Eine strukturelle Diskussion der ökologischen Wohnungsfrage und des Zusammenhangs zwischen sozialer und ökologischer Wohnungsfrage bleibt bisher weitgehend aus.

Für unseren Themenschwerpunkt „Die Natur der Stadt. Urbane politische Ökologie“ wollten wir diese traurige Situation durch eine Debatte in s u b \ u r b a n ändern und haben uns auf die Suche nach einem geeigneten Text dafür gemacht. Dieser sollte soziale und ökologische Aspekte der Wohnungsfrage vereinen oder doch zumindest gleichwertig beleuchten. Das ist uns nicht gelungen. So haben wir uns entschlossen, selbst zur Debatte anzustoßen. Dieser Aufruf ist eine Einladung an den kollektiven Wissensschatz aus Wissenschaft und Aktivismus, die unterschiedlichen Aspekte der ökologischen Wohnungsfrage, die bisher stark fragmentiert behandelt werden, in einzelnen Beiträgen weiter auszuführen und auf ihren strukturellen Zusammenhang mit der sozialen Wohnungsfrage hin zu beleuchten. Unser Vorgehen spiegelt einerseits den Stand der fragmentierten Debatte wider. Durch die Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven und Autor*innen erhoffen wir uns andererseits aber auch, möglichen Verbindungen der sozialen und der ökologischen Wohnungsfrage näher zu kommen. Einzelne, relevante Aspekte der Debatte sind unter anderem:

- *Ökologische Baumaterialien:* In der Architektur dominiert die Debatte um ökologische Baumaterialien – zweifelsfrei ein wichtiger Aspekt der ökologischen Wohnungsfrage. Wie in anderen Diskussionen um Nachhaltigkeit ist das grundsätzliche Problem des Flächen- und Materialverbrauchs aber nicht (allein) durch technische Innovation zu lösen.
- *Wohnflächenverbrauch:* Diskussionen um den stetig steigenden Wohnflächenverbrauch werden in Architektur und Planungswissenschaften oftmals auf eine Tiny-House-Debatte reduziert, die den Zusammenhang von sozialer Schicht und Wohnflächenverbrauch außer Acht lässt. Aus sozialer Sicht birgt die Debatte um verkleinerte Wohnformen die Gefahr der Einführung eines Substandards im Wohnungsbau sowie aus politischer die Gefahr der Individualisierung des Problems. Neben Tiny Houses werden gemeinschaftliche Wohnformen zu Wohnflächenverbrauchsminimierung angepriesen – oft ohne deren quantitative Irrelevanz und ihnen eigene ökologische Herausforderungen zu berücksichtigen.
- *Flächenversiegelung:* Wohnungsbau verursacht (zusammen mit dem oft dafür notwendigen Verkehrsflächenbau) Flächenversiegelung, die negative Konsequenzen für Umwelt und Klima hat. Selten wird allerdings in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass dieser Aspekt eine klare Klassendimension hat: Vor allem der suburbane Einfamilienhausbau für obere und mittlere Schichten trägt zur immer weiteren Flächenversiegelung bei. Gerade kleinere, selbst schrumpfende, Kommunen weisen neue Einfamilienhausbaugebiete aus, um

einkommensstarke Haushalte in ihren Gebieten zu halten. Der Zusammenhang dieses zentralen Aspekts der ökologischen Wohnungsfrage mit sozialen Aspekten wie Steuer- und Bodenpolitik ist unterbeleuchtet.

- *Dichte*: Eng mit der Frage der Flächenversiegelung verbunden ist die Frage der städtebaulichen Dichte. Wie selbstverständlich wird die dichte, europäische Stadt häufig als ökologisch nachhaltig angenommen, ohne dass dazu überzeugende Studien vorliegen. Die Annahme, dass kurze Wege ökologisch nachhaltig sind, lässt zum Beispiel außer Acht, dass starke Verdichtung schlecht für das Stadtklima sein kann – und damit auch das Leben in Städten unattraktiver macht. Gleichzeitig sind in Städten die Infrastrukturen besser und fußläufig erreichbar. Wer sich aussuchen kann, an bestimmten Orten zu wohnen, ist ein zentraler Aspekt der sozialen Wohnungsfrage.
- *Umweltgerechtigkeit*: Negative Konsequenzen der Verdichtung treffen aber nicht alle Schichten gleich stark. Umwelteinflüsse durch Verkehr oder die Nähe zu Naherholungsgrün sind vom Wohnort und dieser wiederum vom Einkommen abhängig. Zur Umweltgerechtigkeit liegen zwar Studien vor, aber keine systematische Aufarbeitung im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage.
- *Stadt-Land-Beziehungen und ländliche Daseinsvorsorge*: Der steigende Zuzug in Städte wird oft wie ein Naturgesetz behandelt oder gilt als ökologisch begrüßenswert. Ob ein extrem verdichtetes Wohnen in Städten tatsächlich besser für Umwelt und Klima ist, ist fraglich. Der Strukturwandel auf dem Land, der Abbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die dadurch verursachte Landflucht werden selten im Zusammenhang mit der (urbanen) Wohnungsfrage diskutiert, ebenso wie die infrastrukturelle Beziehung zwischen Stadt und Land.

Die Debatte soll ein erster Schritt sein, diese und andere Aspekte der ökologischen und sozialen Wohnungsfrage an einem Ort zu versammeln und die Fragmentierung in Zukunft zu überwinden. Beiträge können sowohl einen Überblick über Debatten zu einzelnen Aspekten geben als auch das strukturelle Verhältnis von sozialer und ökologischer Wohnungsfrage befragen.

Autor_innen

Lisa Vollmer ist interdisziplinäre Stadt- und Bewegungsforscherin. Ihre Forschungsinteressen sind soziale Bewegungen, Wohnungspolitik und politische Theorie.
lisa.vollmer@uni-weimar.de

Boris Michel ist Geograph und Teil der Redaktion von sub\urban. In der Stadtgeographie arbeitet er zur Zeit an einem Projekt zu urbanen Drogenkulturen sowie zu Geschichte der Stadtgeographie.
boris.michel@fau.de

Literatur

- Berliner Klimaschutzrat (2019): Positionspapier des Berliner Klimaschutzrates zum Referentenentwurf des Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (Berliner MietenWoG), 20.09.2019. Online: https://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/klimaschutzrat/download/KSR_Positionspapier_MietenWoG.pdf (letzter Zugriff am 7.11.2019).
- Cohen, Daniel Aldana (2019): A Green New Deal for Housing. In: Jacobin Magazine 33, 52-61.
- Gestring, Nobert / Mayer, Hans-Norbert / Siebel, Walter (1996): Konflikte und Chancen des ökologischen Wohnens. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 47/3, 159-167.

Stadtökologie statt Ökologie

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Andreas Koch

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2
Seiten 167-176
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v8i1/2.564

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höfleher,
Andrea Jany und Marc Amann

1. Vorbemerkung

Die nachfolgenden Überlegungen zu einer Debatte der urbanen ‚Wohnungsfrage als ökologische Frage‘ beruhen auf zwei inhaltlichen Positionierungen und gehen räumlich von der kapitalistisch geprägten mitteleuropäischen Stadt aus. Zum einen wird, in Anlehnung an Hartwig Berger (2003), Stadtökologie als politische Ökologie des Urbanen verstanden und damit wesentlich als Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik. Eine so verstandene Stadtökologie rückt nicht die biotischen oder technischen Faktoren für nachhaltiges (Zusammen-)Leben ins Zentrum, sondern die sozialen, politischen und kulturellen Grundsätze und Mechanismen, die für die städtischen Lebensformen prägend sind. Bergers vor knapp 20 Jahren geäußerte Kritik scheint auch heute kaum an Relevanz eingebüßt zu haben:

„Dass Stadtökologie direkt Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik ist, wird in Öffentlichkeit und Politik nicht begriffen. Die eigentlich triviale Wahrheit, dass nicht ‚die Umwelt‘, sondern die mit ihr hantierende Gesellschaft Problem und Patient ist, wird verdrängt.“
(Berger 2003: 31)

Zum anderen wird die Wohnungsfrage als Teil einer kritischen ökologischen Gesellschaftsanalyse nicht mit dem Begriff der ‚Krise‘ assoziiert, da einer Krise eine inhärente Zeitlichkeit und ein Wendepunkt – zum besseren oder schlechteren – zugrunde liegen. Dies ist im Falle des Wohnens nicht gegeben. Stattdessen sind Wohn- und Wohnungsprobleme in Agglomerationsräumen struktureller Natur, die mit dem Industriekapitalismus ihren Anfang nahmen und sich bis heute, wenngleich in anderer Form und Weise, fortgesetzt haben. Mit der arbeitsteiligen industriellen Massenproduktion setzte eine räumliche Trennung von Arbeiten und Wohnen ein, die bürgerliche Kleinfamilie setzte sich sukzessive als dominanter Haushaltstyp durch, und Privateigentum an Boden und Kapital entschied über Wohnoptionen. All dies brachte neue klassenspezifische Wohnformen hervor, deren grundlegenden Strukturen und Funktionen sich bis heute kaum verändert haben. In Analogie zur

Einschätzung von Xaver von Cranach (2019: 54): „[e]s gab keine Flüchtlingskrise, es gab Menschen, die flohen und die hier ankamen [...]. Es war eine kausal absolut erklärbare Situation“, lässt sich schließen: es gibt keine Wohn(ungs)krise. Es gibt jedoch ein strukturelles, regional variierendes Wohn(ungs)problem, das sich der kapitalistischen Verwertungslogik verdankt. Beide Positionierungen, die sozialen Verhaltensmuster und die ökonomischen Marktmechanismen, sollen helfen, einige der Schwierigkeiten des urbanen Wohnens in der gegenwärtigen Phase der Klimakrise, die tatsächlich eine Krise ist, zu verstehen.

Von folgenden Kernthesen wird im Beitrag ausgegangen:

- Die Funktionen der Wohnung und des Wohnens haben sich mit der Finanzkrise deutlich in Richtung des Warencharakters verschoben. Die Funktion der sozialen Infrastruktur gerät dadurch weiter unter Druck.
- Die Struktur des Wohnungsmarktes hat sich durch diese Funktionsverschiebung weiter verfestigt. Es dominieren privatwirtschaftliche Interessen des Profits und der Renditeerwartung mit Nebenfolgen der touristischen Kurzzeitvermietung, Zweitwohnungen und des Leerstands.
- Gestützt werden Strukturerthalt und Funktionsverschiebung durch eine am (vermeintlichen) Bedürfnis der Mittelschicht orientierte, dominante Kontinuität der Wohnungsarchitektur am Modell der Kleinfamilie, obwohl der gesellschaftliche Wandel eine Diversifizierung von Wohn(ungs)modellen nahelegen würde.
- Diese politisch-ökologischen Bedingungen haben Konsequenzen für eine ökologische Ausrichtung des Wohnens in der Klimakrise. Denn diese Bedingungen bedeuten, (1) dass mehr vom selben (alten) Modell gebaut wird; (2) dass überhaupt mehr Wohnungsbau als Lösung des Wohnungsproblems gesehen wird; (3) dass ‚ökologisches Bauen‘ gewinnbringend zur Lösung der ökologischen Probleme stilisiert wird. Stattdessen müssten als Ziele angedacht werden: (a) auf regionaler Ebene ein Wohnungsbaumatorium; (b) ebenfalls auf regionaler Ebene eine rechtsverbindliche Regionalplanung des Wohnungsbaus; (c) auf lokaler Ebene eine Diversifizierung des Wohnens in Richtung kollektiver Wohnformen.

2. Wohnungsfunktionen

Nach Jürgen Hasse (2019: 13) stellen sich für das 21. Jahrhundert folgende Fragen als vorrangig heraus: „Was tut man, wenn man wohnt? Wer wohnt mit wem zusammen? Wie wird Wohnen erlebt? Wie kommt man zur Wohnung?“. Fragen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, des Zugangs und der Repräsentation des Wohnens sind zudem um jene nach der Räumlichkeit (wo wohnt man?) und Zeitlichkeit (wie lange wohnt man wo?) zu ergänzen. Sie sind jedoch vor allem mit den Funktionen der Wohnung in einen Zusammenhang zu bringen, die sich, nicht zuletzt durch die Finanzkrise 2008, deutlich in Richtung der Wohnung als handelbare Ware verschoben haben. Wohnungsmärkte unterliegen insofern primär kapitalistischen Verwertungslogiken, mit dem Ziel der profitorientierten Kapitalakkumulation (Harvey 2013: 88 ff.) oder der wirtschaftlichen Absicherung im Alter, wie

Susanne Heeg (2013) dies unter dem Gesichtspunkt der Responsibilisierung, das heißt der individualisierten Verantwortungsübertragung der eigenen Vorsorge für die Zeit nach der Erwerbsarbeit, diskutiert. Daraus resultieren eine Zunahme von Zweitwohnsitzen, Leerstand oder der temporären touristischen Nutzung. Die Funktion der Wohnung als Teil der sozialen Infrastruktur gerät damit zunehmend unter Druck.

Die Ursprünge dieser Entwicklung liegen historisch in der Phase der Industrialisierung, die durch wachsende Arbeitsteilung und Funktionstrennung charakterisiert ist. Trotz aller Reformbestrebungen im Kontext der sozialen und der Wohnungsfrage, die sich frühzeitig mit diesen Umwälzungen etablierten, spiegeln sich bestimmte soziale Leitbilder auf den Wohnungsmärkten bis heute wider. Zu diesen Leitbildern gehören neben anderen Charakteristika das Wohnen als Kleinfamilie, die Wohneigentumsbildung und das Einfamilienhaus im suburbanen Raum (Beck/Reutlinger 2019: 97 ff.). Sie sind sichtbarer Ausdruck der hier diskutierten These, dass Wohnungsprobleme strukturelle Probleme sind, die für eine ökologische Ausrichtung der Wohn- und Wohnungsfrage mitzudenken sind. Der angesprochene Wandel der Funktionen der Wohnung wie des Wohnens trägt eher zur Verfestigung als zur Veränderung gewachsener Strukturen bei. Mit ‚gewachsenen Strukturen‘ ist dabei gemeint, dass erstens Marktmechanismen als geeignetes Aushandlungsmodell zur Bedürfnisbefriedigung nach Wohnraum erachtet werden, dass zweitens auch der öffentlich geförderte Wohnbau gezwungen ist, eine am Privateigentum orientierte Wohn(ungs)- und Bodenpolitik zu verfolgen und damit lediglich in der Lage ist, Symptombekämpfung zu betreiben. Drittens folgt die Wohnungsarchitektur weiterhin dem traditionellen Ideal der Zweigenerationenfamilie und begünstigt damit ebenso den handelbaren Warencharakter der Wohnung. Ausgangspunkt der nachfolgenden Ausführungen bildet der zuletzt genannte Punkt (Kleinfamilie als vorherrschendes Leitbild), mit dem dann auf ausgewählte eigentums-theoretische Punkte eingegangen wird. Gerade das Leitbild der Kleinfamilie versinnbildlicht den Warencharakter der Wohnung, weil es bestrebt ist, kleine Einheiten mit klarer eigentumsrechtlicher Zuschreibung und individualisiertem Tauschwert zu favorisieren. Damit folgt es dem Prinzip der Kleinteiligkeit und Unteilbarkeit, wie wir es vom Auto, der Bohrmaschine oder der Gartennutzung kennen. Wohnungen, die kollektive Wohnformen wie beispielsweise *social cohousing* ermöglichen, würden sich aufgrund ihrer komplizierteren eigentumsrechtlichen Zuschreibung nicht so leicht kapitalisieren lassen.

3. Dynamischer sozialer Wandel...

Die starre Ausrichtung des Wohnungsbaus an diesen sozialen Leitbildern fokussiert damit reduktionistisch die (vermeintlichen) Bedürfnisse der Mittelschicht. Die Unterschicht wird, wie Sylvia Beck und Christian Reutlinger (2019) für die Soziale Arbeit mit ihrer ‚Normalisierungsfunktion‘ herausstellen, über Unterstützungs- und Steuerungsnormen zu integrieren versucht. Während Unterstützung auf sozial- und rechtsstaatliche Einbindung (z. B. Wohnbeihilfen) abzielt, erfolgt die regulierende Steuerung über Erwerbsarbeit und Eigentum und damit über den klassischen ‚sozialen Kompromiss

des Industriekapitalismus‘ (Castel 2011, zit. nach Beck/Reutlinger 2019: 118). Beide Schichten haben sich dabei, wenngleich qualitativ anders als ihre industriekapitalistischen Vorgängerinnen, zu neuen Klassen gewandelt. Die Polarisierung zwischen neuer akademisch-kultureller Mittelklasse und neuer Unterklasse, so Andreas Reckwitz (2017: 280 f.), betrifft auch die Wohnbedürfnisse und Wohnansprüche.

Mit der neuerlichen Metamorphose von Schichten zu Klassen haben sich, sowohl innerhalb als auch zwischen ihnen, deren Lebensstile weiter ausdifferenziert. Im Ergebnis führt dies zu einem komplexen Konglomerat unterschiedlicher und heterogener Lebens- und Wohnformen. Für die akademische Mittelklasse charakteristisch sind die erweiterten Möglichkeiten sozialer und räumlicher Mobilität oder die weiter zunehmende Auslagerung haushaltsorientierter Dienstleistungen (wie Essenszubereitung, Kleiderreinigung, Kinder- und Tierbetreuung oder Einkaufen), da viel Arbeits-, Regenerations- und Kulturzeit außerhalb der eigenen Wohnung verbracht wird. Zugleich werden aber auch viele Tätigkeiten des Arbeitens, Lernens, Versorgens oder Ausruhens (wieder) in die eigene Wohnung integriert. Wohnen folgt daher nicht einem eindimensionalen, raumzeitlich linearen Funktionsverständnis und ist insofern räumlich wie funktional flüchtiger geworden. Ein Indikator ist das Wachstum der haushaltsorientierten Service Economy, die, wie angedeutet, vielfältige Möglichkeiten der Auslagerung und Rückverlagerung offeriert (Bartmann 2016). Die Fluidität des Wohnens zeigt sich exemplarisch aber auch an den multilokalen Wohnformen, temporären Wohnsitzen oder auch den lokalen Umzugsdynamiken in Abhängigkeit biographischer Veränderungen, die ebenfalls zugenommen haben. Beispielsweise variieren die Umzugsquoten in den 20 größten Städten Deutschlands im Jahr 2017 zwischen 5,9 Prozent in Berlin und 10,6 Prozent in Münster und Nürnberg (vgl. Statista 2020). Bei einer durchschnittlichen Umzugsdynamik von 8,5 Prozent zeigt sich, dass gerade in den teuren Städten die residentielle Mobilität vergleichsweise gering und im Vergleich der letzten Jahre weiter gesunken ist. Zunehmende Sesshaftigkeit mangels Alternativen unterminiert dabei nicht nur lebensstilbezogene, sondern ebenso biographische Anpassungsmöglichkeiten der Wohnbedürfnisse, die insbesondere auch eine Reduktion der Wohnfläche im Alter inkludiert.

Für jene Menschen, deren Einkommen niedrig(er) oder deren Mobilität aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt(er) ist (nach Reckwitz die neue Unterklasse), hat sich ebenfalls eine Pluralisierung der Lebens-, Arbeits- und Wohnformen herausgebildet. Zum einen lässt sich ein Bemühen um Wohnstandortfixierung im urbanen Raum dort erkennen, wo es für sie noch leistbar ist, da städtische Arbeitsmärkte gegenüber ländlichen ein auch für gering(er) Qualifizierte stärker diversifiziertes Angebot an Arbeitsplätzen bereitstellen. Sofern es möglich bleibt in der Stadt zu wohnen, wird ökonomisch erzwungene Sesshaftigkeit weniger als Problem denn als Chance der Absicherung erreichter Lebensqualität gesehen – ein auch unter dem Gesichtspunkt des Erhalts sozialer Beziehungen nicht zu vernachlässigender Grund. Angesichts hoher und steigender Preise auch im öffentlich geförderten Wohnbau, stößt dieses Bemühen jedoch immer häufiger an seine Grenzen. In der österreichischen Stadt Salzburg zum Beispiel liegt derzeit der Quadratmeterpreis für gemeinnützige Mietwohnungen bei 10,86 Euro, für

private bei 15,60 Euro (Koch 2020). Da auch andere wohnpolitische Maßnahmen wie Mietobergrenzen oder Mietpreisbremsen nicht die erwünschte Wirkung brachten, bleibt als Alternative dann nur das (derzeit noch) günstigere weitere Stadtumland, verbunden mit höheren Fahrtkosten und -zeiten sowie Emissionen an Abgasen und Lärm. Zum anderen erzwingen hohe Wohnungspreise unfreiwillige mobile Wohnformen wie transregionale und transnationale Migration oder temporäre Wohnaufenthalte an Orten mit geringer(er) Lebensqualität.

4. ...und träger Wandel der Wohn- und Wohnungsformen

Eine stadtökologische Debatte über ‚Wohnen in der Klimakrise‘ müsste nun an diesen wohnsozialen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklungen kritisch anschließen, was nachfolgend mit einigen wenigen Gedanken versucht wird.

Das gegenwärtige Wohnleitbild hält weiterhin an der bürgerlichen Kleinfamilie als gesellschaftlichem Ideal fest. Diese Feststellung trifft selbst für steigende Zahlen von Singlehaushalten junger und älterer Menschen wie für Alleinerzieher_innen-Haushalte zu, die lediglich in reduzierter Form das wohnsoziale Idealbild repräsentieren. Und sie wird auch nicht durch eine wachsende Zahl von Gegenbeispielen widerlegt, die es zweifelsohne in Form von Mehrgenerationenhäusern, verschiedenartigen Wohnungs-, Bau- und Umbaugemeinschaften sowie digitalen Wohnplattformen oder Wohnungstauschbörsen gibt (Fuhrhop 2015: 125 ff.). Denn gerade weil sich die Umsetzung derartiger Initiativen wohn(ungs)politisch so schwierig gestaltet, kann dies als Indiz eines trägen Wandels der Wohn- und Wohnungsformen gewertet werden und ist somit Ausdruck einer Unterbewertung des Wohnens in sozialräumlicher Hinsicht.

Anstatt dem Credo eines „Bauen, Bauen, Bauen“ zu folgen, wäre es, wie eingangs formuliert, stadtökologisch klüger, den Möglichkeitsspielraum um die eben genannten Wohnformen noch zu erweitern und eine stärkere Mischung von mobilen und immobilen Wohnformen, unter anderem in Abhängigkeit der biographischen, familiären oder arbeitsbedingten Situationen, anzustreben. Beispiele wären ein Angebot an öffentlichen Zweitwohnsitzen, an Co-Working angelehntes Co-Living oder Wohnplattformen für an wechselnden Orten arbeitende Menschen. Derartige Projekte können durch flankierende Maßnahmen wie Wohnkoordination oder soziale Startbegleitung, wie sie es für neue Wohnsiedlungen bereits gibt, zu einer Förderung und positiven Bewertung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens beitragen. Auch wenn Urbanität auf diese Weise ein Stück weit inszeniert wird (Smigiel/Koch 2018), so rufen solche Maßnahmen zugleich den Gedanken des Wohnens als sozialer Infrastruktur wieder stärker in Erinnerung.

5. Soziale und kulturelle Überbewertung des Wohnens

Stattdessen lässt sich neben der wohnungsarchitektonischen Unterbewertung auch eine gesellschaftspolitische Überbewertung traditioneller Wohnmodelle beobachten. Ein Indiz hierfür findet sich in der ausgeprägten Betonung der

Individualisierung von Wohnbedürfnissen. So negieren Beck und Reutlinger (2019: 42) zwar nicht die Notwendigkeit der Gestaltung des eigenen Lebens und Wohnens, betonen jedoch stärker die Gestaltungsfreiheiten und identitätsstiftenden Potenziale spätmodernen Wohnens: „So gedacht erklärt sich spätmodernes Wohnen (nur noch) aus der individuellen Lebenssituation und daran geknüpften Vorstellungen, Bedarfe und Bedürfnisse [...]“. Diese Form der Inszenierung ist jedoch trügerisch und politisch-ökologisch problematisch. Denn die sich potenzierenden Möglichkeiten an Lebensweisen und -stilen führen angesichts empfundener Überforderungen eher zu Versuchen der Nachahmung und Standardisierung („Ikeaisierung“ des Wohnens). Um dem aufoktroierten Bedürfnis nach Individualität im Wohnen dennoch nachzukommen, werden Einrichtungsgegenstände in kurzen Zyklen ausgetauscht, mehr von ihnen gekauft oder mehr repräsentativer Platz beansprucht. Alles das sind Ausdrucksformen, die dem „[...] fatalen Vorbild der klassischen Moderne [des Industriekapitalismus; A.K.] folgen [...]“ (Fuhrhop 2015: 107) und dem Wohnen in der Klimakrise zuwiderlaufen.

Hinzu kommt, dass die suggerierte Individualität von Lebens- und Wohnstilen einer mittlerweile typischen Verengung der Perspektive auf die Mittelschicht entspricht. Individualität muss man sich leisten können und wollen. Einkommensschwächere Haushalte können dies in der Regel nicht, da sie einen wachsenden Anteil ihres Einkommens für Miete oder Kreditrate aufbringen müssen. Um im Streben nach Anerkennung und Identitätsartikulation nicht exkludiert zu werden, versuchen auch diese Haushalte, Teil des Steigerungsspiels um ein Mehr an Gegenständen und Wohnfläche zu bleiben.

Nahrung erhält die inszenierte Individualität durch eine entsprechende mediale Inszenierung des Wohnens. Die Darstellungen von Wohnungen in einschlägigen Werbeprospekten lädt das Grundbedürfnis Wohnen zu einer hochstilisierten Exklusivität und einer Sphäre der Selbstverwirklichung auf, die mit dem Bild des freistehenden Hauses im Grünen und umgeben von endloser Natur helfen soll, Wohnen als familiäres Idyll zu vermarkten. Selbst ökologisches Bauen und Einrichten bedient sich dieser Strategie eines als legitim erachteten Konsums ohne Reue, wie Daniel Fuhrhop (2015: 32) mit Verweis auf einen Architekten hervorhebt: „Nachhaltiges Bauen darf nichts mit Entsagung zu tun haben“.

6. Wohnen als sozialer Infrastruktur Nachdruck verleihen

Die sozialkulturelle Überbewertung der kleinfamiliären Wohnformen erscheint angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen unzeitgemäß, aus der Sicht der kapitalistischen Akkumulationslogik jedoch nur konsequent. Eine stadtökologische Kritik sollte sich nachdrücklich dafür einsetzen, dem Wohnen als soziale Infrastruktur wieder seinen zentralen Stellenwert zuzuweisen, so sehr auch das Erfordernis der Wohnung als Vorsorgeobjekt mangels alternativer renditeträchtiger Kapitalanlagen aus individueller Perspektive verständlich erscheint. Denn, wie Andrej Holm (2019: 107) treffend hervorhebt: „Für eine soziale Wohnungsversorgung gibt es [...] innerhalb der Marktlogik keinen Anreiz. [...] Auf Märkten zählen weder Bedürfnisse noch Bedarf, sondern allein die Nachfrage“.

Hierfür gibt es bereits heute eine Vielzahl an Umsetzungsmöglichkeiten wie gemeinnütziger, kommunaler oder genossenschaftlicher Wohnungsbesitz, Bekämpfung von Wohnungsleerstand oder zweckwidrig genutzten Wohnräumen, Reduktion von Zweit-, Neben- oder touristisch vermarkteten Wohnungen, Umwidmung von leerstehenden oder unterausgelasteten Büro- und Gewerbegebäuden. Ein gemeinsamer Nenner all dieser Maßnahmen liegt darin, den als politisches Heilmittel gepriesenen Wohnungsneubau zu überdenken. Fuhrhop (2015) liefert hierfür eine Vielzahl an Argumenten, die es wert sind, in Debatten zur ‚Wohnungsfrage in der Klimakrise‘ aufgegriffen zu werden. Angesichts des anhaltend hohen Flächenverbrauchs, insbesondere in städtischen Agglomerationsräumen, würde bereits ein temporäres Wohnbaumoratorium helfen, den Lebensraum heutiger und künftiger Generationen mit der gebotenen Nutzungssensibilität anzuerkennen.

Neben ökologienpolitischen Strategien, die auf eine Dekommodifizierung der Wohnung abzielen, sind Überlegungen zu einer Bodenreform und einer Reform der in kommunaler Hand liegenden Bauplanung anzustellen.

„Die Frage des Bodeneigentums muss daher wieder Thema ökologischer Stadtentwicklung werden. Aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit ist ein Bodenrecht kontraproduktiv, das diese wichtige und nicht erneuerbare Naturressource zu einer handelbaren Ware und zum Gegenstand privatrechtlichen Gewinns macht.“ (Berger 2003: 66)

Die Verfügungsgewalt über Grund und Boden in öffentliche oder gesellschaftliche Hände zu legen, löst für sich genommen zwar noch nicht die Forderung einer nachhaltigen Bodenpolitik ein. Dafür sind in einer kapitalistisch ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung umfassendere und grundsätzliche politische Veränderungen notwendig. Dies zeigt sich, mit Blick auf Österreich, exemplarisch daran, dass viele Gemeinden in der Vergangenheit Bauland ausgewiesen, den rechtlichen Folgen dieser Umwidmung jedoch nicht Nachdruck verliehen haben – nämlich zu bauen. Damit wurde der Bodenspekulation mit Hilfe der öffentlichen Hand Vorschub geleistet. Eine Kommunalisierung von Grund und Boden würde jedoch den Handlungsspielraum von Wohnkollektiven und politisch legitimierten Institutionen erhöhen, einen Ausgleich zwischen privat- und gemeinwirtschaftlichen und zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen zu erzielen. Hierdurch ließen sich dann auch stadtökologische Maßnahmen wie Funktionsmischung (Stadt der kurzen Wege, Wohnung als multifunktionaler Ort), sozialräumliche Mischung (nachbarschaftliche Konfrontation unterschiedlicher sozialer Lagen, Urbanisierungspolitik) oder umweltverträgliche Mobilitätsformen politisch priorisieren.

Um die Bodenreform ihrem Ziel näher zu bringen, sind ergänzende Maßnahmen einer Reorganisation der Stadtplanung und Stadtentwicklung unumgänglich. Solange die Bauleitplanung im kommunalen Hoheitsrecht verankert bleibt, wird jede Stadt versucht und gezwungen sein, ihre eigenen lokalen Interessen über die überörtlichen und übergeordneten zu stellen. Mit einer subsidiären Verlagerung der planungsrechtlichen Kompetenzen auf eine regionale Ebene müssten zugleich die Einnahmen der Städte auf eine andere Grundlage gestellt werden, was angesichts dann auch zu erwartender Ausgabensenkungen durch abnehmende wettbewerbsbedingte

Entscheidungen (für Bau und Erhalt von Infrastrukturen, Personal und Geräten) und regionaler Synergien im Bereich des Möglichen liegt. Mit einer verbindlichen Regionalplanung in den Bereichen Baulandausweisung und Wohnbau (wie auch gewerblicher Bau) wären Gemeindefusionen keine zwingende Alternative, sodass die lokale demokratische Legitimation nicht verloren ginge, vielmehr ein Interessenausgleich über ebenjene lokalen politischen Institutionen zu erzielen wäre. Mit einer regionalen planungsrechtlichen Verbindlichkeit ließe sich zudem die Beschränkung auf territoriale Raumeinheiten aufbrechen, indem räumliche Einheiten problemzentriert flexibel gebildet würden, zum Beispiel nach funktionalen Gesichtspunkten für bestimmte Infrastrukturen (Hoffmann-Axthelm 2016: 61 ff.).

7. Resümee

Die manifeste Klimakrise offenbart die strukturellen Probleme des Wohnens aufs Neue. Die Kommodifizierung der Wohnung als Vorsorge- und/oder Renditeobjekt hat im letzten Jahrzehnt weiter zugenommen, worunter ihre Eigenschaft, Teil der sozialen Infrastruktur zu sein, weiter gelitten hat. Mit der Klimakrise werden auch die mit der Wohn- und Wohnungsfrage in Zusammenhang stehenden Aspekte neuerlich virulent. Die Ausrichtung der Wohnung an der Kleinfamilie, die Propagierung von Wohneigentum oder die Inszenierung des Wohnens als Mittel individualistischer Selbstdarstellung laufen einer adäquaten Antwort auf die Klimakrise zuwider. Vielmehr tragen sie zu einem weiterhin steigenden Ressourcen- und Flächenverbrauch bei. Kleine Wohnungen sind nicht nur unter Kapitalisierungsgesichtspunkten besonders beliebt, sie benötigen auch die relativ zur Personenzahl gerechnet meiste Fläche. Jede dieser kleinfamiliär ausgerichteten Wohnungen braucht eine eigene Küche und Haushaltsgeräte zur exklusiven Nutzung. Diese Geräte sind somit unterausgelastet und unterliegen dennoch einer hohen Zyklizität der Wiederanschaffung (Welzer 2013).

Nachhaltig wäre vielmehr eine „Ethik vorsorgender Selbstbeschränkung“ (Berger 2003: 14), anstatt mehr Wohnungen zu bauen. Mit dieser Einschätzung soll nicht die Verantwortung für ökologisches Bauen ausschließlich auf jede/n Einzelne/n delegiert werden. Vielmehr sollten alle Beteiligten prüfen, ob mit dem Festhalten an tradierten sozialen Leitbildern die passende Antwort auf die aktuellen Funktionsverschiebungen des Wohnens und der Wohnung und die Folgen des Klimawandels gegeben wird.

Autor_innen

Andreas Koch ist Sozialgeograph und beschäftigt sich mit Fragen der Armut und sozialen Ungleichheit in urbanen sowie dünnbesiedelten Räumen Europas, Kanadas und Australiens. andreas.koch@sbg.ac.at

Literatur

- Bartmann, Christoph (2016): Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal. München: Hanser.
- Beck, Sylvia / Reutlinger, Christian (2019): Die Wiederkehr der Wohnungsfrage. Zürich: Seismo.
- Berger, Hartwig (2003): Entgrenzte Städte. Zur politischen Ökologie des Urbanen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Castel, Robert (2011). Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlags-GmbH.
- Fuhrhop, Daniel (2015): Verbiestet das Bauen! Eine Streitschrift. München: Oekom.
- Harvey, David (2013): Rebellische Städte. Berlin: Suhrkamp.
- Hasse, Jürgen (2019): Was bedeutet es zu wohnen? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Gesucht! Gefunden? Alte und neue Wohnungsfragen. Bonn: bpb, 12-21.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1/1, 75-99.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (2016): Lokaldemokratie und Europäisches Haus. Bielefeld: Transcript.
- Holm, Andrej (2019): Wiederkehr der Wohnungsfrage. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Gesucht! Gefunden? Alte und neue Wohnungsfragen. Bonn: bpb, 98-111.
- Koch, Andreas (2020): Wohnen in der Stadt Salzburg. Zum Verhältnis der Wohnung als Ware und dem Wohnen als soziale Infrastruktur. In: Salzburger Jahrbuch für Politik 2020 (im Druck). Wien: Böhlau.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin: Suhrkamp.
- Smigiel, Christian / Koch Andreas (2018): Formen von Urbanität in der kapitalistischen Moderne und ihre Effekte. In: polylog 39, 19-33.
- Statista (2020): Umzugsquoten in den größten Städten Deutschlands im Jahr 2017. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731899/umfrage/umzugsquote-in-den-groessten-staedten-deutschlands/> (letzter Zugriff am 12.1.2020)
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 8/1-2, 163-166.
- Von Cranach, Xaver (2019): Welche Krise? In: Die Zeit, 27.12.2019, 54.
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: Fischer.

Common Ground

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Lukas Häfner

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2
Seiten 177-182
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v8i1/2.565

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höfleher,
Andrea Jany und Marc Amann

Der im selbstgenutzten Wohneigentum erhöhte Konsum von Fläche führt den vorliegenden Beitrag auf die Spuren einer Verbindung ökologischer und sozialer Fragestellungen. Im ersten Abschnitt wird auf den aktuellen Stand der flächenbezogenen Bodenpolitik eingegangen und das Erfordernis weiterführender Untersuchungen und Politiken dargelegt. Es folgt die Herleitung eines korrelativen Verhältnisses zwischen Eigentum und einer erhöhten ökologischen und sozialen Belastung des Umfeldes. Der dritte Abschnitt wird diese Korrelation in Beziehung zur fortschreitenden Responsibilisierung in der Wohnraumversorgung setzen. Aus den sich daraus ergebenden Anknüpfungspunkten werden konsequente Handlungsansätze formuliert.

Der Diskurs ökologisch orientierter Raum- und Stadtplanungspraxis operiert insbesondere unter dem Leitbild einer kompakten ‚Stadt der kurzen Wege‘, wodurch die Themenkomplexe nachhaltige Mobilität, (Heiz-)Energieverbrauch und Flächeninanspruchnahme einbezogen und in ihrer städtebaulichen Dimension integriert werden (vgl. Beckmann et al. 2011; Difu 2018). So fasst beispielsweise die „Neue Urbane Agenda“ der UN zusammen: „Wir verpflichten uns [...], eine nachhaltige Flächennutzung zu fördern, indem wir Stadterweiterungen mit einer angemessenen Dichte und Kompaktheit verbinden.“ (UN 2016: 26) Die Bundesregierung äußerte sich schon 2002 bei der Formulierung des vielfach rezipierten 30-Hektar-Ziels in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf ähnliche Weise. Allerdings wurde der Zeithorizont in der Novellierung der Strategie von 2020 auf 2030 verschoben – und damit wurden statt der ursprünglichen 18 nachträglich nun hypothetisch 28 Jahre zum Erreichen des Ziels veranschlagt (Die Bundesregierung 2002, 2016). Doch weshalb scheint die Reduktion des Flächenverbrauchs so viel schwieriger als zunächst gedacht? Einen ersten Hinweis darauf gibt die Betrachtung des Nachhaltigkeitsbegriffes im Kontext alltäglicher Stadtentwicklungsprojekte. Aus der internationalen Umweltschutzdebatte stammend ist ‚Nachhaltigkeit‘ keine ursprünglich kommunalpolitische Kategorie, vielmehr bestehen auf dieser Ebene kaum Anreize, den Begriff abseits seiner plakativen und argumentativen Wirkung ein- und umzusetzen (Rink 2018: 252). Dementsprechend besteht der Bedarf

nach einer Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Wirkmechanismen und einer effektiven Irritation der spezifischen Ebenen und gesellschaftlichen Systeme zur Durchsetzung innovativer und ökologischer Politiken (Schröder et al. 2011: 22).

Dazu ein Einblick in den aktuellen Stand der Bemühungen zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme: Für die Zeitspanne von 1992 bis 2018 lässt sich insgesamt eine Zunahme versiegelter Flächen um rund 24 Prozent verzeichnen, beispielsweise im Jahr 2017 um rund 58 Hektar (Umweltbundesamt 2019). Das Umweltbundesamt stuft das Erreichen des 30-Hektar-Ziels dennoch als prinzipiell möglich ein (ebd.). Der Flächenverbrauch konnte im Vergleich zu 1993 um rund die Hälfte gesenkt werden (ebd.), bis 2050 wird jedoch eine deutlich schwieriger zu erreichende Netto-Null angestrebt (Adrian et al. 2016: 27). Trotz der Einführung der „Urbanen Gebiete“^[1] könnte insbesondere die gleichzeitig durchgesetzte Erleichterung zur Erweiterung von Siedlungen im Außenbereich die gesetzten Ziele konterkarieren (Umweltbundesamt 2019). Ebenso wenig zweckdienlich ist die Eigenheimförderung vonseiten der Bundesregierung. Darunter fallen als jüngstes Beispiel das Baukindergeld von 2018, aber auch die Wohnungsbauprämie und Eigenheimrente (Wohn-Riester^[2]) auf Bundesebene. Die Eigenheimzulage, mit teilweise über zwölf Milliarden Euro Fördervolumen jährlich ehemals eines der umfassendsten Subventionsprogramme der Bundesregierung, lief Ende 2005 aus (Egner 2014: 18). Die bestehenden Förderstrukturen unterstützen jedoch nach wie vor eine flächen- und materialintensive Bautätigkeit. Dementsprechend wird seitens des Umweltbundesamtes auf eine „konsequente Weiterentwicklung von zielführenden planerischen, rechtlichen und ökonomischen Instrumenten“ (Umweltbundesamt 2019) – und damit implizit auf den Erfolg dieses multiperspektivischen Forschungs- und Praxisfeldes zur Implementierung einer nachhaltigen Flächenpolitik – gehofft.

Die politische Absichtserklärung, den Flächenverbrauch zu reduzieren, wird vornehmlich an die kommunale Ebene adressiert, die Implementierung der Ziele in Stadtentwicklungsstrategien proklamiert und die Bauleitplanung als wesentliches Instrument hervorgehoben (vgl. Difu 2018: 22 ff.). Diese Sichtweise lässt folgendes jedoch außer Acht: Die Möglichkeit von Individuen, entgegen einer durch dichte und gemischte Siedlungsformen ermöglichten umweltbewussten und suffizienten Lebensweise, intensive Konsummuster zu pflegen – beispielsweise die kurzen Wege vor Ort mit häufigen Fernreisen zu überkompensieren. Die Klassifizierung der baulichen Form von Siedlungskörpern als ‚notwendig‘, aber nicht ‚hinreichend‘ für eine ökologische Transformation bleibt in Konsequenz nicht aus (vgl. Williams et al. 2010: 211 ff.). Dies wiederum deutet auf den rechtlichen und ökonomischen Rahmen hin, in dem gesellschaftliche Subjekte handeln und der verschiedene Anreize, Optionen und Restriktionen setzt. In diesem Fall sagt die Lokalisierung von Problem und Lösung auf der kommunalen Ebene schlussendlich mehr über das politische und ökonomische System aus, als über den problematisierten Gegenstand selbst (Bauriedl 2014: 169).

Für die Auseinandersetzung mit dieser Frage im Bereich des Wohnens liegt es nahe, sich mit den beiden dominanten Modi der dafür angewandten Inbesitznahme zu beschäftigen: der Anmietung und dem selbstgenutzten

Eigentum von Wohnraum, welche zur Einführung einer bestimmenden ökologischen Komponente in Bezug zum jeweiligen Flächenkonsum gesetzt werden. Allgemein angewandte Indikatoren in diesem Bereich sind der Gebäudetypus und die in Anspruch genommene Fläche pro Person. Wird davon ausgegangen, dass Energieeffizienz vorrangig in dichten Siedlungsstrukturen realisiert werden kann (s. o.), dann sind es vor allem die „aneinander gebauten Einzelgebäude“ (Ahlhelm et al. 2012: 47), in denen sich der Heizbedarf verringern und die Versorgung über Nah- und Fernwärme verbessern lässt. Durch eine höhere Bevölkerungsdichte wird zudem eine rentable Nahversorgung ermöglicht, sodass Transportwege vermieden werden können (ebd.: 43 f.).

Wer im Eigenheim leben will, neigt jedoch dazu, dies in einem freistehenden Haus zu realisieren (81 Prozent), während Mietverhältnisse zu 80 Prozent in Geschosswohnungsbau bestehen. Die pro Person in Anspruch genommene Wohnfläche spiegelt diese Verhältnisse wieder. Der Unterschied zwischen Einpersonenhaushalten ist signifikant: Im Eigentum werden nahezu hundert, im Mietverhältnis rund sechzig Quadratmeter pro Wohneinheit beansprucht (Held/Waltersbacher 2015: 5).

Die angenommene Kausalität zwischen Besitzverhältnissen und genutzter Fläche wird anhand dieser Datenlage plausibel, sodass zwischen beiden Modi ein ökologisches Gefälle konstatiert werden kann, das mit dem Wohlstand der Bewohner_innen korreliert. Allerdings muss vor einer pauschalen Einteilung in ökologisch und unökologisch Handelnde explizit gewarnt werden, um eine Fokussierung der Diskussion auf einzelne Subjekte und Gruppen, und damit die Abkehr der Betrachtung von den rahmengebenden Determinanten, zu verhindern. Setzt man die Breitenwirkung in das Zentrum des Interesses zur Entwicklung ökologischer Strategien, scheint es dennoch – oder gerade deswegen – angebracht, ein mögliches Instrumentarium auch dahingehend auszurichten, den Mietwohnungsmarkt zu stärken und die Bildung von Wohneigentum restriktiver zu begleiten.

Die Analyse der Interessen und Instrumente, die in der Wohnraumversorgung wirken, ist seit langem Interessengebiet der Stadtforschung, wodurch bereits Erklärungsmuster zur Betrachtung der Dynamiken des Wohnungsmarktes vorliegen. Die an diesem Punkt interessanten Erkenntnisse beziehen sich auf den fortschreitenden Prozess der Finanzialisierung im Immobiliensektor. Wurden zuerst nur Gewerbeimmobilien davon erfasst, sind seit 2007 auch in Deutschland Wohngebäude potentielle Bestandteile von Fonds und damit des Finanzmarkts (Heeg 2013: 91). In finanzialisierten Mietwohnungsmärkten begünstigen renditeorientierte Vermietungsmodelle in Verbindung mit stagnierenden Löhnen, prekären Arbeitsverhältnissen und niedrigen Zinsen die Attraktivität des Eigentums im Wohnsektor und wie der Wohnraum zur Ware und Wertanlage wird, entwickelt sich die Notwendigkeit der eigenständigen Vorsorge, der eigenen Unternehmung zur Kapitalentwicklung – des Einreihens in den Prozess der *Responsibilisierung* (Heeg 2013: 80). Der eigene Wohnraum wird wieder verstärkt zum Ideal und zur Altersvorsorge der Mittelschicht – und nebenbei zum Anlageobjekt. Dadurch wird Wohnraum nicht nur auf individueller Ebene zunehmend zum ökonomisch „prinzipiell wünschenswert[en]“ (Zehnder 2006: 599) Eigentum, sondern darüber hinaus zu einem Stabilisierungsfaktor der

Gesellschaft – nicht durch eine gerechte Verteilung der Ressourcen, sondern durch die Förderung einer an den bestehenden Verhältnissen interessierten Mehrheit (ebd.: 599 f.). Gegenwärtig sind die zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (Heeg 2013: 91) und die Entkoppelung des Bevölkerungswachstums von der Wohnflächeninanspruchnahme Realität (Adrian et al. 2016: 25). Zwar wird in Zukunft die Flächennachfrage von Mietwohnungen von 2015 bis 2030 um voraussichtlich rund 5 Prozent zurückgehen, in der gleichen Zeitspanne jedoch erfahren Eigentumshaushalte einen voraussichtlichen Zuwachs von 16,4 Prozent (Held/Waltersbacher 2015: 11). Die durch diesen Prozess unterstützte soziale Segregation in städtischen Räumen entspricht zudem dem geographischen Muster stadträumlicher Vulnerabilität (Bauriedl 2014: 169). Das heißt, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen tendenziell eher in Gebieten wohnen, die von Extremwetterereignissen und langfristigen klimatischen Veränderungen betroffen sind (ebd.). Extensive Wohnformen befördern damit nicht nur die Umweltzerstörung, ähnlich den vorherrschenden globalen Verhältnissen sind deren Bewohner_innen auch deutlich weniger von den Folgen betroffen. Dadurch wird Klimagerechtigkeit auch im Untersuchungsgebiet Deutschland lokal beobachtbar und erfahrbar.

Eine Zuspitzung dieser Verhältnisse und ein dadurch ausgelöster Wandel sind auch volkswirtschaftlich abzusehen. Folgt man den Ausführungen des französischen Volkswirten und Autoren Thomas Piketty (2016) zum Kapital im 21. Jahrhundert – der Annahme eines überproportionalen Bedeutungsgewinns von Kapitalanlagen – muss ein weiterhin wachsendes Gefälle zwischen Wohlhabenden und Ärmeren der mitteleuropäischen Bevölkerung angenommen werden. Dazu meldet beispielsweise Zeit Online im Januar 2020: „Geldvermögen deutscher Haushalte auf Rekordhoch“ – doch wie zuvor besitzt die Hälfte der Bevölkerung mit 1,3 Prozent des gesamten Privatvermögens relativ wenig, während die Anlagen in Aktien und Investmentfonds innerhalb dreier Monate um zehn Milliarden Euro angewachsen sind (Zeit Online 2020). Neben den inhärenten Risiken des Finanzkapitalismus werden dadurch auch indirekt sozial bedingte Krisen und Umwälzungen befördert. Während Pikettys Ausführungen im Wohnungsmarkt ihre sprichwörtliche Materialisierung in Betongold erfahren, scheint es also wahrscheinlich, dass das Stabilisierungsmoment des Responsibilisierungsprozesses langfristig an sich selbst scheitern wird. Passend dazu formuliert David Harvey in seiner Analyse der Ursachen der Finanzkrise von 2007: „[D]er Anschlag auf die Umwelt und das Wohlergehen der Menschen ist spürbar und findet nicht aus ökonomischen, sondern klassenbezogenen Gründen statt.“ (2012: 36) Damit schafft er eine treffende Verknüpfung der ökologischen mit der sozialen Frage, eine Verortung derselben in der neoliberalisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und die Betonung des explosiven Charakters dieser Gemengelage.

Die vorhergehend geschilderte Perspektive auf die Zusammenhänge ökologischer Stadtentwicklungspolitik führt zu einem wesentlichen Schluss: Die ökologische Frage im Bereich der Flächen- und Wohnrauminanspruchnahme ist eine eindeutig soziale und erfordert eine sozioökologische Betrachtung der Wirkweisen des Wohnungsmarktes sowie des systemischen Rahmens, in dem sich die handelnden gesellschaftlichen Subjekte bewegen.

Weiterhin wurde aufgezeigt, dass sich die Aushandlungsprozesse um die Übernahme der Lasten ökologischer – sowohl gelenkter, als auch unvorhergesehener – Transformationsprozesse auf ein Konfliktfeld zwischen Besitzenden und Mittellosen hin konzentrieren. Das Delegieren ökologischer Stadtproduktion an die Kommunalpolitik stellt in diesem Zusammenhang einen unzureichenden Ansatz dar, der in seiner Wirksamkeit durch die auf anderer Ebene gestaltete Finanzialisierung des Wohnungsmarktes und Responsibilisierung von Individuen maßgeblich eingeschränkt wird. Um zielführende Maßnahmen durchsetzen zu können, bedarf es einer ebenen- und politikfeldübergreifenden Analyse und Handhabung der Problematik – und einer Abkehr von einer Austeritätspolitik zulasten der Kommunen, von der Neoliberalisierung des Wohnungsmarktes und, als ersten Schritt, von der Förderung flächenintensiver Eigenheime. Folgendes scheint evident: Im Streben nach einem stabilen und vor allem zugänglichen Mietwohnungsmarkt hat neben der sozialen auch die ökologische Dimension an Bedeutung gewonnen – und beide stehen mit ihren Ansprüchen auf der gleichen Seite. Die dargestellte Position lädt dazu ein, die Dichotomie von Miete und Eigentum auch unter ökologischen Aspekten in den Blick zu nehmen, diese unter Umständen zu überwinden und vertretbare alternative Konzepte effektiv an das politische System zu kommunizieren.

Die Bauhaus-Universität Weimar unterstützt die Publikation dieses Beitrags durch eine institutionelle Vereinbarung zur Finanzierung von Publikationsgebühren.

Endnoten

- [1] Mit der Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) 2017 führt die Bundesregierung neben anderen Flächenkategorien zur Darstellung der besonderen Art ihrer baulichen Nutzung das ‚Urbane Gebiet‘ ein. Dieses ermöglicht sowohl eine gezielte Verteilung von gewerblichen Nutzungen und Wohnraum innerhalb der im ‚Urbanen Gebiet‘ angesiedelten Gebäude und soll als flexibles Raumordnungsinstrument die Entwicklung dichter und nutzungsgemischter Siedlungsstrukturen ermöglichen (Scholz 2018: 69).
- [2] Die Eigenheimrente beziehungsweise Wohn-Riester erlaubt das Einbringen von Vermögen aus Riester-Verträgen in die Bildung von selbst genutztem Wohneigentum. Wenn sie dem gleichen Zweck dienen, wird auch die Deklaration von Tilgungszahlungen als Altersvorsorge ermöglicht. Beide Optionen bedeuten eine steuerliche Förderung des Vorhabens und des investierenden Individuums (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2019).

Autor_innen

Lukas Häfner ist Urbanist und beschäftigt sich mit den Zusammenhängen von Wohnen, Regierungspraxis und ökologischer Transformation in der Raumentwicklung.
lukas.haefner@uni-weimar.de

Literatur

- Adrian, Luise / Bock, Stephanie / Preuß, Thomas (2016): Flächeninanspruchnahme: Ziele und Herausforderungen. In: Nachrichten der ARL 3-4, 24-27.
- Ahlhelm, Inge / Bula, Andreas / Frerichs, Stefan / Groth, Klaus-Martin / Hinzen, Ajo / Kerstan, Susann / Madry, Thomas / Schüle, Ralf / Freund, Tanja / Jansen, Ulrich (2012): Klimaschutz in der Räumlichen Planung. Gestaltungsmöglichkeiten der Raumordnung und Bauleitplanung. Praxishilfe. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Bauriedl, Sybille (2014): Klimapolitik. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 168-174.
- Beckmann, Klaus / Gies, Jürgen / Thiemann-Linden, Jörg / Thomas, Preuß (2011): Leitkonzept – Stadt und Region der kurzen Wege. Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie. Texte. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Bundesministerium der Finanzen (2019): Vorsorgen und Steuern sparen. Berlin.
- Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) (Hg.) (2018): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden. 3. Auflage. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH.
- Die Bundesregierung (Hg.) (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin.
- Die Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Egner, Björn (2014): Wohnungspolitik seit 1945. In: Wohnen. Aus Politik und Zeitgeschichte 20-21/2014, 13-24.
- Harvey, David (2012): Kapitalismuskritik. Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise. Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Hamburg: VSA.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnung als Finanzanlage. Auswirkung von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/1, 75-99.
- Held, Tobias / Waltersbacher, Matthias (2015): Wohnungsmarktprognose 2030. BBSR-Analysen KOMPAKT. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Piketty, Thomas (2016): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H.Beck.
- Rink, Dieter (2018): Nachhaltige Stadt. In: Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Opladen/Toronto: Barbara Budrich, 237-259.
- Scholz, Carola (2018): Welche Dichte? Höhere Dichten erfordern Planungswillen und städtebauliche Qualität! In: Raumplanung 196, 68-71.
- Schröder, Tobias / Huck, Jana / de Haan, Gerhard (2011): Transfer sozialer Innovationen. Eine zukunftsorientierte Fallstudie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Wiesbaden: Springer VS.
- Umweltbundesamt (2019): Siedlungs- und Verkehrsfläche. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/siedlungs-verkehrsflaeche> (letzter Zugriff am 4.1.2020).
- United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development (Hg.) (2016): Neue Urbane Agenda. Erklärung von Quito zu nachhaltigen Städten und Menschlichen Siedlungen für alle.
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban 8/1-2, 163-166.
- Williams, Katie / Dair, Carol / Lindsay, Morag (2010): Neighbourhood Design and Sustainable Lifestyles. In: Mike Jenks / Colin Jones (Hg.), Dimensions of the Sustainable City, Future City. London: Springer, 183-214.
- Zehnder, Andreas (2006): Wohneigentum im Spannungsfeld der Politik. In: Schwäbisch Hall-Stiftung (Hg.), Kultur des Eigentums. Berlin u. a.: Springer, 597-603.
- Zeit Online (2020): Bundesbank: Geldvermögen deutscher Haushalte auf Rekordhoch. In: Zeit Online, 17.1.2020. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-01/geldvermoegen-bundesbank-reichtum-private-haushalte-konjunktur-zinsen> (letzter Zugriff am 21.3.2020).

Eine Frage der Flächengerechtigkeit!

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.

Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Anton Brokow-Loga

Miriam Neßler

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2

Seiten 183-192

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i1/2.572

Lisa Vollmer, Boris Michel

„Wohnen in der Klimakrise.

Die Wohnungsfrage als

ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,

Anton Brokow-Loga, Miriam

Neßler, Michael Mießner,

Matthias Naumann, Katrin

Großmann, Sören Weißermel,

Rainer Wehrhahn, Klaus

Geiselhart, Bernhard

Hohmann, Thomas Höfleher,

Andrea Jany und Marc Amann

Frühjahr 2019: Im Plenum des Kollektivs Raumstation Weimar, einer stadtpolitischen Gruppe, in der wir beide aktiv sind, diskutieren wir darüber, wie wir Wohnfragen stärker in den kommunalpolitischen Diskurs bringen können. Plötzlich entflammt an der These, dass (individueller) Wohnraum aus ökologischen Gründen praktisch begrenzt werden müsste, eine überraschend kontroverse Diskussion. Uns wird dabei klar: Zwischen den Forderungen nach *weniger* Flächenverbrauch und -versiegelung mit ökologischer Begründung und Forderungen nach *mehr* sozialverträglichem Wohnraum entsteht in der aktivistischen Praxis zunächst ein Widerspruch, der schwer aufzulösen ist. Ein paar Wochen später besuchen wir eine Konferenz^[1] zur gesellschaftlichen Verteilung von Boden vor dem Hintergrund der Wohnungskrise. Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild: Die wissenschaftlichen Ansätze zur Lösung dieser (als sozial verstandenen) Krise ignorieren weitgehend die Bedingungen der Klimakrise. Dabei sind soziale und ökologische Problematiken, die mit der Verteilung von Wohnfläche verbunden sind, Teil derselben (Wohnungs-) Krise. Wir wollen zeigen, dass, sobald dieses komplexe und widersprüchliche Zusammenspiel als Frage der Flächengerechtigkeit verstanden und analytisch geschärft wird, sich neue handlungsfähige Allianzen ergeben, beispielsweise mit stadtoökologischen oder mobilitätsbezogenen Bewegungen. Dieses Zusammenspiel ins Bewusstsein der kritischen Stadtforschung und von Aktiven im Recht-auf-Stadt-Spektrum zu holen, ist Ziel dieses Debattenbeitrags.

Ein um sich greifender Autoritarismus, schwindende Biodiversität, explodierende Ungleichheiten: Die Krise des neoliberalisierenden (Spät-)Kapitalismus hat viele Gesichter, deren Verbindungslinien von emanzipatorischer Theorie und Praxis (an-)erkannt werden müssen. Da die Phänomene als Teile einer tiefgreifenden krisenhaften Entwicklung ineinandergreifen, sich gegenseitig verstärken und miteinander auf komplexe Weise verwoben sind, sprechen Demirović et al. (2011) von einer „Vielfachkrise“, Brand (2009) versteht sie als „multiple Krise“. Die miteinander verbundenen, sozialen und ökologischen Krisen äußern sich in urbanen Räumen unter verschärften Vorzeichen und teilweise als Dilemmata: So sind städtische Grünräume, die

zur Steigerung der Luftqualität beitragen könnten, sowohl durch knappe öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten als auch durch Forderungen nach mehr Wohnungsbau in verdichteten Lagen bedroht (Breckner 2018). Die Orientierung an ökologischer Nachhaltigkeit bei Stadtumbaumaßnahmen in einem kapitalistisch organisierten Immobilienmarkt wiederum verschärft nachweislich soziale Ungleichheiten und Verdrängungseffekte (Holm 2011). Im Endeffekt stellt sich damit die Gretchenfrage, wie Ansätze ökologischer und sozialer Gerechtigkeit in Theorie und Praxis zusammengebracht werden können: „Sattes Grün verlangt kräftiges Rot“ (Thie 2013). Krisen sind jedoch aus unserer aktivistischen Perspektive ambivalent: Während Ungerechtigkeiten verstärkt werden, öffnen sich in ihnen gleichzeitig Gelegenheitsfenster, in denen Widersprüche neu verhandelt und sozial-ökologische Herrschaftsverhältnisse radikal hinterfragt werden können (Brand 2009: 10). Entscheidend ist nun, diese Möglichkeitsfenster strategisch zu nutzen – und zwar sowohl durch Freiräume und radikale Bewegungspolitik als auch durch planerische und politische Instrumente.

Wohnflächenverteilung als Ausdruck und Ursache der sozial-ökologischen (Wohnungs-)Krise

Die Verteilung von Wohnfläche ist nicht nur im öffentlichen und an vielen Stellen im wissenschaftlichen Diskurs unsichtbar. Die Wohnung gilt in der europäischen Stadt als Inbegriff des privaten Raumes und ist als solcher durch dicke Mauern, Türen und Vorhänge vom öffentlichen Raum abgegrenzt. Dementsprechend sind Informationen über die Größe der Wohnung und die Anzahl der in ihr Lebenden auch in der Stadt meist unsichtbar. Die existierende Wohnflächenungerechtigkeit sowie daran anschließende ökologische Problematiken bleiben so verborgen.

Dabei ist Wohnfläche sowohl global, als auch innerhalb Deutschlands und innerhalb einer Stadt ungleich verteilt. Lag in Deutschland der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch im Jahr 2014 bei 45 m² pro Person, hatte im selben Jahr beispielsweise in den USA durchschnittlich jede Person 75 m² und in Nigeria 6 m² zur Verfügung (*Die Zeit* 2014). Auch innerhalb Deutschlands gibt es starke regionale Ungleichheiten, die sich zum Teil mit den vorherrschenden Baustrukturen erklären lassen. So ist der Wohnflächenverbrauch pro Person in Städten mit hohem Plattenbau- und allgemein Siedlungsbauanteil niedriger als in Städten, die stärker durch Einfamilienhäuser geprägt sind, was zum Teil eine unterschiedliche Wohnflächenverteilung zwischen Ost und West erklärt (Lebuhn et al. 2017: 45). Zudem spiegelt sich in der regional unterschiedlichen Verteilung von Wohnfläche auch der „enge Zusammenhang von Wohnungsmarktlage, Mietpreisen und der Wohnqualität“ (ebd.) wider: In Städten in strukturschwachen Regionen ohne angespannte Wohnungsmärkte steht Menschen durchschnittlich mehr Wohnfläche zur Verfügung als in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten. Besonders stark unterscheidet sich die Verteilung der Wohnfläche jedoch nach sozialen Kriterien. Eine Rolle spielen hier neben der Haushaltsgröße (Einpersonenhaushalte belegen durchschnittlich mehr als doppelt so viel Fläche pro Person wie Haushalte mit drei und mehr Personen) und dem Haushaltstypus (Seniorenhaushalte weisen durchschnittlich mehr als

doppelt so viel Fläche pro Person auf als Haushalte von Familien mit Kindern unter 18 Jahren) auch die Frage, ob es sich bei der Wohnung um selbst genutztes Eigentum oder eine Mietwohnung handelt (ca. 50 m² pro Person im Vergleich zu ca. 37 m² pro Person) (Statistisches Bundesamt 2016, Zahlen von 2014). Einen besonders großen Unterschied gibt es jedoch hinsichtlich des Einkommens: Größere Wohnungen werden vor allem von reicheren Haushalten bewohnt und ärmere Haushalte wohnen auf weniger Wohnfläche. Etwa die Hälfte der Wohnungen über 120 m² werden von Haushalten mit hohem Einkommen (mehr als 140 % des Bundesmedianeinkommens) bewohnt, während der Anteil der Haushalte unter der Armutsgrenze (weniger als 60 % des Bundesmedianeinkommens) bei weniger als 5 % liegt (Lebuhn et al. 2017: 65). Bei Wohnungen bis 45 m² ist die Verteilung in etwa gespiegelt: 40 % der kleinen Wohnung werden von Haushalten mit weniger als 60 % des Bundesmedianeinkommens und knapp 8 % von Haushalten mit mehr als 140 % des Bundesmedianeinkommens bewohnt (ebd.). Im Umkehrschluss stehen ärmeren Haushalten also deutlich weniger Quadratmeter zur Verfügung als Haushalten mit hohem Einkommen (vgl. u.a. Lebuhn et al. 2017: 12; BBSR 2015: 61-68). Dass dies eine Frage sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Gerechtigkeit berührt, liegt auf der Hand: „Das verfügbare Einkommen bestimmt die Wohnungsgröße und der Wohnflächenverbrauch erscheint als klarer Indikator sozialer Ungleichheiten im Bereich des Wohnens“ (Lebuhn et al. 2017: 65).

Unter dem Stichwort ‚Wohnverhältnisse‘ wird neben der Lage und Ausstattung eines Wohnraums auch die ungleiche Verteilung von Wohnfläche gleichzeitig als Ausdruck von, aber auch als Grund für soziale Ungleichheit in der Stadt gesehen (vgl. Häußermann/Siebel 2000). Die Beobachtung der sozialen Ungleichheit, die sich im Wohnen ausdrückt und durch das Wohnen bedingt wird, sollte angesichts der oben aufgeführten statistischen Deutlichkeit zugespitzt werden – wir sprechen daher nicht nur von einer Wohnflächenungleichheit, sondern von einer Wohnflächenungerechtigkeit. Die Verteilungsmechanismen von Wohnfläche sind nicht am Bedürfnis, sondern am Einkommen ausgerichtet. Da Wohnraum und Fläche weder global noch in einer Stadt endlos verfügbare Güter sind, bleibt – wenn einige Menschen auf viel Raum leben – für andere Menschen weniger Fläche übrig. Daraus folgt, dass die Wohnflächenungerechtigkeit – gerade in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt – auch Auslöser für zahlreiche weitere Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ist: Eine Verknappung des verfügbaren Wohnraums führt unter derzeitigen Gegebenheiten quasi-automatisch zu erhöhten Mietpreisen, die mit einer ungleich hohen Mietbelastung, Verdrängung aus dem Lebensstil durch ‚Zusammenrücken‘ sowie Verdrängungen in schlechtere Wohnungen, Wohnlagen oder letztlich in die Obdachlosigkeit einhergehen. Und die Menschen, die am wenigstens für eine Verknappung von Wohnraum verantwortlich sind, leiden am meisten darunter.

Die Verteilung der Wohnfläche ist jedoch nicht nur unter sozialen, sondern auch unter ökologischen Aspekten problematisch. Der Wohnflächenverbrauch pro Person ist in Deutschland in den letzten Jahrhunderten und Jahrzehnten extrem gestiegen. 1960 betrug er noch durchschnittlich rund 20 m² pro Person (Lage/Leuser 2019: 366). 2017 lag die durchschnittliche Wohnfläche pro Person mit 46,5 m² bei einem mehr als doppelt so hohen

Wert. Mit weiterhin steigender Tendenz: „Despite a shrinking population, living space in Germany is growing continuously and [...] scenarios [...] assume this development to continue at least until 2030“ (Bierwirth/Thomas 2015: 72). Neue Wohnflächen machten dabei im Jahr 2013 fast die Hälfte der insgesamt in Deutschland neu in Anspruch genommenen Siedlungs- und Verkehrsflächen aus (SRU 2016: 246 f.). Wohnen wird in einem Umweltgutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen aus dem Jahr 2016 daher eindeutig als Treiber der Flächenneuanspruchnahme betrachtet (ebd.: 246), was sich aufgrund der gestiegenen Nachfrage und erhöhten Bautätigkeit im Rahmen der „Wohnraumoffensive“ [2] noch verstärkt haben dürfte. Ein Mehr an Wohnraum bedeutet dabei auch ein Mehr an Ressourcen für den Bau und die Einrichtung der Wohnungen sowie einen gesteigerten Energiebedarf für die Produktion und den Unterhalt der neuen Wohnungen. Im Jahr 2016 kamen in Deutschland auf jede_n Einwohner_in mehr als 100 Tonnen Materialbestand, davon knapp die Hälfte Beton – allein aus Wohngebäuden (Bundesstiftung Baukultur 2019: 2). Die Neuanspruchnahme von Flächen für den Bau von Wohngebäuden führt zudem auch zum Wegfall von Freiflächen, zur Versiegelung von Boden, und hat damit sowohl auf die Lebensqualität von Menschen als auch auf die Tier- und Pflanzenwelt einen erheblichen Einfluss. Denn die Versiegelung von Flächen wirkt sich negativ auf die Biodiversität und die Resilienz von Ökosystemen, zum Beispiel bei Starkregenereignissen und anderen extremen Wetterereignissen in Folge des Klimawandels, aus (Lage/Leuser 2019: 365). Der Zugang zu unversiegelten Flächen ist dabei wiederum sozial und räumlich ungleich verteilt und im Hinblick auf städtische Umweltgerechtigkeit, die seit einigen Jahren sowohl in der Forschung als auch in der politisch-planerischen Praxis zunehmend thematisiert wird, zeigt sich, dass urbane Klimaprobleme, die auch aus der Versiegelung von Flächen resultieren, überdurchschnittlich Menschen in ärmeren Wohngebieten belasten (vgl. Sander 2019; SenUVK 2019). Gleichzeitig profitieren wohlhabende Gruppen von genau diesen Umweltbedingungen tendenziell – oder können sich durch höhere Mauern, Stacheldraht oder Überwachungstechnik von den negativen ökologischen Wirkungen abschirmen. Die Untersuchungen zur Verteilung und zum Verbrauch von (Wohn-)Fläche sollten deshalb stärker Anschluss an Debatten um Umweltgerechtigkeit erfahren.

Die Frage, ob nicht bereits *genug* Wohnfläche vorhanden ist, drängt sich angesichts dieser Problematiken nahezu auf. Explizit verstehen wir dieses ‚genug‘ in gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und nicht als Appell nach individuellem Verzicht. So gehen Jonas Lage und Leon Leuser in ihrem Artikel zu den sozial-ökologischen Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen davon aus, dass „Wohnfläche in Deutschland [...] heute – historisch betrachtet – (mehr als) ausreichend zur Verfügung“ (Lage/Leuser 2019: 366) steht. Für Daniel Fuhrhop ist diese Annahme Grundvoraussetzung für seine Forderung „Verbietet das Bauen!“ (2015). Und auch in der internationalen Degrowth-Debatte wird davon ausgegangen und dementsprechend gefordert: „Small is necessary“ (Nelson 2018). Der gestiegene Pro-Kopf-Verbrauch lässt sich vor allem auf die Verbreitung des Einfamilienhauses – „paradoxe Weise eine exklusive und zugleich gesellschaftlich normalisierte Wohnform“ (Lage/Leuser 2019: 366) – sowie

den so genannten Remanenzeffekt – das Phänomen, dass Menschen nach dem Auszug von Haushaltsmitgliedern in der auf einen größeren Haushalt ausgelegten Wohnung verbleiben – zurückführen. Zudem sind der gesellschaftliche Wandel hin zu Einpersonenhaushalten und ein gestiegener Wohnstandard Grund für den gestiegenen individuellen Flächenverbrauch. Vormalig gemeinsam genutzte Räume und Infrastrukturen wie Bad, WC, Waschmaschine und Küche sind nun zum Bestandteil jeder Wohnung geworden und ständig werden neue Bedürfnisse formuliert, kreierte und durch einen Wohnstandard mit mehr und mehr Platzbedarf befriedigt. Wachsender Wohlstand und die ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen, wie sie beispielsweise durch das Baukindergeld geschaffen wurden, müssen dabei als politisch-institutionell geschaffene Voraussetzungen für eine Ausbreitung der Wohnfläche gesehen werden (vgl. Lage/Leuser 2019: 366 f.). Und ohne in individualisierende Debatten abzugleiten, müssen wir uns eingestehen, dass der Umbau von Infrastrukturen auch die „mentalen Infrastrukturen“ betrifft – in Anlehnung an die von Harald Welzer (2011) beschriebenen „Autobahnen im Kopf“ (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2016: 1) geht es hier ganz klar um den kritischen Umgang mit dem *Einfamilienhaus im Kopf*.

Doch bei den Diskussionen um ein fehlendes Bewusstsein für flächensparendes, *flächensuffizientes* Bodenverhalten besteht die Gefahr, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zu einem fehlenden „Bodenbewusstsein“ (Enbergs 2005) und gleichzeitig zum Paradoxon des unfreiwilligen „guten Bodenbewusstseins“ von Personen mit niedrigerem Einkommen führen, außer Acht zu lassen. Argumentationen nach *Flächensuffizienz* verlaufen gemäß des derzeitigen Framings als „Verzicht“ zumeist individualistisch, mit dem Begriff der *Flächeneffizienz* zwangsweise technizistisch. Stattdessen sollten diese Problemlagen diskursiv zu Fragen der *Flächengerechtigkeit* transformiert werden. Denn es geht nicht um eine ausschließlich ‚grün‘ zu formulierende Frage, die mit „Weniger ist mehr!“ beantwortet werden kann. Stattdessen müssen wir gesellschaftliche Eigentums- und Machtstrukturen hinterfragen und überwinden, die schlicht und ergreifend eines sind: ungerecht. Debatten um weniger (Wohn-)Flächenverbrauch müssen konsequent mit einer Thematisierung bestehender Wohnflächenungerechtigkeiten einhergehen. Das momentan von uns zu beobachtende Gelegenheitsfenster, das durch den Druck städtischer Bewegungen, aber auch die zunehmende Ratlosigkeit in städtischen Verwaltungen angesichts der ökosozialen Dilemmata geöffnet wird, muss genutzt werden, um Diskussionen um die Neuausrichtung der Wohnungspolitik viel grundlegender zu führen.

Praktiken und Forderungen für eine sozialökologische Wohnflächengerechtigkeit

Schauen wir auf derzeitige Lösungsansätze wie Tiny Houses und Mikroapartements, wird die ökologische und soziale Krise der Wohnflächenverteilung nicht nur zugespitzt, sondern häufig durch marktorientierte Scheinlösungen buchstäblich zementiert. Sie laufen außerdem Gefahr, bisherige Wohnstandards für ärmere Bevölkerungsgruppen weiter abzusenken (vgl. Prigge 2018). Regelungen zu Mindestwohnflächen, wie sie einige Bundesländer erlassen

haben, sollen demgegenüber vorbeugen, dass Menschen auf zu wenig Raum wohnen (dürfen). In Berlin beträgt die Mindestquadratmeterzahl pro erwachsener Person 9 m² (Deutscher Bundestag 2017: 4). In Gemeinschaftsunterkünften werden jedoch Asylsuchenden, je nach Bundesland – falls es Mindeststandards gibt – nur 6 oder 7 m² pro Person zugesprochen (Wendel 2014: 39-46). Noch einmal zur Erinnerung: Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland betrug 2017 46,5 m². Das zeigt, wie weit Regelungen zu Minimalwohnflächen von den erreichten durchschnittlichen Wohnflächen entfernt sind.

Das flächenintensive Wohnen einiger weniger Personen einzuschränken, wird angesichts vorherrschender Normen von Eigentum und Privatsphäre jedoch kaum diskutiert[3]. Überlegungen und tatsächliche Gesetze zu Maximalwohnflächen setzen bisher nur bei von Transferleistungen abhängigen Menschen an, deren Wohnungsgröße *angemessen* sein muss, was bereits eine Wohnungsgröße von mehr als 50 m² pro Einpersonenhaushalt (plus 15 m² je weiterer Person) von einer Förderung ausschließen kann (HartzIV.org o. J.). Schaut man auf Neubauregelungen, scheint ebenfalls nur der Wohnungsneubau der sozialen Wohnraumförderung steuerbar zu sein. Nur hier lassen sich Regelungen zu Wohnflächenobergrenzen (z. B. SenSW 2019: 5413) finden. Andere Lösungsvorschläge blenden die Zustände in den von Neoliberalismus und Finanzialisierung geprägten Städten aus. So versuchen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften Menschen vom Wohnungstausch zu überzeugen und vergessen dabei oft, dass dieser aufgrund gestiegener Mieten für viele keine Option ist. Selten geht es um grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen Aushandlung von Wohnfläche und damit einer Überwindung der imperialen Lebensweise[4] (I.L.A. Kollektiv 2019: 44-49).

Die Rolle einzelner Freiräume, in denen eine solidarische Lebensweise in der Praxis erprobt wird, sollte bei der Suche nach Lösungen nicht unterschätzt werden: In diesen können eigene Handlungsfähigkeit bewiesen und Internalisierungsmuster hinterfragt werden. Konkret geht es um die Schaffung und Verstetigung von Räumen, die „Aspekte des Teilens, der Herstellung neuer Gemeingüter (Urban Commons) und geteilter Raum-Ressourcen und Wissen“ (Koch et al. 2020: 221) fördern. Projekte gemeinschaftlichen Wohnens, bei denen Flächen von mehreren Personen und Haushalten genutzt und gemeinsam verwaltet werden, sind Beispiele dafür, dass durch „Praktiken des Teilens Dekommodifizierungsprozesse angestoßen werden können“ (ebd.) und der individuelle Flächenverbrauch pro Person zumindest thematisiert werden kann. Auch wenn gemeinschaftliches Wohnen *per se* kein Garant für eine Absenkung der individuellen Wohnfläche ist, bietet es das Potenzial dazu, indem Infrastrukturen und Räume geteilt werden und so vor allem dem flächenintensiven Single-Wohnen entgegengewirkt wird. Allerdings gilt es hierbei zu beachten, dass auch kommerzielle Plattformen wie Airbnb auf einem ähnlichen Grundprinzip, dem „Wegfall exklusiver Raumnutzungen“ (ebd.: 231), basieren und im Kontext grassierender Flächenungerechtigkeit die Wohnungskrise eher verschärfen. Dieses Beispiel zeigt erneut: Ökologisch ‚gute‘, flächensparende Praxis sollte nicht ohne soziale Zugänglichkeit und Gerechtigkeit gedacht werden!

Gleichzeitig erfordert eine gerechte und sparsame Wohnflächenverteilung Regularien. Die Verteilung und der Verbrauch von Wohnfläche müssen dafür

zum Politikum und auch von stadtpolitischen Initiativen stärker thematisiert und sichtbar gemacht werden. Der beständige Neubau, das Baukindergeld und das sozial ungleich verteilte Wohnen auf viel Raum müssen stärker problematisiert werden. Gerade Akteure aus Stadtverwaltungen und -parlamenten sollten dabei verhindern, dass hauptsächlich die Bauwirtschaft von Forderungen nach mehr bezahlbarem Wohnraum profitiert. Dabei können auch zunächst unrealistisch klingende Ansätze wie die Verordnung eines Flächenmoratoriums (vgl. Kopatz 2017: 131 f.) oder einer Maximalwohnfläche gefordert, bearbeitet und demokratisch umgesetzt werden.

Um das Erreichen zu können, muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass die derzeitige Verteilung von (Wohn-)Fläche stadtpolitisch hauptsächlich monetär vermittelt und damit *reichengerecht* ist. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die sich verschärfende Mietbelastungsquote einkommenschwacher Haushalte gerichtet werden (Lebuhn et al. 2017: 69-74). Zudem ist es notwendig, städtische Flächengerechtigkeit nicht nur unter dem Aspekt der Mobilität zu betrachten – denn herkömmlicherweise wird diese mit der Parole „Straße zurückerobern!“ (VCD: o. J.) gleichgesetzt. Die Problematisierung und Zurückdrängung der *autogerechten* Stadt müssten jedoch stärker mit einer emanzipatorischen Wohnungspolitik verknüpft werden. Letztendlich geht es um die Frage, wofür wir städtische Flächen nutzen und wie wir zusammenleben wollen.

Damit wir alle das Recht auf ein selbstbestimmtes Wohnen, das nicht auf Kosten anderer geht, haben können, erfordert es ein radikales Umdenken bei der Verteilung von Wohnfläche. Die Verteilung muss dabei letztlich von der (neuen) kapitalistischen Landnahme (Dörre 2017) befreit werden, weswegen eine kritische Transformationsperspektive sich nicht nur auf Freiräume oder Regularien, sondern auch auf Momente des Bruchs orientiert (vgl. Wright 2015: 101; in Übertragung auf städtische Konflikte vgl. Brokow-Loga 2020: 80-84). An die Stelle kapitalistischer Logiken der Wohnraumverteilung müssen (dann) bedürfnisorientierte und demokratische Verteilungsmechanismen vor dem Hintergrund endlicher Ressourcen treten (vgl. I.L.A Kollektiv 2019: 48).

Da Flächenungerechtigkeiten institutionell und rechtlich abgesichert sind, sollte einer der Schwerpunkte kritischer Stadtforschung und der Recht-auf-Stadt-Bewegung darauf liegen, diese sichtbar zu machen, ihre Ursachen und Ausprägungen besser zu verstehen und für eine sozialökologische Neuausrichtung der Wohnungspolitik einzutreten. Akteure aus den Spektren der ‚Recht-auf-Stadt‘ und ‚degrowth‘-Bewegung können hier durchaus voneinander profitieren, wenn es um das Erproben und Einfordern sozialer und ökologischer Gerechtigkeit geht. Einer gemeinsamen Transformationsperspektive ginge es dann weniger um das Recht auf eine vermeintlich individuell wählbare Fläche, sondern stattdessen *endlich* um Raum für alle. Sowohl in der kritischen Stadtforschung als auch in unserer aktivistischen Praxis brauchen wir dafür eine breitere Debatte um die Verwirklichung von Wohnflächengerechtigkeit und das Recht auf ein gutes Leben in der Stadt für alle.

Die Bauhaus-Universität Weimar unterstützt die Publikation dieses Beitrags durch eine institutionelle Vereinbarung zur Finanzierung von Publikationsgebühren.

Endnoten

- [1] Boden. Wirtschaft. Gesellschaft. Ressourcen für ein Recht auf Wohnen. Eine Konferenz des Instituts für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar am 23. und 24.5.2019.
- [2] Wenn der Ruf nach Wohnraum laut wird, antwortet die Politik mit Neubau. Im Rahmen der Wohnraumoffensive werden aktuell 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut (Bundesregierung 2020). Davon profitieren in erster Linie die Bauwirtschaft und die finanzialisierten Wohnungsmarktakteur_innen.
- [3] Aus historischer Perspektive ist an dieser Stelle auf das Kommunalka-Wohnen in der stalinistischen Sowjetunion (vgl. Evans 2014) und die Wohnungszwangsbewirtschaftung zwischen und kurz nach den Weltkriegen (vgl. Egner 2014; Führer 1995) hinzuweisen.
- [4] Als imperiale Lebens- und Produktionsweise bezeichnen wir in Anlehnung an Brand/Wissen (2017) die über materielle, institutionelle und mentale Infrastrukturen abgesicherte strukturelle Logik kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen und -prozesse. Im Konkreten beinhaltet diese Analyse beispielsweise die ökologischen Folgekosten von Wohnungsneubau (besonders im globalen Süden) oder externalisierte soziale Konsequenzen von Wohnraummangel.

Autor_innen

Anton Brokow-Loga forscht an der Schnittstelle von Politikwissenschaft und kritischer Urbanistik entlang städtischer Transformationspfade.
anton.brokow-loga@uni-weimar.de

Miriam Neßler ist Kulturanthropologin und Urbanistin mit wissenschaftlichen und aktivistischen Schwerpunkten auf dem Recht auf Stadt und Grenzregimen.
miriam.nessler@uni-weimar.de

Literatur

- BBSR (2015): Wohnsituation und Wohnkosten von Haushalten im Niedrigeinkommensbereich. BBSR-Online-Publikation 08/2015. Bonn. www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL_ONO82015.pdf;jsessionid=5D04C962A8289F312DA13B3E213D888A.live11291?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Bierwirth, Anja / Thomas, Stefan (2015): Almost best friends: sufficiency and efficiency. Can sufficiency maximise efficiency gains in buildings? In: ECEEE (European Council for an Energy Efficient Economy): eceee 2015 Summer Study on energy efficiency: First fuel now, 71-82. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5931/file/5931_Bierwirth.pdf (letzter Zugriff am 16.01.2019).
- Brand, Ulrich (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf (letzter Zugriff am 15.01.2020).
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Breckner, Ingrid (2018): Nachhaltige Stadtentwicklung. Sozialverträglichkeit und Umweltorientierung in der Stadtentwicklung. www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216884/sozialvertraeglichkeit-und-umweltorientierung (letzter Zugriff am 10.09.2018).
- Brokow-Loga, Anton (2020): Eine andere Stadt ist möglich! Realutopische Transformationen zur Postwachstumsstadt. In: Anton Brokow-Loga / Frank Eckardt (Hg.), Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, 72-88.

- Bundesregierung (2020): Bezahlbares Bauen und Wohnen. Was tut die Bundesregierung für den Wohnungsmarkt? www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bauen-und-wohnen-1654766 (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Bundesstiftung Baukultur (2019): Baustoffe, Systeme, Nachhaltigkeit. Ressourcen für die Zukunft des Bauens. Strategiepapier Ettersburger Gespräch 2019. www.bundesstiftung-baukultur.de/sites/default/files/medien/veranstaltung/20092019/downloads/eg2019_strategie_a4.pdf (letzter Zugriff am 2.2.2020).
- Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA
- Deutscher Bundestag (2017): Mindestwohnfläche pro Person in Mietwohnungen. Sachstand. Wissenschaftliche Dienste 7 – 3000 – 102/17. www.bundestag.de/resource/blob/526488/a00597c5cfec573345433ca31afddece/WD-7-102-17-pdf-data.pdf (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Die Zeit (2014): Sieben Schicksale, Grafik Nr. 254. In: *Die Zeit*, 2014/19, S.33. www.zeit.de/wissen/2014-04/s33-infografik-lebenslaeufer.pdf (letzter Zugriff am 16.01.2019).
- Dörre, Klaus (2017): II. Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa, (Hg.), *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 21-86.
- Egner, Björn (2014): Wohnungspolitik seit 1945. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: *Bürger & Staat* 69/2/3, 94-100.
- Enbergs, Claus (2005): Bodenbewusstsein als Strategie zur Reduktion des Flächenverbrauchs? In: Anja Besecke / Robert Hänsch / Michael Pinetzki (Hg.), *Das Flächensparbuch. Diskussion zu Flächenverbrauch und lokalem Bewusstsein*, ISR Diskussionsbeiträge. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, 209-213.
- Evans, Sandra (2014): *Sowjetisch wohnen: Eine Literatur- und Kulturgeschichte der Kommunalka*. Bielefeld: transcript.
- Führer, Karl Christian (1995): *Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt: Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960*. Stuttgart: Steiner.
- Furhop, Daniel (2015): *Verbietet das Bauen! Eine Streitschrift*. München: oekom.
- HartzIV.org (o. J.): Angemessene Wohnkosten bei Hartz IV Bezug – KdU. www.hartziv.org/angemessene-wohnkosten.html (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2000): Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Anette Hart / Gitta Scheller / Wulf Tessin (Hg.), *Stadt und soziale Ungleichheit*. Opladen: Leske + Budrich, 124-140.
- Holm, Andrej (2011): Ein ökosoziales Paradox. *Stadtumbau und Gentrifizierung*. In: *Politische Ökologie* 124, Post Oil City, 45-53.
- I.L.A. Kollektiv (2019): *Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise*. München: oekom.
- Koch, Florian / Hampel, Lea / Keller, Carsten / Bernhardt, Floris (2020): StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften. In: Anton Brokow-Loga / Frank Eckardt (Hg.), *Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik*. München: oekom, 224-237.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2016): Die Autobahn im Kopf. Eine Einführung in den Begriff der Mentalen Infrastrukturen des Wachstums. In: www.endlich-wachstum.de/kapitel/fokus-menta-le-infrastrukturen/methode/die-autobahn-im-kopf (letzter Zugriff am 13.03.2020).
- Kopatz, Daniel (2017): *Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lage, Jonas / Leuser, Leon (2019): Fläche unter Druck. Sozial-ökologische Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen. In: *GALIA* 28/4, 365-373.
- Lebuhn, Henrik / Holm, Adrej / Junker, Stephan / Neitzel, Kevin (2017): *Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten*. Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“. Berlin/Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Nelson, Anitra (2018): *Small Is Necessary. Shared Living on a Shared Planet*. London: Pluto Press.
- Prigge, Walter (2018): *Stadt für Alle in großen Gebäuden. Fünf Punkte zur Wohnung für das Existenzminimum von heute*. In: Anette Menting / Walter Prigge (Hg.), *Modernes Sachsen. Gestaltung in der experimentellen Tradition Bauhaus*. Leipzig: Spector Books.

- Sander, Hendrik (2019): Städtische Umweltgerechtigkeit. Zwischen progressiver Verwaltungspraxis und sozial-ökologischen Transformationskonflikten. Analysen. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- SenUVK (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz) (2019): Basisbericht Umweltgerechtigkeit: Grundlagen für die sozial-räumliche Umweltpolitik, Berlin.
- SenSW (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen) (2019): Verwaltungsvorschriften für die soziale Wohnraumförderung des Miet- und Genossenschaftswohnbaus in Berlin 2019 (Wohnungsbauauförderungsbestimmungen 2019 - WFB 2019). In: Land Berlin: ABl. Nr. 36/30, August 2019, 5411-5423.
- SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (2016): Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik. www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2016_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Statista (2020): Spezifische CO₂-Emissionen der Zementindustrie in Deutschland in den Jahren 2008 bis 2015. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217222/umfrage/co2-emissionen-der-zementindustrie-in-deutschland/> (letzter Zugriff am 18.01.2020).
- Statistisches Bundesamt (2016): Wohnen. Durchschnittliche Wohnfläche pro Person. [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/haushaltsstruktur-deutschland-wohnflaeche-vorlage.html?view=main\[Print\]](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/haushaltsstruktur-deutschland-wohnflaeche-vorlage.html?view=main[Print]) (letzter Zugriff am 17.01.2019).
- Thie, Hans (2013): Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg: VSA.
- VCD (o. J.): Lebenswerte Städte durch faire Flächenverteilung. <https://www.vcd.org/strasse-zurueckerobern/flaechengerechtigkeit/> (letzter Zugriff am 25.02.2020)
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban 8/1-2, 163-166.
- Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Wendel, Kay (2014): Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland. Regelungen und Praxis im Vergleich. Frankfurt am Main: ProAsyl. www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/04/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_01.pdf (letzter Zugriff am 02.02.2020).
- Wright, Erik Olin (2015): Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: Michael Brie (Hg.), Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Hamburg: VSA, 59-106.

Nachhaltiges Wohnen auf dem Dorf?

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Matthias Naumann
Michael Mießner

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2
Seiten 193-198
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v8i1/2.580

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:
Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höflehner,
Andrea Jany und Marc Amann

Dörfer, Kleinstädte und ländliche Regionen spielen in den deutschsprachigen kritischen Sozialwissenschaften bislang nur eine untergeordnete Rolle. Eine breite Rezeption von Arbeiten zu ländlichen Räumen aus der Politischen Ökologie und der kritischen Agrarforschung steht bislang noch aus. Angesichts von weltweit stattfindender Verstädterung und der großstädtischen Sozialisierung vieler Wissenschaftler*innen ist diese Vernachlässigung auch wenig verwunderlich. Ländliche Räume sind aber dennoch für kritische Wissenschaft und emanzipatorische Politik durchaus relevant: zum einen, da es auch weiterhin Räume jenseits von Großstädten geben wird und zum anderen, da sich in diesen Räumen gesellschaftliche Transformationen unmittelbar und deutlich sichtbar auswirken. Die angloamerikanische kritische Humangeographie bietet für die Untersuchung ländlicher Umbrüche zahlreiche konzeptionelle und empirische Anregungen (für einen Überblick siehe Maschke/Mießner/Naumann 2020), die in der deutschsprachigen Forschung bisher jedoch kaum rezipiert wurden. Allerdings fehlt auch in der angloamerikanischen *rural geography* eine Verknüpfung der Wohnungsfrage mit der Umweltfrage.

Wir möchten uns daher der Frage nach der Verbindung von Wohnen und ökologischen Themen thesehaft nähern, indem wir gängige Zuschreibungen vom Wohnen in ländlichen Räumen aufgreifen. In medialen wie auch wissenschaftlichen Debatten um ländliche Regionen findet sich zumeist eine polarisierte Darstellung von romantisierter Idylle versus dystopischen Bildern von ‚sterbenden Dörfern‘. Diese Zuschreibungen illustrieren wir in den folgenden beiden Abschnitten kurz anhand der ökologischen Dimension des Wohnens in ländlichen Räumen und benennen dabei bestehende Leerstellen. Daran anschließend möchten wir eine dritte Position skizzieren: Die ökologische und die Wohnungsfrage in ländlichen Kontexten bietet, so unser Argument, zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine kritische Landforschung, die ein ‚Recht auf das Dorf‘ als Orientierung für eine sozial-ökologische Transformation ländlicher Räume aufgreifen kann.

1. Die Nachhaltigkeit der neuen Landlust

Großstadtmüde Mittelschichtsangehörige, die aufs Land ziehen, sind immer wieder Gegenstand von Medienberichten. So berichtet die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung von einer Umfrage der BHW Bausparkasse, die das Dorf als beliebtesten Wohnort in der Bundesrepublik ermittelt (Ochs 2020). Die ‚neue Landlust‘ beruht auf und produziert Repräsentationen von vermeintlichen ländlichen Idyllen der Ruhe, der Natur und eines nachhaltigen Lebensstils (Baumann 2018). Dörfer gelten dabei nicht nur als ein – zumindest für das Wochenende und die Sommermonate – attraktiver Wohnort, sondern darüber hinaus auch als Reallabore für die Erprobung nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens (Marsden 2016). Hierfür stehen exemplarisch biologische Landwirtschaftsbetriebe, ökologische Baumaterialien, eine auf erneuerbaren Energieträgern beruhende Strom- und Wärmeversorgung wie auch neue Möglichkeiten der Abwasserentsorgung. Darüber hinaus gibt es verschiedene Projekte in ländlichen Räumen, die gemeinschaftliches Wohnen jenseits gentrifizierter und touristifizierter Innenstadtquartiere mit ökologischen Ansprüchen zu verbinden versuchen.

Diesen Utopien vom schönen (und nachhaltigen) Wohnen auf dem Land steht erstens die Frage gegenüber, wer sich diesen Wunsch erfüllen kann. So sind im Umland von Großstädten in vielen Dörfern die Immobilienpreise stark angestiegen – beispielsweise hat sich der Bodenpreis in den berlinnahen Gemeinden des Landkreises Oberhavel (Brandenburg) außerhalb der Städte zwischen 2011 und 2018 mehr als verdreifacht (Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Oberhavel 2019: 39). Der Traum vom eigenen Haus in möglichst unberührter Natur ist noch nie für jede*n finanzierbar gewesen. Angesichts dieser jüngeren Entwicklungen sind – zumindest umlandnahe – ländliche Immobilien höchstens noch für Mittelschichten erschwinglich. Hinzu kommt, dass Wohnen auf dem Land nicht mit jedem Beschäftigungsverhältnis problemlos vereinbar ist. Home-Office, flexible Arbeitszeiten und ähnliches sind nur für bestimmte, meist besser bezahlte Beschäftigte machbar. Damit sind auch für ländliche Räume – besonders für Orte in landschaftlich reizvollen und von Großstädten gut erreichbaren Regionen – Gentrifizierungsprozesse zu erwarten. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019) sieht in der Gentrifizierung von Dörfern sogar einen Ansatz positiver Regionalentwicklung. Die soziale Selektivität dieser Aufwertungsprozesse sowie auch damit verbundene Konflikte werden dabei jedoch klein geredet.

Zweitens ist das Wohnen in wenig verdichteten Siedlungseinheiten aus ökologischer Perspektive hinsichtlich des notwendigen Ressourcenverbrauchs nicht unproblematisch. Dies betrifft beispielsweise die Versiegelung von Flächen, den Wohnflächenverbrauch pro Einwohner*in oder die durch die Ausdünnung des ÖPNV entstandene Notwendigkeit zur Nutzung eines eigenen Autos.

Daran schließt drittens an, dass die ‚Wiederentdeckung‘ ländlicher Räume häufig in Kombination mit weiterhin großstädtischen Wohn- und Arbeitsorten erfolgt. So ist beispielsweise das Pendelaufkommen zwischen der Stadt Dresden und ihrem nahen Umland zwischen 2013 und 2016 um knapp 7 Prozent angestiegen (eigene Berechnung nach Landeshauptstadt

Dresden 2018: 47). Wohnen im ländlichen Idyll ist häufig ein Teilzeitwohnen. Multilokalität erfordert eine Mobilität, die häufig auf dem motorisierten Individualverkehr beruht. Das Bild vom Wohnen in vermeintlichen ‚ländlichen Idyllen‘ ist daher nicht nur als überzeichnet, sondern auch hinsichtlich seiner sozialen Selektivität und des dafür notwendigen Ressourcenverbrauchs zu hinterfragen.

2. Die ökologische Dimension von ländlichen Schrumpfungsprozessen

Dem romantisierenden Blick auf das beschauliche Leben auf dem Land steht ein Bild vom Niedergang in ländlichen Räumen entgegen, das von Abwanderung, wirtschaftlichem Niedergang, Rechtspopulismus und infrastruktureller Abkopplung geprägt ist. Eine Regionalpolitik, die zunehmend auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit anstelle von räumlicher Kohäsion setzt, droht diese Entwicklung zusätzlich zu verstärken (Mießner 2017). Eine abnehmende Bevölkerungszahl und das Wegbrechen von gewerblichen Betrieben lässt zunächst auch einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs oder, wie es die Soziologinnen Eva Barlösius und Claudia Neu (2001) formulieren, eine Rückkehr der Wildnis erwarten. Doch auch das Wohnen in strukturschwachen ländlichen Räumen ist von ökologischen Problemen gekennzeichnet, mit denen gesellschaftliche Konflikte verbunden sind.

So ist erstens das Leben und Wirtschaften gerade in Räumen jenseits der gefragten Seen- und Waldlandschaften von großflächiger und immer stärker industrialisierter Landwirtschaft geprägt, die mit vielfältigen ökologischen Problemen, wie etwa der Nitratbelastung von Gewässern oder dem Verlust von Biodiversität, einhergeht (Woods 2005: 113 f.).

Der Rückgang der Bevölkerung führt zweitens häufig zu einer Unterauslastung von weiter bestehenden Infrastrukturen. Mit diesen Unterauslastungen sind verschiedene technische, wirtschaftliche und auch ökologische Probleme verbunden. So verringert sich mit der Bevölkerungsdichte auch die Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen, zum Beispiel müssen etwa Abwasserleitungen häufiger gespült werden, wenn die Auslastung bestimmte Mindestwerte unterschreitet (Naumann 2009). Die finanziellen Spielräume für innovative Ver- und Entsorgungssysteme oder auch für energieeffizientes Wohnen fehlen hingegen in schrumpfenden ländlichen Regionen. Auf diese Weise wird die ‚zweite Miete‘ im Sinne von Nebenkosten für Bewohner*innen ländlicher Räume zu einem ernsthaften Problem. Angloamerikanische Debatten thematisieren daher Fragen von Energiearmut und verminderter Wohnqualität (Woods 2005: 231 f.). Darüber hinaus führen immer weniger verdichtete Siedlungseinheiten und mit wirtschaftlicher Strukturschwäche verbundene Pendlerströme zu einer Zunahme an Verkehr. Neue Infrastrukturen in ländlichen Räumen umfassen vor allem Anlagen der Energieversorgung, die jedoch vor allem der Strom- und Wärmeversorgung von Städten dienen. Ländliche Regionen drohen damit zu ‚Installationsräumen‘ einer großstädtischen Energieversorgung zu werden (Gailing/Röhring 2015). Es stellt sich damit die Frage, wer von Produktions- und Infrastrukturanlagen in ländlichen Räumen profitiert. Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Stadt und Land haben, das zeigt das

Beispiel der Energieversorgung, immer auch eine infrastrukturelle Dimension (Kelly-Reif/Wing 2016).

Damit geht drittens auch eine Instrumentalisierung ökologischer Fragen durch rechte Bewegungen und Parteien einher, beispielsweise bei Protesten gegen Windkraftanlagen (Eichenauer et al. 2018). Umweltgerechtigkeit ist ein zentrales Element von räumlicher Gerechtigkeit. Umweltthemen können damit als Teil der strukturellen Benachteiligung ländlicher Regionen gelesen werden, die als eine mögliche Ursache für die Erfolge rechtspopulistischer Mobilisierung diskutiert werden (Richter/Bösch 2017).

Diesen dystopischen Perspektiven auf die ökologische Dimension des Lebens auf dem Land ist entgegenzuhalten, dass weder städtische noch ländliche Entwicklungen alternativlos sind und scheinbar bestehende Sachzwänge der Regionalpolitik immer zu hinterfragen sind. Die Entwicklung ländlicher Räume ist maßgeblich durch die Struktur- und Förderpolitik geprägt. So geht die Ausdünnung ländlicher Infrastrukturen auf haushaltspolitische Entscheidungen, wie etwa die Einsparung oder Konzentration öffentlicher Mittel auf städtische Wachstumskerne, zurück. Austeritätspolitik ist jedoch keine Naturgewalt und es gilt daher, eine andere Politik für ländliche Räume zu bestimmen.

3. Für ein Recht auf das Dorf!

Auch wenn die kritische Humangeographie ländlicher Räume bislang wenig explizite Befunde zur ökologischen Dimension des Wohnens liefert, so gibt es bereits einige grundsätzliche Überlegungen zu einer alternativen Entwicklung ländlicher Räume jenseits von Romantisierung und unausweichlicher Schrumpfung. Das ‚Recht auf das Land‘ beziehungsweise das ‚Recht auf das Dorf‘ können eine allgemeine Orientierung geben, wie die Wohnungsfrage mit der Umweltfrage in ländlichen Räumen verbunden werden kann (Barraclough 2013; El Nour et al. 2015). Das ‚Recht auf das Dorf‘, als Ausdruck eines „progressiven Ruralismus“ (Woods 2005: 219), könnte die folgenden Elemente umfassen:

Erstens stellt sich in ländlichen Räumen ganz unmittelbar die Landfrage – hinsichtlich der Nutzung als Bauland, Agrar- und Erholungsflächen oder für die Energieversorgung. Das Eigentum von Boden beziehungsweise die Spekulation damit ist zentral (Heinz/Belina 2019), um sozial-ökologische Transformationen einzuleiten – oder auch zu verhindern. Kampagnen für Enteignungen sollten daher nicht nur auf große Wohnungsunternehmen in Städten, sondern auch auf Investor*innen in Agrarflächen zielen.

Zweitens bietet die überschaubare Anzahl von Akteuren in Dörfern Gelegenheiten, den „neuen Munizipalismus“ (vgl. Vollmer 2017) in kleinräumlichen Kontexten zu praktizieren. Kommunale Selbstverwaltung kann die gesellschaftliche Wiederaneignung von Immobilien, aber auch natürlicher Ressourcen, befördern. Hierbei können auch Formen von Selbstorganisation, direkter Demokratie und breiter Partizipation helfen, mögliche Zielkonflikte zwischen Wohnungs- und Umweltfrage aufzulösen. Wichtig ist es dabei jedoch, weder in die Falle einer neoliberalen Verantwortungsübertragung für ländliche Entwicklung, etwa durch den Ersatz öffentlicher Dienstleistungen durch ehrenamtliche Aktivitäten, noch

eines ausschließenden Lokalismus, der auf einzelne Erfolgsfälle anstelle räumlicher Solidarität setzt, zu tappen.

Drittens fragt ein ‚Recht auf Dorf‘ auch danach, wie ein Wohnen jenseits von Eigenheim und Eigentum aussehen kann. Es sind Ideale und Praktiken zu entwickeln, die das gängige ‚ländliche Idyll‘ hinterfragen und durch alternative Vorstellungen ersetzen (Bell 2006). Gemeinschaftliches Wohnen, solidarische Landwirtschaft und unkommerzielle Kulturprojekte können Bestandteile alltäglicher sozial-ökologischer Transformationen darstellen und zur Herausbildung alternativer Lebensstile in ländlichen Räumen beitragen.

Ein ‚Recht auf Dorf‘ ist immer wieder zu hinterfragen und zu konkretisieren – als Recht auf Wohnen, auf Wasser, auf Energie und auf Mobilität. So kann die Emanzipation ländlicher Räume nur in dem Maße gelingen, wie die Verbindungen zu Städten bestehen bleiben und ausgebaut werden. Die ökologische, aber auch soziale Herausforderung besteht darin, solidarische Stadt-Land-Verhältnisse zu schaffen, die nicht-nachhaltige Formen des Wohnens, der Mobilität und des Ressourcentransfers vermeiden. Eine kritische Stadt- und Landforschung kann hierfür einen Beitrag leisten. Voraussetzung ist hierfür, sich auch jenseits der Großstädte zu orientieren und die Fragen ländlicher Räume ernst zu nehmen.

Dieser Beitrag wurde durch das Open Access Funding des Publication Fund der TU Dresden gefördert.

Autor_innen

Matthias Naumann forscht als Humangeograph zu den Geographien der Stadt und ländlicher Räume und beschäftigt sich mit Infrastruktur.
matthias.naumann@tu-dresden.de

Michael Mießner forscht zu Wohnungsmarktentwicklungen und Gentrifizierung abseits der Metropolen sowie zur regionalen Entwicklung ländlicher Räume.
michael.miessner@tu-dresden.de

Literatur

- Barlösius, Eva / Neu, Claudia (2001): Die Wildnis wagen? In: Berliner Debatte Initial 12/6, 65-77.
- Barracough, Laura (2013): Is There Also a Right to the Countryside? In: Antipode 45/5, 1047-1049.
- Baumann, Christoph (2018): Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Landlust. Bielefeld: transcript.
- Bell, David (2006): Variations on the Rural Idyll. In: Paul Cloke / Terry Marsden / Patrick Mooney (Hg.), The Handbook of Rural Studies. London: Routledge, 149-160.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Eichenauer, Eva / Reusswig, Fritz / Meyer-Ohlendorf, Lutz / Lass, Wiebke (2018): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Olaf Kühne / Florian Weber (Hg.), Bausteine der Energiewende. Wiesbaden: Springer, 635-651.

- El Nour, Sakar / Gharios, Cynthia / Mundy, Martha / Zurayk, Rami (2015): The right to the village? Concept and history in a village of South Lebanon. In: *Spatial Justice* 7, 1-24.
- Gailing, Ludger / Röhring, Andreas (2015): Was ist dezentral an der Energiewende? Infrastrukturen erneuerbarer Energien als Herausforderungen und Chancen für ländliche Räume. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73/1, 31-43.
- Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Oberhavel (2019): Grundstücksmarktbericht 2018. Landkreis Oberhavel. Oranienburg: Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Oberhavel.
- Heinz, Werner / Belina, Bernd (2019): Die kommunale Bodenfrage. Hintergrund und Lösungsstrategien. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kelly-Reif, Kaitlin / Wing, Steve (2016): Urban-rural exploitation: An underappreciated dimension of environmental injustice. In: *Journal of Rural Studies* 47, 350-358.
- Landeshauptstadt Dresden (2018): Wohnungsmarktbericht 2018. Dresden: Landeshauptstadt Dresden.
- Marsden, Terry (2016): Exploring the Rural Eco-Economy: Beyond Neoliberalism. In: *Sociologia Ruralis* 56/4, 597-615.
- Maschke, Lisa / Mießner, Michael / Naumann, Matthias (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Mießner, Michael (2017): Staat – Raum – Ordnung: Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Naumann, Matthias (2009): Neue Disparitäten durch Infrastruktur? Der Wandel der Wasserwirtschaft in ländlich-peripheren Räumen. München: oekom.
- Ochs, Birgit (2020): Auf dem Dorf ist es am schönsten. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 9.2.2020, 51.
- Richter, Christoph / Bösch, Lukas (2017): Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5/3, 137-156.
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/1-2, 163-166.
- Woods, Michael (2005): *Rural Geography. Processes, Responses and Experiences in Rural Restructuring*. London u. a.: Sage.

Gebäude-Energieeffizienz als Katalysator residentieller Segregation

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Katrin Großmann

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2

Seiten 199-210

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i1/2.570

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höflechner,
Andrea Jany und Marc Amann

Die Förderung der Energieeffizienz im Gebäudesektor ist aus den Klimaschutzstrategien Europas nicht mehr wegzudenken.[1] Das Mantra der Schlüsselrolle des Gebäudesektors zur Reduktion der CO₂-Emissionen ist omnipräsent, nicht nur in Energie- und Klimaschutzkonzepten; selbst im Mietenbericht wird sie wiederholt (Deutscher Bundestag 2017). In Deutschland ist energetische Sanierung in den vergangenen Jahren in die Kritik gekommen als Preistreiber und als Instrument zur Verdrängung einkommensarmer Haushalte aus attraktiven innerstädtischen Lagen. Gottseidank, denn es hält sich beharrlich der Mythos, dass Energieeffizienz im Wohnbereich eine Win-win-Strategie sei, dass Haushalte von sinkenden Energiekosten profitierten, während das Klima entlastet wird. So ist der Mainstream-Diskurs in Deutschland lange gewesen, so ist der Grundtenor der EU-Energiepolitik. Mit der Absenkung der Modernisierungspauschale von elf auf nun acht oder nur sechs Prozent scheint auch in Deutschland wieder Ruhe in die Debatte einzukehren, als sei damit das Problem vom Tisch.

Der Mythos der Win-win-Strategie wird auch aus einer anwaltlich sozialen Sicht mitgetragen. Energetische Sanierung gilt in internationalen Arbeiten zu Energiearmut als die Lösung schlechthin, um auch einkommensarme Haushalte mit bezahlbarer Wärme zu versorgen (Bajomi 2016: 169; Pye et al. 2015: 65 f.). Seit den Anfängen der sozialen Bewegung für bezahlbare Wärme (*affordable warmth*) rufen die Protagonist_innen dieser Forderung dazu auf, mehr Geld in Energieeffizienz zu investieren. „Fighting energy poverty is about capital investment“, war noch im März 2018 die Hauptbotschaft eines Vortrags von Brenda Boardman, der Grand Dame der Energiearmutforschung, in einer Keynote auf einem internationalen Workshop zu Energiearmut in Europa (Boardman 2018: 2). Damit meint sie, dass schöne Worte nicht reichen, sondern auch Geld investiert werden muss. Und genau hier liegt das Problem, denn Investitionen sind gleichzeitig als Haupttreiber von Aufwertung, Verdrängung und – auf gesamtstädtischer Ebene – Segregationsprozessen bekannt. Zur *Sustainable Energy Week* im Juni 2019 in Brüssel resümierte ein Vertreter von Urban Europe, der europäischen Vereinigung der Bürgermeister der Städte, dass

gerade die energetische Sanierung das Handlungsfeld zur Bekämpfung von Energiearmut sei, auf das Städte Einfluss hätten. Mit energetischer Sanierung könne man hier die Haushalte entlasten; auf die generelle soziale Ungleichheit in der Gesellschaft sowie die Entwicklung der Energiepreise habe man dagegen lokal keinen Einfluss.

Ich meine, es besteht wenig Anlass zur Hoffnung, dass energetisch aufgewerteter Wohnraum langfristig tatsächlich den einkommensarmen Haushalten zugutekommt. Solange sich die Praxis der energetischen Sanierung und die entsprechenden Förderprogramme nicht intensiv mit den bekannten Mechanismen residentieller Segregation auseinandersetzen und diesen entgegensteuern, bleiben die energiearmen Haushalte energiearm und die energetische Sanierung wird zum Katalysator für Segregationsprozesse. Residentielle Segregation ist der Dauerbrenner der Stadtsoziologie schlechthin, auch aus sozialpolitischer Motivation. Mit Segregation, also der ungleichen Verteilung sozialer Gruppen im Stadtraum beziehungsweise der Konzentration sozialer Gruppen in bestimmten Quartieren, verbindet die Forschung die Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft insgesamt sowie die Beeinträchtigung von Lebenschancen der Bewohner_innen von benachteiligten Quartieren, auch Quartierseffekte genannt. Die Energiearmutforschung verbindet damit zudem, dass einkommensarme Haushalte sich mit energetisch schlechterem Wohnraum zufriedengeben müssen, der am Markt preiswerter zu mieten oder zu kaufen ist. Dafür haben die Haushalte dann entweder sehr hohe Heizkosten oder können ihre Wohnung nicht angemessen heizen. Die bekannten Folgen sind erhöhte Wintermortalität durch Erfrieren oder Erkrankung mit Todesfolge (u. a. Rudge/Gilchrist 2005) beziehungsweise schwerwiegende Einschnitte in die Lebensqualität („heat or eat“, vgl. u. a. Bhattacharya et al. 2003).

Segregation entsteht im Zusammenspiel verschiedener Treiber (ausführlich in Großmann 2019, basierend auf u. a. Marcuse/van Kempen 2002). Zu diesen Treibern gehören das Wohnungsangebot und seine Preisstrukturen am Ort, die Wohnungsmarktakteure, die dieses Angebot in den Logiken des Marktes und seinen Machtstrukturen hervorbringen, sowie die Belegungspraktiken von Vermieter_innen, privaten wie öffentlichen. Der öffentliche Sektor hat zum Ziel, diejenigen mit Wohnraum zu versorgen, die sich nicht selbst am Wohnungsmarkt versorgen können. Der öffentliche Sektor wurde europaweit immer wieder als Motor für die Segregation von Städten angeprangert, wenn sozialer Wohnungsbau räumlich konzentriert erfolgte (ebd.; Maloutas/Fujita 2012). Für die Wirkungen von energetischer Sanierung ist wichtig zu erwähnen, dass die großen, als gescheitert geltenden Projekte des sozialen Wohnungsbaus weniger aufgrund der Baustrukturen und der Belegungsbindung zu einer Entmischung führten, sondern dass vor allem die Vernachlässigung und fehlende Investitionen in den Bestand verantwortlich waren (u. a. Olsson/Loerakker 2013). Die Heterogenität des Wohnraumangebots entscheidet sich also nicht nur im Bau, sondern vor allem in der Pflege und Modernisierung vorhandener Bestände. Die größten sozial-räumlichen Dynamiken entfachen sich bekanntermaßen bei langer Desinvestition in einem Quartier und entsprechend starker Aufwertung bei Sanierung, bekannt als spekulative Investition, die die sogenannte Rent-Gap oder Value-Gap ausnutzt und zu flächenhafter Verdrängung führt. Letztlich entsteht die ungleiche

Verteilung sozialer Gruppen im Prinzip als kumulativer Effekt individueller Wohnstandortentscheidungen. Bei der Wohnungssuche spielen dann Wohnpräferenzen und die verfügbaren Ressourcen der Haushalte zusammen (u. a. Clark/Dieleman 1996; Aragonés et al. 2002). Diskriminierungen, zum Beispiel gegenüber Haushalten mit einem ‚Migrationsvordergrund‘, festgemacht am Namen, schränken die Zugangschancen weiter ein (u. a. Ahmed/Hammarstedt 2008). Einkommensstärkere Haushalte können also gewöhnlich aus einer viel größeren Bandbreite von Wohnstandorten wählen, was zu Konzentrationen von einkommensarmen Haushalten führt.

Inwieweit ist also energetische Sanierung eine Praxis, die Einfluss auf diese Mechanismen hat, die letztlich zu einer sozial-räumlichen Ungleichheit im Stadtraum führen? Im Folgenden diskutiere ich die Effekte energetischer Sanierung mit Blick auf genau diese Treiber und Mechanismen residentieller Segregation.

1. Energieeffizientes Wohnen ist teurer

Wie hängen energetische Qualität von Wohngebäuden und Marktpreise zusammen? Während in Deutschland immer wieder die Unwirtschaftlichkeit energetischer Maßnahmen für die Vermieter_innen angeprangert wird, kommt die internationale immobilienökonomische Literatur weitestgehend einhellig zu dem Ergebnis, dass Energieeffizienz aus einer immobilienökonomischen Sicht profitabel ist, dass sie einen ‚*price premium*‘ generiert. Bereits Ende der 1980er Jahre stellten Dinan und Miranovski (1989: 66) für die USA fest, dass die Verkaufspreise von Wohnungen statistisch gesehen steigen, wenn deren Energiebedarf sinkt. Ein Review verschiedener Studien aus Westeuropa, Australien, China oder Japan resümiert, dass sich Investitionen in Energieeffizienz aus ökonomischer Sicht auszahlen (Hyland 2013). Der ‚*price premium*‘ ist beim Verkauf besonders hoch und bei der Vermietung etwas niedriger (ebd.: 945), was die eigenen Arbeiten zu Irland noch einmal bestätigen: „Wir stellen fest, dass das Ausmaß des Effekts auf dem Mietmarkt zwar geringer ist, aber immer noch ein positiver Zusammenhang zwischen Energiebewertung und Mietpreisen besteht.“ (Hyland et al. 2013: 948, Übers. d. A.) Wenn ein Beispielhaus mit D-Rating in Irland 300.000 Euro kostet, würde laut dieser Studie ein vergleichbares Haus mit A-Rating 327.900 Euro kosten, und ein Haus mit F-Rating 268.200 Euro, was eine Differenz von rund 60.000 Euro darstellt. Die durchschnittlichen Heizkosten einer Familie in einem Haus mit drei Schlafzimmern betragen 817,69 Euro pro Jahr. Damit liegt der Preiseffekt deutlich höher als die Summe dessen, was ein Haushalt an Energiekosten einsparen kann (ebd.).

Für Deutschland berechneten Steininger et al. (2018) den Preiseffekt der Energieeffizienzklasse (A+ bis H) auf Mietwohnungen anhand von Wohnungsmarktdaten aus NRW. Sie kommen zu folgendem Ergebnis: „Für energetisch effiziente (A+ bis C) Mietwohnungen stellen sich Preisauflagen von 1,5 bis 7,1 Prozent ein. Für energetisch wenig effiziente (E bis H) Mietwohnungen sind hingegen geringe Preisabschläge von -0,6 bis -2,2 Prozent nachweisbar.“ (Steininger et al. 2018: 42) Die nun aus Sicht der deutschen Diskussion entscheidende Frage, ob die zusätzlichen Kosten durch Energieeinsparungen aufgefangen werden, beantworten die

Berechnungen ambivalent. Im Energieeffizienzstandard A+ und C sollen die Einsparungen höher sein als die Mietpreissteigerung, im Standard A und B dagegen steigen die Mietpreise über die Einsparungen hinaus. Durch die Vorlagepflicht des Energieausweises seit 2015 habe sich der Preiseffekt weiter erhöht (Steininger et al. 2018). Auch zeigen sie, dass diese Effekte von der Situation des lokalen Wohnungsmarktes abhängen und die Preiseffekte in angespannten Märkten am stärksten sind, wie dies international auch Hyland et al. (2013) herausgearbeitet hatten.

2. Energetische Standards werden zu Kriterien der Wohnstandortwahl

Betrachtet man erzielte Verkaufs- und Vermietungspreise als Zeichen für Zahlungsbereitschaft, dann ist indirekt bereits auch klar, dass Energieeffizienzstandards die Nachfrage beeinflussen. Inzwischen haben mehrere Studien eine erhöhte Aufmerksamkeit auf Energieeffizienzkriterien bei der Wohnungsnachfrage nachgewiesen. In einer Studie, die ich mit Kolleg_innen 2012 innerhalb des Projekts ‚Energieeffiziente Stadt Delitzsch‘ zu Umzügen innerhalb der Kleinstadt Delitzsch durchgeführt habe (Großmann et al. 2014)[2], war schon damals die Bedeutung energiebezogener Kriterien höher als erwartet. Bei der Entscheidung für die aktuelle Wohnung war eine moderne, effiziente Heizung der viertwichtigste Faktor nach Preis (1), Bauzustand (2) und Licht (3). Niedrige Heizkosten folgten auf Platz fünf und eine gute Wärmedämmung auf Platz sechs. Auch für beabsichtigte zukünftige Umzüge waren energetische Kriterien auf den vorderen Plätzen der Kriterien dafür zu finden, warum man umziehen möchte: etwa wegen schlechter Wärmedämmung als zweitwichtigstem Push-Faktor, den Heizkosten auf Platz vier und einer veralteten Heizung auf Platz sechs. Eine Wanderungsbefragung in Leipzig ergab ebenfalls, dass eine schlechte Wärmedämmung unter den Top sechs der Push-Faktoren für einen aktuellen Umzug liegt (Welz/Großmann 2017). Lichtblick, ein Ökostrom-Anbieter in Deutschland, hat 2014 eine eigene Immobilienumfrage veröffentlicht[3], die ebenfalls bestätigt, dass Energieeffizienz, insbesondere Wärmedämmung, für Mieter_innen und Käufer_innen gegenüber einer Umfrage aus 2012 wichtiger geworden ist.

Auch wenn Präferenzen noch nichts über Segregationsdynamiken aussagen, so ist doch klar, dass Energieeffizienz ein überraschend wichtiger Faktor bei der Wohnstandortwahl geworden ist. Bedenkt man, dass einkommensarme Haushalte ihren Wohnstandort nur innerhalb bestimmter Preisgrenzen frei wählen können, ist anzunehmen, dass einkommensstarke Haushalte sich teure, effiziente Wohnungen leisten können, während einkommensarme Haushalte mit dem Effizienzlevel leben müssen, das sie noch bezahlen können.

3. „Renoviction“: Energiepolitische Maßnahmen machen Rent-Gaps attraktiv

Die Spezifika des deutschen Wohnungsmarkts (hoher Anteil von Mietwohnungen und große Rolle privater Wohnungsunternehmen) illustrieren im

internationalen Vergleich sehr gut, welche ambivalente Rolle die staatliche Wohnungspolitik als mitspielender Faktor in der Gemengelage der sozialen Wirkungen energetischer Sanierung spielt. Ein Instrument aus den 1970er Jahren, das ursprünglich dazu dienen sollte, Sanierung im Bestand zu stimulieren, um die Wohnungsknappheit zu bekämpfen (Bohne 2013), nämlich die Modernisierungumlage, machte auf den angespannten Wohnungsmärkten der Großstädte die energetische Sanierung zum Feigenblatt von Verdrängungspraktiken, nachdem sie 2013 in die Liste der umlagefähigen Maßnahmen aufgenommen wurde. Damit ist diese Praxis ein Fall von *renoviction*, der Verdrängung durch Sanierung (Baeten u. a. 2017).

Dokumentiert ist (energetische) *renoviction* vor allem über Einzelfälle; systematische Untersuchungen gibt es dazu wenige.[4] In Berlin, wo die Mietpreise sich zwischen 2009 und 2017 nahezu verdoppelt haben (Möbert 2018), sind einige Fälle dokumentiert, die zeigen, wie eng Wohnungspolitik, die Praxis energetischer Sanierung und Verdrängung verknüpft sind. Besonders gut dokumentiert ist beispielsweise der Fall Kopenhagener Straße 46 in Berlin-Pankow: Hier wurde in einem unsanierten Mietshaus der Gründerzeit nach einem Wechsel des Eigentümers eine umfassende Sanierung angekündigt; damit verbunden waren Mietsteigerungen um mehrere hundert Prozent. Energetische Maßnahmen wie ein neues Heißwasser-System, Fassadendämmung, Dach- und Kellerdämmung, dreifach verglaste Fenster, ein dezentrales Lüftungssystem mit Wärmetauscher et cetera waren für einen Großteil der angekündigten Mieterhöhung verantwortlich. Dank des Widerstands der Mieter_innen wurde dieser Fall immer wieder medial begleitet, insbesondere die Erfahrungen einer Familie, die ihre Rechte letztlich vor Gericht vertrat.[5] Ihre Miete sollte sich von ehemals 1.044,10 Euro warm auf 2.927,66 Euro erhöhen, der Preisanstieg durch Energieeffizienz-Maßnahmen betrug dabei 1.436,93 Euro (Sensevy 2017). Die Familie erlebte das bekannte Repertoire an Verdrängungsstrategien vom Abdrehen des Wassers, des Stroms, dem Einleiten von Baumaßnahmen, die die Wohnung unbewohnbar machten, teilweise lebensbedrohlich waren. Auch in den nationalen Medien gab es zwischenzeitlich Berichte über solche Fälle, auch aus anderen Großstädten, in denen die angekündigten Mieterhöhungen die finanziellen Möglichkeiten der Bewohner_innen bei weitem übersteigen, meist Rentner_innen, Alleinerziehende oder einkommensarme Familien.

Aus Polen ist ein Fall dokumentiert, wo der Staat der dominierende Akteur der Verdrängung von Bewohner_innen durch Aufwertung eines Wohngebiets war (Bouzarovski/Frankowski/Tirado-Herrero 2018). Hier wurden EU-Strukturfond-Fördermittel zur Senkung des CO₂-Ausstoßes von Städten in einem Quartier eingesetzt, das stetigen Verfall und Desinvestitionen erfahren hatte. Die Fördermittel unterstützten Sanierung und Neubau mit besonderem Augenmerk auf Energieeffizienz. Über Expert_inneninterviews fand man heraus, dass etwa die Hälfte der früheren Bewohner_innen nicht ins Quartier zurückgekehrt sei und sich die soziale Zusammensetzung der Bewohner_innen verändert habe (ebd.: 860). Lokale Revitalisierungsstrategien hätten sich mit der Klimaschutz-Agenda der EU vereint und zu *state-led* beziehungsweise *low carbon gentrification* geführt. Die staatlichen Regularien haben eine durch jahrzehntelange Vernachlässigung entstandene Rent-Gap für Investitionen attraktiv und zugänglich gemacht (ebd.).

In beiden Fällen suchen private Investor_innen legale Nischen für spekulative Investitionen, was durch wohlfahrtsstaatliche Regularien nicht verhindert, sondern sogar begünstigt wird. Die Durchsetzung der Klimaziele erfolgt auf Kosten einkommensarmer Haushalte in profitablen Lagen. Im polnischen Fall ist der Staat sogar direkt involviert in die Verdrängung, da hier die Programme innerstädtische Lagen explizit priorisieren.

4. Quartiersebene und Gesamtstadt: wenig Anlass zu Optimismus

In einer explorativen Studie zu Folgen energetischer Sanierung auf Quartiersebene haben Sandra Huning (TU Dortmund) und ich 2015 mit Studierenden in Erfurt und in Dortmund je ein innerstädtisches Quartier und eines in Randlage untersucht (Großmann/Huning 2016). Zu diesem Zeitpunkt stiegen die Mieten in beiden Städten moderat. Im Ergebnis wurde deutlich, dass letztlich die Interessen und Strategien der Eigentümer_innen ausschlaggebend sind für die Ergebnisse. Die nationalen gesetzlichen Vorgaben zu Mietpreisen und Mieterschutz haben negative Effekte wie Kostenanstieg, Verdrängung und Quartierswandel nicht verhindert, wenn genau das die Intention der Eigentümer_innen war. In beiden innerstädtischen Quartieren fielen Bestände der Deutschen Annington (später Deutsche Wohnen, heute Vonovia) auf, in denen extensive Sanierungsarbeiten gerade angekündigt waren oder bereits stattgefunden hatten. In Erfurt hatten sich die zumeist älteren Bewohner_innen einer ehemaligen Eisenbahnersiedlung bereits an die Zeitung gewendet und berichteten von erfundenen Maßnahmen, die Kostensteigerungen verursachen würden. So sollten Außentreppen saniert werden, die es gar nicht gab, über Tricks wurden die Altmietverträge aus der DDR ausgehebelt. In Dortmund wurde von hohen Wegzugsraten berichtet, viele seien aufgrund der gestiegenen Preise ausgezogen, zuallererst Studierende. Etwas anders sah das Bild in den Quartieren in Stadtrandlage aus, die jeweils der kommunalen Wohnungsgesellschaft gehörten. Auch hier gab es Wegzüge, jedoch deutlich seltener. Die Preise stiegen dennoch, auch weil energetische Sanierung hier in eine umfassende Erneuerung des Wohnumfelds eingebettet war.

Die einzige mir bekannte Studie auf gesamtstädtischer Ebene ist eine Modellierung von Mietsteigerungen durch energetische Sanierung für Göteborg (Mangold et al. 2016). Basierend auf tatsächlichen Preissteigerungen in sechs Modellprojekten in den *millenium homes* der Nachkriegszeit berechneten die Autor_innen die erwartbaren Preisanstiege, wenn alle Gebäude saniert würden, die bis 2026 50 Jahre und älter wären, und setzten diese in Bezug zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen der Bestandsmieter_innen der Quartiere. Im Ergebnis würden gerade in den Quartieren mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen die Preise am deutlichsten steigen, nämlich um 40 Prozent oder mehr. Die Autor_innen resümieren:

„In these apartments there are 30.600 inhabitants who earn less than 60 percent of median income and will be further economically disadvantaged by rent increases. These parameters of social equity should be included in sustainability analyzes of coming renovation and energy retrofitting projects.“ (ebd.: 48)

Mit Blick auf die Segregation der Stadt sind verschiedene Szenarien für die Zukunft denkbar (vgl. auch Großmann 2019: 88). Am wahrscheinlichsten finden auch die Autor_innen selbst, dass die Sanierung nur sukzessive vollzogen werden könnte. In jedem Fall würde sich das Angebot an preiswertem Wohnraum in der Stadt verknappen, während das mittel- und hochpreisige Angebot wüchse. Wenn in Teilen der noch preiswerten Lagen die Preise um etwa die Hälfte stiegen, dürften einkommensschwächere Haushalte in unsanierte, preiswerte Lagen weiter an den Stadtrand verdrängt werden und die Segregationsmuster würden sich verstärken.

5. Energetische Sanierung ohne Preisanstieg?

Ist energetische Sanierung auch ohne steigende Wohnkosten denkbar? Aus meiner Kenntnis ist das bislang nur in Modellprojekten realisiert, und selbst dort gibt es regressive Effekte, sprich: Haushalte mit den geringsten Einkommen werden am stärksten belastet.

Für Deutschland gibt es eine aufschlussreiche Studie aus München, dokumentiert in Wolff/Schubert/Gill (2017) und Weber/Wolff (2018). Hier wurde die energetische Sanierung eines genossenschaftlich bewirtschafteten Quartiers begleitet. Die Maßnahmen wurden partizipativ mit den Bewohner_innen festgelegt; die Bewohner_innen hatten für einen moderaten Sanierungsumfang gestimmt. Es wurden sowohl zu Kosten als auch zum Energieverbrauch Vorher-Nachher-Daten erhoben und Interviews mit den Bewohner_innen geführt. In der Summe zeigte sich, dass der Energieverbrauch insgesamt um 69 Prozent sank. Die Kaltmiete stieg um lediglich 6 bis 13,20 Euro pro Quadratmeter und Jahr, also unter einem Euro im Monat, doch die teilweise sehr sparsamen Haushalte konnten das nicht im Energieverbrauch ausgleichen. Für mehr als die Hälfte der Haushalte stiegen die Gesamtkosten für Wohnen und Heizen, und zwar vor allem bei den Haushalten mit niedrigem Einkommen. Selbst in einem solchen sozial sehr verantwortlichen Prozess resümieren die Autorinnen, dass 56 von 109 Haushalten „finanziell schlechter gestellt sind, während sie gleichzeitig weniger Heizenergie verbrauchen als es anhand der Gebäudestrukturen vorausberechnet wurde“ (Weber/Wolff 2018: 686, Übers. d. A.).

Preisanstiege lassen sich – zumindest kurzfristig – durch den Einsatz von (umfangreichen) Fördermitteln verhindern. Eine Stadtteilbürgermeisterin der grünen Partei in der Großwohnsiedlung Nový Lískovec in Brünn (CZ) nutzte EU-Fördermittel aus einem Modellprojekt (UrbAct) um die Wohngebäude auf Niedrigenergie-Niveau zu sanieren. In einem Interview im Mai 2008 erklärte sie mir, dass sie auf die einkommensarmen Haushalte mit einem größeren Anteil an Roma geachtet habe, ohne dass es zu Verdrängung kam. Dies war jedoch nur durch die Fördermittel möglich. Ob die soziale Stabilität der Bewohner_innen auch langfristig erhalten blieb, ist mir nicht bekannt. In anderen EU Staaten, beispielsweise in Lettland oder Griechenland, werden nationale Fördermittel für energetische Sanierung gestaffelt nach den Einkommen der Bewohner_innen gefördert, in Griechenland bis zu 66 Prozent, in Lettland bis zu 100 Prozent (European Commission 2020). Über langfristige Effekte energetischer Sanierung auf das sozial-räumliche Gefüge der Städte ist nichts bekannt. Die deutschen nationalen Förderprogramme,

etwa über die KfW-Kredite, sind vergleichsweise niedrig in der Förderhöhe (häufig nur zinsverbilligte Kredite) und werden entsprechend nur wenig nachgefragt (Schneller/Schmidt-De Caluwe/Kahlenborn 2018). Auch sind sie nur nach ökologischen, nicht aber nach sozialen Kriterien gestaffelt; kommunale Förderprogramme sind teilweise sozial engagierter.

6. Fazit

Wie in Großmann (2019) ausführlicher dargestellt, kann man also von den Best-Practice Beispielen lernen, dass Kosten der energetischen Sanierung immer zu Lasten der Haushalte gehen, es sei denn, sie werden durch Dritte übernommen, etwa in Modellprojekten oder über Fördermittel, die tatsächliche Zuschüsse sind. Modellprojekte erreichen jedoch nur eine kleine Zahl der Haushalte und ersetzen nicht eine sozial *und* ökologisch engagierte Wohnungspolitik, staatliche Investitionen und Maßnahmen zur langfristigen Verhinderung von Preissteigerungen und schleichender Verdrängung. Die deutschen nationalen Förderprogramme leisten dies derzeit nicht einmal ansatzweise. Andererseits triggern die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland (Modernisierungsumlage, Ausnahmen vom Mieterschutz bei energetischen Maßnahmen) Investitionen privater Eigentümer_innen zu Lasten der Mieter_innen, gerade in attraktiven Lagen.

Die Konsequenzen für die privaten Haushalte entsprechen denen bekannter Aufwertungsprozesse: Preisanstiege, Entfremdung vom vertrauten Quartier, gegebenenfalls Wegzug – und wenn der Umzug erneut in unsanierte Bestände erfolgt, dann steigen beim nächsten Preisanstieg für Öl, Gas oder Strom erneut die Heizkosten. Energetische Sanierung adressiert aber besonders die Stadtteile, in denen die Wohnqualität zwar schlecht, die Wohnkosten aber noch vergleichsweise niedrig sind. Bouzarovski/Frankowski/Tirado-Herrero (2018) beschreiben daher treffend, dass sich hier eine Rent-Gap öffnet, die von den energiepolitischen Instrumenten noch attraktiver gemacht wird. Der schmale Pfad zwischen Revitalisierung und *state lead gentrification* (u. a. Davidson 2008; Lees 2008) bräuchte eine umso sensiblere Mieter_innenpolitik. Doch die ist in Deutschland und in weiten Teilen Europas nicht vorhanden.

Aus der Perspektive der residentuellen Segregation sinkt durch energetische Sanierung unter Marktbedingungen der Anteil preiswerter Wohnungen in einer Stadt, während das höherpreisige Segment wächst. Langfristig wird die Logik des Marktes auf den Wohnungsmärkten der Städte immer wieder dazu führen, dass einkommensstärkere Haushalte in qualitativ hochwertigeren Beständen wohnen. Energetische Sanierung ist also ein Treiber von Segregation unter anderen. Neue Armutskonzentrationen könnten in den unsanierten Beständen in Randlagen entstehen, während der vorne beschriebene positive Effekt (*price premium*) der energetischen Sanierung auf Immobilienpreise und Mieten sozial selektiv wirkt. Die Investitionen des privaten Marktes werden dort stattfinden, wo Haushalte bereit und in der Lage sind, diesen Preisaufschlag zu zahlen. Der private Wohnungsmarkt wird sich nicht um energiearme Haushalte kümmern. Die anfangs zitierte Brenda Boardman (2010) bemerkt also richtig, dass hier der Staat gefragt ist. So schlägt jüngst auch das Institut für Energie

und Umweltforschung (IFEU) deutlich engagiertere Förderprogramme, etwa als Drittfinanzierung zwischen Mieter_innen, Vermieter_innen und Staat, vor (Mellwig/Pehnt 2019). Allerdings muss nicht nur deutlich engagierter verhindert werden, dass der schwarze Peter an die Mieter_innen weitergegeben wird. Auch die langfristigen Effekte der Wohnungsmärkte sind zu berücksichtigen, indem etwa Selbstnutzer_innen und gemeinnützige Vermieter_innen begünstigt werden. Zudem ist eine Kontrolle der sozialen – und übrigens auch der ökologischen – Effekte dringend nötig.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Fonds der FH Erfurt gefördert.

Endnoten

- [1] Dieser Beitrag basiert auf einem längeren englischsprachigen Artikel der Autorin in *Sociologia Urbana e Rurale* (Großmann 2019).
- [2] Stadtweite repräsentative Studie mit N=1010.
- [3] <https://www.lichtblick.de/presse/news/2014/02/17/immobilien-umfrage-energieeffizienz-für-mieter-und-käufer-wieder-wichtiger/> (letzter Zugriff am 26.02.2020)
- [4] Erwähnenswert sind hier studentische Arbeiten der HU Berlin. In einer Bachelorarbeit wird über die Verdrängung von 107 von insg. 250 Haushalten durch energetische Sanierung in Berlin-Pankow berichtet (Schiebe 2015: 7, zit. n. Hussels/Wolfram/Moss 2018: 82).
- [5] Siehe Blog von Nathalie Sensevy: <https://kopenhagener.wordpress.com>

Autor_innen

Katrin Großmann ist Stadtsoziologin und beschäftigt sich mit sozial-ökologischer Gerechtigkeit und Fragen des sozialen Zusammenhalts in Städten.
katrin.grossmann@fh-erfurt.de

Literatur

- Ahmed, Ali M. / Hammarstedt, Mats (2008): Discrimination in the rental housing market: A field experiment on the Internet. In: *Journal of Urban Economics* 64/2, 362-372.
- Aragonés, Juan / Francescato, Guido / Gärling, Tommy (Hg.) (2002): *Residential Environments: Choice, Satisfaction and Behavior*. Westport: Bergin and Garvey.
- Bajomi, Anna (2016): How to tackle energy poverty – good practices at a local level. In: Katalin Csiba / Anna Bajomi / Ákos Gosztony (Hg.), *Energy Poverty Handbook*. Brussels: The European Union, 169-181.
- Baeten, Guy / Westin, Sara / Pull, Emil / Molina, Irene (2017): Pressure and violence: Housing renovation and displacement in Sweden. In: *Environment and Planning A* 49/3, 631-651.
- Bhattacharya, Jayanta / DeLeire, Thomas / Haider, Steven / Currie, Janet (2003): Heat or Eat? Cold Weather Shocks and Nutrition in Poor American Families. In: *American Journal of Public Health* 93/7, 1149-1154.
- Boardman, Brenda (2010): *Fixing Fuel Poverty: Challenges and Solutions*. London: Earthscan.
- Boardman, Brenda (2018): Practical energy poverty policies. http://www.engager-energy.net/wp-content/uploads/2018/06/PracticalPolicies_BrendaBoardan.pdf (letzter Zugriff am 31.01.2020).
- Bohne, Rainer (2013): Gedanken zum Mietrecht. In: *Planerin* 4/13, 5-8.

- Bouzarovski, Stefan / Frankowski, Jan / Tirado-Herrero, Sergio (2018): Low-Carbon Gentrification: When Climate Change Encounters Residential Displacement. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 42, 845-863.
- Clark, William A. V. / Dieleman, Frans (1996): *Households and Housing: Choice and Outcomes in the Housing Market*. New Jersey: Center for Urban Policy Research.
- Davidson, Mark (2008): Spoiled Mixture: Where Does State-led ‚Positive‘ Gentrification End? In: *Urban Studies* 45, 2385-2405.
- Deutscher Bundestag (2017): *Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016*. Drucksache 18/13120 vom 07.07.2017.
- Dinan, Terry M. / Miranowski, John A. (1989): Estimating the implicit price of energy efficiency improvements in the residential housing market: A hedonic approach. In: *Journal of Urban Economics* 25, 52-67.
- European Commission (Hg.) (2020a): *EU Energy Poverty Observatory. Energy efficiency program Latvia*. <https://www.energypoverty.eu/measure-policy/energy-efficiency-program> (letzter Zugriff am 31.01.2020).
- European Commission (Hg.) (2020b): *EU Energy Poverty Observatory. Energy Efficiency at Household Buildings Programme Greece*. <https://www.energypoverty.eu/measure-policy/energy-efficiency-household-buildings-programme> (letzter Zugriff am 31.01.2020).
- Giffinger, Rudolf (1998): Segregation in Vienna: Impacts of market barriers and rent regulations. In: *Urban Studies* 35/10, 1791-1812.
- Großmann, Katrin (2019): Energy efficiency for whom? A conceptual view on retrofitting, residential segregation, and the housing market. In: *Sociologia Urbana e Rurale* 119, 78-95.
- Großmann, Katrin / Buchholz, Johann / Buchmann, Carsten / Hedtke, Christoph / Höhnke, Carolin / Schwarz, Nina (2014): Energy costs, residential mobility, and segregation in a shrinking city. In: *Open House International* 39, 14-24.
- Großmann, Katrin / Huning, Sandra (2016): Displacement through energy-efficient retrofitting? Impacts, actors and policies. Paper presented at the Conference on „Contested cities“, Madrid 2016, stream 3, „New regimes of expulsion – Shedding light on the violence of displacement“. https://www.researchgate.net/publication/288436499_Energy-efficient_retrofitting_and_affordable_housing_Open_questions_for_urban_research_and_practice (letzter Zugriff am 11.02.2019).
- Hussels, Jonathan / Wolfram, Pia / Moss, Timothy (Hg.) (2018): *Energiewenden in Berlin: eine Perspektiverweiterung durch studentische Arbeiten*. THESys Discussion Paper No. 2018-1. Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin. <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/19872/THESysDP-2018-1-Energiewenden%20in%20Berlin.pdf> (letzter Zugriff am 26.06.2019).
- Hyland, Marie / Lyons, Ronan C. / Lyons, Seán (2013): The value of domestic building energy efficiency – evidence from Ireland. In: *Energy Economics* 40/C, 943-952.
- Lees, Loretta (2008): Gentrification and Social Mixing: Towards an Inclusive Urban Renaissance? In: *Urban Studies* 45, 2449-2470.
- Maloutas, Thomas / Fujita, Kuniko (2012): *Residential segregation in comparative perspective: Making sense of contextual diversity*. Farnham: Ashgate.
- Mangold, Mikael / Österbring, Magnus / Wallbaum, Holger / Thuvander, Liane / Femenias, Paula (2016): Socio-economic impact of renovation and energy retrofitting of the Gothenburg building stock. In: *Energy and Buildings* 123, 41-49.
- Marcuse, Peter / van Kempen, Ronald (Hg.) (2002): *Of states and cities: The partitioning of urban space*. Oxford: Blackwell.
- Mellwig, Peter / Pehnt, Martin (2019): *Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen. Kurzugachten zur sozialen und klimagerechten Aufteilung der Kosten bei energetischen Modernisierung im Wohnungsbestand*. Heidelberg: ifeu. https://www.ifeu.de/wp-content/uploads/Kurzstudie_BUND_ifeu_2019_Sozialer-Klimaschutz-in-Mietwohnungen.pdf (letzter Zugriff am 31.01.2020).
- Möbert, Jochen (2018): *Deutscher Häuser- und Wohnungsmarkt 2018*. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research.
- Olsson, Lea / Loerakker, Jan (2013): Revisioning Amsterdam Bijlmermeer. A critical review of the range of design initiatives that were projected on Amsterdam Bijlmermeer since its problematic realization. In: *Architected Stuff*. <https://failedarchitecture.com/the-story-behind-the-failure-revisioning-amsterdam-bijlmermeer/> (letzter Zugriff am 26.3.2020).

- Pye, Steve / Dobbins, Audrey / Baffert, Claire / Brajkovic, Jurica / De Miglio, Rocco / Deane, Paul (2015): Energy poverty and vulnerable consumers in the energy sector across the EU: analysis of policies and measures. Brussels: Insight_E Observatory.
- Rudge, Janet / Gilchrist, Robert (2005): Excess winter morbidity among older people at risk of cold homes: A population-based study in a London borough. In: *Journal of Public Health* 27/4, 353-358.
- Schneller, Andreas / Schmidt-De Caluwe, Reimund / Kahlenborn, Walter (2018): Klimaschutz – Eine Frage des Geldbeutels? Drei Handlungsfelder für die sozialverträgliche Ausgestaltung von Klimaschutz im Rahmen der Energiewende. Berlin: adelphi.
- Sensevy, Nathalie (2017): Niemand ist so ein übler Mensch,... <https://kopenhagener.wordpress.com/2017/03/10/niemand-ist-so-ein-ubler-mensch/> (letzter Zugriff am 31.01.2020).
- Schiebe, Christoph (2015): Verdrängung durch energetische Modernisierung in Berlin. Executive Summary. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Steininger, Bertram I. / Nadler, Claudia / Franke, Melanie / Pommeranz, Carolin (2018): Wahrnehmung des Energieausweises in hypothetischen und realen Mietentscheidungen auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt. In: *Zeitschrift für Immobilienökonomie* 4, 29-48.
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: *sub\urban* 8/1-2, 163-166.
- Weber, Ines / Wolff, Anna (2018): Energy efficiency retrofits in the residential sector – analysing tenants' cost burdens in a German field study. In: *Energy Policy* 122, 680-688.
- Welz, Juliane / Großmann, Katrin (2017): Energiekosten und Wohnstandortentscheidungen: neue Treiber für sozialräumliche Segregationsprozesse? In: Katrin Großmann / André Schaffrin / Christian Smigiel (Hg.), *Energie und soziale Ungleichheit: Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer, 521-550.
- Wolff, Anna / Schubert, Johannes / Gill, Bernhard (2017): Risiko energetische Sanierung? Untersuchungen zur Differenz von Energiebedarf und -verbrauch und ihre Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte. In: Katrin Großmann / André Schaffrin / Christian Smigiel (Hg.), *Energie und soziale Ungleichheit: Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer, 611-634.

Klimagerechtes Wohnen? Energetische Gebäudesanierung in einkommensschwachen Quartieren

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Sören Weißermel
Rainer Wehrhahn

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2

Seiten 211-218

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i1/2.567

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höfleher,
Andrea Jany und Marc Amann

2017 veröffentlichte die Stadt Kiel ihren „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ für Emissionsfreiheit bis 2050. Unter dem Druck der Fridays-for-Future-Bewegung, systemkritischer Klimaaktivist_innen, der Bürger_inneninitiative „Klimanotstand Kiel“ und hoher Luftbelastungen durch Verkehr und Kreuzfahrt rief Kiel im Mai 2019 schließlich den *climate emergency* aus. Seither sollen politische Interventionen auf Klimaverträglichkeit überprüft und die Maßnahmen des Masterplans beschleunigt werden. Da 37 Prozent des Endenergieverbrauchs durch die privaten Haushalte geschieht (Landeshauptstadt Kiel 2017), spielt die energetische Sanierung dabei eine große Rolle. So fordert die Bürger_inneninitiative „Klimanotstand Kiel“ eine jährliche Sanierungsrate von sechs Prozent. Weder von städtischer, noch von klimaktivistischer Seite werden jedoch Belastungs- und Verdrängungseffekte für einkommensschwache Haushalte thematisiert. Da die Stadt ihren eigenen Wohnungsbestand bis 1999 komplett veräußerte (Kaufmann 2013), verfügt sie allerdings nur über begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme auf energetische Sanierung. Zwar wurde 2019 eine neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft (KiWoG) gegründet, diese verfügt aber momentan noch über keinen Wohnungsbestand. Die Stadt ist daher gezwungen, mit den renditeorientierten Wohnungsunternehmen zusammenzuarbeiten und ihnen Sanierungsanreize zu geben.

Am Beispiel der Stadt Kiel sollen im Folgenden Konfliktfelder aufgezeigt werden, die durch solch eine stadtpolitisch motivierte, aber privatwirtschaftlich umzusetzende energetische Sanierung entstehen. Ohne die Dringlichkeit städtischer Klimapolitik und der sogenannten Wärmewende infrage zu stellen, werden dabei insbesondere strukturelle Probleme benannt, die im Rahmen aktueller und zukünftiger energetischer Sanierungsbemühungen existierende Verarmungs- und Verdrängungsdynamiken auf Quartiersebene verstärken. Dieser Beitrag plädiert dabei für die konzeptionelle Verknüpfung sozialer und ökologischer Bedürfnisse im Sinne klimagerechten Wohnens sowohl auf akademischer als auch auf aktivistischer Seite. Methodisch wird der Debattenbeitrag durch Interviews mit öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Stadt Kiel gestützt, die jeweils als „Int_Datum“ zitiert sind.

Energetische Sanierung in einkommensschwachen Stadtteilen: Das Beispiel Kiel-Gaarden

Der Stadtteil Gaarden ist seit 2013 das erste von insgesamt fünf sogenannten Energiequartieren in Kiel. Unter dem Label „Klimagaarden“ wurden ein energetisches Sanierungskonzept erstellt und erste Maßnahmen umgesetzt. Im Rahmen des Klimaschutzmasterplans erfährt Klimagaarden eine zentrale Rolle im Bereich der energetischen Quartierssanierung. Gaarden ist dabei als ehemaliges hafennahes Werftarbeiterviertel heute unter anderem gekennzeichnet durch eine hohe Arbeitslosenquote, verbreitete Kinderarmut und einen hohen Anteil an Transferempfängerhaushalten. Wie die Projektleiterin der städtischen Abteilung Klimaschutz anmerkte (Int_21.09.19), besäßen die Bewohner_innen von Gaarden aufgrund ihres niedrigen Konsumverhaltens einen deutlich geringeren CO₂-Verbrauch gegenüber einkommensstärkeren Nachbarschaften. Die Wahl fiel gleichwohl unter anderem deshalb auf Gaarden, weil es, wie der Koordinator von Klimagaarden bestätigte (Int_20.08.19), aufgrund jahrelangen Quartiersmanagements, der Existenz eines lokalen Wirtschaftsbüros und einer insgesamt gewachsenen Vernetzung zwischen zentralen Akteuren in Quartier und Stadt relativ einfach gewesen sei, ein Klima- und Sanierungskonzept zu erstellen. Auffällig ist dabei die Verknüpfung von klima- und stadtentwicklungspolitisch erwünschten Maßnahmen.

Das politische Ziel der Quartiersaufwertung ergibt sich auf der einen Seite aus dem Dilemma des fehlenden kommunalen Gebäudebestandes und der scheinbaren Notwendigkeit, zur Erfüllung der Energieeinsparziele die Wohnungsunternehmen von der Profitabilität der „Qualifizierung“ von Wohnungen überzeugen zu müssen (complan Kommunalberatung 2013). Auf der anderen Seite wird im Sanierungskonzept klar die „Stärkung der wirtschaftlichen Chancen im Stadtteil sowie die Verbesserung der sozialen Situation“ (complan Kommunalberatung 2016: 5), auch durch „eine höhere Attraktivität z. B. für (längerfristiges) studentisches Wohnen“ angestrebt (complan Kommunalberatung 2013: 76). Nicht zuletzt durch die enge Verzahnung des Sanierungsprojekts mit dem Programm „Gaarden¹⁰“ (sprich: Gaarden hoch zehn), das seit 2018 offensiv die Aufwertung und Durchmischung des Stadtteils proklamiert (Landeshauptstadt Kiel 2018), wird offensichtlich, dass diese Verknüpfung auch eine stadtentwicklungspolitische Strategie darstellt.

Nachdem im Projekt Klimagaarden bislang überwiegend individuelle Initiativen von Einzeleigentümer_innen und Gewerbetreibenden unterstützt wurden, steht nun die energetische Sanierung eines größeren Wohnungsbestandes im „Quartier Sandkrug“ an. Der Bestand ist im Eigentum eines großen privaten Wohnungsunternehmens, das durch steigende Mieten, hohe Nebenkostenabrechnungen oder die Vernachlässigung von Miethäusern bundesweit in die Kritik geraten ist. Die Stadt Kiel unterstützt dieses Sanierungsvorhaben im Rahmen von Klimagaarden und Gaarden¹⁰. Zwar soll laut des Sanierungskonzeptes von Klimagaarden Verdrängung vermieden werden, die Stadt hat jedoch keine Maßnahmen zur Hand, um die Bewohner_innen vor steigenden Mieten infolge der Modernisierungsumlage nach §559 BGB von 8 Prozent der Sanierungskosten (und ohne zwingende Mietreduzierung nach dem Abschreibungszeitraum) zu schützen. Solche

sozialen Implikationen energetischer Sanierung werden laut Mitarbeiter_innen der Abteilung Klimaschutz derzeit nicht diskutiert, und sie finden keine Erwähnung im klimapolitischen Programm der Stadt. Zugleich sieht sich die Stadt seitens der privaten Wohnungswirtschaft häufig mit der Argumentation eines (angeblichen) Zielkonflikts zwischen günstigem öffentlichen und teurerem ökologischen Wohnungsbau konfrontiert (Int_21.09.19).

Konfliktfelder der privatwirtschaftlichen Quartierssanierung

Im Quartier Sandkrug sieht das Entwicklungskonzept des Wohnungsunternehmens nach Aussage seines Regionalleiters begrenzte Mietsteigerungen von zwei Euro pro Quadratmeter, gestaffelt über fünf Jahre vor (Int_03.01.20). Die Mieter_innen des ersten bereits energetisch sanierten Gebäudes im Sandkrug erhielten die Mietsteigerung jedoch einmalig (Int_03.01.20) und zahlen nun Mieten von durchschnittlich 7,50 Euro pro Quadratmeter (Geist 2019). Gleichzeitig erkennt das Wohnungsunternehmen in Gaarden großes Entwicklungspotential und strebt insbesondere über studentisches Wohnen soziale Durchmischung an (Int_03.01.20). So sollen zum einen über Dachgeschossausbau und Gebäudeaufstockungen neue Studierendenwohnungen mit Mieten von sechs Euro pro Quadratmeter entstehen und der studentische Anteil weiter über die übliche Fluktuation erhöht werden. Darüber hinaus plant das Unternehmen Neuvermietungen zu 9 Euro pro Quadratmeter (Int_03.01.20) – und damit weit überdurchschnittliche Mieten – ein. Ergänzt wird die energetische Sanierung durch eine gezielte Aufwertung des Außengeländes sowie ein Mobilitätskonzept, das Carsharing und den Verleih von Elektrorollern und Lastenrädern vorsieht (Geist 2019).

Konflikte sind bereits erkennbar. Die Integration der energetischen Gebäudesanierung in den kapitalistischen Immobilienmarkt durch die Modernisierungsumlage, die Ausklammerung energetischer Sanierungsarbeiten als Grund für zwischenzeitliche Mietverringerungen und die Entfernung derartiger Mieterhöhungen aus den Regelungen der Mietpreisbremse, hat zu einer sukzessiven Kostenverlagerung in Richtung der Mieter_innen geführt (vgl. Großmann 2019). Dies sorgt für einen Legitimitätsverlust der energetischen Gebäudesanierung insbesondere unter Mieter_innen und Mieter_inneninitiativen, der auch in Kiel spürbar ist. Wenn auch unter dem gesetzlich erlaubten Maximalwert und gestaffelt, wird die Mieterhöhung im Quartier Sandkrug zu einer enormen Mehrbelastung der überwiegend einkommensschwachen Mieter_innen führen, unter denen sich vor allem Alleinerziehende, Senior_innen und Menschen mit Migrationshintergrund befinden. Darüber hinaus gab es innerhalb des Quartiers Beschwerden über Sanierungsankündigungen, die ohne externe Begutachtung beispielsweise den Austausch bereits gut isolierter Fenster, einhergehend mit signifikanten Mietsteigerungen, vorsahen (Int_08.01.20). Diese und andere Beispiele fragwürdiger Sanierungsvorgänge erwecken vor Ort den Verdacht der Instrumentalisierung städtischer Klimapolitik. Renditestеigerungen wären so leicht möglich, begünstigt durch die gesetzliche Regelung, dass die absolute Umlage auf die Mieten einzig auf den Sanierungskosten und nicht auf den tatsächlichen energetischen Einsparungen gründet. In jedem Fall schüren sie weiter die oben genannte Skepsis gegenüber energetischer Sanierung. Bei Kieler

Mieter_inneninitiativen gründet diese Skepsis neben der Verdrängungsgefahr auch in Kritik an der energetischen Gesamtbilanz von Gebäudedämmung sowie an der Art der Umsetzung, darunter die Verwendung billiger Dämmmaterialien mit schlechter Ökobilanz und hoher Brennbarkeit (z. B. Polystyrol). Auch kritisieren sie die Durchführung teurer, aber ineffizienter Maßnahmen, die aber jeweils die gleiche prozentuale Kostenumlage erlauben (Int_11.12.19; Int_17.12.19; Int_03.01.20). Diese Vorbehalte knüpfen an Studien an, die die Abweichung tatsächlicher Einsparungseffekte gegenüber vorherigen Berechnungen darlegen (Großmann 2019).

Konzeptionelle Ansätze: Energiearmut, energiebedingte Gentrifizierung und klimagerechtes Wohnen

Insbesondere in der britischen Humangeographie haben sich seit längerem Studien mit den sozialräumlichen Auswirkungen von Energiepolitik auseinandergesetzt. So initiierte die gesetzliche Definition von *fuel poverty* in Großbritannien eine wissenschaftliche Diskussion über den „Ursachendreiklang“ von energetischem Gebäudezustand, Einkommen und Energiepreisen“ (Großmann et al. 2017: 6) sowie über politische Programme zur Bekämpfung von Heiz- oder Energiearmut (u. a. Boardman 2010; Middlemiss 2017). Anknüpfend an die Diskussionen um Umwelt- und Klimagerechtigkeit werden unter dem Begriff der *energy justice* dabei auch die strukturellen und sozialräumlichen Gerechtigkeitsdimensionen von Energieproduktion und -verteilung (u. a. Bickerstaff et al. 2013; Bouzarovski/Simcock 2017; Bridge et al. 2018) sowie die Umsetzung und Auswirkungen klimapolitischer Programme in Städten des globalen Nordens analysiert (u. a. Bulkeley et al. 2015).

Dieser Fokus auf die politische Dimension von Klimapolitik zeigt Verbindungen zum Phänomen der *green* oder *environmental gentrification* (vgl. Checker 2011; Gould/Lewis 2017; Anguelovski et al. 2019). So warnen Stevis und Felli (2016) vor der Kehrseite einer marktkonformen *green transition*, die, den Kapitalinteressen dienend, bestehende städtische Ungleichheitsstrukturen verstärkt (vgl. Mössner 2015; Bauriedl 2018). Bouzarovski et al. (2018) sprechen hinsichtlich der Verdrängung von Bewohner_innen infolge sanierungsbedingter Mietsteigerungen von einer *low-carbon gentrification*. Im deutschsprachigen Raum findet der Begriff der energiebedingten Gentrifizierung Verwendung (vgl. Holm 2011).

Inspiriert von der Diskussion um *fuel poverty* entstand auch im Kontext der deutschen Energiewende eine Debatte um Energiearmut, die überwiegend aufsteigende Stromkosten infolge des Erneuerbare-Energie-Gesetzes fokussiert (u. a. Kopatz et al. 2010; Tews 2014). Studien über Verdrängungseffekte durch energetische Gebäudesanierung überwiegen in der Gentrifizierungsforschung. Jedoch diskutieren nur wenige die Verknüpfungen konkreter städtischer Klimapolitik mit der Verwertungslogik energetischer Gebäudesanierung (vgl. Holm 2011; Pallaver 2019) und die Auswirkungen auf Verteilungskonflikte um bezahlbaren Wohnraum und soziale Ungleichheit in der Stadt (vgl. Großmann et al. 2017; Großmann 2019).

Durch stärker an sozialräumlicher Konflikt- und Ungleichheitsforschung ausgerichtete Studien könnte die Sozialgeographie hier einen wichtigen Beitrag leisten. Insbesondere die Perspektive der räumlichen Gerechtigkeit

(u. a. Soja 2010; Moroni 2019) bietet das Potential, dem Begriff der Klimagerechtigkeit auf Quartiersebene im Sinne des klimagerechten Wohnens eine konkrete räumliche Dimension hinzuzufügen, die das Recht auf (bezahlbares) Wohnen mit dem Recht auf klimafreundliches, energieeffizientes Wohnen verknüpft und die Aushandlungsprozesse um Wohnen, Nachbarschaften und Klimagerechtigkeit auf Quartiersebene analysiert.

Schlussfolgerungen

Die zeitlich unbegrenzte Modernisierungsumlage gestaltet energetische Sanierung als ein Instrument der Miet- und Renditesteigerung. Dieser ungerechten Aufteilung klimapolitischer Kosten, von der insbesondere einkommensschwache und folglich meist bereits emissionsarme Haushalte betroffen sind, kann nur über die Entkoppelung der energetischen Sanierung von der verwertungsorientierten Logik der Wohnungswirtschaft begegnet werden. Grundvoraussetzung für effektives kommunales Handeln im Sinne sozialer wie Klimagerechtigkeit im Bereich Wohnen ist entsprechend die Verfügbarkeit über städtischen Boden und kommunale Wohnungsbestände. Insofern sind die Prinzipien der Nicht-Veräußerung von öffentlichem Boden, (Re-)Kommunalisierung von Boden wie von Wohnungen sowie vielfältige Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls, wie kommunale Vorkaufrechte, Mietpreis- und Grundstückstransferregulationen, explizite Spekulationsbremsen et cetera (vgl. Wehrhahn 2019) von zentraler Bedeutung für sozial-ökologisch gerechte Stadtpolitiken.

Dies muss durch gesetzliche Reformen wie die Abschaffung oder deutliche Senkung der Modernisierungsumlage sowie deren Kopplung an tatsächliche Einsparnisse begleitet werden, damit eine notwendige Warmmietenneutralität überhaupt eintreten kann. Auch sollte hinsichtlich der Finanzierung klimapolitischer Maßnahmen eine Debatte über die Verteilung staatlicher Subventionen geführt werden, die stärker als bisher auf einen sozialen Ausgleich zugunsten unterer Einkommensgruppen ausgerichtet sind (vgl. Castello/Böcher 2018). Dies ist umso dringlicher, als die derzeitige gesetzliche Regelung den bestehenden Verteilungskonflikt und strukturelle sozialräumliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Städten weiter verschärft. Soziale und ökologische Belange können so bisher durch die Wohnungswirtschaft gegeneinander ausgespielt und von städtischer Seite kann gegebenenfalls Aufwertungspolitik unter dem Deckmantel der Klimapolitik betrieben werden.

Mieter_innen wehren sich bereits aktiv gegen solche Nutzbarmachungen. Doch eine Folge dieses strukturellen Problems zeigt sich in der klaren Trennung von sozialen und ökologischen Widerstandskämpfen, die sich nicht nur in der Skepsis gegenüber energetischer Sanierung bei Ersteren und im überwiegenden Fehlen sozialer Wohnungsfragen bei Letzteren zeigt, sondern auch darin, dass diese kaum aufeinander Bezug nehmen. Angesichts forcierter, zumeist auf technischen Vergleichs- und Zielwerten von CO₂-Emissionen beruhender, klimapolitischer Maßnahmen von Städten sowie weiter ansteigender Mieten und Verdrängungen wird hier für die Verknüpfung sozialer und ökologischer Belange und die Zusammenführung der Kämpfe von Klima- und Mieter_innenbewegungen plädiert. Dies erachten wir als grundlegend für eine Demokratisierung städtischer Klimapolitik.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit muss dabei den Verteilungskonflikt von Kosten und Nutzen von der Bundes- bis zur Quartiersebene aufgreifen. Wohnen muss klimagerecht sein, das heißt, bezahlbarer Wohnraum muss klimafreundlich und klimafreundliches Wohnen bezahlbar sein. In dieser Hinsicht werden künftig insbesondere auch sozialräumliche Ansätze benötigt, die die Aushandlungsprozesse auf Quartiersebene unter Gerechtigkeitsaspekten analysieren und die strukturellen Verknüpfungen mit anderen räumlichen Ebenen aufzeigen.

Dieser Artikel wurde durch den DFG-Open Access-Publikationsfond der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gefördert.

Autor_innen

Sören Weißermel ist Humangeograph. Er beschäftigt sich mit Enteignungen und Widerstand im Rahmen von Entwicklungsprojekten sowie mit Konflikten um städtische Klimapolitik. weissermel@geographie.uni-kiel.de

Rainer Wehrhahn ist Humangeograph an der Universität Kiel mit den Schwerpunkten Sozialgeographischer Stadtforschung, Geographien des Wohnens und Migrationsforschung. wehrhahn@geographie.uni-kiel.de

Literatur

- Anguelovski, Isabelle / Connolly, James J. T. / Garcia-Lamarca, Melissa / Cole, Helen / Pearsall, Hamil (2019): New scholarly pathways on green gentrification: What does the urban 'green turn' mean and where is it going? In: *Progress in Human Geography* 43/6, 1064-1086.
- Bauriedl, Sybille (2018): Klimapolitik. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 263-268.
- Bickerstaff, Karen / Walker, Gordon / Bulkeley, Harriet (2013): *Energy Justice in a Changing Climate. Social equity and low-carbon energy*. London/New York: Zedbooks.
- Boardman, Brenda (2010): *Fixing fuel poverty: challenges and solutions*. London/Sterling: Earthscan.
- Bouzarovski, Stefan / Simcock, Neil (2017): Spatializing energy justice. In: *Energy Policy* 107, 640-648.
- Bouzarovski, Stefan / Frankowski, Jan / Herrero, Sergio T. (2018): Low-carbon gentrification. When climate change encounters residential displacement. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 42/5, 845-863.
- Bridge, Gavin / Barr, Stewart / Bouzarovski, Stefan / Bradshaw, Michael / Brown, Ed / Bulkeley, Harriet / Walker, Gordon (2018): *Energy and Society: a critical perspective*. London: Routledge.
- Bulkeley, Harriet / Castán Broto, Vanesa / Edwards, Gareth A. S. (Hg.) (2015): *An Urban Politics of Climate Change. Experimentation and the Governing of Socio-Technical Transitions*. London: Routledge.
- Castello, Melanie / Böcher, Michael (2018): Soziale Kälte bei der Wärmewende? Eine Untersuchung sozialer Nebenwirkungen politischer Steuerung im Wohnsektor. In: SuN – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung 03.
- Checker, Melissa (2011): Wiped Out by the 'Greenwave'. *Environmental Gentrification and the Paradoxical Politics of Urban Sustainability*. In: *City & Society* 23/2, 210-229.
- complan Kommunalberatung (2013): *Energetische Stadtsanierung im Quartier Zentrales Gaarden. Endbericht*. http://www.klimagaarden.de/wp-content/uploads/131022_Bericht.pdf (letzter Zugriff am 24.1.20).

- complan Kommunalberatung (2016): Energetischer Umbau „Sanierungsmanagement“ klimagaarden. http://www.klimagaarden.de/wp-content/uploads/163101_Bericht-Sanierungsmanagement_klimagaarden.pdf (letzter Zugriff am 24.1.20).
- Geist, Martin (2019): „Wir wollen keine Mieter vertreiben“. In: Kieler Nachrichten, 6.7.2019.
- Gould, Kenneth A. / Lewis, Tammy L. (2017): Green Gentrification. Urban sustainability and the struggle for environmental justice. London: Routledge.
- Großmann, Katrin (2019): Using conflicts to uncover injustices in energy transitions. The case of social impacts of energy efficiency policies in the housing sector in Germany. In: *Global Transitions* 1, 148-156.
- Großmann, Katrin / Schaffrin, André / Smigiel, Christian (2017): Energie und soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa – eine Einführung. In: Katrin Großmann / André Schaffrin / Christian Smigiel (Hg.), *Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer, 1-26.
- Holm, Andrej (2011): Ein ökosoziales Paradoxon. Stadtumbau und Gentrifizierung. In: *Politische Ökologie* 124, 45-52.
- Kaufmann, Kristin K. (2013): Kommunikation und Handeln lokaler Akteure des Wohnungsmarktes nach der Kompletteräußerung kommunaler Wohnungsbestände. Dissertation an der TU Berlin, Berlin.
- Kopatz, Michael / Spitzer, Markus / Christanell, Anja (2010): Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien. Wuppertal: Papers 184.
- Landeshauptstadt Kiel (2017): Masterplan 100 % Klimaschutz für die Landeshauptstadt Kiel. https://www.kiel.de/de/umwelt_verkehr/klimaschutz/masterplan100prozentklimaschutz/_dokumente_masterplan/Endbericht_Masterplan_100_Prozent_Klimaschutz_Kiel.pdf (letzter Zugriff am 23.1.2020).
- Landeshauptstadt Kiel (2018): Gaarden Hoch 10. Entwicklungsperspektiven für Kiel-Gaarden. https://www.kieler-ostufer.de/fileadmin/pdf/Entwicklungsstrategie_Gaarden_hoch_10_endgueltig.pdf (letzter Zugriff am: 23.1.2020).
- Middlemiss, Lucie (2017): A critical analysis of the new politics of fuel poverty in England. In: *Critical Social Policy* 37/3, 425-443.
- Moroni, S. (2019): The just city. Three background issues: Institutional justice and spatial justice, social justice and distributive justice. Concept of justice and conceptions of justice. In: *Planning Theory*, Onlineausgabe. <https://doi.org/10.1177/1473095219877670>.
- Mössner, Samuel (2015): Urban development in Freiburg, Germany – sustainable and neoliberal? In: *Die Erde* 146/2-3, 189 -193.
- Pallaver, Greta (2019): Sanierung ohne Verdrängung. Energetische Gebäudesanierung zwischen Klimakrise und Recht auf Wohnen. *Analysen* 59. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Soja, Ed (2010): *Seeking spatial justice*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Stavis, Dimitris / Felli, Romain (2016): Green Transitions, Just Transitions? Broadening and Deepening Justice. In: *Kurswechsel* 3, 35-45.
- Tews, Kerstin (2014): Energiearmut – vom politischen Schlagwort zur handlungsleitenden Definition. In: Achim Brunnengräber / Maria R. Di Nucci (Hg.), *Im Hürdenlauf zur Energiewende*. Wiesbaden: Springer, 441-449.
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/1-2, 163-166.
- Wehrhahn, Rainer (2019): Contentious urban housing politics in European metropolises between financialisation, dispossession and re-possession. In: Rainer Wehrhahn / Jörg Pohlen / Christine Hannemann / Frank Othengrafen / Brigitte Schmidt-Lauber (Hg.): *Housing and Housing Politics in European Metropolises. Jahrbuch Stadtregion 2017/2018*. Wiesbaden: Springer, 3-20.

Münchens sozial-ökologische Stadtentwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Klaus Geiselhart

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2

Seiten 219-228

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i1/2.566

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höflechner,
Andrea Jany und Marc Amann

Einleitung

Lisa Vollmer und Boris Michel (2020) präsentieren in ihrem Beitrag nachvollziehbare Argumente. Tatsächlich scheinen die Urban Studies die Verbindung von sozialem und umweltgerechtem Bauen zu vernachlässigen. Doch trifft das damit auch zwangsläufig auf die Praxis der Stadtentwicklung zu? Im Folgenden sollen zwei städtebauliche Entwicklungsprojekte der Stadt München vorgestellt werden. Einmal ist das eine ökologische Mustersiedlung, in der ökologisches, umweltgerechtes und gesundes Bauen unter anderem auch mit sozialem Wohnungsbau verbunden wird. Das zweite Beispiel ist die Neuerrichtung eines ganzen Stadtteils im Münchner Osten, bei dessen Planung ebenfalls Fragen von Ökologie und sozialer Wohnraumversorgung eine zentrale Rolle spielen. Nun sollen diese Beispiele aber nicht als Beleg dafür gelten, dass das hier zur Debatte stehende Thema schon von der Stadtplanungspraxis überholt wurde. Unter Stadtplaner_innen gibt es noch keine festen Vorstellungen davon, wie ökologische und soziale Stadtentwicklung gleichzeitig funktionieren können. Vielmehr aber geben die Beispiele Anlass, über das Verhältnis von kritischer Stadtforschung und Stadtverwaltung nachzudenken.

Die ökologische Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park

Nord-östlich des Münchner Stadtzentrums, relativ innenstadtnah und unweit des Englischen Gartens gelegen, steht eine ökologische Mustersiedlung kurz vor der Fertigstellung. Sie entsteht auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne. Mit 570 Wohnungen ist sie die größte zusammenhängende Holzbau-siedlung Deutschlands, und nach Angaben der Stadt sind darunter 400 geförderte Wohnungen. Die bis zu sieben Stockwerke hohen Gebäude werden in Holzhybridbauweise erstellt. Die Stadt geht davon aus, dass durch die Bauweise etwa 13.000 Tonnen Kohlendioxid langfristig gespeichert werden können. Je nach Holzanteil ergibt sich dadurch, gegenüber einer herkömmlichen Massivbauweise mit mineralischen Rohstoffen, eine Substitution von 30 bis 60 Prozent der klimaschädlichen Emissionen (Stadt München 2015a).

Die Auflagen für die Mustersiedlung sehen vor, dass ein Mindestanteil an nachwachsenden Rohstoffen verbaut werden muss.[1] Darüber hinaus muss nachgewiesen werden, dass diese Rohstoffe bestimmten ökologischen Zertifikaten entsprechen oder sie entweder in Deutschland oder maximal 400 Kilometer vom Bauplatz entfernt geerntet wurden. Um die finanziellen Mehraufwendungen abzufedern, die bei einer Holzbauweise gegenüber einer konventionellen Massivbauweise mit mineralischen Baustoffen entstehen, wurde im Stadtrat eine Förderung beschlossen (Stadt München 2015b). Da sich die endgültige Förderung nach dem tatsächlichen Anteil der nachwachsenden Rohstoffe bemisst, besteht ein zusätzlicher Anreiz die Mindestanteile zu überschreiten. Selbstverständlich müssen die Projekte auch festgelegte Energiestandards erfüllen. Im Prinzip sind also alle Bauprojekte in dieser Siedlung in der einen oder anderen Weise gefördert. Förderung in Hinblick auf soziale Belange erhalten aber nur vier Bauprojekte. Diese Bauprojekte nutzen einen jeweils individuellen Finanzierungsmix aus *Einkommensorientierter Förderung* (EOF)[2], Förderung nach dem *München Modell* (MM)[3] und freier Finanzierung unterstützt durch das Modell *konzeptioneller Mietwohnungsbau* (KMB)[4]. Durch diese Förderungen entstehen demnach nicht nur Sozialwohnungen im klassischen Sinne, sondern auch Wohnungen für Durchschnittsverdiener_innen, Familien und konzeptionell innovative Projekte.

Zu den Projekten mit sozialorientierter Förderung gehört das Bauvorhaben der städtischen Wohnbaugesellschaft *GWG München*, die hier 57 Wohnungen[5] und eine Kindertagesstätte baut (Abbildung 1). Der Baukörper diente während der Projektierungsphase oft als Aushängeschild für die gesamte Siedlung, offensichtlich eignet er sich wohl, die Idee einer Verbindung von sozialem und ökologischem Bauen in ästhetisch ansprechender Weise zu vertreten. Direkt gegenüber befindet sich die deutlich schlichtere Anlage der zweiten städtischen Wohnbaugesellschaft *GEWOFAG Wohnen GmbH* (Abbildung 2). Hier entsteht, mit 180 Wohnungen[6], Gemeinschaftseinrichtungen und einem ‚Haus für Kinder‘, ein deutlich größeres Kontingent an Sozialwohnungen in zwei L-förmigen Zeilenbauten. Die Genossenschaft *Bürgerbauverein München BBVM EG* baut 87 Wohnungen[7], darunter behindertengerechte Wohnungen, Wohnungen für Betreuungspersonal sowie diverse Werkstätten und Gemeinschaftseinrichtungen. Ebenso realisiert die Genossenschaft *WOGENO München EG* 82 Wohnungen[8], darunter eine Sonderwohnform (Clusterwohnung mit Flexizimmern), Gemeinschaftsräume und eine gemeinschaftliche Dachterrasse.

Abb. 1 Ökologische Mustersiedlung Prinz-Eugen-Park München, Anwesen der GWG, (Foto: Isabel Maurus)

Abb. 2 Ökologische Mustersiedlung Prinz-Eugen-Park München, Anwesen der GEWOFAG (Foto: Isabel Maurus)



Auf dem Rest der Grundstücke entwickeln Baugemeinschaften etwa 160 Wohneinheiten. Unter anderem baut die Initiative *Gemeinsam Größer* einen gemeinschaftlich entworfenen, architektonisch innovativen Baukörper, der Wohnungen mit Gemeinschaftseinrichtungen und einer besonderen Freiraumarchitektur verbindet. Nicht zuletzt weil alle Bauträger_innen in der einen oder anderen Form Gemeinschaftsräume planen und bei allen Planungen auch Flächenverbrauch, Dichte und ökologische Überlegungen – auch über die Baumaterialien hinaus – thematisiert wurden, kann die Siedlung zu Recht als ein städtebauliches Experimentierfeld für soziale und ökologische Entwicklungen gelten.

Der neu entstehende Stadtteil München Freiham

Auf einer der letzten großen zusammenhängenden Fläche innerhalb der Stadtgrenzen Münchens entsteht auf 350 Hektar im Osten der Stadt ein ganz neuer Stadtteil. Schon 1966 wurde zur Realisierung einer Entlastungsstadt für 60.000 Einwohner der Zweckverband Freiham gegründet. Das ermöglichte den Erwerb von 170 Hektar landwirtschaftlicher Fläche, sodass die Stadt und der Zweckverband heute 95 Prozent der benötigten Fläche halten (Reiß-Schmidt 2018: 45). Die geplante Dichte wurde nun allerdings drastisch verringert, denn die Stadt München (2017) spricht heute nur noch von 25.000 Menschen, die dort leben und 15.000, die dort arbeiten sollen. Die Wohnbebauung wird in zwei Realisierungsabschnitten entwickelt. Sie schließt nördlich an ein Stadtteilzentrum und einen Bildungscampus an, welcher ein Gymnasium, eine Realschule, ein sonderpädagogisches Förderzentrum sowie eine Grundschule beherbergen wird. Darüber hinaus sollen in den Wohnanlagen ein Quartierszentrum mit Verkaufsflächen, Gastronomie und Büroflächen, ein Sportpark und weitere Grundschulen entstehen.

Freiham soll aber nicht nur sozial, sondern auch ökologisch nachhaltig entwickelt werden: „Die Werte ökologisch, menschlich, städtisch und familiär sollen als Markenzeichen Freiham prägen, einem nach den Grundsätzen der Inklusion entstehenden Stadtteil“ (Stadt München 2017). So wird ein 58 Hektar großer Landschaftspark nicht nur Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bieten, sondern auch entsprechende Ökosystemleistungen bezüglich Belüftung, Klimaregulierung und Luftreinhaltung ermöglichen. Hierzu werden sogenannte ‚Grünfinger‘ in die Wohnbebauung geführt. Zudem sind Grünflächen und Urban Gardening vorgesehen. Ein *Masterplan Beleuchtung* (Stadt München 2016) soll eine ganzheitliche Beleuchtung gewährleisten, die sowohl energieeffizient und ökologisch verträglich als auch dem Wohl- und Sicherheitsempfinden sowie der Orientierung der Bewohner_innen zuträglich sein soll. Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität stehen ebenso im Fokus wie die Vermeidung von Lichtverschmutzung.

Derzeit laufen die Ausschreibungen der Grundstücke. 2019 waren unter anderem Baufenster im ersten Realisierungsabschnitt für genossenschaftlichen Wohnungsbau mit einem Fördermix von 25 Prozent EOF, 50 Prozent MM und 25 Prozent KMB ausgeschrieben. Für 2020 ist die Vergabe eines Erbbaurechtes an einer Grundstücksfläche für ein Modellprojekt zum Bau von preisgedämpften Mietwohnungen ausgeschrieben. Weitere Erbbaurechte für konzeptionellen Mietwohnungsbau, teilweise für Auszubildenden- und

Studierendenwohnungen, sind angekündigt. Auch in der Planung dieses Stadtteils lässt sich eine Verbindung ökologischer und sozialer Ansprüche erkennen.

Um einem allzu positiven Bild vorzubeugen

Soziales und ökologisches Bauen zusammen zu denken, ist in München also kein Neuland. Sabine Hafner und Manfred Miosga (2007: 33) beschreiben das für die frühen 2000er Jahre sogar als ein Charakteristikum einer rot-grünen Stadtregierung, der es mittels Großprojekten gelänge „die Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit mit einer Politik zu verbinden, die auf einen sozialen Ausgleich setzt und dabei versucht, ökologische Belange zu integrieren.“ Stephan Reiß-Schmidt[9] (2018: 35) zufolge hat „München viel geleistet“, ist aber trotzdem „teuer geblieben“. Sicherlich habe München in den letzten Jahrzehnten eine Reihe innovativer Konzepte entwickelt, diese würden allerdings von aktuellen Tendenzen konterkariert. Der *Münchner Weg* einer sozialen Boden- und Planungspolitik umfasse dabei verschiedene Maßnahmen. So wurden etwa soziale Quartierstrukturen durch Erhaltungssatzungen geschützt und zur Umstrukturierung von Konversionsflächen besonderes Städtebaurecht eingesetzt (Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme). Es wurden Verfahrensgrundsätze einer sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) erarbeitet, Genossenschaften und Baugemeinschaften gefördert und eine nachhaltige strategische Liegenschaftspolitik betrieben. 2017 wurden die SoBoN-Verfahrensgrundsätze auch vom Münchner Stadtrat erneuert, allerdings ohne dabei die Quote für den geförderten Wohnungsbau wie geplant auf 40 Prozent anzuheben, was nach Reiß-Schmidt für eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum notwendig gewesen wäre. Umgesetzt wurde lediglich „eine zusätzliche 10-Prozent-Quote für ‚preisgedämpften Mietwohnungsbau‘ mit einer Anfangsmiete von 13,90 Euro je Quadratmeter, Mietsteigerung nach Mietspiegel und 30-jähriger Bindung als Mietwohnung. Auch die aus heutiger Sicht viel zu kurze Bindungsdauer für den geförderten Wohnungsbau von nur 25 Jahren blieb unverändert“ (Reiß-Schmidt 2018: 41). So entfielen heute etwa 60 Prozent des Wohnungsbauvolumens in SoBoN-Projekten auf Eigentumswohnungen im gehobenen Standard. Auch wurden die ursprünglich angestrebten Dichtewerte für viele städtebauliche Maßnahmen deutlich nach unten korrigiert.

Diese Tendenzen lassen sich im Prinz-Eugen-Park direkt ablesen. Neben den Fördermitteln für das ökologische Bauen, die, wie gesagt, alle Bau-träger_innen in diesem Bauabschnitt erhalten, bekommen nur vier von acht Projekten sozial orientierte Förderungen. Diese wiederum orientieren sich nur teilweise an tatsächlich einkommensschwachen Haushalten. Hier lässt sich eine Tendenz zur Reurbanisierung erkennen. Die Stadt wird verstärkt für Mittel- und Oberschicht gebaut, während für die schwächsten Bevölkerungsteile nur verhältnismäßig wenig Wohnraum entsteht. Dies drückt sich nicht zuletzt in immer weiter steigenden Mieten aus. Hier findet Verdrängung ihren Ausdruck nicht in Form von Druck auf konkrete Menschen, aus einem Quartier zu weichen. Vielmehr geschieht sie in Form einer Unterlassung dadurch, dass viele Wohnungen für finanzschwache Bevölkerungsgruppen

wegen des erhöhten Flächenverbrauchs besser gestellter Personen *gar nicht erst* gebaut werden.

Im Prinz-Eugen-Park werden auf einigen Baufeldern nicht nur exklusive Wohnungen, sondern auch neue Bauformen realisiert, die manchmal als ‚Hofhäuser‘, ‚Gartenhofhäuser‘ oder ‚Gartenhofwohnungen‘ [10] bezeichnet werden. Meist werden diese Bauten ‚Atriumhäuser‘ genannt, obwohl sie die großzügige, für klassische Atriumhäuser charakteristische Anlage der Wohnräume um einen Innenhof herum vermissen lassen. Derartige ein- oder zweigeschossige Gebäude zeichnen sich in der Regel durch ein Gartenstück in Terrassengröße und eine quaderförmige Kubatur, die an übereinander gestapelte Container erinnert, aus. Sie sind nur durch die notwendigen Zugangswege voneinander getrennt. Diese Architektur scheint dem Anspruch der Minimalisierung des Reihenhausprinzips zu folgen, also der Verbindung eines eigenen Hauses, mit eigenem Garten und eigenem Eingang innerhalb eines kompakten Gesamtbaukörpers. Damit liegt diese Bauform aber letztlich immer noch deutlich über dem Flächenverbrauch von Etagenwohnungen. Das städtebauliche Ziel, bezahlbaren Wohnraum für wenig zahlungskräftige Bevölkerungsgruppen zu schaffen, steht damit im deutlichen Wettstreit mit Investor_inneninteressen und den individuellen Wohnvorstellungen einer besserverdienenden Klientel. Auch für Freiham wurde, wie bereits erwähnt, die Dichte nach unten korrigiert. Derzeit werden hier die Grundstücke in zentraler Lage vergeben. Inwieweit sich eine zahlungskräftige Klientel im zweiten, eher randständigen, sich an die Grünzonen anlehnenden Bauabschnitt Baufenster sichert, bleibt zukünftigen Betrachtungen vorbehalten.

Der indirekte Verlust preiswerteren Wohnraums, welcher *gar nicht* gebaut wird, weil eine weniger dichte Bebauung für eine zahlungskräftige Klientel entsteht, findet in der Regel in keiner Statistik seinen Ausdruck. Ein zentrales Argument für eine derartige Entwicklung ist das Ideal der sozialen Mischung, das eine *Stadt für alle* hervorbringen soll. Dies wird im Prinz-Eugen-Park wie auch in Freiham prinzipiell und unter Einbezug ökologischer Gesichtspunkte verfolgt. Dabei bleibt aber fraglich, ob das proportionale Verhältnis zwischen den adressierten Bewohner_innengruppen, vor dem Hintergrund der Mietpreisentwicklung, als gerecht angesehen werden kann.

Zudem wird sich auch die Frage, ob soziale Mischung hier tatsächlich auch ein soziales Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen hervorbringt, erst nach einer gewissen Zeit beurteilen lassen. Wie sich in diesen Gebieten ein soziales Leben etablieren wird, ist nicht nur von der, wenn man so will, ‚hardware‘, also von in der Bebauung vorgesehenen Begegnungsräume, abhängig, sondern auch von der ‚software‘, also den Initiativen eines Quartiermanagements, der Zivilgesellschaft oder der Bewohner_innenschaft. Was aber die ‚hardware‘ angeht, so finden die sozio-ökonomisch verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihren jeweiligen Wohnraum in deutlich wahrnehmbar voneinander unterscheidbaren Bauformen. Es muss sich zeigen, inwieweit das Konsequenzen für die gegenseitige Wahrnehmung der Bewohner_innen dieser Nachbarschaften hat. Auch ist im Prinz-Eugen-Park die Tendenz zu beobachten, dass die Exklusivität der Bauform mit einer günstigeren Wohnlage (entfernt von Straßen und nahe Grünanlagen) zunimmt. Ob dies als

ungerecht empfunden wird oder kleinräumige Milieubildung und *othering* begünstigt, muss im Einzelfall untersucht werden.

Was können diese Befunde für die kritische Stadtforschung bedeuten?

Inwiefern ist es bezeichnend für das Verhältnis von Stadtplanungspraxis und kritischer Stadtforschung, dass die Verbindung von sozialem und ökologischem Bauen in einem Fall eine Leitlinie des Handelns ist, während sie im anderen Fall als ein Forschungsdesiderat erscheint? Anstatt diese Frage zu beantworten, möchte ich im Folgenden eine Perspektive auf Stadtverwaltung beschreiben, die einen differenzierten Blick auf aktuelle Stadtentwicklung erlaubt und dabei gleichzeitig der Kritik ein spezifisches Wirkungsfeld eröffnet, welches gerade für derartige intersektorale Themen zuträglich sein kann.

Letztlich sind es die städtischen Bediensteten, die soziale und/oder ökologische Entwicklungen tragen, voranbringen oder unter Umständen auch blockieren. So gesehen wird Stadtentwicklung letzten Endes von Einzelpersonen umgesetzt, die sich auf ihren gesellschaftlichen Positionen, zwischen Politik und Bürgerschaft, jeweils mehr oder weniger gemeinwohlorientiert engagieren. So können beispielsweise Amtsleiter_innen in ganz unterschiedlichem Maße konservativ, aufgeschlossen oder progressiv sein. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass nur wenige dem weit verbreiteten Bild einer Beamtin oder eines Beamten, die Dienst nach Vorschrift machen, entsprechen. Zwar trifft es manchmal auch tatsächlich zu, dass Verwaltungsstrukturen stabiler sind als politische Verhältnisse. So werden in manchen Kommunen, egal woher der politische Wind gerade weht, bestimmte progressive Maßnahmen wohl nicht umsetzbar sein, solange bestimmte Personen an hierfür wichtigen Schlüsselstellen sitzen. Die Mehrzahl der städtischen Bediensteten sind aber durchaus kritisch denkende Menschen, die tagtäglich selbst an die Grenzen der strukturellen Gegebenheiten ihrer Städte stoßen und nicht selten auch mit eigenen Anliegen scheitern. Nicht zuletzt verdankt dieser Beitrag zentrale, für eine kritische Betrachtung notwendige, Informationen dem Überblick eines langjährigen Mitarbeiters der Münchner Stadtverwaltung (Reiß-Schmidt 2018).

Stadtverwaltungen beherbergen ein eigenes kritisches Potenzial. Dieses wird in jüngster Zeit zunehmend dadurch verstärkt, dass Städte immer öfter Mitarbeiter_innen auf Projektbasis beschäftigen, die unter anderem themenbezogen intersektorale Vernetzungsarbeit leisten sollen. Obwohl diese Personen oft auf befristeten Stellen arbeiten, sind sie nicht selten überdurchschnittlich engagiert, denn sie nutzen diese Positionen in der Regel als Sprungbrett auf einem längeren Karriereweg. Auch haben die Städte vielfach feste, ressortübergreifende Arbeitsfelder eingerichtet (z. B. für Partizipation oder Gesundheitsförderung). Diese Stellen werden von ganz unterschiedlich motivierten Persönlichkeiten bekleidet. Derartige städtische Stellen nehmen auch deswegen zu, weil Stadtpolitik sich über deren Einrichtung und Ausrichtung einen direkten Einfluss verspricht: denn durch diese Stellen werden die mit den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten verbundenen Ideen in die verschiedenen Resorts der Stadtverwaltung und der

zivilgesellschaftlichen Akteure hineingetragen. Von diesen Stellen können also viele Anstöße für Veränderungen ausgehen.

Welche Beziehung könnte eine kritische Stadtforschung zu solch heterogenen Stadtverwaltungen aufnehmen? Wendet man sich als Akademiker_in der städtischen Praxis zu, dann sollte man – zumindest ist das meine Erfahrung – nicht erwarten, dass wissenschaftliche Expertise im klassischen Sinne einer externen kritischen Bewertung gefragt ist. Wenn man gezielt für Vorträge angefragt wird, dann wissen die Auftraggeber_innen meist ganz genau, was sie hören wollen. Man wird eingeladen, wenn die zu erwartenden Inhalte absehbar die eigenen Positionen stützen. Geht man als Akademiker_in proaktiv auf die Praxis zu, dann wird man feststellen, dass alle Akteure in der Regel eine gefestigte, mehr oder weniger begründete Perspektive haben. Meist verfügen sie über eine sehr hohe fachliche und themenbezogene Qualifikation, die in der Regel das Wissen einer akademischen Wissenschaftler_in, insbesondere bezüglich zahlreicher Implikationen der Praxis, weit überschreitet. Wer verkennet, dass die akademische Stadtforschung hier viel dazulernen kann, der wird letztlich auch keinen empirischen Zugang finden. Stadtverwaltungen suchen akademische Nähe weniger um einer kritischen Meinung willen, als mehr zur ‚Adelung‘ praktischer Prozesse, beispielsweise partizipativer Projektierungen von Quartiers-, Grünraum- oder Leitbildentwicklungen. Universitäre Begleitung wird gerne als ein Beleg dafür angeführt, dass eine kontinuierliche Qualitätskontrolle stattgefunden hat. Eine kritische Stadtforschung könnte sich die Begleitung derartiger Prozesse zur Aufgabe machen. Der Einblick in die praktischen Vorgänge innerhalb der Stadtverwaltung eröffnet die Möglichkeit, Asymmetrien innerhalb der städtischen Strukturen zu erkennen. Die Mitarbeit bei den Prozessen erlaubt es, unterlegene Positionen zu stärken. Sozial- oder ökologieorientierte, progressive Initiativen könnten gegenüber uninformierten, wählerorientierten Strategien, finanzstarken Marktinteressen oder verhärteten Weisungsstrukturen innerhalb der Verwaltungen befördert werden. Die Kritiker_in vertritt damit nicht eine beherrschende kritische Expertise von außen, welche von den Praktiker_innen nicht selten als unterkomplex wahrgenommen und somit nachvollziehbarer Weise meist wenig geschätzt wird, sondern leistet Überzeugungsarbeit im konkreten Arbeitszusammenhang. Dabei verschwimmen die ohnehin trüben Grenzen zwischen Beratung, Forschung und Engagement zugunsten einer in politische Prozesse integrierten kritischen Aktionsforschung. Kritik versteht sich auf diese Weise nicht als Opposition gegen die Verhältnisse im Gesamten, sondern nimmt kompetent die Vielschichtigkeit des Einzelfalls in den Blick und arbeitet dabei verantwortungsvoll an lokalspezifischen Lösungen mit. Meines Erachtens könnte die Praxisrelevanz und der Anwendungsbezug der kritischen Stadtforschung gestärkt werden, würde Kritik in diesem Sinne verstärkt als Mediation (Geiselhart 2020) verstanden.

Dieser Artikel wurde durch Open-Access-Publikationsfonds der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gefördert.

Endnoten

- [1] Der Anteil der nachwachsenden Rohstoffe an der gesamten Gebäudestruktur wird in kg nawaros / m² Wohnfläche angegeben, wobei „nawaro“ für „nachwachsende Rohstoffe“ steht. Dieser Parameter wurde von der Stadt München in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), der TU München (TUM) und der Ruhr Universität Bochum (RUB) entwickelt. Für kleine Gebäude wurden 150 kg nawaros / m² Wohnfläche, für Stadthäuser und Geschosswohnungsbau 50 kg nawaros / m² Wohnfläche festgesetzt (Stadt München 2015a).
- [2] Die BayernLabo vergibt im Auftrag des Freistaats Bayern zinsgünstige Darlehen sowie ergänzende Zuschüsse für Bau, Erwerb oder Sanierung von Mehrfamilienhäusern. Berechtigten Mieter_innen wird eine Einkommensorientierte Zusatzförderung (EOZF) ausgezahlt.
- [3] Dieses Programm richtet sich an Münchner Haushalte mit mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern. Diese Zielgruppe soll die Möglichkeit haben, in der Stadt Wohnungen zu tragbaren Mieten zu finden. Das Sozialreferat (Amt für Wohnen und Migration) prüft im Einzelfall, ob die Voraussetzungen gegeben sind.
- [4] Hierbei werden auch Bauherren mit Einkommen oberhalb der Grenzen der Wohnraumförderprogramme, durch Vergabe von Flächen zu einem lageunabhängigen Festpreis, gefördert. Für ein Baugrundstück wird durch ein Ausschreibungsverfahren das jeweils überzeugendste Konzept ermittelt.
- [5] EOF: 40%, München Modell: 40%, Freifinanziert/KMB: 20%, KfW Effizienzhaus 70, 30% effizienter als Vorgaben
- [6] EOF: 45%, München Modell: 35%, Freifinanziert/KMB: 20%, KfW Effizienzhaus 70
- [7] EOF: 20%, München Modell: 40%, Freifinanziert/KMB: 40%, KfW 40
- [8] EOF: 20%, München Modell: 40%, Freifinanziert/KMB: 40%, KfW 55 Effizienzhaus, Solaranlage
- [9] Stephan Reiß-Schmidt war Stadtdirektor und Leiter der Hauptabteilung Stadtentwicklungsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München und ist Mitglied der Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht.
- [10] Kurzbeschreibungen aller Wohnprojekte der ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park finden sich unter: <https://www.prinzeugenpark.de/wohnen/karten-wohnen.html#anchor>

Autor_innen

Klaus Geiselhart ist Geograph mit den Arbeitsschwerpunkten Geographische Gesundheitsforschung und Urban Studies.
klaus.geiselhart@fau.de

Literatur

- Geiselhart, Klaus (2020): Truth and academia in times of fake news, alternative facts and filter bubbles: A pragmatist notion of critique as mediation. In: Robert Lake / Jane Wills (Hg.): The power of pragmatism: Knowledge production and social inquiry. Manchester, Manchester University Press: 139-156.
- Hafner, Sabine / Miosga, Manfred (2007): Großprojekte in München im Spannungsfeld zwischen wettbewerbsorientierter Stadtentwicklungsstrategie, sozialer Integration und ökologischen Belangen. In: disP– The Planning Review 43/171, 25-35.
- Reiß-Schmidt, Stephan (2018): München – viel geleistet, teuer geblieben. In: StadtBauwelt 217/6, 35-47.
- Stadt München (2015a): Ökologische Holzbauweise. Ökologische Mustersiedlung in der Prinz-Eugen-Kaserne. <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Projekte/Prinz-Eugen-Kaserne/Holzbau.html> (letzter Zugriff am 16.01.2020).

- Stadt München (2015b): Förderrichtlinien für das Zuschussprogramm in der Ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park. https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:d79foe3d-5f01-4af1-b1f8-82dbddf21352/Foerderrichtlinien_oekologische_Mustersiedlung_2017.pdf (letzter Zugriff am 16.01.2020).
- Stadt München (2016): Masterplan Beleuchtungskonzept. Freiham Nord – Erster Realisierungsabschnitt. <https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:cbcf3481-3aa3-4915-8512-58af392eaf58/Anlage%209%20Masterplan%20Licht.pdf> (letzter Zugriff am 16.01.2020).
- Stadt München (2017): Freiham – Entwicklung eines neuen Stadtteils. https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:1ba001fa-5c75-4ceb-a22f-67b17dd852c4/2017_Freiham_Entwicklung_eines_neuen_Stadtteils_Flyer.pdf (letzter Zugriff am 16.01.2020).
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtfor-schung 8/1-2, 163-166

Dachgärten im Geschosswohnbau

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Bernhard Hohmann
Thomas Höflehner
Andrea Jany

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2
Seiten 229-236
zeitschrift-suburban.de
10.36900/suburban.v8i1/2.569

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.
Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:
Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höflehner,
Andrea Jany und Marc Amann

1. Einleitung

Europas Städte sind von umfangreichen Veränderungsprozessen betroffen, welche auch den Wohnbausektor vor große Herausforderungen stellen. Als Reaktion auf die hohen Umweltbelastungen und den steigenden Ressourcenverbrauch städtischer Entwicklungen erlangte das Leitbild der ‚Nachhaltigen Stadtentwicklung‘ seit den 1990er Jahren eine zentrale Bedeutung. Im Bemühen um integrierte Ansätze im Umgang mit den komplexen Herausforderungen, die sich aus dem stetig zunehmenden Verkehrsaufkommen und anhaltender Zersiedelung ergeben, versucht das städtebauliche Prinzip der ‚Stadt der kurzen Wege‘ seither, kompakte Siedlungsgestaltung und durchmischte Funktionen zu verknüpfen. Auf diese Weise sollen soziale und ökologische Vorzüge kombiniert werden, wodurch es neben einer Erhöhung der Lebensqualität und Attraktivierung des städtischen Umfeldes zu einer Reduktion von Umweltbelastungen kommen soll, die sich aus einem zu hohen Flächenverbrauch und einer exzessiven räumlichen Mobilität ergeben (Beckmann et al. 2011: 5).

Die Wohnraumverdichtung zur Schaffung ressourceneffizienter Siedlungsstrukturen ist jedoch eine sehr sensible Aufgabe, da neben der Auslastung von Verkehrs-, Entsorgungs-, und Versorgungsinfrastruktur auch der Zugang zu Frei-, Rückzugs- und Erholungsflächen berücksichtigt werden muss. Gebäudeaufstockungen oder Baulückenauffüllungen schaffen zusätzliche Wohnungen für mehr Menschen, was nicht nur in den Gebäuden selbst, sondern auch in den anliegenden Außenräumen zu einer höheren Ereignisdichte führen kann. Werden keine Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt, welche die Bewohner_innen vor den zusätzlichen Emissionen schützen, die mit der Intensivierung der Ereignisse einhergehen, können sich Nutzungskonflikte verstärken. Dabei spielen die qualitätsvolle Anordnung und Gestaltung der Außenräume eine wichtige Rolle. Gerade in kompakten Siedlungsstrukturen sollten ausreichend Freiräume vorhanden sein, welche es den spezifischen Nutzer_innengruppen ermöglicht, ihre Bedürfnisse auszuleben, ohne dabei die Interessen anderer zu beeinträchtigen (Schibli 2014: 21). Neben dieser

wichtigen sozialen Funktion von städtischen Grün- und Freiräumen sind deren positive Auswirkungen auf das Stadtklima sowohl für die Aufenthaltsqualität von Stadtteilen beziehungsweise die dortigen Immobilienwerte als auch für die Lebensqualität und das gesamte Image einer Stadt weitestgehend anerkannt (Gulrsrud/Gooding/Konijnendijk van den Bosch 2013: 336). Zudem sind Grünflächen eine wichtige Grundlage für die psychische, physische und soziale Gesundheit von Stadtbewohner_innen, da sie zu Bewegung, Erlebnis und Begegnung animieren (BMUB 2015: 72). Trotzdem führt innerstädtische Verdichtung zunehmend zur Überbauung bestehender Freiräume, wodurch auch der Nutzungsdruck auf die verbleibenden Parks und Plätze weiter zunimmt (Wullschleger 2014: 13). Platzmangel und hohe Bodenpreise erschweren die Erhaltung von Grünflächen und das Schaffen ausgleichender Freiräume (Dunnett/Kingsbury 2008; Heusinger/Weber 2015: 713; Gill et al. 2007: 127). Diese werden somit zu einem teuren Standortfaktor, deren Zugang nicht allen gleichermaßen gewährt ist. Da städtische Grünflächen und die Wohnnähe zu Stadtgrün die Miet- und Grundstückspreise der anliegenden Immobilien erhöhen können, gelten sie häufig als zentrales Identitätsmerkmal gehobener Stadtteile. Die ungleiche Verfügbarkeit dieser Freiräume ist daher stark vom Haushaltseinkommen abhängig: Je höher das Einkommen, desto besser ist der Zugang zu wohnorientierten Freiräumen wie öffentlichen Grünanlagen oder privaten Freiräumen beziehungsweise Gärten (Rosol 2011: 99).

Der anhaltende Trend zur Versiegelung führt zu einem Verlust der urbanen Vegetation, die durch Verdunstung, Regenwasserrückhalt, Beschattung, Speicherung und Versickerung zahlreiche positive stadtklimatische Effekte aufweist (Gill et al. 2007: 116; Mentès/Raes/Hermy 2006: 224). Die Verlagerung der Vegetation auf die bisher kaum genutzte Dachebene könnte daher eine geeignete Strategie sein, um die negativen Auswirkungen der Versiegelung zu mildern (Heusinger/Weber 2015: 713; Gill et al. 2007: 127). Generell sind gebäudegebundene Begrünungsformen in dichten Siedlungsgebieten eine interessante Alternative zu Grünflächen in der Erdgeschosszone, da sie zusätzliche Produktions- und Nutzungsweisen ermöglichen, welche die zunehmende Flächenversiegelung und Flächenkonkurrenz abmildern.

Neue Konzepte zur urbanen Landwirtschaft mit innovativen Bauwerksbegrünungen spielen weltweit eine immer größere Rolle. Die vielfältigen Ausführungsarten reichen von geschlossenen Innenraumanlagen über Glashäuser in und auf Gebäuden bis hin zu aufwändigen agrarischen Dachflächen-gestaltungen, wobei offene Systeme hinsichtlich der positiven Effekte auf das Stadtklima wirksamer sind (BMUB 2015: 66). Neben den ökologischen und ökonomischen Überlegungen werden bei aktuellen Umsetzungen auch soziale Funktionen berücksichtigt. Im direkten Wohnumfeld sind Dach- und Gemeinschaftsgärten wichtige Orte der Begegnung und Integration (Claßen 2018: 305 f.). Sie haben eine große Anziehungskraft auf alle Altersgruppen, und die gemeinsame Beschäftigung mit gärtnerischen Aktivitäten begünstigt das gegenseitige Kennenlernen. Dies fördert die Identifikation der Bewohner_innen mit ihrem Wohnumfeld, wodurch nachbarschaftliche Solidarität gestärkt, gesellschaftliche Mitwirkung ausgebaut sowie Ausgrenzung und Diskriminierung vermieden werden können (BMUB 2015: 42).

Derzeit kommt es im urbanen Geschosswohnbau auf Flachdächern vereinzelt zur Anlage extensiver Dachbegrünungen, während sich Dachgärten

meist nur auf wenige Ausnahmen beschränken. Doch gerade die Nutzung von intensiv begrünten Dachflächen kann neben den positiven Auswirkungen auf das Stadtklima und das soziale Gefüge auch zur lokalen Lebensmittelversorgung beitragen und damit die sozial-ökologische Resilienz der Stadt verbessern. Um diese Potenziale besser nutzbar zu machen beziehungsweise konkrete Umsetzungen zu fördern, ist es notwendig, gemeinsame Lern- und Kommunikationsprozesse zwischen den verschiedenen Stakeholdern im Wohnbau zu initiieren. Das Zusammenbringen gegensätzlicher Perspektiven und Handlungsmuster ermöglicht praxisnahes Erfahren, Experimentieren und Reflektieren. Durch diesen transformativen Dialog ist es möglich, Gemeinsamkeiten zu konstruieren und nachhaltige Handlungsänderungen anzustoßen (Gergen/McNamee/Barrett 2003: 71; Schneidewind/Singer-Brodowski 2015: 20).

2. Ein transdisziplinärer Dialog über grüne Dächer

Die Attraktivität des städtischen Wohnens und der damit verbundene Zuzug in urbane Gebiete ist ein langfristiger Trend, der auch die südöstösterreichische Stadt Graz vor große Herausforderungen stellt. Um den Bodenverbrauch für neuen Wohnraum und zusätzliche Versorgungsinfrastruktur möglichst gering zu halten, setzt die Stadtverwaltung zunehmend auf verdichtete Bebauungsformen. Die damit einhergehende Reduktion von Frei- und Grünflächen wirkt sich jedoch negativ auf die Lebensqualität der Bewohner_innen aus. Zusätzlich verursacht der Klimawandel durch Zunahme des Wärmestresses bioklimatische Belastungen für die Stadtbevölkerung, was das Wohlbefinden besonders von älteren oder gesundheitlich vorbelasteten Menschen sowie Kindern zusätzlich verschlechtert.

Für die nachhaltige Verbesserung der urbanen Lebensqualität spielt vor allem im Geschosswohnbau die Erhöhung des Grünanteils durch die Umsetzung von Fassaden- und Dachbegrünungen eine zentrale Rolle. Werden Flachdächer als begehbare beziehungsweise benutzbare Freiflächen mit intensiver Begrünung und großflächigen Bepflanzungsbereichen oder Hochbeeten als Dachgärten angelegt, ergeben sich vielfältige soziale, ökologische und ökonomische Vorteile. Diese werden in Graz bei der täglichen Planungs- und Wohnbaupraxis jedoch noch unzureichend genutzt. Aus diesem Grund initiierte das Institut für Wohnbauforschung[1] ein transdisziplinäres Forschungsprojekt, das darauf abzielt, einen transformativen Lern- und Kommunikationsprozess einzuleiten, der administrative, planerische, architektonische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Dachgärten einbezieht.

Auf Basis einer qualitativen Potenzialanalyse zur Anlage von Dachgärten im Grazer Geschosswohnbau wurde ein partizipativer Transformationsprozess gestartet, um das integrative Potenzial von Dachgärten verstärkt in das Bewusstsein von Entscheidungsträger_innen und Akteuren des Wohnbaus zu rücken. Dazu wurden bei den Vorerhebungen leitfadengestützte Interviews mit regionalen Bauträger_innen, politischen Vertreter_innen und Fachexpert_innen aus den Bereichen Landschaftsplanung, Gebäudebegrünung und Gartenbau geführt. Die daraus abgeleitete Potenzialanalyse diente als erstes Stimmungsbild für die weitere Bearbeitung des Themas, die in

einem transdisziplinären Setting Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammenbrachte. Dazu wurde die Initiative *Wohnbau.Dialog Steiermark* ins Leben gerufen, die sich als regionale Kommunikationsplattform und Schnittstelle versteht. Im Rahmen eines interaktiven Workshop-Formats zum Thema ‚Stadtgrün im Geschosswohnbau‘ konnten sich Teilnehmer_innen aus den Bereichen Garten- und Landschaftsgestaltung, Architektur, Wohnbau, Politik, Stadt- und Landesverwaltung, Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Initiativen austauschen. Dabei wurden Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken diskutiert sowie gemeinsame Lösungsansätze für bestehende Herausforderungen erarbeitet. Der Fokus der Dialogplattform liegt auf der Vernetzung der Akteure zum Ausloten gemeinsamer Synergieeffekte, dem Abbauen von Vorbehalten und der Umsetzung konkreter Projekte. Durch die integrative Betrachtung der vielfältigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Effekte von grünen Dächern soll vermittelt werden, dass Dachgärten nicht nur ein ‚nice-to-have‘-Feature für die bessere Verkaufbarkeit von Immobilien sind, sondern einen relativ einfach umzusetzenden Lösungsansatz für die sozial-ökologischen Herausforderung des modernen Wohn- und Städtebaus darstellen. Die Aktivitäten zielen daher auch auf gemeinnützige Bauträger_innen ab, damit Dachgärten zukünftig im Sinne der Umweltgerechtigkeit beziehungsweise der sozialen Verträglichkeit nicht nur bei Eliteprojekten auf hochpreisigen Immobilien des privaten Sektors entstehen, sondern für weite Teile der Bevölkerung zugänglich sind.

3. Auf dem Weg zu mehr Dachgrün

Die transdisziplinäre Diskussion und Weiterentwicklung wichtiger Kernthemen hinsichtlich der Umsetzung von Dachgärten im Grazer Geschosswohnbau adressierte sowohl Herausforderungen als auch potenzielle Lösungsansätze. In diesem experimentellen Lern- und Forschungsprozess wurden unterschiedliche Perspektiven eingebracht, um die wichtigsten Aspekte bezüglich Umsetzungsvarianten, sozialer Nachhaltigkeit, laufendem Betrieb und struktureller Rahmenbedingungen von Dachgärten zu beleuchten.

Bei den konkreten Umsetzungen von Dachbegrünungen wurden Hintergründe zu Technik, Bepflanzung und Gestaltung thematisiert. Die Planung und Umsetzung von Dachbegrünungen unterliegen Auflagen hinsichtlich Statik, Bautechnik, Brandschutz und der Absturzsicherung. Um diese baurechtlichen Anforderungen mit den gärtnerischen Ansprüchen abzugleichen, müssen landschaftsgestalterische und architektonische Kompetenzen gleichermaßen in den Gestaltungsprozess einfließen. Technisch lassen sich Dachgärten bereits leicht umsetzen, da ausreichend Standards, Normen, Vorschriften und Regeln in Bezug auf Gebäudebegrünungen vorliegen. Häufig sind diese jedoch nicht ausreichend bekannt beziehungsweise werden nicht überprüft und exekutiert. Zudem gibt es Projekte, die ohne fachliche Einbindung von Grünraumexpert_innen umgesetzt werden, wodurch technische Mängel oder fehlerhafte Ausführungen auftreten, welche dem Gesamtimage von Dachbegrünungen schaden.

Bei der Diskussion zum Thema der sozialen Nachhaltigkeit lag der Schwerpunkt auf nachbarschaftlichen Netzwerken, Bewusstseinsbildung und Lebensqualität. Dabei wurde diskutiert, dass Dachgärten durch die Aufwertung

von Stadtteilen und Wohngebäuden zu steigenden Wohnpreisen beitragen können. Gerade für einkommensschwächere Gruppen können die erhöhten Errichtungs- und Wartungskosten von Dachbegrünungen den Zugang zu Wohnungen mit grüner Gebäudeinfrastruktur erschweren. Deshalb sollten gerade im gemeinnützigen Wohnbau Möglichkeiten geschaffen werden, die Rentabilität von Dachgärten durch Lebenszyklusbetrachtungen zu belegen und damit die erhöhten Errichtungskosten zu rechtfertigen. Andererseits gilt es auch, vorrangig die Potenziale für Gemeinschaftsaktivitäten in der Erdgeschosszone auszuschöpfen und am Dach gegebenenfalls eine extensive Grünfläche zu realisieren, die nicht von den Bewohnenden genutzt werden kann, jedoch trotzdem positive Effekte auf das städtische Klima hat.

Zum laufenden Betrieb von Dachgärten wurden Erfahrungen zur Organisation, Instandhaltung und Nutzung von Synergieeffekten ausgetauscht. Dabei zeigte sich, dass die Pflegekosten für die Erhaltung und Wartung von Dachbegrünungen entsprechend der jeweiligen Begrünungsvarianten variieren, sich jedoch grob mit dem Pflegeaufwand von anderen Grünflächen vergleichen lassen. Um die Funktionalität der grünen Infrastruktur zu gewährleisten und Schäden am Gebäude zu vermeiden, sollten Pflegemaßnahmen von Dachgärten aber fachgerecht begleitet und umgesetzt werden. Erfolgt die Gartenpflege von den Bewohner_innen selbst, können entsprechende Ausgaben reduziert werden. Allerdings wurde die Notwendigkeit der klaren Definition der Zuständigkeiten hervorgehoben. Während gerade die Vertreter_innen der gemeinnützigen Bauträger_innen neben den Errichtungskosten auch die erhöhten Kosten des laufenden Betriebs als Schwäche anführten, wurde hier vor allem seitens der Architektur und Zivilgesellschaft darauf hingewiesen, dass intensive Dachgartengestaltungen aufgrund indirekter Leistungen und innovativer Anwendungsmöglichkeiten bei frühzeitiger und sorgfältiger Planung trotz erhöhter Errichtungs- und Pflegekosten neben den Wohlfahrtswirkungen auch finanzielle Vorteile mit sich bringen können.

Die Diskussion der strukturellen Rahmenbedingungen fokussierte auf Förderungen, rechtliche Aspekte und Lebenszyklusanalysen. Sowohl Wohnbauträger als auch städtische Verwaltungen und politische Entscheidungsträger_innen erkennen zunehmend den Mehrwert von attraktiven Außengestaltungen im mehrgeschossigen Wohnbau. Durch Bebauungspläne und andere gesetzliche Rahmenbedingungen werden extensive Dachbegrünungen schon jetzt bereits oft eingefordert. Der gesamte Planungs- und Einreichprozess, auch von intensiven Dachbegrünungen, funktioniert in der Praxis gut. Damit die Umsetzung von integrativen Dachgartenprojekten im Wohnbau weiter vorangetrieben werden kann, braucht es vor allem den politischen Willen zur konkreten Unterstützung. Durch eine ausgewogene Kombination von gesetzlichen Vorgaben, öffentlichen Debatten und Anreizsystemen können Pilotprojekte mit Vorzeigefunktion gefördert werden. Die Vernetzung und Zusammenarbeit von Bauträger_innen, Verwaltung, Forschung und Planung ermöglicht kollektive Lernprozesse zur Weiterentwicklung von Organisations- und Betriebsmodellen für Dachgärten.

Um das langfristig angestrebte Ziel, Dachgärten im Grazer Wohnbau sowohl bei Neubau-, aber vor allem auch bei Bestandsobjekten zu realisieren, wurden von den beteiligten Akteuren Demonstrationsprojekte konzipiert,

die das gemeinsame Erfahren, Experimentieren und Reflektieren mit innovativen Dachbegrünungen ermöglichen sollen. Dazu wurden im Rahmen der qualitativen Potenzialanalyse zur Anlage von Dachgärten im Grazer Geschosswohnbau potenziell geeignete Liegenschaften für Pilotprojekte erhoben. Von Seiten des zuständigen Landesrats für Wohnbau, Sanierung und Revitalisierung wurde signalisiert, dass es für entsprechende Objekte eine Anstoßfinanzierung für die Anlage von Dachgärten geben wird. Auch das städtische Umweltamt bietet Förderungen für Gemeinschaftsgärten, Fassaden- und Dachbegrünungen, Stadtbäume und entsprechende Beratungen, die bei Weiterentwicklung der Pilotprojekte unterstützend sein können. Die befragten gemeinnützigen Bauträger_innen bekundeten großes Interesse an der Umsetzung von nutzbaren Dachgärten und nannten insgesamt 14 potenziell geeignete Liegenschaften für Pilotprojekte, die sich über das gesamte Stadtgebiet von Graz erstrecken. Anhand einer multi-kriteriellen Entscheidungsanalyse wurde eine Reihung dieser Objekte hinsichtlich ihrer Eignung für eine Dachgartennachrüstung vorgenommen. An den vier erstgereihten Standorten wird in weiterer Folge die statische, bautechnische, infrastrukturelle und rechtliche Machbarkeit überprüft sowie objektspezifische Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten gegenübergestellt.

Die transdisziplinäre Diskussion im Rahmen der Dialogplattform brachte unterschiedliche Sichtweisen zusammen und schaffte es, durch die interaktive Programmgestaltung gegenseitige Lernprozesse zwischen den Akteuren zu fördern. Auf diese Weise konnten Vorbehalte reduziert sowie Stärken und Chancen in den Vordergrund gestellt werden. Zudem fand eine Vernetzung zwischen interessierten Bauträger_innen mit Expert_innen und politischen Vertreter_innen statt. Die Weiterentwicklung innovativer Organisations- und Betreibermodelle für Dachgärten im Geschosswohnbau erfordert die kontinuierliche Vernetzung von Forschung, Verwaltung, Bauwirtschaft und Bürger_innen, wodurch ein gemeinschaftlicher Aushandlungs- und Lernprozess angestoßen wird. Dachgärten können hierbei als wirksamer Lösungsansatz für die sozial-ökologischen Herausforderungen des modernen Wohn- und Städtebaus thematisiert und weitere Nachhaltigkeitstransformationen angeregt werden.

Dieser Artikel wurde durch Mittel der RCE Graz-Styria, Universität Graz gefördert.

Endnoten

- [1] Das Grazer Institut für Wohnbauforschung ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die sich mit den sozial-ökologischen Aspekten des Wohnbaus beschäftigt und Projektentwicklung, Beteiligungsprozesse, Forschung sowie Evaluierung von Bestands- und Neubauprojekten durchführt.

Autor_innen

Bernhard Hohmann ist Geograph und widmet sich der Nachhaltigkeitsforschung und Transformationsprozessen mit speziellem Fokus auf den Wohnbau.

bernhard.hohmann@uni-graz.at

Thomas Höflehner ist Geograph und beschäftigt sich mit integrativer Nachbarschaftsentwicklung sowie kooperativen Innovations- und Veränderungsprozessen.

thomas.hoeflehner@uni-graz.at

Andrea Jany ist promovierte Architektin. Ihre Forschung konzentriert sich auf die sozio-ökologischen Aspekte des Wohnbaus.

andrea.jany@uni-graz.at

Literatur

Beckmann, Klaus Jürgen / Gies, Jürgen / Thiemann-Linden, Jörg / Preuß, Thomas (2011): Leitkonzept – Stadt und Region der kurzen Wege. Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

BMUB (2015): Grün in der Stadt – für eine lebenswerte Zukunft. Grünbuch Stadtgrün. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Cläßen, Thomas (2018): Urbane Grün- und Freiräume. Ressourcen einer gesundheitsförderlichen Stadtentwicklung. In: Sabine Baumgart / Heike Köckler / Anne Ritzinger / Andrea Rüdiger (Hg.), Planung für gesundheitsfördernde Städte. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 297-313.

Dunnett, Noel / Kingsbury, Nigel (2008). Planting Green Roofs and Living Walls. Portland: Timber Press.

Gergen, Kenneth J. / McNamee, Sheila / Barrett, Frank (2003): Transformativer Dialog. In: Zeitschrift für Systemische Beratung und Therapie 2, 69-89.

Gill, Susannah / Handley, John F. / Ennos, Roland / Pauleit, Stephan (2007): Adapting Cities for Climate Change: The Role of the Green Infrastructure. In: Built Environment 30/1, 115-133.

Gulrud, Natalie M. / Gooding, Saskia / Konijnendijk van den Bosch, Cecil C. (2013): Green space branding in Denmark in an era of neoliberal governance. In: Urban Forestry & Urban Greening 12/3, 330-337.

Heusinger, Jannik / Weber, Stephan (2015): Comparative microclimate and dewfall measurements at an urban green roof versus bitumen roof. In: Building and Environment 92, 713-723.

Mentes, Jeroen / Raes, Dirk / Hermy, Martin (2006): Green roofs as a tool for solving the rainwater runoff problem in the urbanized 21st century. In: Landscape and Urban Planning 77, 217-226.

Rosol, Margit (2011): Ungleiche Versorgung mit Grün- und Freiflächen – (K)ein Thema für die Freiraumplanung? In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.), Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 98-114.

Schneidewind, Uwe / Singer-Brodowski, Mandy (2015): Vom experimentellen Lernen zum transformativen Experimentieren: Reallabore als Katalysator für eine lernende Gesellschaft auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 16/1, 10-23.

Schibli, Patricia (2014): Der Freiraum muss als gleichwertige Größe wahrgenommen werden. In: Forum Raumentwicklung 42/1, 18-22.

Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8/1-2, 163-166

Wullschleger, Peter (2014): Der Mensch im Fokus: Geschichte und Bedeutung urbaner Freiräume. In: Forum Raumentwicklung 42/1, 11-13

Mehr als Baugruppe und alternatives Wohnprojekt

Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“

Marc Amann

Debatte

2020, Band 8, Heft 1/2

Seiten 237-242

zeitschrift-suburban.de

10.36900/suburban.v8i1/2.571

Lisa Vollmer, Boris Michel
„Wohnen in der Klimakrise.

Die Wohnungsfrage als
ökologische Frage“

Kommentare von:

Andreas Koch, Lukas Häfner,
Anton Brokow-Loga, Miriam
Neßler, Michael Mießner,
Matthias Naumann, Katrin
Großmann, Sören Weißermel,
Rainer Wehrhahn, Klaus
Geiselhart, Bernhard
Hohmann, Thomas Höflehner,
Andrea Jany und Marc Amann

„Hausbesetzungen, Wohnprojekte, Baugruppen: Für die Zukunft planen, heißt, aus Erfahrung lernen! Das NEUE Tübinger Modell. Ein Quartier, das langfristig bezahlbares Wohnen für alle in Gemeineigentum garantiert. Ein Quartier, in dem Wohnraum dem Guten Leben dient – unabhängig von Eigenkapital und jenseits von Konkurrenz und Profit.“

Dieser Text war auf einer großen Informationswand zu lesen, die im Frühjahr 2016 auf einer städtischen Brachfläche in Tübingen stand. Als verantwortlicher Ansprechpartner war das „Referat für Dekommodifizierung, Gemeingüter und Soziale Infrastruktur der Stadt Tübingen“ angegeben. Obwohl dieses Referat nicht existiert und sich auch die ganze Infowand und Bauankündigung als Fake herausstellten, wurde damit in den Raum gestellt, wie ein neues Modell von Stadtentwicklung aussehen könnte – anstelle von privaten Baugruppen und alternativen Wohnprojekten: große sozial-ökologische Nachbarschaften.

Die Stadt der kurzen Wege, Nutzungsmischung, alltagstaugliche Quartiere, Erhalt von baulichen Strukturen, Konzeptvergabeverfahren statt Höchstpreis, architektonische Vielfalt, ökologisch-energetische Bauweisen sind in der schwäbischen Universitätsstadt Tübingen seit den frühen 1990er Jahren beispielhaft auf ehemaligen Kasernengeländen, wie dem Vorzeigequartier Französisches Viertel, umgesetzt und als Tübinger Modell für neue Stadtteile verankert worden (de Maddalena/Schuster 2005). Seitdem wurden hunderte Baugemeinschaften (Wohnungseigentümergeinschaften) gegründet. Daneben gibt es seit den Hausbesetzungen der 1970er und 1980er Jahre selbstverwaltete alternative Wohnprojekte. Alleine im Zusammenschluss des bundesweiten Miethäuser Syndikats wohnen in sechs Tübinger Syndikatsprojekten fast 300 Menschen, weitere Projekte entstehen derzeit. Zu den über 20 sonstigen alternativen Wohnprojekten zählen auch ehemalige studentische Verbindungshäuser (Amann 2012). Zusammengenommen wohnen in Tübingen damit einige Tausend Menschen, vermutlich zwischen fünf und zehn Prozent der Bevölkerung, in gemeinschaftlichen Strukturen von Baugruppen und Wohnprojekten.

Auch bedingt durch die grün-alternative Attraktivität Tübingens steigen in Tübingen die Mieten in den letzten Jahren massiv an, es gibt Verdrängungsdynamiken aus Häusern und Stadtteilen. Baugruppenwohnungen werden inzwischen profitabel weiterverkauft und sind zu einem alternativen Betongold-Anlagemodell geworden. Die Wohnprojekte hingegen werden zu bezahlbaren Inseln in einer mietenwahnsinnigen Stadt. Beide Modelle, Baugruppen wie Wohnprojekte, bieten zudem nur bestimmten gesellschaftlichen Milieus eine Option: Um Baugruppen zu gründen braucht es Eigenkapital sowie die Bereitschaft und Möglichkeit, sich auf einen gemeinsamen Planungsprozess einzulassen. Die Gründung und das Wohnen in Wohnprojekten hingegen erfordern ein breites Netzwerk, um die Finanzierung auch ohne eigenes Geld über das Einwerben von Direktkrediten zu stemmen, sowie soziales und kulturelles Kapital und die Bereitschaft, Selbstverwaltung leisten zu können. Es ist damit kein Wunder, dass in beiden Strukturen vor allem Menschen wohnen, die einer akademischen, weißen Mittelschicht zuzuordnen sind – die einen etwas grün-bürgerlicher, die anderen etwas links-alternativer ausgerichtet.

Vor diesem Hintergrund haben sich wohn- und stadtpolitisch Aktive in Tübingen auf die Suche begeben, wie die Erfahrungen und Möglichkeiten einer progressiven Stadtentwicklungspolitik auf Basis nutzungsgemischter vielfältiger Stadtviertel, sowie die Erfahrungen von Baugruppen und Wohnprojekten auf ein sozial wie ökologisch neues Level gehoben werden können. Neben Debatten um *commons* (Gemeingüter) und den Ansatz der sozialen Infrastruktur als Sozialpolitik (AG links netz 2013) sind sie dabei auf Initiativen in Zürich gestoßen, die neue Wege gehen: Unter dem Titel „Nach Hause kommen“ hat die Initiative Neustart Schweiz[1] 2016 ein kleines Taschenbuch veröffentlicht, das inzwischen über die Schweiz hinaus zur Inspiration für andere Formen von Wohnen, Stadtplanung und Gesellschaftsstrukturen geworden ist. In dem Buch wird durch miteinander verbundene Nachbarschaften konkret gemacht, was seit den 1980er Jahren unter anderem vom Züricher Autor und Aktivist Hans Widmer (früheres Pseudonym p. m.) in verschiedenen Veröffentlichungen entwickelt wurde. Bereits in „bolo’bolo“, dem Utopie-Klassiker von 1983, hatte p. m. ein Gesellschaftsmodell miteinander verbundener Gemeinschaften beschrieben, die auf wenig individuellem Privatbesitz und Reichtum an kollektiven Gütern beruhen.

Angestoßen aus der Pionier-Genossenschaft Kraftwerk 1 sind die Kalkbreite (250 Bewohner*innen) und das Hunziker Areal der Mehr Als Wohnen Genossenschaft (1.200 Bewohner*innen, 150 Arbeitsplätze) zu den bekanntesten Projekten in Zürich geworden, die im Wechselspiel mit den Ideen von Neustart Schweiz entwickelt wurden. Unabhängig davon sind auch in anderen Städten Projekte entstanden, die ähnliche Ideen umsetzen, zum Beispiel die Genossenschaften Spreefeld in Berlin oder Wagnis in München. Andreas Hofer, Architekt und Mitinitiator von Kalkbreite und Hunziker Areal, wurde zum Intendanten der Internationalen Bauausstellung Stuttgart 2027 bestimmt. Auch das zeigt, dass diese Ideen inzwischen breit diskutiert werden, in der Hoffnung, damit Antworten auf aktuelle Fragen zu erhalten: Wie kann in Zeiten von Klimakrise, gesellschaftlicher Polarisierung, Prekarisierung, sich ändernden Demographien, neuen Formen von Arbeit und so weiter Stadtentwicklung und Wohnen anders konzipiert werden?

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitstudie wurde in den Jahren 2015 bis 2019 das Hunziker Areal in Zürich untersucht (Hoffmann 2019). Die Ergebnisse dieser Studie ermöglichen eine Bewertung, inwiefern die Ziele – sowohl im sozialen wie im ökologischen Bereich, hinsichtlich städtebaulichen und architektonischen Konzepts, dem Betriebsmodell oder den Beteiligungsprozessen – erreicht werden und welche Empfehlungen sich daraus auch für neue Projekte ergeben.

Im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit orientiert sich Mehr Als Wohnen an den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft (Primärenergieverbrauch von 2000 Watt und maximale Emission von einer Tonne CO₂ pro Person und Jahr) mit möglichst geringem Ressourcenverbrauch sowie der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils. Die Studie stellt fest, dass das Hunziker Areal im Vergleich mit dem Schweizer Durchschnitt einen sehr tiefen Stromverbrauch aufweist (19,7 kWh/m² im Vergleich zu 27,0 kWh/m²), wobei das Gewerbe für ein Drittel verantwortlich ist. Auf den Dächern der Gebäude wird ein Viertel dieses Stromverbrauchs selbst produziert. Effiziente Küchengeräte, eine zentrale Tiefkühlanlage und die gemeinschaftlichen Waschküchen tragen dazu ebenso bei wie die Bewohner*innen mit ihrem Verhalten beim Ressourcen- und Energieverbrauch. Der angestrebte Gesamtenergieverbrauch von 30 kWh/m² im Durchschnitt aller Häuser wird knapp eingehalten. Dadurch konnte das Hunziker Areal mit dem Label ‚2000-Watt-Areal in Betrieb‘ ausgezeichnet werden. Hinsichtlich der enthaltenen grauen Energie und bauökologischer Qualitäten der verbauten Materialien werden die Schweizer Minergie-ECO-Standards erfüllt.

Ein zentraler Indikator für Nachhaltigkeit ist der Wohnflächenverbrauch pro Kopf. Mit 31,7 m² pro Person liegt dieser deutlich unter dem Durchschnittswert der Stadt Zürich (39,1 m² pro Person). Beeindruckend sind auch die Zahlen hinsichtlich der Umsetzung als autofreies Quartier: Während in der Stadt Zürich jede*r dritte Bewohner*in ein Auto hat, sind es auf dem Hunziker Areal nur vier von hundert Bewohner*innen. Erreicht wurde das durch ein Verkehrskonzept mit Autoverzichtserklärung (geregelt über den Mietvertrag, wobei es Ausnahmen unter anderem bei körperlichen Einschränkungen gibt). Bei der Befragung der Bewohner*innen werden neben dem innovativen Wohnangebot, den vielfältigen Infrastrukturen und Mitwirkungsmöglichkeiten auch die ökologische Ausrichtung gelobt und 89 Prozent sind zufrieden mit ihrer Wohnsituation.

Mehr als Wohnen scheint es also gelungen zu sein, auf dem Hunziker Areal eine ökologisch überdurchschnittliche Nachhaltigkeit einer sozial gemischten Bewohner*innenschaft umzusetzen, die diese Suffizienz nicht als Verzicht oder Einschränkung erlebt.

Was bieten das Neustart-Konzept und die bisherigen Erfahrungen von bereits bestehenden Projekten für die Initiative Neustart Tübingen?[2]

Entsprechend dem Schweizer Modell plant Neustart Tübingen ein großes Projekt für 500 Personen zu bauen. Seit zwei Jahren bereitet ein Kern von etwa 30 Aktiven mit Unterstützung eines breiten Umfelds die Umsetzung vor. Aktuell finden Gespräche mit Gemeinderat und Stadtverwaltung über eine Baufläche auf dem Marienburger Areal statt. Aus Sicht der Initiative eignet sich dieses Grundstück durch seine Lage zwischen den Baugruppenhäusern des Französischen Viertels und den Sozialwohnungen des Drei-Höfe-Areals

ganz besonders für ein solches Projekt. Denn gemäß dem Neustart-Konzept sollen dort 500 Menschen wohnen können, die sozial diverser zusammengesetzt sind, als dies in den homogenen Vierteln der Umgebung der Fall ist. Die Züricher Projekte haben als Grundsatz ihres Belegungsmodells, den Querschnitt der Bevölkerung der Stadt Zürich umzusetzen. Die Tübinger Neustart-Initiative entwickelt derzeit noch einen Belegungsschlüssel, der Diversität garantieren und soziale Benachteiligungen auf dem angespannten Tübinger Wohnungsmarkt ausgleichen soll. Dadurch soll eine Diversität entstehen können, die es sowohl in Baugruppen wie in alternativen Wohnprojekten nicht gibt. Verbunden werden soll das mit solidarischen Finanzierungsmodellen hinsichtlich Miethöhen und Genossenschaftsanteilen zwischen Menschen mit mehr und weniger Einkommen und Vermögen.

Entscheidend für die sozialen und ökologischen Kriterien, die Neustart Tübingen erreichen möchte, ist die Überwindung der bisher im Tübinger Stadtplanungsmodell praktizierten Kleinteiligkeit. Denn erst die Größe ermöglicht das Zusammenspiel von gemeinsamer Finanzierung, Nutzung und Synergiebildung. Träger soll eine Genossenschaft sein, die statt Pflicht zu intensiver Selbstverwaltung (wie in Wohnprojekten) das Recht und die Möglichkeit zur Selbstorganisation und Entwicklung von Eigeninitiative unterstützt. Die Größe garantiert auch Gemeinschaftlichkeit ohne Gruppenzwang: 500 Bewohner*innen können sich kennen, sich begegnen, Gemeinsames organisieren, sich aber auch sein lassen. Unterschiedliche Wohnformen für verschiedene Bedürfnisse werden über Einzelappartements, Familienwohnungen, WGs oder Clusterwohnungen realisiert. Mit einem lebenslangen Wohnrecht soll die Bereitschaft einhergehen, je nach Lebensphase und Bedarf im Projekt umzuziehen. Statt großer Privatwohnungen soll es viele gemeinsame Flächen sowie eine sozial-ökologische Infrastruktur für alle geben: Gäste- und Jokerzimmer, Werkstätten, Geräte- und Materiallager, Café, Veranstaltungsraum. Auch Sorge- und Pflegedienstleistungen sind geplant.

Ökologisch nachhaltig wird das Vorhaben durch die schon in Zürich erfolgreich eingesetzten Elemente: Durch weniger private Wohnfläche und mehr Gemeinschaftsflächen sowie kollektive Infrastruktur werden insgesamt weniger Quadratmeter pro Person gebraucht. Die gemeinschaftlich organisierte Nutzung von Räumen, Geräten und Materialien verringert den individuellen Ressourcenbedarf und -verbrauch weiter. Dazu kommen ökologische Baustoffe wie Holz und ein nachhaltiges Energie- und Mobilitätskonzept. Durch den Anschluss an eine solidarische Landwirtschaft werden zudem auch ökologische Nahrungsmittel für alle Bewohner*innen leicht verfügbar sowie eine Stadt-Land-Verbindung aufgebaut.

Während Kalkbreite (Überbauung eines Straßenbahndepots) und Hunziker Areal (neuer Stadtteil) eigenständige räumliche Einheiten sind, stellt sich für das Marienburger Areal in Tübingen die Frage, welche Infrastruktureinrichtungen es geben soll, nicht nur für die zukünftigen Bewohner*innen sondern auch für die umgebende Nachbarschaft. Hierzu sollen kreative Partizipations- und Planungsprozesse eingesetzt werden. Inspiration dafür gab es bereits auf einem Workshop der PlanBude aus Hamburg.

Insofern ist der Spruch „Hausbesetzungen, Wohnprojekte, Baugruppen: Für die Zukunft planen, heißt, aus Erfahrung lernen! Ein Quartier, das

langfristig bezahlbares Wohnen für alle in Gemeineigentum garantiert. Ein Quartier, in dem Wohnraum dem Guten Leben dient!“ tatsächlich ernst gemeint. Denn es geht nicht um ein weiteres kleines Modellprojekt einer vergleichsweise privilegierten Bewohner*innenschaft, sondern um die Verbreitung der bisherigen Tübinger Erfahrungen: Für mehr Menschen in einer diverseren Zusammensetzung die Möglichkeit bieten, gut, sozial wie ökologisch nachhaltig und suffizient zu wohnen – ohne diese Nachhaltigkeit als Einschränkung, Verzicht oder Pflicht zu erleben, sondern als Gewinn von Wohn- und Lebensqualität.

Endnoten

- [1] Siehe <https://neustartschweiz.ch>
[2] Siehe <https://neustart-tuebingen.mtmedia.org/>

Autor_innen

Marc Amann ist Diplompsychologe, arbeitet als freiberuflicher Aktions- und Kampagnentrainer in der politischen Bildung und engagiert sich in stadtpolitischen Zusammenhängen und Wohnprojekten, aktuell in der Initiative Neustart Tübingen.
go.stop.act@mtmedia.org

Literatur

- AG links netz (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hamburg: VSA.
- Amann, Marc (2012): Wohnprojekte in Tübingen. Eine Übersicht. <https://wohnprojekte-tuebingen.mtmedia.org/uebersicht-wohnprojekte-in-tuebingen/> (letzter Zugriff am 13.02.2020)
- de Maddalena, Gudrun Theresia / Schuster, Matthias (2005): go south. Das Tübinger Modell. Tübingen/Berlin: Ernst Wasmuth.
- Hoffmann, Marco (2019): Wohnen, Leben, Arbeiten im Hunziker Areal in Zürich. Strukturen – Prozesse – Erfahrungen. Begleitstudie 2015-2019. Zürich: IMMOQ.
- p. m. (1983): bolo'bolo. Zürich: Paranoia City.
- Verein Neustart Schweiz (2016): Nach Hause kommen. Nachbarschaften als Common. Zürich: Edition Volles Haus.
- Vollmer, Lisa / Michel, Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage: Aufruf zur Debatte. In: sub\urban 8/1-2, 163-166.

Urbane Landwirtschaft im Ruhrgebiet

Verdrängung und kreative Resistenz

Ulrich Häpke

Für Max Weber war Landwirtschaft in der vorindustriellen Stadt noch selbstverständlich. Die meisten Städte „hatten zum mindesten beträchtliche Viehweiden und Waldungen, die ihren Bürgern als solchen zu Gebote standen. Und sehr große Ackerfluren als Zubehör des städtischen Weichbildes sind [...] vorgekommen.“ (Weber 1999 [1921]: 67 f.) Ein Teil der Bürger*innen war sowohl im Handwerk oder Handel als auch landwirtschaftlich tätig. Daneben gab es „Ackerbürgerstädte“, deren Bürger*innen hauptberuflich Bäuer*innen waren. Hier konnte „eine breite Schicht ansässiger Bürger ihren Bedarf an Nahrungsmitteln eigenwirtschaftlich decken und sogar auch für den Absatz produzieren“ (ebd.).

Seit der Industrialisierung werden jedoch in Stadtforschung und Belletristik Positionen vertreten, nach denen die Landwirtschaft nicht mehr zur Stadt gehöre, obwohl die Statistik der Flächennutzung die große, andauernde Relevanz der urbanen Landwirtschaft für Städte und Ballungsräume in Deutschland durchaus zeigt. Für das Ruhrgebiet, das zu den größten Ballungsräumen in Europa gehört und zugleich einen hohen agrarischen Anteil aufweist, wird im Folgenden der landwirtschaftliche Wandel seit der Industrialisierung skizziert. Er ist von Verdrängungsprozessen, aber auch von der Kreativität geprägt, mit der urbane Landwirt*innen sich bisher behaupten.

1. Aversionen

Seit dem Spätmittelalter stehen die Bäuer*innen in der gesellschaftlichen Hierarchie weit unten, auf die die ‚besseren‘ Stände verächtlich herabsehen (Museum 1978; Gerhard 2012). Dieses abwertende Verhältnis bekam mit der Industrialisierung neue Nahrung, als Industrie und Städte den Fortschritt verkörperten, während zum Beispiel Karl Marx und Friedrich Engels den „Idiotismus des Landlebens“ anprangern (Marx/Engels 1982 [1848]: 30). Verbreitet gilt, was Stefan Lessenich schreibt: „Agrargesellschaft [...]: Das klingt nach Tradition und Vormoderne, nach Provinzialität und Rückständigkeit, nach Kuhmist und Bauerntempel.“ (Lessenich 2018: 82)

Landleben und Agrargesellschaft stehen somit in einem Gegensatz zur Stadt, die als fortschrittlich gilt. Es erscheint als folgerichtig, wenn Stadtsoziologen wie Hartmut Häußermann und Walter Siebel die Landwirtschaft ausgrenzen und erklären, dass Landwirt*innen gar nicht zur Stadt gehören: „Die Stadt ist Ort der besonderen Lebensform derer, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind“ (Häußermann/Siebel 1987: 7), da nur der „Städter ist, wer nicht mehr tagtäglich mit einer unkultivierten Natur ums eigene Überleben kämpfen muss“ (Siebel 2004: 21).

Diese Einschätzung, dass die urbane Landwirtschaft nicht zur Stadt gehöre, schlägt sich im Ruhrgebiet durchaus in der realen Stadtentwicklung seit der Industrialisierung nieder. So wollte die Stadt Bochum bereits 1870 mit der Privatisierung ihrer Gemeinschaftsweide („Vöhde“) auch ihre angebliche bäuerliche Rückständigkeit überwinden, die mit dem Viehtreiben durch Bochumer Straßen und dem Spottnamen ‚Kaubaukum‘ verbunden war.[1] Der Stadtpark, der auf der früheren Vöhde angelegt wurde, galt „als leuchtendes Zeichen des Fortschritts“ (Häpke 2012: 141). Ähnlich sieht es keine hundert Jahre später auch der Schriftsteller und Städter Heinrich Böll, als er fordert, die Agrarflächen im Ruhrgebiet in Parks umzuwandeln:

„Es gibt ihn noch, unverändert hübsch und echt: den vestischen Bauernhof, es gibt die Kuh vor dem Förderturm, weidende Schafe, säende, mähende Bauern, Garben und Ackerkrume, aber diese hübschen Bilder [...] sehen aus, als wären sie bestellt, um fotografiert zu werden; [...] sentimental und verlogen [...]. Wenn man schon den Fortschritt proklamiert, sollte man an ihn glauben: die Häuser in die Höhe bauen – und aus den Äckern Parks machen; [...] wahrscheinlich wären die riesigen Weiden als Parks nützlicher.“ (Böll/Chargesheimer 1958: 24 f.)

Inzwischen ist es der ökologische Fortschritt, dem die urbane Landwirtschaft weichen muss. Ein erstes Beispiel hierfür brachte die *Internationale Bauausstellung Emscher Park*, die von 1989 bis 1999 im Ruhrgebiet stattfand. Sie entwickelte auf Landwirtschaftsflächen ein Baugebiet (*Backumer Tal*) mit der Begründung, dass damit „die gesamtökologische Situation im Vergleich zur bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung verbessert“ werde (IBA 1993: 225).

Trotz dieser Ausgrenzungen und Verdrängungen ist die urbane Landwirtschaft immer noch ein wichtiges Element der städtischen Realität.

2. Ökonomisch unbedeutend – aber flächenwirksam

Ökonomisch ist die Landwirtschaft unbedeutend: Land-, Forstwirtschaft und Fischerei tragen 2018 nur zu 0,7 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland bei und stellen nur 1,4 Prozent der Erwerbstätigen (Statistisches Bundesamt 2019: 11; Arbeitskreis 2019: 260).

Der Eindruck der Bedeutungslosigkeit ändert sich, wenn die Flächen betrachtet werden. Bundesweit wird die Hälfte des Bodens landwirtschaftlich genutzt (UBA 2019). In den zehn einwohnerstärksten Städten der BRD[2] (Brinkwirth et al. 2019) wird fast ein Viertel ihrer Stadtflächen von 1.500 Agrarbetrieben genutzt.[3] Im Ruhrgebiet leben in 53 Städten und Gemeinden 5,1 Millionen Menschen auf einer Gesamtfläche von 4.440 Quadratkilometern. Davon entfallen sogar 37 Prozent auf die

Landwirtschaft. Rund 3.400 Betriebe sind aktiv (IT.NRW 2019: 33111-03iz, 41141-01i). Damit ist die urbane Landwirtschaft das wichtigste Element der ‚Grünen Infrastruktur‘ in den Städten.[4]

Insofern ist die Situation in Deutschland anders als in Nordamerika, wo *urban agriculture* flächenmäßig oftmals eher kleine Projekte bezeichnet (Sbicca o. D.; Lovell 2010; Tornaghi 2014)[5], die die Dimensionen der bundesdeutschen städtischen Landwirtschaft nicht erreichen. Dagegen umfasst die ‚Urbane Landwirtschaft‘ in Deutschland professionelle landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe in und am Rande von städtischen Ballungsräumen. Ihr Ziel ist die kontinuierliche Produktion von Lebensmitteln oder Dienstleistungen und ihre Vermarktung, um das Einkommen der landwirtschaftlichen Familien zu erwirtschaften (Pölling/Born 2015: 377). Dabei gelten besondere städtische Bedingungen: So nützt der urbanen Landwirtschaft die Nähe zu den Verbraucher*innen, während sie unter Umweltbelastungen, hohen Pachtflächenanteilen und kurzen Pachtlaufzeiten leidet. Die größten Herausforderungen sind jedoch eine extreme Flächenknappheit und die ständigen Flächenverluste zugunsten von Siedlungstätigkeit und Naturschutz. Wie geht die urbane Landwirtschaft im Ruhrgebiet damit um?

3. Moderne Stadtentwicklung dank Markenteilung

Die Flächenverluste haben – wenig überraschend – mit der Industrialisierung begonnen und wurden damals – kaum bekannt – mit einem Instrument der Agrarreformen, den Marken- und Gemeinheitsteilungen durchgesetzt. Zur Erläuterung ein kurzer Rückblick:

Bis in das 19. Jahrhundert hinein war die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen in Westfalen kein Privat-, sondern Gemeinschaftseigentum, so auch die Agrarflächen der Bürger*innen im städtischen Umfeld. Diese ‚Allmenden‘ waren gemeinschaftliche Viehweiden, verbunden mit Holzgewinnung oder temporärem Ackerbau, und hießen in Westfalen ‚Mark‘, ‚Gemeinheit‘ oder ‚Vöhde‘ (Häpke 2012: 40-46).

Fürsten wie Friedrich II. von Preußen und der Bischof von Münster wollten seit dem 17. Jahrhundert diese Gemeinschaftsflächen parzellieren und privatisieren, weil sie sich Wirtschaftswachstum und freiwerdende Flächen für neue Untertanen versprachen. Obwohl die Markenteilungen zunächst erfolgreich waren, kehrten viele Bauern im Alltag zur gemeinschaftlichen Nutzung von Gehölzen und Weiden zurück (Häpke 2012: 43 ff.). Mit der Industrialisierung wurden die Städte die treibenden Kräfte. Historisch bedingt waren sie Mitglieder in den Markgenossenschaften und hatten Anteile an den Gemeinschaftsflächen. Sie waren an den Teilungen und Privatisierungen interessiert, um frei verfügbare Grundstücke für den Städtebau zu bekommen. So legte die Stadt Bochum auf ihrem Flächenanteil einen kommunalen Stadtpark und drumherum ein Villenviertel an (Häpke 2012: 155 f.). Ähnlich wurden auf den städtischen Anteilen der parzellierten Marken die Dortmunder Nordstadt, die Oberhausener Innenstadt und weitere Siedlungen gebaut, deren Entstehung noch nicht aufgearbeitet ist (Häpke 2012: 47 f.).

4. Urbane Pacht-Landwirtschaft

Mit den Markenteilungen[6] wurde das Privateigentum am landwirtschaftlichen Boden und sein Warencharakter durchgesetzt. Dabei wurden den Bäuer*innen ebenfalls private Anteile an den Gemeinschaftsweiden zugeteilt, die sie wo möglich in Ackerland umgewandelt haben. Aufgrund produktionstechnischer Fortschritte (bei Düngung und Fruchtfolgen) konnten sie auch steigende Flächenerträge erzielen. Die städtische Latrine und Thomasschlacke, ein Abfallprodukt der Stahlerzeugung, waren günstig verfügbare Dünger. Trotz Flächenverlusten ist die Zahl der Bauernhöfe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts daher gewachsen (Häpke 2012: 49 f.).

Mit der industriellen Entwicklung nahmen jedoch die Umweltschäden zu. Der Rauch der Industrie schlug sich auf Obst, Gemüse und Weiden nieder. Der untertägige Steinkohlenbergbau verursachte Geländeabsenkungen und störte die Vorflut, betroffene Felder vernässten (Häpke 2012: 51). Da etliche Bäuer*innen noch durch die Ablösung von Feudallasten im Zuge der *Preußischen Agrarreformen* verschuldet waren, haben viele ihre nunmehr privaten Parzellen verkauft, wenn sie von Umweltschäden betroffen oder bedroht waren. Erfolgreiche Käufer waren Bergbau und Industrie, die so Schadensersatz vermieden und viele Flächen zurückverpachtet haben. Seit damals arbeitet die urbane Landwirtschaft im Ruhrgebiet auf umfangreichen Pachtflächen, die oft kurzfristig kündbar sind (Häpke 2012: 49-52). Im Durchschnitt sind heute rund 60 Prozent der Agrarflächen im Ruhrgebiet gepachtet, in den Großstädten Dortmund, Duisburg und Oberhausen sogar 70 bis 80 Prozent (IT.NRW 2019: 41141-04i).

5. Abmelkwirtschaft und partielle Selbstversorgung der Arbeiter*innen

Der industrielle Arbeitskräftebedarf im Ruhrgebiet war so groß, dass sogar Menschen aus Polen angeworben wurden. Ihnen wurde um 1900 viel versprochen:

„umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt [...] eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche Viktor [...]. Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter, hoher und trockener Keller, so daß die eingelagerten Früchte, Kartoffeln etc. dort sehr gut erhalten werden. Ferner gehört dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht jedes Pfund Fleisch oder sein Liter Milch zu kaufen. Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten [...]. So kann sich jeder sein Gemüse, sein Kumpst und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten“ (zitiert nach: Steinborn 1991: 16).

Das Grün war ein zentrales Argument, um Bergarbeiter anzuwerben. Gärten waren für viele Menschen unverzichtbar für ihre Lebensmittelversorgung, so dass versprochene Parzellen sehr attraktiv waren. In diesen ‚Kolonien‘ lebte nur ein Teil der Arbeiterschaft. Andere wohnten in Mietwohnungen, zur

Untermiete oder gar als ‚Schlafgänger‘. Wer von ihnen einen Garten nutzen wollte und neben der ‚Maloche‘ noch bewältigen konnte, konnte sich der Schrebergartenbewegung anschließen oder ‚Grabeland‘ auf Industrie- oder Eisenbahngelände pachten (Häpke 2012: 50 ff.).

Auch die Bäuer*innen unterstützten die Arbeiterselbstversorgung, indem sie einzelne Felder mit Kartoffeln bestellten, parzellierten und als ‚Feldgärten‘ vermieteten. Unterbrochen durch die Hunger- und Krisenjahre während und nach dem Ersten Weltkrieg, setzte damals die Kundenorientierung der urbanen Landwirtschaft ein. Sie konzentrierte sich auf Marktlücken, erzeugte Getreide für Bäckereien und Kornbrennereien, vor allem aber Milch und Rindfleisch. Milch war als Fett- und Eiweißquelle unverzichtbar, ohne Kühlschränke und nicht pasteurisiert aber kaum lagerfähig und musste immer frisch angeboten werden. Da Luftverschmutzung und Flächenknappheit die Kälberaufzucht im Revier verhinderten, bildete sich die ‚Abmelkwirtschaft‘ heraus: Bäuer*innen im Ruhrgebiet kauften im Umland Kühe, die gerade gekalbt hatten, holten sie in ihre Ställe, molken sie und versorgten so die Menschen mit Frischmilch. Wenn die Milchleistung nachließ, wurden die Kühe geschlachtet (Häpke 2012: 50).

Seit den 1930er Jahren ging die Abmelkwirtschaft zurück, nicht nur weil Pasteurisierung und Kühlgeräte sich verbreiteten, sondern auch weil das NS-Regime im Zuge von Autarkiepolitik und Kriegsvorbereitung eine totale Kontrolle der Milchwirtschaft anstrebte und den Ab-Hof-Verkauf von Milch sowie das Buttern auf den Höfen verboten und die dafür erforderlichen Handzentrifugen beschlagnahmt hat. Nach und nach wurde die lokal erzeugte Milch durch Molkereimilch und – billigere – Importe verdrängt (Fink-Keßler 2012: 116, 162 ff.).

6. Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“

Zunächst machten der Zweite Weltkrieg und seine Zerstörungen die Selbstversorgung so wichtig, dass auch in öffentlichen Grünanlagen Kartoffeln angebaut wurden. Das ‚Wirtschaftswunder‘ brachte die Wende: Die Bevölkerung verlor das Interesse an der Selbstversorgung, in Kleingärten wurden Gemüsebeete in Zierrasen umgewandelt, während die professionelle urbane Landwirtschaft mit der Schweine- und Geflügelhaltung neue Marktlücken nutzen konnte. Trotzdem blieb ihre Viehdichte unter der im ländlichen Raum, um Streit mit der Nachbarschaft über tierische Gerüche zu vermeiden. Massentierhaltung und eine das Grundwasser gefährdende Güllendüngung sind im Ruhrgebiet, anders als zum Beispiel im ländlichen Münsterland kein Problem. Die wieder zunehmenden Flächenverluste im Ruhrgebiet – von 1950 bis 1974 ein Viertel insgesamt, absolut 40.000 Hektar (= 5 Hektar pro Tag) (Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 1950, 1974) – erforderten neue Einkommensquellen, denn als Pächter*innen hatten die meisten urbanen Landwirt*innen von Baulandverkäufen keinen Nutzen. Immerhin konnten sie mehr Brotgetreide statt Futterhafer anbauen, weil mit der Motorisierung Pferde als Zugtiere unnötig wurden. Zugleich begannen die urbanen Landwirt*innen mit eigenen Verkaufswagen durch die umliegenden Wohngebiete zu fahren, um Eier und Kartoffeln zu verkaufen.

7. Ökologische Konflikte und urbane Landwirtschaft

Gegen Ende der 1960er Jahre gerieten die BRD, vor allem das Ruhrgebiet in eine Wirtschaftskrise. Das ‚Zeichensterben‘ wurde unübersehbar. Wenige Jahre später kam die Umweltbewegung hinzu, doch das wachsende Umweltbewusstsein hatte widersprüchliche Folgen. Da die (‚konventionelle‘) Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend Agrochemikalien einsetzte, erstarkte als Gegenbewegung der ökologische Landbau. Im Ruhrgebiet lag der Kern des alternativen Landbaus in den 1980ern im Umfeld des Kernkraftwerks in Hamm; die dortigen Biobäuer*innen waren wichtige Kräfte der Anti-AKW-Bewegung (Häpke 2012: 72 ff.). Ansonsten aber hat der ökologische Landbau im Ruhrgebiet kaum Chancen, weil die mehrjährige Umstellungszeit für die kurzfristig kündbaren Pachtlandwirte ökonomisch zu riskant ist. Daher betreiben hier nur 2,7 Prozent der Betriebe auf 2,0 Prozent der Flächen ökologischen Landbau, während weiter südlich im ländlichen Raum zehn bis 15 Prozent der Betriebe biologisch wirtschaften (IT.NRW 2019: 41141-02i).

Zugleich ist die Naturschutzszone stärker geworden. Seitdem wird die Landwirtschaft von zwei Seiten ‚in die Zange‘ genommen. Während die Siedlungs- und Verkehrsflächen zu Lasten der Landwirtschaft ständig wachsen, müssen die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft ‚ausgeglichen‘ werden, insbesondere durch Pflanzung von Hecken, Obstbäumen oder durch Aufforstungen. Auch dies geschieht häufig auf Flächen der Landwirtschaft. Andererseits liegen im Ruhrgebiet umfangreiche Industrie- und Gewerbebrachen, die nicht wieder genutzt werden, weil sie industrielle Altlasten enthalten, deren Beseitigung niemand bezahlen will. Daher werden Altlasten nur gesichert und unter Grünanlagen getarnt (Häpke 2012: 239 ff.). Für Wohnen und Gewerbe werden hingegen Agrarflächen überplant. Ein wichtiger Grund sind die Bodenwertzuwächse: Während 2017 im Ruhrgebiet für Bauland zwischen 175 und 450 Euro je Quadratmeter gezahlt werden, kosten landwirtschaftliche Flächen nur zwischen 2 und 6 Euro je Quadratmeter. Trotzdem ist die Verdrängung der Landwirtschaft nicht allein finanziell zu erklären, da Forstflächen mit 1,60 Euro je Quadratmeter noch billiger sind (GMB 2018: 43, 54, 56). Doch die Forstwirtschaft hat erreicht, dass jede Abholzung mindestens flächengleich durch Aufforstung ersetzt werden muss (Häpke 2012: 104 ff.). Davon kann die Landwirtschaft nur träumen.

8. Diversifizierung und Kundenorientierung

Nachdem der Agrarsektor im Ruhrgebiet (rechtsrheinisch) von 1979 bis 2001 erneut 16 Prozent seiner Flächen verloren hat (3 Hektar täglich) (LDS 1979, 2001), wurden von 2001 bis 2015 weitere 10.000 Hektar anderen Nutzungen zugeführt (2 Hektar pro Tag). Davon wurde eine Hälfte zu Siedlungs- und Verkehrsflächen, während die andere Hälfte aufgeforstet wurde (IT.NRW 2019: 33111-04iz). Diese Flächenverluste bewirken, dass jährlich fast 2 Prozent der Bauernhöfe aufgeben, während andere versuchen, ihre Wertschöpfung zu erhöhen.

Eine verstärkte Tierhaltung oder die Erzeugung von Biogas sind in der Stadt wegen der Emissionen nicht möglich. Stattdessen werden in der Stadt

landwirtschaftliche Gebäude, wie Scheunen, für Festivitäten vermietet; Kindergeburtstage werden organisiert, aber auch Schulklassen und Kindergartengruppen können landwirtschaftliche Betriebe als außerschulischen ‚Lernort Bauernhof‘ besuchen, um die Entfremdung der Städter*innen von ihren Lebensmitteln zu überwinden (CoProGrün 2018a).

Die urbanen Landwirt*innen verstärken ihre Kundenorientierung, erweitern ihre Direktvermarktung und eröffnen eigene Hofläden und Hofcafés. Neue Trends sind Verkaufsautomaten und Milchtankstellen, die rund um die Uhr in Betrieb sind. Während früher vor allem Zuwandererfamilien nach der Ernte liegengebliebene Kartoffeln einsammeln durften, werden inzwischen Erdbeeren, Bohnen oder Blumen eigens angebaut, damit sie von den Kund*innen selbst gepflückt werden (Häpke 2012: 72 ff.; RVR/LWK 2014; Pölling/Born 2015). Hinzu kommen Mietgärten, die von Landwirt*innen streifenweise mit Gemüse und Kräutern bestellt und parzelliert an Städter*innen zur weiteren Pflege und Ernte vermietet werden. Start-ups wie *Ackerhelden* bieten ergänzende Beratungen an (CoProGrün 2017). Eine neue Form der Zusammenarbeit ist die ‚Solidarische Landwirtschaft‘. Hier kaufen die Verbraucher*innen keine einzelnen Produkte, sondern übernehmen einen festen Anteil an den betrieblichen Kosten, zahlen einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag und bekommen einen festen Anteil an der Ernte, egal wie diese ausfällt (CoProGrün 2018b).

9. Zusammenfassung

Nachdem für Max Weber, einen der Begründer der Soziologie, zu Beginn des 20. Jahrhunderts die städtische Landwirtschaft noch selbstverständlich war, wird sie inzwischen von mehreren Seiten in Frage gestellt: aus literarischer und soziologischer Sicht, von der Stadtentwicklung wie vom Naturschutz. Praktisch unterliegt die urbane Landwirtschaft seit der Industrialisierung im Ruhrgebiet einem Verdrängungsprozess, indem ständig Agrarflächen für Siedlung, Verkehr, aber auch Naturschutz in Anspruch genommen werden. Während dabei viele Betriebe aufgeben, versuchen andere mit Kreativität, diesem Druck zu widerstehen und Anerkennung zu gewinnen. Entscheidend ist dabei die Kooperation der Landwirt*innen mit den Stadtbewohner*innen: die Erzeugung von Mangelprodukten wie der Milch in der Weimarer Zeit und davor, die Fahrt der Bäuer*innen mit Verkaufswagen durch Wohngebiete, die Kund*innen, die Hofläden besuchen, verschiedene Formen von Selbsterntefeldern bis zu der bisher erst seltenen Solidarischen Landwirtschaft. Die Umweltbildung und die Vermittlung von Naturerlebnissen, die insbesondere auf urbanen Bauernhöfen für die städtische Bevölkerung angeboten werden, wirken der Naturentfremdung entgegen. Auf diese Weise hat sich im Ruhrgebiet eine spezifisch urbane Landwirtschaft konstituiert, die sich durch eine große Multifunktionalität auszeichnet.

Endnoten

- [1] Kaubaukum bedeutet ‚Kuh-Bochum‘ und soll ausdrücken, dass Bochum keine aufstrebende Industriestadt, sondern ein ‚Kuh-Dorf‘ geblieben sei.
- [2] Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Dortmund, Leipzig, Essen.
- [3] Eigene Berechnungen nach Daten der statistischen Landesämter.
- [4] Auf ihre mit der akuten Klimakrise zunehmende Bedeutung kann hier nicht eingegangen werden.
- [5] Für diese Literaturhinweise danke ich Justin Kadi.
- [6] ‚Markenteilung‘ ist die Aufteilung einer größeren gemeinschaftlich genutzten Fläche in kleinere Parzellen, die an die einzelnen Mitglieder der bisherigen Nutzergemeinschaft zur privaten weiteren Nutzung verteilt werden.

Autor_innen

Ulrich Häpke ist Raumplaner mit den Schwerpunkten Freiraumschutz, urbane Landwirtschaft, Naturschutz durch Naturnutzung, Ruhrgebiet und Nachhaltigkeit.
u.haepke@web.de

Literatur

- Böll, Heinrich / Chargesheimer, Karl-Heinz (1958): Im Ruhrgebiet. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- Brinkwirth, Jacqueline / Wirth, Sophie von / Berndt, Gero (2019): Die zehn größten Städte Deutschlands im Ranking. In: Handelsblatt, 31.5.2019. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ranking-2019-die-zehn-groessten-staedte-deutschlands/24407466.html (letzter Zugriff am 28.9.2019).
- CoProGrün (2017): Dokumentation des Workshops „Landwirtschaftliche Co-Produktion und Vermarktung“ am 07.11.2017. www.coprogruen.de/files/coprogruen_-_dokumentation_workshop_produktion___vermarktung.pdf (letzter Zugriff am 27.3.2019).
- CoProGrün (2018a): Der Grünzug als Bildungs- und Sozialort. www.coprogruen.de/files/coprogruen_-_dokumentation_workshop_bildung_und_soziales.pdf (letzter Zugriff am 27.3.2019).
- CoProGrün (2018b): Projektbörse CoProGrün. www.coprogruen.de/veranstaltungen/projektboerse-maerz-2018.html (letzter Zugriff am 27.3.2019).
- Fink-Keßler, Andrea (2012): Milch. München: oekom.
- Gerhard, Gesine (2012): Das Bild des Bauern in der modernen Industriegesellschaft. In: Daniela Munkel / Frank Uekötter (Hg.): Das Bild des Bauern. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 111-130.
- GMB 2018 – Der Obere Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Land NRW (Hg.) (2018): Grundstücksmarktbericht 2018. Düsseldorf.
- Häpke, Ulrich (2012): Freiraumverluste und Freiraumschutz im Ruhrgebiet. Common-Property-Institutionen als Lösungsansatz? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung. Blaue Reihe 139. Dortmund: IRPUD.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- IBA – Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg.) (1993): Katalog zum Stand der Projekte. Gelsenkirchen.
- Lessenich, Stefan (2018): Neben uns die Sintflut. München: Piper.
- Lovell, Sarah Taylor (2010): Multifunctional Urban Agriculture for Sustainable Land Use Planning in the United States. In: Sustainability 2010/2, 2499-2522.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1982 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Band I. Berlin: Dietz.

- Museum für Deutsche Volkskunde Berlin (Hg.) (1978): Das Bild vom Bauern. Vorstellungen und Wirklichkeit vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin.
- Pölling, Bernd / Born, Rolf (2015): Urbane Landwirtschaft in der Metropole Ruhr. In: Natur und Landschaft 90/08, 376-382.
- RVR/LWK – Regionalverband Ruhr / Landwirtschaftskammer NRW (Hg.) (2014): Bauernhoferlebnisse in der Metropole Ruhr, Heft 1: Emscher Landschaftspark. Essen.
- Sbicca, Joshua (o. D.): Urban Agriculture, Revalorization, and Green Gentrification In Denver, Colorado. www.researchgate.net/publication/331337777_Urban_Agriculture_Revalorization_and_Green_Gentrification_in_Denver_Colorado/link/5c796ac9a6fdcc4715a6cc85/download (letzter Zugriff am 28.9.2019).
- Siebel, Walter (2004): Einleitung. In: Walter Siebel (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 11-50.
- Steinborn, Vera (Hg.) (1991): Arbeitergärten im Ruhrgebiet. Kleine Reihe 5. Dortmund: Westfälisches Industriemuseum.
- Tornaghi, Chiara (2014): Critical geography of urban agriculture. In: Progress in Human Geography 38/4, 551-567.
- Weber, Max (1999[1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Teilband 5: Die Stadt (hg. von Wilfried Nippel). Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck).

Statistiken

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Hg.) (2019): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der BRD 1991 bis 2017. Wiesbaden.
- IT.NRW (2019): Landesdatenbank. www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online (letzter Zugriff am 28.9.2019), eigene Berechnungen.
- LDS – Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (versch. Jg.): Bodenflächen in NRW. Düsseldorf.
- Statistisches Bundesamt (2019): Bruttoinlandsprodukt 2018 für Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 15. Januar 2019 in Berlin. Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (versch. Jg.): Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- UBA – Umweltbundesamt (2019): Struktur der Flächennutzung. www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#textpart-1 (letzter Zugriff am 21.9.2019).

Wilde Urbaniten

Tier-Mensch-Regime im Habitat Großstadt

Annette Voigt, Thomas E. Hauck,
Stefanie Hennecke, Wiebke Reinert

1. Einleitung

Nachts warten Füchse an den roten Ampeln innerstädtischer Kreuzungen, Waschbären plündern die Mülltonnen, Nachtigallen und Glühwürmchen sind eine romantische Dreingabe beim nächtlichen Rendezvous im Stadtpark, Fledermäuse beschmutzen die frisch renovierte Fassade des Mietshauses und in der Dämmerung singen Amseln auf dem Dachfirst ... Wild lebende Tiere scheinen sich den Stadtraum auf vielfältige Art anzueignen und machen sich auf unterschiedlichste Weise bemerkbar – nicht alle Arten, aber doch viele und, wie es scheint, sukzessive immer mehr. In der Ökologie wird schon seit Längerem thematisiert, dass aufgrund größerer Nischenvielfalt im ‚Anthropo-Biom‘ der Städte die Zahl sowohl der Arten als auch der Individuen wild lebender Tiere hoch ist, meist höher als im intensiv und monokulturell ackerbaulich genutzten Umland (Erz/Klausnitzer 1998; Pickett et al. 2011). Diese Ko-Habitation von Menschen und wild lebenden Tieren in der Stadt war und ist vonseiten der Menschen geprägt durch Nutzungskonflikte und Ängste^[1] (Sterba 2012), aber auch von Zuwendung und Begeisterung für die Tiere.

In einem Forschungsschwerpunkt am Fachgebiet Freiraumplanung der Universität Kassel befassen wir uns mit dem Umgang mit wild lebenden Tieren in der Planung urbaner Freiräume. Im Folgenden stellen wir ein Forschungsvorhaben zur Untersuchung der planerischen und administrativen Regulation von wild lebenden, also ‚herrenlosen‘, sich autonom bewegenden und verhaltenden Tieren in Großstädten vor. Wir fragen nach unserem Verhältnis zu den wild lebenden Tieren in der Stadt und danach, wie es sich in Planung und Verwaltung manifestiert.

2. Grundlagen der Regulation von Mensch-Tier-Beziehungen in der Stadt

In jüngster Zeit wuchs nicht nur in der (Stadt-)Ökologie (Kowarik 2017, 2018), sondern auch in kulturwissenschaftlicher Perspektive das Interesse an urbaner Wildnis (siehe zum Beispiel Haß et al. 2010; Jorgensen/Keenan 2011).

Jedoch werden wild lebende Tiere im städtischen Raum außerhalb der Ökologie eher wenig behandelt. Da sind auch die Planungswissenschaften keine Ausnahme. Stadtplanung und -verwaltung formen in der Praxis aber genau die Räume, die das Leben von Menschen und Tieren beeinflussen beziehungsweise ihr Verhalten kontrollieren und steuern sollen. In Hinsicht auf die wild lebenden, tierlichen Stadtbewohner ist es einerseits Aufgabe der räumlichen Planung, deren Vorkommen zu schützen, zum Beispiel durch den Bau, die Erhaltung oder Optimierung von Habitaten, die Ausweisung von Schutzgebieten und die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen für Menschen. Andererseits wird durch die Schaffung räumlicher Barrieren die Bewegungsfreiheit bestimmter Tierarten beschränkt (etwa durch Taubennetze oder Wildzäune) sowie die Individuenzahl durch das Verordnen von menschlichen Verhaltensregeln (wie Fütterungsverbote) oder auch durch lokale Bekämpfung reguliert.

Die Situation der Tiere in der Stadt ist rechtlich geregelt: Dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 960 BGB) zufolge sind wild lebende Tiere herrenlos, solange sie sich in der Freiheit befinden. Da sie kein Eigentum sind, gibt es weder natürliche noch juristische Personen, die für die durch sie verursachten Schäden aufkommen. Wenn wild lebende Tiere weder besonderem Aneignungsrecht (wie dem Jagd- und Fischereirecht) noch gesetzlichen Schutzvorschriften (wie dem Natur- oder Artenschutz) unterliegen, kann sie sich jeder aneignen. Des Weiteren wird ihre Situation durch das Tierschutzgesetz geregelt. Je nach Spezies greift also das Naturschutzrecht, das Jagdrecht sowie das Infektionsschutz- und Tierseuchengesetz, bei einigen Tierarten liegen auch Überschneidungen von rechtlichen Regelungen vor.

Das Verhältnis der Planung und Administration zu den wild lebenden, tierlichen Urbaniten ist von *kulturellen Wertsetzungen* bestimmt: Welcher Wert wird einer Tierart zugesprochen – gilt sie als Schädling oder Nützlichling, wird sie bekämpft oder geschützt? Die traditionsreiche Entgegensetzung von Natur und Stadt sowie von Wildnis und Zivilisation führt einerseits zu konfliktreichen Differenzierungen zwischen den Räumen, die Tieren von Menschen zugestanden werden (*animal spaces*) und den Räumen, die sie einnehmen und tatsächlich nutzen (*beastly places*) (Philo/Wilbert 2000; Urbanik 2012). Sie führt auch zu Erwartungen dahingehend, wie sich wild lebende Tiere zu verhalten und *nicht* zu verhalten haben: Entspricht ein Tier, das sich von weggeworfenen Fast-Food-Resten ernährt, noch unseren Erwartungen an das Wildsein?

Sich autonom bewegende und verhaltende, und darüber hinaus auch lern- und anpassungsfähige Tiere sind schwer zu ‚disziplinieren‘. Sie sind von ökologischen Umweltbedingungen abhängig (die auch nicht immer einfach zu kontrollieren sind), können gesetzliche, räumliche und soziokulturelle Ordnungssysteme überschreiten und erscheinen so ‚unkontrollierbar‘ (Holmberg 2015: 2; Hinchliffe/Whatmore 2006: 128; Hauck/Hennecke 2017). Ihre Wirkmächtigkeit lässt sich zum einen den ökologischen Diskursen entnehmen, in denen die Veränderungen der Arten- und Individuenzahlen, des räumlichen Vorkommens sowie vor allem des beobachteten Verhaltens im Habitat Großstadt mit seinen spezifischen Bedingungen wie Lärm, künstliches Licht, Autoverkehr dokumentiert und analysiert werden.[2] Sie zeigt sich auch in den Konflikten, die durch die tierliche

Nutzung urbaner Habitats entstehen und die – oft emotional aufgeladen – in der Boulevardpresse thematisiert werden: Wildschweine verwüsten bei der Futtersuche Gärten, Krähen attackieren Menschen, Tauben übertragen Krankheiten, verschmutzen Fassaden und Stadtplätze und so weiter. Zum anderen manifestiert sich die tierliche Wirkmächtigkeit auch in den planerischen und administrativen Reaktionen auf die urbanen Wildtiere und ihr Verhalten – in den Versuchen ihrer Steuerung, sei es in Form von Förderung oder Bekämpfung. Die Regulation von Mensch und Tier ist also wechselseitig und dynamisch.

3. Drei Regime und ihre kulturellen Tiertypen

Die rechtlich-administrative und räumlich-planende Steuerung des Vorkommens wild lebender Tiere im urbanen Raum lässt sich drei historisch gewachsenen Handlungssettings zuordnen: dem Regime der Hygiene, der Jagd und des Natur- und Artenschutzes. Je nach Regime und normativer Werthaltung gegenüber einzelnen Arten werden unterschiedliche kulturelle Typen von wild lebenden Tieren in der Stadt gebildet.[3]

Hygiene

Für das Regime der Hygiene ist erstens der medizinische und biologische Diskurs über *Parasiten* und *Tiere als Überträger* von Krankheitserregern auf Menschen und Nutztiere als Grundlage administrativen und planerischen Handelns wichtig. Spezifisch für den großstädtischen Raum wird dieser Diskurs dann, wenn die Verbreitung tierlicher Wirte und die Übertragung auf den Menschen durch städtische Strukturen beeinflusst werden, die günstige Habitats für diese Tiere bieten. So haben Rotfüchse eine wesentlich höhere Populationsdichte und eine geringere Fluchtdistanz in den Städten als außerhalb. Da der Rotfuchs Überträger verschiedener Krankheiten auf Haustiere und Menschen, vor allem aber, weil er Wirt des Fuchsbandwurms ist, wird sein Vorkommen in der Stadt kontrovers diskutiert. Auch in der aktuellen Diskussion um die Corona-Pandemie wird die Frage des räumlichen Zusammenrückens von Menschen und wild lebenden Tieren in einer zunehmend urbanisierten Welt mit neuer Intensität thematisiert (vergleiche zum Beispiel Shah 2020).[4] Eine besondere Bedeutung hat die Ratte im Diskurs über Hygiene (McCormick 2003; Burt 2006). In Deutschland gilt sie *de jure* als Gesundheitsschädling, also unabhängig von der tatsächlichen Seuchengefahr durch dieses Tier, als Überträgerin schwerer Infektionskrankheiten. Daher können Ratten laut gesetzlicher Bestimmung losgelöst von den tierschutzrechtlichen Verboten jederzeit getötet werden.[5] In Hamburg und Niedersachsen verpflichtet zudem eine spezielle Rattenverordnung die Bürger*innen, gesichtete Ratten unverzüglich über eine spezielle Hotline an die Gesundheitsbehörde zu melden. Andere Arten gelten nicht als Schädlinge, haben aber ein Verteidigungsverhalten, das für Menschen schmerzhaft sein kann (zum Beispiel Krähen oder Wildschweine) oder starke allergische Reaktionen hervorrufen kann (Ameisen, Wespen).

Zweitens ist der Diskurs über *Schädlinge* und *Lästlinge* für das Regime der Hygiene relevant: Material-, Vorrats- oder Pflanzenschädlinge verursachen

ökonomischen Schaden, Lästlinge (zum Beispiel Silberfischchen oder Spinnen) können Ekel oder Angst hervorrufen oder unangenehme Gerüche verbreiten. Demgegenüber gelten diejenigen Tiere als *Nützlinge*, die schädliche oder lästige Tiere vernichten: Schlupfwespen werden gegen Motten, Erzwespen gegen Käfer eingesetzt, Nützlinge wie Marienkäfer oder bestimmte Vogelarten fressen Pflanzenschädlinge.

Der Bezug zur Stadt ist in diesem Zusammenhang durch gesetzliche und planerische stadthygienische Maßnahmen zur Bekämpfung der unerwünschten Tiere und der Zerstörung ihrer Habitate gegeben. Das Vorkommen oder Nichtvorkommen dieser Tiere in bestimmten Stadträumen gilt als Hinweis auf soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen (Biehler 2013).

Das Regime der Hygiene konstituiert also wild lebende Tiere als Schädlinge, Lästlinge und Nützlinge. Maßnahmen sind Töten in allen Varianten (‚Entwesung‘ etwa in Form von Begasung), Umsiedlung oder Vergrämung zum Beispiel durch Taubenspikes. Maßnahmen gegenüber Nützlingen sind deren gezielte Etablierung und Förderung.

Jagd

Der Themenbereich Jagd von Tieren in der Stadt wird in kulturwissenschaftlichen Arbeiten, wenn überhaupt, nur am Rande gestreift.[6] Das liegt auch daran, dass Siedlungsgebiete aus Sicherheitsgründen gemeinhin den Status von ‚befriedeten Gebieten‘ haben, in denen die Jagdausübung ruht. Jedoch kann die Jagdbehörde in Ausnahmefällen etwa in Stadtwäldern, großen Parkanlagen oder auf Friedhöfen insbesondere zur Gefahrenabwehr und zur Tierseuchenbekämpfung eine beschränkte Jagdausübung genehmigen. Diese erfolgt meist durch ausgewählte Stadt-Jäger*innen, oft auch unter Assistenz von domestizierten Tieren: An Flughäfen jagen Frettchen Kaninchen, Busarde vergrämen Tauben in Einkaufspassagen. Im befriedeten Bereich überlappen sich also die Regime der Hygiene und der Jagd.

Das Regime der Jagd konstituiert wild lebende Tiere durch das Jagdrecht (§ 2 BJagdG und Ländergesetze) in unterschiedliche Gruppen. Zunächst werden zwei Klassen von Wild unterschieden, die beide grundsätzlich dem Jagdrecht unterliegen: zum einen das essbare *Nutzwild* wie Reh und Wildschwein und zum anderen das *Raubwild* wie Fuchs, Marder, Dachs und Greifvögel. Letztere werden als ‚Jagdkonkurrenten‘ angesehen, die es zu kontrollieren und ‚kurzzuhalten‘ gelte. Gelegentlich wird auch noch der Begriff ‚*Raubzeug*‘[7] für alle Arten verwendet, die selbst nicht zum Wild zählen, die aber Nutzwild töten oder beeinträchtigen – wie zum Beispiel Rabenkrähe, Elster, Eichelhäher oder auch ‚wildernde‘ Hunde und Katzen. Als Maßnahme der Hege und des Jagdschutzes muss Raubzeug bekämpft werden; früher führte das bis zur Ausrottung der entsprechenden Art, ohne Schonzeit und Waidgerechtigkeit. Dem Jagdrecht unterliegen auch Arten, die heute weder zum Nutz- noch Raubwild gehören, wie der Höckerschwan und Möwen, zudem Arten, die in der Roten Liste der gefährdeten Tierarten aufgeführt sind, wie Greifvögel, Kolkrabe, Fischotter, Luchs und Wildkatze. Zwar haben diese artenschutzrechtlich relevanten Tiere *ganzjährig Schonzeit*, doch gelten sie als prinzipiell jagdbares Wild und somit sind die Jäger*innen auch für ihre Hege verantwortlich.

Naturschutz

Der Natur- und Artenschutz unterscheidet Tierarten allgemein nach ihrem Schutzstatus, der sich unter anderem aus ihrer Seltenheit und Bedrohung ergibt und deren jeweiliger Gefährdungsstatus in der Roten Liste dokumentiert wird. Dabei spielt auch die Herkunft einer Art eine Rolle: Der klassische Naturschutz orientiert sich von der Tendenz her an einem organozentrierten Naturbild und dementsprechend gelten eingewanderte Arten als unerwünscht und ihre Bekämpfung als notwendig (Körner 2000; Piechocki 2010; Trepl/Voigt 2014). Zunehmend geht es bei der naturschutzfachlichen Bewertung auch darum, welche Leistungen (*ecosystem services*) eine Art oder Artengruppe erbringt oder auch, welche *ecosystem disservices*. Das Regime des Naturschutzes konstituiert also wild lebende Tiere (in unterschiedlichem Ausmaß und aus unterschiedlichen Gründen) als schützenswert, heimisch oder fremd, als Leistungsträger oder Schädling.

Gegenüber dem herkömmlichen Naturschutzdiskurs wird jedoch der Diskurs über Tiere in der Stadt mit einer etwas verschobenen Perspektive geführt: Der klassische Naturschutz, der auf das Heimische und das Typische verweist, betrachtet einen Großteil der in den städtischen Siedlungsräumen des Menschen etablierten Arten mit einer gewissen Geringschätzung als ‚Allerweltsarten‘ (Ubiquisten), anpassungsfähige Einwanderer (Neozoen) ohne Eigenart und Verursacher einer globalen Homogenität.[8] Allerdings wird ihr Vorkommen in der Stadt, die als Raum und als kulturelles Konstrukt ja traditionell als *der* Gegensatz zu ‚der Natur‘ konstituiert wird, meist akzeptiert und nur ihr Vordringen in den ländlichen Raum wird bekämpft. Der Natur und den Lebensgemeinschaften der Stadt werden traditionell weder Aufmerksamkeit noch ein besonderer Wert zugeschrieben (und passend dazu wird den Menschen in der Stadt unterstellt, unter Naturentfremdung zu leiden). Erst seit den 1970er Jahren rückten die Natur der Stadt und ihre Besonderheiten verstärkt in den Blickpunkt von Ökologie und Naturschutz. Damit einher ging auch eine erstmalige Wertschätzung der urbanen Natur, insbesondere in der Westberliner Variante der Stadtökologie (Sukopp 2008).

Die normativen Bewertungen von Tierarten bewegen sich bei allen drei Regimen auf verschiedenen kategorischen Skalen: in funktionaler Hinsicht etwa von ‚nützlich‘ oder ‚essbar‘ bis ‚schädlich‘, in ökologisch-geographischer, aber nicht selten auch moralischer Hinsicht von ‚heimisch‘ bis ‚fremd‘ und emotional von ‚süß‘ bis ‚eklig‘. Manche Kategorisierungen können relativ stabil sein, während sich in anderen Bereichen kurzfristige Anpassungen ausmachen lassen. Zudem können durch die jeweilige interne Regime-Logik einzelne Tierarten in den verschiedenen Regimen durchaus anders bewertet werden: Maulwurf, Siebenschläfer und Hornisse gelten im Regime der Hygiene als Schädlinge, im Natur- und Artenschutz aber als schützenswerte Arten. Jedoch sind die Regime meist gut aufeinander abgestimmt: Schädlingsbekämpfer*innen weisen beispielsweise darauf hin, dass Wespen keine Schädlinge sind und Fledermäuse nicht vergrämt werden dürfen. Auch gibt es Überlappungen der Regime: Vor allem die Jäger*innen sehen sich zugleich als Naturschützer*innen und Schädlingsbekämpfer*innen und regulieren das Vorkommen von Tierarten in bestimmten Habitaten durch Abschuss, Lebensraumgestaltung und Fütterung.

4. Überwindung der Regime und Neudefinition der kulturellen Tiertypen?

In der aktuellen Planungspraxis zeichnet sich zurzeit eine Transformation im Umgang mit in der Stadt wild lebenden Tieren ab: von einem exkludierenden und zugleich defensiv-bewahrenden (der sich vor allem in der Ausweisung von Schutzgebieten manifestiert) zu einem integrierenden, die Wirkmächtigkeit von Tieren anerkennenden und nutzenden, sowie offensiv-gestaltenden Umgang. Es werden unter Schlagwörtern wie *nature-* oder *wildlife-inclusive (urban) design* (Van Stiphout 2019; Apfelbeck et al. 2019) oder *biodiversity sensitive urban design* (Garrard et al. 2017) Ansätze entwickelt, durch die auf verschiedenen Maßstabsebenen und in unterschiedlichen Disziplinen (vor allem Landschaftsarchitektur, Architektur, Städtebau, Management öffentlicher Räume) das Vorkommen von wild lebenden Tieren in der Stadt miteinbezogen und gefördert werden soll. So sollen mit der interdisziplinären Planungsmethode *Animal-Aided Design* (AAD) Möglichkeiten der integrativen Freiraumplanung im Sinne einer Ko-Habitation mit Tieren erforscht werden. AAD berücksichtigt wild lebende Tiere im Planungsprozess als Akteure, die urbane Räume aktiv mitgestalten (Hauck/Weisser 2014; 2019). Am Anfang der Freiraumplanung mit AAD steht die Frage: „Welche Tiere sollen hier vorkommen?“. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, seltene Arten, die bereits in einem Planungsgebiet vorkommen, zu schützen, sondern darum, eine nachvollziehbare, verschiedene (menschliche) Akteur*innen mit einbeziehende Auswahl von Tierarten zu treffen, deren Vorkommen aktiv gefördert werden soll. Das Zusammenleben mit diesen partizipativ und gezielt ausgewählten Tierarten wird in diesen Planungsansätzen als Bereicherung des städtischen Lebens verstanden. Die landschaftsarchitektonische oder städtebauliche Entwurfsplanung bietet geeignete Maßstabsebenen, um Maßnahmen zu entwickeln, die die Bedürfnisse der jeweiligen Zielarten abdecken.

Am Lehrstuhl für terrestrische Ökologie der TU München und am Fachgebiet Freiraumplanung der Universität Kassel werden Forschungsprojekte zu AAD bearbeitet.[9] Die Methode wurde im Rahmen eines Modellprojekts in Kooperation mit dem kommunalen Wohnungsbauunternehmen GEWOFAG beim Neubau einer Wohnhausanlage in München auf ihre Anwendbarkeit getestet. Die Bauarbeiten wurden Anfang 2020 abgeschlossen und die ersten Mieter*innen haben das Gebäude bezogen. In den nächsten Jahren wird ein Monitoring über die Wirksamkeit der verschiedenen Maßnahmen durchgeführt. Die Methode AAD soll die planerischen Werkzeuge für eine diskursive Neubestimmung der Bedeutung unserer vielfältigen tierlichen Mitbewohner für unsere Lebensqualität bereitstellen und Partizipation in Hinsicht auf die Frage, wie und mit welchen Tieren das Zusammenleben in der Stadt gestaltet werden soll, ermöglichen. AAD bindet dafür notwendigerweise auch das tierliche Handeln mit ein.

Ziel sowohl des integrierten urbanen Naturschutzes als auch der Aufwertung der Lebensqualität durch Ko-Habitation mit Tieren ist es, die strenge Abgrenzung urbaner Tierräume (Schutzgebiete, Biotop, etc.) vom Rest der Stadt zu überwinden und räumliche Planung so zu erweitern, dass der Schutz und die Förderung des Vorkommens von wild lebenden Tieren in den jeweiligen Planungsprozess integriert werden. Spannend ist dabei die Frage,

wie sich diese Planungsansätze zu den derzeit dominierenden rechtlich-administrativen und räumlich-planenden Steuerungen des Vorkommens wild lebender Tiere im urbanen Raum und den regimeabhängigen kulturellen Tiertypen verhalten. Zukünftige Forschungen könnten die historische Dimension der Regime aufzeigen und somit Handlungsanleitungen in der Planung ein Reflexionsfeld eröffnen. Schließlich werden auch die Kategorien, die die neuen integrativen und partizipativen Ansätze wie AAD erarbeiten, sich nicht als statisch erweisen, sondern in Ko-Habitation und Interaktion von Tier und Mensch dynamisch bleiben.

Die Veröffentlichung dieses Aufsatzes erfolgte mit Mitteln aus dem Open Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek Kassel.

Endnoten

- [1] Die zukünftigen Wendungen in der Diskussion über das Thema Ko-Habitation sind derzeit (März 2020) zu Beginn der Coronavirus-Pandemie in Deutschland noch nicht abzusehen, wahrscheinlich wird die Diskussion aber zunehmend von Angst geprägt sein. Eine These zum Ursprung dieses Virus ist, dass es vermutlich von Fledertieren auf Menschen übertragen wurde und sich an diese angepasst habe (Schröter/Schumann 2020).
- [2] Die erstaunlich schnelle genetische Anpassung bestimmter Tierarten an ihre urbane Umwelt ist auch Thema in der Evolutionsbiologie, siehe z. B. Schilthuizen (2018).
- [3] Darüber hinaus gibt es natürlich auch lebensweltlich relevante Werturteile und Gefühle gegenüber wild lebenden Tieren, wie Faszination, Schönheit oder Niedlichkeit, die in den planerisch-administrativen Diskursen nicht (direkt) wiedergegeben werden.
- [4] Die Wissenschaftsjournalistin Shah argumentiert, dass der starke, anthropogen verursachte Rückgang von tierlichen Lebensräumen und die wachsende Urbanisierung zu einer größeren räumlichen Nähe von Menschen und wild lebenden Tieren führe. Die Nutzung von menschlichen Siedlungsgebieten durch Tiere eröffne den in diesen Tierarten lebenden (und diese oft nicht schädigenden) Mikroben Wege, Menschen zu erreichen und sich an diese anzupassen. So seien Viren, die für Fledermäuse harmlos sind, auf menschliche Populationen übergesprungen, z. B. das Ebola-, Nipah- und Marburg-Virus. Ein anderer Übertragungsweg sei der Umgang mit Tieren, die für den menschlichen Verzehr vorgesehen seien. Auf einem dieser beiden Wege sei das Coronavirus wahrscheinlich auf Menschen übergesprungen. (Shah 2020)
- [5] Das Töten von Schädlingen unterliegt dem Tierschutzgesetz (§4 TierSchG). Zudem muss die Schädlingsbekämpfung die Jagdgesetze (z. B. bei Mardern und Waschbären) sowie das Naturschutzgesetz (z. B. bei Hornissen und Maulwürfen) beachten.
- [6] Im 18. Jahrhundert wurde am Hofe die Jagd als Mittel der Darstellung absolutistischer Macht mit hohen Kosten aufwendig inszeniert (Eckardt 1976). Dazu gehörte auch die Gestaltung von ‚jagdlichen Erlebnislandschaften‘ in stadtnahen feudalen ‚Tiergärten‘, die heute oftmals zu innerstädtischen Parkanlagen geworden sind, sowie die Aufrechterhaltung einer hohen Populationsdichte des Jagdwildes durch Besatz (Knoll 2004).
- [7] Der Begriff ‚Raubzeug‘ wurde 1976 aus dem Bundesjagdgesetz gestrichen. Die Zuordnung einzelner Arten zu ‚Raubwild‘ oder ‚Raubzeug‘ unterschied sich in den einzelnen Bundesländern.
- [8] „(B)iological homogenization increases because the same ‚urban-adaptable‘ species become increasingly widespread and locally abundant in cities across the planet.[...] Synanthropic species adapted to intensely modified built habitats at the urban core are ‚global homogenizers‘, found in cities worldwide.“ (McKinney 2006: 247)
- [9] Unter anderem wurden die beiden folgenden Projekte bereits abgeschlossen: „Anwendung der Methode Animal-Aided Design im Rahmen von Umsetzungsprojekten zur Mitigation von Effekten des Klimawandels auf die Tiere in der Stadt“ (Laufzeit August 2015 bis Juli 2018) im Rahmen des Zentrums Stadtnatur an der Technischen Universität München,

gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz; Voruntersuchung (VU) im Rahmen eines Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens (E+E-Vorhaben): „Animal-Aided Design – Einbeziehung von Tierbedürfnissen in die Planung und Gestaltung von Freiräumen“, gefördert vom Bundesamt für Naturschutz (Laufzeit November 2016 bis Oktober 2018).

Autor_innen

Annette Voigt ist Landschaftsplanerin. Sie lehrt und forscht zur Kulturgeschichte der Stadtnatur.
voigt@asl.uni-kassel.de

Thomas E. Hauck ist Landschaftsarchitekt und leitet zusammen mit Wolfgang Weisser das Forschungsprojekt Animal-Aided Design (AAD).
thomas.hauck@asl.uni-kassel.de

Stefanie Hennecke ist Professorin für Freiraumplanung und lehrt und forscht zur Nutzungsgeschichte und Gestaltung urbaner öffentlicher und privater Freiräume.
hennecke@uni-kassel.de

Wiebke Reinert ist Kulturanthropologin und Historikerin. Sie forscht zu Tier-Mensch-Verhältnissen, Stadt-Land-Beziehungen und Planungskulturgeschichte.
wiebke.reinert@uni-kassel.de

Literatur

- Apfelbeck, Beate / Jakoby, Christine / Hanusch, Maximilian / Steffani, Emanuel Boas / Hauck, Thomas E. / Weisser, Wolfgang W. (2019): A Conceptual Framework for Choosing Target Species for Wildlife-Inclusive Urban Design. In: *Sustainability* 11/24, 69-72.
- Biehler, Dawn Day (2013): *Pests in the City. Flies, Bedbugs, Cockroaches, and Rats*. Seattle: University of Washington Press.
- Burt, Jonathan (2006): *Rat*. London: reaction books.
- Eckardt, Hans Wilhelm (1976): *Herrschaftliche Jagd, bäuerliche Not und bürgerliche Kritik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Erz, Wolfgang / Klausnitzer, Bernhard (1998): *Fauna*. In: Herbert Sukopp / Rüdiger Wittig (Hg.), *Stadtökologie – ein Fachbuch für Studium und Praxis*. Stuttgart u. a.: G. Fischer, 266-315.
- Garrard, Georgia E. / Williams, Nicholas S. G. / Mata, Luis / Thomas, Jordan / Bekessy, Sarah A. (2017): *Biodiversity Sensitive Urban Design*. In: *Conservation Letters* 11/2, 1-10.
- Haß, Anne / Hoheisel, Debora / Kangler, Gisela / Kirchhoff, Thomas / Putzhammer, Simon / Schwarzer, Markus / Vicenzotti, Vera / Voigt, Annette (2010): *Sehnsucht nach Wildnis. Aktuelle Bedeutungen der Wildnistypen Berg, Dschungel, Wildfluss und Stadtbrache vor dem Hintergrund einer Ideengeschichte von Wildnis*. In: Thomas Kirchhoff / Vera Vicenzotti / Annette Voigt (Hg.), *Sehnsucht nach Natur*. Bielefeld: transcript, 56-71.
- Hauck, Thomas E. / Hennecke, Stefanie (2017): *Wie verwaltet man die „Big Five“ in Berlin? Ein Interview mit Derk Ehlert*. In: Thomas E. Hauck / Stefanie Hennecke / André Krebber / Wiebke Reinert / Mieke Roscher (Hg.), *Urbane Tier-Räume*. Berlin: Reimer Verlag, 45-58.
- Hauck, Thomas E. / Weisser, Wolfgang W. (2014): *AAD Animal-Aided Design. Forschungsbericht*. Freising. https://www.uni-kassel.de/fbo6/fileadmin/datas/fbo6/fachgebiete/LandschaftsarchitekturLandschaftsplanung/Freiraumplanung/Forschung/AAD/AAD_Web_10MB.pdf (letzter Zugriff am 23.3.2020).
- Hauck, Thomas E. / Weisser, Wolfgang W. (2019): *Animal-Aided Design im Wohnumfeld – Einbeziehung der Bedürfnisse von Tierarten in die Planung und Gestaltung städtischer Freiräume. Broschüre zur Voruntersuchung für ein E+E-Vorhaben*. Kassel, Freising: Bundesamt für Naturschutz (BfN). https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/planung/siedlung/Dokumente/AAD_Broschuere.pdf (letzter Zugriff am 23.3.2020).

- Hinchliffe, Steve / Whatmore, Sarah (2006): Living cities. Towards a politics of conviviality. In: *Science as Culture* 15/2, 123-138.
- Holmberg, Tora (2015): *Urban Animals. Crowding in Zoocities*. New York/London: Routledge.
- Jorgensen, Anna / Keenan, Richard (Hg.) (2011): *Urban Wildscapes*. New York/London: Routledge.
- Knoll, Martin (2004): *Umwelt – Herrschaft – Gesellschaft. Die landesherrliche Jagd Kurbayerns im 18. Jahrhundert*. St. Katharinen: Scripta Mercaturae Verlag.
- Körner, Stefan (2000): *Das Heimische und das Fremde. Die Werte Vielfalt, Eigenart und Schönheit in der konservativen und in der liberal-progressiven Naturschutzauffassung*. Münster: Lit.
- Kowarik, Ingo (2017): Stadtnatur und Wildnis. In: *Geographische Rundschau* 5, 12-17.
- Kowarik, Ingo (2018): Urban wilderness. Supply, demand, and access. In: *Urban Forestry & Urban Greening* 29, 336-347.
- McCormick, Michael (2003): Rats, communication, and plague. Toward an ecological history. In: *Journal of Interdisciplinary History* 34/1, 1-25.
- McKinney, Michael L. (2006): Urbanization as a major cause of biotic homogenization. In: *Biological Conservation* 127, 247-260.
- Philo, Chris / Wilbert, Chris (2000): Animal spaces, beastly places. An introduction. In: Chris Philo / Chris Wilbert (Hg.): *Animal Spaces, Beastly Places. New Geographies of Human-Animal Relations*. London: Routledge, 1-34.
- Pickett, Stewart T.A. / Cadenasso, Mary L. / Grove, Jean M. / Boone, Christopher G. / Groffman, Peter M. / Irwin, Elena / Kaushal, Sujay S. / Marshall, Victoria / McGrath, Brain P. / Nilon, Charles H. / Pouyat, Richard V. / Szlavecz, Katalin / Troy, Austin / Warren, Paige (2011): Urban ecological systems. Scientific foundations and a decade of progress. In: *Journal of Environmental Management* 92/3, 331-362.
- Piechocki, Reinhard (2010): *Landschaft – Heimat – Wildnis. Schutz der Natur – aber welcher und warum?* München: Beck.
- Schilthuizen, Menno (2018): *Darwin in der Stadt. Die rasante Evolution der Tiere im Großstadtdschungel*. München: dtv.
- Schröter, Alisa / Schumann, Florian (2020): Kein Grund, Fledermäuse zu verteufeln. In: *Zeit Online*, 9.2.2020. <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2020-02/coronavirus-ansteckung-tiere-fledermaus-ausbreitung-viren> (letzter Zugriff am 19.3.2020).
- Shah, Sonia (2020): Woher kommt das Coronavirus? In: *Le Monde Diplomatique*, März 2020, 8.
- Sterba, Jim (2012): *Nature Wars. The Incredible Story of How Wildlife Comebacks Turned Backyards into Battlegrounds*. New York: Crown Publishers.
- Sukopp, Herbert (2008): The City as a Subject for Ecological Research. In: John Marzluff et al. (Hg.), *Urban Ecology. An International Perspective on the Interaction between Humans and Nature*. Boston: Springer, 281-298.
- Trepl, Ludwig / Voigt, Annette (2014): Die Verwissenschaftlichung des Naturschutzes. Über die historischen Gründe der Ökologisierung und ihre Unangemessenheit. In: Nils Franke / Uwe Pfenning. (Hg.), *Kontinuitäten im Naturschutz*. Baden-Baden: Nomos, 209-244.
- Urbanik, Julie (2012): *Placing Animals. An Introduction to the Geography of Human-Animal Relations*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Pub.
- Van Stiphout, Maike (2019): *First Guide to Nature Inclusive Design*. <https://nextcity.nl/first-guide-for-nature-inclusive-design> (letzter Zugriff am 23.3.2020).

Kein Einzelfall

Über den Tod von Adel B., der während eines Polizeieinsatzes in Essen-Altendorf erschossen wurde

Moritz Rinn
Jan Wehrheim
Lena Wiese

18. Juni, Essen-Altendorf

Am frühen Morgen des 18. Juni 2019 wird Adel B. im Eingangsbereich seines Wohnhauses in Essen-Altendorf von einem Polizisten der Kreispolizeidirektion Essen erschossen. Zuvor hatte der 32-Jährige bei der lokalen Polizeibehörde angerufen und angekündigt, sich das Leben nehmen zu wollen. Nachdem er zu Fuß und mit einem Messer in der Hand durch den Stadtteil gelaufen war, im Disput mit Polizist*innen, die ihn mit gezogenen Waffen verfolgten, geht er schließlich nach Hause. Als er mit seiner Lebensgefährtin telefonierend das Mehrparteienhaus betritt, stürmen die Polizist*innen hinter ihm her, einer von ihnen feuert einen Schuss ab, der Adel B. durch die Haustür hindurch in den Oberkörper trifft. Adel B. verblutet noch vor Ort. In den ersten Presseverlautbarungen der Polizei ist davon die Rede, dass er vor seiner Wohnung mit dem Messer auf die Polizist*innen losgestürzt sei. Diese Darstellung ist falsch, widerlegt auch durch ein vielbeachtetes Handyvideo (vgl. Pesch 2019a). Ein Nachbar hatte den Einsatz aus seiner Wohnung heraus gefilmt und das Video anschließend veröffentlicht. Im August demonstrieren gut 80 Leute durch Altendorf und fordern „Gerechtigkeit für Adel“. Drei Monate später werden die polizeiinternen Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft eingestellt. Der Polizist habe einer akut bedrohten Kollegin Nothilfe geleistet. Eine Debatte über den Tod von Adel B. findet in der stadtpolitischen Öffentlichkeit kaum statt. Abgeschlossen ist der ‚Fall‘ damit jedoch noch nicht. Adel B.s Mutter kündigt an, juristisch gegen diese Entscheidung vorzugehen und auch eine lokale Initiative formiert sich, die Aufklärung und Gerechtigkeit fordert.

In Altendorf ist ein Mensch, der in einer persönlichen Notsituation Hilfe gesucht hat, durch Polizeikräfte ums Leben gebracht worden. Ein Mensch, der alltägliche rassifizierende Zuschreibungen erfahren haben muss. Adel B. war zwar deutscher Staatsbürger, dass er aber in der Presse als „Deutscher mit algerischen Wurzeln“ beschrieben wird, muss mit seiner Erschießung und der anschließenden Verhandlung der Ereignisse in Zusammenhang gesetzt werden. Ebenso wie die Tatsache, dass Adel B. Bewohner eines

Stadtteils war, der seit Jahren als problematisch und gefährlich stigmatisiert wird. Wir haben in den Monaten vor seinem Tod in Altendorf geforscht,[1] sind zahlreichen Bewohner*innen begegnet, haben viele Gespräche geführt. Wir haben einen ausgeprägten alltäglichen Rassismus wahrgenommen, und uns wurde von rassistischen Übergriffen berichtet. Und wir konnten eine enorme Präsenz von Polizeikräften beobachten. Über das Geschehene zu schreiben, ist für uns eine nicht nur forschungspolitische Notwendigkeit. Denn: Was im Sommer 2019 in Altendorf geschehen ist, ist kein Einzelfall. Zwei Jahre zuvor, am 27. April 2017, erschoss ein Essener Polizist Mikael Haile in dessen Wohnung im Stadtteil Altenessen, nachdem ein Nachbar wegen Ruhestörung die Polizei gerufen hatte. Der 22-Jährige, der aus Eritrea nach Deutschland geflüchtet war, sei an diesem Abend mit einem Messer auf den Polizisten losgegangen, so die offizielle polizeiliche Darstellung, die seine Angehörigen und Freund*innen bis heute zurückweisen. Ihr öffentlicher Protest verhallte weitgehend ungehört. Die Staatsanwaltschaft erkannte Notwehr (Pesch 2019b). Haile lebte in einem Essener Stadtteil, der ebenfalls seit Jahren als ‚Problemviertel‘ gelabelt wird.

Der Zusammenhang von Rassismus, der Konstruktion ‚gefährlicher Quartiere‘, selektiven Polizeipraktiken und Polizeigewalt ist vielfach beschrieben worden und auch durch internationale Forschungen gut belegt. So unterscheidet sich polizeiliches Handeln je nach Einsatzort. Von Bedeutung sind die lokalen Wissensbestände der *street cops* über das eigene ‚Revier‘ und das dortige ‚Klientel‘. In einem Prozess der „ökologischen Kontamination“ (Smith 1986) werden alle Personen, die in einem ‚schlechten Gebiet‘ angetroffen werden, für die negativen Eigenschaften, die diesem Gebiet zugeschrieben werden, moralisch in Haftung genommen. Die „(kollektive) Wahrnehmung von Stadtteilen, aber auch von einzelnen Straßenzügen, Parks und Plätzen“ (Belina/Wehrheim 2011: 213) beeinflusst also die polizeilichen Kriminalisierungspraktiken. Das kann von einem sozialräumlich unterschiedlichen Einsatz polizeilicher Zwangsmaßnahmen (vgl. auch Lautenschlager/Omori 2019) bis zum Einsatz des polizeirechtlichen Instruments der „gefährlichen Orte“ reichen, mit dem sich die Polizei selbst die Befugnis erteilt, verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen – wie etwa auch in Altendorf.

Polizeigewalt allgemein ist zudem keine seltene Ausnahme (vgl. jüngst zu Deutschland Abdul-Rahman/Espín Grau/Singelnstein 2019). Sie ist vielmehr ‚normal‘ und zugleich selektiv. Für die USA, Großbritannien, Frankreich oder Bulgarien etwa ist gut dokumentiert, dass Schwarze Menschen, People of Color und Rom*nija überproportional oft von polizeilichen Kontrollmaßnahmen, Polizeigewalt und Tötungen betroffen sind (vgl. statt vieler etwa Miller et al. 2008). Es ist gleichzeitig vielfach beschrieben, dass Rassismuserfahrungen auch darin bestehen, von *weißen* Personen als besonders emotional, impulsiv oder aggressiv wahrgenommen zu werden, gerade auch im Zusammenhang mit tödlichen Polizeieinsätzen (bspw. Bruce-Jones 2015). Der Einsatz von tödlichem polizeilichem Zwang trifft zudem ebenso überproportional oft Personen mit psychischen Problemen (Baker/Pillinger 2019: 2).

Vieles spricht also dafür, dass sich in der Erschießung von Adel B. verschiedene polizeiliche Selektivitäten zu tödlicher Gewalt verdichtet

haben: (kolonial)rassistisches Wissen, Typisierungen und Praktiken (vgl. Thompson 2018), Stigmatisierungen und Unkenntnisse im Umgang mit Menschen mit psychischen Schwierigkeiten und eine stadträumliche Selektivität. Der Tod von Adel B. war kein „tödliches Drama“ (so die Westdeutsche Allgemeine (WAZ), Kinscher 2019) und kein Einzelfall. Trotz aller Unterschiede erinnert er uns an den kamerunischen Studenten William Tonou-Mbobda, der zwei Monate zuvor zwar nicht durch Polizeikräfte, aber durch den Sicherheitsdienst der psychiatrischen Abteilung des Universitätsklinikums Eppendorf in Hamburg zu Tode kam.[2] Er erinnert uns unweigerlich an die zahlreichen Todesfälle Schwarzer Menschen und People of Color durch deutsche Polizist*innen – sei es in Polizeigewahrsam oder in Einsatzsituationen (El-Tayeb/Thompson 2019). Und an die vielen skandalösen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren im Anschluss, von denen der Fall des in einer Dessauer Polizeiwache ermordeten Oury Jalloh wohl am bekanntesten ist, nicht zuletzt aufgrund der bis heute unermüdlichen Arbeit von Aktivist*innen.[3] Auch bei den Tötungen von Adel B. und Mikael Haile bleibt bislang unaufgeklärt, was genau passiert ist. Dabei bestehen jeweils gut begründete Zweifel an der Version der Polizei. Im Fall von Adel B. haben Polizist*innen zumindest anfänglich offensiv gelogen und – so die Aussage des filmenden Augenzeugens – das Video vom Handy des Augenzeugens entfernt. Medial wurden zudem die Darstellungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft zunächst weitgehend übernommen, Adel B. wurde diskreditiert und als potenziell gefährlich für sich, seine Angehörigen und die Allgemeinheit dargestellt. Eine solche Täter-Opfer-Umkehr („blaming the victim“) ist ein typisches Muster zur nachträglichen Rechtfertigung von Polizeigewalt (Baker/Pillinger 2019: 10 f., El-Tayeb/Thompson 2019: 319).

Adel B.s Tod berührt uns auf eine besondere Weise. Als wir im Herbst 2018 und Frühjahr 2019 mehrere Monate in Altendorf forschend unterwegs waren und ganz unterschiedlichen Menschen im Stadtteil begegnet sind, war auch Adel B. einer von ihnen. Davon gehen wir zumindest gut begründet aus, auch wenn wir aus Datenschutzgründen keine persönlichen Informationen von unseren Forschungspartner*innen erhoben haben. Auch haben wir alle Gespräche unter der Voraussetzung geführt, die Erzählungen vertraulich zu behandeln und nur anonymisiert zu nutzen. Daran halten wir uns selbstverständlich auch nach seinem Tod. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, offenzulegen, dass wir mit Adel B. gesprochen haben. Dass wir ein längeres, ausführliches Gespräch über sein Leben in Altendorf geführt haben, dass wir ihn als stadtteilpolitisch informiert und reflektiert und als ausgesprochen angenehm und aufgeschlossen erfahren haben. Seine Geschichte ist für uns damit untrennbar mit unserer Forschung verbunden. Und wir sehen eine forschungspolitische Verantwortung, das Geschehene zu dokumentieren, es mit unserer bisherigen Forschung im Stadtteil in Beziehung zu setzen und öffentlich zu intervenieren.

Altendorf ist ein Stadtteil, der seit mehreren Jahrzehnten als ‚Problemquartier‘ mit Strategien der ‚sozialen Mischung‘ aufgewertet werden soll. In unserem Forschungsprojekt gehen wir der Frage nach, wie sich sozial ungleich und unterschiedlich positionierte Bewohner*innen Altendorfs städtische Ressourcen – Wohnraum, nachbarschaftliche Infrastrukturen, öffentliche Räume – aneignen und welche Konflikte sie dabei austragen.

Dabei zeigt sich ziemlich deutlich, dass gerade die polizeiliche Bearbeitung von ‚Jugendgangs‘, Drogen- und ‚Clan-Kriminalität‘ und eine damit einhergehende mediale Skandalberichterstattung bedeutende Auswirkungen auf die Alltage von Menschen in Altendorf haben: auf die Wahrnehmungsweisen, nachbarschaftlichen Beziehungen und alltäglichen Konflikte. Insbesondere die sich als alteingesessenen und deutsch positionierenden Bewohner*innen artikulieren alltägliche Schwierigkeiten und Ärgernisse im Stadtteil auffallend häufig mittels ethnisierender und kulturalisierender Gruppenkonstruktionen. Wahrgenommene Störungen und Gefahren werden in den Erzählungen über den Stadtteil regelmäßig mit „den Ausländern“, die „immer mehr werden“ [4], verknüpft. Zugleich wird uns von zahlreichen Rassismuserfahrungen im Stadtteil berichtet: Zwei Jugendliche, deren Familien aus dem Kosovo nach Altendorf gezogen sind und die hier seit Jahren nur einen Duldungsstatus haben, erzählen, sie würden im Stadtteil regelmäßig von der Polizei kontrolliert:

„Weil die denken, du machst was mit Drogen. Neulich bin ich hier so langgegangen, habe in meine Bauchtasche reingefasst, wollte was rausholen, und dann hat die Polizei mich angehalten und wollten meinen Ausweis sehen. Ich so: ‚Warum kontrolliert ihr mich?‘ Und die: ‚Weil in Altendorf so viel mit Betäubungsmitteln gehandelt wird, und Falschgeld‘ und so weiter. Aber ehrlich, also die Deutschen werden nie kontrolliert, also ich habe nichts gegen die Deutschen, aber es werden immer nur die Ausländer kontrolliert. Die denken halt, die Ausländer handeln alle mit Drogen, aber das stimmt nicht.“

Ein Schwarzer Bewohner berichtet, er werde regelmäßig im Stadtteil von Passant*innen nach Drogen gefragt: „Das ist so lästig [annoying]. Die sehen, du bist ein Schwarzer Mann und dann denken die, ich sei ein Dealer. Ich kann nicht einfach die Straße entlanggehen, immer kommen die Junkies und fragen mich: ‚Hast du was?‘“ Eine Bewohnerin, die vor mehreren Jahrzehnten aus der Türkei nach Essen gezogen ist, erzählt: „Viele Deutsche hier mögen keine Ausländer. Das ist mehr geworden.“ Auch weitere Bewohner*innen berichten, dass sich „deutsche“ Nachbar*innen im Haus regelmäßig ungerechtfertigterweise beschweren würden. Die Korrespondenzen dieser erzählten Erfahrungen mit der stadtpolitisch-polizeilichen Konstruktion der ‚üblichen Verdächtigen‘ im ‚gefährlichen Problemquartier‘ sind kaum übersehbar.

Unser Anliegen ist es, Adel B.s Tod und dessen anschließende öffentliche (Nicht-)Verhandlung in den Zusammenhang dieser Alltagsverhältnisse in Altendorf zu setzen: Es geht um alltägliche Beziehungen von Bewohner*innen des Stadtteils, um dessen Entwicklungsgeschichte, aber auch um die lokale Polizeikultur. Wir fragen uns, wie es zur Erschießung eines Altendorfer Bewohners durch einen Polizisten kommen konnte, und wie es verstehbar wird, dass diese Erschießung außerhalb des Kreises von Angehörigen, Freund*innen und Aktivist*innen kaum Widerspruch nach sich gezogen hat – ganz analog zur Erschießung von Mikael Haile zwei Jahre zuvor. Denn während Angehörige und Freund*innen Aufklärung und Gerechtigkeit fordern, scheint die erneute Erschießung eines Bewohners durch die örtliche Polizei in der dominanten öffentlichen Debatte in Essen kein Thema (mehr)

zu sein. Kann es eine ‚Stadtgesellschaft‘ tatsächlich einfach so hinnehmen, dass zwei Stadtbewohner von der örtlichen Polizei erschossen wurden? Spielt es dafür eine Rolle, dass es sich nicht um *weiße* Personen gehandelt hat? Wessen Tod wird öffentlich betrauert, wessen nicht? Der Eindruck drängt sich auf, dass hier eine kollektive Verleugnung institutionalisierter wie alltäglicher Rassismen durch Polizei, Stadtpolitik und in den dominanten medialen Diskursen stattfindet, die fatale Folgen hat. Deshalb gilt es, auch als Forscher*innen jene Positionen zu stärken, die diese Verleugnung angreifen.

„Gerechtigkeit für Adel!“

Als Angehörige, Freund*innen und Aktivist*innen eine Demonstration organisieren und „Gerechtigkeit für Adel“ fordern, folgen auch wir dem Aufruf. Wir wollen uns solidarisieren und auch unabhängig von unserer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Stadtteil zeigen, dass uns Adel B.s Tod erschüttert und wütend macht. Wir wollen aber auch mit den Menschen ins Gespräch kommen und mehr über ihre Beweggründe erfahren, an der Demonstration teilzunehmen. Zugleich wollen wir den Angehörigen und ihren Unterstützer*innen unsererseits Unterstützung anbieten, wohl wissend, wie begrenzt unsere Möglichkeiten gerade jetzt sind. Am frühen Abend des 8. August 2019 versammeln sich zunächst mehrere Dutzend Leute am Ort der Auftaktkundgebung, später werden es um die achtzig Teilnehmende sein: Neben den Organisator*innen sind es Nachbar*innen und andere Bewohner*innen des Stadtteils, Leute, die wir dem lokalen linken Spektrum zuordnen, aber auch überregional angereiste Aktivist*innen, etwa von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh. Schilder mit Forderungen nach Aufklärung der Todesumstände von Adel B. werden getragen. Menschen kommen miteinander ins Gespräch. Es werden Sprechchöre gerufen und vorbereitet oder spontan Redebeiträge gehalten. Ein junger Mann aus der Nachbarschaft erzählt, er habe als Mitarbeiter einer psychiatrischen Einrichtung regelmäßig mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen zu tun:

„Die Polizei behauptet, sie musste Adel erschießen, weil er bewaffnet war, aus Notwehr. Ehrlich, wir haben da dauernd solche Situationen, dass da jemand aufgeregt ist, auch mit einem Messer vor mir steht, sich umbringen will. Und wir schaffen das immer, die Person zu beruhigen, und das ganz ohne Gewalt. Es kann doch nicht sein, dass die Polizei so unfähig ist, dass die das nicht auch kann.“

Er kritisiert, dass Altendorf in den Medien immer als „*gefährlicher Stadtteil*“ dargestellt werde: „*Jeder, der hier wohnt, weiß, dass das nicht stimmt. Trotzdem ist hier permanent die Polizei unterwegs, und das kann nicht sein*“. Ein weiterer Redner, der sich als Roma-Aktivist vorstellt, schildert, wie er von klein auf mit der Polizei zu tun gehabt habe: „*Schaut mich an, mein Gesicht. Meine Gesichtszüge ähneln denen von Adel. Die Polizei schikaniert uns, egal was wir machen. Jeder, der so einen Background hat wie wir, kennt das. Das passiert jeden Tag. Das ist Rassismus. Die Polizei hat Adel ermordet.*“ Nach seiner Rede wird er von einem Polizisten zur Seite genommen, offenbar hat dieser etwas dagegen, dass die Erschießung

Adel B.s als Mord bezeichnet wird. Das greift ein Aktivist der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh auf und erklärt die rechtliche Lage: *„Die Leute sind ja keine Juristen oder so, sondern das ist eine gemein geläufige Bezeichnung dafür, dass jemand durch Einwirkung eines anderen zu Tode gekommen ist, in Abgrenzung etwa von einem Unfall. Und deshalb sage ich: Unserer Meinung nach war das Mord.“* Auch die Mutter von Adel B. spricht im Verlauf der Demonstration mehrfach, sie wird von Freundinnen per Handy zugeschaltet. Sie bedankt sich bei den Demonstrierenden und verspricht im Namen ihrer Familie, sie werde nicht ruhen, bis der Tod ihres Sohnes aufgeklärt sei. Sie werde mit anwaltlicher Unterstützung alles tun, damit die Täter bestraft würden. Vor dem Wohnhaus, in dem Adel B. gestorben ist, werden zwei Schweigeminuten gehalten.

Für die Teilnehmenden der Demonstration wie auch für einige derer, die eher vom Straßenrand aus das Geschehen beobachten, ist klar: Die Polizei hat falsch und unangemessen gehandelt. Wir kommen mit zahlreichen Leuten ins Gespräch, von denen nicht wenige auf persönlich erlebte rassistische Polizeipraktiken zu sprechen kommen. Ihre Erzählungen decken sich mit jenen in unseren zuvor geführten Interviews und unseren Beobachtungen während zahlreicher Aufenthalte im Stadtteil. Insbesondere die jüngeren Einsatzkräfte werden kritisiert: Sie seien zu impulsiv, hätten sich selbst nicht im Griff und agierten in Kontrollsituationen provokativ und aggressiv. Nachbar*innen oder entfernte Bekannte brachten ihre Betroffenheit zum Ausdruck – sie hätten Adel B. als einen „Anständigen“ erlebt. Die immer wieder gestellte Frage, warum man ihm nicht in die Beine geschossen habe, lässt sich dabei als Kritik an der Unverhältnismäßigkeit des polizeilichen Handelns verstehen. Aber auch die Frage, wie es sein könne, dass jemand, der Hilfe benötigt, erschossen werde, begegnet uns während der Demonstration mehrfach. Als der Demonstrationzug endet, verstreuen sich die Leute. Die Initiator*innen rufen auf, sich zu vernetzen und laden zu einem ersten Initiativentreffen ein. Wenige Wochen später gründet sich eine Initiative, die die Erschießung von Adel B. und Mikael Haile nicht auf sich beruhen lassen will.[5] Nach der Einstellung des polizeiinternen Ermittlungsverfahrens gegen den Polizisten, der Adel B. erschossen hat, demonstriert die Initiative Ende Oktober 2019 erneut vor der Essener Staatsanwaltschaft und fordert eine juristische Aufklärung in einem Gerichtsprozess, die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollstelle für Fälle von Polizeigewalt, eine bessere medizinische Versorgung für psychisch kranke und suizidgefährdete Menschen und auch ein Ende rassistischer Stimmungsmache und der „Law-and-Order“-Politik.[6]

Problemquartierbearbeitung und Polizeipraktiken

Ein Tod lässt sich nicht einfach ‚verstehen‘. Wir können aber versuchen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu beleuchten, in denen sich die polizeiliche Erschießung eines Deutschen of Color ereignet hat. Und dafür ist es eben nicht unerheblich, *wo* Adel B. erschossen wurde. Seit die Essener Stadtpolitik Ende der 1990er Jahre damit begonnen hat, Altendorf zu ‚entwickeln‘, findet sich in den entsprechenden programmatischen Konzepten die diskursive Verknüpfung von ‚Ausländern‘ und ‚Problemen‘ bzw. ‚ethnischen Konflikten‘

in der Nachbarschaft (bspw. Stadt Essen 1999). Zentral war dabei die nicht näher bestimmte Problemdefinition der „Segregation“. Im Hintergrund stand die sozialstatistische Diagnose einer räumlichen Konzentration von Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit und von Transferleistungsempfänger*innen. Und so entfaltete sich die Programmatik der „Sozialen Stadt“ [7] auch in Altendorf. Diverse städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen wurden begleitet von multikulturalistisch orientierten Nachbarschaftsprojekten. Auch wenn es rassistische Artikulationen innerhalb von Nachbarschaften gab (worauf Presseartikel aus dieser Zeit hinweisen), wurden diese offenbar nicht als stadtpolitischer Interventionsanlass begriffen. Es ging vielmehr um ‚Vermittlung‘ zwischen als ethnisch unterschiedlich klassifizierten Bewohner*innen und um eine ‚Aktivierung‘ von Selbsthilfepotenzialen. Ziel war es, die Abwanderung ‚alteingesessener‘ Bewohner*innen und eine ‚problematische‘ Neuzusammensetzung von Wohngebieten zu verhindern. Ab Mitte der 2000er Jahre wurde dann noch offensiver versucht, die ‚soziale Mischung‘ im Stadtteil zu ‚verbessern‘, indem Besserverdienende durch den Neubau von attraktivem Wohnraum angelockt werden sollten. Damit verknüpft war die Hoffnung auf einen Imagewandel des Stadtteils. Die Zielrichtung dieser Strategie lässt sich zugespitzt auch als eine ‚Senkung des Ausländeranteils‘ und eine ‚Rückeroberung des Stadtteils‘ für die (als *weiß-deutsch* und lohnarbeitend imaginierte) ‚Normalbevölkerung‘ lesen.

Folgt man der Einschätzung der Stadtentwicklungspolitik und der medialen Repräsentation, ist ein solcher Wandel allerdings bisher ausgeblieben. Altendorf wird nach wie vor problematisierend als „Ankommensstadtteil“ [8] für Migrant*innen und Geflüchtete beschrieben. Als Ursache wird folgender ‚Teufelskreis‘ identifiziert: Geringe Mieten und unattraktiver Wohnraum machten den Stadtteil zum Anziehungspunkt für eine ‚problematische‘ Bevölkerung. Deren geringe Kaufkraft führe zu einer ‚einseitigen‘ und ‚unattraktiven‘ Gewerbeinfrastruktur. [9] Weitere Anzeichen seien ‚Problemschulen‘; es häuften sich Desintegrationsphänomene, grassierende Alltagsdevianz („Müll“, „Lärm“ und Verkehrsdelikte) und Kriminalität (insbesondere „Drogenhandel“). So reproduziere sich dann auch der „schlechte Ruf“ des Stadtteils. Und deshalb seien fortlaufende Gegenstrategien notwendig, um Altendorf attraktiver für Mittelschichtshaushalte zu machen.

Solche Strategien der ‚sozialen Mischung‘ können als bevölkerungspolitische Interventionen in die beschriebene ‚Abwärtsspirale‘ verstanden werden. Diese sind aber nicht nur hinsichtlich von Klassenzugehörigkeiten selektiv. Es geht – zumeist implizit – auch um das Aufbrechen einer räumlichen Konzentration ‚problematischer Ausländer‘. Eine zentrale Voraussetzung solcher forcierter Aufwertungspolitiken ist dabei eine rigide Ordnungspolitik. Und so ist die Problemperspektive der mischungsorientierten Stadtentwicklungspolitik in Altendorf eng verflochten mit lokalen Polizeistategien. Die durch rassifizierende und kriminalisierende Zuschreibungen konstruierte ‚gefährliche Bevölkerung‘ ist dabei Ausgangspunkt der gegenwärtigen landesweiten polizeilichen Strategien der „Politik der 1000 Nadelstiche“ und der „Null-Toleranz-Politik“. Diese zielen unter Federführung von NRW-Innenminister Herbert Reul auf die flächendeckende Durchsetzung von „Recht und Ordnung“ ab (bspw. Burger 2018). In Altendorf wird diese Programmatik vor allem durch eine Dauerpräsenz der Polizei im Stadtteil sichtbar, gerade auch

in Form von intensiver anlassloser Bestreifung, aber auch regelmäßiger und gezielter Razzien in als ‚ausländisch‘ markierten Shisha-Bars, Gaststätten, Teestuben oder Wettbüros. Zur Bekämpfung des lokalen Drogenhandels wurde schon vor Jahren ein Kreuzungsbereich als „gefährlicher Ort“ definiert, an dem anlasslose Polizeikontrollen durchgeführt werden können. Eine Praktik, die laut Aussage eines Polizeibeamten in der Altendorfer Bevölkerung wenig Beschwerden hervorgerufen habe, insbesondere auch keine Rassismuskorrekturen gegenüber der Polizei. In Altendorf lassen sich, so also das polizeiliche Wissen, relativ unproblematisiert repressiv-kontrollintensive Polizeistrategien gegen die ‚üblichen Verdächtigen‘ durchführen.

Man könnte nun annehmen, dass die lokale Stadtentwicklungspolitik die polizeiliche Bearbeitung Altendorfs als ‚gefährliches Viertel‘ eher kritisch sieht. Denn es geht ihr ja um den Ruf des Stadtteils, und da sind mediale Skandalberichte über Polizeieinsätze wohl eher schädlich. Doch das Gegenteil ist der Fall: Von uns interviewte Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und involvierter sozialer Träger befürworteten die polizeiliche „Null-Toleranz-Strategie“ und begrüßen die „kontinuierlichen Interventionen“. Verstehbar wird das auch dadurch, dass diese Kontrollpraktiken mit den stadtteilpolitischen Zielen korrespondieren: Die Bewohner*innen, die mehr Sicherheit, (soziale) Kontrolle und Ordnung fordern, sollen vom Verbleib im Stadtteil überzeugt, der Zuzug von Mittelschichtshaushalten auch durch Ordnungspolitiken mittelfristig ermöglicht werden. Plausibel wird so auch der Appell an die Bewohner*innen, bei Störungen oder Konflikten die Polizei zu kontaktieren. Durch diese Einbindung wird die Polizei zugleich als legitime Beschwerde- und Konfliktlösungsinstanz alltäglicher Ärgernisse im Stadtteil positioniert.

Kein Fall rassistischer Polizeigewalt? Stimmen aus der Nachbarschaft

Die Erschießung von Adel B. lässt sich als ‚bedauerlicher oder tragischer Einzelfall‘ erzählen, Adel B. kann als ‚psychisch krank‘ oder als ‚gefährlich‘ beschrieben werden. Das Vorgehen der Polizei mag ‚unglücklich‘ oder ‚fehlerhaft‘ erscheinen und der Ablauf der Geschehnisse als Unfall oder auch als ‚schlecht durchgeführter‘ Polizeieinsatz. Solche Deutungen prägten nicht nur die Presseberichterstattung in WAZ und Bild (die mit der Überschrift „Polizei erschießt Messer-Mann“ sogar die jüngste Moralpanik der Verbindung von Migration und Messern aufrief). Als wir in den Wochen nach Adel B.s Tod mit Nachbar*innen und Anwohner*innen auf der Straße ins Gespräch kamen und uns an umliegenden Kiosken danach erkundigten, was denn eigentlich passiert sei und wie es passieren konnte, hörten wir vielfach Schilderungen eines ‚tragischen Vorfalls‘, die erneut um die Frage kreisten, warum der Polizist Adel B. nicht einfach ins Bein geschossen habe. Eine Nachbarin, die sich als Augenzeugin der Ereignisse auf der Altendorfer Straße vorstellte, die aber die Erschießung Adels nicht direkt mitbekommen habe, berichtet:

„Der hat schon gerufen, erschießt mich doch, der wollte das ja. Aber das darf man dann nicht machen. Das ist ja mehr ein Hilferuf, der hat

ja vorher auch die Polizei gerufen. Ich weiß nicht, man hätte anders handeln können, vorher schießen, ins Knie, ins Bein, man hätte viel Zeit gehabt, mir ist unklar, warum die das gemacht haben. Man hätte den beruhigen sollen.“

Warum also, so der Tenor dieser Äußerungen, habe die Polizei einem Mann, der sich umbringen wollte, nicht geholfen, sondern ihn stattdessen getötet? Vielleicht, so vermutete ein Nachbar, habe die Polizei angenommen, dass es sich um einen Terroristen handle – heutzutage gebe es ja diese Leute, die mit einem Messer rumlaufen würden. Hier wird deutlich: Die Vermutung, dass rassistische Zuschreibungen zu den möglichen Bedingungen von Adel B.s Tod zählen könnten, bleibt auch in den Erzählungen, die seinen Tod bedauern, höchstens implizit.[10] Niemand unter den Leuten, mit denen wir eine Woche nach den Ereignissen sprechen, äußert, dass Adel B. von den Polizist*innen als gefährliche Person wahrgenommen wurde, weil er für sie eben einer jener jungen Männer ‚mit nordafrikanischen Wurzeln‘ an einem ‚gefährlichen Einsatzort‘ war – Deutungen, die etwa Teilnehmer*innen der Demonstration deutlich äußerten. Explizit wird Rassismus nun in den Erzählungen derjenigen, die über Adel B.s Tod kein Bedauern äußern. Einige unserer Gesprächspartner*innen zeigten Verständnis für die Polizist*innen und hießen die Erschießung sogar gut: Sie sei notwendig gewesen, um die Bewohner*innen vor einem „Irren“ zu schützen, der mit einer „Machete“ auf der Hauptstraße unterwegs gewesen sei – so etwa ein Kioskbetreiber, der von einer Kundin erzählte, die „dabei gewesen“ sei. Ein direkter Nachbar erzählte, angesprochen auf die Ereignisse:

„Nee, ich kannte den nicht wirklich, ich hab davon auch nichts mitbekommen, ich bekomme hier eh nicht so viel mit, wenn ich morgens um fünf Uhr zur Arbeit muss und abends meine Ruhe haben will. Ich hab diesen Knall gehört und hab dann das Fenster aufgemacht, aber die Polizisten haben gerufen: Machen Sie das Fenster wieder zu, und das hab ich auch gemacht. Aber das wird hier ja auch immer doller, das mit den Ausländern am Niederfeldsee und der ganze Müll und das Shisharauchen. Das wird immer mehr.“

Eine weitere Anwohnerin machte, unmittelbar vor der Haustür mit den Kerzen, Blumen und Briefen in Gedenken an Adel B. stehend, „Frau Merkel“ für das Ereignis verantwortlich, „die hat ihn hierher geholt, da müssen sie die fragen. Solche Leute, die gehören nicht nach Deutschland“. In solchen Erzählungen tauchen Versatzstücke nicht nur jenes als ‚rechtspopulistisch‘ beschriebenen anti-migrantischen und rassistischen Diskurses auf. Es sind insbesondere zirkulierende Wissensbestände über den Stadtteil Altendorf als ‚Problemviertel‘. Diese ermöglichen erst die diskursive Leistung, eine Verkettung der Elemente „Ausländer“ an einer öffentlichen Grün- und Naherholungsfläche („Niederfeldsee“) mit „Müll“ und „Shisharauchen“ als Kontextualisierung von Adel B.s Tod anzuführen. Nimmt man diese Artikulationen, die stadtpolitische Bearbeitung Altendorfs und die polizeilichen Kriminalisierungspraktiken in ihren rassistischen Dimensionen zusammen, dann verdichtet sich der Eindruck eines spezifischen sozialen Klimas, das mit ermöglicht hat, was am 18. Juni und danach geschehen ist.

Lokalpolitische Verhandlungen: Schweigen und Widerspruch

Zum Tod von Adel B. hat unseres Wissens nach bislang niemand aus der Essener Stadtregierung, aus der Verwaltung oder den Altendorfer Stadtteilgremien öffentlich Stellung bezogen. Parteipolitische Reaktionen – mit Ausnahme einer Pressemitteilung der lokalen Linkspartei Essen – blieben aus. Auch die Kreispolizeidirektion Essen sah sich nicht dazu genötigt, sich zu den offensichtlichen internen Problemen zu äußern oder gar Veränderungen anzustoßen, die möglicherweise verhindern könnten, dass ihre Polizist*innen weitere Menschen bei Einsätzen erschießen. Lokalpolitik und Stadtverwaltung schweigen. Hier scheint kein Interesse zu bestehen, sich mit der Problematik einer lokalen Polizei auseinanderzusetzen, die insbesondere für jene Menschen zur Gefahr wird, die von den rassistischen Kategorisierungsrastern erfasst werden oder die als psychisch oder anderweitig von hegemonialen Normen abweichend gelabelt werden. Und das hängt insbesondere mit den dominanten Erzählungen über die Ereignisse des 18. Juni 2019 und auch des 27. April 2017 zusammen. Die Tode von Adel B. und Mikael Haile werden als Einzelfälle bagatellisiert. Dass auch die seit Jahrzehnten in den Stadtteilen Altendorf und Altenessen präsenten Akteur*innen der integrierten sozialen Stadtteilentwicklung keinerlei Interventionsnotwendigkeit sehen, verwundert dabei kaum: Wie sollten sich jene nun auch äußern, die ansonsten die anhaltenden polizeilichen Kontrollpraktiken gegen (bislang nicht einmal offiziell näher definierte) ‚Clan-Kriminalität‘ oder ‚Drogendealer‘ begrüßen und von Alltagsrassismen in ihren ‚Entwicklungsgebieten‘ schweigen? Auch eine von SPD und Grünen angekündigte Befassung mit Adel B.s Tod im Innenausschuss des Landtags bleibt bislang ohne Effekt – ein dort diskutierter Bericht der Landesregierung bleibt vertraulich, politische Konsequenzen gibt es bislang keine. Und eine stadtöffentliche Diskussion ließe sich, wenn überhaupt, nur im Medium der weitgehend polizeifreundlich berichtenden WAZ beobachten.

Die Demonstration im Stadtteil und die anschließende Gründung einer Initiative, die Aufklärung und „Gerechtigkeit für Adel und Mikael“ fordert, zeigen aber, dass sich auch in Essen öffentlich vernehmbarer Widerspruch gegen die polizeiliche Erschießung zweier Bewohner organisiert. Adel B.s Mutter hat die Einstellung der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft juristisch angefochten. Anders als etwa in Städten wie Berlin, Frankfurt am Main oder Hamburg können die Aktivist*innen in Essen aber nur auf relativ kleine aktivistische Netzwerke zurückgreifen. Gerade deshalb ist die Dokumentation und Kritik rassistischer Polizeiarbeit durch Initiativen wie etwa die *Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) Berlin* oder diverse copwatch-Gruppen[11] so überaus wichtig und unterstützenswert. Denn das dort zusammengetragene alltägliche wie aktivistische Wissen über Polizeipraktiken und Widerstandsstrategien kann auch in anderen lokalen Auseinandersetzungen aufgegriffen und nutzbar gemacht werden (vgl. etwa Wa Baile et al. 2019, *Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt* 2016). Und es geht auch ganz umfassend um eine Verbreiterung der kritischen Debatte um die Institution Polizei (vgl. die Beiträge in Loick 2018), ihre spezifischen sozialen Selektivitäten, die ihr eingeschriebenen Gewaltförmigkeiten, ihre kolonialen Vergangenheiten und Gegenwart (Thompson 2018),

und ihren „Illegalismus“ (Jobard 2013). Und es geht um gangbare Alternativen, die die Polizei auch als quasi-universelle Akteurin zur Bearbeitung von Alltagskonflikten und zur Herrschaftssicherung überflüssig macht.

Allerdings scheint der Weg dahin schwierig. Das Erstarken autoritärer und faschistischer Positionen und Akteur*innen – bis weit in die sogenannte gesellschaftliche Mitte hinein, in Institutionen, insbesondere aber auch innerhalb des Polizeiapparats – macht repressive staatliche Bearbeitungen von (zugeschriebenen) Abweichungen von gesellschaftlichen Normen und hegemonialen Subjektpositionen wahrscheinlicher. Für uns geht es darum, aus einer Position, in der wir es uns aussuchen können, uns (alltäglich, aktivistisch oder eben auch wissenschaftlich[12]) in Konflikte und Auseinandersetzungen um rassistische Polizeiarbeit zu begeben, zur Bekämpfung von alltäglichem wie institutionellem Rassismus beizutragen. Ein wichtiger Schritt dahin ist noch immer, überhaupt die Existenz von Rassismus sichtbar zu machen und diejenigen zu unterstützen, die dies tun. Intervenierende wissenschaftliche Publikationen und Praktiken können dazu beitragen, alltägliche wie institutionelle Rassismen in ihrer Verschränkung mit anderen Machtbeziehungen und herrschaftsförmigen Strukturierungen zu analysieren und sichtbar zu machen. Gleichwohl die ‚kritische‘ akademische Wissensproduktion nur eine begrenzte Reichweite und keinerlei unmittelbare ‚Macht‘ hat, muss sie sich auch immer wieder damit auseinandersetzen, selbst jene Wissenshierarchien zu reproduzieren, in denen die Stimmen derjenigen, die zuallererst mit Rassismen zu kämpfen haben, als ‚Aussagen von Betroffenen‘ abgewertet oder gar nicht gehört werden. Der von Vanessa Eileen Thompson formulierten Forderung, „dass die Mehrheitsgesellschaft, weißdominante Initiativen und politische Gruppen, Einzelpersonen und Forscher*innen [...] viel mehr Platz machen und Räume abgeben [müssen], wenn sie dekoloniale Praxis/Theorie ernst nehmen“ (El-Tayeb/Thompson 2019: 325), stimmen wir zu. Zugleich halten wir es für möglich und notwendig, an der Aussprechbarkeit und Wahrnehmbarkeit dessen mitzuarbeiten, dass die Erschießungen von Adel B. und Mikael Haile durch die Essener Polizei nicht als ‚tragische Einzelfälle‘ hingenommen werden können. Dass diese Erschießungen durch rassistisches polizeiliches Wissen und damit verknüpfte Praktiken mit ermöglicht wurden. Dass es also rassistische Polizeipraktiken *gibt* und dass diese bekämpft werden müssen. Es geht darum, Artikulationsräume von Rassismuskritik zu erweitern und es auch innerhalb der „Mehrheitsgesellschaft“ sagbar zu machen, dass es ein strukturelles Problem mit der Polizei gibt – innerhalb jener „Mehrheitsgesellschaft“, die in Essen weggeschaut hat.

Das Forschungsprojekt wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 389360901 – gefördert. Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Universität Duisburg-Essen ermöglicht.

Endnoten

- [1] Das DFG-Projekt „Aneignungskonflikte in Mischungsorientierten Stadtentwicklungsprozessen“ ist an der Universität Duisburg-Essen angesiedelt, an der Altendorfer Fallstudie waren außerdem Fatemeh Afshar, Margarete Killian und Clara Will beteiligt.
- [2] Zum Tod von Tonou-Mbobda und den anschließenden Mobilisierungen (#JusticeForMbobda) siehe den Blog von Black Community Hamburg: <https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/2019/05/01/offener-brief-an-das-universitats-klinikum-eppendorf/> (letzter Zugriff am 27.1.2020).
- [3] Siehe den umfangreichen Blog der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh: <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/> (letzter Zugriff am 27.1.2020).
- [4] Alle kursiv gesetzten Zitate entstammen unseren Interview- oder anderen Erhebungsprotokollen.
- [5] Vgl. die Presseerklärung: http://www.antirassismus-telefon.de/images/o/o8/Presseerklärung_Initiative.pdf (letzter Zugriff am 28.1.2020).
- [6] Die Pressemitteilung vom 18.10.2019 ist auf der Facebook-Seite der Initiative zu finden: <https://www.facebook.com/gerechtigkeit4adel>
- [7] Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wurde 1999 gemeinsam vom Bund und den Ländern als Teil der Städtebauförderung ins Leben gerufen, eine Kritik daran formuliert bspw. Lanz (2009).
- [8] Direkte Zitate in diesem Absatz entstammen eigenen Expert*inneninterviews.
- [9] Eine Mitarbeiterin eines in den Stadtteilentwicklungsprozess in Altendorf eingebundenen sozialen Trägers beschrieb uns im Interview die ‚migrantische Ökonomie‘ entlang der Altendorfer Straße als „Monokultur“, da es dort kaum noch „deutsche“ Läden geben würde. Diese ethnisierte Homogenisierung von funktionaler Heterogenität (die Straße ist vom Gewerbe her so vielfältig wie sonst kaum ein Stadtteilzentrum) kann als typisch für die dominanzkulturelle, ethnozentrische Perspektive der lokalen Stadtentwicklungspolitik gelten.
- [10] So kann etwa die Vermutung, die Polizei habe in Adel B. einen Terroristen erkannt, auch als Kritik an einer solchen – eben rassistischen – Zuschreibung gelesen werden.
- [11] KOP-Gruppen bestehen neben Berlin (<https://kop-berlin.de/>) auch in Bremen und Kiel (<https://kopbremen.noblogs.org/> bzw. <http://kop-kiel.de/>); copwatch-Gruppen gibt es in Frankfurt, Hamburg und Leipzig (<http://copwatchffm.org>, <https://copwatchleipzig.home.blog> bzw. www.copwatchhamburg.blackblogs.org, letzter Zugriff jeweils am 28.1.2020).
- [12] Eine strikte wissenschaftliche Neutralität wäre bereits forschungsethisch nicht mehr vertretbar.

Autor_innen

Moritz Rinn hat Politikwissenschaft studiert. Seine Arbeitsschwerpunkte sind städtische Konflikte, Stadtentwicklungspolitik, Politiken des Sozialen und Sozialstaatlichkeit.
moritz.rinn@uni-due.de

Jan Wehrheim hat Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik studiert und lehrt und forscht seit vielen Jahren in Bereichen der Stadt-, Devianz- und Techniksoziologie.
jan.wehrheim@uni-due.de

Lena Wiese hat interdisziplinäre Sozial- und Migrationswissenschaften studiert und forscht insbesondere in Bereichen zu Stadtentwicklungspolitik, Konfliktsoziologie und Polizei.
lena.wiese@uni-due.de

Literatur

- Abdul-Rahman, Laila / Espín Grau, Hannah / Singelstein, Tobias (2019): Polizeiliche Gewaltanwendungen aus Sicht der Betroffenen. Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol). Bochum: Ruhr-Universität Bochum.
- Baker, David / Pillinger, Claire (2019): ‚These people are vulnerable, they aren’t criminals‘: Mental health, the use of force and deaths after police contact in England. In: *The Police Journal: Theory, Practice and Principles* 12/2, 0032258X1983927.
- Belina, Bernd / Wehrheim, Jan (2011): „Gefahrengebiete“: durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen. In: *Soziale Probleme* 23/2, 207-229.
- Bruce-Jones, Eddie (2015): German policing at the intersection: race, gender, migrant status and mental health. In: *Race & Class* 56/3, 3-49.
- Burger, Reiner (2018): „Manche meinen, ich will jetzt überall Wasserwerfer auffahren lassen“. In: *Frankfurter Allgemeine*, 28.3.2018.
- El-Tayeb, Fatima / Thompson, Vanessa Eileen (2019): Alltagsrassismus, staatliche Gewalt und koloniale Tradition. Ein Gespräch über Racial Profiling und intersektionale Widerstände in Europa. In: Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert (Hg.), *Racial Profiling*. Bielefeld: transcript, 311-328.
- Jobard, Fabien (2013): Zur politischen Theorie der Polizei. In: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 10/1, 65-77.
- Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (Hg.) (2016): *Alltäglicher Ausnahmezustand. Institutioneller Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden*. Münster: edition assemblage.
- Kinscher, Wolfgang (2019): Demo für Adel B: Tödliches Drama mobilisiert nur noch wenige. In: *Westdeutsche Allgemeine*, 25.10.2019.
- Lanz, Stephan (2009): Powered by Quartiersmanagement: Füreinander Leben im „Problemkiez“. In: Matthias Drilling / Olaf Schnur (Hg.), *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden: VS, 219-225.
- Lautenschlager, Rachel / Omori, Marisa (2019): Racial Threat, Social (Dis)organization, and the Ecology of Police: Towards a Macro-level Understanding of Police Use-of-force in Communities of Color. In: *Justice Quarterly* 36/6, 1050-1071.
- Loick, Daniel (Hg.) (2018): *Kritik der Polizei*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Miller, Joel / Gounev, Philip / Pap, András L. / Wagman, Dani / Balogi, Anna / Bezlov, Tihomir / Simonovits, Bori / Vargha, Lili (2008): Racism and Police Stops. In: *European Journal of Criminology* 5/2, 161-191.
- Pesch, Dennis (2019a): Erschossen – aber nicht ermordet? Wegen des gewaltsamen Todes eines 32-Jährigen in Essen gerät die Polizei in Erklärungsnot. In: *Neues Deutschland*, 11.8.2019.
- Pesch, Dennis (2019b): Schuss ins Herz: Musste Mikael Haile wirklich sterben? In: ak[due]ll – Studentische Monatszeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet, 2.6.2019.
- Smith, Douglas A. (1986): The Neighborhood Context of Police Behavior. In: *Crime and Justice* 8, 313-341.
- Stadt Essen (1999): *Handlungskonzept für Essen-Altendorf – Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf*. Essen.
- Thompson, Vanessa E. (2018): „There is no justice, there is just us!“. Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling. In: Daniel Loick (Hg.), *Kritik der Polizei*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 197-219.
- Wa Baile, Mohamed / Dankwa, Serena O. / Naguib, Tarek / Purtschert, Patricia (Hg.) (2019): *Racial Profiling*. Bielefeld: transcript.

„mind grabbing und ästhetische Gentrifizierung“

Rezension zu Kumnig, Sarah / Rosol, Marit / Exner, Andrea*s (Hg.) (2017):

Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten. Bielefeld: transcript.

Stefan Staehle

Kaum eine andere Form von Raumeignung kann sich aktuell hinsichtlich gesellschaftlicher, medialer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit mit dem Phänomen des gemeinsamen städtischen Gärtnerns messen. *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*, von Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andrea*s Exner, reiht sich ein in einen stetig wachsenden Handapparat zu diesem Thema. Während sich der überwiegende Teil der Publikationen mit den Potentialen des gemeinschaftlichen Gärtnerns für eine alternative Form von Raumproduktion innerhalb des Städtischen befasst (vgl. u. a. Biedermann/Rippenberger 2017; Böckel 2018; Tornaghi/Certomà 2018; Certomà et al. 2019) und damit gemeinschaftliches städtisches Gärtnern im Kontext der Recht-auf-Stadt-Bewegung verortet (Lefebvre 1991; Harvey 2013), thematisiert die hier vorliegende Veröffentlichung die Mechanismen und Effekte, die die kritische Praxis der Raumeignung in ihr Gegenteil verkehren.

Die Schwierigkeiten einer mit einem solchen Vorhaben verbundenen Darstellung – und darauf weist der Titel der Publikation bereits hin – liegt in der Vielfalt des Phänomens ‚Urban Gardening‘ selbst, das von nachbarschaftlichen *small-scale* Initiativen bis zur politisch motivierten Besetzung von Stadtentwicklungsflächen reicht. Kumnig, Rosol und Exner begehen Angesichts dieser Unübersichtlichkeit nicht den Fehler einer Komplexitätsreduzierung mit beschränkter Aussagekraft, sondern eröffnen den Leser_innen ein Spektrum, das in seiner Vielfalt nicht überfordert, sondern zum Verständnis des Phänomens in seiner Gesamtheit beiträgt. Diese Heterogenität sorgt für die Qualität dieser Publikation, die im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojekts am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien[1] und der hieraus initiierten Konferenz „Grüne städtische Gemeingüter? Grüne urbane Aktivitäten im öffentlichen Raum – zwischen Aufwertung, Privatisierung, sozial-ökologischer Transformation und Recht auf Stadt“ entstand, und deren Agenda und Diskussion in *Umkämpftes Grün* ihren Widerhall finden.

Anhand dreier voneinander unabhängiger Themenblöcke eröffnet die Publikation einen Zugang zur Komplexität des Gegenstands. Ausgehend von

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: transcript)



einem theoretischen Überblick, der die Genealogie des städtischen Gärtnerns beleuchtet, zeigen aktuelle Forschungsansätze die Möglichkeiten und Probleme einer Verbindung von Wissenschaft und gärtnerischem Aktivismus. Die daran anschließenden Fallstudien illustrieren wiederum anhand konkreter Beispiele Einzelaspekte des Themenkomplexes. Dabei wird sichtbar, dass sich städtisches Gärtnern innerhalb eines Felds bewegt, das neben seiner eigenen Historizität, die Ebene des wissenschaftlichen Aktivismus, die Frage nach städtischen *commons*, die Wechselbeziehung zwischen Neoliberalismus und Ermächtigungsbewegungen, die Analyse spezifischer Governance-Strukturen zwischen Gemeinwohl und Gentrifizierung und die Rolle des Individuums innerhalb der Gemeinschaft der Gärtner_innen thematisiert.

Diese Gesamtschau fügt sich jedoch nicht zu einem Bild, das die Potentialität kritischer Raumaneignung betont, sondern Unbehagen auslöst. Die sich auch in der Publikation findende Annahme (u. a. Viehoff/Follmann 2017: 251 f.), Initiativen gemeinschaftlichen Gärtnerns müssten lediglich gut genug, im Sinne von möglichst idealistisch, gemeinschaftlich, emanzipatorisch, ökologisch, umgesetzt werden, geht am Kern der Sache vorbei. Viel wesentlicher für den Effekt solcher Initiativen im Gesamtzusammenhang städtischer Systeme ist die Dynamisierung des neoliberalen Systems durch die kritische Praxis selbst: Initiativen gemeinschaftlichen Gärtnerns sind „niemals Entweder-oder“, sondern haben stets „das Potential [...], beides zu sein“: Alternativen zur neoliberalen Stadtentwicklung darzustellen und diese gleichzeitig voranzutreiben (Rosol 2017: 27).

Dieses latente Unbehagen an der Rolle des urbanen Gärtnerns als Medium urbaner Transformation, zeigt sich stellvertretend im Unbehagen der beteiligten Akteure. Beispielhaft wird dies in dem publizierten Briefwechsel zwischen Barbara van Dyck, Chiara Tornaghi, Severin Halder, Ella von der Haide und Emma Saunders, der die Motivationen zur Etablierung einer Strategieplattform für eine urbane Ernährungsbewegung aufzeigt (van Dyck et al. 2017: 81-108). Im Laufe der Korrespondenz kommen van Dyck und Tornaghi – die eine Kooperation von Wissenschaft und Aktivismus grundsätzlich bejahen und als Instrument kritischer Raumproduktion anerkennen – zum Entschluss, das für eine Konferenz geplante Panel zu politischer urbaner Agrarökologie abzusagen, weil das Format einer wissenschaftlichen Konferenz „für die Art des Austausches, den wir schaffen und stärken wollen, nicht geeignet ist“ (van Dyck et al. 2017: 105). Der Schritt von privater Vernetzung von Garten- und Ernährungsaktivisten in die Sphäre öffentlicher Diskussion kann eben nicht nur als Schritt hin zu einer wünschenswerten Verbreitung von Ideen und Konzepten und deren gemeinschaftlicher Weiterentwicklung verstanden werden, sondern eben auch als jener Zeitpunkt, der das Ende der Hoheit über die eigenen Positionen markiert. In der Ablehnung jeglicher Art von Öffentlichkeit zeigt sich ein sich manifestierendes Bewusstsein, den eigenen Aktivismus und auch die Ideale vor neoliberaler Vereinnahmung, „*mind grabbing* und ästhetische[r] Gentrifizierung [...]“ (van Dyck et al. 2017: 101) zu schützen, auch wenn dies einen Rückzug aus der wissenschaftlichen Debatte zur Folge hat.

Den Kern dieser Unsicherheit thematisiert Margaret Haderer (Haderer 2017: 63-80) mit ihrer Kritik an der noch heute wirkmächtigen affirmativen Übernahme von Henri Lefebvres ‚Recht-auf-Stadt‘-Diskurs. Vor

allem Lefebvres Fokussierung auf die Selbstbestimmung des Individuums als Triebfeder gesellschaftlicher Transformation im urbanen Kontext muss aus heutiger Sicht historisch verortet und nicht „orthodox-normativ übernommen werden“. Ziel sollte es laut Haderer vielmehr sein „mit gegenwärtigen Theorien zu spätmoderner Subjektivität die Frage zu stellen, ob Selbstbestimmung auch heute noch jene politische Triebkraft hat, die ihr Lefebvre in den 1960ern zuschrieb.“ (Haderer 2017: 64)

Diese Betrachtungen führen letztlich zu einem Unbehagen an der kritischen Praxis des urbanen Gärtnerns an sich. Bedeutet nicht die Sichtbarmachung eines Mangels an Teilhabe, Zugang zu Ressourcen und Gemeinschaft und der daraus resultierenden produktiven Umwertung, wesentlicher Teil einer Dynamik zu sein, die neoliberale Prozesse letztlich selbst ins Werk setzt? Was als emanzipatorischer Akt migrantischer Communities in New York seinen Ausgang nahm, entwickelte sich durch „Mikroevolutionen“ und „Mikroverschiebungen“ (Boltanski/Chiapello 2006: 255) zunehmend zu einem Agenten neoliberaler Stadtentwicklung, der Gentrifizierungsprozessen und der Verdrängung marginalisierter Milieus den Boden bereitet. Trotz des Engagements und des Idealismus der Initiator_innen gewinnen letztlich Vermarktungsstrategien der Immobilienentwickler an Einfluss (Kumnig 2017: 142 f.), rückt der individuelle Distinktionsgewinn der Gärtner_innen in den Vordergrund (Exner/Schützenberger 2017: 161 ff.) und versuchen Wirtschaftsunternehmen urbanes Gärtnern für green-washing-Kampagnen zu instrumentalisieren (van Dyck et al. 2017: 102).

Diese Umprogrammierung beschrieben Luc Boltanski und Eve Chiapello in *Der neue Geist des Kapitalismus* durch die Analyse der Anpassungsprozesse des kapitalistischen Systems auf die im Zuge der 68er-Bewegung formulierte Kritik. Und es sind diese Mechanismen, die sich im Subtext aller Beiträge von *Umkämpftes Grün* wiederfinden lassen. Heute wie damals tauscht man „Sicherheitsgarantien gegen Autonomie“, was wiederum einem „neuen kapitalistischen Geist den Weg [ebnet], der Mobilität und Anpassungsfähigkeit preist, [...]“ (Boltanski/Chiapello 2006: 255).

Die Analyse Boltanskis und Chiapellos erweist sich noch aus einem weiteren Grund als lohnenswerte Kontrastfolie für die hier vorliegende Untersuchung, geht sie doch einen Schritt über die Analyse von Kumnig, Rosol und Exner hinaus und hinterfragt die Rolle der Kritik als solche. Diese wird in jenem Moment anfällig für eine Umwertung durch den neoliberalen Diskurs, in dem sich ganzheitliche Kritik in Künstler- und Sozialkritik zu fragmentieren beginnt. Spielte die Sozialkritik und ihr Kampf gegen Ausbeutungs- und Ausgrenzungsmechanismen historisch gesehen die Haupttriebkraft linker Bewegungen, wurde sie im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend zugunsten der Künstlerkritik zurückgedrängt, die sich durch die Forderungen nach Autonomie, Kreativität, Authentizität und Emanzipation charakterisiert.

Diese Vorgänge wirken in die Praxis des gemeinschaftlichen Gärtnerns hinein, in der sich ebenfalls ein Auseinanderdriften von sozial- und künstlerkritischen Positionen beobachten lässt.

Die Künstlerkritik erweist sich als anfällig für das Vorhaben „die Authentizitätsforderung, die der Kritik an der Konsumgesellschaft zugrunde lag, der Marktlogik zu unterwerfen und für sich zu vereinnahmen“ (Boltanski/Chiapello 2006: 489). Die Formulierung einer spezifischen Ästhetik des

urbanen Gärtnerns trägt zu dieser Dynamisierung wesentlich bei, denn es sind primär die ästhetisch wirksamen Elemente, die aktiv in den Prozess der Waren- und Werteakkumulation eingebunden werden. Dabei werden diese umprogrammiert und in neuem politischem Kontext reproduziert, was sie für ihre ursprüngliche Verwendung entwertet.

In der Sichtbarmachung dieser Prozesse in ihrer Vielfältigkeit liegt die Qualität von *Umkämpftes Grün*. Es wird deutlich, wie sehr urbanes Gärtnern als Praxis des *commoning* Wert darauf legen muss, die Gesamtheit des ihr inhärenten kritischen Potentials zu bewahren und sich einer Fragmentierung in Künstler- und Sozialkritik aktiv zu widersetzen.

Dieser Artikel wurde durch den Publikationsfonds der Hochschule Kaiserslautern gefördert.

Endnoten

- [1] Green Urban Commons. Reconfiguring Public Spaces through Green Urban Commons (2013-2016).

Autor_innen

Stefan Staehle ist Architekturtheoretiker. Neben angewandter Forschung beschäftigt er sich u. a. mit Künstlervereinigungen und Avantgarden des 20. Jahrhunderts.
stefan.staehle@hs-kl.de

Literatur

- Biedermann, Amrei / Ripperger, Anna-Lena (2017): *Urban Gardening und Stadtentwicklung. Neue Orte für konflikthafte Aushandlungsprozesse um städtischen Raum*. Wiesbaden: Springer.
- Böckel, Max (2018): *Urban Gardening und Governance. Ansätze für die Verstetigung von Urban Gardening Konzepten – Empfehlungen für die Übertragung in den Kontext Halle/Saale*. Saarbrücken: AV.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Köln: Herbert von Halem.
- Certomà, Chiara / Noori, Susan / Sondermann, Martin (Hg.) (2019): *Urban gardening and the struggle for social and spatial justice*. Manchester: Manchester University Press.
- Exner, Andrea*s / Schützenberger, Isabelle (2017): *Der Geschmack am Gärtnern. Gemeinschaftsgärten und soziale Diversität in Wien*. In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 161-186.
- Haderer, Margaret (2017): *Recht auf Stadt! Lefebvre, urbaner Aktivismus und kritische Stadtforschung. Eine Rekonstruktion, Interpretation und Kritik*. In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 63-80.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte - vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Kumnig, Sarah (2017): *Zwischen grüner Imageproduktion, partizipativer Politik und Wachstumszwang: urbane Landwirtschaft und Gärten im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung in Wien*. In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 139-160.

- Kumnig, Sarah / Rosol, Marit / Exner, Andrea*s (Hg.) (2017): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript.
- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Rosol, Marit (2017): *Gemeinschaftlich gärtner in der neoliberalen Stadt?* In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 11-32.
- Tornaghi, Chiara / Certomà, Chiara (2018): *Urban Gardening as Politics*. Milton: Routledge.
- van Dyck, Barbara / Tornaghi, Chiara / Halder, Severin / von der Haide, Ella / Saunders, Emma (2017): *Der Aufbau einer Strategieplattform: Vom Politisieren urbaner Ernährungsbewegungen zu urbaner politischer Agrarökologie*. In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 81-108.
- Viehoff, Valérie / Follmann, Alexander (2017): *Das Politische eines Gemeinschaftsgartens – NeuLand in Köln als Experimentierort für urban commoning?* In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andrea*s Exner (Hg.): *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 233-262.

Können Kommunen das Klima retten?

Rezension zu Cindy Sturm (2019): *Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis*. Bielefeld: transcript.

Manfred Miosga

Klimaschutz ist in den wenigen letzten Jahren zu einem dominanten politischen Topos geworden. Insbesondere die Schulstreik-Bewegung der Fridays for Future (FFF) hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Erkenntnisse der internationalen Klimaforschung gelenkt. Diese hat im Vorfeld der internationalen Klimakonferenzen eingefordert, dass endlich „nie dagewesene Maßnahmen“ ergriffen werden müssen, um die für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation – so wie wir sie bisher kennen – bedrohlichen Auswirkungen der Erhitzung der Erdatmosphäre auf ein kontrollierbares Maß zu begrenzen. Die international bestens vernetzten jungen sozialen Bewegungen wie FFF oder Extinction Rebellion haben dabei in letzter Zeit auch die kommunale Ebene als Adressatin für ihre Aktionen entdeckt: Sie fordern von den Kommunen, den Klimanotstand auszurufen, und nutzen Partizipationsmöglichkeiten wie Bürger*innenversammlungen, um dieser Forderung auch durch Beschlüsse Nachdruck zu verleihen. Immerhin haben sich laut Umweltbundesamt mittlerweile mehr als 40 Kommunen per Beschluss selbst verpflichtet, dem Klimaschutz eine höhere Priorität einzuräumen als bisher (Stand 6.2.2020, vgl. Umweltbundesamt 2020). Dabei hat die Ausrufung des ‚Klimanotstands‘ allenfalls eine symbolische Bedeutung und entfaltet keine rechtlich bindende Wirkung. Vielmehr wird über diese Aktivitäten ein Beitrag zur diskursiven (Re-)Konstruktion eines Politikfeldes auf kommunaler Ebene geleistet und eine Steigerung der Bedeutung des Klimaschutzes auch auf kommunaler Ebene erzeugt.

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: transcript)



Für eine wissenschaftliche Einordnung solcher Prozesse bietet das kürzlich erschienene Buch von Cindy Sturm zahlreiche wertvolle Hinweise. Ausgangspunkt ihrer Arbeit ist die Feststellung, dass durch internationale Abkommen den Kommunen schon seit mehreren Jahrzehnten eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung umwelt- und klimapolitischer Zielsetzungen zugewiesen wird, diese aber auf lokaler Ebene höchst unterschiedlich aufgegriffen und ausgefüllt wird. Um eine Erklärung für die unterschiedliche Umsetzung klimapolitischer Ziele und Maßnahmen in städtischen Kontexten zu finden, führt Cindy Sturm zwei vergleichende Fallstudien durch: in einer ost- und in einer westdeutschen mittleren Großstadt (Münster und Dresden). Dabei

interessiert sie insbesondere, welche Diskurse um Klimapolitik sich seit 1997 in der Stadtentwicklungspolitik konstituiert und welche Formen der Steuerung sich etabliert haben, um die formulierten klimapolitischen Ziele in Praktiken der Stadtentwicklungspolitik und Planung zu übersetzen.

Die Tatsache, dass Städten die Aufgabe und die Verantwortung zugeschrieben wird, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und gar eine zentrale Umsetzungsebene für die nationalen und internationalen Klimaziele zu sein, ist für Sturm nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis von politischen Aushandlungsprozessen und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Um zu verstehen, warum sich vor diesem Hintergrund Klimapolitiken als städtische Politiken konstituieren und wie sie sich in unterschiedlichen Städten unterschiedlich ausprägen, stützt sich Sturm auf einen Mix an theoretischen Konzepten: Die Perspektive der *urban policy mobility* ermöglicht ihr einen Zugang zu unterschiedlichen lokalen Variationen in der Klimapolitik auf städtischer Ebene. Demzufolge sind Städte keine statische Maßstabsebene politischen Handelns, die vorgegebene Politikkonzepte einer zentralen staatlichen Ebene einfach nur umsetzen. Vielmehr verändern sich politische Modelle und Strategien auf ihrem Weg auf die Ebene der Städte und werden dort in komplexen Kommunikationsprozessen durch spezifische Machtmechanismen und eingeschliffene Alltagspraktiken modifiziert. Übergreifende Politiken werden in verschiedenen Städten folglich unterschiedlich aufgegriffen und selektiv verarbeitet. Somit werden die jeweiligen Kontextbedingungen und Aushandlungsprozesse herausgestrichen und Unterschiede in der lokalen Politikproduktion können erklärt werden.

Die zweiten und dritten konzeptionellen Säulen der Arbeit bilden die Diskurstheorie und die Gouvernementalitätstheorie in Anlehnung an Michel Foucault. Diskurstheoretische Zugänge lenken den Blick darauf, welche Bedeutungen wirkmächtig werden und wie sich diese über die Zeit verändern. Klimapolitiken sind als Ergebnis diskursiver Konstruktionsprozesse zu verstehen, die sich auch verändern könn(t)en. Aus der Perspektive stadtentwicklungspolitischer Diskurse gilt es dann herauszuarbeiten, welche Diskursstränge um Klimapolitik deutungsmächtig werden und wie diese in spezifischen städtischen Konstellationen variieren. Durch die Verbindung einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive mit der Diskurstheorie soll es möglich gemacht werden, die wechselseitige Konstitution von Wissensordnungen und Regierungstechniken in den Mittelpunkt zu rücken. Cindy Sturm interessiert dabei vor allem, welche Rationalitäten und Problematisierungen erzeugt werden, welche Regierungstechnologien der Fremd- und Selbstführung sich herausbilden, wie verantwortliche Subjekte hervorgebracht werden und wie mit widerständigen Praktiken verfahren wird?

Dieser komplexe analytische Forschungszugang wird von Cindy Sturm in drei Schritten mit differenzierten methodischen Verfahren umgesetzt. Um übergeordnete sprachliche Muster der Klimapolitik herauszuarbeiten, führt sie ein korpuslinguistisches Analyseverfahren von bundespolitischen und stadtpolitischen Dokumenten durch (Makroperspektive). Die zweite Perspektive (Mikroperspektive) wird durch Interviews mit politischen Entscheidungsträger*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie durch Auswertung städtischer Berichte in den beiden untersuchten Städten erzeugt. Mithilfe von qualitativem Kodieren mit MaxQDA verschafft sich die

Autorin einen Überblick über artikulierte Themen, Problematisierungen und Praktiken in den beiden Fallstädten Münster und Dresden. Mit einer Aussagenanalyse erfasst sie heterogene Stimmen, Konflikte und Widerstände.

Dabei gelingt es ihr zunächst spezifische Konjunkturen von Begriffen in der umwelt- und klimapolitischen Diskussion herauszuarbeiten, die den lokalen Diskurs rahmen. Es fällt auf, dass insbesondere in Dresden wie in ganz Ostdeutschland der Stadtumbau über Jahre hinweg umwelt- und klimapolitische Themen in den Hintergrund gedrängt hat. Dies hat in Dresden schließlich auch zu einer spezifischen Form des Umgangs mit Klimapolitiken geführt, die eher auf einer fachlichen Verwaltungsebene im Hintergrund aufgebaut und umgesetzt worden sind und weniger nach außen getragen wurden. Zudem gibt es in Dresden durchaus mächtige Gegenbewegungen, da die lokalen Vertreter*innen der bürgerlichen Parteien sich von ihrer bundespolitischen Linie deutlich abwenden und skeptischen Positionen gegenüber einem menschengemachten Klimawandel viel Raum bieten. Erst mit dem jüngsten Regierungswechsel in der Stadtpolitik hin zu den Parteien aus dem Spektrum der linken Mitte wurde auch ein Diskurswechsel verbunden und die Notwendigkeit eigenständiger Klimapolitiken stärker betont.

In Münster hingegen ist der klimapolitische Diskurs seit langem und kontinuierlicher präsent und wird in Kongruenz mit neoliberalen Wettbewerbsstrategien sogar als Imagefaktor aktiv in der Kommunikationspolitik und Außendarstellung der Stadt hervorgehoben. Münster wird vom Bund aktiv in eine Strategie der Verantwortungsabgabe auf die Ebene der Städte einbezogen und in modellhafte Projekte eingebunden, die herausragende Praxisbeispiele für Klimapolitiken auf städtischer Ebene produzieren sollen. Die langjährige Vorbildrolle führt in Münster dazu, dass auch Vertreter*innen bürgerlicher Parteien den Klimaschutz als wichtige Aufgabe hervorheben.

In beiden Städten wurden zudem wesentliche Impulse in den lokalen Debatten durch Vereinbarungen auf internationaler Ebene – wie die Globale Nachhaltigkeitsagenda der UN mit ihren 17 *Sustainable Development Goals* (Agenda 2030) oder dem UN Klimaschutzabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 – ausgelöst. Solche Dokumente und ihre Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene weisen den Kommunen Verantwortlichkeiten zu, einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Ziele zu leisten.

Cindy Sturm zeigt in ihrer Arbeit auf, dass diese Impulse in beiden Städten jedoch unterschiedlich ‚ankommen‘ werden und zu unterschiedlichen Ausformungen konkreter Klimapolitik führen. Während in Dresden Umwelt- und Klimapolitiken stärker mit Städtebauförderprogrammen und Stadtumbaumaßnahmen verbunden sind und Regierungstechnologien der *agency* im Sinne von *empowerment* und Steigerung der Handlungsfähigkeit repräsentieren, sind es in Münster Regierungstechnologien der Performanz, die dominieren. Diese vermitteln sich über die Teilnahme an Zertifizierungsverfahren, Benchmarks, Wettbewerben, Modellprojekten wie die 100 Prozent Modellkommune (100 Prozent Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen) und Best-Practice-Verfahren. Dies verbindet sich mit der Herausbildung spezifischer Kompetenzen und Strategien der entscheidenden Subjekte in den Verwaltungen und in der Politik. In Münster kann die zugeschriebene Musterrolle in der Klimapolitik als individueller Erfolg der Akteure herausgearbeitet und expressiv zu Marketingzwecken

eingesetzt werden. In Dresden müssen die Akteure, die erfolgreich Klimaschutzpolitik betreiben wollen, diese eher in leichter vermittelbaren komplexen Projekten wie Stadtumbauprojekte ‚einbauen‘ und dort ‚verstecken‘.

Auch spielen in beiden Städten unterschiedliche lokal spezifische Erfahrungen mit extremen Wetterereignissen eine große Rolle in der Ausformung der jeweiligen städtischen Diskurse zur Klimapolitik. Insbesondere die katastrophalen Hochwasser in Dresden haben Gelegenheitsfenster für lokale Klimapolitiken aufgestoßen und die Klimapolitik stärker in den Vordergrund des stadtpolitischen Diskurses gerückt. In Münster haben die deutlich schwächeren aber überraschenden und ungewohnten Hochwasserereignisse eher als Bekräftigung des eingeschlagenen Weges fungiert.

Sturm gelingt es in ihrer Arbeit in methodisch überzeugender Weise einen sozialwissenschaftlich fundierten Einblick in das Politikfeld des kommunalen Klimaschutzes zu generieren. Dabei deckt sie neoliberale Strategien der Verantwortungsdelegation (vom Bund auf die Städte, von der Politik auf die Zivilgesellschaft) auf. Darüber hinaus gelingt es ihr, unterschiedliche Muster städtischer Klimapolitiken herauszuarbeiten und zu begründen. Die konzeptionelle Kombination aus den Theorien der *urban policy mobility*, der Diskurstheorie und der Gouvernamentalitätstheorie eröffnet ein vielversprechendes Forschungsprogramm zur Erklärung divergenter Muster lokaler Politiken und zur fundierten Analyse spezifischer lokaler Ausprägungen. Diese Monographie zeigt, dass strukturelle Aspekte (vorherrschende Diskurse und Konkurrenzen um Deutungshoheiten) einerseits mit subjektbezogenen Perspektiven (Subjektformierungen) und Herrschaftstechnologien (vorherrschende Regierungstechnologien) andererseits gewinnbringend verbunden werden können. Dies erlaubt Einblicke in die Konstitution des Politikfelds städtischer Klimaschutz, den sich auch soziale Bewegungen für ihre Strategiekonstruktion nutzbar machen können. So wird deutlich, dass einerseits die jeweilige Formierung der städtischen Klimapolitik vor dem Hintergrund der lokal spezifisch ausgeformten Diskurse verstanden werden muss, um geeignete Anknüpfungspunkte für wirksame zivilgesellschaftliche Bewegungen zu finden. Andererseits zeigen die Untersuchungen von Cindy Sturm, dass die Gestaltung der lokalen Diskurse offen ist gegenüber Einflüssen von außen. Zivilgesellschaftlicher Druck könnte an geeigneter Stelle zu einem Katalysator und Accelerator für städtische Klimapolitiken werden und zur Öffnung von Gelegenheitsfenstern beitragen. Momentan versuchen zahlreiche Initiativen, mit der Forderung nach Ausrufung eines Klimanotstands, den lokalen Diskurs zu beeinflussen und ambitionierteres Handeln einzufordern. Es wird sich zeigen, wie sich diese Forderungen, die überall nach sehr ähnlichem Muster erhoben werden, in den jeweiligen stadtpolitischen Kontexten modifizieren und zu mobilen urbanen Politiken werden.

Autor_innen

Manfred Miosga forscht zur Frage, welcher Beitrag zur Nachhaltigkeitstransformation auf der Ebene der Stadt- und Regionalentwicklung geleistet werden kann.
manfred.miosga@uni-bayreuth.de

Literatur

Cindy Sturm (2019): Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis. Bielefeld: transcript.

Umweltbundesamt (2020): Deutsche Kommunen rufen den Klimanotstand aus. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-kommunaler-ebene/deutsche-kommunen-rufen-den-klimanotstand-aus#> (letzter Zugriff am 17.02.2020).

Für eine Geographie des (Post-)Politischen

Rezension zu Erik Swyngedouw (2018): *Promises of the Political. Insurgent Cities in a Post-Political Environment*. Cambridge/London: MIT Press.

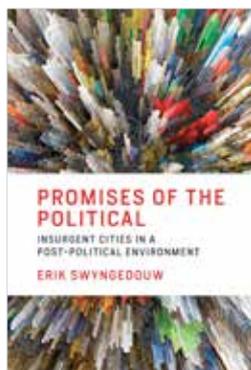
Lucas Pohl

Erik Swyngedouw versammelt in seinem jüngsten Buch *Promises of the Political: Insurgent Cities in a Post-Political Environment* (2018) seine Arbeiten der vergangenen Dekade. Swyngedouw hat sich in der jüngeren Vergangenheit vor allem bezüglich seiner Ansätze zur Frage des Post-Politischen in die Debatten der kritischen Geographie und Stadtforschung eingeschrieben (für eine Auseinandersetzung in *s u b \ u r b a n*, vgl. Michel/Roskamm 2013; Swyngedouw 2013). Seine wegweisenden, wenn auch kontrovers diskutierten Aufsätze zu den Möglichkeiten beziehungsweise Unmöglichkeiten des Politischen, die der Begriff ‚Post-Politik‘ vereint, werden in *Promises of the Political* zu einem konsistenten Ansatz ausgearbeitet und in ein übergreifendes Projekt gerahmt. Das Buch gliedert sich in drei Teile, wobei der erste Teil die theoretischen Grundlagen von Swyngedouws Ansatz zum Post-Politischen erläutert, der zweite Teil einen empirischen Blick auf gegenwärtige Formen post-politischer Praxis wirft und der dritte Teil schließlich die Möglichkeiten einer Rückkehr des Politischen in Betracht zieht.

Eine kleine Geschichte der Post-Politik

Swyngedouw beginnt den ersten Teil „Post-Democracy: Thinking (Post-) Politicization“ (1-62) mit einer schlaglichtartigen Analyse der Transformationen des Staates, wie sie, ausgehend vom 18. Jahrhundert, unter anderem in den Arbeiten von Michel Foucault erörtert wurde. Im Anschluss an die staats-theoretischen Debatten der letzten Jahrzehnte konstatiert Swyngedouw die grundlegende Tendenz der Auflösung des Staates im Sinne einer eigenständigen beziehungsweise geschlossenen Sphäre der Politik in Abgrenzung etwa zum Markt als Sphäre der Ökonomie. Der vieldiskutierte Übergang von Government zu Governance und die damit verbundene Etablierung von Regierungstechniken jenseits beziehungsweise außerhalb des Staates sind aus Sicht Swyngedouws essentiell, um die aktuelle politische Situation als post-politische Situation zu verstehen. Prozesse der Privatisierung und Deregulierung führen zu einer Auslagerung staatlicher Funktionen, während das *upscaling* und *downscaling* von Governance, also die Übertragung

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: MIT Press)



politischer Belange an einerseits internationale und andererseits lokale Akteure, zu einer vertikalen Dezentralisierung des Regierens führen. Während ein Großteil der Governance-Prozesse mit dem Versprechen einer Ausweitung der Demokratie verbunden sind, skizziert Swyngedouw, wie die Re-Skalierung von Regierungstechniken im Gegenteil die Grundlage dafür bietet, dass Politik – in einem disruptiven und emanzipatorischen Sinne – zunehmend unmöglich wird. Wenn der Bereich des Politischen sich in Fragen des Managements, der Partizipation, der Legitimation und des Anrechts auf Teilhabe erschöpft, kommt es zu einer Einhegung und schließlich zur Auflösung dessen, was ‚das Politische‘ im Kern auszeichnet. Die aktuelle (post-)politische Situation ist, so Swyngedouw, dadurch bestimmt, jeden Konflikt im Konsens zu ersticken beziehungsweise das, was nicht zu einem Konsens führt, in den Bereich des Unmöglichen zu verdrängen. Verdrängung zeichnet sich jedoch, wie Swyngedouw im Anschluss an den psychoanalytischen Verdrängungsbegriff mehrfach betont, dadurch aus, dass das Verdrängte „zurückkehrt“ (37). Keine noch so unschöne und unangenehme Angelegenheit kann auf ewig verdrängt werden. Um diesen Gedanken weiter zu verfolgen, widmet sich Swyngedouw der Differenzierung zwischen ‚der Politik‘ (*la politique*) und ‚dem Politischen‘ (*le politique*), wie sie vor allem im Kontext der französischen Philosophie eingeführt und über den Postfundamentalismus als konsistentes Theoriegebäude sowohl in der Soziologie (vgl. Marchart 2010) als auch in der Stadtforschung (vgl. Roskamm 2017) weiterentwickelt wurde. Dieser Ansatz ist für Swyngedouw deshalb von Bedeutung, weil er es in letzter Instanz gestattet, an der Existenz des Politischen trotz dessen gegenwärtiger Verdrängung festzuhalten. Auch wenn Swyngedouws Ansatz folglich nicht mit der Parole ‚alles ist politisch‘ vereinbar ist, da er davon ausgeht, dass nicht alle Formen des Protests in das Register des Politischen fallen (eine Ausführung erfolgt im Verlauf dieser Rezension), verfolgt Swyngedouw eine klare Vorstellung davon, was das Politische im Kern auszeichnet. Diese Vorstellung korreliert mit der folgenden Aussage von Oliver Marchart: „Nicht ‚alles ist politisch‘, sondern der Grund/Abgrund von allem ist das Politische.“ (2010: 364)

Die post-politische Natur

Bevor sich Swyngedouw im dritten Teil des Buches der Rückkehr des Politischen widmet, setzt er sich zunächst im zweiten Teil „Practices of Post-Politicization“ (63-125) mit zwei Schauplätzen auseinander, die er als zentral erachtet, um dem post-politischen Status quo empirisch nachzugehen: den Prozessen, Kämpfen und Konflikten rund um die Stadt und um die Natur. Im Folgenden werde ich mich aus Platzgründen auf Swyngedouws Aussagen zur Post-Politisierung der Natur beschränken, auch weil mein Eindruck ist, dass Swyngedouw hierauf den Schwerpunkt seiner Argumentation legt.

In den ersten zwei Unterkapiteln des zweiten Teils erörtert Swyngedouw die zentralen Argumente seiner bereits weitreichend rezipierten Analyse des politischen Umgangs mit dem Klimawandel. Im Anschluss an die philosophischen Arbeiten von Slavoj Žižek und Alain Badiou, die für Swyngedouws gesamtes Vorhaben zentrale Impulse liefern, aber auch mit Verweis auf Timothy Morton und Bruno Latour argumentiert Swyngedouw für eine

radikale Verabschiedung des Naturbegriffs. Natur, im Sinne eines Gegensatzes zu Kultur, müsse demnach als ‚leerer Signifikant‘ verstanden werden, der sich einer einheitlichen Bedeutungszuschreibung entzieht und nur dadurch Gewicht erhält, dass er die Struktur einer bestimmten sozialen Fantasie beflügelt. Es sei demnach kein Wunder, dass die Natur in unterschiedlichen geographischen und historischen Kontexten völlig unterschiedliche Assoziationen hervorrufe – von den romantisierten Naturvorstellungen des neunzehnten Jahrhunderts bis hin zu den mit Gefahr und Angst konnotierten Naturbezügen, die im Zusammenhang mit Infektionen, Waldbränden oder Überflutungen zum Ausdruck kommen. Swyngedouw warnt davor, in diesen unterschiedlichen Bezügen so etwas wie einen Grund der Natur zu suchen. Im Sinne des Postfundamentalismus müsse es eher darum gehen, sich der Grundlosigkeit von Natur bewusst zu werden und die vielfältigen Mensch-Umwelt-Assemblages anzuerkennen, die uns umgeben, um schließlich im zweiten Schritt der politischen Frage nachzugehen, in welchen soziona-türlichen Konfigurationen wir leben wollen. In den Debatten rund um Nachhaltigkeit sieht Swyngedouw eines der bahnbrechendsten Phantasmen, die einer solchen Politisierung von Natur im Weg stehen. Die Nachhaltigkeit belaufe sich demzufolge auf eine post-politische Fantasie, welche die Natur (anstelle der Religion) zum neuen Opium des Volkes werden lasse. Als Versprechen, uns vor der nahenden Apokalypse zu schützen, wird alles und jede*r dem Regime der Nachhaltigkeit unterworfen.

Im weiteren Verlauf seiner Argumentation setzt sich Swyngedouw vertiefender mit dem Narrativ vom Ende der Welt auseinander. Auch wenn die Faszination vom Weltuntergang eine lange Tradition im westlichen Glauben und Denken hat, verschiebt sich die tatsächliche Bedrohung des Planeten aktuell immer stärker ins politische Bewusstsein. Im Kontext des Klimawandels wird die Apokalypse zu einer immer bedeutenderen Komponente (post-)politischer Praxis. Die Konsequenzen globaler Erwärmung haben noch nie für derart viele Diskussionen gesorgt. Klimakonferenzen mutieren zu Großereignissen, vergleichbar mit den Olympischen Spielen, Klimaaktivist*innen werden zu ernstzunehmenden Akteuren im politischen Weltgeschehen und Wetterereignisse wie Tsunamis und Waldbrände werden zu düsteren Vorboten, die uns mit den Grenzen unseres eigenen Handelns konfrontieren.

Was die aktuellen Imaginationen vom Ende der Welt vereint, ist Swyngedouw zufolge die Vorstellung einer dystopischen Zukunft, welche die Menschheit als Ganze bedroht. Eine solche Perspektive folgt einer populistischen Logik, die wiederum mit einer starken Homogenisierung vollkommen unterschiedlicher Akteure einhergeht und darüber hinwegtäuscht, dass die Apokalypse für viele Menschen bereits längst zur Gegenwart geworden ist. Anstatt sich jedoch den bereits stattfindenden sozio-ökologischen Katastrophen in vielen Teilen der Welt zu widmen, rekurriert die populistische Imagination vom Ende der Welt darauf, die Apokalypse als steuerbares Krisenszenario zu verhandeln, in der es um jeden Preis darum geht, den gegenwärtigen Status quo ‚für Alle‘ zu erhalten. Swyngedouw zufolge ist es deshalb kein Zufall, dass die Konstruktion dystopischer Zukunftsvisionen oft von elitären Positionen beflügelt wird (Al Gore als ein prominentes Beispiel), weil der Erhalt des Status quo in erster Linie von solchen Positionen aus wünschenswert und notwendig erscheint.

Dagegen plädiert Swyngedouw dafür, die Apokalypse im Hier und Jetzt als eine „ungleiche Apokalypse“ (97) zu verstehen, die nicht von der Menschheit als Ganzer, sondern von denen getragen wird, die in der Welt, die vermeintlich auf dem Spiel steht, ohnehin keinen Platz haben.

Die Rückkehr des Politischen

Im dritten und letzten Teil des Buches „Specters of the Political“ (127-169) widmet sich Swyngedouw eingehender der Frage, wie es zu einer Re-Politisierung in Zeiten des Post-Politischen kommen kann. Im Anschluss an die Aufstände, die sich in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen geographischen Kontexten zugetragen haben, argumentiert Swyngedouw für eine neue Protestform, die sich von tradierten Formen städtischer Bewegungen unterscheidet und eine radikale Demokratisierung des bestehenden Systems einfordert. Die Proteste in Städten wie Istanbul, Kairo, Tunis, Athen, Madrid, New York, Tel Aviv, Chicago, London, Berlin, Thessaloniki, Santiago, Stockholm, Hong Kong, Cape Town, Barcelona, Montreal und anderen ähneln sich demnach darin, dass hier diejenigen eine Stimme einfordern, die im gegenwärtigen (demokratischen) Konsens keine haben. Im Anschluss an Jacques Rancière (2002) und dessen Kategorie der „Anteillosen“ sowie Badiou (2013) Figur der „Inexistenten“ spricht Swyngedouw von einer gespenstischen Rückkehr des Politischen, in der eine vermeintlich minoritäre beziehungsweise unsichtbare Gruppe der Bevölkerung eine Sichtbarkeit erlangt, um zu einem Stellvertreter für die Gesamtheit der Bevölkerung zu werden. Vor diesem Hintergrund warnt Swyngedouw davor, das Politische – im Sinne von *le politique* – in den Mikropolitiken lokaler Kämpfe zu suchen. Er plädiert im Gegenzug für einen starken Begriff des Politischen, wonach nur solche Kämpfe wirklich politisch sind, welche die Grundfesten des gesamten sozialen Raums infrage stellen.

Es ist vor allem der letzte Teil des Buches, in dem ersichtlich wird, mit welcher Vehemenz sich Swyngedouw gegen die Akzeptanz einer post-politischen Gegenwart positioniert. Entgegen der Annahme, Swyngedouw kreierte die Vorstellung einer „omnipotenten“ Ordnung des Post-Politischen (Beveridge/Koch 2017: 7), legt *Promises of the Political* einen Zugang, der die „Impotenz“ dieser Ordnung konstatiert (167), um dadurch zu einer radikalen Re-Imagination des Politischen zu gelangen. Radikal ist Swyngedouw nicht nur, weil er den gewaltvollen Aufständen der jüngeren Vergangenheit in Ländern wie Frankreich, Griechenland und Italien verständnisvoll gegenübersteht, sondern vor allem deshalb, weil er es gestattet, einen offenkundig revolutionstheoretischen Ansatz in die Geographie zu importieren. Im Anschluss an Badiou argumentiert Swyngedouw, dass wahre Politik darauf gründet, neue Fiktionen hervorzubringen. Vor diesem Hintergrund widmet sich Swyngedouw im letzten Unterkapitel des Buches der Idee des Kommunismus, die er – erneut im Anschluss an Badiou (2011) – als zugleich randständigste und radikalste Fiktion im Register des Politischen verhandelt.

Insofern die kommunistische Hypothese zugleich das Prinzip der Gleichheit als auch das Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung auf den Plan ruft, steht sie als Name für die Denkbare und Möglichkeit einer anderen Welt. Ein solcher Name ist aus Sicht Swyngedouws gerade deshalb nötig,

da die Demokratie ihre Funktion als Bezeichnung für den Horizont sozialer Praxis eingebüßt hat. Insofern Demokratie zunehmend mit individueller (Wahl-)Freiheit und nicht mit einem universellen Recht auf Gleichheit assoziiert wird, verliert sie ihren emanzipatorischen Anspruch. Hinzu kommt, dass die zunehmende Privatisierung des Staates und die Finanzialisierung jeglicher Lebensbereiche dazu führen, dass nichts und niemand vor den Regeln des Marktes gefeit ist. Die verallgemeinerte Stimmung der Angst (vor Globalisierung, Terrorismus, Klimawandel, Migration etc.) und der verbreitete Anstieg von Nationalismus, Rassismus und Xenophobie sind ein Resultat dieser Entwicklung. Der Kommunismus wiederum erlaube einen radikalen Bruch mit diesen Entwicklungen, insofern er zu einem treuen Glauben und einem bedingungslosen Aufruf nach Gleichheit und Freiheit für Alle auffordert. Schließlich verweist Swyngedouw darauf, dass die Angst vor dem (erneuten) Scheitern des Kommunismus uns gegenwärtig mit einer allgemeinen Alternativlosigkeit konfrontiert, die es nötig werden lässt, sich darauf zu beschränken, den gegenwärtigen Ist-Zustand bestmöglich aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz hierzu plädiert Swyngedouw abschließend dafür, die fruchtbaren Impulse aus der Theorie ernst zu nehmen und das Risiko des Scheiterns in Kauf zu nehmen, um eine kommunistische Geographie zu ermöglichen, die den Status quo zu überwinden versucht.

Auf zu neuen Ufern

Der Ansatz, den Swyngedouw in *Promises of the Political* entwickelt, liest sich als eine Doppelbewegung, in der die soziale Realität zunächst minutiös erfasst und Stück für Stück seziiert wird, um dann in einem zweiten Schritt auf die Inkonsistenzen und Risse in dieser Realität hinzuweisen. Dabei wird in Analogie zur Psychoanalyse darauf insistiert, dass Fantasien beziehungsweise Phantasmen einen entscheidenden Einfluss darauf haben, wie sich unsere soziale Realität zusammensetzt. Die Fantasien ernst zu nehmen, die sich beispielsweise entlang der politischen Debatten rund um Nachhaltigkeit entspinnen, ist sicherlich eine der größten Stärken von Swyngedouws Ansatz. Dadurch wird es möglich, eine neue ideologiekritische Perspektive in die Geographie und Stadtforschung einzuführen, die sich von der marxistischen Standardvorstellung von Ideologie als ‚falschem Bewusstsein‘ verabschiedet. Inspiriert von den frühen Arbeiten Žižeks zielt Swyngedouw darauf, Ideologie nicht als Verzerrung der Realität, sondern als notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Realität zu verstehen: „Die Funktion der Ideologie besteht nicht darin, uns einen Fluchtpunkt aus unserer Realität anzubieten, sondern uns die soziale Realität selbst als Flucht vor einem traumatischen, realen Kern anzubieten.“ (Žižek 1989: 45, Übers. d. A.) Swyngedouw schließt unmittelbar hieran an, insofern er den ideologischen Realitätskonstruktionen der (Post-)Politik nachgeht, um diese hinsichtlich ihres verdrängten Kerns – dem Politischen – zu befragen. Ein solches Vorgehen nimmt es sich somit zum Ziel, das soziale Gefüge von innen heraus zu erschüttern, ihm gewissermaßen die ‚Grundlagen‘ zu entziehen und aufzuzeigen, auf wackeligen Beinen unsere alltägliche Realität steht.

Promises of the Political legt damit den Grundstein für eine tiefergehende Erörterung der Frage danach, wie Geographie und Stadtforschung nicht nur

dazu beitragen, die gegenwärtige Situation als (post-)politische Situation besser zu verstehen, sondern zugleich über diese Situation hinauszugehen. Swyngedouw beschränkt sich keineswegs darauf, einen post-politischen Fatalismus zu proklamieren, in dem nichts mehr wirklich politisch ist. Auch wenn er in der Vergangenheit bereits des Öfteren eines solchen Fatalismus bezichtigt wurde (vgl. Beveridge/Koch 2017), geht es ihm vielmehr darum, die inhärenten Brüche des Post-Politischen, das „Unbehagen im Post-Politischen“ (Wilson/Swyngedouw 2014), freizulegen, um darin eine Rückkehr des Politischen zu situieren. Dadurch gelingt es Swyngedouw, das Feld der Geographie und Stadtforschung in einer radikalen Weise zu öffnen. Fragen der Revolution und des Kommunismus, denen man gegenwärtig sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wissenschaft weitestgehend mit ironischer Distanz gegenübersteht, werden hier zu ernsthaften Bestandteilen der kritischen Geographie und Stadtforschung erhoben. Der Bereich des Sagbaren verschiebt sich – erfrischender Weise mal nicht im Sinne der neuen Rechten.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und den Open Access-Fonds der Humboldt-Universität zu Berlin ermöglicht.

Autor_innen

Lucas Pohl ist Humangeograph und beschäftigt sich mit der Vermittlung von Geographie, Philosophie und Psychoanalyse in Bezug auf Fragen der Stadt- und Raumtheorie, gebauten Umwelt und politischen Praxis.
lucas.pohl@geo.hu-berlin.de

Literatur

- Badiou, Alain (2011): Die kommunistische Hypothese. Berlin: Merve.
- Badiou, Alain (2013): Das Erwachen der Geschichte. Wien: Passagen.
- Beveridge, Ross / Koch, Philippe (2017): The post-political trap? Reflections on politics, agency and the city. In: Urban Studies 54/1, 31-43.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.
- Michel, Boris / Roskamm, Nikolai (2013): Einführung. Die ‚postpolitische Stadt‘. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1/2, 9-16.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Roskamm, Nikolai (2017): Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld. Basel: Birkhäuser.
- Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1/2, 141-158.
- Swyngedouw, Erik (2018): Promises of the Political. Insurgent Cities in a Post-Political Environment. Cambridge: MIT Press.
- Wilson, Japhy / Swyngedouw, Erik (2014) (Hg.): The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticization, Spectres of Radical Politics. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Žižek, Slavoj (1989): The Sublime Object of Ideology. London/New York: Verso.



Rückkehr nach Rostock

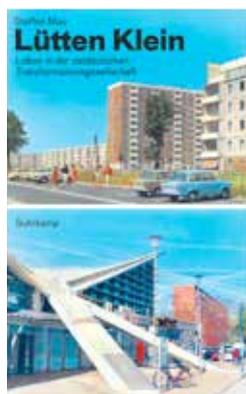
Rezension zu Steffen Mau (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Zusammengelesen mit Didier Éribon (2016 [2009]): *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp. (Übers. aus dem Französischen Tobias Haberkorn).

Nina Schuster

Der Rostocker Stadtteil heißt wirklich so: Lütten Klein. Es handelt sich dabei um eine zwischen 1965 und 1975 erbaute DDR-Mustersiedlung für circa 26.000 Bewohner*innen, die damals ein beliebtes Wohngebiet gewesen ist. Dies war zum einen auf den Wohnungsmangel und die zur Entstehungszeit vergleichsweise hohe Qualität der Wohnungen zurückzuführen, zum anderen auf die umfassende Infrastruktur des Stadtteils, die den Alltag, und insbesondere die Reproduktionstätigkeiten, erleichterte. Seit 2001 ist das Wohngebiet an das städtische Straßenbahnnetz angeschlossen und ist nach einer Phase mit erhöhtem Leerstand wieder recht beliebt zum Wohnen in einer Stadt, in der die Mieten im innerstädtischen Bereich für manche unbezahlbar geworden sind. In Lütten Klein ist der Autor von *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (2019), der Soziologe Steffen Mau, in den 1970er und 1980er Jahren aufgewachsen. Hierhin kehrt er nach fast 30 Jahren zurück, um nachzusehen, wie es sich heute dort lebt, Eindrücke zu sammeln und mit den Bewohner*innen für seine Forschung darüber zu sprechen. Sein Ziel ist es, sich gemeinsam mit den Bewohner*innen von damals an den Alltag im Stadtteil zu DDR-Zeiten zu erinnern und die Konsequenzen der gesellschaftlichen Umbrüche der vergangenen 30 Jahre im Ostteil Deutschlands nachzuzeichnen und zu analysieren.

Abb. 1 Titel des Buches (Quelle: Suhrkamp)



Hinsichtlich des Genres von Steffen Maus *Rückkehr nach Lütten Klein* ähnelt das Buch Didier Éribons *Rückkehr nach Reims* (2016), stellt es doch ebenso eine autobiographische wie soziologische Rekonstruktion anhand der eigenen Herkunftsstadt dar. Mau geht es dabei um das Ausloten des „Lebens in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“, wie der Untertitel der Monographie lautet. Wie Éribon kehrt er als Erwachsener und Soziologe nach dreißig Jahren zurück an die Orte seiner Kindheit und Jugend, um sich zu erinnern und einen Weg nachzuzeichnen: den eigenen, den der Stadt und des Stadtteils und den der Gesellschaft. Die Stadt und die Kontexte der eigenen Kindheit bezeichnet Éribon wiederum folgendermaßen:

„Ein sozialer Raum, den ich auf Distanz gebracht hatte, ein geistiger Raum, gegen den ich mich konstruiert hatte, der aber trotz allem

einen wesentlichen Teil meines Seins bestimmte. [...] Das, wovon man losgerissen wurde oder sich losreißen wollte, bleibt ein Bauteil dessen, was man ist.“ (Éribon 2016: 10 f.)

Natürlich bestehen diverse und deutliche Unterschiedlichkeiten zwischen den Kontexten und Zeiten, auf die sich die beiden Autoren beziehen. Auch das grundlegende Anliegen, das sie jeweils mit ihrem Text verfolgen, ist unterschiedlich: Didier Éribon analysiert die Erosion der Arbeiterklasse und den Verlust der kommunistischen Orientierung dieser Klasse zugunsten neurechter Ausrichtung. Seine Erkundungen zielen darauf, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen vor dem Hintergrund der omnipräsenten Homophobie in der Gesellschaft seiner Kindheit und seine eigenen Bestrebungen, sich aus der Enge der Arbeiterklasse zu befreien, zu analysieren. Dabei würdigt er Reims auch als die Stadt, „in der es mir gegen alle Widerstände gelang, mein Schwulsein zu konstruieren“ (Éribon 2016: 201), als er begann, die Orte der lokalen schwulen Subkultur zu entdecken.

Demgegenüber geht es Steffen Mau um die kollektive wie individuelle Verarbeitung einer gesamtgesellschaftlichen Transformation nach dem Verschwinden eines ganzen Staatswesens und damit auch diverser Alltagsbesonderheiten wie Konsumgewohnheiten, Zeit- und Arbeitsregime. Seine persönliche sozialstrukturelle Positionierung bleibt dabei eher im Hintergrund, was vielleicht auch darauf zurückzuführen ist, dass deren Bedeutung zu DDR-Zeiten sozial weniger gewichtig war als in kapitalistischen Staaten. Dabei spielt die Stadt beziehungsweise der Stadtteil für Éribon und Mau eine je unterschiedliche Rolle. Während Éribon sich regelrecht befreit aus der Enge der Arbeiterklasse und seiner homophoben Alltagsumgebung und seine Erzählung der Wiederkehr zur Reflexion der eigenen gesellschaftlichen Position nutzt, geht es Mau um die Rekonstruktion des politischen Systems der DDR und der Auswirkungen politischer Repression, die er mit seinen persönlichen Erfahrungen in der DDR anreichert, sowie die Veränderungen der Siedlung, die sich heute erkennen lassen. Er registriert dabei die soziale Degradierung der Großsiedlung, die in seiner Kindheit und Jugend ein relativ egalisierter Wohn- und Lebensort für Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen und Einkommensklassen war. Gemeinsam ist Mau und Éribon, dass sie unter anderem die Frage umtreibt, warum die Menschen, die heute in der Region der eigenen Kindheit leben, zu rechtspopulistischen, nationalistischen oder rechtsradikalen Positionen tendieren, verbunden mit sozialer Ausgrenzung gegenüber Zugewanderten. Sie erkunden dazu die sozialen, politischen und historischen Rahmenbedingungen in der französischen Provinz und in Ostdeutschland, die sich stark unterscheiden, und kommen zu unterschiedlichen und differenzierten Antworten. In beiden Fällen lässt sich eine radikale Abkehr von ‚linken‘ Positionen und den Parteien, die für diese Positionen stehen, in relevanten Anteilen der Bevölkerung feststellen.

Den Resonanzraum für Steffen Maus Auseinandersetzung mit der heutigen „ostdeutschen Transformationsgesellschaft“ bildet die Auseinandersetzung mit dem ‚Davor‘, das er am Alltag in der DDR festmacht. Maus Buch teilt sich dementsprechend in zwei große Teile, „Leben in der DDR“ und „Transformationen“.

Teil I vertieft verschiedene Aspekte des Alltagslebens in der DDR. Ausgehend von der Wohnungsfrage blickt Mau auf den Alltag im Neubaustadtteil Lütten Klein (und anderswo in der DDR). Dabei geht es einerseits um Fragen der sozialen Nivellierung und der Möglichkeit sozialer Mobilität, andererseits auch um alltagspraktische Fragen der Lebensführung, um Familien- und andere Lebensentwürfe, die Unsichtbarkeit und soziale Ausgrenzung von Ausländer*innen in der DDR und den Aspekt der sozialen Formierung in der DDR. Über weite Strecken anschaulich ist dieser erste Teil, weil er auf den erzählten Erinnerungen des Autors und seiner Interviewpartner*innen basiert. Ausgemalt wird darin das Alltagsleben in einer Welt, die es nicht mehr gibt, manchmal bis in kleine Details wie die Wohnungseinrichtung oder einzelne Situationen im Leben des Kindes und Jugendlichen Steffen Mau. Dieser Teil vermag soziologisch informiert zu vermitteln, wie sich der Alltag in der DDR für die Menschen angefühlt hat, ohne ins Banale abzuweichen, auch durch so manches Detail aus dieser verflossenen Zeit und dem verschwundenen Staat.

„In der DDR gab es für die breite Masse der Bevölkerung kaum wohnbezogene Formen der sozialstrukturellen und statusmäßigen Segregation – man wohnte zusammen und man wohnte gleich. Innerhalb der Großwohnsiedlungen sollte es besonders egalitär zugehen.“ (Mau 2019: 36)

Zwar hat es auch in der DDR Marginalisierte gegeben, die nur mit schlechten Wohnungen versorgt waren, und Privilegierte, die in Villenvierteln und Einfamilienhäusern wohnten.

„Für die Masse der Werktätigen zeichnete jedoch die zentrale Wohnraumversorgung der DDR verantwortlich. Da es keinen freien Mietmarkt gab, wurde Wohnraum gleichsam zu einem – wortwörtlichen – Schlüsselgut, über das die DDR Verhalten prämierte.“ (37)

Nostalgie kommt dabei nicht auf; vielmehr wird das Sich-Einrichten der Menschen in einem System, das aus westdeutscher Perspektive meist nur und vor allem als Stasi-Diktatur rezipiert wird, verständlich und nachvollziehbar. Mau arbeitet dabei heraus, inwiefern sowohl Anpassung an die gegebenen Bedingungen als auch Akte der Rebellion und Nichtunterwerfung im Alltag ihren Ort hatten. So beschreibt er zum Beispiel die Bedeutung, die Privatheit und private Nischen hatten als „Rückzugszonen gegen die Verregelung des sozialen Alltags und die Zudringlichkeit staatlicher Stellen“ (78), wenn diese auch „keinesfalls außerhalb des staatlichen Kontrollzugriffs“ standen (ebd.):

„Wenn jemand seinen Grill auf die Grünfläche gestellt und dort mit Freunden gegrillt hätte, wäre der Abschnittsbevollmächtigte der Polizei eingeschritten. Man zog sich eher in die Kleingartenanlagen ringsherum zurück. Der öffentliche Raum behielt den Charakter eines offiziellen und kontrollierten Bereichs.“ (66)

Mau entwirft ein differenziertes, auch persönliches Bild vom Leben in einer Gesellschaft, die nur noch in den Geschichten derer, die sich erinnern, existiert und deren Gedächtnis mehr und mehr schwimmt. Seine Forschungsarbeit verknüpft seine eigenen Erinnerungen mit denen seiner Interviewpartner*innen und anderen Quellen wie statistischen Daten aus BRD

und DDR. Insgesamt zeichnet er die DDR-Gesellschaft als homogenisierte, etwas graue, weitgehend angepasste Gesellschaft (63), deren „Einschluss nach innen“ eng verbunden war mit der „Abschottung nach außen“: Eine staatlich verordnete Ausgrenzung von ‚Vertragsarbeitern‘ aus dem Ausland habe dazu beigetragen, dass DDR-Bürger*innen sich in einer Identität einrichten konnten, die durchaus national ausgerichtet darauf war, ein „DDR-Deutscher“ zu sein (93) – trotz des propagierten Internationalismus, der insbesondere den ‚sozialistischen Bruderländern‘ galt. Mau schlussfolgert, dass es den Menschen in der DDR aufgrund des relativen materiellen Wohlstandes (subventionierte Preise auf ausgewählte Grundnahrungsmittel; Versorgung mit Wohnraum und Waren des täglichen Bedarfs), aber auch in Bezug auf das Gesundheitssystem und die öffentliche Bildung im Vergleich zu den anderen sozialistischen Ländern relativ gut ging und sie sich sogar privilegiert fühlen konnten. Allerdings habe, wer sich am politischen System rieb, die Härte des Staates zu spüren bekommen. Insbesondere die jüngeren DDR-Generationen hätten „die Konfrontation mit dem System, weil die ideologische Vereinnahmung misslang und die Phrasenhaftigkeit („Gesülze“) der Mobilisierungsversuche immer deutlicher hervortrat“, verstärkt (109).

In Teil II, „Transformationen“, analysiert Mau eher mit der Stimme des distanzierteren Soziologen, wie sich die ostdeutsche Gesellschaft seit dem Zusammenbruch der DDR in den vergangenen 30 Jahren entwickelt hat. Anders als im anschaulichen, manchmal anekdotisch eingefärbten ersten Teil stehen im zweiten Teil makrosoziologische und politisch-ökonomische Aspekte im Mittelpunkt, alltagsweltliche Bezüge sind deutlich seltener: Im Fokus stehen „Übernahmepolitik“ und „Modernisierungsdruck“, die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung im Zuge der kapitalistischen Neuausrichtung der Gesellschaft, neue soziale Ungleichheiten, Bevölkerungsverluste durch Abwanderung, aber auch „mentale Lagerungen“ in der Auseinandersetzung der Ostdeutschen mit ihrer Identität und Herkunft, insbesondere auch in Bezug auf die starken Ausgrenzungsimpulse vieler Menschen gegenüber Zugewanderten. Schließlich widmet sich Mau den „Bruchzonen“, also dem Umgang der Menschen mit ihrer Deklassierung und daraus entstehenden Konfliktlinien.

Die Erfahrung vieler DDR-Bürger*innen mit dem Ende der DDR beschreibt er als „Implosion eines Systems als kollektiver Schock, der allen Beteiligten die Endlichkeit ihres Gesellschaftsbildes vor Augen führt, sie aus den gewohnten Bahnen herausreißt und kollektive Gewissheiten als Illusionen demaskiert“ (113). Die Wochen und Monate nach der Wende seien mit einer „anhaltenden kollektiven Erregung“ verbunden gewesen:

„Euphorie vermischte sich mit Schwindelgefühl. In biografischen Erzählungen haben diese Wochen den Sonderstatus des Außeralltäglichen und einer Zäsur. Die Menschen beschreiben bis heute die besondere Stimmung einer verschworenen Gesellschaft, in der alle sozialen Antennen aufgerichtet und auf Empfang geschaltet waren und man an jeder Stelle spürte, dass sich tektonisch etwas verschob.“ (120 f.)

Die politische Wende beschreibt er als kollektive Migrationserfahrung, denn die Ostdeutschen seien „en bloc in die Bundesrepublik“ migriert – allerdings „ohne dabei ihr angestammtes Territorium verlassen zu müssen“ (133). Mau

konstatiert, dass diese unveränderte Übernahme eines Systems, eines „ready-made-state“ (ebd.) nach westdeutschem Vorbild, verhindert hat, dass sich die Ostdeutschen beteiligen und ihren neuen Staat gestalten konnten. Es mangelte an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, in die auch eigene Interessen der Ostdeutschen hätten stärker eingebracht werden können. Stattdessen wurde Ostdeutschland eine ‚Blaupause West‘ übergestülpt. Mit etwas Bedauern stellt Mau fest:

„Eine Liste der ‚Errungenschaften der DDR‘ wurde nie verfertigt, die Abrissbirne umstandslos angesetzt. Man wollte nicht nach *best practices* Ausschau halten, Östliches und Westliches zu etwas Neuem kombinieren, Bewahrenswertes ausfindig machen oder Rücksicht auf vorhandene Routinen, Mentalitätsbestände oder lokales Wissen nehmen. Es gab sogar Stimmen, die wie der Historiker Arnulf Baring eindringlich vor der ‚Gefahr der Ver-Ostung‘ der Bundesrepublik warnten.“ (134 f., Herv. i. Orig.)

So haben in den 1990er Jahren viele Ostdeutsche der Aussage zugestimmt, „die Westdeutschen hätten die DDR in Kolonialstil erobert“ (134). Dass dieser politische Prozess auf diese Weise vonstattengehen konnte, hatte aus Maus Sicht auch damit zu tun, dass die Ostdeutschen wenig Erfahrung damit hatten, sich für ihre Interessen zu organisieren. Abgesehen von den mutigen Straßenprotesten zum Ende der DDR gab es dort Ende der 1980er Jahre noch keine politische Beteiligungskultur oder Prozesse kollektiver Selbstorganisation und entsprechender Willensbildung, wie sie in demokratischen Staaten erforderlich sind und immer wieder eingeübt werden müssen. Harsch kritisiert Mau dabei den Umgang der westdeutschen Institutionen mit den Ostdeutschen innerhalb des Beitrittsprozesses. In diesem sei es um eine „kollektive Unterordnung unter die Spielregeln der Bonner Republik“ gegangen, „die sich von nun an gegen weiter gehende Mitsprachebegehren immunisieren konnte. Es handelte sich um eine Form der politischen Demobilisierung autochthoner politischer Akteure.“ (123 f.) In dieser Phase habe sich nur die durch die DDR-Bürgerrechtsbewegung geforderte Aufarbeitung der Repressionen der Stasi durchsetzen lassen.

‚Blaupause West‘ hieß auch, dass die BRD die DDR als rückständig und aus modernisierungstheoretischer Sicht als modernisierungsbedürftig behandelte. Entsprechende Defizite wurden an zahlreichen Charakteristika der DDR-Gesellschaft festgemacht wie Mentalitäten, Kompetenzen und Einstellungen der Menschen, die aus einer Westperspektive als nicht mehr zeitgemäß, dysfunktional oder gesellschaftlich nicht wünschenswert galten.

„Ob die Dominanz der Kleinfamilie und die frühe Familiengründung, ob die Randständigkeit alternativer Lebensformen und die starke Verbreitung häuslicher und bescheidener Lebensstile oder das auf Versorgung ausgerichtete Staatsverständnis – in fast jeder Hinsicht ließ sich die DDR-Gesellschaft als ‚rückständig‘, ‚unmodern‘ und ‚insuffizient‘ klassifizieren. Eine gesellschaftliche Durchlüftung durch die Achtundsechzigergeneration hatte die DDR auch nicht erlebt. Allenfalls die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen galt, mit Einschränkungen, als ‚modern‘.“ (141)

Durch die tiefgreifenden Umstrukturierungen der ostdeutschen Wirtschaft wurde Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren zur kollektiven Erfahrung eines Großteils der ostdeutschen Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote stieg dort zeitweise auf über zwanzig Prozent; vierzig Prozent der Beschäftigten war bis 1996 mindestens einmal arbeitslos, wobei Frauen* deutlich stärker betroffen waren als Männer*. Neben massiven Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie einer großen Zahl an Umzügen nach Westdeutschland musste eine Million der Erwerbstätigen über 50 Jahren aufgrund der starken Strukturveränderungen in der Wirtschaft Ostdeutschlands in den Vorruhestand gehen. Mau weist dabei auf die zahlreichen sozialen Verwerfungen hin, die die schnelle Transformation in Ostdeutschland zur Folge hatte; Individualisierungstendenzen führten zu sozialer Separierung, weil Freundeskreise und Familien zerrissen, nicht zuletzt aufgrund sich auseinander entwickelnder Bildungswege und größerer räumlicher Distanzen durch Umzüge, aber auch durch sich ausdifferenzierende Lebenslagen, die sich materiell und symbolisch niederschlugen.

„Konkret stellt man sich Fragen wie: Wer in meinem Freundeskreis kann sich den Restaurantbesuch oder eine gemeinsame Urlaubsreise leisten? Die formierte und auf einheitlich getrimmte Gesellschaft wurde fragmentierter, was auch bedeutete, dass die Individuen aufgefordert waren, sich in einer unübersichtlicher werdenden Statuslandschaft neu zu verorten.“ (159)

Diese sozioökonomische Spaltung geht, wie Mau auf der Grundlage eigener Forschung und der Rezeption zahlreicher anderer Autor*innen darlegt, mit einer Regionalisierung sozialer Ungleichheiten einher. Dabei ist noch heute eine Ost-West-Kluft erkennbar, wenn auch bestimmte Regionen in Ostdeutschland wirtschaftlich besser dastehen als andere. Mau geht davon aus, dass die Transformationsprozesse soziale „Frakturen“ hinterlassen haben, die „die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderung auch heute noch beschränken“ (165). Gemeint sind damit Brüche, die aufgrund und im Zuge der gesellschaftspolitischen Umbrüche entstanden sind und die vom „Ringern um Respektabilität in der Grammatik ostdeutscher Anerkennungskämpfe“ (244) zeugten. Diese könnten Gesellschaften „weniger belastbar, weniger anpassungsfähig machen“, auf Stress oder Veränderungsdruck würde dabei überreizt reagiert.

„Mit dem Begriff der Frakturen ist angezeigt, dass wir es nicht mit einem reinen Anerkennungsdefizit oder einer atmosphärischen Frage im innerdeutschen Miteinander zu tun haben. Entscheidend ist vielmehr das Zusammenspiel von Sozialstruktur und mentaler Verfasstheit, also die Art und Weise, wie man in der Gesellschaft seinen Platz findet und welche Weltansicht man hegt, was den eigenen Status bestimmt und welche Erfahrungen einen prägen.“ (245)

Mau hebt dabei die Bedeutung „mentaler“ Aspekte, die sich im Zuge der Veränderungen in Ostdeutschland entwickelt haben, für zahllose gesellschaftliche Entwicklungen hervor. Er macht generationsspezifische Unterschiede in den Verarbeitungsmustern der Transformation aus und weist auf die Entwertung des in der DDR erworbenen Erfahrungsschatzes hin. Diese

habe zu Frakturen geführt, da eigene Erfahrungen den Individuen als Quelle der Anerkennung nicht mehr zur Verfügung standen, wobei „Fragen der Wurzeln und der Herkunft doch eng mit Fragen der Identität sowie des Fremdbezugs verknüpft“ seien (205). Diese Brüche hätten bei vielen Menschen zu „kulturellen Kränkungen“ geführt (206), wenn es auch immer noch gesellschaftliche Milieus und Praktiken gebe, die wie die Datschen- und Gartenkolonien, aber auch die Jugendweihe, den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und die *Super-Illu* von alten DDR-Bezügen zehrten.

Nicht zuletzt widmet sich Mau den Konsequenzen der „Stasi-Verwicklung“ großer Teile der ostdeutschen Gesellschaft, die bis heute schwierig aufzuarbeiten sei (208). Er kritisiert aber auch, dass die DDR aus westdeutscher Sicht oft auf diesen Aspekt reduziert werde. Mithilfe von Norbert Elias' und John L. Scotsons Figurationsanalyse charakterisiert er die Ostdeutschen als „habituelle Außenseiter“, die sich den Westdeutschen unterzuordnen hätten. Der Entzug gesellschaftlicher Anerkennung habe das auch heute noch abrufbare Gefühl bei den Ostdeutschen hinterlassen, Bürger*innen „zweiter Klasse“ zu sein, eine Einschätzung, die bei AfD-Anhänger*innen besonders stark ausgeprägt sei: „Man kann das sowohl als Echoeffekt sozioökonomischer Deklassierung als auch als Reaktion auf kulturelle Umwertungen deuten, die tradierten Mustern der ostdeutschen Lebensführung und Soziokultur Anerkennung entzogen.“ (209) Dies spiegelte sich auch in der seit den 1990er Jahren veränderten symbolischen Bewertung von Wohngebieten wider: Das geringste Prestige hätten dabei die Neubaugebiete im Osten versprochen, die als ähnlich defizitär behandelt wurden wie die so genannten ‚Problemquartiere‘ der westdeutschen Großwohnsiedlungen. Die alteingesessenen Bewohner*innen von Lütten Klein reagierten darauf auch heute mit Trotz und wehrten sich gegen die abschätzigste Bezeichnung ‚Platte‘ oder ‚Plattenbau‘, die sie als westdeutsche Kampfbegriffe identifizierten (210).

Schließlich zieht Mau eine Linie von der die Wiedervereinigung antreibenden Bezugnahme auf eine gemeinsame nationale Identität zu den rechtsradikalen Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Er ordnet die Gewalteskalation in Lichtenhagen als Symptom einer dramatischen Umbruchphase ein, in der viele deutschstämmige Bewohner*innen arbeitslos waren, während gleichzeitig in die Lichtenhagener Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber*innen (ZAst) des Landes Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche osteuropäische Asylbewerber*innen in den Stadtteil zuzogen, die dort nur prekär untergebracht wurden. In den angstgesteuerten, gewalttätigen Ausschreitungen der Stadtteilbewohner*innen gegen die Asylbewerber*innenunterkunft erkennt Mau eine „Verwilderung des sozialen Konflikts“ (Honneth). Dabei sei aus Täter*innensicht die Brüchigkeit der eigenen Existenz mindestens ebenso schwerwiegend gewesen wie die Sorge, der Stadtteil könnte zum ‚Problemghetto‘ werden. Die angestammten Bewohner*innen hätten dadurch eine weitere Entwertung befürchtet (223). Heute versuche die AfD auch in den Neubaugebieten Rostocks, an fremdenfeindliche Stimmungen anzuknüpfen und Islamfeindlichkeit weiter zu schüren, wobei sie an „das Ressentiment gegen Zuwanderung, das Bedürfnis nach Abschließung sowie die Angst vor sozialen und kulturellen Verlusten“ im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen anknüpfe, die kein rein ostdeutsches Phänomen seien (226).

Zur Frage, ob ökonomische Verwerfungen dafür ursächlich sind oder es sich um eine „eigenständige [...] kulturelle [...] Konfliktlinie“ handelt (227), konstatiert Mau für den ostdeutschen Kontext eine ausgeprägte Angst vor der so genannten ‚kulturellen Überfremdung‘, die er auch auf die zu DDR-Zeiten jahrzehntelang fehlenden Alltagskontakte mit Menschen anderer Herkunft zurückführt. Zugleich weist er auf die jahrelange Verharmlosung rechtsextremer Tendenzen durch die Politik hin, die heute in vielen Regionen zu verfestigten rechten Szenen geführt hätten – auch in Westdeutschland. Hinzu komme im Osten die tradierte Unterlegenheitserfahrung gegenüber den hier weniger stark vertretenen Mittelschichtsmilieus. Als Träger von Werten wie Kosmopolitismus, Vielfalt und Selbstentfaltung hätten diese Milieus wenig zu tun mit den alltäglichen Lebenserfahrungen vieler Ostdeutscher.

Steffen Mau gelingt es, eigene Erinnerungen und Erfahrungen in der DDR und zu Zeiten der Wende bis heute so mit theoretischen und empirischen Erkenntnissen zu verflechten, dass vor dem inneren Auge der Leser*in konturierte Bilder entstehen: vom Alltag in der DDR-Großwohnsiedlung der 1970er und 80er Jahre, von den Umbrüchen in Ostdeutschland ab 1989 und den zahlreichen Problemen, mit denen sich die Menschen in Ostdeutschland durch die politische Transformation und den Anschluss der DDR an die BRD auseinandersetzen mussten und die bis heute Spuren in den individuellen wie sozialen Bezügen hinterlassen haben. Die sorgsam ausgewählten Fotos im Band erweitern den Text um die visuelle Ebene und illustrieren ihn als Zeitdokumente. Am Rande weist Mau darauf hin, dass mit der Trennung in ‚Ost- und Westdeutsche‘ angesichts der tausendfachen Migrationen von Ost nach West und von West nach Ost heute reflektiert umgegangen werden sollte.

Ähnlich wie Didier Éribon schreibt Steffen Mau nicht ausschließlich für ein soziologisch geschultes Fachpublikum. Sein flüssiger Schreibstil macht sein Buch einer größeren Leser*innenschaft zugänglich, was allerdings manchmal zu etwas flapsiger Ausdrucksweise führt und vielleicht in einigen Fällen eine leichte Verflachung der (zugegebenermaßen sehr umfangreichen) Sachverhalte mit sich bringt. Mau hat in der DDR eine Lehre zum Elektriker beim VEB Schiffselektronik Rostock gemacht und in der dortigen Forschungsabteilung gearbeitet. Wie so vielen seiner und vorhergehender DDR-Generationen war ihm der Weg zum Studium staatlicherseits versperrt zugunsten einer sozialen Homogenisierung und De-Akademisierung der Bevölkerung (55).

„Überall ging es darum, keinen habituellen und kulturellen Abstand zwischen der Arbeiterklasse und den Heranwachsenden zuzulassen. So erzog man uns einen gewissen Arbeiterstolz an. Jeder sollte vom proletarischen Habitus infiziert werden; reine Kopf- und Geistesmenschen waren nicht willkommen.“ (49)

Erst nach der Wende konnte Mau an der Berliner Humboldt-Universität Soziologie studieren und hat dort heute eine Professur inne. Der Soziologe Mau vermag es vielleicht gerade aufgrund seines Bildungsweges und der Reflexion seiner eigenen Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Transformationen seit dem Fall der Mauer, der Leser*in einige Aspekte der sozialen und politischen Verwerfungen der gegenwärtigen bundesdeutschen

Gesellschaft näherzubringen. Dazu trägt auch die verstehende Perspektive bei, die er einnimmt, wenn er entschlossen von Ostdeutschland aus auf die aktuellen Konflikte in der bundesdeutschen Gesellschaft blickt und dabei die Transformation ins Zentrum rückt. Er tut dies, ohne das ‚Ostdeutsche‘ zu essenzialisieren oder zu verengen. Dabei identifiziert er einige bis heute wirksame Mechanismen, die die kolonialisierend wirkende Systemangleichung des einen Staates (DDR) an das System des anderen Staates (BRD) mit sich gebracht hat. Zwar ist Steffen Mau bisher nicht als Stadtsoziologe bekannt und hat hier auch nur vereinzelt auf stadtsoziologische Forschung rekurriert. Dieses Buch zeigt aber, wie fruchtbar es sein kann, wenn Sozialwissenschaft ihre gelegentliche Raumbblindheit ablegt und sich ausgehend von räumlichen Strukturen wie denen von Lütten Klein und deren historischer Gewordenheit, aktuellen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen annähert. Dabei ist dies kein weiteres Buch über das Leben in Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland oder deren Aufstieg und Fall. Vielmehr nutzt Mau die Großwohnsiedlung Lütten Klein als Ausgangspunkt, um über die gesellschaftlichen Transformationen in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland nachzudenken und Lebenswelten in Ostdeutschland unter anderem anhand der Frage des Wohnens zu erörtern; sein Beitrag lässt sich insofern auch als politische Zeitdiagnose lesen.

Während Éribon mit Jean Genet von einer „Wiederentdeckung dieser ‚Gegend meiner selbst‘“ spricht (Éribon 2016: 10), was er sowohl metaphorisch als auch konkret meint, klingelt Mau im Abspann des Buches, „Hausbesuch“, schließlich sogar an der Tür der Wohnung, in der er aufgewachsen ist. Er will noch einmal die Perspektive seiner Kindheit einnehmen, wenn er aus dem Fenster seines früheren Kinderzimmers blickt.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open Access Publikationsfonds der Technischen Universität Dortmund gefördert.

Autor_innen

Nina Schuster ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von stadtsoziologischen und queer/feministischen Theorien zur sozialen und räumlich-materiellen Produktion sozialer Ungleichheit. Derzeit erforscht sie Konflikte und den alltäglichen Umgang mit Differenz in der Stadt anhand von Kleingärten.

nina.schuster@tu-dortmund.de

Literatur

Elias, Norbert / Scotson, John L. ((2002 [1965]): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Éribon, Didier (2016 [2009]): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp. (Übers. aus dem Französischen Tobias Haberkorn).

Honneth, Axel (2011): Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts, MPIFG Working Paper 4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.



